

Fürst Bülows reden nebst urkundlichen Beiträgen zu ...

Bernhard Bülow (Fürst von), Johannes Penzler, Otto Hoetzsch

Graf Bülows Reden.



Bernhard Bülow



Fürst Bülows Reden

nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik.

Mit Erlaubnis des Reichskanzlers

gesammelt und herausgegeben

von

Johannes Penzler.

I. Band 1897—1903.

Mit dem Bildnis des Reichskanzlers
und einem ausführlichen Namen- und Sachregister.

Neue Ausgabe.

Berlin.
Verlag von Georg Reimer.
1907.

Inhaltsverzeichnis.

Reichskanzler.

Anhang.

Berichtigungen.

S. 258, Z. 6 v. u. lies: preußische Untertanen polnischer Zunge.

S. 373 ist die erste Zeile der Anmerkung folgendermaßen zu lesen: „Die Minimalzölle; dieser Stein des Anstoßes wird in dritter Lesung“ u. s. w.

Einleitung.

Der vierte Kanzler des Deutschen Reiches entstammt einem uralten deutschen Adelsgeschlecht, dessen Spuren sich bis in das zwölfte Jahrhundert zurückverfolgen lassen. Mecklenburg ist seine Heimat. Unweit der mecklenburgischen Grenze, in dem holsteinischen Dorfe Kleinflottbek im Kreise Pinneberg, wurde Bernhard von Bülow am 3. Mai 1849 geboren als ältester Sohn des späteren deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen Bernhard Ernst von Bülow und seiner Gemahlin Luise Viktorine, geb. Rücker. Die Jahre 1851 bis 1862 verlebte er im elterlichen Hause in Frankfurt a. M. und besuchte dort das Gymnasium, später das in Neustrelitz, zuletzt das kgl. Pädagogium in Halle und machte hier 1867 das Abiturientenexamen. Die akademischen Studien absolvierte er in Leipzig, Berlin und Lausanne.

Den Krieg gegen Frankreich machte Bernhard von Bülow bei den in Bonn stehenden Königshusaren mit, wurde während des Feldzuges Offizier, kehrte aber 1872 zu der juristischen Wissenschaft zurück, bestand in Greifswald die Referendariatsprüfung, arbeitete bei dem Landgericht und bei dem Bezirkspräsidium in Metz und wandte sich 1874 der diplomatischen Laufbahn zu.

Er begann als Attaché bei der deutschen Botschaft in Rom, wurde dann dritter Botschaftssekretär in St. Petersburg und darauf zweiter in Wien. Während des russisch-türkischen Krieges 1877/78 war er Geschäftsträger in Athen und wurde von hier aus zum Sekretariat des Berliner Kongresses in die Reichshauptstadt berufen, unzweifelhaft eine hohe Auszeichnung für den jungen Diplomaten. Nicht minder darf es als eine Anerkennung seiner Leistungen angesehen werden, daß ihn Fürst Bismarck noch in demselben Jahre als Botschaftssekretär nach Paris entsandte; hier blieb er bis 1884.

Die nächsten vier Jahre, bis 1888, finden wir ihn als Botschaftsrat in St. Petersburg. Sieben Jahre lang bekleidete Bernhard von Bülow

darauf das Amt des deutschen Gesandten in Bukarest; 1894 wurde er Botschafter am italienischen Königshofe. Hatte er schon in Bukarest sich wohl gefühlt, aus Rom fortzugehen ist ihm viel schwerer geworden, nicht nur weil seine Gemahlin einem vornehmen italienischen Geschlechte entstammt, sondern weil der klassische Boden den fein- und kunstsinnigen Mann besonders heimisch anmutete.

Kaiser Wilhelm hegte schon weitergehende Pläne, als er im Juni 1897 den deutschen Botschafter von Bülow zu sich nach Kiel berief und ihn vorläufig mit der Vertretung des beurlaubten Staatssekretärs von Marschall betraute. Ehe Herr von Bülow seine Tätigkeit als Stellvertreter des Staatssekretärs antrat, war er am 28. Juni 1897 in Begleitung des Fürsten von Hohenlohe in Friedrichsruh zum Besuche des Fürsten Bismarck. Am 20. Oktober folgte die definitive Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen und drei Jahre später, am 17. Oktober 1900, als der dritte Kanzler Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst hochbetagt vom Dienste zurücktrat, die Berufung des Staatssekretärs von Bülow, der im Jahre 1899 vom Kaiser in den Grafenstand erhoben wurde, in das Amt des Reichskanzlers.

Der reiche Inhalt des mehr als fünfjährigen Zeitraumes von Ende 1897 bis ins Frühjahr 1903 ergibt sich aus den nachfolgenden Blättern.

Der Herausgeber.

Staatssekretär

des auswärtigen Amtes

20. Oktober 1897 bis 17. Oktober 1900

—

1. Abschiedsrede im deutschen Klub in Rom.

Im November 1897.

Die deutsche Kolonie in Rom ließ das Botschafterpaar nur ungern ziehen. Bei der im Palazzo Caffarelli veranstalteten Abschiedsfeier kam dieses Bedauern zu offenem Ausdruck.

Auf die an ihn gerichteten herzlichen Abschiedsworte antwortete Staatssekretär von Bülow mit einer damals vielbemerkten Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe übernehme er die schwierige und aufreibende Stellung in Berlin. Er komme sich vor wie Odysseus. Indem er von Rom gehe, verlasse er, wie einst der homerische Irrfahrer, friedliche und glückliche Gestade, um sich zu stürmischer Fahrt auf dem weiten Meere einzuschiffen.

Wohl wisse er, daß die See ihre Untiefen und Klippen habe; er finde jedoch Mut in dem Entschlusse, was auch immer kommen möge, an zwei Vorsätzen festzuhalten: zunächst seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit im Sinne des kategorischen Imperativs zu tun, auf dem der preußische Staat aufgebaut sei, und dies ohne viel Aufhebens davon zu machen, aber auch ohne jede Schonung seiner Person; zweitens wolle er stets die Gebote der Gerechtigkeit, Billigkeit und wahren Menschlichkeit gegenüber anderen befolgen.

2. Deutschland und Haiti. — Kiautschou.

Sitzung des Reichstages vom 6. Dezember 1897.

Am 30. November 1897 war dem Reichstage der erste Gesetzentwurf über die Verstärkung der deutschen Kriegsflotte zugegangen. Die erste Beratung dieser Vorlage fand in den Tagen vom 6. bis zum 9. Dezember statt. Die Debatte griff aus naheliegenden Gründen auch auf das Gebiet der auswärtigen Politik über und veranlaßte

den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zur Klarstellung zweier Punkte: des deutschen Vorgehens gegen die Negerrepublik Haiti und der deutschen Expedition nach Kiautschou.

Staatssekretär von Bülow[1]):

Meine Herren, im Laufe der heutigen Diskussion sind zwei Angelegenheiten meines Ressorts zur Sprache gebracht worden: die eine ist die Differenz, welche infolge der Verhaftung und Verurteilung des Deutschen Emil Lüders in Port-au-Prince zwischen dem Deutschen Reich und Haiti entstanden ist; die andere die Entsendung unserer Kreuzerflotte nach der Kiautschoubucht. Beide Angelegenheiten befinden sich noch in der Schwebe, und das legt mir für den Augenblick Zurückhaltung auf, so begreiflich ich auch an und für sich den Wunsch nach näherer Auskunft finde. Sobald der Zeitpunkt gekommen sein wird, werde ich gern bereit sein, diesem hohen Hause über das, was in beiden Fragen von unserer Seite geschehen ist, nähere Auskunft zu geben.

Für heute möchte ich über den Zwischenfall in Haiti[2]) nur Folgendes erklären. Wir haben uns nicht zufrieden gegeben mit der Freilassung des Lüders, vielmehr betrachten wir es als unser Recht und unsere Pflicht, als Aequivalent für die unbillige, der haitianischen Landesgesetzgebung, der Verfassung von Haiti und dem Völkerrechte gleichmäßig widersprechende Einkerkerung eines deutschen Staatsangehörigen angemessene Genugtuung und Entschädigung zu verlangen.

(Bravo!)

1) Sten. Ber. d. R.-T., 9. Leg.-Per., V. Session, 4. Sitzung, S. 60.

2) Es handelte sich um Folgendes: Der Fuhrwerksbesitzer Lüders in Port-au-Prince, Angehöriger des Deutschen Reiches, war am 21. September 1897 wegen angeblichen Widerstandes gegen Polizisten, die ohne schriftlichen Befehl in seinem Grundstück eine Verhaftung vornehmen wollten, selbst verhaftet und am 19. Oktober in zweiter Instanz zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 100 000 Mark verurteilt worden. Dem von Berlin aus angeordneten Verlangen des deutschen Vertreters, Grafen Schwerin, auf sofortige Entlassung des Lüders aus der Haft setzte Präsident Solon Menos am 21. Oktober noch hochfahrendes Benehmen entgegen. Tags darauf wurde Lüders zwar freigegeben „infolge eines vom Gesandten Nordamerikas hervorgerufenen Gnadenaktes des Präsidenten". Sühne erfolgte aber nicht. Am 6. Dezember erschienen die deutschen Schulschiffe „Charlotte" und „Stein" vor Port-au-Prince. Von Bord der „Charlotte" aus richtete Graf Schwerin die Forderung an die haitianische Regierung, innerhalb 8 Stunden Schadenersatz zu zahlen und der deutschen Regierung zeremonielle Genugtuung zu leisten. Die Summe wurde kurz vor Ablauf der bestimmten Frist entrichtet, und das Flaggschiff „Crête-à-Pierrot" — dasselbe, das im Oktober 1902 vom deutschen Kanonenboot „Panther" in den Grund gebohrt worden ist — feuerte einen Salut von 21 Schüssen.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die haitianische Regierung nicht länger zögern wird, unseren Anforderungen Folge zu geben, die ebenso wohlberechtigt und wohlbegründet wie maßvoll sind. Ich gebe mich dieser Erwartung um so lieber und um so bestimmter hin, als wir nicht nur das gute Recht auf unserer Seite haben, sondern auch den Willen und die Macht, unserem Rechte Geltung zu verschaffen.

(Lebhaftes Bravo.)

In *Ostasien* schien der Herr Abgeordnete Dr. Schoenlank zu fürchten, daß wir uns in Abenteuer stürzen wollten. Fürchten Sie gar nichts, meine Herren! Der Herr Reichskanzler ist nicht der Mann, und seine Mitarbeiter sind nicht die Leute, irgend unnütze Händel zu suchen. *Wir empfinden auch durchaus nicht das Bedürfnis, unsere Finger in jeden Topf zu stecken. Aber allerdings sind wir der Ansicht, daß es sich nicht empfiehlt, Deutschland in zukunftsreichen Ländern von vornherein auszuschließen vom Mitbewerb anderer Völker.*

(Bravo!)

Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin thront

(Heiterkeit — Bravo!)

— *diese Zeiten sind vorüber.* Wir betrachten es als eine unserer vornehmsten Aufgaben, gerade in Ostasien die Interessen unserer Schiffahrt, unseres Handels und unserer Industrie zu fördern und zu pflegen.

Die Entsendung unserer Kreuzerdivision nach der Kiautschoubucht und die Besetzung dieser Bucht ist erfolgt einerseits, um für die Ermordung deutscher und katholischer Missionare volle Sühne, andererseits für die Zukunft größere Sicherheit als bisher gegen die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu erlangen[3]. In beiden Richtungen schweben Unterhandlungen, und bei der Natur diplomatischer Unterhandlungen und Geschäfte nötigt mich dies, meine Worte sehr sorgsam abzuwägen. Ich kann aber

3) In der Provinz Südschantung wurden am 15. November zwei deutsche katholische Missionare ermordet. Infolgedessen landete die aus den Schiffen „Kaiser", „Prinzeß Wilhelm", „Arkona" und „Kormoran" bestehende Kreuzerdivision unter dem Befehle des Kontreadmirals von Diederichs Truppen in dem dem Tatorte zunächst gelegenen Hafen von Kiautschou; die dortigen chinesischen Lager wurden ohne Blutvergießen geräumt und von den Deutschen besetzt.

doch folgendes sagen: wir sind gegenüber China erfüllt von wohlwollenden und freundlichen Absichten

(Heiterkeit links!),

wir wollen China weder brüskieren noch provozieren. Trotz der uns widerfahrenen schweren Unbill ist die Besetzung der Kiautschoubucht in schonender Weise ausgeführt worden. Wir wünschen die Fortdauer der Freundschaft, welche Deutschland seit langem mit China verbindet, und die bisher nie getrübt wurde. Aber die Voraussetzung für die Fortdauer dieser Freundschaft ist die gegenseitige Achtung der beiderseitigen Rechte. Die Niedermetzelung unserer Missionare war der nächstliegende und war ein zwingender Grund für unser Einschreiten; denn wir waren nicht der Ansicht, daß diese frommen Leute, welche friedlich ihrem heiligen Berufe nachgingen, als vogelfrei zu betrachten wären.

(Sehr gut!)

Aber auch abgesehen von diesem traurigen Vorfall hatten wir gegenüber China eine Reihe anderer Beschwerdepunkte. Wir hoffen, daß es gelingen wird, diese Beschwerden auf dem Wege loyaler Unterhandlung gütlich beizulegen. Wir konnten aber nicht zugeben, daß sich in China die Ansicht festsetze, uns gegenüber sei erlaubt, was man sich anderen gegenüber nicht herausnehmen würde.

(Sehr richtig! und Bravo!)

Wir müssen verlangen, daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China geradeso geachtet werden, wie diejenigen anderer Mächte.

(Lebhaftes Bravo.)

Wir sind endlich gern bereit, in Ostasien den Interessen anderer Großmächte Rechnung zu tragen, in der sicheren Voraussicht, daß unsere eigenen Interessen gleichfalls die ihnen gebührende Würdigung finden.

(Bravo!)

Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.

(Bravo!)

In Ostasien wie in Westindien werden wir bestrebt sein, getreu den Ueberlieferungen der deutschen Politik, ohne unnötige Schärfe, aber auch ohne Schwäche unsere Rechte und unsere Interessen zu wahren.

(Lebhafter Beifall.)

3. Der Dreibund. — Deutschland und Oesterreich.

Sitzung des Reichstages vom 10. Dezember 1897.

Bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1898/99 hatte der Abgeordnete Freiherr von Hodenberg (Welfe) in Anknüpfung an die Teilnahme Kaiser Wilhelms an den Kaisermanövern in Ungarn und an die Anwesenheit in Pest am 20. und 21. September pessimistische Aeußerungen über den Dreibund getan und wörtlich gesagt:

„Aus der Art und Weise, wie die ungarische Presse diesen Besuch aufgefaßt hat, und aus dieser Presse geht ganz deutlich hervor, daß der Besuch und die Tage in Pest dazu gedient haben, der österreichischen Regierung und besonders den Deutschen in Oesterreich ihre jetzige schwere Lage noch mehr zu erschweren, daß sie außerdem leicht zu einer Verwickelung zwischen Oesterreich und Rußland hätten führen können, die gerade jetzt sich freundschaftlich genähert haben, und außerdem, daß sie das Mißtrauen, was in Oesterreich in den weitesten Kreisen gegen die Bundestreue des Deutschen Reiches herrscht, wieder aufs neue angefacht haben. Aus diesem Grunde muß man über die Pester Tage sein Bedauern ausdrücken."

Auch hatte derselbe Abgeordnete die Haltung der Deutschliberalen in Oesterreich als an Landesverrat grenzend bezeichnet. Das veranlaßte den Staatssekretär des Auswärtigen zu einer kurzen Antwort.

Staatssekretär von Bülow[1]):

Befürchten Sie nicht, meine Herren, daß ich um diese vorgerückte Stunde mich anschicke, ein diplomatisches Duell auszufechten mit dem Herrn Abgeordneten Freiherrn von Hodenberg. Ich tue dies schon deshalb nicht, weil ich mir nicht die Fähigkeit zutraue, so schwerwiegende Fragen im Handumdrehen erschöpfend zu behandeln. Ich möchte nur in Kürze konstatieren, daß die Besorgnis des Herrn Freiherrn von Hodenberg, als ob der Dreibund irgendwie erschüttert wäre, völlig unbegründet ist.

(Bravo!)

Der Dreibund erfreut sich des besten Wohlseins, unsere Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und Italien sind gleich gute, und die Pester Tage haben nur dazu beigetragen, diese Beziehungen zu konsolidieren.

Hieran knüpfe ich eine Bitte. In der heutigen Diskussion sind mehrfach die inneren Verhältnisse der österreichisch-ungarischen Monarchie berührt worden. Wie wir, meine Herren, gegenüber den internen Vorgängen fremder Staaten innerlich fühlen, hat jeder mit sich selbst abzumachen; Gedanken sind zollfrei, und Gefühle sind es auch. Wo aber solchen Gefühlen

1) Sten. Ber. d. R.-T., 9. Leg. Per., V. Session, 10. Sitzung, S. 235.

ein öffentlicher Ausdruck gegeben wird, wird meines Erachtens die Pflicht zur Mäßigung, zur Besonnenheit und zur Achtung fremder Rechte um so größer sein, je bedeutsamer die Stelle ist, wo eine solche Enunziation erfolgt.

(Sehr richtig!)

Wir wünschen nicht, daß fremde Regierungen oder fremde Parlamente sich in unsere inneren Verhältnisse einmischen

(Sehr wahr!)

und in die Parteikämpfe, an denen es ab und zu auch bei uns nicht fehlen soll. Aber gerade weil wir vom Ausland uns gegenüber ein ganz korrektes Verhalten verlangen, sind wir selbst zu einem solchen verpflichtet, und diese Pflicht besteht ganz besonders gegenüber dem verbündeten und engbefreundeten österreichisch-ungarischen Reiche, an dessen Spitze ein Herrscher steht, zu dessen Weisheit alle seine Völker mit gleichem Vertrauen emporblicken können.

(Bravo!)

4. Mitteilungen über Fragen der auswärtigen Politik.

Sitzung der Budgetkommission des Reichstages vom 24. Januar 1898.

In der Budgetkommission des Reichstages steht der Etat des Auswärtigen Amtes zur Beratung. Es wird eine Reihe von Fragen an den Staatssekretär gerichtet, und soweit die Verhältnisse es gestatten, gibt er bereitwilligst Auskunft.

Bezüglich der griechischen Finanzkontrolle erklärt

Staatssekretär von Bülow:

In den unter Vermittelung der Mächte zwischen der Türkei und Griechenland im Dezember vorigen Jahres in Konstantinopel abgeschlossenen Präliminar-Friedensvertrag sind die Artikel 2 und 6 aufgenommen worden, die die Schaffung einer internationalen Finanzkontrolle über die griechischen Finanzen festsetzten. Dieser Kontrolle werden die von Griechenland früher aufgenommenen Schulden unterstellt und es wird ausdrücklich bestimmt, daß durch die von Griechenland behufs Zahlung der Kriegsentschädigung an die Türkei neu aufzunehmende Anleihe die Rechte der alten Gläubiger

nicht verletzt werden sollen. Auf Grund dieser Bestimmungen seien seitdem Finanzdelegierte aller Großmächte in Athen zusammengetreten.

Deutschland habe im Interesse der Einigkeit unter den Mächten seine Forderungen in sehr maßvollen Grenzen gehalten, aber als Minimum, das die äußerste Grenze seines Entgegenkommens bezeichnete, im wesentlichen das verlangt, was im Sommer 1896 die in Paris versammelten drei Schutzkomitees, das deutsche, das englische und das französische Komitee, von der griechischen Regierung gefordert, damals aber nicht erhalten hätten, und darüber hinaus die internationale Kontrolle.

Er gebe sich der Hoffnung hin, daß die griechische Regierung und die griechische Volksvertretung sich nicht verhehlen würden, wie die Schaffung einer Finanzkontrolle im wohlverstandenen Interesse Griechenlands liege. Ohne die Finanzkontrolle würde Griechenland nicht diejenigen Summen erhalten, deren es für die Zahlung der Kriegsentschädigung an die Türkei und für die Heilung der wirtschaftlichen und Kriegsschäden bedürfe.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Richter, was der Staatssekretär über die Affaire Dreyfus mitteilen könne, und insbesondere ob es wahr sei, daß dieser Verbindung mit deutschen Stellen gehabt habe, erwidert

Staatssekretär von Bülow:

Sie werden es verstehen, wenn ich auf das eben berührte Thema nur mit großer Vorsicht eingehe; das Gegenteil könnte mir und könnte uns als Einmischung in die inneren französischen Verhältnisse ausgelegt werden, und auch nur den Anschein einer solchen haben wir stets sorgsam vermieden. Ich glaube mich um so mehr der Reserve befleißigen zu müssen, als zu erwarten steht, daß durch die in Frankreich selbst eingeleiteten Prozesse Licht über die ganze Angelegenheit verbreitet werden wird.

Ich beschränke mich also darauf, auf das allerbestimmteste zu erklären, daß zwischen dem gegenwärtig sich auf der Teufelsinsel befindlichen französischen Exkapitän Dreyfus und irgendwelchen deutschen Organen Beziehungen oder Verbindungen irgendwelcher Art niemals bestanden haben. Die Namen Walsin-Esterhazy und Picquart habe ich vor drei Wochen zum erstenmal in meinem Leben gehört. Die Geschichte von dem angeblich in einem Papierkorb gefundenen Briefe eines mysteriösen Agenten würde sich vielleicht in einem Hintertreppenroman hübsch ausnehmen, existiert aber natürlich nur in der Phantasie und hat in Wirklichkeit nie stattgefunden.

Ich möchte endlich mit Befriedigung konstatieren, daß die sogenannte Dreyfusaffaire zwar viel Staub aufgewirbelt hat, aber die zwischen

Deutschland und Frankreich bestehenden, gleichmäßig ruhigen Beziehungen nicht zu stören vermochte.

Auf eine Anfrage Hammachers fügt der Staatssekretär noch hinzu, daß ihm von Reisen des Dreyfus nach Elsaß-Lothringen nichts bekannt wäre und noch viel weniger davon, daß dem Genannten hierbei besondere Erleichterungen von deutscher Seite zu teil geworden seien.

Auf Anfrage des Abgeordneten Hasse über den Stand der portugiesischen Gläubigerfrage erwidert

Staatssekretär von Bülow:

Von portugiesischer Seite wären verschiedene Versuche gemacht worden, um durch Herbeiführung neuer Anleihen oder durch Konversionsmaßregeln die Lage der portugiesischen Finanzen besser zu gestalten. Diese Versuche hätten ein Ergebnis bisher nicht gehabt. Die deutsche Regierung war in der Sache bisher in keiner Weise amtlich in Anspruch genommen; sie werde jedoch gern jeden Schritt prüfen und, soweit möglich, fördern, der geeignet sei, die Interessen der deutschen Inhaber von portugiesischen Werten günstiger zu gestalten. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal seien vom Geiste gegenseitiger Freundschaft getragen.

Ueber den Abschluß der Verhandlungen mit der chinesischen Regierung wegen Genugtuung für die an den deutschen Missionaren in Südschantung verübten Untaten erklärt

Staatssekretär von Bülow:

Die Verhandlungen mit der chinesischen Regierung wegen Genugtuung für die an deutschen Missionaren in Südschantung verübten Untaten sind abgeschlossen und haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

1. Der bisherige Gouverneur der Provinz Schantung, Li-Ping-Cheng, ist abgesetzt und ihm die Befähigung abgesprochen worden, je wieder ein hohes Amt zu bekleiden. Sechs von uns bezeichnete obere Beamte sollen aus der Provinz Schantung versetzt und bestraft werden. Gegen die an dem Morde selbst beteiligten Verbrecher ist das Strafverfahren im Gange.
2. Für den der katholischen Mission und ihren Angehörigen erwachsenen materiellen Schaden verspricht die chinesische Regierung, die von der Mission erforderte volle Entschädigung in Höhe von 3000 Taels zu zahlen.
3. Zur Sühne des Todes der Missionare sollen drei Kirchen errichtet und mit einer kaiserlichen Schutztafel versehen werden, und zwar eine (von der Mission bereits begonnene) Kirche in Tsining,

eine in der Stadt Tsao-Tschoufu und eine an der Stelle des Mordes selbst im Distrikt Chue-Yeh-Hsien. Die chinesische Regierung verpflichtet sich, für jede Kirche 66000 Taels anzuweisen, für die beiden Kirchen in Tsao-Tschoufu und am Orte der Tat außerdem freie Bauplätze. Ferner werden zum Bau von sieben sicheren Wohnhäusern für die katholischen Missionare in der Präfektur Tsao-Tschoufu 24000 Taels angewiesen. Alle diese Geldzahlungen erfolgen durch Vermittelung der Kaiserlichen Gesandtschaft, um die Missionare vor Reibungen mit den chinesischen Beamten zu wahren.

4. Zum Schutze unserer Missionare wird ein besonderes Kaiserliches Edikt veröffentlicht werden.

Die chinesische Regierung hat hiermit alle von uns in dieser Richtung gestellten Forderungen bewilligt. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind von unsern Vertretern, der ihnen von mir erteilten Weisung entsprechend, in fortgesetztem Benehmen mit dem Stellvertreter des Bischofs Anzer geführt worden. Gleichzeitig ist von uns so viel als möglich der wertvolle Rat des gerade in Europa anwesenden Bischofs Anzer benutzt worden. Nach Ansicht des Bischofs wird namentlich die Gewährung der drei Kaiserlichen Schutztafeln, eine in China äußerst seltene Vergünstigung, wesentlich zur Erhöhung des Ansehens der katholischen Missionare bei der chinesischen Bevölkerung beitragen.

Die Kaiserliche Regierung glaubt hiermit alles getan zu haben, was für die Vergangenheit zur Sühnung der begangenen Frevel ohne Anwendung unchristlicher Härte zulässig war, gleichzeitig aber für die Zukunft in den Grenzen der Möglichkeit ähnlichen Ereignissen vorgebeugt zu haben. Die Kaiserliche Vertretung in China wird die genaue Ausführung der uns gemachten Zugeständnisse, soweit diese nicht schon jetzt erfüllt sind, sorgfältig überwachen. Die beste Bürgschaft aber erblicken wir in der nunmehr auf gesicherter und vertragsmäßiger Grundlage ruhenden dauernden Anwesenheit der deutschen Kriegsschiffe und der deutschen Besatzung in der Kiautschoubucht, durch die die Macht des Deutschen Reiches ständig und sichtbar den Provinzial- und Lokalbehörden sowie der Bevölkerung vor Augen gehalten wird, die hoffentlich nicht wieder vergessen werden, daß kein gegen einen Reichsangehörigen begangenes Unrecht ungesühnt bleibt.

5. Deutsch-chinesischer Vertrag über Kiautschou.

Sitzung des Reichstages vom 8. Februar 1898.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1898, Kapitel Auswärtiges Amt, richtete der Abgeordnete Richter mehrere Fragen an den Staatssekretär. Während auf die beiden letzten der Unterstaatssekretär Freiherr von Richthofen Auskunft erteilt, beantwortet die drei ersten der Staatssekretär selbst. Diese lauten:

„Die nächste Frage würde also sein, ob inzwischen [1]) der Vertrag mit China angekommen ist, der damals nur in einem telegraphischen Auszug bekannt war, und ob etwas entgegensteht, diesen Vertrag jetzt, oder nachdem er angekommen ist, in der Oeffentlichkeit mitzuteilen.

„Die zweite Frage würde sein, ob die Verhandlungen mit China wegen einer Konzession in Bezug auf Eisenbahnen in der Provinz Schantung und in Bezug auf die Ausbeutung von Bergwerken zu irgend einem Abschluß gekommen sind — und zu welchen.

„Die dritte Frage würde sein, ob die Zone, die abgesehen von der Landabtretung im Umkreise der Bucht zugestanden ist, und deren Ausdehnung auf den uns übergebenen Karten einen Radius von 50 Kilometern hat, vertragsmäßig festgelegt ist, und wie es kommt, daß gegenwärtig die deutsche Besatzung über das eigentliche Gebiet der Kiautschoubucht hinaus auch noch innerhalb jener Zone stationiert ist. Für mich ergibt sich dies daraus, daß die jüngst gemeldete Ermordung eines deutschen Matrosen an einem Orte geschehen ist, der zwar in der Zone, aber außerhalb des abgetretenen Gebiets liegt."

Staatssekretär von Bülow [2]):

Ich hatte gedacht, meine Herren, daß die Diskussion über Kiautschou erst bei der Position Peking eröffnet werden würde. Ich freue mich aber, daß ich schon jetzt Gelegenheit finde, mich über eine Angelegenheit auszusprechen, welche die öffentliche Meinung mit Recht lebhaft beschäftigt und die für die Regierungen ein Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit ist.

Und hierbei möchte ich einen Punkt vorwegnehmen. Es ist in der Presse, und es ist auch neulich in der Budgetkommission die Ansicht hervorgetreten, als ob die Regierung bestrebt sei, über ihre auswärtige Politik und namentlich über unsere ostasiatische Aktion einen Schleier auszubreiten. Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, wie weit sich die Regierung berufen glaubt, über den Gang ihrer auswärtigen Politik Auskunft zu erteilen. Auf diese Frage möchte ich mit dem Worte antworten, mit dem in meiner Studienzeit ein hervorragender Professor der

1) D. h. seit der Kommissionsberatung vom 24. Januar; vgl. oben S. 12 f.
2) Sten. Ber. d. R.-T., 9. Leg.-Per., V. Session, 35. Sitzung, S. 894 ff.

Theologie seine Vorträge über subtilere Themata einzuleiten pflegte, nämlich mit dem Worte: Distinguo — ich unterscheide. Ueber alle Phasen einer auswärtigen Aktion, und besonders über die Anfangsphasen einer solchen, und ganz besonders über vertrauliche Negoziationen mit anderen Mächten, kann kein Minister der Welt vorzeitige Mitteilung machen

(Sehr richtig!),

und wenn er es täte, würden seine Kollegen, die übrigen Minister des Aeußeren, nicht mehr mit ihm verhandeln wollen. Er kann dies nicht ungefähr aus denselben Ursachen, aus denen der Rechtsanwalt nicht über jedes Stadium seines Prozesses und der Arzt nicht über jede Erscheinung einer Krankheit seinem Klienten referieren kann. Ich kann nicht einmal beim Whist meinem Partner Aufschluß geben über jeden Zug. Wohl aber bin ich verpflichtet, hinterher zu sagen, was ich mit meinen Trümpfen angefangen habe. Seien Sie versichert, meine Herren, daß wir uns unserer Verantwortung gegenüber dem Lande sehr wohl und sehr ernsthaft bewußt sind, und daß wir nie daran gedacht haben, Versteck spielen zu wollen!

Ich mußte mich aber, nach Lage der Verhältnisse, als ich Anfang Dezember zum erstenmal die Ehre hatte, vor diesem hohen Hause zu erscheinen, darauf beschränken, hervorzuheben, daß wir weder in Abenteuer hineindampfen, noch irgendwie den Frieden stören, noch irgendwem zu nahe treten, sondern lediglich die Rechte und Interessen schützen wollten, die wir in Ostasien besitzen. Die Entsendung unseres Kreuzergeschwaders nach Kiautschou [3]) war eben nicht eine Improvisation, sondern sie war das Ergebnis reiflicher Erwägung und Abwägung aller Verhältnisse und der Ausdruck einer ruhigen, zielbewußten Politik.

Hierüber kann ich heute folgendes sagen. Wir waren uns schon vorher nicht im Zweifel darüber, daß wir in Ostasien einen territorialen Stützpunkt brauchten. Ohne einen solchen würden wir dort in wirtschaftlicher, in maritimer und in allgemein politischer Hinsicht in der Luft schweben. In wirtschaftlicher Beziehung brauchen wir eine Eingangstür zu dem chinesischen Absatzgebiete, wie Frankreich eine solche in Tonking, England in Hongkong und Rußland im Norden besitzt. Das chinesische Reich mit seiner riesenhaften Bevölkerung von nahezu an 400 Millionen Menschen bildet einen der zukunftreichsten Märkte der Welt; von diesem Markt durften wir uns nicht ausschließen, wenn wir wirtschaftlich und

3) Vgl. oben S. 7.

damit politisch, materiell und damit moralisch voran wollten. Wir mußten vielmehr dafür sorgen, daß wir dort unter gleichen Chancen mit anderen Völkern zugelassen wurden. Gerade weil die mächtig arbeitende deutsche Industrie auf vielen europäischen und nichteuropäischen Plätzen mit großen und wachsenden Schwierigkeiten kämpft, wo sich ihr leider manche Länder ganz oder teilweise verschließen, betrachteten wir es doppelt als unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß uns für die Zukunft wenigstens der chinesische Markt erhalten blieb, nach welchem sich unsere Ausfuhr seit 10 Jahren verdreifacht hat. Die Konzessionen, welche die chinesische Regierung den Untertanen anderer Mächte gemacht hatte mit Bezug auf die Anlage von Eisenbahnen und Ausbeutung von Bergwerken, legte uns die Erwägung nahe, ob es nicht im wohlverstandenen und wohlberechtigten Interesse der Entwickelung unserer Beziehungen zu China liegen würde, wenn deutsche Staatsangehörige analoge Konzessionen erhielten. Solche Konzessionen haben wir erhalten — ich werde sogleich auf dieselben zu sprechen kommen.

Ohne einen territorialen Stützpunkt würden aber alle deutschen Unternehmungen in China im letzten Ende anderen mehr zu gute kommen als uns, ohne einen solchen würden unsere technischen und kommerziellen Kräfte sich zersplittern, mit einem Wort, würde deutsche Arbeit und deutsche Intelligenz, wie dies früher oft genug der Fall war, für anderer Leute Aecker den Dünger liefern, statt unseren eigenen Garten zu befruchten.

(Sehr richtig! Sehr gut!)

In maritimer Hinsicht war der Erwerb einer Station ein Bedürfnis für unsere Flotte. Die Größe und der Umfang unserer ostasiatischen Handelsinteressen machen dort die dauernde Anwesenheit eines Geschwaders erforderlich. Dieses Geschwader aber braucht einen Hafen, wo deutsche Schiffe, ohne von dem guten oder auch manchmal weniger guten Willen fremder Regierungen und fremder Verwaltungen abhängig zu sein, ausgerüstet, verproviantiert und im Notfalle ausgebessert werden können. Das Ansehen und die Schlagfertigkeit unserer Flotte wird verdoppelt, wenn dieselbe nicht mehr heimatlos umherschwimmt, sondern als Hauptquartier einen Hafen hat, wo sie zu Hause ist.

In allgemein politischer Hinsicht brauche ich nur daran zu erinnern, daß Frankreich in Tonking festen Fuß gefaßt hat, England seit lange in Hongkong sitzt, Rußland am Amur steht, während selbst Spanien, Portugal und Holland im fernen Osten seit lange eigenen Boden unter den Füßen haben. Wo alle diese Mächte zu ihrem augenscheinlichen Vorteil sich Stützpunkte gesichert haben in Ostasien,

mußten wir dasselbe tun, wenn wir nicht dort eine Macht zweiten oder vielmehr dritten Ranges bleiben wollten. (Sehr richtig!)

Dazu trat noch eine Erwägung. Außer der allgemeinen Pflege unserer politischen und wirtschaftlichen Interessen in Ostasien liegt uns dort auch der Schutz der sich im Inneren Chinas oder in den geöffneten Häfen aufhaltenden Fremden und namentlich der Missionare ob. Es würde meiner Empfindungsweise widersprechen, wenn ich Gefühle und namentlich die heiligsten Gefühle, welche es gibt, religiöse Gefühle, verquicken wollte mit realen Interessen. Aber nachdem das Reich den Schutz über die christlichen und katholischen Missionen in Schantung übernommen hat, und wo wir die Ausübung dieses Schutzes nicht allein als eine Pflicht betrachten, sondern auch als eine Ehre, mußte es schwer für uns ins Gewicht fallen, daß der Vorsteher dieser Missionen, der Bischof Anzer[4]), uns auf das unzweideutigste erklärte, daß unsere Festsetzung in Kiautschou eine Lebensfrage sei, nicht nur für das Gedeihen, sondern geradezu für den Fortbestand der chinesischen Mission. Wo es in der Theorie für uns feststand, daß wir einen Stützpunkt in Ostasien gebrauchen, kam es für die praktische Politik darauf an, daß wir einerseits für die Erwerbung dieses Stützpunktes den richtigen Augenblick aussuchten, andererseits dieselbe durchführten, ohne dadurch in Verwickelung zu geraten mit anderen in Ostasien gleichfalls interessierten europäischen Mächten und mit den beiden ostasiatischen Reichen von China und Japan.

Ueber den ersteren Punkt, die Wahl des richtigen Augenblicks, möchte ich mich nicht weiter verbreiten. Ich meine aber, daß, wenn unseres Lebens schwer Geheimnis, wie der Dichter gesagt hat, im allgemeinen liegt zwischen Uebereilung und Versäumnis, im vorliegenden Falle die richtige Mitte und der richtige Moment erfaßt wurden, und daß wir vorbeigekommen sind an der Scylla und an der Charybdis menschlicher Entschließungen. Was unsere Festsetzung in Kiautschou angeht ohne unangenehme Friktionen mit anderen Mächten, so kann ich wiederholen, was ich schon in der Kommission gesagt habe, daß durch dieselbe unsere Beziehungen zu keinem anderen Staat getrübt worden sind, wie das auch nicht anders möglich war bei der absoluten Loyalität, Friedfertigkeit und maßvollen Selbstbeschränkung unseres Vorgehens. Wir

4) Johann Baptist v. Anzer, geb. 16. Mai 1851 in Weinfried, seit 1879 in China als Leiter des Seminars in Hongkong, seit 1886 Titularbischof von Telepte.

befinden uns im Einklang mit Rußland, dessen Interessen in Europa nirgends die unserigen durchkreuzen

(Bravo!),

in Ostasien vielfach mit denselben parallel laufen, und dessen natürliche Machtentwickelung wir als aufrichtige Freunde mit neidloser Sympathie begleiten.

(Lebhafter Beifall.)

Wir finden es natürlich und begreiflich, wenn Frankreich von Tonking aus neue Verkehrswege sucht. Und wir sind endlich weit davon entfernt, irgendwie oder irgendwo berechtigten englischen Interessen entgegentreten zu wollen. Wenn — nicht von seiten der englischen Regierung, aber in einzelnen Organen der englischen Presse — zeitweise die entgegengesetzte Auffassung hervorgetreten ist, so stand dieselbe im Widerspruch mit den tatsächlichen Verhältnissen. Glücklicherweise ist man sich in London an allen maßgebenden Stellen nicht im Zweifel darüber, daß wir im Interesse beider Länder, im Interesse des Kulturfortschrittes der Menschheit und im Interesse des Weltfriedens ein harmonisches Zusammenwirken auch mit Großbritannien für ersprießlich halten.

(Lebhafter Beifall.)

China gegenüber haben wir unsere Forderungen in so moderierten Grenzen gehalten, daß dieselben weder der chinesischen Regierung Anlaß zu berechtigten Ausstellungen geben, noch gar die innere Kohäsion oder den Fortbestand des chinesischen Reichs gefährden konnten.

Den vollständigen und genauen Text des am 4. Januar durch Notenaustausch mit China abgeschlossenen Abkommens kann ich Ihnen leider noch nicht vorlegen, aus dem einfachen Grunde nicht, weil ein Brief von Peking nach Berlin über sechs Wochen unterwegs ist. Dagegen habe ich infolge der in der Kommission an mich herangetretenen dankenswerten Anregung unsere Vertretung in China telegraphisch zu genaueren Mitteilungen aufgefordert, und aus der Vergleichung der mir seitdem zugegangenen Meldungen mit meinen eigenen Instruktionen kann ich heute in Vervollständigung der seiner Zeit vom „Reichsanzeiger“ gebrachten Mitteilung den annähernden Wortlaut des Abkommens mit China, wie folgt, zu Ihrer Kenntnis bringen:

I. Die Kaiserlich chinesische Regierung, um den berechtigten Wunsch der deutschen Regierung zu erfüllen, ebenso, wie andere Mächte, in den ostasiatischen Gewässern einen Punkt zu besitzen, wo deutsche Schiffe ausgebessert und ausgerüstet, die Materialien und Vorräte dafür niedergelegt, sowie sonstige zugehörige Ein-

richtungen getroffen werden können, überläßt der deutschen Regierung pachtweise vorläufig auf 99 Jahre das auf beiden Seiten des Eingangs der Bai von Kiautschou in Süd-Schantung belegene, weiter unten näher bestimmte Gebiet, dergestalt, daß es der deutschen Regierung freistehen soll, innerhalb dieses Gebiets alle nötigen Baulichkeiten und Anlagen zu errichten und die zu deren Schutz erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

II. Das der deutschen Regierung verpachtete Gebiet besteht, unter Zugrundelegung der englischen Seekarte der Kiautschou-Bai vom Jahre 1863, aus:

1. der Landzunge nördlich des Eingangs der Bai, abgegrenzt gegen Nordosten durch eine von der nordöstlichen Spitze von Potato Island bis zur Meeresküste in der Richtung auf Loshan gezogene gerade Linie,
2. der Landzunge südlich des Eingangs der Bai, abgegrenzt nach Südwesten durch eine vom südlichsten Punkte der südsüdwestlich von Tschiposan befindlichen Einbuchtung in der Richtung auf die Tolosanlosan-Inseln (Waebersche Karte) bis zur Meeresküste gezogene gerade Linie,
3. den Inseln Tschiposan und Potato Island sowie sämtlichen vor dem Eingang der Bucht gelegenen Inseln einschließlich Tolosan und Sestientau.

Außerdem verpflichtet sich die chinesische Regierung, in einer Zone von 50 Kilometern im Umkreis rings um die Bucht keine Maßnahmen oder Anordnungen ohne Zustimmung der deutschen Regierung zu treffen und insbesondere einer etwa notwendig werdenden Regulierung der Wasserläufe keine Hindernisse entgegenzusetzen. Auch gewährt die chinesische Regierung den deutschen Truppen ein Durchmarschrecht durch die bezeichnete Zone.

III. Um jeder Möglichkeit von Konflikten vorzubeugen, wird die chinesische Regierung während der Pachtdauer im Pachtgebiet Hoheitsrechte nicht ausüben, sondern sie überläßt dieselben ebenso wie die Hoheitsrechte auf der gesamten Wasserfläche der Kiautschoubucht der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung wird auf den Inseln und Untiefen vor dem Eingang der Bucht Seezeichen errichten.

IV. Im Falle, daß das an der Kiautschoubucht erpachtete Gebiet sich für die Zwecke der deutschen Regierung nicht passend erweisen sollte, wird die chinesische Regierung der deutschen Regierung

einen besser geeigneten Platz gewähren und das Kiautschougebiet unter Ersatz der von der deutschen Regierung dort gemachten Aufwendungen zurücknehmen.

V. Eine genauere Festsetzung der Grenzen des Pachtgebiets und der deutschen Zone nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse soll durch Kommissare der beiden Regierungen erfolgen.

Hierzu möchte ich noch nachstehende erläuternde Bemerkungen machen:

I. Das Pachtgebiet, dessen genaue Grenze noch nicht festgestellt ist, wird einen Flächeninhalt von 30 bis 50 Quadratkilometer haben. Es ist also wesentlich größer als der englische Besitz auf und gegenüber Hongkong.

II. Die Lage des Pachtbesitzes und die ungefähre Ausdehnung der deutschen Zone ergibt die von mir der deutschen Kommission vorgelegte Spezialkarte. Diese Karte ist nur insofern zu berichtigen, als, wie nachträglich bekannt geworden ist, aus militärischen Gründen die nördliche Landgrenzlinie um einen schmalen Streifen weiter vorgeschoben worden ist, als in der Karte gezeichnet.

III. Darüber, welche Einwohnerzahl der deutsche Besitz hat, fehlt noch genauere Angabe. Es liegen daselbst einige kleine Dörfer, in denen eine chinesische Bevölkerung von ein paar tausend Köpfen wohnen dürfte.

IV. Ueber die Größe der Bai liegt eine auf ganz exakten Vermessungen beruhende Angabe bis jetzt nicht vor. Dieselbe schneidet bis 20 Seemeilen in das Land ein. Ihre Einfahrt ist an der schmalsten Stelle noch immer 3000 Meter breit. Als Hafen benutzbar sind zwei Dritteile der Bucht, und zwar die südlichen, an unserem Gebiet belegenen in einer Ausdehnung von etwa 90 Quadratseemeilen.

V. Ueber die Höhe des an China zu zahlenden Pachtzinses steht noch nichts Genaues fest. Jedenfalls brauchen wir uns hierüber keine grauen Haare wachsen zu lassen. Der zu zahlende Pachtzins wird keinesfalls erheblich sein; denn derselbe soll nicht etwa ein Entgelt für das verpachtete Land bedeuten, sondern eine Formalität von der Art des den Juristen bekannten Rekognitionszinses zur Anerkennung des für den Kaiser von China fortbestehenden ideellen Eigentums. —

Das Abkommen wegen der Sühne für die Missionare habe ich bereits der Budgetkommission vorgelegt[5]).

Ueber Eisenbahnen- und Bergwerkskonzessionen ist nachstehendes stipuliert worden:

5) Vgl. oben S. 12 f.

Die chinesische Regierung hat zugesagt, einer zu bildenden deutsch-chinesischen Eisenbahngesellschaft den Bau einer Eisenbahn von Kiautschou aus zunächst nordwärts und dann westwärts bis zum späteren Anschluß an das projektierte große chinesische Eisenbahnnetz zu übertragen. Die Bahn soll so gelegt werden, daß sie namentlich die im Norden von Kiautschou belegenen Kohlenfelder von Weihsien und Poshan berührt. Die Ausbeutung dieser Kohlenlager soll deutschen Unternehmern zugestanden werden.

Die chinesische Regierung hat sich ferner verpflichtet, der zu bildenden Eisenbahngesellschaft mindestens ebenso günstige Bedingungen zu gewähren, wie sie irgend eine andere europäisch-chinesische Eisenbahngesellschaft in China erhalten hat.

Weitere Verhandlungen, die teils eine Ausdehnung dieser Konzessionen in gewisser Richtung, teils deren genaue Fixierung im einzelnen zum Ziele haben, schweben noch. Der Stand dieser Verhandlungen ist kein ungünstiger.

Meine Herren, ich möchte besonders konstatieren, daß wir aufrichtig die Wohlfahrt von China wünschen, und wir wünschen den Fortbestand von China. Ich glaube auch nicht, daß dieses alte Reich von heute auf morgen auseinanderfallen wird, und ich habe einem wißbegierigen Diplomaten, der mich frug, wie lange ich glaube, daß das chinesische Reich noch bestehen würde, erst vor wenigen Tagen geantwortet: das chinesische Reich bestehe nun schon seit 4377 Jahren, und ich sehe gar keinen Grund ein, warum das nicht noch wenigstens 3000 Jahre so weiter gehen solle.

(Große Heiterkeit.)

Wir denken schließlich nicht daran, dem japanischen Volke zu nahe treten zu wollen, dessen rasche Entwicklung und hohe Begabung Europa Achtung einflößen. —

Ich möchte noch ein Wort sagen über die Wahl von Kiautschou. Unter den Gründen, die uns veranlaßt haben, gerade nach Kiautschou zu gehen, stand neben der Notwendigkeit des Schutzes für unsere Missionen die schon von mir in der Budgetkommission angedeutete Erwägung im Vordergrund, daß wir dort von der englischen und französischen Aktionssphäre wie von der russischen Operationsbasis gleich weit entfernt sind und somit durch unsere Festsetzung dort die Interessen jener Mächte nicht tangieren. Im übrigen stimmten die Berichte aller zuverlässigen und sachverständigen Kenner der ostasiatischen Verhältnisse darin überein, daß Kiautschou als Hafenplatz, als Klima und Hinterland, in maritimer und

ökonomischer Hinsicht, als Lage und Umgebung gerade diejenige Position ist, die wir in Ostasien gebrauchen. Gewiß, wenn es in China einen idealen Punkt gäbe, der nur Lichtseiten hätte und keine Schattenseiten, dessen Erwerbung gar keine Schwierigkeiten verursacht, und dessen Entwicklung gar keine Kosten bereiten würde, so hätten wir uns sicherlich dorthin gewandt.

(Heiterkeit.)

Ein solches Utopia existierte aber in China nicht. Wir leben in einer realen und unvollkommenen Welt und mußten mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Unter den erreichbaren und vorhandenen Plätzen war Kiautschou alles in allem weitaus der geeignetste. Kiautschou bietet den Vorzug einer sehr großen und dabei durch ihre Einfahrt doch leicht zu verteidigenden, eisfreien, tiefen, in absehbarer Zeit nicht mit Versandung bedrohten Bucht, welche auch bei schlechtem Wetter vollen Schutz gewährt und mehr als genügende Unterkunft für jede Kriegsmarine wie für den bedeutendsten Handelsverkehr. Es besitzt eine zentrale Lage zwischen den Golfen von Japan, Petschili-Korea und den Mündungen des Jangtsekiang. Es besitzt für chinesische Verhältnisse ein gutes Klima, vielleicht das beste in China. Es besitzt vor allen anderen chinesischen Häfen den Vorzug, Steinkohlen in seiner Nähe zu haben. Die Herstellung von Eisenbahnverbindungen zwischen Kiautschou und den Kohlenlagern von Schantung und bis zum Hoangho ist nicht verknüpft weder mit erheblichen technischen noch mit unverhältnismäßigen finanziellen Schwierigkeiten. Für die Herstellung dieser Eisenbahnverbindungen wie für die notwendigen Hafenanlagen rechnen wir auf die Mithülfe des deutschen Privatkapitals. Wo geerntet werden soll, muß auch gesät werden. Wir glauben aber, daß das Samenkorn, welches wir bei Kiautschou in den Boden senken, Frucht bringen wird. Jedenfalls werden wir dasselbe sorgsam pflegen; wir werden nach Möglichkeit darauf hinwirken, daß Risiko und Gewinn, Einsatz und Ertrag im richtigen Verhältnis bleiben. Wir werden vorgehen ohne Ueberhastung, aber auch ohne kleinliche Engherzigkeit, stetig, besonnen, Schritt für Schritt, nicht als Konquistadoren, aber auch nicht als Kalkulatoren, sondern, wenn ich mich so ausdrücken darf, als tüchtige und kluge Kaufleute, die, wie weiland die Makkabäer, die Waffe in der einen Hand haben, in der anderen aber die Kelle und den Spaten.

Meine Herren, ich glaube, daß ein Diplomat noch sorgfältiger als andere Menschen sich hüten soll vor ängstlicher Schwarzseherei wie vor

trügerischen Illusionen, und daß er gar nicht ruhig und sachlich und nüchtern genug urteilen kann. Ich habe keine Luftschlösser vor Ihnen aufgeführt und mich jeder Schönfärberei enthalten. Ich bin aber überzeugt, daß die Erwerbung von Kiautschou der Ausbreitung christlichen Glaubens und christlicher Gesittung zum Segen gereichen, und daß sie förderlich sein wird für die wirtschaftliche Entwicklung und für die politische Machtstellung des deutschen Volks.

(Wiederholtes lebhaftes Bravo.)

Im weiteren Verlauf der Debatte knüpfte Abgeordneter Dr. Barth an ein Wort des Staatssekretärs aus der Kommissionsberatung an: bestimmend für die deutsche Politik in China sei der Grundsatz „leben und leben lassen". Dr. Barth führte aus:

„Nun möchte ich die Frage an den Herrn Staatssekretär richten, ob ich diesen seinen Grundsatz dahin interpretieren darf, daß in China bei der eigenartigen Entwickelung der dortigen Verhältnisse in wirtschaftlicher und politischer Beziehung seitens Deutschlands der Grundsatz vertreten werden soll, daß in dem Gebiet unserer Interessensphäre eine freie Konkurrenzmöglichkeit offengehalten werden soll allen Ländern der ganzen Erde, während wir in Bezug auf die politische Interessensphäre anderer Mächte in China unsererseits den gleichen Anspruch erheben. Wenn dieser Grundsatz generell zur Durchführung gelangte, würden sich die Verhältnisse in China so gestalten, daß alle europäischen und amerikanischen Kulturländer in China die wirtschaftliche Konkurrenz unter denselben Voraussetzungen ausüben könnten wie dasjenige Land, das unmittelbar seine politische Interessensphäre auf den betreffenden Distrikt ausgedehnt hat. ....

„Da ich einmal das Wort habe, so möchte ich gleich noch eine zweite Frage an diese erste knüpfen, und diese Frage betrifft Kreta. ... Ich glaube, es wäre wünschenswert, gerade zur Aufklärung der öffentlichen Meinung in Deutschland, wenn der Herr Staatssekretär Gelegenheit nehmen wollte, das mitzuteilen, was er glaubt in Bezug auf diese Frage schon jetzt unbedenklich äußern zu können."

Darauf antwortete

Staatssekretär von Bülow:

Auf die erste Anfrage des Herrn Vorredners aus dem Hause[6]) möchte ich erwidern, daß die Freihafenstellung von Kiautschou auch meines Erachtens in Zukunft wohl am meisten unseren Handelsinteressen entsprechen möchte. Ich möchte uns aber namentlich dem Auslande gegenüber nicht von vornherein festlegen

(sehr richtig!),

sondern ich glaube, es ist am besten, wir halten uns unabhängig, wie die Engländer in Hongkong dies meines Wissens getan haben und tun.

(Sehr richtig!)

6) Dr. Barth; der unmittelbare Vorredner war Staatssekretär von Tirpitz.

Der Herr Abgeordnete Dr. Barth hat ferner den Wunsch geäußert, näheres zu erfahren über unsere Stellung zu Kreta. In unserer Haltung Kreta gegenüber hat sich nichts geändert, seitdem wir uns in der Budgetkommission über dieses Thema unterhalten haben. Wir haben an Kreta nach wie vor keine anderen Interessen, als daß dasselbe nicht zum Erisapfel und nicht zur Brandfackel werde.

(Lebhafte Rufe: sehr richtig!)

Wie die für Kreta neugeplante Verfassung im einzelnen ausfallen, und wer das Vergnügen haben wird, die interessante Insel als Gouverneur zu regieren

(große Heiterkeit),

kann uns an und für sich vollständig gleichgültig sein.

(Bravo!)

Wir sind allerdings der Meinung — und dieser Meinung haben wir auch akademischen Ausdruck gegeben —, daß es sich empfehlen würde, bei der Neuregelung der kretensischen Verhältnisse auch die Minorität der Bevölkerung zu berücksichtigen. Dauernder Friede wird auf Kreta nur herrschen, wenn das mohammedanische Dritteil der Bevölkerung Sicherheit für Leben und Eigentum erhält.

(Sehr richtig!)

Dabei kommt es uns aber mehr auf den Frieden an als auf die Muselmänner.

(Sehr gut!)

Die bekannten Knochen des pommerschen Grenadiers werden wir für die eine wie für die andere der sich auf Kreta bekämpfenden Gruppen ebenso wenig aufs Spiel wie die Faust unserer braven Matrosen in Bewegung setzen.

Um das europäische Konzert aufrechtzuerhalten, haben wir uns bisher allen Entscheidungen der andern Mächte angeschlossen, über welche sich alle übrigen Mächte geeinigt haben. An dieser Praxis denken wir auch fernerhin festzuhalten

(sehr richtig!),

sofern nicht Anträge an uns herantreten sollten, durch welche uns eine Verantwortung aufgebürdet werden sollte, die nicht in den Rahmen unserer vorsichtigen und reservierten Orientpolitik paßt.

(Sehr gut!)

Es ist ja nicht nötig, daß in einem Konzert — und auch im europäischen Konzert — jeder dasselbe Instrument spielt.

(Heiterkeit. — Sehr gut!)

Der eine schlägt die Trommel

(Heiterkeit),

der andere stößt in die Trompete

(Heiterkeit),

der dritte hält die große Pauke in der Hand.

(Große Heiterkeit.)

Wir bliesen in Konstantinopel die Flöte diplomatischer Einwirkung und Ueberredung, und wir bliesen sie nicht umsonst.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Denn gerade weil die Pforte weiß, daß wir ihr ganz objektiv gegenüberstehen, konnten wir ihr in entscheidenden Momenten, wie beispielsweise, als es sich darum handelte, ob die Türkei dem besiegten Griechenland den von diesem erbetenen Waffenstillstand gewähren oder den Vormarsch auf Athen fortsetzen sollte, sagen, daß es nicht weise von ihr sein würde, sich den vereinigten Wünschen aller europäischen Mächte entgegenzusetzen. An einem positiven Druck auf die Pforte werden wir uns aber nicht beteiligen.

(Sehr gut!)

Wir können das schon deshalb nicht, weil die Folgen eines solchen unberechenbare sind, und weil wir da in der Türkei und anderswo allerlei Ueberraschungen erleben könnten.

Was aus Kreta schließlich werden wird, kann ich Ihnen auch beim besten Willen nicht sagen

(große Heiterkeit),

und kann Ihnen niemand sagen. Das ruhet im Schoße der seligen Götter. Das aber kann ich Ihnen sagen, daß Deutschland sich nicht hineinziehen lassen wird in die Komplikationen, die unter Umständen aus der kretischen Frage hervorgehen könnten, und daß wir dafür sorgen werden, daß der kretensische Wogenprall nicht an der deutschen Küste brandet.

Daraus ergibt sich auch unsere Stellung gegenüber der Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland[7]) für den Gouverneursposten von

7) Prinz Georg, der zweite Sohn des Königs Georg von Griechenland, geb. 31. Mai 1869, ist jetzt Generalkommissar der Großmächte auf Kreta.

Kreta. Wenn sich die Pforte im Guten mit allen Mächten über diese Kandidatur geeinigt hätte, so würden wir selbstverständlich nicht Nein gesagt haben. Eine Pression auf die Pforte machen wir aber nicht mit. Wenn Streit entsteht, treten wir ruhig bei Seite

(sehr gut!);

wenn Differenzen laut werden, legen wir die Flöte still auf den Tisch und verlassen den Konzertsaal.

(Große andauernde Heiterkeit.)

Das entspricht sowohl unserem Friedensbedürfnis, wie unserer Uninteressiertheit in orientalischen Dingen und in Mittelmeerfragen. Wir setzen uns dadurch auch nicht in Widerspruch zu Rußland, mit dem wir nicht nur durch alte und ehrwürdige Traditionen, sondern auch durch viele und wichtige politische Interessen verbunden sind

(sehr richtig!),

und von dem uns — ich habe es heute schon einmal konstatiert[8]) — kein irgendwie tiefergehender Gegensatz trennt. Wir widersetzen uns weder Rußland noch Frankreich noch England noch irgend einer anderen Macht. Wir beteiligen uns nur nicht an Schritten, welche bedenkliche Folgen haben könnten, und wir übernehmen keine Verantwortlichkeit für Beschlüsse, die wir für gefährlich halten.

Es ist ja, meine Herren, wie ich wohl weiß, hier und da in Europa die Ansicht verbreitet, als ob unsere Haltung gegenüber den orientalischen Wirren keine ganz unparteiische wäre. Diese Ansicht entspricht aber nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Unsere Politik gegenüber dem griechisch-türkischen Streit ist von Anfang an und bis zuletzt sine ira et studio geleitet worden. Wir waren und wir sind ebenso weit entfernt von blinder Parteinahme für den einen, wie von irgendwelcher unberechtigter Rankünе gegen den anderen Teil. Die deutsche Politik hatte von Anfang an gegenüber dem griechisch-türkischen Kriege nach unserer Auffassung zwei große Interessen: einmal das Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens, dann aber das Interesse, daß die lange verkannten und so wohlberechtigten Ansprüche der deutschen Gläubiger Griechenlands endlich befriedigt würden.

(Lebhafter Beifall.)

Von dem ersten Gesichtspunkte, dem Wunsche der Erhaltung des Friedens, waren alle Demarchen inspiriert, die Deutschland allein oder

8) Vgl. oben S. 18.

gemeinsam mit anderen Mächten in der kretischen Frage unternommen hat. Und wenn es seiner Zeit auch nicht gelungen ist, das in Kreta entstandene Feuer im Keim zu ersticken, wurde dasselbe doch lokalisiert, und erreicht, daß der Brand nicht die anderen Balkanvölker und damit voraussichtlich Europa ergriff. Allerdings, meine Herren, ist das Gewicht, das große Schwergewicht der deutschen Politik in „die Schale, die Reiche wägt," nicht geworfen worden zu Gunsten der Griechen. Das kam aber zunächst daher, daß in dem vergangenen griechisch-türkischen Kriege die Griechen der angreifende, die Türken aber der angegriffene Teil waren. Nun entspricht es aber nicht den Traditionen der deutschen Politik, sich zu ereifern für denjenigen, der unbesonnen einen Streit beginnt. Dazu kam noch eine andere Erwägung, die ich mich gar nicht scheue auch an dieser Stelle ganz offen auszusprechen. Die Griechen hatten durch die Art und Weise, wie sie ihren Verpflichtungen gegenüber ihren deutschen Gläubigern, einem sehr achtungswerten und sehr beachtenswerten Teile des deutschen Volkes, kleinen Leuten, kleinen Rentnern, Leuten, die zum Teil ihre ganzen Ersparnisse in griechischen Werten angelegt hatten — nachgekommen oder vielmehr nicht nachgekommen waren

(Heiterkeit),

nicht gerade dazu beigetragen, sich unsere Sympathien zu sichern.

(Sehr wahr!)

Und wenn ich dem griechischen Volke, für dessen Emanzipation unsere Väter und Großväter geschwärmt haben, einen aufrichtigen Freundesrat erteilen dürfte, so würde es dieser sein: nach Wiederherstellung des Friedens sich vor allem der Ordnung seiner inneren Angelegenheiten und ganz besonders der Sanierung seiner Finanzen zu widmen. Les bons comptes font les bons amis, zu deutsch: Zahle deine Schulden, und das übrige wird sich finden.

(Heiterkeit.)

Im übrigen blieb es für uns in orientalischen Angelegenheiten bei dem erprobten Grundsatze, daß wir nur da zu haben sind, wo es sich um die Wahrung und Stärkung des Friedens handelt. Denn wenn ich auch weit entfernt bin, wie der Bürgersmann im „Faust" es hübsch zu finden, wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen

(Heiterkeit),

so glaube ich doch, daß es auf diesem Gebiet die erste Pflicht der Regierung ist, dafür zu sorgen, daß, was auch kommen möge, der Deutsche in seinem Lande in Ruhe sein Gläschen trinken kann und segnen Fried' und Friedenszeiten.

6. Handelsvertragsverhältnis zu England.

Sitzung des Reichstages vom 9. Februar 1898.

Die Großbritannische Regierung hatte den Handelsvertrag mit dem Deutschen Reiche für den 31. Juli gekündigt. Noch war nicht bekannt, wie die Angelegenheit geregelt werden würde. Deshalb richtete bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1898 der Abgeordnete Dr. Barth die Frage an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, „wie es mit den Verhandlungen, die auf den Handelsvertrag abzielen, steht, und ob das Vertragsverhältnis zu England noch über den 31. Juli d. Js. hinaus verlängert werden wird".

Staatssekretär von Bülow[1]):

Auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Barth kann ich nach Lage der Verhältnisse nur erwidern, daß die Grundzüge der von uns an England zu richtenden Vorschläge zwischen den beteiligten Ressorts festgelegt worden sind, daß wir unsere Vorschläge in London mitgeteilt haben und jetzt die englische Antwort abwarten. Mehr glaube ich mit Rücksicht auf den schwebenden Stand der Unterhandlungen nicht sagen zu dürfen.

Am 28. bezw. 30. April wurde der Gesetzentwurf über die provisorische Verlängerung des deutsch-englischen Handelsabkommens bis zum 31. Juli 1899 vom Reichstage angenommen.

7. Deutsch-chinesisches Abkommen über Kiautschou.

Sitzung des Reichstages vom 29. März 1898.

Der Abgeordnete Richter fragt bei der dritten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1898, „ob etwas dem entgegensteht, die mit China abgeschlossenen Verträge, die ja inzwischen nach Deutschland gelangt sein werden, zu veröffentlichen".

Staatssekretär von Bülow[1]):

Auf den letzten Teil der Ausführungen des Herrn Vorredners aus dem Hause[2]) habe ich zu erwidern, daß der — alle früheren auf Kiautschou und Schantung bezüglichen Abmachungen zwischen der deutschen

1) Sten. Ber. d. R.-T., 9. Leg.-Per., V. Session, 36. Sitzung, S. 932.

1) Sten. Ber. d. R.-T., 9. Leg.-Per., V. Session, 72. Sitzung, S. 1874.

2) Abg. Richter; unmittelbarer Vorredner war der Wirkl. Geh. Rt. Dir. Reichardt vom Auswärtigen Amt, der desselben Abgeordneten Anfrage wegen des englischen Handelsvertrages beantwortete.

und der chinesischen Regierung zusammenfassende — Gesamtvertrag am 6. d. M. in Peking unterzeichnet worden ist. Die Urkunde dieses Vertrags ist vorgestern mit dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Bayern" aus Tientsin abgegangen und soll Anfang Mai hier eintreffen. Ueber den Inhalt des Vertrags vermag ich zur Zeit keine weiteren Mitteilungen zu machen als diejenigen, welche ich die Ehre gehabt habe Anfang Februar zur Kenntnis dieses hohen Hauses zu bringen.[3])

8. Kiautschou. — Weiheiwei. — China.

Sitzung des Reichstages vom 27. April 1898.

In dem Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1898 ist zum erstenmal eine Forderung für Kiautschou enthalten, nämlich zur Einrichtung Kiautschous als wirtschaftlichen und maritimen Stützpunktes 5 Millionen Mark. Bei der ersten Beratung dieses Nachtragsetats erwidert auf die Ausführungen der Abgeordneten Dr. Lieber und Richter, die über die Verwendung der 5 Millionen Näheres wissen wollen, und auf die des Abg. Liebknecht, der die ganze Chinapolitik des Deutschen Reiches einer abfälligen Kritik unterzieht,

Staatssekretär von Bülow[1]):

Es ist nicht meine Absicht, auf alle Punkte einzugehen, welche im Laufe der heutigen Diskussion berührt worden sind, schon weil ich nicht weiß, ob es den Intentionen dieses hohen Hauses entsprechen würde, wenn ich die ganze Kiautschoudebatte, die ganze Flottendebatte und auch noch eine Reihe anderer schwerwiegender Fragen wieder aufrollen wollte. Ich möchte aber auf einige Bemerkungen in Kürze erwidern, die mich besonders frappiert haben.

Auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Lieber beehre ich mich zu erwidern, daß ich gern bereit bin, das Abkommen mit China, sobald dasselbe im Wortlaut vorliegen wird, der Budgetkommission mitzuteilen und im Anschlusse hieran alle wünschenswerten Erläuterungen zu geben.

Ueber Weiheiwei möchte ich folgendes sagen: wir haben keinerlei Abmachungen mit England, ich freue mich aber, als Beweis für die guten Gesinnungen der englischen Regierung konstatieren zu können, daß dieselbe

3) Vgl. oben S. 18 ff.

1) Sten. Ber. d. R.-T., 9. Leg.-Per., V. Session, 76. Sitzung, S. 1987 f.

aus eigenem Antriebe die im „Reichsanzeiger" publizierte Erklärung[2]) abgegeben hat, welche uns die Sicherheit gewährt, daß England von Weiheiwei aus nicht in unsere politische und wirtschaftliche Interessensphäre eingreifen wird.

Es ist von der Aufteilung von China gesprochen worden. Eine solche Aufteilung würde jedenfalls nicht von uns ausgegangen sein: wir haben nur beizeiten dafür gesorgt, daß wir, was auch kommen möge, nicht ganz leer ausgehen. Wann sich ein Eisenbahnzug in Bewegung setzt, hängt nicht immer von dem Belieben des Reisenden ab, wohl aber, daß er nicht den Anschluß versäumt. Den Letzten beißen die Hunde!

(Heiterkeit.)

Wir wünschen aber nicht — und das möchte ich mit besonderem Nachdruck betonen —, daß es zu einer Aufteilung des chinesischen Reiches komme. Ich glaube auch heute noch, daß es zu einer solchen Aufteilung in absehbarer Zeit nicht kommen wird.

Jedenfalls haben wir — und damit meine ich am besten sowohl die Gründe, welche uns nach Kiautschou geführt haben, als die Bedeutung von Kiautschou für uns zusammenzufassen — in Kiautschou eine strategische und politische Position gewonnen, die uns einen bestimmenden Einfluß auf die künftigen Geschicke Ostasiens sichert. Von diesem festen Punkte aus können wir die weitere Entwicklung der Dinge mit Ruhe und mit Gelassenheit abwarten. Wir haben eine so große Aktionssphäre vor uns und so bedeutsame Aufgaben, daß wir andere Mächte um die ihnen gemachten Zugeständnisse nicht zu beneiden brauchen.

(Sehr gut!)

Die deutsche auswärtige Politik wird, wie überall, so auch in Ostasien ihren Weg ruhig, fest und friedlich zu verfolgen wissen. Den Störenfried werden wir nirgends spielen, das Aschenbrödel aber auch nicht.

(Lebhaftes Bravo.)

2) Mitte April enthielt der „Reichsanzeiger" folgende offiziöse Kundgebung: „Die englische Regierung hat, im Hinblick auf die bevorstehende Inbesitznahme von Weiheiwei, der deutschen Regierung spontan die Mitteilung gemacht, daß sie nicht willens sei, deutsche Rechte oder Interessen in der Provinz Schantung zu schädigen oder in Frage zu stellen oder der deutschen Regierung in jener Provinz Schwierigkeiten zu bereiten, und daß sie insbesondere nicht beabsichtige, von Weiheiwei oder dem dazu gehörigen Gebiete aus Eisenbahnverbindungen nach dem Innern der Provinz anzulegen."

9. Orientalische Frage. — Orientreise des Kaisers. — Ausweisungen. — Dreibund. — Auswärtige Beziehungen.

Sitzung des Reichstages vom 12. Dezember 1898.

Bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1899 gibt der Abgeordnete Richter in seiner üblichen Etatsrede dem Staatssekretär Veranlassung, sich über eine Reihe von Fragen seines Ressorts vor dem Reichstage auszusprechen. Staatssekretär von Bülow benutzt diese Gelegenheit zu einer Rundschau über die ganze politische Lage Deutschlands.

Staatssekretär von Bülow[1]):

Der Herr Abgeordnete Richter hat den Wunsch ausgesprochen, näheres zu erfahren hinsichtlich meiner Stellung zu einigen Angelegenheiten meines Ressorts. Ich möchte diesem Wunsche trotz der vorgerückten Zeit ohne Zögern nachkommen und hoffe, hierbei Gelegenheit zu finden, in Kürze die Gesichtspunkte darzulegen, welche zur Zeit maßgebend sind für den Gang der auswärtigen Geschäfte des Landes. Und da ich aus dem Morgenlande zurückkehre[2]), so wende ich mich zunächst zur orientalischen Frage.

Die orientalische Frage befindet sich zur Zeit im großen und ganzen in einer friedlichen Phase. Damit will ich nicht etwa sagen, daß das orientalische Problem schon endgültig gelöst sei. Die orientalische Frage gleicht einigermaßen der Seeschlange, von der ein Stück nach dem anderen zum Vorschein kommt. Die endgültige Lösung der orientalischen Frage wird wohl keiner von uns erleben. Es ist ja aber auch nicht notwendig, daß alle großen Probleme, deren heute hier so viele erörtert worden sind, von heute auf morgen gelöst werden. Wir müssen auch unseren Kindern und Kindeskindern einige Nüsse zu knacken übrig lassen.

(Große Heiterkeit.)

Aber die orientalische Frage erscheint gegenwärtig für den Weltfrieden weniger bedrohlich als in früheren Epochen. An und für sich ist die orientalische Frage vielleicht komplizierter geworden, als sie vor 20 und vor 40 Jahren war. Die Gegensätze — nicht sowohl zwischen Christen und Mohammedanern als zwischen den einzelnen Balkanvölkern — haben sich seitdem zugespitzt: mit dem Selbständigkeitstrieb dieser Völker ist auch ihr Expansionsbedürfnis gestiegen. Dazu kommt, daß es auf der Balkanhalbinsel Punkte gibt, die unter Umständen zu Erisäpfeln in des Wortes

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 3. Sitzung, S. 36 ff.

2) Der Staatssekretär hatte zu den Begleitern des Kaiserpaares auf der Orientreise gehört; diese wurde am 11. Oktober angetreten; die Rückkehr nach Potsdam erfolgte am 26. November.

verwegenster Bedeutung werden könnten. Wer mir beispielsweise zu sagen wüßte, wie sich in Macedonien die Ansprüche der verschiedenen Nationalitäten und Konfessionen befriedigen lassen, den erkläre ich für einen sehr feinen Kopf.

(Heiterkeit.)

Das käme gleich hinter der Quadratur des Zirkels und der Auffindung des Steins der Weisen.

Auf andere Schwierigkeiten, deren Sitz mehr in der Nähe von Konstantinopel und Kleinasien ist, und gar auf die armenische Frage will ich lieber nicht eingehen. Und doch brauchen wir nicht zu befürchten, daß alle diese Gegensätze, Probleme und Fragen den europäischen Frieden ernstlich stören werden. Soweit menschliche Berechnungen reichen, dürfen wir vielmehr hoffen, daß die Ruhe im Orient in der nächsten Zeit nicht getrübt werden wird. Das kommt einmal daher, daß mit dem wachsenden und fördernden und nährenden Verkehr unter den Völkern das allgemeine Friedensbedürfnis zugenommen hat und mit dem Umfange der Rüstungen die Scheu, Kriege zu entfesseln, die Volkskriege im furchtbarsten Sinne des Wortes werden würden. Dazu kommt — wir können dies ohne Ueberhebung, aber mit berechtigter Genugtuung sagen —, daß mehr und mehr die Einsicht sich verbreitet hat, wie Deutschland, eben weil es im Orient keine direkten politischen Interessen hat, und wegen unserer unbezweifelten und unzweifelhaften Friedensliebe eine gewisse Garantie für die schließliche Ausgleichung der Gegensätze bietet.

Was unser Verhältnis zum türkischen Reiche angeht so streben wir in Konstantinopel gar keinen besonderen Einfluß an. Mit dem Einfluß auf fremde Staaten ist es so eine Sache; es geht damit, wenn Sie mir den Vergleich gestatten wollen, ähnlich wie mit den Rennen um die goldne Peitsche. Diese einmal zu gewinnen, ist gar nicht so schwer; nachher soll sie aber immer und immer wieder verteidigt und behauptet werden. Durch geschickte Benutzung der Verhältnisse läßt sich unter Umständen Einfluß auf ein anderes Staatswesen unschwer erlangen; diesen Einfluß aber dauernd zu behaupten, kann recht mühsam werden und zu allerlei Unzuträglichkeiten führen. Schon der Einfluß, den wir auf andere Menschen ausüben, schwächt sich durch den Gebrauch ab; der Einfluß eines Staates gegenüber einem anderen Staate läßt sich jedenfalls nur behaupten, wenn derselbe in besonnener und vorsichtiger Weise ausgeübt wird. Darum haben wir in Konstantinopel niemals einen Einfluß angestrebt, wie ihn dort in früheren Zeiten wohl diese oder jene fremde Macht ausgeübt hat. In dieser unserer Enthaltsamkeit

liegt die Eigenart, aber auch die Sicherheit unserer Stellung am Goldenen Horn. Die Sympathien, die wir in der Türkei genießen, und für die wir dankbar sind, gründen sich darauf, daß die Türken wissen, wie Deutschland, eben weil es den Frieden will, auch für die Erhaltung des türkischen Reiches eintritt; daß wir meinen, Völkerrecht bleibe Völkerrecht auch gegenüber den Türken; daß wir im Orient keinen Scheinfrieden wollen, sondern wirklichen Frieden, und daß unsere wirtschaftlichen Unternehmungen in der Levante nicht der Ausbeutung, sondern der Wohlfahrt des osmanischen Reiches gelten. Und da alle anderen Mächte, die im Orient gleichfalls und zum Teil politisch direkter interessiert sind als wir, wohl wissen, daß wir nicht daran denken, ihnen Hindernisse in den Weg zu legen oder ihnen Erfolge zu mißgönnen oder in ihre Aktionssphäre einzugreifen oder ihre Aspirationen zu durchkreuzen, so brauchen wir nicht zu befürchten, daß wir irgendwo berechtigte Eifersucht erwecken könnten. Den verschiedenen Balkanvölkern stehen wir freundlich und ohne parti pris gegenüber. Wir verfolgen mit Wohlwollen ihre Entwickelung, wünschen nur, daß sie nicht den Frieden stören mögen, und suchen zum beiderseitigen Besten die zwischen ihnen und uns bestehenden Handelsinteressen weiter auszubauen.

Mit Befriedigung konstatiere ich, daß unter der weisen Leitung eines erleuchteten Fürsten das Königreich Rumänien sich mehr und mehr zu einem bedeutsamen Faktor der Ordnung, des Fortschritts und der Kultur auf der Balkanhalbinsel ausbildet.

Gegenüber den Rivalitäten zwischen den Balkannationalitäten verhalten wir uns ebenso reserviert wie gegenüber dem Mitbewerb um Einfluß auf dieselben. Wir wünschen nur, daß möglichste Ordnung im Orient herrsche, schon weil das Gegenteil seine Rückwirkung auf den Occident nicht verfehlen würde — Orient und Occident sind nicht mehr zu trennen, hat schon vor 80 Jahren unser alter Goethe gesagt —, und um in Ruhe unseren legitimen Erwerbs- und Handelsinteressen nachgehen zu können.

Was die kretische Angelegenheit angeht, so freue ich mich, daß unsere Haltung in dieser Beziehung von dem Herrn Abgeordneten Richter gebilligt worden ist.[3] Wir haben seinerzeit die „Oldenburg"

3) Der Abgeordnete Richter hatte unter Benutzung eines früher vom Staatssekretär gebrauchten Bildes (vgl. oben S. 25) gesagt: „Daß man in der kretischen Frage die Flöte beiseite gelegt und still aus dem Konzertsaal geschieden ist — offen gestanden, das gefällt mir viel besser als die Art, wie man vor einigen Jahren beim ersten Auftauchen der kretischen Frage gegenüber Griechenland eine Zeitlang die erste Geige gespielt hat."

aus Kreta weggenommen[4]), weil unser Interesse an der künftigen Gestaltung der kretischen Verhältnisse eben nicht erheblich genug war, um dort die dauernde Anwesenheit eines deutschen Kriegsschiffes zu rechtfertigen. Dazu kam die seitdem durch die Ereignisse bestätigte Vermutung, daß die Neuregelung der kretischen Verhältnisse voraussichtlich mit erheblichen Kosten verbunden sein würde. Ich glaube aber nicht, daß es den Intentionen dieses hohen Hauses entsprochen haben würde, wenn wir gerade diese Kosten auf deutsche Schultern übernommen hätten. Und endlich konnten wir uns bei der bisherigen Behandlung des kretischen Problems nicht ganz der Einsicht verschließen, daß viele Köche nicht immer den Brei verbessern. (Heiterkeit.)
Vielleicht gelingt drei oder vier Mächten, was der Gesamtheit der Mächte bei gutem Wollen von allen Seiten nicht gelungen war. Unsere besten Wünsche folgen jedenfalls den Staaten, welche sich der mühsamen Aufgabe unterzogen haben, dauernde Ordnung auf Kreta zu stiften.

Der Orientreise Seiner Majestät des Kaisers sind vor Beginn derselben Motive und Ziele untergeschoben worden, mit welchen dieselbe nicht das mindeste zu tun hatte. Verlauf und Erfolg der Reise haben bewiesen, wie völlig unbegründet diese Ausstreuungen waren. Man hat sich vergeblich bemüht, uns anläßlich dieser Reise abenteuerliche Pläne anzudichten oder einen künstlichen Antagonismus zu konstruieren zwischen uns und dem türkischen Reich oder der katholischen Kirche oder dieser oder jener fremden Macht. Voces praetereaque nihil! Daß auch die evangelischen Deutschen das Recht haben, ein Gotteshaus an der heiligen Stelle zu besitzen, wo sich seit langem die Kirchen anderer Konfessionen erheben, wird kein billig Denkender leugnen; jedenfalls lassen sie sich dieses Recht von niemand bestreiten. Der durchaus berechtigte Wunsch der protestantischen Deutschen, an der Stätte, wo alle Konfessionen ihren Ursitz haben, eine Kirche zu erbauen, datiert übrigens nicht von gestern, und die Beziehungen des evangelischen Deutschlands zum gelobten Lande reichen weiter zurück. Schon König Friedrich Wilhelm IV. war von dem Wunsch erfüllt, der protestantischen Kirche im gelobten Lande eine äußerlich würdigere Stellung zu geben; und es war Kaiser Friedrich, dem 1869 als Kronprinzen der damalige Sultan das Terrain schenkte für die Erbauung der Erlöserkirche.[5]) Wenn der Sohn Kaiser Friedrichs 30 Jahre

4) Am 16. März 1898.

5) Kronprinz Friedrich Wilhelm war am 17. November 1869 bei der Eröffnung des Suezkanals zugegen, hatte dann eine Reise nach Palästina unternommen und bei dieser Gelegenheit den Platz als Vertreter des Königs geschenkt erhalten.

später als Deutscher Kaiser den Wunsch empfunden hat, diese Kirche selbst einzuweihen, so lag darin ein Akt der Pietät gegenüber seinen Vorfahren, der überall gewürdigt worden ist, und ein Akt religiösen Empfindens, der frei war von jeder Feindseligkeit gegen andere Konfessionen.

(Bravo!)

Wenn es noch des Beweises bedurft hätte, daß sich der Fahrt des Kaisers nach dem gelobten Lande alle diejenigen freuen können, die auf christlichem Boden stehen, so wurde dieser Beweis geliefert, als der Deutsche Kaiser, der ein Kaiser aller Deutschen ist, das durch ihn vom Sultan erworbene Heiligtum der Dormition mit besonderer Genugtuung den religiösen Zwecken seiner katholischen Untertanen weihte.

(Bravo!)

Es haben sich auch diejenigen in ihren Voraussetzungen geirrt, die glaubten, die Gelegenheit benutzen zu können, um den Sultan gegen uns mißtrauisch zu machen. Seine Majestät der Sultan ist ein viel zu klar blickender Souverän, als daß er auch nur einen Augenblick hätte annehmen können, Kaiser Wilhelm II. wolle im Morgenlande den Spuren von Bohemund und Tankred folgen und der Türkei Syrien, Palästina oder Gott weiß was entreißen.

(Heiterkeit.)

Das Mittelalter ist vorüber. Weit entfernt, die Beziehungen zwischen uns und der Türkei zu schädigen, hat die Reise Seiner Majestät des Kaisers nur dazu beigetragen, dieselben noch freundlicher zu gestalten. Von unserer Seite ist selbstverständlich alles vermieden worden, was die Empfindlichkeit der mohammedanischen Welt hätte verletzen oder der Würde ihres Oberhauptes zu nahe treten können. Auf der anderen Seite zeigte sich während der Orientreise auf Schritt und Tritt, welcher hohen Achtung sich der Deutsche Kaiser und das Deutsche Reich in der gesamten mohammedanischen Welt erfreuen.

Endlich hat die Orientreise auch den anderen Regierungen, welche sich über die Zwecke derselben niemals im Unklaren waren, und die wohl wußten, wie fern es uns liegt, wohlbegründete fremde Interessen verletzen zu wollen, keinerlei Anlaß zur Besorgnis gegeben. Wir bekämpfen weder im Orient noch anderswo französische Interessen, erkennen aber natürlich ein fremdes Protektorat über deutsche Staatsbürger nirgends an.

(Lebhafter Beifall.)

Wir sind weit entfernt, eine Schutzherrschaft über alle Christen im Orient in Anspruch nehmen zu wollen; aber das Schutzrecht über deutsche Staatsangehörige — mit vollem

Recht hat es soeben der geehrte Herr Abgeordnete Fritzen hervorgehoben[6]) — steht nur dem Deutschen Kaiser zu.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist auch die hier und da in der ausländischen Presse aufgetauchte Annahme nicht zutreffend, als ob ein solches Protektorat erst durch die Orientreise des Kaisers begründet worden wäre. Dieses Protektorat bestand schon früher; es besteht seit dem 18. Januar 1871, wir haben dasselbe seitdem dauernd ausgeübt und bei verschiedenen Gelegenheiten, so 1875 bei der Ersetzung der ägyptischen Konsulargerichte durch internationale Gerichte, 1878 während des Berliner Kongresses und 1892 bei dem Kompetenzkonflikt wegen der Jerusalemer Anstalten des deutschen katholischen Palästinavereins, ausdrücklich gewahrt. Wie jeder souveräne Staat besitzt das Deutsche Reich kraft seiner Souveränität das Recht und die Pflicht, seine Angehörigen und deren Anstalten in fernen Landen zu schützen und allein zu schützen. Wir üben dieses Recht aus auf Grund unserer Reichsverfassung. Die in Artikel 11 unserer Verfassung dem Deutschen Kaiser zugesprochene völkerrechtliche Vertretung des Reichs involviert den Schutz aller Deutschen im Auslande, mögen dieselben Katholiken oder Protestanten sein. Wir werden uns der religiösen Interessen unserer katholischen Mitbürger im Orient auch fernerhin gewissenhaft und treu annehmen.

(Beifall in der Mitte.)

Es sind auch die Ausweisungen fremder Untertanen aus dem preußischen Staatsgebiet zur Sprache gebracht worden. Auf diese Materie einzugehen, hätte ich an und für sich keine Veranlassung, da dieselbe vor das Forum des preußischen Landtages gehört.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn aber die Befürchtung ausgesprochen worden ist, daß durch diese Ausweisungen unsere Beziehungen zu anderen Staaten getrübt werden könnten, so kann ich Sie in dieser Beziehung vollständig beruhigen. Unsere

---

6) Die Worte des Abgeordneten Fritzen (Centrum) lauteten: „Meine Herren, ein mit den Verhältnissen durchaus vertrauter kirchlicher Würdenträger hat einmal gesagt: das französische Protektorat im Orient ist nicht eine protectio, sondern eine persecutio. Wenn auch dieses Wortspiel in seiner Prägnanz etwas übertrieben sein mag, so lehnen doch die deutschen Katholiken im Orient sowohl aus nationalen wie aus kirchlichen Gründen dieses französische Protektorat ab und freuen sich und sind stolz darauf, ihre Interessen der Reichsgewalt anzuvertrauen, deren erhabenster Träger noch in diesen letzten Tagen sich so feierlich und unumwunden zu den ewigen Grundsätzen des Christentums bekannt hat."

internationalen Beziehungen können durch diese Ausweisungen nicht alteriert werden, weil letztere ein Akt unserer Souveränität sind, welche wir von keiner Seite antasten lassen.

(Beifall.)

Ueber einzelne Spezialfälle schweben zwischen den deutschen und den österreichisch-ungarischen diplomatischen Organen vertrauliche Besprechungen, welche jenen freundschaftlichen Charakter tragen, der unsere allgemeinen Beziehungen zu dem österreichisch-ungarischen Reiche kennzeichnet. Mehr möchte ich nicht sagen; denn ich glaube, daß ein Minister besser tut, kleinere Divergenzen mehr geschäftlicher Natur zwischen befreundeten und verbündeten Staaten öffentlich nur in versöhnlichem Geiste, nach reiflicher Ueberlegung und mit genauer Bemessung der Tragweite seiner Worte zu erörtern.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist auch die Besorgnis unbegründet, als ob der Dreibund irgendwie erschüttert wäre in seiner inneren Kohäsion oder in äußerem Ansehen. Die Weltlage bringt es mit sich, daß etwa in der Welt vorhandene bedrohliche Symptome sich nicht gegen den Dreibund richten. Der Dreibund gleicht einer Festung in Friedenszeiten, auf deren Glacis die Bäume mit jedem Jahre höher wachsen, was aber nicht ausschließt, daß im Falle der Not — den ich übrigens weder herbeiwünsche noch in diesem Augenblick voraussehe — die Festung in kürzester Frist sturmfrei gemacht werden könnte. Der Dreibund ruht auf sicherer Basis; er ist das Ergebnis des geschichtlichen Werdeganges dreier großer Staatswesen, die seit dem Beginne der europäischen Staatenbildung immer in lebhaften Beziehungen zu einander gestanden haben und stets in irgend einer Art und Weise verbunden waren, jetzt aber die glückliche Form gefunden haben, bei voller innerer Autonomie und absoluter Selbständigkeit nach außen fest zusammenzustehen. Der Dreibund ruht auf klaren und einfachen Interessen; jeder seiner Teilnehmer hat ein gleiches Interesse an seinem Fortbestehen, jeder würde durch das Aufhören des Dreibundes in gleichem Maße verlieren. Und da der Dreibund, weit entfernt, aggressive Zwecke zu verfolgen, nichts weiter anstrebt, als die Wahrung des status quo und die Erhaltung der bestehenden Ordnung der Dinge, so kommt derselbe im letzten Ende allen

Völkern und der großen Sache des europäischen Friedens zu gute.

(Lebhafter Beifall.)

Ich kann aber bei dieser Gelegenheit nicht ganz die Bemerkung unterdrücken, daß es sich im allgemeinen empfiehlt, bestehende, erprobte und zur Befriedigung aller Partizipanten funktionierende Bündnisse nicht zu oft zu diskutieren. Es geht mit den Allianzen ähnlich wie mit den Damen: die besten sind schließlich doch diejenigen, von denen man am wenigsten redet.

(Heiterkeit.)

Was unser Verhältnis zu England angeht, so möchte ich heute darüber nur dies sagen — damit glaube ich aber eine ganze Menge zu sagen —, daß es allerlei Fragen und mancherlei Punkte gibt, wo wir mit England zusammengehen können und gern mit England zusammengehen, ohne Schädigung und unter vollster Wahrung anderweitiger wertvoller Beziehungen.

Zu meiner Befriedigung ist unsere Haltung bei dem spanisch-amerikanischen Konflikt heute von verschiedenen Seiten gebilligt worden. Gegenüber dem spanisch-amerikanischen Kriege hatten wir eine doppelte Aufgabe: wir hatten einmal die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch diesen Krieg unsere Beziehungen weder zu Spanien noch zu den Vereinigten Staaten getrübt wurden. An und für sich würden wir es im Interesse der Menschlichkeit und vom Standpunkt des internationalen Handels lieber gesehen haben, wenn dem Ausbruch eines Krieges vorgebeugt worden wäre, der auf beiden Seiten schmerzliche Wunden gerissen hat. Nachdem jedoch die diesbezüglichen Bemühungen erfolglos geblieben waren, blieb uns nichts anderes übrig, als den Dingen ihren Lauf zu lassen. Ein eigenes deutsches Interesse an der kubanischen Angelegenheit bestand nicht. Noch weniger waren wir zu Richtern über die Frage eingesetzt, wer in dem wegen Kuba entstandenen Streit recht und wer unrecht hätte. Wir hatten lediglich die Aufgabe, nach beiden Seiten hin loyale Neutralität zu beobachten. Dieser unserer Pflicht sind wir während des ganzen Verlaufs des Krieges mit größter Gewissenhaftigkeit nachgekommen. Niemals und in keinem Stadium des Krieges haben wir irgendwelche Tendenz zu unbefugter Einmischung gezeigt oder auch nur empfunden.

Wir hatten ferner die Aufgabe, dahin zu wirken, daß die deutsche Schiffahrt und der deutsche Handel während des spanisch-amerikanischen Krieges tunlichst vor Schaden bewahrt bleiben. Ich sage „tunlichst",

denn jeder Seekrieg bringt es mit sich, daß die neutrale Ware und das neutrale Schiff bis zu einem gewissen Grade in Mitleidenschaft gezogen werden. Ich glaube aber sagen zu können, daß wir unserer Pflicht, die deutschen Seeinteressen zu schützen, in den Grenzen strikter Neutralität und ohne Schädigung unserer Beziehungen zu den beiden kriegführenden Mächten redlich nachgekommen sind.

(Bravo!)

Wenn jeder Krieg, der zwei edle und uns gleichmäßig befreundete Nationen entzweit, an und für sich ein beklagenswertes Ereignis ist, so können wir uns doch der Hoffnung hingeben, daß unsere gewissenhafte und korrekte Haltung während des Krieges mit dem Glauben an unsere Friedfertigkeit auch das Vertrauen in die Ehrlichkeit unserer Politik gekräftigt hat.

Was unsere Handelsbeziehungen zu Amerika angeht, so hat mit dem Kabinett von Washington ein Gedankenaustausch stattgefunden, welcher verschiedene prinzipielle Divergenzen ergeben hat. Die Verhandlungen sind durch den spanisch-amerikanischen Krieg bis zu einem gewissen Grade ins Stocken gelangt, werden aber wieder aufgenommen werden, wie dies noch kürzlich von amerikanischer Seite erklärt worden ist. Wir glauben, in der Annahme nicht fehlzugehen, daß auf beiden Seiten der gute Wille besteht, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten auch auf kommerziellem Gebiet festzuhalten.

Meine Herren, wohin wir in Europa, wohin wir in der Welt blicken, sehen wir die Regierungen von dem Streben erfüllt, den Frieden zu erhalten. Die Erhaltung des Friedens hängt nicht von einer einzelnen Macht ab. Wir geben uns aber gern der Hoffnung hin, es möge noch lange gelingen, zu verhindern, daß der unvermeidliche Kampf ums Dasein ausarte in Konflikte, welche zu vermeiden alle ein gleiches Interesse haben. Wie die einander scheinbar entgegengesetzten Kräfte der Zentrifugal- und der Zentripetalbewegung die Harmonie der Sphären bewirken, wie das öffentliche Leben aufgebaut ist auf der Versöhnung zwischen dem individuellen Eigennutz und dem Gemeinsinn, so ruht der Weltfriede auf der Ausgleichung zwischen dem berechtigten nationalen Egoismus jedes Volkes und den der ganzen Menschheit gemeinsamen Kulturaufgaben. Getreu den Traditionen seiner Geschichte, getreu seinen innersten Instinkten und getreu den großen Zielen seines Kaisers wird das deutsche Volk, bei aller Wahrung unserer Rechte und Interessen, und dessen wohl eingedenk, daß

unsere Zukunft auf unserer Macht ruht, unsere Macht aber auf der Schärfe unseres Schwerts, doch niemals fehlen, wo es sich um universelle Ziele und um die Aufrechterhaltung des Weltfriedens handelt.

(Lebhaftes Bravo auf allen Seiten.)

10. Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Sitzung des Reichstages vom 11. Februar 1899.

Zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Nordamerika waren Differenzen entstanden über die Auslegung der Meistbegünstigungsklausel. Das Wesentliche dieser Meinungsverschiedenheiten ist in der hier folgenden Rede des Staatssekretärs klar entwickelt. Graf von Kanitz und Genossen hatten folgende Interpellation eingebracht:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, über den Stand der Verhandlungen zur Regelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika Auskunft zu geben?"

Nach eingehender Begründung dieser Interpellation durch die Abgeordneten Graf von Kanitz und Dr. Lieber antwortet

Staatssekretär von Bülow[1]):

In Erwiderung auf die Anfragen der Herren Interpellanten habe ich Nachstehendes zu erklären.

Im Hinblick auf die gewichtigen Bedenken, die sich einer amtlichen Erörterung des Standes der Verhandlungen mit einer auswärtigen Macht so lange entgegenstellen, als diese Verhandlungen nicht zu einem Abschlusse gelangt sind, erscheint es den verbündeten Regierungen heute nicht angängig, sich erschöpfend über die Auffassung zu äußern, welche die einzelnen Fragen, die den Gegenstand der schwebenden Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu bilden haben, auf beiden Seiten finden.

Es ist aber den verbündeten Regierungen nur erwünscht, vor diesem hohen Hause klarzustellen, in welchem Geiste unsererseits die Verhandlungen mit Amerika geführt werden.

Unsere Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten beruhen vertragsrechtlich auf dem preußisch-amerikanischen Abkommen vom Jahre 1828 und den gleichartigen Vereinbarungen der anderen deutschen Seeuferstaaten.

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 30. Sitzung, S. 789 f.

Unsere Differenzen mit Amerika sind im wesentlichen auf die verschiedene Auffassung zurückzuführen, die über die Tragweite der in den Verträgen wechselseitig zugesicherten Meistbegünstigung besteht.

Die einschlägigen Bestimmungen des preußisch-amerikanischen Abkommens, die mit den Vereinbarungen der anderen deutschen Seeuferstaaten im wesentlichen übereinstimmen, haben folgenden Inhalt.

Der Art. 5 sieht vor, daß auf den Eingang der Erzeugnisse des einen vertragschließenden Landes in das andere Land weder andere noch höhere Abgaben gelegt werden sollen als diejenigen, welche auf dieselben Artikel irgend eines anderen fremden Landes gelegt sind oder gelegt werden möchten. Der Artikel 9 aber lautet:

> Wenn von einem der kontrahierenden Teile in der Folge anderen Nationen irgend eine besondere Vergünstigung in Betreff des Handels oder der Schiffahrt zugestanden werden sollte, so soll diese Begünstigung sofort auch dem anderen Teile mit zu gute kommen, welcher derselben, wenn sie ohne Gegenleistung zugestanden ist, ebenfalls ohne eine solche, wenn sie aber an die Bedingung einer Vergeltung geknüpft ist, gegen Bewilligung derselben Vergeltung genießen wird.

Aus diesen Abmachungen haben wir stets gefolgert, daß uns hinsichtlich aller Zollfragen die unbeschränkte Meistbegünstigung zusteht

(sehr richtig! rechts),

daß wir dagegen auf etwaige besondere Begünstigungen anderer Art, die von seiten der Union dem Handel und der Schiffahrt eines dritten Staates gegen Entgelt gewährt werden, nur dann Anspruch machen können, wenn auch wir uns zu entsprechenden Gegenleistungen an die Vereinigten Staaten verstehen. Dieser Auffassung haben wir durch unser zollpolitisches Verhalten auch tatsächlich Rechnung getragen.

(Sehr richtig! rechts).

Im Gegensatz hierzu vertritt die amerikanische Regierung die Ansicht, daß die im Artikel 9 des Vertrages enthaltene Einschränkung allgemein gedacht und also auch in Zollfragen maßgebend sei, der Artikel 5 also durch Artikel 9 eingeschränkt werde.

Die verbündeten Regierungen vermögen nicht von der ihrerseits stets festgehaltenen Anschauung abzugehen, zu der sie sich nach dem wohlerwogenen Sinn und Wortlaut der Verträge für berechtigt erachten.

In dieser Verschiedenheit der Auffassungen über die Tragweite der Meistbegünstigungsklausel liegt der Grund

für unsere Beschwerden, und zwar zunächst hinsichtlich der Behandlung unseres Zuckers, sowie hinsichtlich der Tonnengelder.

Nach dem Dingley-Tarife soll bei der Einführung von prämiiertem Zucker nach den Vereinigten Staaten — außer dem allgemeinen Einfuhrzoll — noch ein besonderer Zollzuschlag in Höhe der dem Zucker im Ursprungslande gewährten Prämie erhoben werden. Gegen die daraufhin vom Schatzamt in Washington für unsern Zucker festgesetzten Zuschläge haben wir geltend gemacht:

1. daß sie in Widerspruch mit unserem Meistbegünstigungsverhältnis stehen, und
2. daß der Zollzuschlag weder im Vergleich zu anderen Prämienländern, noch nach den gesetzlichen Bestimmungen des Dingley-Tarifs richtig berechnet werde.

Unsere Bemühungen sind insoweit erfolgreich gewesen, als die Vereinigten Staaten diejenige Differenzierung unseres Zuckers beseitigt haben, die in der ungleichmäßigen Berechnung des Zuschlags im Vergleich zu anderen Prämienländern bestand. Daneben haben wir bei der Unionsregierung angeregt, daß bei der Berechnung des Zuschlagzolles einmal der Betrag unserer allgemeinen Betriebssteuer — die sämtliche Fabriken trifft — und ferner gewisse mit der Kontingentierung in Zusammenhang stehende Beträge, nämlich der Steuerzuschlag für das sogenannte Ueberkontingent in Abzug gebracht werden. Den letzten Teil unserer Forderung haben die Vereinigten Staaten mit der Begründung abgelehnt, daß diese Mehrbelastung lediglich einzelne Produzenten treffe und deshalb auf die Höhe der allgemein gewährten gesetzlichen Prämie ohne Einfluß sei.

Dagegen hat uns die Unionregierung zugesichert, unsere Forderung auf Abzug der allgemeinen Betriebssteuer noch zum Gegenstand näherer Erwägungen zu machen.

Die Tonnengelderfrage ist dadurch hervorgerufen, daß die amerikanische Regierung auf Grund einer von uns im Jahre 1888 abgegebenen Erklärung, daß in deutschen Häfen keine Tonnen- oder Leuchtfeuerabgaben im Sinn der amerikanischen tonnage und lighthouse dues erhoben werden, den aus deutschen Häfen kommenden Schiffen Befreiung von den amerikanischen Tonnengelderabgaben gewährt, dann aber im Jahre 1896 diese Befreiung zurückgezogen hat, obgleich in der Zwischenzeit in den deutschen Schiffsabgaben keinerlei Aenderung eingetreten, vielmehr der Zustand der gleiche geblieben war.

Es liegen Anzeichen dafür vor, daß auf seiten der Vereinigten Staaten die Neigung besteht, durch eine Abänderung der Gesetzgebung die Frage gegenstandslos zu machen.

In Widerspruch mit unserer Auffassung der Meistbegünstigung steht ferner, daß die Vereinigten Staaten nicht von selbst uns die gleichen Zollerleichterungen gewährt haben, wie sie Frankreich nach dem Reziprozitätsabkommen vom vorigen Jahre für verschiedene Waren zu teil werden und wie sie auf die gleichen Erzeugnisse der Schweiz neuerdings ausgedehnt worden sind.

Was die Beschwerden unseres Ausfuhrhandels über die Höhe der Zollsätze des Dingley-Tarifs und die Handhabung der zu der amerikanischen Zollgesetzgebung ergangenen Ausführungsbestimmungen anbelangt, so haben wir das Mißverhältnis der wechselseitig zur Erhebung gelangenden Zölle und die lästigen Bestimmungen des amerikanischen Verzollungsverfahrens wiederholt zum Gegenstand dringlicher Vorstellungen bei der Regierung der Vereinigten Staaten gemacht.

Wir sind willens, in beiden Beziehungen auch fernerhin alles Erforderliche zu tun und namentlich mit Nachdruck dafür einzutreten, daß die Interessen unseres Ausfuhrhandels durch die Handhabung der Verzollungsvorschriften nicht gefährdet werden.

Zur Begleichung der entgegenstehenden Rechtsauffassungen und zur befriedigenden Verständigung über die schwebenden Einzelfragen bedarf es auf beiden Seiten der Erkenntnis, welche weittragende gegenseitige Interessen für jedes der beteiligten Länder in Frage stehen. Von dieser Erkenntnis durchdrungen, dürfen wir, zumal im Hinblick auf die zunehmende Entwicklung der amerikanischen Einfuhr nach Deutschland die gleiche Auffassung bei den Vereinigten Staaten voraussetzen.

Wir geben uns deshalb der Hoffnung hin, daß in nicht zu ferner Zeit eine für beide Teile annehmbare und befriedigende Lösung der bestehenden Schwierigkeiten erzielt werden wird.

Die verbündeten Regierungen sind sich der Pflichten bewußt, welche ihnen die Vertretung und Wahrnehmung der uns zustehenden Rechte auferlegen, nehmen aber zugleich das Vertrauen dieses hohen Hauses dafür in Anspruch, daß sie diejenigen Wege zu verfolgen wissen werden, durch welche die ihrer Pflege anvertrauten vaterländischen Interessen auf die Dauer am besten und sichersten gewahrt bleiben.

(Sehr gut! Bravo! rechts und in der Mitte.)

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Lieber wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten; er selbst und Abgeordneter Fürst von Bismarck sind dabei die ersten Redner. Beide betonen ihr volles Vertrauen zur Regierung, beide legen aber auch dem Staatssekretär des Auswärtigen nahe, sich über die allgemeinen politischen

Beziehungen zu Nordamerika zu äußern. Fürst Bismarck verknüpft damit interessante Rückblicke auf die Politik des ersten Reichskanzlers gegenüber den Vereinigten Staaten, indem er auf Reden desselben aus den Jahren 1876 und 1884 zurückgreift.

Staatssekretär von Bülow[2]):

Von zwei Seiten, meine Herren, sind die politischen Beziehungen zwischen uns und Amerika und unser Verhalten gegenüber dem spanisch-amerikanischen Kriege zur Sprache gebracht worden. In letzterer Hinsicht beziehe ich mich auf das, was ich während der ersten Lesung des Etats[3]) gesagt habe, nämlich daß unsere Haltung während der ganzen Dauer des spanisch-amerikanischen Krieges eine streng neutrale und absolut loyale war. Allerdings haben wir es für unsere Pflicht gehalten, unsere Staatsangehörigen in den spanischen Kolonien, den dortigen deutschen Handel, die dortigen deutschen Kaufhäuser, Betriebe und Firmen so weit vor Schaden zu bewahren, als dies der Kriegszustand und der Stand unserer Machtmittel zur See zuließen. Deshalb, und nur deshalb, haben wir nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Spanien und Amerika keinen Anstand genommen, zeitweise die chinesische Küste zu degarnieren und einen Teil unseres ostasiatischen Geschwaders nach Manila zu schicken, wo sich der deutsche Handel seit lange eine geachtete Position gemacht hat und zahlreiche Deutsche in angesehener Stellung leben. Die Anwesenheit unserer Schiffe vor Manila, für deren Entsendung — das betone ich mit ganz besonderem Nachdruck — kein anderes Motiv maßgebend war als die legitime Verpflichtung, deutsches Leben und Eigentum zu schützen

(Bravo!),

hat sich, ohne den kriegführenden Regierungen irgendwelchen Anlaß zu Ausstellungen zu geben, als nützlich und notwendig herausgestellt nicht nur für unsere eigenen Landsleute, sondern auch für diejenigen Untertanen fremder Staaten, deren Regierungen spontan unsern Schutz nachgesucht hatten. Unserer Pflicht ehrlicher Neutralität sind wir auch in Manila nicht einen Augenblick untreu geworden.

(Bravo!)

Wenn uns ein Teil der ausländischen Presse fälschlich eine andere Haltung nachgesagt hat, so ändert das nichts an der absoluten Korrektheit unseres tatsächlichen Verhaltens.

(Bravo!)

2) a. a. O., S. 794 ff.

3) Am 12. Dezember 1898; vgl. oben S. 38 f.

Was in der fremden Presse gesagt und verbreitet worden ist über angebliche deutsche Absichten auf die Philippinen oder über eine den Tagalen in ihrem Widerstand gegen die amerikanische Occupation von deutscher Seite gewährte Unterstützung, erkläre ich hier ausdrücklich für dreiste Unwahrheit.

(Bravo!)

Was die — ich weiß nicht, in welchem ausländischen Journal — aufgetauchte Behauptung angeht, daß unser Generalkonsul in Hongkong an die Filipinos Waffen verkauft haben soll, so ist das eine der fettesten Enten, die jemals aus irgend einem trüben Pfuhle aufgeflogen sind.

(Große Heiterkeit.)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, wo ich eine Reihe von Fabeln als Fabeln zu bezeichnen genötigt bin, auch erwähnen, daß der Verkehr zwischen unseren Seeoffizieren und den amerikanischen Seeoffizieren vor Manila nicht nur frei war von jeder Spannung, sondern getragen vom Geiste gegenseitiger Courtoisie. Daß unsere Seeoffiziere sich auch in Manila in einer durchaus tadellosen und einwandfreien Weise benommen haben, brauche ich wohl nicht besonders hervorzuheben. Aber die amerikanischen Offiziere sind ihnen in ebenso ritterlicher Weise entgegengekommen.

(Bravo!)

Wo wir aber, meine Herren, ohne das Völkerrecht zu verletzen, im Rahmen des Völkerrechts deutsches Leben und Eigentum vor Beeinträchtigung wahren, sind wir meines Erachtens in unserem guten Recht

(Bravo!)

und üben nur unser gutes Recht aus. Indem wir so handelten, haben wir lediglich eine neutrale Pflicht erfüllt

(Sehr wahr! in der Mitte),

eine Pflicht, welche jedes Staatswesen gegenüber seinen Angehörigen in der Fremde in bedrängter Lage hat

(Sehr wahr! rechts);

und wir werden uns niemals abhalten lassen, dieses unser Recht und diese unsere Pflicht mit ruhiger Besonnenheit, aber auch in vollem Umfange wahrzunehmen.

(Lebhaftes Bravo.)

Nachdem der Kriegszustand zwischen Amerika und Spanien beendet ist, haben wir unsere Schiffe bis auf einen Kreuzer von den Philippinen zurückgenommen; denn wir sind überzeugt, daß die Sicherheit unserer Landsleute unter amerikanischem Schutz nicht gefährdet ist, wie wir auch gern annehmen, daß unser Handel sich auf den Philippinen und in

Westindien unter amerikanischer Herrschaft ungestört wird fortentwickeln können.

Wir haben übrigens Schiffe nicht nur nach den Philippinen geschickt. Auch von den Deutschen in Kuba und Portoriko war uns der dringende Wunsch ausgesprochen worden nach Entsendung von deutschen Schiffen, und dieser Wunsch war von sehr angesehener Bremer Seite — ich sehe leider den Herrn Abgeordneten Frese nicht in diesem hohen Hause; er würde das, was ich jetzt sage, bestätigen können — lebhaft unterstützt worden. Trotz der geringen Anzahl der disponiblen Kriegsfahrzeuge sind wir auch diesem Wunsche nachgekommen; und während der blutigen Ereignisse, welche sich im Frühling und Sommer in jenen Meeren abgespielt haben, und durch welche Leben und Sicherheit mancher Deutscher gefährdet wurden, hat Seiner Majestät Schiff „Geier" gezeigt, was die Mannszucht, die Pflichttreue und die Menschenliebe unserer braven Seeleute zu leisten vermögen.

(Bravo!)

Meine Herren, ich komme jetzt zu den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika. Sie werden es verstehen — und ich glaube, gerade der Herr Vorredner[5]), dem ich übrigens sehr verpflichtet bin für die freundliche Art und Weise, in der er sich ausgesprochen hat über die Staatssekretäre im allgemeinen und über meine Wenigkeit im besonderen

(Heiterkeit links),

— ich glaube, gerade der Herr Vorredner wird es verstehen, daß ich mich in meiner amtlichen Stellung über diese Seite der Frage nur einigermaßen diplomatisch auslassen kann. Ich will aber doch nicht zu diplomatisch sprechen; denn ich glaube, daß zwischen zwei starken und männlichen Völkern Offenheit und Geradheit die beste Politik sind

(Bravo!)

---

5) Abgeordneter Fürst von Bismarck. Er hatte u. a. gesagt: „Die beiden Herren Vorredner haben Anlaß genommen, der heutigen Leitung unserer auswärtigen Politik ihr Vertrauen auszusprechen. Ich möchte mir erlauben, mich dem anzuschließen, und glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich sage, daß die Herren Ressortchefs, die heute die Regierungen am Bundesratstische vertreten, für ihr Ressort das Vertrauen nicht nur der bisherigen Redner und der Parteien, die hinter ihnen stehen, verdienen, sondern in sachlicher Beziehung das Vertrauen des ganzen Reichstags. (Bravo! rechts.) Ich glaube, daß die Herren so viel Sachkunde, Eifer und Geschick besitzen und entwickeln werden, wie der ganze Reichstag das nicht besser leisten könnte. (Sehr richtig! rechts.) Wer im Reichstage nicht das Vertrauen zu den jetzigen geschäftsleitenden Herren besitzt, der hat ja Gelegenheit, das auszusprechen; ich glaube aber, ein solcher würde, wenn er weiter gefragt würde, w e n er an die Stelle setzen wollte, in Verlegenheit sein; denn ich wüßte nicht, wie die Stellen besser besetzt werden sollten."

und die beste Medizin für mehr eingebildete als wirkliche politische Verstimmungen.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Ich stelle zunächst fest, daß die Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und der amerikanischen Regierung gute und freundliche sind

(Bravo! rechts)

und nie aufgehört haben, gute und freundliche zu sein. Der ausgezeichnete Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin, Mr. White, hat dies in einer Rede, die er, wenn ich nicht irre, am amerikanischen Unabhängigkeitstage, am 4. Juli, hielt, in einer Weise anerkannt, die zwar nur den tatsächlichen Sachverhalt zum Ausdruck brachte, uns aber mit Befriedigung erfüllen mußte.

(Bravo!)

Mr. White führte damals aus — ich zitiere aus dem Gedächtnis, aber er führte etwa aus —, daß das Verhalten aller derjenigen, welche die Ehre hätten, Deutschland gegenüber Amerika zu vertreten, während des ganzen Verlaufs des spanisch-amerikanischen Krieges alles gewesen sei, was von amerikanischer Seite nur irgend hätte erwartet werden können.[6]) Ich konstatiere meinerseits, daß das politische Verhalten der amerikanischen Regierung uns keinen Anlaß zu Ausstellungen geboten hat. **Vom Standpunkte einer verständigen Politik ist gar kein Grund vorhanden, warum nicht Deutschland und Amerika in den besten Beziehungen zu einander stehen sollten.**

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Ich sehe keinen Punkt, wo sich die deutschen und die amerikanischen Interessen feindlich begegneten; und auch

6) Die hier erwähnte Rede hielt Mr. White am 4. Juli 1898 in Leipzig. Der vom Staatssekretär gemeinte Passus lautete wörtlich: „Von Anfang an während des gegenwärtigen Krieges hat die deutsche Regierung unsere Rechte als Kriegführende vollständig anerkannt. Sie hat vollkommene und strikte Neutralität beobachtet und diese Neutralität ist weder kalt noch mißgünstig gewesen. Von unserer Regierung ist kein Ersuchen gestellt worden, das nicht schnell und vollständig erfüllt wurde. Es hat Gelegenheiten gegeben, in denen, wenn seitens der Herrscher Deutschlands irgend ein Wunsch, unseren Lauf zu hindern, vorhanden gewesen wäre, Verzögerungen und Ausflüchte hätten stattfinden können; aber es hat weder Verzögerungen noch Ausflüchte gegeben. Ich wiederhole daher, das Verhalten der deutschen Regierung und aller derjenigen, mit denen wir zu tun hatten, ist dem Buchstaben wie dem Geiste nach alles gewesen, was wir verlangen oder wünschen konnten. Und ich kann noch weitergehend sagen, wer sonst auch in Deutschland die wahre Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes und die damit verbundenen Fragen verstehen mag oder nicht, die deutsche Regierung versteht sie und läßt den Motiven unserer Regierung Gerechtigkeit widerfahren."

in der Zukunft sehe ich keinen Punkt, wo die Linien ihrer Entwickelung sich feindlich zu durchkreuzen brauchten.

(Sehr richtig!)

Wir wissen aber alle, meine Herren, daß in unserer Zeit für das Verhältnis zwischen zwei Staaten die Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen nicht mehr allein maßgebend sind, sondern daß auch die Stimmungen und die Verstimmungen der Völker schwer ins Gewicht fallen. Stimmungen und Verstimmungen haben die Eigentümlichkeit — und darin liegt ihre Gefahr —, daß gegen sie mit logischen Gründen gewöhnlich schwer anzukommen ist.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Das weiß ja jeder aus eigener Erfahrung, ob wir nun einen anderen von seiner Verstimmung zu kurieren bemüht gewesen sind oder einmal selbst verstimmt waren. Ich glaube aber doch, meine Herren, daß es nützlich ist, gegenüber solchen Gefühlsstimmungen die Sprache der kühlen Vernunft zu führen. In Amerika wird vielfach angenommen, daß in Deutschland Groll und Abneigung gegen Amerika herrsche, während bei uns vielfach die Ansicht verbreitet ist, daß die Amerikaner von besonders abgünstigen Gesinnungen gegen uns beseelt wären. Woher kommen diese Mißverständnisse? — ich sage: Mißverständnisse, denn nur um Mißverständnisse handelt es sich.

Ich glaube, meine Herren, daß man sich in Amerika vielfach ganz im Unklaren ist über die Empfindungen, mit denen die deutsche öffentliche Meinung dem amerikanisch-spanischen Kriege gegenübergestanden hat.

(Sehr richtig!)

Die deutsche öffentliche Meinung war nie ungerecht oder blind für die tüchtigen und glänzenden Eigenschaften des amerikanischen Volkes und sie ist, wenn ich sie nicht ganz falsch beurteile, frei von jeder Voreingenommenheit gegen das amerikanische Volk. Sie ist, wie der verehrte Herr Abgeordnete Dr. Lieber soeben mit Recht hervorgehoben hat, weit entfernt, den Amerikanern die Früchte und den Lohn ihrer Anstrengungen und Siege zu mißgönnen. Aber die deutsche öffentliche Meinung hat auch dem spanischen Volke, das auf eine lange und ruhmvolle Geschichte zurückblickt — sie hat auch dem tapferen und schwer geprüften spanischen Volke den Ausdruck menschlicher Sympathie nicht verweigert.

(Bravo! und sehr gut! rechts und in der Mitte.)

Und dieser Ausdruck menschlicher Sympathie würde auch in den Vereinigten Staaten nicht falsch verstanden worden sein, wenn derselbe nicht — darauf hat nicht ohne Grund Fürst Bismarck angespielt — von

gewissen fremden Preßorganen in tendenziöser — und ich nehme gar keinen Anstand, zu sagen: hier und da in der perfidesten Weise entstellt worden wäre

(Bravo! rechts und in der Mitte).

um Mißtrauen gegen uns in Amerika zu erregen und falsche Vorstellungen über uns in Amerika zu erwecken.

(Sehr wahr! rechts und in der Mitte.)

Ich sage: falsche Vorstellungen. Denn weder der Gesamtgang unserer auswärtigen Politik, noch der Gesamtstand unserer Beziehungen zu Amerika konnte und durfte dadurch ernstlich alteriert werden. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika datieren nicht von gestern. Fürst Bismarck hat soeben daran erinnert, daß es der große Preußenkönig war, der vor allen anderen europäischen Souveränen als erster die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anerkannte.[7]) Ich möchte diese Reminiszenz dadurch vervollständigen, daß ich daran erinnere, wie es während der schwersten Krisis, welche die Vereinigten Staaten durchgemacht haben, während des Sezessionskrieges, das deutsche Volk war, das vor allen anderen Nationen nicht mit Worten, sondern durch die Tat, indem es den Nordstaaten die Mittel vorstreckte für Fortführung des Krieges, seine Zuversicht bekundete in die Zukunft und Fortdauer der Schöpfung von George Washington. Wir können es ganz ruhig aussprechen: in keinem anderen Lande hat Amerika während des letzten Jahrhunderts besseres Verständnis und gerechtere Anerkennung gefunden als in Deutschland.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Die Bande, welche Deutschland und Amerika verknüpfen, sind zu mannigfacher Natur und sie sind in materieller wie in ideeller Beziehung zu wertvoller Natur, als daß sie leichten Herzens preisgegeben werden sollten. Wir sind mit Amerika verbunden durch schwerwiegende politische Interessen, durch den gewaltigen Güteraustausch, auf den ich vorher hingewiesen habe. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß schon im Hinblick auf die steigende amerikanische Ausfuhr nach Deutschland, die schon weit über $^1/_2$ Milliarde hinausgewachsen ist, sich in Amerika die Stimmen mehren werden, die in richtiger Würdigung dieses Verhältnisses und in richtiger Würdigung des Interesses, welches eine ungestörte Fortdauer des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Amerika auch für Amerika

7) Im September 1785 schloß Friedrich der Große mit den neu konstituierten Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Freundschafts- und Handelsvertrag auf der Basis der Meistbegünstigung.

hat, darauf hingewiesen werden, daß wirtschaftliche Reibungen zwischen dem deutschen und amerikanischen Volk nicht dem richtig verstandenen ökonomischen Interesse des amerikanischen Volkes entsprechen, und daß auch auf wirtschaftlichem Gebiete das Wort gilt: wenn du nehmen willst, so gib!

(Bravo! rechts und in der Mitte.)

Wir sind ferner mit Amerika verbunden durch Millionen deutscher Landsleute, die jenseits des Ozeans eine zweite Heimat gefunden haben, welche dieser Heimat treu anhängen und dabei doch ihr Mutterland nicht vergessen, und unter denen sich Männer befinden, auf welche beide Länder gleich stolz sein können. Und auch die alten geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika möchte ich nicht vergessen, die geistigen Fäden, die seit langem von Deutschland nach Amerika und von dort zu uns herüberführen: den regen und in vieler Beziehung fruchtbaren literarischen und wissenschaftlichen Gedankenaustausch.[8] Alle diese Bande wollen wir nicht zerreißen lassen und werden wir, soweit an uns liegt, nicht zerreißen lassen. Die deutsche Politik wird die gerade Straße, welche ihr das nationale Interesse und die nationale Würde vorzeichnen, auch in Zukunft verfolgen, ohne Provokation und ohne Schwäche.

(Bravo!)

Der Herr Vorredner hat soeben an die Einmütigkeit dieses hohen Hauses appelliert. Ich bin gewiß, daß ich mich in Uebereinstimmung mit

8) Auch diesen Punkt berührte der amerikanische Botschafter Mr. White in der oben erwähnten Leipziger Rede. Er sagte: „Und hier, in der alten und geehrten Universitätsstadt, mag ich eines anderen Bandes gedenken, daß die wirklichen Führer Deutschlands anzuerkennen nicht verfehlen können. Während wir in Großbritannien das Mutterland der großen Mehrheit unseres Volkes anerkennen und während im Laufe des gegenwärtigen Kampfes, wie nie zuvor in unserer Geschichte, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich genähert haben, können wir wohl in Deutschland ein zweites ‚Mutterland' erkennen, ein solches, mit dem unser eigenes Land stets in der wärmsten Allianz bleiben sollte; denn von den Universitäten und den hohen Lehrinstituten Deutschlands sind zu uns viel mehr als von irgend einem anderen Lande gekommen und kommen noch Einflüsse, nach denen der höhere Unterricht in den Vereinigten Staaten gebildet worden ist und gebildet wird. In fast jedem College oder Universität von einiger Bedeutung in den Vereinigten Staaten sind die leitenden Personen Studenten in Deutschland gewesen, und sie haben feste und dauerhafte Bande mit den Lehrkörpern dieser großen deutschen Lehrinstitute geknüpft. Jedem deutschen Professor, der nach den Vereinigten Staaten geht, wird überall ein herzlicher Willkomm seitens seiner alten Studenten zu teil. Deutsche Literatur, in der Tat deutsche Gedankenarbeit auf allen Gebieten, ist ein starkes intellektuelles, moralisches und geistiges Band zwischen beiden Ländern geworden."

dem ganzen Hause befinde, wenn ich der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck gebe, daß auf der Basis voller Reziprozität, gegenseitigen Entgegenkommens und gegenseitiger Achtung; daß im Zeichen jener Gerechtigkeit und Billigkeit, welche die Voraussetzung und Grundbedingung sind für ein richtiges Verhältnis zwischen zwei großen und selbstbewußten Völkern, die Beziehungen zwischen dem deutschen Volke und dem amerikanischen Volke immer ruhige, sichere und freundschaftliche sein mögen.

(Allseitiges lebhaftes Bravo.)

11. Verschiedene Fragen aus dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.

Beratungen der Budgetkommission des Reichstages am 28. Februar und 1. März 1899.

Zur Beratung steht in der Budgetkommission der Etat des Auswärtigen Amtes; der Staatssekretär von Bülow ist zugegen und beantwortet bereitwillig die allerverschiedensten Fragen, die an ihn gerichtet werden. Wir folgen bei der Wiedergabe dem Bericht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"[1]).

Auf eine Anregung des Abgeordneten Frese, die sich auf Beschwerden wegen Unterhaltung eines Leuchtfeuers in Kolumbien bezog, erwiderte

Staatssekretär von Bülow:

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Frese erwidere ich dahin, das wir die Angelegenheit, deren Bedeutung für den deutschen Handel ich nicht verkenne, bei der kolumbischen Regierung bereits in Anregung gebracht haben, und wie ich hoffe, mit baldigem günstigen Erfolge.

Der Abgeordnete Richter bringt die Ausweisungen von Holländern, die in ihrer Heimat der Militärpflicht nicht genügt haben, zur Spache und stellt die ihm zugegangenen Papiere über einen einzelnen Ausweisungsfall zur Verfügung.

Staatssekretär von Bülow erwidert,

daß er im Hinblick auf die Erklärung, welche der Herr Reichskanzler im Plenum abgegeben[2]), nicht in der Lage sei, an dieser Stelle auf die

1) Nordd. Allg. Ztg. vom 1. und vom 2. März 1899.

2) Am 16. Februar 1899 erklärte der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe im Reichstage u. a. . . „Das Recht der Ausweisung von Ausländern ist der Ausfluß eines Landeshoheitsrechts der einzelnen Bundesstaaten, dessen Ausübung weder nach der Reichsverfassung noch nach den Reichsgesetzen der Beaufsichtigung seitens des Reiches unterliegt."

Erörterungen, welche der Herr Abgeordnete Richter zur Sprache gebracht hat, einzugehen; der Staatssekretär ist jedoch bereit, die von den Abgeordneten Richter angebotenen Papiere über einen einzelnen Ausweisungsfall entgegenzunehmen.

Auf eine Anfrage über die Handelsvertragsverhandlungen mit England erklärt

Staatssekretär von Bülow:

Im Februar v. J. hat uns die königlich großbritannische Regierung einen umfangreichen Vertragsentwurf zugestellt. Dieser ist von uns sorgfältig geprüft und im Sommer vorigen Jahres durch einen Gegenentwurf beantwortet worden. Hierauf ist uns eine Erwiderung der königlich großbritannischen Regierung noch nicht zugegangen.

Wir sind gegenwärtig in Großbritannien und in allen britischen Besitzungen mit Ausnahme von Kanada im tatsächlichen Genuß der niedrigsten Zollsätze. Umgekehrt gewähren wir dem britischen Mutterland und den britischen Besitzungen mit Ausnahme von Kanada die Meistbegünstigung auf Grund des bis zum 30. Juli d. J. laufenden Reichsgesetzes vom 11. Mai 1898.

Vor Beantwortung der Frage, wie es nach dem 30. Juli d. J. werden soll, werden wir zunächst abwarten müssen, ob und welchen Fortgang die Vertragsverhandlungen in der nächsten Zeit nehmen werden. Jedenfalls wird seitens der verbündeten Regierungen der Angelegenheit volle Aufmerksamkeit zugewendet.

Was die südamerikanischen Regierungen anbelangt, so ist dem Auswärtigen Amt nicht bekannt, daß irgend eine derselben ihre Handelsvertragsbeziehungen mit uns kündigen wolle. Im Gegenteil liegen Anträge von einzelnen südamerikanischen Staaten vor zu festerer vertragsmäßiger Knüpfung der gegenseitigen Handelsbeziehungen.

Was endlich das im vergangenen Herbste zwischen Deutschland und England abgeschlossene Abkommen[3]) betrifft, so bin ich zur Zeit nicht in der Lage, mich über dasselbe zu äußern. Beide Regierungen sind übereingekommen, dieses Abkommen bis auf weiteres und bis zum Eintritt bestimmter Umstände geheim zu halten. Gerade so wie die englische Regierung sich an diese Zusage gebunden erachtet hat, so können auch wir nicht von der Geheimhaltung abgehen. Wir können dies um so weniger, als es sich in diesem Abkommen nicht sowohl um aktuelle Fragen, als um Eventualitäten handelt, die in Zukunft eintreten können.

3) Südafrika betreffend.

Auf Anfragen des Abgeordneten Richter über das nach Peking entsandte Detachement und über die Insultierung Deutscher in Tientsin erwidert

Staatssekretär von Bülow:

Das Detachement, welches von Kiautschou nach Peking geschickt worden war, hat in der kaiserlichen Gesandtschaft Unterkunft gefunden. Was die Kosten angeht, so werden dieselben bei dem Etat des Reichs-Marineamts berechnet werden. Aus Tientsin ist uns gestern abend ein Telegramm zugegangen, nach welchem am 24. d. M. abends mehrere Deutsche in der Stadt angegriffen und insultiert worden sind, die genötigt wurden, sich in die engen Seitenstraßen zu flüchten. Wir hatten schon vor einigen Wochen die Meldung erhalten, daß sich in China eine gewisse Gereiztheit gegen die Fremden geltend mache und namentlich im Süden von Schantung eine Gärung vorhanden sei. Wir haben schon damals der chinesischen Regierung nicht verhehlt, wie notwendig es sei, daß sie mit Bezug auf die öffentliche Sicherheit größere Wachsamkeit zeige.

Infolge des gestern aus Tientsin eingegangenen Telegramms habe ich unsern Gesandten in Peking angewiesen, der chinesischen Regierung keinen Zweifel darüber zu lassen, daß, falls derartige Vorkommnisse nicht strenge geahndet werden oder gar sich wiederholen sollten, dies für die chinesische Regierung ernste Folgen nach sich ziehen würde. Wir haben weder eine Veranlassung noch die Absicht, uns in die inneren chinesischen Verhältnisse einzumischen. Aber wir haben die Pflicht, darüber zu wachen, daß Leben und Eigentum unserer Reichsangehörigen, unsere Missionare und ihre Anstalten, unsere Kaufleute und ihre Handelsunternehmungen, kurz unsere ethischen und materiellen Interessen durch die inneren chinesischen Wirren nicht berührt werden. Wir werden diese Pflicht vor Augen behalten und die gewichtigen Interessen, welche wir in China besitzen, mit Nachdruck schützen.

Was Schantung angeht, so sind uns durch das Abkommen vom 6. März v. J. in dieser Provinz wertvolle Konzessionen wirtschaftlicher Natur gemacht worden. Der Hauptsache nach sind es Konzessionen für Bau und Betrieb von Eisenbahnen und zur Hebung der reichen Bodenschätze der Provinz Schantnng an Kohlen und sonstigen Mineralien.

Unsere nächste Aufgabe ist die Herstellung einer Verkehrsstraße zwischen Kiautschou und Hoangho. Um den Bau der Bahnen haben sich verschiedene Unternehmergruppen beworben. Es ist gelungen, diese Gruppen zu einigen. Unsere hervorragendsten kapitalistischen Kräfte haben sich mit angesehenen ostasiatischen Handelshäusern verbunden. Die Unterhandlungen mit diesem Syndikat sind noch nicht ganz zum Abschluß gelangt, über

die Hauptpunkte ist aber eine Einigung erzielt worden, und es steht zu erwarten, daß auch die noch schwebenden kleinen Meinungsverschiedenheiten in Kürze beigelegt sein werden. Ich hoffe, daß, wenn mein Etat im Plenum beraten werden wird, ich in der Lage sein werde, den Vertrag mit dem Syndikate zur Kenntnis des Reichstags zu bringen.

Das Syndikat wird eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht bilden. Der Sitz der Gesellschaft wird in Tsintau sein, also unter deutscher Gerichtsbarkeit. Das Kapital, welches aufgebracht werden soll, dürfte 50 Millionen übersteigen. Entsprechend unserem Abkommen mit China ist auch eine Aktien-Beteiligung chinesischer Untertanen vorgesehen. Ich bin bei den Verhandlungen davon ausgegangen, daß dem Syndikate im großen und ganzen möglichste Bewegungsfreiheit zu lassen sei, habe hierbei jedoch bestimmte Grenzen gezogen und bestimmte Gesichtspunkte aufgestellt.

Zunächst haben wir ein Interesse daran, daß die geplante Eisenbahnverbindung möglichst rasch hergestellt werde, schon wegen der Kohlenversorgung von Kiautschou. Bei dem Betriebe der Eisenbahnen muß das allgemeine Verkehrsinteresse gewahrt werden. Wenn die Eisenbahnen ausreichende Erträgnisse abwerfen, wird das Reich am Gewinne partizipieren. Es ist dies nur recht und billig, da einmal die Konzessionen in Schantung dem Reiche gemacht worden sind, andererseits nicht vergessen werden darf, daß die Hafen- und Kai-Anlagen, welche das Reich in Kiautschou baut, die wirtschaftliche Voraussetzung für das Eisenbahnunternehmen bilden. Für die Zukunft ist die Möglichkeit einer Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich vorgesehen.

Diese Eisenbahn, welche Schantung durchqueren und Kiautschou mit dem Hoangho verbinden soll, wird sich an die große Linie anschließen, die von deutschen und englischen Kapitalisten projektiert ist, um Tientsin mit dem unteren Laufe des Jangtsekiang zu verbinden. Die Eisenbahn soll den Jangtsekiang gegenüber der Stadt Tschinkiang erreichen, an der Stelle, wo der alte chinesische Kaiserkanal in den Blauen Fluß einmündet.

Die Regulierung der Vergebung der Bergbaurechte ist noch in der Schwebe. Diese Frage ist insofern nicht eine brennende, als eine Erschließung der Bodenschätze nicht vor Herstellung der Eisenbahnverbindung möglich sein wird. Auch ich neige zu der Ansicht, daß der zukünftige Wert von Schantung für uns zum großen Teil abhängen wird von der Qualität der dortigen Kohle. Die bisherigen Nachrichten über die Schantung-Kohle lauten günstig. Als vorsichtiger Mann will ich aber nicht verschweigen, daß wir noch größere Quantitäten Kohle eingehend

prüfen müssen, um ein abschließendes Urteil über die Qualität fällen zu können. Wir glauben aber, schon jetzt sagen zu dürfen, daß die Schantung-Kohle besser ist als die Schansi-Kohle. Letztere ist eine Anthrazit-Kohle und mehr für den Hausbrand geeignet, Schantung aber verspricht eine gute Schiffskohle zu liefern. Der Herr Staatssekretär des Reichs-Marineamts hat übrigens kürzlich bereits im Reichstage erwähnt, daß auch in der Nähe von Kiautschou selbst, nicht weit vom Meere, abbauwürdige Kohlenlager gefunden worden sind.

Ich füge endlich noch hinzu, daß dem Eisenbahnbau durch Schantung in der Richtung auf den Hoangho nach den bisher vorliegenden Nachrichten erhebliche Terrainschwierigkeiten nicht im Wege stehen. Der Bau wird durch die Unterhandlungen mit dem Syndikat übrigens nicht verzögert. Das vereinigte Syndikat hat bereits im chinesischen Eisenbahnbau erprobte und mit den chinesischen Verhältnissen vertraute Ingenieure an Ort und Stelle entsandt, um Vermessungen vorzunehmen und die Trace festzustellen.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Richter wegen der sogenannten Abrüstungskonferenz erwidert

Staatssekretär von Bülow,

daß die Konferenz im Haag stattfinden solle. Die Einladungen würden voraussichtlich bald ergehen. Wann die Konferenz zusammentreten werde, stehe noch nicht fest. Im übrigen sei er noch nicht in der Lage, Schriftstücke über die Konferenz vorzulegen. Ein Programm sei von russischer Seite aufgestellt. Verschiedene Regierungen wären jedoch der Meinung, daß erst auf der Konferenz selbst zu den einzelnen Punkten des Programms Stellung zu nehmen sein werde. Demgemäß würden die Verhandlungen hierüber auf der Konferenz stattfinden.

Hierauf bringt der Abgeordnete Richter die von fremden Zeitungen gebrachte Nachricht über die „Irene" und das angebliche Verhalten des Admirals Dewey zur Sprache, welcher gedroht haben solle, eine Pinasse der „Irene" in Grund und Boden zu bohren.

Staatssekretär von Bülow erklärt,

daß diese Nachricht in die Kategorie der kürzlich von ihm gekennzeichneten fetten Enten[3]) gehöre. Soviel er wisse, befinde sich die „Irene" gar nicht bei den Philippinen, sondern in Hongkong. Von deutschen Schiffen sei nur die „Kaiserin Augusta" vor Manila. Wir

3) Vgl. oben S. 45.

hätten auf den Philippinen eine größere Anzahl deutscher Handelshäuser, deren Schutz sich unsere Marine während des spanisch-amerikanischen Krieges habe angelegen sein lassen. Wir hofften, daß unsere Landsleute unter amerikanischer Herrschaft volle Sicherheit finden würden.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Hasse wegen des Falles Roth[4]) erwidert

Staatssekretär von Bülow:

Der Fall Roth hat uns schon seit längerer Zeit beschäftigt. Es ist richtig, daß die Täter freigesprochen sind. Diese Freisprechung ist aber nicht auf den schlechten Willen der brasilianischen Regierung zurückzuführen, oder gar auf den Mangel an Energie unserer Gesandtschaft. Die Gründe für die Freisprechung liegen darin, daß diejenigen Personen, welche den Angriff gesehen haben wollten, nachher Anstand genommen haben, unter dem Eide ihre belastenden Aussagen zu wiederholen. Dies wird auch von der dortigen deutschen Presse bestätigt.

Die brasilianische Regierung hat es sich trotz dieser Freisprechung angelegen sein lassen, eine angemessene Entschädigung in der Höhe von 18000 M. zu bewilligen. Diese Zahlung ist am 13. d. M. zu Händen unseres Gesandten in Petropolis erfolgt. Gleichzeitig ist der Gouverneur des Staates Sa. Catarina von der brasilianischen Regierung angewiesen worden, das Verhalten der an dem Fall Roth beteiligten Behörden einer sorgfältigen Untersuchung zu unterziehen.

Uebrigens hat sich der Lehrer Roth an Bord S. M. S. „Sophie" einer militärärztlichen Untersuchung unterzogen, und diese hat erfreulicher Weise ergeben, daß außer einer leichten Nervosität bei Roth kein Schade von der Mißhandlung zurückgeblieben ist.

Ueber eine Reihe von Forderungen deutscher Staatsangehöriger an Marokko erklärt

Staatssekretär von Bülow:

Wir haben diese Reklamationen nachdrücklich vertreten. Unser Gesandter ist zu diesem Zweck nach Marakesch gereist. Er hat auch vom Sultan einen Befehl erlangt, durch den die marokkanischen Behörden

4) Am 5. Oktober 1897 wurde der Lehrer Roth in Palhoça, Sta. Catarina, von mehreren Brasilianern überfallen und schwer mißhandelt. Von den deutschen Vertretern in Brasilien wurde energisch auf eine Verfolgung der Täter gedrungen. Fünf als der Tat verdächtig Verhaftete wurden jedoch aus Mangel an Beweisen in zwei Instanzen freigesprochen. Für Roth wurde bei der brasilianischen Regierung von dem deutschen Auswärtigen Amte eine erhebliche Geldentschädigung erwirkt. Der Fall, der in der Presse vielfach übertrieben wurde, hat den Reichstag mehrfach beschäftigt.

angewiesen werden, den deutschen Forderungen nachzugeben. Wie es in diesen Ländern häufig vorkommt, ist nur ein Teil der uns gemachten Zusagen befriedigt worden. Wir werden aber auf volle Zahlung hinwirken, und wenn die marokkanische Regierung noch lange zögern sollte, unsere berechtigten Forderungen zu erfüllen, so könnten dieselben durch das Anlaufen unserer Schiffe in marokkanischen Häfen unterstützt werden.

Auf eine Beschwerde des Abgeordneten Hasse über das Verhalten des deutschen Konsuls in Prag, der einem tschechischen Ballfest beigewohnt haben soll, erwiderte Staatssekretär von Bülow:

Herr Hasse habe selbst anerkannt, daß der Konsul in Prag in vorsichtiger Weise auftreten müsse. Derselbe habe selbstverständlich die deutschen Interessen wahrzunehmen und dürfe das deutsche Nationalgefühl nicht verletzen; aber auf der anderen Seite dürfe er auch nicht den Schein erwecken, als ob er gegenüber den dortigen internen Kämpfen demonstrativ Partei ergreife. Soweit zu übersehen sei, habe sich der Konsul nicht von dieser ihm vorgeschriebenen Linie entfernt. Derselbe sei ein in allen seinen früheren Stellungen besonders erprobter Beamter. Der Konsul habe über den Vorfall in Prag spontan einen Bericht erstattet, welcher laute:

„Anläßlich meiner Beteiligung an dem am 25. Januar stattgefundenen Ball, an welchem außer dem Statthalter, dem kommandierenden General, dem Oberst-Landmarschall und zahlreichen anderen Behörden auch die übrigen Mitglieder des Prager Konsularkorps teilnahmen, hatten verschiedene Zeitungen Angriffe gegen mich erhoben. Ich bemerke hierzu, daß meine Anwesenheit auf dem in Frage stehenden Balle durch eine persönliche Einladung des Festausschusses veranlaßt wurde. Ich glaubte diese Einladung um so mehr annehmen zu sollen, als ich im Laufe meines Hierseins fast ausschließlich in deutschen Kreisen verkehrt und mindestens 8—10 nur deutsch-nationalen Zwecken dienenden ähnlichen Veranstaltungen beigewohnt hatte, ohne daß dieser Standpunkt von anderer Seite getadelt worden wäre."

Unter diesen Umständen (schloß der Staatssekretär) könne er nicht finden, daß das Verhalten des Konsuls irgendwelchen Anlaß zu Ausstellungen gäbe.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Richter über die Lage auf Samoa äußert sich Staatssekretär von Bülow in folgender Weise:

Die historische Entwicklung, die zu den gegenwärtigen Wirren auf Samoa geführt hat, ist der Kommission bekannt. Durch die Generalakte

von 1889 war auf Samoa eine Dreiherrschaft hergestellt worden zwischen Deutschland, England und Amerika. Wenn schon ein Kondominium zu Unzuträglichkeiten zu führen pflegt, so ist dies bei einem Tridominium in noch höherem Maße der Fall. Seit dem Inkrafttreten der Generalakte hat es in Samoa nicht an Reibungen gefehlt zwischen den Vertretern der verschiedenen Mächte.

Dazu kommt der unruhige Charakter der Bevölkerung. Schon im Jahre 1891 zeigte sich eine tiefergehende Gärung auf Samoa. Im Jahre 1893 kam es zum offenen Bürgerkriege zwischen den Anhängern Malietoas und denen Mataafas. Es bedurfte des Eingreifens deutscher und englischer Seestreitkräfte, dessen Folge war, daß Mataafa nach den Marschall-Inseln übergeführt wurde. Ich Jahre 1894 brach ein neuer Aufstand aus, der, widerum nach notwendig gewordenem Eingriff deutscher und englischer Schiffe, mit der Unterwerfung des Häuptlings Tamasese endigte.

Im vergangenen Jahre stellten die Vertreter der drei Mächte den gemeinschaftlichen Antrag, es möge Mataafa nach Samoa zurückgeführt werden. In derselben Richtung hatte sich Malietoa selbst ausgesprochen. Die Mächte gaben hierzu ihre Zustimmung. Nachdem diese Zustimmung gegeben war, trat ein ernstes Vorkommnis ein, nämlich der Tod des Königs Malietoa. Alle drei Konsuln erklärten jedoch, daß der Tod Malietoas kein Hindernis sein solle für die Rückberufung von Mataafa. Mataafa wurde darauf durch ein deutsches Kriegsschiff nach Samoa zurückgeführt. Seiner Einsetzung als Nachfolger Malietoas stellte sich jedoch eine Gegenpartei hindernd in dem Weg, indem sie Tanu, den unmündigen Sohn Malietoas als Thronkandidaten proklamierte. Beide Parteien appellierten an die Entscheidung des Oberrichters, welcher sich für den Minoritätskandidaten Tanu aussprach.

In Folge dieses Schiedsspruchs kam es sofort in Apia zu offenem Kampf, bei welchem die Mataafa-Partei siegte. Die Konsuln der drei Mächte erkannten das fait accompli an und die durch Anhänger des Mataafa gebildete provisorische Regierung. Die endgültige Regelung der Thronfolgefrage steht bei den Mächten.

Ueber die gesamten Vorkommnisse auf Samoa behalte ich mir ein abschließendes Urteil bis nach Eingang und genauer Prüfung des schriftlichen Berichts vor. Ich halte aber an der Hoffnung fest, daß es gelingen wird, auch die jüngsten Wirren auf Samoa unter Wahrung der deutschen Rechte und Interessen in einer Weise beizulegen, die den zwischen den drei beteiligten Regierungen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen entspricht.

Daß die Verhältnisse auf Samoa einer Neuregelung bedürfen, wird im Prinzip von allen Seiten anerkannt. Es läßt sich nicht leugnen, daß das Tridominat sich nicht bewährt hat. Wir würden unsererseits bereit sein, in eine „reinliche Scheidung" zu willigen, falls die beiden anderen Mächte damit einverstanden sind. Solange aber dies Einverständnis nicht vorhanden ist, bleiben wir auf dem Boden der Akte von 1889 stehen. Wir werden die Rechte, welche uns diese Akte gewährt, nicht verkürzen und unsere Interessen nicht beschneiden lassen. Wir respektieren aber auch unsererseits die Rechte, welche anderen kraft der Samoa-Akte zustehen.

Auf eine Anfrage über die Schädigungen welche deutsche Reichsangehörige auf Kuba während der dortigen kriegerischen Wirren erlitten haben, erklärte

Staatssekretär von Bülow:

Die Firma Schmidt u. Fischer hat ihre Forderung auf $2^1/_2$ Millionen angegeben, die Lobeckschen Erben ihre Verluste auf 1 Million, die übrigen Schadenersatz-Forderungen betragen zusammen etwa 800000 Mk. Abgeordneter Hasse hat bereits anerkannt, daß es nicht leicht sein wird, den Geschädigten zu ihrem Rechte zu verhelfen. Wir werden nicht aufhören, uns der Reklamationen unserer Landsleute auch in Kuba nach Möglichkeit anzunehmen und namentlich darauf hinzuwirken, daß unsere Nationalen nicht schlechter behandelt werden, als die gleicherweise betroffenen Untertanen dritter Staaten.

Im Etat ist der Fonds für die deutschen Schulen im Auslande mit 300000 Mk. eingestellt, das sind 150000 Mk. mehr, als bisher ausgeworfen war. Zu dieser Positon erklärt

Staatssekretär von Bülow:

Er bitte die Kommission, überzeugt zu sein, daß die Erhöhung des Fonds nur nach sorgfältiger Prüfung der einschlägigen Verhältnisse vorgeschlagen worden sei. Der Referent der Kommission habe bereits auf die Anträge hingewiesen, welche aus dem Schoße der Kommission in dieser Richtung gestellt worden wären. Noch weit mehr Anträge waren dem Auswärtigen Amt von Deutschen im Auslande zugegangen.

In Frankreich bestehe zu gleichen Zwecken ein Fonds in der Höhe von 700000 Fr., in Italien ein solcher von 800000, obgleich Frankreich für sehr viel weniger Staatsangehörige im Auslande zu sorgen habe als wir, und obgleich die materielle Leistungsfähigkeit Italiens der unsrigen nicht gleichkomme.

Der Fonds sei für die Erhaltung des Deutschtums im Auslande von hoher Wichtigkeit; besonders wolle er darauf hinweisen, wie gerade

unsere ärmeren Landsleute im Auslande, die nicht in der Lage seien, ihre Kinder nach Deutschland zu schicken oder denselben deutsche Hauslehrer zu halten, auf die deutschen Schulen im Auslande angewiesen wären. Es sei Pflicht, gerade die unbemittelten Deutschen im Auslande durch möglichst zahlreiche und mustergültige deutsche Schulen in die Lage zu versetzen, ihre Kinder dem deutschen Volkstum zu erhalten und dieselben für den Kampf ums Dasein möglichst tüchtig auszubilden.

Die Kommission stimmte der Erhöhung des Fonds zu.

12. Erwerbung der Karolinen-Inseln. — Templerkolonien.

Sitzung des Reichstages vom 11. März 1899.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1899, Kapitel Auswärtiges Amt, fragt der Abgeordnete Richter:

„Nach ausländischen Blättern soll die deutsche Regierung in Unterhandlungen stehen mit der spanischen Regierung wegen Ankauf der Karolinen-Inseln. Ich möchte mir die Frage erlauben, ob daran etwas Wahres ist."

Ihm antwortet Staatssekretär von Bülow:

Ueber den von dem Herrn Abgeordneten Richter zur Sprache gebrachten Punkt bin ich nicht in der Lage etwas Tatsächliches mitzuteilen. Ich glaube aber, daß mit einer akademischen Erörterung der Frage, ob die Erwerbung dieser oder jener Südsee-Inseln in der Zukunft in unserm Interesse liegt, wenig gedient sein würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Situation wird sich überhaupt erst übersehen lassen, wenn der zwischen Spanien und Amerika abgeschlossene Friedensvertrag von den Cortes ratifiziert sein wird. Die Cortes sind aufgelöst, die Neuwahlen finden im nächsten Monat statt, und der Wiederzusammentritt der Cortes wird kaum vor Ende April zu erwarten sein. Weiteres bin ich nicht im stande zu sagen.

In derselben Sitzung bringt der Abgeordnete Dr. Gröber (Württemberg) die Verhältnisse und dringenden Wünsche der Templerkolonisten in Palästina zur Sprache. Die von ihm dargelegten und warm befürworteten Bitten gehen dahin, daß diese Gesellschaft der Templer von der heimatlichen Behörde wie von der hohen Pforte als eine besondere religiöse Genossenschaft anerkannt wird und ihr zugleich korporative Rechte verliehen werden; und zweitens: es möge bei der hohen Pforte darauf hingewirkt

werden, daß ein Ferman des Sultans ausgestellt werde, nach dem die gemeinschaftlichen Einrichtungen der Gesellschaft, wie Gemeindehäuser, Schulen, Krankenhäuser und namentlich auch die Zentralkasse, wirklich als Besitztitel der Gemeinschaft in den betreffenden türkischen Grundbüchern und anderen amtlichen Büchern aufgeführt werden können.

Staatssekretär von Bülow:

Auf die Ausführungen des Herrn Vorredners erwidere ich, daß wir den Bestrebungen der Templer, deren Kolonien ich ja selbst erst vor einigen Monaten besucht habe, immer ein besonderes Interesse entgegengebracht haben. Wir werden die Interessen dieser Kolonien auch in Zukunft nach Möglichkeit fördern und die von dem Herrn Vorredner zur Sprache gebrachten speziellen Wünsche einer sorgsamen und wohlwollenden Prüfung unterwerfen.

(Bravo!)

13. Cecil Rhodes.

Sitzung des Reichstages vom 21. März 1899.

In der ersten Hälfte des Monats März kam Cecil Rhodes nach Berlin und zwar, wie der englische Staatssekretär des Auswärtigen auf Befragen im englischen Unterhause mitteilte, aus eigenem Entschlusse, nicht auf Veranlassung der großbritannischen Regierung; er wurde am 11. März vom Kaiser empfangen. Ueber den Zweck seines Besuches verbreiteten sich die verschiedensten Gerüchte, zumal nicht unbekannt blieb, daß auch mehrere Konferenzen zwischen Vertretern der verbündeten Regierungen und dem englischen Staatsmanne stattfanden.

Diesen Gerüchten gab der Abgeordnete Richter bei der dritten Beratung des Reichshaushaltsetats Ausdruck, indem er u. a. folgendes ausführte:

„Es ist verlautbart, daß ein Vertrag zum Abschluß gekommen sei, welcher gestattet, eine Telegraphenlinie vom Kap nach Kairo durch das deutsche ostafrikanische Gebiet zu führen. Weiter hat man es so dargestellt, als ob eine Zusicherung gegeben sei, im Fall der Erbauung einer Linie vom Kap nach Kairo durch deutsch-ostafrikanisches Gebiet vom Süden nach dem Norden derselben, diese Bahnstrecke aus deutschem Gelde zu erbauen. Es ist so dargestellt, als ob sich bereits Berliner Bankfirmen bereit gefunden hätten, dies Unternehmen, natürlich nur mit Reichsgarantie, zu finanzieren. Die Verbreitung dieser Nachrichten, die in etwas sensationeller Art stattfand, hat sogar auf die Börsenverhältnisse in Berlin und London eingewirkt. Es ist ebenso verbreitet worden, daß die Abmachungen so gut wie getroffen seien in Bezug auf die südwestafrikanische Bahn, auf die Fortführung der Bahn Swakopmund-Windhoek in das englische Gebiet hinein oder, wie es nach anderen Versionen hieß, die Erbauung einer Parallelbahn oder den Ausbau der jetzt vorhandenen Bahn als Vollbahn. Ich halte in der Hauptsache alles

das für afrikanische Luftschlösser, die man jetzt derart in der Oeffentlichkeit aufgebaut hat. Aber ich halte es doch für nützlich, wenn zur Ernüchterung gewisser Kreise von seiten der Regierung eine Erklärung darüber abgegeben wird, ob oder wie weit irgendwelche, wenn auch nur vorläufige Abmachungen oder Vereinbarungen getroffen sind."

Staatssekretär von Bülow[1]):

Ueber die Unterhandlungen, welche in den letzten Tagen hier geführt worden sind zwischen den diesseits beteiligten Ressorts und Herrn Cecil Rhodes, kann ich schon heute und mit Rücksicht darauf, daß es sich um schwebende Unterhandlungen handelt, nicht alle Einzelheiten mitteilen, möchte jedoch dasjenige sagen, was sich ohne Schädigung der Sache sagen läßt.

Was die Legung eines Telegraphen durch unser ostafrikanisches Schutzgebiet in der Richtung von Süden nach Norden und im Anschluß an die schon bestehende südafrikanische Linie angeht, so ist hierüber zwischen der transafrikanischen Telegraphengesellschaft und uns ein Abkommen getroffen worden. Das Inkrafttreten und die Veröffentlichung dieses Abkommens hängen ab von dem ferneren Gange anderweitiger Verhandlungen. Ich kann aber schon jetzt sagen, daß in diesem Abkommen unsere Hoheitsrechte und unsere Interessen in jeder Richtung gewahrt worden sind. Die transafrikanische Telegraphengesellschaft erhält durch dieses Abkommen die Erlaubnis, die in Rede stehende Linie auf ihre Kosten durch deutsches Gebiet zu legen. Der Bau muß binnen spätestens 5 Jahren beendet sein.[2]) Die Angestellten und Arbeiter der Gesellschaft sind während ihres Aufenthalts in Deutsch-Ostafrika den deutschen Gesetzen unterworfen und haben den Anordnungen des deutschen Gouverneurs Folge zu leisten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, außer den für ihre Zwecke erforderlichen Durchgangsdrähten einen weiteren Draht zwischen den beiden der deutschen Grenze am nächsten gelegenen Stationen von Rhodesia einerseits und Britisch-Ostafrika andererseits auf ihre Kosten anzubringen, welcher Draht für den Telegraphenverkehr von Deutsch-Ostafrika bestimmt ist und Eigentum der deutschen Regierung wird. Die Unterhaltungskosten für diesen letzteren Draht übernimmt die deutsche Regierung, die auch befugt ist, zu dem gleichen Zweck noch weitere Drähte auf ihre Kosten anzubringen. Im übrigen erfolgt die Unterhaltung der Telegraphenlinie von der deutschen Regierung auf Kosten der Gesellschaft. Die deutsche Regierung behält sich das ausschließliche Recht vor, Telegraphenstationen in Deutsch-

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 61. Sitzung, S. 1645.

2) Das ist bereits geschehen.

Ostafrika zu errichten und zu betreiben. Nach Ablauf von 40 Jahren kann die deutsche Regierung die Linie unentgeltlich übernehmen.

Ueber die Durchführung der geplanten transafrikanischen Süd-Nordbahn durch unser Territorium haben bisher nur ganz vertrauliche Vorbesprechungen stattgefunden, welche noch zu keiner Entscheidung und zu keiner Entschließung geführt haben. Wir werden aber selbstverständlich auch in dieser Beziehung nur solchen Vorschlägen zustimmen, durch welche unsere Rechte nicht verletzt werden, und bei denen unsere Interessen nicht zu kurz kommen.

(Bravo! rechts.)

14. Samoa.

Sitzung des Reichstages vom 14. April 1899.

Die Abgeordneten Dr. Lehr, Dr. von Levetzow, Rickert, Dr. Schaedler, Graf von Arnim, Schmidt (Elberfeld) und Genossen brachten folgende Interpellation betreffend die Vorgänge in und auf Samoa ein:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, über die Vorgänge vor und auf Samoa, sowie über die von der Regierung getroffenen und beabsichtigten Maßnahmen Auskunft zu geben?"

Was für Vorgänge die Interpellanten im Auge hatten, zeigt nachstehender Passus aus der Rede, mit der Dr. Lehr die Interpellation begründete:

„Die Liste derjenigen Nachrichten, über die es wünschenswert ist, Klarheit zu erhalten, ist leider Gottes eine ziemlich umfangreiche: zuerst jenes Eingreifen des amerikanischen Oberrichters Chambers in die samoanische Königswahl, dann jene nach den Zeitungsnachrichten wenigstens unberechtigte Aufforderung des amerikanischen Admirals Kautz an die Mataafaleute zur Niederlegung der Regierung, die doch von den Konsuln der drei Vertragsmächte anerkannt war, vorbehaltlich der Zustimmung der Vertragsmächte. Nicht minder bedarf der Aufklärung und Bestätigung die Nachricht über jene Behauptung des amerikanischen Admirals, die doch mit dem Protest des deutschen Generalkonsuls Herrn Rose in flagrantem Widerspruch steht, daß er in vollständiger Uebereinstimmung mit allen Konsuln und mit allen Schiffskommandanten handle; endlich die Nachricht über die Beschießung von Apia, die doch selbst in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" als ein Vertragsbruch bezeichnet wird.

„An diese Nachrichten schließen sich noch weitere. Ich erinnere vor allen Dingen an die angebliche Aufrichtung der englischen Schutzherrschaft über die Tongainseln, die, wenn sie wahr sein sollte, doch wiederum einen Verstoß gegen die bestehenden Verträge bedeuten würde. Ich erinnere Sie an die unglaubliche Nachricht jenes wunderbaren — um kein anderes Wort zu gebrauchen — Befehls

des amerikanischen Admirals Kautz an den Kommandanten des deutschen Kriegsschiffs „Falke“, er dürfe den Hafen von Apia nicht verlassen. Ich erinnere Sie an die Beschuldigungen, die jetzt gegen den Vorsteher einer deutschen Pflanzung bei Vailele erhoben werden, er habe sich bei dem unglücklichen Gefecht bei Vailele, das zum schweren Nachteil der Engländer und Amerikaner ausfiel, in irgend einer Weise aktiv beteiligt.“

Staatssekretär von Bülow[1]):

Ich bin gern bereit, meine Herren, mich über eine Angelegenheit auszusprechen, welche die öffentliche Meinung mit Recht lebhaft beschäftigt, und die für die Regierung seit Wochen ein Gegenstand ernster Aufmerksamkeit ist. Auf der anderen Seite werden Sie es verstehen — und ich denke, auch der Herr Antragsteller wird es verstehen —

(Sehr gut!),

wenn ich in meiner amtlichen und verantwortlichen Stellung nicht Dinge sagen werde, welche eine friedliche Beilegung der entstandenen Schwierigkeiten in Frage stellen könnten.

(Sehr wahr!)

Ueber die Vorgeschichte der jüngsten Wirren auf Samoa habe ich mich in der Budgetkommission ausgesprochen.[2]) Ich habe namentlich darauf hingewiesen, wie es seit dem Inkrafttreten der Samoa-Akte dort selten weder an Unruhen noch an Reibungen zwischen den Vertretern der drei beteiligten Regierungen gefehlt hat.

Was unser Verhalten gegenüber diesen Verwickelungen angeht, so kann ich dasselbe zusammenfassen in den einfachen Satz: Festhalten an der durch die Samoa-Akte gegebenen Rechtslage, solange diese Akte nicht durch übereinstimmenden Beschluß der unterzeichnenden Mächte modifiziert ist

(Sehr richtig!),

also Achtung der anderen auf Grund dieser Akte zustehenden Rechte, aber auch volle und unbedingte Aufrechterhaltung unserer eigenen deutschen Rechte.

(Sehr richtig!)

Im Interesse der Ruhe auf Samoa wie im Interesse ruhiger Beziehungen zwischen den beteiligten Regierungen würden wir es an und für sich nützlich finden, wenn die nach und nach unzureichend gewordene Samoa-Akte ersetzt werden könnte durch eine der gegenwärtigen Situation besser entsprechende Neuregelung.

In diesem Sinne habe ich seinerzeit im Hinblick auf die mannigfachen Unzuträglichkeiten, welche die Dreiherrschaft in Samoa mit sich

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 65. Sitzung, S. 1757 f.

2) Vgl. oben S. 57 ff.

bringt, in der Budgetkommission gesagt, wir wären geneigt — wie ich mich ausdrückte —, in eine reinliche Scheidung zu willigen. Da sich aber die Nachteile des gegenwärtigen Zustandes der Dinge für die beiden anderen beteiligten Mächte ebenso fühlbar machen wie für uns, so haben wir keine Veranlassung und empfinden auch kein Bedürfnis, in dieser Richtung aus eigener Initiative mit besonderen Vorschlägen hervorzutreten. Solange aber die Samoa-Akte zu Recht besteht, muß dieselbe von allen Beteiligten loyal beobachtet werden, dem Buchstaben nach und dem Geiste nach. Wortlaut und Tendenz der Samoa-Akte fordern, daß auf Samoa nur solche endgültige Entscheidungen getroffen werden, welche auf einstimmigen Beschlüssen der drei beteiligten Regierungen beruhen. Wir haben deshalb von vornherein in London und in Washington keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir solche Veränderungen in Samoa, zu denen wir unsere Zustimmung nicht gegeben hätten, als rechtsunverbindlich betrachten müssen. Wir konnten nicht zugeben, daß entgegen dem zweifellosen Text der Samoa-Akte, im Widerspruch mit dem Vertragsrechte, ohne uns oder gar gegen uns über Samoa entschieden werde. Dieses von uns aufgestellte und vertretene Prinzip der notwendigen Einstimmigkeit ist zuerst von Amerika und schließlich auch von England angenommen worden.

Ein anderer leitender Gesichtspunkt für uns war, uns nicht in die Streitigkeiten der eingeborenen Häuptlinge einzumischen. Den verschiedenen Thronkandidaten auf Samoa stehen wir an und für sich ohne parti pris gegenüber. Da aber die provisorische Regierung des Häuptlings Mataafa von den drei Konsuln anerkannt worden war, so mußte sie unserm Konsul als der legale status quo so lange erscheinen, bis durch einstimmigen Beschluß der drei Mächte eine neue Regierung eingesetzt war. Schon weil wir uns den internen Vorgängen auf Samoa gegenüber neutral verhalten, haben wir das Eingreifen englischer und amerikanischer Schiffe in diese Streitigkeiten weder mitgemacht noch gebilligt.

Ueber die letzten Zusammenstöße auf Samoa liegen bisher nur verstümmelte und lückenhafte Telegramme unseres Konsuls und mehr oder weniger glaubwürdige Berichte ausländischer Telegraphenagenturen vor, so daß über dieselben ein abschließendes Urteil noch nicht möglich ist. Ueber einen Konflikt zwischen dem amerikanischen Admiral und dem Kommandanten von Seiner Majestät Schiff „Falke“ ist uns nicht das mindeste bekannt

(Hört! hört! links),

und ich halte in Uebereinstimmung mit meinem verehrten Freunde, dem Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts, einen solchen Konflikt für

vollständig unbegründet. Jedenfalls bin ich überzeugt, daß das Verhalten, daß das Ehrgefühl, der Takt, die Selbstbeherrschung unserer Seeoffiziere ebenso sehr über alles Lob erhaben war wie die Mannszucht der Leute.

(Bravo!)

Was den in Samoa verhafteten Reichsangehörigen angeht — es handelt sich augenscheinlich um den Leiter der Pflanzung Vailele, Herrn Hufnagel —, so haben wir sogleich in ernster Weise die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf diesen Vorfall gelenkt und der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß unserm Landsmann kein Leid geschehen werde, sofern derselbe, wie wir bestimmt annehmen, unschuldig sein sollte.

Durch diese lokalen Vorgänge auf Samoa kann übrigens der endgültigen Regelung der dortigen Verhältnisse nicht präjudiziert werden. Diese Regelung erfolgt nicht an Ort und Stelle, sondern sie kann nur hervorgehen aus der Vereinbarung der drei beteiligten Kabinette. Um eine solche Neuregelung herbeizuführen, haben wir die Entsendung einer Spezialkommission in Vorschlag gebracht und für die Beschlüsse dieser Spezialkommission Einstimmigkeit gefordert und nach Ueberwindung nicht unerheblicher Schwierigkeiten auch durchgesetzt.

(Bravo!)

Ich freue mich, mitteilen zu können, daß die englische Regierung durch ihren hiesigen Botschafter mir nunmehr amtlich erklärt hat, sie acceptiere die Vorschläge der deutschen Regierung hinsichtlich der Verhandlungsweise und der Funktionen der Spezialkommission.

Die Funktionen und Befugnisse der Spezialkommission kann ich in Kürze, wie folgt, zusammenfassen:

> Die im Hinblick auf die in Samoa ausgebrochenen Unruhen und zum Zweck der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung daselbst durch die drei Signatarmächte der Berliner Samoa-Akte ernannte Kommission wird die provisorische Regierungsgewalt über die Samoa-Inseln übernehmen.
>
> Zu diesem Zweck soll die Kommission die höchste Amtsgewalt in den Inseln ausüben. Alle und jede anderen Amtspersonen daselbst, sei es, daß deren Amtsgewalt aus den Bestimmungen der Berliner Generalakte oder anderweit hergeleitet ist, haben den Befehlen der Kommissare zu gehorchen, und die drei Mächte werden ihre konsularischen und Marinevertreter zu entsprechender Unterordnung anweisen.
>
> Keine Maßnahme, welche von den Kommissaren in Gemäßheit ihrer vorbezeichneten Amtsgewalt getroffen wird, soll rechts-

gültig sein, wenn nicht alle drei Kommissare der Maßnahme zustimmen.

Es gehört zu den Aufgaben der Kommissare, zu erwägen, welche Bestimmungen sie für die zukünftige Landesregierung oder die Abänderung der Berliner Schlußakte für notwendig erachten, und an ihre Regierungen über die Auffassungen, zu denen sie schließlich gelangt sind, zu berichten.

Meine Herren, wir geben uns der Hoffnung hin, daß es der Spezialkommission gelingen wird, zu einer gerechten, billigen und für alle Teile annehmbaren Regelung der Verhältnisse auf Samoa zu gelangen. Wir werden nur solchen Beschlüssen unsere Zustimmung geben, durch welche die klaren deutschen Rechte und die gewichtigen deutschen Interessen auf Samoa nicht beeinträchtigt werden.

In einem Teile der ausländischen Presse ist darauf hingewiesen worden, daß der Wert von Samoa nicht im Verhältnisse stehe zu der Bedeutung, welche diese Inselgruppe in der internationalen Politik und für die internationalen Beziehungen gewonnen habe. Gewiß, meine Herren, auch wir Deutschen glauben, daß wegen einer Inselgruppe in der fernen Südsee, die von 30000 Wilden bewohnt wird, unter denen kaum 500 Europäer leben, mit einem Gesamthandel von kaum 3 Millionen Mark, zwischen drei großen und gesitteten und christlichen Völkern den Krieg zu entfesseln, im höchsten Grade ruchlos sein würde. Ich bin auch davon durchdrungen — und rate, dies auf keiner Seite zu vergessen —, daß es in der auswärtigen Politik vor allen Dingen darauf ankommt, sich nicht das richtige Augenmaß beeinträchtigen zu lassen und jede Frage nach ihrer realen Bedeutung einzuschätzen. Dabei dürfen wir aber zweierlei nicht vergessen: einmal, daß wir die Pflicht haben, Handel und Wandel, Eigentum und Erwerb unserer Landsleute auf Samoa zu schützen, dann aber, daß wir auf Samoa vertragsmäßige Rechte besitzen, deren Aufrechterhaltung das deutsche Volk als eine nationale Ehrensache empfindet.

(Sehr richtig! Bravo!)

Wir verlangen auf Samoa nicht mehr, als uns dort vertragsmäßig zusteht. Diese unsere vertragsmäßigen Rechte aber dürfen und werden wir nicht verkürzen lassen.

(Lebhafter Beifall.)

Mit Rücksicht auf den damaligen Stand der Angelegenheit erklärten die Redner aller Parteien, von einem weiteren Eingehen auf die Sache absehen zu wollen; diese Redner waren die Abgeordneten Richter, Dr. Lieber, Rickert, Dr. von Levetzow, Graf Arnim und Fürst Bismarck.

15. Vertrag mit Spanien über Erwerbung der Karolinen-, Palau- und Marianen-Inseln.

Sitzung des Reichstages vom 6. Juni 1899.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erbittet der Staatssekretär des Auswärtigen das Wort.

Staatssekretär von Bülow[1]):

Ich habe das Wort erbeten, meine Herren, um diesem hohen Hause mitzuteilen, daß Deutschland mit Spanien einen Staatsvertrag über die Abtretung der Karolinen-, der Palau- und der noch in spanischem Besitz befindlichen[2]) Marianeninseln abgeschlossen hat.

Zur Ausgestaltung der deutschen Besitzungen in der Südsee, wie im Hinblick auf die Handelsinteressen, welche wir seit lange auf den Karolinen besitzen, haben wir es für unsere Pflicht gehalten, dafür Sorge zu tragen, daß diese Inselgruppen bei einem Besitzwechsel für Deutschland nicht verloren gingen.

Das mit der Königlich spanischen Regierung am 12. Februar d. J. getroffene Abkommen lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

Die Kaiserlich deutsche Regierung und die Königlich spanische Regierung sind über die folgenden Punkte übereingekommen:

1. Spanien wird an Deutschland die Karolineninseln mit den Palaus und den Marianen, Guam ausgenommen, gegen eine auf 25 Millionen Pesetas[3]) festgesetzte Geldentschädigung abtreten.
2. Deutschland wird dem spanischen Handel und den spanischen landwirtschaftlichen Unternehmungen auf den Karolinen, den

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 86. Sitzung, S. 2338 f.

2) Von den im ganzen 1140 qkm umfassenden Marianen waren nur noch 626 qkm in spanischem Besitz, nachdem die Hauptinsel Guam schon 1898 von den Vereinigten Staaten von Nordamerika erworben war. Die Karolinen haben 1450 und die Palau-Inseln 503 qkm Bodenfläche.

3) 1 Peseta = 80 Pfennig.

Palaus und den Marianen die gleiche Behandlung und die gleichen Erleichterungen gewähren, welche es dem deutschen Handel dort gewähren wird, und wird auf den genannten Inseln den spanischen religiösen Ordensgesellschaften die gleichen Rechte und die gleichen Freiheiten gewähren, wie den deutschen religiösen Ordensgesellschaften.

3. Spanien wird ein Kohlendepot für die Kriegs- und Handelsmarine in dem Karolinenarchipel, ein gleiches in dem Palau- und ein drittes in dem Marianenarchipel errichten und auch in Kriegszeiten behalten können.
4. Dieses Abkommen soll so bald als möglich der durch die Gesetze beider Länder vorgeschriebenen verfassungsmäßigen Zustimmung unterbreitet und soll ratifiziert werden, sobald diese Zustimmung vorliegt.

Gleichzeitig ist über die wechselseitige Gewährung der Konventionaltarife eine Verständigung mit Spanien zu stande gekommen, wie sie den Wünschen und Interessen des deutschen wie des spanischen Handels entspricht.

Sobald die Cortes den Verkauf der genannten Inselgruppen genehmigt haben, werden wir diesem hohen Hause sofort die erforderlichen Vorlagen zur Beschlußfassung unterbreiten, und wird dem Hause mit aller Auskunft zugleich die Gelegenheit zu voller sachlicher Prüfung geboten werden.

Mit Rücksicht hierauf und angesichts der Tatsache, daß die getroffene Vereinbarung in diesem Augenblicke einem fremden[4]) Parlamente zur Beratung vorliegt, würde die Kaiserliche Regierung auch aus Gründen internationaler Courtoisie es mit Dank erkennen, wenn das hohe Haus von einer weiteren Besprechung zur Zeit noch Abstand nehmen wollte.[5]).

(Lebhafter Beifall.)

16. Arbeiten der Samoa-Kommission.

Sitzung des Reichstages vom 19. Juni 1899.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche (Verlängerung des Provisoriums bis 30. Juli 1899 bezw. 1900). In die Debatte zieht der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg die Samoafrage hinein, indem er bemerkt:

4) Den spanischen Cortes.

5) Diesem Wunsche wurde von allen Seiten des Hauses entsprochen.

„Jede Schlappe in Handelsvertragsbeziehungen empfindet das deutsche Volk als eine Schädigung seines berechtigten Nationalstolzes, und das deutsche Volk hat die wenig beneidenswerte Rolle, die wir in Samoa England gegenüber gespielt haben, nicht vergessen. Es erwartet mit Spannung Nachrichten von dort und hofft, daß die Kommission wirklich dazu gelangen wird, uns volle Entschädigung für die geschädigten deutschen Staatsbürger, volle Genugtuung für die Rechtskränkung, die wir dort erlitten haben, und endlich starke Garantien zu verschaffen, daß solche Vorkommnisse sich nicht wiederholen können."

Staatssekretär von Bülow[1]):

Ich hatte nicht erwartet, meine Herren, daß die Samoafrage im Laufe der heutigen Diskussion angeschnitten werden würde. Nachdem dies aber geschehen ist, nehme ich keinen Anstand, unseren Standpunkt in dieser Angelegenheit zu präzisieren.

Unsre Haltung in der Samoafrage habe ich vor einiger Zeit[2]) dahin zusammengefaßt, daß wir den Rechtsboden der Samoa-Akte weder selbst verlassen, noch uns durch andere von demselben verdrängen lassen würden. Daraus folgt, daß, wenn wir die Rechte anerkennen, die andere aus der Samoa-Akte für sich herleiten können, wir andererseits unsere eigenen deutschen Rechte unbedingt aufrecht erhalten. Aus dieser unserer Auffassung geht ferner hervor, daß alle Aenderungen, Entscheidungen und Maßnahmen auf Samoa abhängig sind von unserer Zustimmung, und ohne unsere Zustimmung nicht endgültig durchgeführt werden können.

Auf Grund dieses Prinzips der Einstimmigkeit, das — wenn ich mich so ausdrücken darf — das Brett war, auf das wir uns stellen mußten, um durch die zeitweise einigermaßen erregten Gewässer der Samoafrage durchzukommen, die Basis, welche wir nach dem Geiste der Samoa-Akte wie nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse behaupten mußten und die wir behauptet haben — auf Grund dieses Prinzips der Einstimmigkeit ist die Samoakommission gebildet worden, die seitdem in Samoa eingetroffen ist. Die Samoakommission stellt bis auf weiteres die Regierung von Samoa dar, sie hat die provisorische Regierungsgewalt über Samoa übernommen. Die dortigen maritimen und konsularischen Vertreter der drei Mächte sind von den drei Regierungen angewiesen worden, sich der Samoakommission unterzuordnen, welche die höchste Gewalt auf Samoa repräsentiert.

Von unserem Delegierten in der Samoakommission[3]) liegen bisher

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 96. Sitzung, S. 2635 f.

2) Am 14. April d. Js.; vgl. oben S. 67.

3) Freiherr Speck von Sternburg, damals erster Botschaftssekretär in Washington, war von Deutschland nach Apia delegiert worden.

nur telegraphische Meldungen vor, die ich in einem unseren Missionen im Auslande mitgeteilten Auszug, den ich vor mir liegen habe, mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten hier verlesen möchte, obwohl der wesentliche Inhalt bereits bekannt ist.

„Die Oberkommission ist am 13. Mai in Apia eingetroffen und hat alsbald mit beiden Parteien wegen Auflösung der Streitkräfte verhandelt. Die Befürchtung, daß die Ruhe nur durch Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegen Mataafa wiederherzustellen sei, hat sich als grundlos erwiesen. Malietoa-Tanu und Mataafa haben beide der Kommission Besuche gemacht, den Entschluß ihrer Parteien, der Kommission zu gehorchen, übermittelt und die Niederlegung und Auslieferung aller Waffen versprochen. Mataafa hat am 31. Mai den Anfang mit Ablieferung von über 1800 Gewehren gemacht. Beide Häuptlinge sind von der Kommission als gleichberechtigte Parteihäupter empfangen worden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß dem Streit beider Teile durch Abschaffung des Königtums ein Ende gemacht werden wird. Admiral Kautz hat mit dem amerikanischen Kriegsschiff „Philadelphia" die Rückreise nach San Francisco angetreten. Statt der „Philadelphia" wird demnächst der Kreuzer „Newark" eintreffen. Der englische Konsul Maxse wird sich am 16. Juni nach Europa zurückbegeben. Alsdann wird auch Generalkonsul Rose den von ihm Ende vorigen Jahres beantragten Urlaub erhalten. Die verhafteten Deutschen Hufnagel und Marquard sind, nachdem die Kommission sich von ihrer völligen Unschuld überzeugt hat, ungesäumt in Freiheit gesetzt worden. Die Bevölkerung von Samoa setzt großes Vertrauen in die Kommission. Nach Ordnung der allgemeinen politischen Verhältnisse wird die Kommission zu der Entschädigungsfrage Stellung nehmen."

Meine Herren, die Samoakommission hat vor allem die Aufgabe, gemäß der Samoa-Akte auf Samoa den Frieden und die Rechtsordnung wiederherzustellen, welche dort in einer Weise gestört worden sind, die das deutsche Rechtsgefühl tief verletzt hat.

(Sehr wahr! sehr richtig!)

Es würde nach unserer Auffassung dem Artikel 1 der Samoaakte entsprechen, wenn hinsichtlich der Schaffung einer künftigen Eingeborenenregierung die Wünsche der Bevölkerung tunlichst in Berücksichtigung gezogen würden. Es könnte das vielleicht in der Weise geschehen, daß

eine Mehrheit unter den maßgebenden Häuptlingen, oder eine Mehrheit unter den breiteren Schichten der Bevölkerung konstatiert würde. Hierbei halten wir aber daran fest — und das möchte ich ausdrücklich wiederholen —, daß wir gegenüber den verschiedenen Thronkandidaten nicht Partei ergreifen. Wenn wir die Parteinahme der Agenten anderer Mächte für Tanu nicht gebilligt haben, so identifizieren wir uns auch nicht mit dessen Gegner. Die Streitigkeiten der samoanischen Häuptlinge und die dortigen Thronrivalitäten sind zu lokaler Natur, als daß wir für diesen oder jenen derselben Partei ergreifen sollten.

Wir haben noch eine andere Aufgabe, auf die der Herr Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg soeben hingewiesen hat, deren wir uns vollkommen bewußt sind, und die wir nicht einen Augenblick aus dem Auge gelassen haben: nämlich dahin zu wirken, daß unsere Staatsangehörigen auf Samoa entschädigt werden für die Verluste, die sie erlitten haben durch Zerstörung von deutschem Eigentum oder durch widerrechtliche Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit.

(Lebhaftes Bravo und Zustimmung.)

Wir werden nichts unterlassen, damit unseren Landsleuten auf Samoa, die gelitten haben unter Vorgängen, die wir für unbillig und ungerecht halten, ihr gutes Recht werde.

(Lebhaftes Bravo.)

Diese Frage, meine Herren, ist aber noch nicht reif für ein diplomatisches Eingreifen. Ein solches wird erst möglich sein, wenn auf Samoa die Ordnung wiederhergestellt sein wird. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß in dieser wie in jeder anderen Beziehung die Kommission zu einem Ergebnis gelangen wird, das den Grundsätzen wahrer Billigkeit entspricht. Wir werden nicht um eines Haares Breite von unserem guten Recht abweichen.[4])

(Lebhafter Beifall.)

Auf der anderen Seite werden wir aber auch nicht vergessen, daß internationale Differenzen, bei denen sich nicht nur mancherlei politische und wirtschaftliche Interessen durchkreuzen, sondern wo auch das nationale

4) Dieses Versprechen ist vollkommen gehalten worden. Da in der Kommission eine Einigung über die deutschen Schadenersatzansprüche nicht erreicht werden konnte, verständigten sich, wie erinnerlich, die drei beteiligten Mächte dahin, über diese Frage dem König Oskar II. von Schweden und Norwegen das Schiedsrichteramt zu übertragen. Dieser aber hat sein Urteil im Herbst 1902 im Sinne der von Deutschland erhobenen Ansprüche abgegeben.

Empfinden mitgesprochen hat, mit ruhiger Ueberlegung und mit kaltem Blut behandelt werden müssen.[5])

(Lebhaftes Bravo.)

17. Karolinen-, Marianen- und Palau-Inseln.

Sitzung des Reichstages vom 21. Juni 1899.

Nachdem die spanischen Cortes den Gesetzentwurf über die Abtretung der Karolinen-, Marianen- und Palau-Inseln Mitte Juni angenommen hatten, wurde der Ankauf dieser Inselgruppen zur verfassungsmäßigen Genehmigung dem Reichstage vorgelegt; im Zusammenhang damit wurde die Vereinbarung über die Handelsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Spanien beraten.

Die erste Beratung eröffnete Staatssekretär von Bülow[1]):

Ich habe die Ehre, meine Herren, der Beschlußfassung dieses hohen Hauses das Abkommen zu unterbreiten, das wir mit Spanien über die Abtretung der Karolinen-, Marianen- und Palau-Inseln abgeschlossen haben. Durch diese Erwerbung wird zunächst unser Besitz in der Südsee vervollständigt. Wie ein Blick auf die Karte zeigt, bildeten unsere Schutzgebiete im Großen Ozean bisher einen flachen Halbkreis, eine langgestreckte und unzusammenhängende Linie. Durch die Karolinen und Marianen wird der Kreis geschlossen. Die Marianen im Norden, die Palau-, die Karolinen- und die Marschall-Inseln in der Mitte, Kaiser-Wilhelms-Land und der Bismarck-Archipel im Süden bilden nunmehr ein zusammenhängendes Ganzes.

Wenn diese Inseln aus spanischem Besitz in den Besitz einer anderen Macht als Deutschland übergegangen wären, so würde dadurch unser Schutzgebiet in der Südsee zerrissen und auseinandergesprengt, in seiner Entwickelung gehemmt und minderwertig geworden sein. Gerade im Hinblick auf die Nachbarschaft der Karolinen einerseits zu den Marschallinseln, andererseits zu Neuguinea war deren Erwerbung, wie Sie wissen, seit lange in Aussicht genommen. Vom Standpunkte unserer allgemeinen politischen Interessen in der Südsee ist die jetzt erreichte Erweiterung

5) Diese Darlegung des Staatssekretärs hatte den unmittelbaren Erfolg, daß ihm der nächste Redner, Dr. Lieber, im Gegensatz zu einem der Vorredner (Dr. Hahn) im Namen der Zentrumspartei bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten das „vollste Vertrauen" aussprach.

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 98. Sitzung, S. 2695 ff.

unserer dortigen Machtsphäre nützlich und notwendig, die Lage der neu erworbenen Inseln eine besonders günstige. Wir können uns der Hoffnung hingeben, daß durch unsern neuen Besitz auch unser alter Besitz gefördert, entwickelungsfähiger und ergiebiger werden wird. Dazu kommt, daß sich auf den Karolinen seit lange deutsche Handelsniederlassungen befinden. Deutsche Handelsleute hatten seit Jahren Handelsbeziehungen angeknüpft zu den Eingeborenen der Inseln und dort Faktoreien gegründet. Es waren die deutschen Häuser auf den Karolinen, die unter Hinweis auf die dortigen deutschen Handelsinteressen im Jahre 1885 die erste Besitzergreifung herbeiführten. Handel und Verkehr auf diesen Inseln liegt noch heute in den Händen der deutschen Jaluit-Gesellschaft, die Stationen auf allen Inseln besitzt. Der deutsche Kaufmann steht dort nach wie vor in allererster Reihe. Wenn diese Inseln bei ihrer Loslösung vom spanischen Reiche an eine andere Macht als Deutschland gefallen wären, so würde dadurch nicht nur die politische Zukunft unseres Südseebesitzes gefährdet worden sein, sondern es wären auch in wirtschaftlicher Beziehung Keime vernichtet worden, die der Entwickelung fähig sind.

Ich sage: Keime, die der Entwickelung fähig sind. Es ist nicht meine Art, meine Herren, in politischen und wirtschaftlichen Fragen zu appellieren an die Phantasie, die kühne Seglerin Phantasie. Ich werde es nicht machen, wie das Milchmädchen in der Fabel von La Fontaine.

(Heiterkeit.)

Ich werde keine Luftschlösser vor Ihnen aufführen und gar keine Schönfärberei treiben. Ich werde das heute so wenig tun, wie vor anderthalb Jahren, als ich diesem hohen Hause die Annahme des mit China über Kiautschou und Schantung abgeschlossenen Vertrages empfahl. Beide Verträge, der Vertrag mit China wie der Vertrag mit Spanien, sind Marksteine auf demselben Wege und Glieder einer Kette. In beiden Fällen sind wir ruhig, nüchtern und besonnen vorgegangen. Auf Grund ruhiger und sachlicher Prüfung der Verhältnisse sind wir zu der Annahme berechtigt, daß unser neuer Besitz auch in wirtschaftlicher Beziehung ein wertvoller ist.

(Na! na! links.)

— Meine Herren, daß die Spanier aus diesen Inseln nichts gemacht haben, ist noch kein Beweis für ihre wirtschaftliche Wertlosigkeit.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich möchte der spanischen Verwaltung ex post nicht zu nahe treten; ich glaube aber doch sagen zu können, daß die Schuld für die jetzige Wertlosigkeit der Inseln wohl weniger an den Inseln liegt als an der bis-

herigen Administration. Insbesondere konnte die Jaluit-Gesellschaft unter spanischer Verwaltung nicht zum Plantagenbau übergehen aus Gründen, die mit der Eigenart der spanischen Administration zusammenhängen. Sie konnte ihre Geschäfte kaum behaupten, geschweige denn erweitern. Unter deutscher Herrschaft wird die Jaluit-Gesellschaft sofort mit dem Plantagenbau beginnen. Durch eine verständige und sachgemäße Entwickelung der beträchtlichen Hülfskräfte dieser Inseln wird sich ihre wirtschaftliche Bedeutung heben lassen, und dieselben werden zu einem wirtschaftlich ergiebigeren Besitz werden können. Deutscher Fleiß und deutscher Unternehmungsgeist werden von jetzt ab dort unter ganz anderen und weit günstigeren Bedingungen vorgehen können als bisher und die zweifellos vorhandenen kaufmännischen und kommerziellen Chancen besser ausnützen können als heute. Man kann so vorsichtig sein, wie ich es zu sein glaube, und doch der Ansicht zuneigen, daß ein Besitz nicht immer nach seinem momentanen Wert, sondern auch nach den Konjunkturen zu taxieren ist, die er in der Zukunft bringen kann.

(Sehr richtig!)

Es hat schon mancher ein ganz gutes Geschäft gemacht, der ein Terrain gekauft hat, das im Augenblick nicht besonders ergiebig war und vielleicht auch eine Zeitlang unergiebig blieb, das aber, sobald sich der Verkehr ihm zuwandte, seinen Ertrag vervielfachte. Unser neuer Besitz liegt an einer Straße, welcher Handel und Verkehr sich mehr und mehr zuwenden werden.

Indem ich mich im übrigen beziehen darf auf meine Denkschrift, die ich dem hohen Hause unterbreitet habe, möchte ich nur darauf hinweisen, daß alle Inseln sich in vorzüglichem Maße für den Plantagenbau eignen, schon wegen ihres großen Wasserreichtums. Die größeren Inseln sind mit vortrefflichen Holzbeständen bedeckt. Auf allen Inseln gedeiht die Kokospalme, die das Kopra liefert, den hauptsächlichsten Handelsartikel dieser Zonen. Das Klima der Inseln ist verhältnismäßig gesund. Auf den Palau- und Marianeninseln liegen die Verhältnisse ähnlich wie auf den Karolinen; auch sie versprechen eine ergiebige wirtschaftliche Ausbeute.

Von besonderer Wichtigkeit ist, daß unsere neuerworbenen Inseln vorzügliche Häfen und Ankerplätze enthalten. Es ist das für uns von um so größerer Bedeutung, als es an solchen Häfen auf den Marschallinseln vollständig fehlt. Die Marschallinseln besitzen keinen einzigen Hafen, der sich für eine sichere Marinestation eignen würde. Zwischen Neuguinea und dem Bismarckarchipel einerseits, China und Japan andererseits besitzen wir jetzt keinen einzigen guten Hafen. Dagegen finden sich auf den

größeren Karolinen, auf Ponapé und Kusaie, mehrere vortreffliche Häfen. Auch auf den Marianen und Palauinseln fehlt es nicht an solchen. Die Marianen können sich mit der Zeit zu Stützpunkten für den Schiffsverkehr zwischen Südostasien und Zentralamerika entwickeln, wie wir überhaupt durch unsere neuen Erwerbungen wichtige maritime und wirtschaftliche Stationen gewinnen auf dem Wege von Kaiser Wilhelms-Land nach Kiautschou.

Die Bevölkerung unserer neuen Inseln wird uns als gutartig, anstellig und geschickt beschrieben. Jedenfalls sind unsere Handelsleute immer gut mit diesen Eingeborenen ausgekommen. Wir werden in humaner Weise mit diesem bildsamen Menschenmaterial umgehen. Wir werden bei voller Aufrechterhaltung unserer Autorität doch nicht vergessen, daß wir es mit Menschen zu tun haben, und eingedenk bleiben der Pflichten, die uns unsere höhere Kultur und der christliche Glaube auferlegen. Wir werden versuchen, die Fehler zu vermeiden, die dort früher zu Aufständen geführt haben.

Hinsichtlich der künftigen Organisation der Inseln darf ich mich auf meine zweite Denkschrift beziehen. Dieselben waren unter spanischer Herrschaft in drei von einander unabhängige Verwaltungsbezirke eingeteilt, die dem Generalkapitanat der Philippinen in Manila unterstellt waren. Nach dem Uebergange der Inselgruppen in deutschen Besitz erscheint es uns ratsam, an dieser Einteilung der drei Verwaltungsbezirke, die eine natürliche und durch die geographische Lage gebotene ist, mit der einen Aenderung festzuhalten, daß in dem dritten Verwaltungsbezirk, der die Marianen umfaßt, an Stelle der Insel Guam die Insel Saipan mit dem Hafen Tanapag zum Sitz der deutschen Regierung bestimmt wird. Ferner sollen im Interesse der Vereinfachung des Verwaltungsapparats diese drei Verwaltungsbezirke bis auf weiteres dem Kaiserlichen Gouvernement für das Schutzgebiet Neuguinea unterstellt werden.

Die deutsche Verwaltung der Inseln will von vornherein auf den kostspieligen militärischen Apparat der spanischen Regierung verzichten. Wir glauben, daß es erfahrenen Beamten mit einer Anzahl eingeborener Polizeisoldaten gelingen wird, die Eingeborenen, die bisher namentlich in Ponapé mit den Spaniern in unausgesetzter Fehde gelebt haben, bald wieder zu beruhigen. Alle Beamten ohne Ausnahme sollen zunächst nur kommissarische sein. Die Auswahl der betreffenden Persönlichkeiten soll in erster Linie von dem Gesichtspunkt aus erfolgen, daß sie Männer von praktischer und womöglich bereits in der Südsee gewonnener Erfahrung sind.

In konfessioneller Beziehung werden wir uns selbstverständlich leiten lassen von den Grundsätzen strengster Parität und die Interessen aller christlichen Missionsanstalten gleichmäßig fördern.

Ich komme jetzt zu einem Punkte, wo ja leicht die Gemütlichkeit aufzuhören pflegt, nämlich zu dem Kostenpunkt.

(Heiterkeit links.)

Meine Herren, umsonst waren die Inseln wirklich nicht zu haben!

(Heiterkeit.)

Das kommt selbst unter den besten Freunden nicht vor, daß man sich gegenseitig ohne weiteres Inseln und Inselgruppen schenkt.

(Heiterkeit.)

Auch gibt es bisher für die Südseeinseln noch keinen Preiskurant. Es wird auch schwerlich je einen geben; denn da spielen Imponderabilien mit. Als gewissenhafter Mann glaube ich Sie aber versichern zu können, daß der für die Inseln bemessene Preis ein angemessener ist, auch vom Standpunkt der Gerechtigkeit, die bei solchen Transaktionen nicht ganz außer acht gelassen werden darf.

Gegenüber den Behauptungen, daß wir die Inseln zu teuer bezahlt haben, möchte ich doch daran erinnern, daß während des vergangenen Winters die amerikanische Presse den Preis allein der Karolinen auf 10 Millionen Dollars, also 44 Millionen Mark schätzte, während die amerikanischen Delegierten im Laufe der spanisch-amerikanischen Friedensunterhandlungen in Paris für eine einzige der Karolinen 5 Millionen Pesetas, beinahe 4 Millionen Mark boten. Wir hatten in erster Linie die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch unsere neuen Erwerbungen unsere Beziehungen zu anderen Mächten nicht gestört werden. Durch ein rechtzeitiges und vorsichtiges Vorgehen haben wir dies erreicht, ohne — und das bemerke ich ganz ausdrücklich — uns unsererseits irgendwo irgendwelche Gegenleistungen auferlegen zu lassen.

(Bravo! und hört! hört!)

Wir hoffen, meine Herren, daß durch unsere Festsetzung auf den Karolinen und Marianen unsere Beziehungen zu unseren demnächstigen nächsten dortigen Nachbarn, den Amerikanern und Japanern, nur noch vertrauensvoller sich gestalten werden. Wir denken gar nicht daran, uns in der Südsee in Gegensatz stellen zu wollen zu den Amerikanern. Wir beabsichtigen ebensowenig die Amerikaner in der Südsee zu beeinträchtigen, wie wir annehmen können, daß dieselben ohne jeden Grund und Anlaß uns zu schmälern geneigt sein sollten. Dem rührigen und begabten japanischen Volke bringen wir aufrichtige Sympathie entgegen, und es ist

uns niemals eingefallen, die aufsteigende politische Lebenslinie desselben feindlich durchkreuzen zu wollen. An der großen Straße der Südsee ist Platz für mehr als ein Volk. Es ist gar kein Grund vorhanden, warum nicht auf der Basis gegenseitiger Billigkeit und gegenseitiger Achtung alle dort interessierten Mächte in friedlicher Kulturarbeit neben einander wirken sollten.

Wir geben uns, meine Herren, endlich auch der Hoffnung hin, daß durch den zwischen uns und Spanien abgeschlossenen Vertrag, der in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht frühere Divergenzen zu einem harmonischen Abschluß bringt, die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem spanischen Volke sich so freundschaftlich gestalten werden, wie es der Abwesenheit aller Interessengegensätze zwischen diesen beiden Völkern und ihrem wohlverstandenen Vorteile entspricht. Das Geschäft, welches wir mit Spanien abgeschlossen haben, ist ein ehrliches Geschäft, bei dem es keine Uebervorteilung gibt, und mit dem beide Teile gleich zufrieden sein können. Für Spanien waren die Inseln nur noch Bruchstücke eines eingestürzten Gebäudes; für uns sind sie Pfeiler und Strebebogen für einen neuen, und so Gott will, zukunftsvollen Bau.

(Bravo!)

Indem ich dieses hohe Haus bitte, dem mit Spanien abgeschlossenen Vertrag seine Zustimmung nicht zu verweigern, spreche ich gleichzeitig die Hoffnung und Erwartung aus, daß nach Maßgabe der natürlichen Vorzüge dieser Inseln, im Hinblick auf ihre Fruchtbarkeit, ihre Konfiguration, ihre geographische und maritime Lage, diese Inseln nach und nach erwachsen mögen zu einer Kolonie, die für unser Volk, für seinen Handel und für seine Machtstellung segensvoll sein wird, und daß ihre Erwerbung eine weitere und bedeutsame Etappe bezeichnen möge auf dem Wege der deutschen Kolonialpolitik. Die fernen Inseln, meine Herren, kehren zurück unter den Schutz der deutschen Flagge, die dort vor 15 Jahren zuerst gehißt wurde von dem braven Schiffe, dem „Iltis“, dessen wackere Mannschaft später ihren Namen und den Namen ihres Fahrzeugs eintragen sollte für immer in die Heldengeschichte unseres Volkes an den Gestaden desselben größten Weltmeeres, dessen Wellen unsere Südsee reich bespülen.[3])

3) Das Dampfkanonenboot „Iltis“, am 18. September 1878 vom Stapel gelaufen, scheiterte am 23. Juli 1896, während eines Teifuns, an der Küste von Schantung; der größte Teil der Besatzung kommt in den Wellen um, nachdem sie angesichts des sicheren Todes ein dreifaches Hurrah auf den Kaiser ausgebracht hat.

Die verbündeten Regierungen vereinigen sich in dem Wunsche, daß der endgültige Uebergang dieser Inseln in den Besitzstand des deutschen Volkes von Ihnen, meine Herren, gutgeheißen werden möge.

(Bravo!)

Die Abgeordneten Dr. Lieber (Zentrum), Prof. Dr. Hasse (natl.) und Graf von Kanitz (deutschkonservativ) sprechen ihre volle, zum Teil sogar freudige Zustimmung zu diesen Ausführungen des Staatssekretärs aus. Dagegen macht der Abgeordnete Dr. Wiemer (deutschfreis.) den Versuch, den Vertreter des Auswärtigen Amtes fast Satz für Satz zu widerlegen. Die Einzelheiten ergeben sich aus der ihm zu teil gewordenen Antwort.

Staatssekretär von Bülow[4]):

Ich werde mich bemühen, mich in meiner Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Vorredners möglichst kurz zu fassen, und ich glaube, daß mir das um so eher möglich sein wird, als die meisten Argumente, mit denen der Herr Vorredner die Erwerbung der Karolinen und Marianen bekämpft hat, sich im Grunde gegen jede koloniale Erwerbung und gegen jede Kolonialpolitik geltend machen lassen. Ich glaube aber, daß die Mehrheit in diesem hohen Hause und daß die Mehrheit im deutschen Volke der Ansicht ist, daß nicht jede Kolonialpolitik an und für sich und schlechtweg verwerflich ist — von so absoluten Ideen ist man mehr und mehr zurückgekommen —, sondern nur eine ungeschickt geleitete und eine forcierte Kolonialpolitik. Daß die Erwerbung der Karolinen und Marianen nicht in einer ausgesprochen ungeschickten Weise in Szene gesetzt worden ist, wurde soeben aus der Mitte dieses hohen Hauses in einer Weise anerkannt, für die ich nur im hohen Grade dankbar sein kann. Andererseits wird gerade der Herr Vorredner, der auf die Kleinheit der neu erworbenen Inseln hingewiesen hat, nicht behaupten, daß ihr Ankauf der Ausdruck eines übertriebenen Länderhungers wäre.

Im übrigen hat der Herr Vorredner von den Inseln eine Beschreibung entworfen, bei der mir die Haare zu Berge stehen würden

(Heiterkeit),

wenn ich mir nicht als Trost sagte, daß er die Inseln aus eigener Anschauung ebensowenig kennt wie ich.

(Heiterkeit.)

Nun glaube ich aber, meine Herren, daß, wo es sich um ferne Inseln handelt, ein Quentchen eigener Anschauung mehr wert ist als ein Zentner von Vorstellungen. Und deshalb lege ich doch noch mehr Gewicht als

4) Sten. Ber. d. R.-T., a. a. O. S. 2704 f.

auf das Urteil des Herrn Vorredners auf die Berichte, die uns vorgelegt worden sind von solchen Leuten, welche die Inseln selbst besucht haben, und namentlich auf die Berichte unserer ausgezeichneten Seeoffiziere. Ich habe hier vor mir liegen einen Bericht, den einer unserer hervorragendsten Seeoffiziere, der Admiral von Knorr, im Jahre 1876, als er Seiner Majestät Schiff „Hertha" führte, über die Marianen abgestattet hat. Da schreibt der damalige Kapitän Knorr:

> Die Insel Saipan hat ausgezeichnetes Weideland, Kokosnußpflanzungen und dichte Waldungen, sie würde jeden Anbau reichlich lohnen.

Ueber die Insel Tinian schreibt er:

> Fast das ganze Land ist Weideland, seit Jahren dient es zur Viehzucht.

Ueber Rota:

> Klein, aber gut bebaut.

Zusammenfassend äußert Admiral Knorr über die Marianen:

> Die größeren Inseln sind fruchtbar und schön, ein üppiger, aber noch ungepflegter Garten.

Ueber die Palauinseln heißt es in diesem Bericht:

> Die größeren Inseln sind bedeckt mit gutem Ackerboden, Waldungen und Wiesen.

Ueber Yap, die hauptsächlichste der Westkarolinen, heißt es:

> Der Boden würde jeden Anbau zulassen.

In einem Bericht, der 14 Jahre später, im vergangenen Dezember, von dem Vizeadmiral Diederichs erstattet worden ist, heißt es:

> Vom militärmaritimen und politischen Gesichtspunkt aus möchte ich den Erwerb aller oder eines Teils der Inselgruppen bei günstiger Gelegenheit lebhaft befürworten als Ergänzung unseres jetzigen Besitzes in der Südsee, der dadurch nur in erheblichem Grade gefördert und ergiebiger gemacht werden kann.

In einem Bericht des Kommandanten Seiner Majestät Schiff „Arkona" lese ich:

> Ein Wechsel der Herrschaft über die Inseln würde für die dort lebenden Deutschen einfach eine Aufgabe ihrer Geschäfte nötig machen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einschalten, daß die Jaluitgesellschaft sich nicht nur nicht gegen den Erwerb der Karolinen und Marianen ausgesprochen, sondern denselben auf das allerdringendste befürwortet hat.

Der Herr Vorredner hat auch einen Vergleich gezogen zwischen unserm Vorgehen in Kiautschou und dem Erwerb der Karolinen. Er

billigt unser Vorgehen in Kiautschou und mißbilligt unsere Politik in Polynesien. Darauf muß ich erwidern, daß in der auswärtigen Politik nicht alles über einen Leisten geschlagen werden kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Man kann die auswärtige Politik nicht nach einem von vornherein in allen Einzelheiten für immer, in omnes casus et omnes eventus festgelegten Plan führen, sondern man muß sich richten nach den gegebenen Verhältnissen und mit den gegebenen Faktoren rechnen. Man muß es einmal so machen und einmal so. Zwischen dem Erwerb der Karolinen und unserm Vorgehen in China besteht aber doch der innere Zusammenhang, daß wir in beiden Fällen vorsichtig und besonnen vorgegangen sind, und daß wir hier wie da unser Ziel ohne Schwertstreich erreicht haben. Der Herr Vorredner hat auch darauf hingewiesen, daß die Zahl der Einwohner der Inseln und die Zahl der dortigen deutschen Ansiedler nicht im Verhältnis stünden zu dem für sie bezahlten Preise. Meine Herren, in der großen Politik sprechen doch noch andere Erwägungen und andere Rücksichten mit als nur Erwägungen kalkulatorischer Natur.

(Sehr richtig! rechts.)

Man kann den Wert unserer neuen Erwerbung nicht bloß schätzen nach der Zahl ihrer Quadratkilometer und nach der Zahl ihrer Einwohner.

(Sehr richtig!)

Die große Politik und die auswärtige Politik kann unmöglich geführt werden allein aus dem Gesichtswinkel und von dem Standpunkt von Adam Riese

(Heiterkeit);

damit läßt sich auswärtige Politik erfolgreich nicht treiben.

Wenn der Herr Vorredner darauf hingewiesen hat, daß sich auf den Marianen, die auch Ladronen oder Diebesinseln hießen, von früher her zahlreiche Deportierte befänden, so möchte ich doch daran erinnern, daß die jetzt sehr blühenden und sehr zukunftsreichen australischen Kolonien ursprünglich auch hervorgegangen sind aus Niederlassungen von Deputierten — von Deportierten

(große Heiterkeit),

— verzeihen Sie den lapsus linguae, ich habe keine Deputierte gemeint.

(Wiederholte Heiterkeit.)

Ich möchte noch bemerken, daß ich nicht glaube von einer Arrondierung unseres Besitzes gesprochen zu haben. Ich habe das schon deshalb nicht

getan, weil ich schon vor längerer Zeit wie manche andere Argumente des Herrn Vorredners so auch diese seine Ausführung in der „Freisinnigen Zeitung" gelesen hatte.

(Heiterkeit rechts.)

Ich habe also vorsichtigerweise nicht gesagt, daß wir unsern Besitz arrondieren, sondern nur, daß wir denselben vervollständigen wollten. Daß durch die Karolinen und Marianen unser früherer Besitz in vortrefflicher Weise komplettiert wird, kann doch kaum von irgend einer Seite bestritten werden. Der Herr Vorredner hegt die Befürchtung, daß es auf den Karolinen und Marianen zu Aufständen kommen werde. Ich hege diese Befürchtung vorläufig nicht. Ich habe das Vertrauen zu den Beamten, die wir dorthin schicken werden, daß sie in der richtigen Weise mit den dortigen Eingeborenen umgehen werden. Ich habe auch das Vertrauen zu unserer Verwaltung, daß sie die Inseln im richtigen Sinne leiten wird, ohne Enge und ohne Kleinlichkeit. Wenn ich sagte: ohne Kleinlichkeit, so will ich damit nicht etwa einer verschwenderischen Finanzwirtschaft das Wort reden. Ich will nur sagen, daß wir in der Südsee wie in allen unseren Kolonien administrieren wollen ohne Schematismus und ohne Doktrinarismus, ohne Zopf und ohne Enge, mit leichter Hand und in breiter Auffassung der Dinge.

Der Herr Vorredner ist auch noch auf die bekannte Aeußerung des Fürsten Bismarck zurückgekommen, daß die Karolinen nur eine Lumperei wären. Meine Herren, der verewigte Fürst Bismarck hat nur gesagt, daß im Vergleich mit den Kosten und den Gefahren und dem Risiko eines großen Krieges die Karolinen eine Lumperei wären.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber im Vergleich mit einem großen Krieg sind nicht nur die Karolinen, sondern noch manches andere einfach eine Lumperei. An und für sich sind aber die Karolinen und Marianen gar keine Lumperei, sondern etwas sehr Gutes!

(Heiterkeit. Sehr richtig! rechts.)

Als Beleg für die Auffassung des Fürsten Bismarck möchte ich doch mit der Erlaubnis des Herrn Präsidenten verlesen, was derselbe in einem Immediatbericht aus dem Jahre 1885 über die Gründe gesagt hat, aus denen er die Karolinen nicht hätte erwerben wollen. In einem Immediatbericht vom 24. September 1885 heißt es:

> Auch der siegreichste Krieg würde in jeder Woche sehr viel mehr Geld kosten, als die Karolinen für den deutschen Handel wert sind. Der Krieg mit Spanien hat für Deutschland keinen Kampfpreis, nur Unkosten.

Daraus geht auf das klarste hervor, daß Fürst Bismarck nur deshalb auf den Erwerb der Karolinen verzichtet hat, weil er die Dinge nicht bis zum Kriege treiben wollte. Und ich kann bei dieser Gelegenheit sagen — denn es trägt nur dazu bei, das Andenken des großen Staatsmannes zu ehren —, daß noch ein anderer Gesichtspunkt für den Fürsten Bismarck maßgebend war, nämlich der, die Monarchie in Spanien nicht zu erschüttern.

(Bravo! rechts.)

Es heißt in dem Immediatbericht vom 7. September 1885:

> Auch wenn die Karolinen ein wertvolleres Objekt wären, als sie in der Tat sind

(hört, hört! links),

— Sie sehen, meine Herren, daß ich Ihnen alles vorlese —,

> würden Seine Majestät der Kaiser den Erwerb derselben niemals durch Verletzung fremder Rechte oder unter Mißachtung von Ansprüchen, welche befreundete Regierungen zu haben glauben, erstrebt haben.

Zu wiederholten Malen bemerkte der Fürst Bismarck ausdrücklich, daß er für das Aufgeben der Karolinen nur eingetreten sei, um die spanische Monarchie zu retten, daß demgegenüber ihm die Karolinen nicht wertvoll genug erschienen wären. Es heißt auch in dem Immediatbericht vom 21. September 1885:

> Ich bin von der Notwendigkeit überzeugt, die Angelegenheit der Karolinen friedlich beizulegen, um die Monarchie in Spanien zu halten.

Meine Herren, der Herr Vorredner und die Herren, die seine Ansicht teilen, haben sich ja, wie ich gern zugeben will, ein gewisses Verdienst erworben um das Zustandekommen des Südsee-Abkommens. Denn ich will Ihnen offen sagen, daß ich die Kritik welche an dem Südsee-Abkommen ausgeübt wurde, als ich die Ehre hatte, dasselbe zur Kenntnis dieses hohen Hauses zu bringen, daß ich diese Kritik und einige gleichzeitig in der Presse erschienene Artikel sogleich telegraphisch nach Madrid übermittelt habe

(Heiterkeit),

wo sie als argumenta e contrario sehr wirkungsvoll gewesen sind

(stürmische Heiterkeit)

und sehr wesentlich beigetragen haben zu der von dem verehrten Herrn Abgeordneten Lieber besonders hervorgehobenen schnellen und glatten Annahme der Vorlage durch die Cortes. Nachdem Sie sich aber um

das Zustandekommen der Erwerbung der Karolinen ein von mir dankbar anerkanntes Verdienst erworben haben

(Heiterkeit),

bitte ich Sie, uns nicht in zwölfter Stunde solche Schwierigkeiten zu bereiten und den jungen Mädchen, die um Einlaß bitten in das deutsche Haus, nicht die Tür vor der Nase zuzuschlagen.

Meine Herren, ich weiß sehr wohl — und die Kolonialgeschichte aller Zeiten zeigt es —, daß die Götter vor große Erfolge nicht bloß den Schweiß setzen, sondern auch die Zeit und die Geduld und, wie ich durchaus zugebe, auch das Geld. Ich bin aber überzeugt, daß, wenn wir es nur einigermaßen praktisch und richtig anfangen, wir mit der Zeit etwas aus den Karolinen und Marianen machen werden

(Bravo!),

und daß, wenn wir alle längst unter dem grünen Rasen schlafen, des vielen Haders müde, unsere Kinder und Kindeskinder an unserm schönen Südseebesitz, an den Karolinen und Marianen, ihre Freude haben werden.

(Lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen. Unruhe und Zurufe links.)

Gegen den Schluß der Debatte ergreift der Staatssekretär noch einmal das Wort. Der Abgeordnete Dr. Lieber hatte im Namen seiner politischen Freunde die „Möglichkeit eines Zweifels“ ausgesprochen, „ob nicht infolge dieses Abkommens etwa deutsche Missionsgesellschaften von der Wirksamkeit in diesem Gebiete ausgeschlossen sein könnten, die in allen anderen deutschen Schutzgebieten, sei es in Kraft der Kongo-Akte, sei es in sinngemäßer Anwendung derselben, bisher ungehindert tätig sein konnten“. Speziell galt seine Besorgnis den „unter das sogenannte Jesuitengesetz fallenden katholischen deutschen Ordensgesellschaften“.

Staatssekretär von Bülow[5]):

In Erwiderung auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Lieber nehme ich keinen Anstand, die nachstehende Erklärung abzugeben.

Das Reichsgesetz vom 4. Juli 1872, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, gilt in den deutschen Schutzgebieten nicht, weil seine Vorschriften nicht dem Rechtsgebiete angehören, hinsichtlich dessen für die Schutzgebiete durch § 2 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, die im Inlande geltenden Gesetze für maß-

5) Sten. Ber. d. R.-T., a. a. O. S. 2714.

gebend erklärt worden sind. Diese Rechtsgebiete sind das bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschließlich der Gerichtsverfassung. Dazu gehört das Jesuitengesetz nicht. Nach § 1 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, wird die Schutzgewalt in den deutschen Schutzgebieten vom Kaiser im Namen des Reichs ausgeübt. Danach steht es im Ermessen der vom Kaiser in den Schutzgebieten eingesetzten Beamten, wie die Angehörigen des Ordens Jesu in den Schutzgebieten zu behandeln sind, ob sie zuzulassen sind, oder ob ihnen die Zulassung zu versagen und gegebenenfalls ihre Ausweisung zu veranlassen ist. Die Ausweisungsbefugnis erstreckt sich nicht nur auf die Ausländer, sondern auch auf Reichsangehörige. Das Reichsgesetz über die Freizügigkeit vom 1. November 1867, durch dessen § 1 jedem Reichsangehörigen das Recht zum Aufenthalt innerhalb des Reichsgebiets gesichert worden ist, gilt aus dem für die Nichtanwendbarkeit des Jesuitengesetzes in den Schutzgebieten geltend gemachten Grunde dort ebenfalls nicht. Seine Bestimmungen, von denen für das Reichsgebiet durch das Jesuitengesetz eine einzelne Ausnahme gegenüber den Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu geschaffen worden ist, stehen daher der Ausweisung von Reichsangehörigen aus den Schutzgebieten nicht entgegen.

Was die praktische Seite der Frage angeht, so hat schon vor 10 Jahren, 1889, der damalige Unterstaatssekretär Graf Berchem auf eine Anfrage des Abgeordneten von Strombeck in diesem Hause folgendes erklärt:

> In den deutschen Schutzgebieten findet eine verschiedene Behandlung der Konfessionen nicht statt, es werden protestantische und katholische Missionare unter gleichen Bedingungen zugelassen und bei Ausübung ihres Berufes geschützt. Letzteres geschieht auch bezüglich der Jesuiten oder verwandter Ordensgesellschaften, welche die deutschen Schutzgebiete in Ostafrika und in der Südsee als Feld ihrer Tätigkeit gewählt haben. Die Kaiserliche Regierung regelt ihr Verhalten den Missionaren gegenüber nach dem Grundsatz vollkommener Glaubensfreiheit und konfessioneller Gleichberechtigung. Die Angelegenheit ist für uns keine konfessionelle, sondern eine nationale. Wir halten gleich anderen Staaten für angezeigt, daß die Missionstätigkeit in unserm Schutzgebiet ausgeübt werde, und wünschen nur, daß die katholischen Missionen in unseren überseeischen Besitzungen ausschließlich der Aufsicht und Leitung deutscher kirchlicher Autoritäten unterstellt werden.

In der Reichstagssitzung vom 22. November 1889 hat sich der damalige Staatssekretär Graf Herbert Bismarck [6]) auf diese Ausführungen des Grafen Berchem bezogen (Protokoll S. 451), denen ich mich für meine Person durchaus anschließe.

(Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Die Vorlage wurde darauf in erster und zweiter Beratung mit großer Mehrheit angenommen.

18. Entscheidung in der Samoa-Frage.

Sitzung des Reichstages vom 11. Dezember 1899.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung macht der Staatssekretär des Auswärtigen dem Reichstage über die Entscheidung in der Samoa-Frage folgende vorläufige Mitteilung.

Staatssekretär von Bülow [1]):

Meine Herren, ich habe die Ehre, unter Bezugnahme auf meine früheren Erklärungen in der Samoa-Frage [2]) dem hohen Hause mitzuteilen, daß diese Frage durch ein am 14. November d. J. in London geschlossenes Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und England geregelt worden ist. Durch dieses Abkommen fallen die Samoainseln Upolu und Sawaii an Deutschland, Tutuila und Manua an die Vereinigten Staaten, Tonga

6) Nachdem der damalige Staatssekretär Graf Herbert Bismarck erklärt hatte, daß er dem, „was der Herr Unterstaatssekretär Graf Berchem in der Kommission gesagt hat, sich vollkommen anschließen könne", fuhr er in seiner Erwiderung an den Abgeordneten Dr. Windthorst fort: „Wenn der Herr Vorredner von der Bemerkung des Herrn Grafen Berchem gesprochen hat, daß die Jesuiten und die ihnen affiliierten Orden zugelassen werden in Ostafrika und in der Südsee, so ist das an erster Stelle darauf zurückzuführen, daß wir diese Orden, die in jenen Gegenden Tüchtiges leisten, dort vorgefunden haben. Es ist aber durchaus nicht die Absicht des Herrn Grafen Berchem gewesen, wie auch aus dem Protokoll der Kommission hervorgeht, sagen zu wollen, daß sie ausgeschlossen wären aus anderen Schutzgebieten; diese Schlußfolgerung hat der Abgeordnete Windthorst wohl nur in mißverständlicher Auffassung gezogen .... Der Herr Vorredner (Dr. Windthorst) wird als deutscher Staatsbürger wohl mit mir der Ansicht sein, daß wir gleich anderen Nationen Gewicht darauf zu legen und darauf zu halten haben, daß die Missionstätigkeit in unsern Gebieten von deutschen Missionaren ausgeübt werden soll." (Vgl. Die politischen Reden des Grafen Herbert Bismarck 1878—1898, hrsg. v. Johs. Penzler, Leipzig 1899, S. 117 f.)

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 119. Sitzung, S. 3289.

2) Vgl. oben S. 64—67 u. 70—72.

sowie ein Teil der Salomonsinseln an England. Gleichzeitig ist die sogenannte neutrale Zone im Hinterland von Togo zwischen Deutschland und England aufgeteilt, und endlich Bestimmung wegen Aufgabe unserer Exterritorialitätsrechte in Zanzibar für den Fall getroffen worden, daß auch die übrigen Nationen ihre exterritorialen Rechte daselbst aufgeben.

Neben dieses deutsch-englische Abkommen ist am 2. Dezember d. J. ein in Washington unterzeichnetes deutsch-amerikanisch-englisches Abkommen getreten, durch welches im Namen der drei bisher in Samoa beteiligt gewesenen Regierungen, unter förmlicher Aufhebung der Samoa-Akte vom 14. Juni 1889, im Sinne des Londoner Abkommens die Samoainseln zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten zur Aufteilung gebracht werden.

Endlich ist am 7. November zu Washington zwischen den drei Mächten eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß die Frage der Entschädigungsansprüche für alle in Samoa von Angehörigen der drei Mächte gelegentlich der letzten Wirren erlittenen Kriegsschäden einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll, sofern diese Schäden infolge ungerechtfertigter militärischer Aktion von Offizieren des einen oder anderen der Vertragsstaaten entstanden sind.

Der Ratifikation der beiden Washingtoner Abkommen hat in den Vereinigten Staaten die Zustimmung des Senats vorherzugehen.

Dem hohen Reichstage wird der Text der drei Verträge mitgeteilt werden und nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats die zur diesseitigen Ratifikation erforderliche Gesetzesvorlage zugehen. Ich würde es mit Dank erkennen, wenn bis dahin von einer Besprechung des Gegenstandes hier Abstand genommen würde [3]).

(Sehr richtig! aus der Mitte.)

Nach erfolgtem Austausch der Ratifikationen wird dem Reichstage ferner ein Ergänzungsetat für Samoa vorgelegt werden. Ich bin schon jetzt in der Lage zu bemerken, daß sich daraus Mehrforderungen für den nächsten Reichshaushaltsetat nicht ergeben werden.

(Bravo!)

3) Diesem Wunsche wurde entsprochen.

19. Ankündigung der zweiten Flottenvorlage.

Sitzung des Reichstages vom 11. Dezember 1899.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1900. Sie wird unter besonderen Umständen eingeleitet: der erste Redner ist, wie immer, der Staatssekretär des Reichsschatzamtes (Freiherr von Thielmann); nach ihm ergreift der Reichskanzler Dr. Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst das Wort zu folgender Eröffnung [1]):

„Ehe Sie, meine Herren, in die Beratung des Reichshaushaltsetats für das kommende Rechnungsjahr eintreten, glaube ich Sie über die Absichten der verbündeten Regierungen in einer Frage unterrichten zu sollen, die in den letzten Wochen den Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Presse gebildet hat, und die ohne Zweifel auch bei der Beratung des Etats in den Vordergrund treten wird.

„Wenn auch der vorliegende Etatsentwurf den Bestimmungen des Flottengesetzes vom 10. April 1898 entsprechend aufgestellt ist, so darf ich doch nicht verhehlen, daß die verbündeten Regierungen zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß der damals festgesetzte Sollbestand der Flotte einer Vermehrung bedarf.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

„Die seit Annahme jenes Gesetzes eingetretenen Veränderungen aller für die deutschen Seeinteressen in Betracht kommenden politischen Verhältnisse, denen Deutschland bei der Entwickelung seiner Seemacht Rechnung tragen muß, stellen uns vor die ernste Frage, ob wir allen Eventualitäten gegenüber ausreichend gerüstet sind. Die verbündeten Regierungen können diese Frage nicht bejahen. Ich habe daher im Namen der verbündeten Regierungen dem hohen Hause nachfolgende Erklärung abzugeben:

„Bei der großen Bedeutung, welche die Flottenfrage besitzt, halten sich die verbündeten Regierungen für verpflichtet, dem Reichstage mitzuteilen, daß sich eine Novelle zum Flottengesetz in Vorbereitung befindet, die auf eine wesentliche Erhöhung des Sollbestandes der Flotte abzielt.

(Hört! hört! links.)

„Dabei ist, vorbehaltlich der Beschlußfassung des Bundesrats über die Vorlage, in Aussicht genommen eine Verdoppelung der Schlachtflotte und der großen Auslandsschiffe bei gleichzeitiger Streichung des ganzen Küstengeschwaders."

Er fügt noch hinzu, daß die Baukosten aus Anleihemitteln bestritten werden sollen. Die Begründung des vom Reichskanzler kurz angedeuteten Planes aus der Weltlage übernimmt

Staatssekretär von Bülow [2]):

Meine Herren, die Notwendigkeit der von den verbündeten Regierungen in Aussicht genommenen Ergänzung und Erweiterung des Flotten-

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 119. Sitzung, S. 3292.

2) Ebenda S. 3292 ff.

gesetzes von 1898 geht hervor aus der gegenwärtigen Weltlage und aus den Bedürfnissen unserer überseeischen Politik.

In Beziehung auf unsere überseeische Politik ist die Stellung der Regierung nicht gerade eine leichte. Von der einen Seite werden wir ermahnt, und bisweilen in einigermaßen stürmischer Weise ermahnt, unsere überseeischen Interessen eifriger wahrzunehmen; auf der anderen Seite heißt es, daß wir uns schon zu weit engagiert hätten und abenteuerliche Bahnen einschlagen wollten. Ich werde mich bemühen, nachzuweisen, daß wir weder in das eine noch in das andere Extrem verfallen sind, noch zu verfallen gedenken, sondern die ruhige Mittellinie einhalten, welche gleich weit entfernt ist von Vernachlässigung wie von Ueberspannung unserer überseeischen Interessen.

Ueber einen Punkt kann freilich ein Zweifel nicht obwalten, nämlich daß die Dinge in der Welt auf eine Weise in Fluß geraten sind, die noch vor zwei Jahren niemand voraussehen konnte.

(Bewegung.)

Man hat gesagt, meine Herren, daß in jedem Jahrhundert eine Auseinandersetzung, eine große Liquidation stattfinde, um Einfluß, Macht und Besitz auf der Erde neu zu verteilen: im sechzehnten Jahrhundert teilten sich die Spanier und Portugiesen in die neue Welt, im siebzehnten Jahrhundert traten die Holländer, die Franzosen und die Engländer in die Konkurrenz ein, während wir uns untereinander die Köpfe einschlugen

(Heiterkeit),

im achtzehnten Jahrhundert verloren die Holländer und die Franzosen das meiste, was sie gewonnen hatten, wieder an die Engländer. In unserm neunzehnten Jahrhundert hat England sein Kolonialreich, das größte Reich, das die Welt seit den Tagen der Römer gesehen hat, weiter und immer weiter ausgedehnt, haben die Franzosen in Nordafrika und Ostafrika festen Fuß gefaßt und sich in Hinterindien ein neues Reich geschaffen, hat Rußland in Asien seinen gewaltigen Siegeslauf begonnen, der es bis zum Hochplateau des Pamir und an die Küsten des Stillen Ozeans geführt hat. Vor vier Jahren hat der chinesisch-japanische Krieg, vor kaum anderthalb Jahren der spanisch-amerikanische Krieg die Dinge weiter ins Rollen gebracht, große, tiefeinschneidende, weitreichende Entscheidungen herbeigeführt, alte Reiche erschüttert, neue und ernste Fermente der Gärung in die Entwickelung getragen. Niemand kann übersehen, welche Konsequenzen der Krieg haben wird, der seit einigen Wochen Südafrika in Flammen setzt.

(Hört! hört!)

Der englische Premierminister[3]) hatte schon vor längerer Zeit gesagt, daß die starken Staaten immer stärker und die schwachen immer schwächer werden würden. Alles, was seitdem geschehen ist, beweist die Richtigkeit dieses Wortes. Stehen wir wieder vor einer neuen Teilung der Erde, wie sie vor gerade hundert Jahren dem Dichter vorschwebte? Ich glaube das nicht, ich möchte es namentlich noch nicht glauben. Aber jedenfalls können wir nicht dulden, daß irgend eine fremde Macht, daß irgend ein fremder Jupiter zu uns sagt: Was tun? die Welt ist weggegeben. Wir wollen keiner fremden Macht zu nahe treten, wir wollen uns aber auch von keiner fremden Macht auf die Füße treten lassen

(Bravo!),

und wir wollen uns von keiner fremden Macht beiseite schieben lassen, weder in politischer, noch in wirtschaftlicher Beziehung.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir gegenüber der seit zwei Jahren wesentlich veränderten Weltlage, im Hinblick auf die inzwischen erheblich modifizierten Zukunftsaussichten uns klar werden über die Haltung, welche wir einzunehmen haben gegenüber den Vorgängen, die sich um uns herum abspielen und vorbereiten, und welche die Keime in sich tragen für die künftige Gestaltung der Machtverhältnisse für vielleicht unabsehbare Zeit. Untätig beiseite stehen, wie wir das früher oft getan haben, entweder aus angeborener Bescheidenheit

(Heiterkeit),

oder weil wir ganz absorbiert waren durch unsere inneren Zwistigkeiten, oder aus Doktrinarismus — träumend beiseite stehen, während andere Leute sich in den Kuchen teilen, das können wir nicht und wollen wir nicht.

(Beifall.)

Wir können das nicht aus dem einfachen Grunde, weil wir jetzt Interessen haben in allen Weltteilen, wie dies schon während der zweiten Lesung der Flottenvorlage von dem Herrn Abgeordneten Freiherrn von Hertling, von dem verehrten Herrn Abgeordneten Dr. Lieber hervorgehoben worden ist und von Herrn von Bennigsen, den wir leider nicht mehr an seinem Platze sehen. Die rapide Zunahme unserer Bevölkerung, der beispiellose Aufschwung unserer Industrie, die Tüchtigkeit unserer Kaufleute, kurz, die gewaltige Vitalität des deutschen Volkes haben uns in die Weltwirtschaft verflochten und in die Weltpolitik hineingezogen. Wenn die Eng-

3) Lord Salisbury.

länder von einer Greater Britain reden, wenn die Franzosen sprechen von einer Nouvelle France, wenn die Russen sich Asien erschließen, haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland

(Bravo! rechts, Heiterkeit links),

nicht im Sinne der Eroberung, wohl aber im Sinne der friedlichen Ausdehnung unseres Handels und seiner Stützpunkte. Ihre Heiterkeit, meine Herren, macht mich nicht einen Augenblick irre. Wir können nicht dulden und wollen nicht dulden, daß man zur Tagesordnung übergeht über das deutsche Volk.

(Lebhafter Beifall rechts. Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Ich freue mich sagen zu können, daß das bisher im großen und ganzen von allen Seiten anerkannt wird.

Mit Frankreich haben wir uns in den bisher vereinzelten Fällen, wo es zu kolonialen Abmachungen kam, immer leicht und immer willig verständigt. Bei Rußland haben wir auch in dieser Beziehung ein freundschaftliches Entgegenkommen gefunden, welches wir voll und ganz erwidern.

(Bravo! rechts.)

Die guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und uns hat erst vor wenigen Tagen der Präsident der Vereinigten Staaten mit einer Wärme hervorgehoben, die uns mit aufrichtiger Genugtuung erfüllt.

(Zuruf rechts.)

Japan beabsichtigen wir ebensowenig zu schädigen, wie wir annehmen können, daß dasselbe uns zu beeinträchtigen geneigt sein sollte. Und was England angeht, so sind wir gern bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Rücksichtnahme in Frieden und Eintracht mit ihm zu leben. Aber gerade weil unsere auswärtige Lage jetzt eine günstige ist, müssen wir dieselbe benutzen, um uns für die Zukunft zu sichern. Daß diese Zukunft eine friedliche sein möge, das wünsche ich, und das wünschen wir alle. Ob diese Zukunft eine friedliche sein wird, das kann Ihnen niemand sagen. Es ist eine Eigentümlichkeit unserer Zeit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, daß jeden Tag neue Reibungsflächen entstehen können.

(Zurufe links.)

In früheren Zeiten lebte die Diplomatie 25 Jahre oder 50 Jahre oder noch länger von einer einzigen Reibungsfläche, und vom Vater auf den Sohn studierte man an einer solchen Wunde herum und dachte nur an sie. Jetzt

tauchen jeden Augenblick unvermutet neue Fragen auf, die bisweilen ebenso schnell wieder verschwinden, wie sie gekommen sind, bisweilen sich aber im Handumdrehen in sehr bedenkliche und sehr akute Friktionen und Komplikationen verwandeln. Wir müssen nicht nur zu Lande, sondern wir müssen auch zu Wasser gegen Ueberraschungen gesichert sein. Wir müssen uns eine Flotte schaffen, stark genug, um einen Angriff — ich unterstreiche das Wort „Angriff"; bei der absoluten Friedlichkeit unserer Politik kann immer nur von Verteidigung die Rede sein — aber eine Flotte stark genug, um den Angriff jeder Macht auszuschließen, müssen wir besitzen. Was wir jetzt versäumen, wenn wir jetzt 3 Jahre mehr oder weniger vorübergehen lassen, ohne uns eine solche Flotte zu schaffen, werden wir nicht wieder einbringen können. Gewiß, meine Herren, gerade weil wir keine quantité négligeable in der Welt sind und uns auch nicht als solche behandeln lassen, vermeiden wir um so sorgsamer alles, was den guten Ruf schmälern könnte, den bei allem berechtigten Selbstbewußtsein uns die Friedlichkeit und die Redlichkeit, das Maßhalten und die Besonnenheit unserer auswärtigen Politik erworben haben. Die deutsche auswärtige Politik — das sage ich nicht nur für dieses hohe Haus — ist weder habgierig, noch unruhig, noch phantastisch. Wenn die deutsche auswärtige Politik die deutschen Interessen überall wahrt und mit ruhigem Ernst wahrt, so ist dieselbe andererseits weit entfernt, die Rechte und Interessen anderer verletzen zu wollen. Was uns in dieser Beziehung hier und da in der ausländischen Presse an phantastischen Plänen suppeditiert wird, beruht auf freier Erfindung. Wenn in der deutschen Presse hier und da Stimmen laut geworden sind, Stimmen, die eine andere Tonart anschlugen, so waren dieselben von keiner maßgebenden Stelle inspiriert und wurden an keiner maßgebenden Stelle gebilligt.

(Hört! hört!)

Ich möchte freilich en passant solchen, die Artikel verfassen oder veranlassen, in denen wir bald hierher und bald dorthin geschoben werden, bald gegen A und bald gegen B, zu erwägen geben, daß dadurch leicht Mißtrauen gegen uns im Auslande erweckt wird.

(Sehr richtig!)

Ich möchte ferner hervorheben, daß die Dinge in der Wirklichkeit nicht so einfach und so glatt liegen, wie sie einer lebhaften und üppigen Phantasie erscheinen; daß es nicht schwierig ist, in seinem Studierzimmer,

die Weltkarte vor sich und die Zigarre im Munde, neue Kohlenstationen, Schutzgebiete und Kolonien zu erwerben

(Sehr gut! — Heiterkeit),

daß das aber in der Praxis verwickelter ist, daß Kiautschou, die Karolinen, Marianen, Samoa für Deutschland zu erwerben, nicht so ganz einfach war, mit einem Wort, daß die Gedanken leicht bei einander wohnen, die Sachen im Raume aber verdammt hart aneinander stoßen. Und vor allem will ich auch heute betonen, daß, wie hoch auch die Ziele liegen, welche unser Patriotismus und unser Vertrauen in den aufgehenden Stern des deutschen Volkes uns stecken — und in dieser Beziehung, was Vaterlandsliebe angeht und Vertrauen in die nationale Kraft, läßt sich die Leitung der deutschen auswärtigen Politik von niemand übertreffen, in dieser Beziehung seien Sie ohne Sorge —, wir doch mit den jetzt vorhandenen und verfügbaren Machtmitteln rechnen. Wie alle Staaten mit maritimen Interessen sind wir schon durch die Notwendigkeit der Kohlenbeschaffung — diese Notwendigkeit hat sich gerade während des spanisch-amerikanischen Krieges in evidentester Weise herausgestellt, in dieser wie in vielen anderen Fragen hat der spanisch-amerikanische Krieg wirklich Fraktur geredet —, schon durch die Notwendigkeit der Kohlenbeschaffung sind wir angewiesen auf die Erwerbung maritimer Stützpunkte. Aber schon aus prinzipiellen Gründen denken wir nicht daran, diesen Bestrebungen einen Umfang zu geben, der uns durch die Mißgunst gewisser ausländischer Blätter angedichtet wird, während andererseits der Stand unserer Machtmittel zur See uns nur zu enge Schranken zieht und uns nur zu sehr zwingt, uns nach der Decke zu strecken. Der Kreis und der Umfang unserer überseeischen Interessen — da liegt der Kernpunkt der Frage — hat sich sehr, sehr viel rascher und sehr, sehr viel intensiver entwickelt als die materiellen Machtmittel, um diese Interessen so zu schützen und zu fördern, wie dies notwendig ist. Wenn jemals der Gang der Weltgeschichte auf ein Vorgehen rasch ich möchte sagen die historische Quittung erteilt hat, so war dies der Fall, als unmittelbar nach Annahme der Flottenvorlage erst der spanisch-amerikanische Krieg, dann die Wirren auf Samoa und dann der Krieg in Südafrika unsere überseeischen Interessen an so verschiedenen Punkten in ernste Mitleidenschaft zogen, und das Schicksal uns das ad oculos demonstrierte. — Sie werden verstehen, meine Herren, daß ich manches in meiner amtlichen und verantwortlichen Stellung hier nicht sagen kann, daß ich nicht auf jedes i den Punkt setzen kann. Sie werden mich aber doch alle verstehen, wenn ich sage, daß das Schicksal uns an mehr als einem Punkte des Erdballs

gezeigt hat, wie dringend und brennend die vor zwei Jahren erfolgte Verstärkung unserer Flotte, wie weise und patriotisch es von diesem hohen Hause war, der Regierungsvorlage seiner Zeit zuzustimmen, und wie unerläßlich durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse der ins Auge gefaßte Ausbau des Flottengesetzes vom Jahre 1898 geworden ist.

Meine Herren, eine Politik, die sich von diesem Boden entfernen würde, von diesem soeben von mir gekennzeichneten Boden, dem Boden der Wirklichkeit, wäre keine Realpolitik mehr, und nur eine gesunde Realpolitik können und werden und dürfen wir treiben. Wir vergessen darum auch bei allem Eifer für die Entwickelung unserer überseeischen Interessen nicht, daß unser Zentrum in Europa ist, und wir vernachlässigen nicht die Pflicht, für die Sicherheit unserer europäischen Stellung zu sorgen, die beruht auf dem Dreibund, dem unerschütterten Dreibund, und unsern guten Beziehungen zu Rußland.

(Bravo! rechts.)

Die beste Gewähr dafür, daß unsere überseeische Politik immer eine maßvolle und besonnene bleiben wird, liegt in der stets für uns vorhandenen Notwendigkeit, unsere Kräfte in Europa bereit und gesammelt zu halten. Schon weil wir diese Kräfte nicht zersplittern dürfen, werden wir immer nur einen in militärischer und finanzieller Hinsicht sorgsam, gewissenhaft, gründlich und reiflich erwogenen und abgemessenen Teil derselben für überseeische Zwecke bestimmen.

Meine Herren, warum verstärken denn alle anderen Staaten ihre Flotte? Doch sicherlich nicht bloß aus Vergnügen am Geldausgeben.

(Heiterkeit links.)

Italien ist trotz finanzieller Schwierigkeiten immer und immer wieder zu allen Opfern für die Flotte bereit. In Frankreich kann die Regierung der Volksvertretung kaum genug tun in Ausgaben für Flottenzwecke. Rußland hat das Tempo seiner Flottenverstärkung verdoppelt. Amerika und Japan machen in dieser Beziehung gewaltige Anstrengungen, und England, welches die mächtigste Flotte der Welt besitzt, ist unausgesetzt bemüht, dieselbe zu vergrößern. Ohne eine wesentliche Erhöhung des Sollbestandes unserer Flotte können wir neben Frankreich und England, neben Rußland und Amerika unsere Stellung in der Welt nicht behaupten, und wir haben eine Stellung in der Welt zu behaupten. So wenig wir ohne eine angemessene Landmacht unsere europäische Position wahren können, so wenig können wir ohne eine erhebliche und beschleunigtere Verstärkung unserer Seemacht unsere umfangreichen und immer umfangreicher werdenden überseeischen Interessen und unsere Weltstellung behaupten.

Ueber die technische Durchführbarkeit dieser Verstärkung und über manche andere Punkte wird sich mein verehrter Freund, der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts, auszusprechen haben, über unsere finanzielle Leistungsfähigkeit der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts. Vom politischen Standpunkt aus kann im Hinblick auf die gegenwärtige Weltlage und mit Rücksicht auf unsere Lage in der Welt über die Notwendigkeit der in Rede stehenden Verstärkung nicht der mindeste Zweifel obwalten. Ich erfülle lediglich eine Pflicht meines Amts, wenn ich dies in aller Ruhe und ohne jede polemische Schärfe, aber mit voller Ueberzeugung ausspreche. Wenn wir uns nicht eine Flotte schaffen, welche genügt, um unsere überseeischen Unternehmungen, unsern Handel, unsere Landsleute in der Ferne — ich erinnere nur an die Vorgänge, die sich jetzt in Venezuela abspielen, wo wichtige deutsche Interessen auf dem Spiele stehen, wo diese sehr erheblichen deutschen Interessen in hohem Grade gefährdet erscheinen,[1] und wohin wir kaum zwei oder drei alte Schulschiffe senden können — ich sage, wenn wir uns nicht eine Flotte schaffen, die ausreicht, unsern Handel, unsere Landsleute in der Fremde, unsere Missionen

(Aha! links)

und die Sicherheit unserer Küsten zu schützen, so gefährden wir die vitalsten Interessen des Landes. Um aber diesen unsern Entschluß, diesen unsern festen, unwiderruflichen Entschluß, uns eine solche für Verteidigungszwecke ausreichende Flotte zu verschaffen, nach außen, vor der Welt und dem Auslande zu dokumentieren, ist nach Ansicht der verbündeten Regierungen die gesetzliche Festlegung des Sollbestandes der Flotte unerläßlich. Meine Herren, die letzten Jahrzehnte haben viel Glück und Macht und Wohlstand über Deutschland gebracht. Glück und steigender Wohlstand des einen pflegen bei den anderen nicht immer reine Befriedigung hervorzurufen, das kann auch Neid erwecken. Der Neid spielt im Leben des

1) Die Denkschrift des Reichskanzlers für den Reichstag vom 8. Dezember 1902 sagt über die damaligen Verhältnisse in Venezuela: „Durch die in den Jahren 1898—1900 . . . in Venezuela geführten Bürgerkriege sind zahlreiche deutsche Kaufleute und Grundbesitzer schwer geschädigt worden, indem teils Zwangsanleihen von ihnen erpreßt, teils die bei ihnen vorgefundenen Kriegsbedürfnisse, insbesondere das zur Verpflegung der Truppen erforderliche Vieh ohne Bezahlung weggenommen, teils ihre Häuser und Ländereien geplündert oder verwüstet worden sind. Der Betrag dieser Schäden aus den Bürgerkriegen von 1898—1900 beziffert sich auf rund 1 700 000 Bolivares (Franken) . . . Einzelne der Geschädigten haben fast ihre ganze Habe verloren und dadurch auch ihre in Deutschland lebenden Gläubiger in Mitleidenschaft gezogen."

einzelnen und im Leben der Völker eine große Rolle. **Es ist viel Neid gegen uns in der Welt vorhanden**

(Zuruf links),

politischer Neid und wirtschaftlicher Neid. Es gibt Individuen und es gibt Interessentengruppen und es gibt Strömungen und es gibt vielleicht auch Völker, die finden, daß der Deutsche bequemer war und daß der Deutsche für seine Nachbarn angenehmer war in jenen früheren Tagen, wo trotz unserer Bildung und trotz unserer Kultur die Fremden in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auf uns herabsahen, wie hochnäsige Kavaliere auf den bescheidenen Hauslehrer.

(Sehr richtig! — Heiterkeit.)

Diese Zeiten politischer Ohnmacht und wirtschaftlicher und politischer Demut sollen nicht wiederkehren.

(Lebhaftes Bravo.)

Wir wollen nicht wieder, um mit Friedrich List zu sprechen, die Knechte der Menschheit werden. Wir werden uns aber nur dann auf der Höhe erhalten, wenn wir einsehen, daß es für uns ohne Macht, ohne ein starkes Heer und eine starke Flotte keine Wohlfahrt gibt.

(Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.)

Das Mittel, meine Herren, in dieser Welt den Kampf ums Dasein durchzufechten ohne starke Rüstung zu Lande und zu Wasser, ist für ein Volk von bald 60 Millionen, das die Mitte von Europa bewohnt und gleichzeitig seine wirtschaftlichen Fühlhörner ausstreckt nach allen Seiten, noch nicht gefunden worden.

(Sehr wahr! rechts.)

In dem kommenden Jahrhundert wird das deutsche Volk Hammer oder Amboß sein.

Vom Standpunkt meines Ressorts, vom Standpunkt der auswärtigen Politik, im Namen der höchsten Interessen des Landes bitte ich Sie: bringen Sie der Flottennovelle Wohlwollen entgegen.

Meine Herren, ich will mich zusammenfassen: unsere Politik, unsere überseeische Politik, unsere auswärtige Politik, unsere Gesamtpolitik ist eine friedliche, eine aufrichtige, eine selbständige. Wir gehen bei niemand zu Lehen, wir treiben lediglich deutsche Politik. Ob und wann, wie und wo wir genötigt sein können, zur Wahrung unserer Weltstellung und zur Vertretung unserer Weltinteressen aus unserer bisherigen Reserve hervor-

zutreten, das, meine Herren, hängt vom Gang der Ereignisse ab, vom allgemeinen Gang der Ereignisse, den keine einzelne Macht vorzeichnen kann; das hängt ab von Umständen, die niemand im voraus bis ins einzelne zu berechnen vermag. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, und damit will ich schließen, daß, wenn wir bestrebt sind, in einer gärenden Zeit und unter schwierigen, unter oft sehr schwierigen Verhältnissen den Frieden, die Ehre, die Wohlfahrt des Reiches zu wahren, diese unsere Politik und diese unsere Bemühungen getragen sein werden von der Unterstützung dieses hohen Hauses und von der Zustimmung der Nation.

(Lebhaftes Bravo.)

Der Eindruck, den diese Rede auf die Mitglieder des Reichstages hervorrief, war groß. Nachdem die Staatssekretäre von Tirpitz und Freiherr von Thielmann noch kurz die technische bezw. die finanzielle Seite der angekündigten Vorlage beleuchtet hatten, beantragte der Abgeordnete Dr. Lieber die Vertagung der Sitzung. Interessant war die Begründung seines Antrages; er sagte:

„Es ist ein völlig außergewöhnlicher Vorgang, daß die erste Beratung des Haushaltsvoranschlages für das Deutsche Reich ausschließlich unter den Schatten einer einzigen Gesetzesvorlage gerückt wird

(Sehr richtig! links),

die noch nicht einmal dem Reichstage vorliegt.

(Sehr gut!)

Es ist ein ebenso außergewöhnlicher Vorgang, daß nach dem herkömmlichen Finanzexposé — wie der deutsche Ausdruck nun einmal lautet —

(Heiterkeit)

des Herrn Reichsschatzsekretärs eine ganze Reihe hoher Bundesbevollmächtigter zu dem Reichstage über eine Angelegenheit sprechen, von der anerkannt werden muß, daß sie von lebenswichtiger Bedeutung für das Reich und auch für den Reichstag ist, von der aber ebenso anzuerkennen sein wird, daß sie in einem notwendigen und unmittelbaren Zusammenhang mit dem Haushaltsvoranschlag für das Jahr nicht steht, in welchem nicht ein Pfennig für die Vorlage gefordert wird.

(Sehr gut!)

„Wegen dieser Außergewöhnlichkeit der Vorgänge, die wir erlebt, glaube ich, liegt es im Interesse sämtlicher Parteien des Reichstags, nicht genötigt zu sein, sofort zu dem Gehörten Stellung zu nehmen, und was dem einen recht, das wird wohl dem anderen billig sein; und so wird uns nichts anderes übrig bleiben, als heute kein Mitglied dieses hohen Hauses zu nötigen, sofort und unmittelbar nach den verehrten Herren vom Bundesrate zu sprechen, die wir den Vorzug gehabt haben zu hören."

Und der Abgeordnete Bebel „stimmte den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Lieber Wort für Wort zu". Der Präsident versprach Sorge dafür zu tragen, daß der vollständige stenographische Bericht über diese Sitzung noch an demselben Abend in die Hände der Abgeordneten gelangen sollte.

---

20. Samoa.

Sitzung des Reichstages vom 12. Dezember 1899.

Bei der Fortsetzung der Etatsberatung vom vorhergehenden Tage läßt sich der Abgeordnete Graf Limburg-Stirum ausführlich auf eine Erörterung des materiellen und des ideellen Wertes der Erwerbung Samoas ein. Der Staatssekretär gibt aber dieser Anregung keine Folge.

Staatssekretär Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, ich möchte aus den Gründen, die ich gestern vor dem Eintritt in die Tagesordnung angedeutet habe[2]), jetzt nicht auf das Samoa-Abkommen eingehen. Das aber kann ich schon jetzt mit aller Bestimmtheit erklären, daß die Abkommen wegen Samoa keinerlei geheime Klauseln noch geheime Bestimmungen enthalten, weder politischer noch wirtschaftlicher Natur, und daß mit diesen beiden Abkommen keinerlei Verpflichtungen irgendwelcher Art übernommen worden sind, weder politischer noch wirtschaftlicher Natur, weder gegenüber England noch gegenüber Amerika.

(Beifall rechts.)

21. Taufe des Schnelldampfers „Deutschland".

Am 10. Januar 1900 fand an der Reede des Vulkan in Stettin die Taufe und der Stapellauf des im Auftrage und für Rechnung der Hamburg-Amerika-Linie erbauten großen Schnelldampfers „Deutschland" statt. Der Kaiser nahm an der Festlichkeit teil. Offenbar mit Rücksicht auf die durch die neue Flottenvorlage geschaffene Lage und um dem Vertreter des deutschen Auswärtigen Amtes zu einer nichtamtlichen Kundgebung hervorragende Gelegenheit zu bieten, war Staatssekretär Graf Bülow mit der Vollziehung des Taufaktes betraut worden.

Seine rednerische Tätigkeit verfiel in zwei Teile: die Taufrede selbst und der Trinkspruch bei dem auf die Taufe folgenden Festmahl. Beide Reden haben als Teile eines Ganzen zu gelten.

1. Taufrede.

Eure Majestät! Meine Herren!

Vor 52 Jahren, im Jahre 1847, wurde in Hamburg eine Gesellschaft gegründet zum Zwecke der Segelschiffahrt zwischen Hamburg und Newyork.

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 120. Sitzung, S. 3313.
2) Vgl. die erste Rede vom 11. Dezember, oben S. 86 f.

Sie wurde mit einem Kapital von nur 450 000 Mark gegründet. Heute ist ihr Aktienkapital angewachsen auf 65 Millionen Mark. Der Raumgehalt ihrer Schiffe hat längst die Zahl von 400 000 Tonnen überschritten. Sie beschäftigt auf ihren Seedampfern, auf ihren Flußfahrzeugen und am Lande 9000 Personen. Im verflossenen Jahre legten ihre Schiffe fast 4 Millionen Seemeilen zurück. Vor wenigen Wochen ist für dieselbe Gesellschaft auf derselben Werft der Reichspostdampfer „Hamburg" vom Stapel gelaufen, mit dem die Gesellschaft in den Reichspostdienst mit dem fernen Osten eingetreten ist, den sie gemeinsam mit ihrem Bremer Bruder, dem Norddeutschen Lloyd, betreiben wird. Diese Gesellschaft, die während des letzten halben Jahrhunderts mit dem Bremer Lloyd zur größten Reedereigesellschaft der Welt emporstieg, ist die Hamburg-Amerika-Linie, deren Flotte heute ein neues Schiff eingereiht werden soll für die Fahrt auf jener Hochstraße des nordatlantischen Verkehrs, die uns mit dem befreundeten Volke der Vereinigten Staaten von Amerika verbindet.

Dieses Schiff ist erbaut worden auf der Werft des Vulkan, der seine Laufbahn einst in eben so bescheidener Weise begonnen hat wie die Hamburg-Amerika-Linie und heute auf seinen sieben Hellingen mit 8000 Arbeitern nicht nur unserer Marine, sondern auch den Marinen fremder Nationen alle Schiffstypen vom Torpedoboot bis zum größten Ozean-Schnelldampfer liefert. Das vom Vulkan erbaute Schiff der Hamburg-Amerika-Linie, das wir heute seinem Element übergeben wollen, soll das mächtigste Schiff der Welt werden und an Schnelligkeit alle heute in Fahrt befindlichen Schiffe übertreffen.

Es ist ein langer und mühsamer Weg, der von kleinen Anfängen bis zu diesem stolzen Fahrzeug geführt hat. Und wie sich die Hamburg-Amerika-Linie in immer großartigerer Weise entwickelte, wie der Stettiner Vulkan seine Leistungsfähigkeit mehr und mehr steigerte, so hat während dieser selben Periode unser Vaterland begonnen wiederzugewinnen, was seit den Tagen der Hansa verloren gegangen war. Seit dem Untergange der Hansa, die zu Grunde ging, weil das alte Reich sie nicht genügend stützte, weil damals der deutsche Kaufmann keine genügende staatliche Rückendeckung fand, wandte sich Deutschland von der See ab.[1]) Während dreier Jahrhunderte ging es uns wie dem Peter in der Fremde unserer

1) Denselben Gedanken finden wir in einer Rede des Kaisers wieder. Bei einem Festmahl an Bord der Dampfjacht „Prinzessin Viktoria Luise" gelegentlich einer Regatta auf der Unterelbe am 18. Juni 1901 führte der Kaiser aus, „daß wir dort einsetzen, wo in alter Zeit die Hansa hat aufhören müssen, weil die belebende und beschützende Kraft des Kaisertums fehlte".

alten Erzählung, dem es vor der Fahrt über das Meer gruselte, uns, die wir einst fremde Länder mit Kolonien besetzt, Barbaren zur Gesittung geführt, den Erdball mit unsern Faktoreien überzogen hatten. Erst als die Nation durch unsern großen Kaiser, durch die unsterblichen Berater unsers großen Kaisers, durch die Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe aller Stämme und Schichten des Volkes ihre staatliche Einheit wieder errungen hatte, besann sie sich wieder auf das alte Hanseatenwort: „Mein Feld ist die Welt" und betrat sie wieder das Theater der Weltpolitik. Denn unsere gegenwärtige überseeische Politik ist hervorgegangen aus unserm gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, der wiederum die Folge war der Schaffung des Reichs. Als deutsche Arbeit sich ihre Stellung auf dem Weltmarkt erobert hatte, mußte unsere auswärtige Politik der Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte folgen. *Unsere heutige überseeische Politik und unsere heutige Weltpolitik haben sich aus unserm wirtschaftlichen Wachstum mit Notwendigkeit ergeben. Heute fühlen wir mehr und mehr, daß ein Volk, welches sich von der See abdrängen läßt, im Weltgetriebe beiseite steht wie der Statist, der sich im Hintergrunde herumdrückt, während vorn auf der Bühne die großen Rollen agieren.* Deutschland, dessen Handel sich während der letzten vier Jahrzehnte von 2½ Milliarden im Jahre 1860 auf 8½ Milliarden im Jahre 1897 gehoben, das seit 30 Jahren die Tonnage seiner Handelsmarine verfünfzehnfacht hat, das in Handel, Verkehr und Schiffahrt an die zweite Stelle aufgerückt ist, Deutschland darf weder im wirtschaftlichen noch im politischen Wettbewerb zurückbleiben. *Deutschland, das dem Meere so ungeheure Werte anvertraut hat, das längst nicht mehr nur Binnenvolk im Herzen Europas, sondern auch Welthandelsmacht im Vordertreffen der Konkurrenz ist, muß auch zur See stark genug sein, um deutschen Frieden, deutsche Ehre und deutsche Wohlfahrt überall wahren zu können.* Und wenn wir auf diesem uns vom Schicksal vorgezeichneten Wege Hindernisse zu überwinden und schwierige Stellen zu passieren haben, so wird uns das weder irre machen noch niederbeugen. Mutig, stetig und energisch müssen und wollen wir dem Endziele entgegenschreiten.

Und nun soll dieses schöne Schiff seinen Namen erhalten. Der Name, den dieses Schiff erhalten soll, ist der Name, den auch das erste Schiff der Hamburg-Amerika-Linie getragen hat, jenes kleine Segelschiff, das am 15. Oktober 1848 von Hamburg nach Newyork mit 220 Passa-

gieren in See stach, ist derjenige Name, der von allen irdischen Namen uns der teuerste ist, der höchste und heiligste — der Name Deutschland! Ich taufe dich auf den Namen Deutschland!

Nachdem die Schaumweinflasche am Steven des Schiffes zerschellt ist, fährt Graf Bülow fort:

Segne Gott dieses Schiff, das den Namen unsers Landes trägt; er schütze es auf allen Fahrten; er schütze Freundschaft und Verkehr zwischen uns und den Vereinigten Staaten; er schütze deutsche Arbeit, deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit; er gebe uns Frieden und Eintracht im Innern, sichere Wehr, Macht und Stärke nach außen; er schirme und segne Deutschland. Und wie dieses Schiff den andern Schiffen über sein soll, so viele ihrer die Meere durchqueren, so möge immerdar für jeden Deutschen „Deutschland über alles sein, über alles auf der Welt".

Wir aber vereinigen uns in dem Rufe, der zusammenfaßt, was wir fühlen, hoffen und erstreben: der Führer der Nation, Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch!

2. Trinkspruch.

Ich danke dem Herrn Vorredner für seine freundlichen Worte[2]) und Ihnen allen für die gütige Aufnahme, die Sie seinen Worten bereitet haben.

Als Staatssekretär des Aeußeren habe ich die Pflicht, unsere auswärtige Politik in dem Geleise zu halten, das der größte Staatsmann unserer und wohl aller Zeiten, Fürst Bismarck, vorgezeichnet hat, im Geleise ruhiger Stetigkeit, friedlicher Besonnenheit, fester Sicherheit und Würde, die dem Deutschen Reiche das Vertrauen der andern Kabinette erworben haben, und die ein festes Fundament des europäischen und des Weltfriedens bilden.

Wenn ich auch wohl weiß, daß auf dem Gebiet der inneren Politik — um mich diplomatisch auszudrücken — mancherlei Divergenzen obwalten, so glaube ich doch, daß hinsichtlich der Ziele unserer auswärtigen Politik und auch der Mittel, um diese Ziele zu erreichen, tiefere Divergenzen in der Nation nicht wohl obwalten können. In dieser Einigkeit unsers Volkes liegt gegenüber der Schärfe der inneren Gegensätze ein Ausgleich und eine Gewähr für die Zukunft unsers Volkes. In dieser Ueberzeugung

2) Toast auf Graf von Bülow.

von der Uebereinstimmung der ungeheuren Mehrheit der Nation hinsichtlich ihrer Daseinsbedingungen habe ich seinerzeit die Geschäfte meines Ressorts übernommen, und ich hoffe, daß es mir nach und nach gelingen möge, so freundliche Anerkennung, wie sie mir soeben zu teil geworden ist, und das Vertrauen und die Zufriedenheit im Lande zu verdienen.

Von den beiden Herren, die vor mir das Wort ergriffen haben, ist die Frage der von den verbündeten Regierungen für notwendig erachteten Ergänzung und Erweiterung des Flottengesetzes von 1898 berührt worden. Wir alle halten an der Hoffnung fest, daß die Vertreter des deutschen Volkes mit oft bewährter Vaterlandsliebe und Einsicht, in Würdigung der Notwendigkeiten und der Gefahren unserer Lage, der Verstärkung unserer Seestreitkräfte auch diesmal ihre Zustimmung nicht versagen werden.

Ich habe oft gedacht, daß doch ein sehr tiefer Sinn darin liegt, daß der Flottengedanke und die Einheitsbewegung ungefähr gleich alt sind. Der erste Antrag auf Ausrüstung eines deutschen Kriegsschiffes wurde gestellt in Baden in demselben Jahre 1817, wo die Wartburgfeier stattfand. Als 1840 das Lied vom freien deutschen Rhein ertönte [3]), trat der Vorkämpfer für deutsche Seemacht, Friedrich List, in die publizistischen Schranken. 1848 flammten der Einheits- und Flottengedanke gleichzeitig auf und wurden zwei Jahre später zusammen eingesargt, um gleichzeitig wieder aufzuerstehen. Im Jahre 1867 wurden gleichzeitig der Norddeutsche Reichstag und die norddeutsche Marine geboren, die sich vier Jahre später in den deutschen Reichstag und die deutsche Flotte verwandelten. Sie sehen also, daß im Grunde der Reichstag und die Flotte Geschwister sind. Wir hoffen alle, daß der Bruder seiner Schwester weiterhelfen möge zu Wachstum, Stärke und Größe, auf daß die Mutter Germania auch weiter an diesen beiden Kindern ihre helle Freude habe.

Graf Bülow schloß seine Rede mit einem Hoch auf die beiden großen Gesellschaften, die Hamburg-Amerika-Linie und den Vulkan.

---

3) Von Nikolaus Becker: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein" u. s. w.

22. Beschlagnahme deutscher Schiffe durch die Engländer.

Sitzung des Reichstages vom 19. Januar 1900.

Seit dem Oktober 1899 befand sich England im Kriegszustande gegenüber den beiden südafrikanischen Burenrepubliken. Am 28. Dezember 1899 wurde der deutsche Reichspostdampfer „Bundesrat" wegen des Verdachtes, Kriegskontrebande an Bord zu führen, in den portugiesischen, also neutralen Gewässern der Delagoabai von dem englischen Kreuzer „Magicienne" aufgebracht und zur Untersuchung durch ein Prisengericht in den Hafen von Durban geschleppt. Auch der Postdampfer „General" wurde am 4. Januar im Hafen von Aden angehalten, von britischen Truppen besetzt und angewiesen, seine Ladung zu löschen; ebenso wurde am 7. Januar der Dampfer „Herzog" und das deutsche Segelschiff „Marie" im Hafen von Durban beschlagnahmt. All und jeder Verdacht erwies sich als unbegründet, „General" durfte nach acht und „Herzog" nach vier Tagen die Reise fortsetzen, der „Bundesrat" wurde dagegen erst am 18., die „Marie" sogar erst am 22. Januar 1900 bedingungslos freigegeben.

Auf Grund dieser Vorgänge brachten Abgeordnete Möller (Duisburg) und Genossen im Reichstage folgende Interpellation ein:

„Welche Schritte haben die verbündeten Regierungen gegenüber den Beschlagnahmen deutscher Schiffe durch Organe der englischen Regierung getan?"

Nach eingehender und sachlicher Begründung der Interpellation durch den Abgeordneten Möller, den jetzigen preußischen Handelsminister, antwortet

Staatssekretär Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, der Herr Antragsteller hat im Eingang seiner Begründung mit Recht die tiefgehende Verstimmung hervorgehoben, welche die Beschlagnahme deutscher Dampfer durch englische Kriegsschiffe in ganz Deutschland hervorgerufen hat. Schon im Hinblick auf die berechtigte Erregung der deutschen öffentlichen Meinung habe ich mich gern bereit erklärt, die soeben begründete Interpellation zu beantworten. Auf der anderen Seite werden Sie es verstehen, wenn ich mit Rücksicht auf die Tragweite und den großen Ernst dieser Angelegenheit, wie mit Rücksicht auf den Ernst der gesamten politischen Lage mich in meinen Ausführungen auf das Sachliche und auf das Notwendige beschränke.

Der Sachverhalt ist in allen tatsächlichen Punkten von dem Herrn Interpellanten in so zutreffender Weise wiedergegeben worden, daß ich seinen Darlegungen kaum etwas hinzuzufügen habe.

Bevor ich mich zu unserer Haltung gegenüber diesen Vorgängen wende, möchte ich über die völkerrechtliche Seite dieser Angelegenheit folgendes sagen. Ich bin mit großem Interesse den sachkundigen Auseinandersetzungen des Herrn Interpellanten gefolgt. Der Herr Antragsteller hat

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 130. Sitzung, S. 3600 ff.

aber selbst betont, daß es feststehende und für alle Seemächte bindende Rechtssätze über die Befugnisse der Neutralen, Handel zu treiben nach einem kriegführenden Lande, und über die Befugnisse der Kriegführenden gegenüber diesem neutralen Handel noch nicht gibt. Es ist ja wiederholt vorgeschlagen worden, auf dem Wege internationaler Vereinbarung die strittigen Punkte des internationalen Seekriegsrechts zu regeln. Bis jetzt ist diese Regelung aber immer noch gescheitert an den Schwierigkeiten, die sich aus den divergierenden Ansichten der verschiedenen Mächte ergeben. Noch auf der Haager Friedenskonferenz ist der Versuch gemacht geworden, diese Frage in den Bereich der Beratungen zu ziehen. Das Ergebnis war aber schließlich doch nur, daß die Haager Konferenz den Wunsch ausdrückte, es möchte auf dem Wege weiterer internationaler Konferenzen versucht werden, einerseits die Rechte und Pflichten der Neutralen, andererseits die Frage des Privateigentums zur See zu regeln. Das Deutsche Reich würde seine Zustimmung und Unterstützung nicht versagen, wenn unter Mitwirkung anderer Mächte sich die Aussicht böte, auf dem Wege internationaler Vereinbarung einer internationalen Regelung der strittigen Punkte des Seerechts näher treten zu können, als dies bisher der Fall ist.

Vorläufig aber, meine Herren, hat der Herr Antragsteller nur zu recht, wenn er soeben sagte, daß das Seerecht noch sehr flüssig sei. Das Seerecht ist noch sehr dehnbar, und das Seerecht ist noch sehr lückenhaft. Das Seerecht besitzt noch zahlreiche Lücken, welche, wie die Verhältnisse heute liegen, in kritischen Augenblicken nur zu oft durch Seemacht ausgefüllt zu werden pflegen. Mit einem Wort, auf dem Gebiete des Seerechts ist der Machtstandpunkt noch lange nicht überwunden worden durch den Rechtsstandpunkt.

(Sehr richtig!)

Als praktisch gültiges Recht, dessen Bruch nach unserer Auffassung eine Verletzung völkerrechtlicher Verträge und völkerrechtlicher Gebräuche darstellen würde, möchte ich im Einvernehmen mit den anderen diesseits beteiligten Ressorts die nachstehenden Sätze aufstellen:

1. Neutrale Handelsschiffe auf hoher See oder in den Territorialgewässern der Kriegführenden unterliegen — von dem in den vorliegenden Fällen nicht in Betracht kommenden Convoi-Recht abgesehen — dem Visitationsrecht der Kriegsschiffe der kriegführenden Teile. Dies gilt zweifellos für die vom Kriegsschauplatz nicht zu weit entfernten Gewässer. Für Postdampfer bestehen zur Zeit noch keine besonderen Vereinbarungen.

2. Das Visitationsrecht ist möglichst schonend und ohne unnötige Belästigung auszuüben. Das Verfahren bei der Visitation zerfällt je

nach den Umständen des einzelnen Falles in zwei oder drei Akte: Anhalten des Schiffes, Prüfung der Papiere, Durchsuchung des Schiffes. Die beiden ersteren Handlungen können jederzeit ohne weiteres vorgenommen werden. Besteht danach ein Verdacht, so ist die Durchsuchung des Schiffes zulässig.

3. Hat sich bei der Anhaltung das neutrale Schiff widersetzt, oder ergibt die Prüfung der Papiere Unregelmäßigkeiten, oder stellt sich das Vorhandensein von Kontrebande heraus, so kann das Schiff des Kriegführenden das neutrale Schiff aufbringen, damit die Sache vom zuständigen Prisengericht geprüft und entschieden werde.

4. Begriffsmäßig werden unter Kriegskontrebande nur für den Krieg geeignete und zugleich für eine der Kriegsparteien bestimmte Waren oder Personen zu verstehen sein. Welche Arten von Waren hiernach unter den Begriff fallen können, ist streitig und wird, abgesehen etwa von Kriegswaffen und Kriegsmunition, sich in der Regel nur unter Berücksichtigung aller Umstände des einzelnen Falles entscheiden lassen, es sei denn, daß die kriegführende Macht ausdrücklich die Gegenstände, die sie als Kontrebande zu behandeln beabsichtigt, den Neutralen in gültiger Form bekannt gegeben und von diesen keinen Widerspruch erfahren hat.

5. Die vorgefundene Kontrebande unterliegt der Wegnahme; ob mit oder ohne Wertersatz, hängt von der Lage des einzelnen Falles ab.

6. War die Aufbringung nicht gerechtfertigt, so ist der kriegführende Staat zur unverzüglichen Freigabe von Schiff und Ladung und zu vollständiger Schadenersatzleistung verpflichtet.

Hiernach ließe sich gegen die auf hoher See bezw. in Aden erfolgte Anhaltung der drei Dampfer der „Deutschen Ostafrikalinie“ und gegen die Prüfung ihrer Papiere ein Einwand aus der jetzigen Lage des praktischen Völkerrechts nicht begründen. Dagegen läßt dasselbe die tatsächlich ohne ausreichend begründeten Verdacht stattgehabte Verbringung des „Bundesrat“ und des „Herzog“ nach Durban und das Entlöschen der Ladungen des „Bundesrat“ und des „General“ als nicht gerechtfertigt erscheinen.

(Hört! hört!)

Wie ich bei dieser Gelegenheit noch erwähnen möchte, waren wir anfangs bestrebt, die englische Regierung zu veranlassen, in der Behandlung der nach der Delagoabai bestimmten neutralen Schiffe derjenigen völkerrechtlichen Theorie beizutreten, welche dem Handel der Neutralen während des gegenwärtigen Krieges die größte Sicherung gewährleistet. Diese Theorie, die in dem Satze gipfelt, daß für die mit einem neutralen

Schiffe verfrachteten und von einem neutralen Hafen nach einem neutralen Hafen konsignierten Waren der Begriff der Kriegskontrebande überhaupt nicht Platz greifen könne, wurde von der englischen Regierung beanstandet. Wir haben uns die Erörterung darüber für die Zukunft offengehalten, einesteils weil es uns darauf ankommen mußte, möglichst schnell zu einer praktischen Lösung der vorliegenden Differenzpunkte zu gelangen, und sodann, weil tatsächlich der aufgestellte Satz in Theorie und Praxis bisher noch nicht allgemeine Anerkennung gefunden hat.

Den Standpunkt, meine Herren, den wir auf Grund dieser generellen Rechtsauffassung, von der wir annehmen, daß sie sich deckt mit der allgemeinen Auffassung der zivilisierten Welt, gegenüber der Beschlagnahme unserer Schiffe eingenommen haben — diesen Standpunkt möchte ich dahin zusammenfassen: Wir erkennen die Rechte an, welche das Völkerrecht den kriegführenden Parteien gegenüber dem neutralen Schiff, dem neutralen Handel, dem neutralen Verkehr wirklich einräumt. Wir verkennen nicht die Pflichten, welche der Kriegszustand dem neutralen Reeder, dem neutralen Kaufmann, dem neutralen Schiff auferlegt. Aber wir verlangen, daß die Kriegführenden ihre Befugnisse nicht über die Grenzen der absoluten Kriegsnotwendigkeit ausdehnen. Wir verlangen, daß die kriegführenden Parteien die unveräußerlichen Rechte des legitimen Handels der Neutralen achten.

(Sehr gut!)

Und wir fordern vor allem, daß die kriegführenden Parteien ihr Recht der Untersuchung und der eventuellen Beschlagnahme des neutralen Schiffes und der neutralen Ware in einer Weise ausüben, welche den Notwendigkeiten der Aufrechterhaltung des neutralen Handels und normaler Beziehungen zwischen befreundeten und gesitteten Völkern entspricht.

(Beifall.)

Von dieser Auffassung ausgehend, haben wir in London sofort ernste Verwahrung eingelegt gegen das Vorgehen der englischen Seebehörden.

(Beifall.)

Wir verlangten in erster Linie die unverzügliche Freigabe der Reichspostdampfer „Bundesrat", „General" und „Herzog". Die Postdampfer „General" und „Herzog" sind auf unsere Vorstellung hin alsbald freigegeben worden; die Freigabe des „Bundesrats" ist gestern erfolgt.

Zweitens forderten wir Schadenersatz für die ungerechtfertigt erfolgte Festhaltung unserer Schiffe und die dadurch den beteiligten Reichsangehörigen entstandenen Verluste. Die Schadenersatzpflicht ist von England im Prinzip anerkannt worden. Die britische Regierung hat sich bereit erklärt, jede legitime Genugtuung zu geben.

Drittens wiesen wir auf das Bedürfnis hin, an die englischen Schiffskommandanten die Weisungen zu erlassen, alle deutschen Handelsschiffe außerhalb der Nähe des Kriegsschauplatzes, jedenfalls aber von Aden ab nordwärts, nicht zu behelligen.

(Bravo!)

Die englische Regierung hat daraufhin Instruktionen erlassen, denen zufolge die Anhaltung und Durchsuchung von Schiffen in Zukunft weder in Aden noch in gleicher oder weiterer Entfernung vom Kriegsschauplatze stattfinden darf.

Viertens: wir haben es als in hohem Grade wünschenswert bezeichnet, daß die englische Regierung die englischen Schiffskommandanten anweise, Dampfer, welche mit der deutschen Postflagge fahren, nicht anzuhalten. Die englische Regierung hat hierauf Instruktionen erlassen, denen zufolge deutsche Postdampfer nicht auf bloßen Verdacht hin angehalten und durchsucht werden sollen. Diese Instruktion verbleibt in Kraft, bis etwa zwischen beiden Regierungen ein anderes spezielles Arrangement getroffen wird.

Fünftens haben wir in London die Unterwerfung aller nicht anderweitig erledigten strittigen Fragen unter ein schleunig einzuberufendes Schiedsgericht vorgeschlagen. Die englische Regierung hat die Hoffnung ausgesprochen, daß es der Einsetzung eines Schiedsgerichts nicht bedürfen würde, sich aber gegebenenfalls mit der Einsetzung eines solchen für die Bemessung von Schadenersatzansprüchen einverstanden erklärt.

Endlich hat die englische Regierung ihrem Bedauern über das Vorgefallene Ausdruck gegeben.

(Hört! hört! und Bravo!)

Wir geben uns der Erwartung hin, daß sich derartige bedauerliche Zwischenfälle nicht wiederholen werden. Wir hoffen, daß die englischen Seebehörden nicht wieder ohne ausreichenden Grund in übereilter und unfreundlicher Weise gegen unsere Schiffe vorgehen werden.

(Sehr gut!)

Schon die Reellität und Loyalität der deutschen Reedereien, welche sich auch bei diesem Anlasse wieder bei der „Deutschen Ostafrikalinie“ bewährt hat, sollte das verhindern

(Sehr gut!);

und die Rücksicht, welche man sich unter befreundeten Staaten schuldet, sollte es erst recht verhindern.

(Lebhafte Zustimmung.)

Gerade weil wir aufrichtig bestrebt sind, gute und freundliche Beziehungen zwischen England und Deutschland aufrecht zu erhalten, wünschen wir, daß nicht Vorkommnisse eintreten, welche in hohem Maße geeignet sind, die Aufrechterhaltung solcher Beziehungen zu erschweren, die nur möglich ist auf der Basis voller Parität und gegenseitiger Rücksichtnahme.

(Lebhaftes Bravo.)

Das Deutsche Reich, welches seit dreißig Jahren, seit seinem Bestehen, so oft bewiesen hat, wie fern ihm aggressive Tendenzen liegen, hat ein Anrecht darauf, von allen anderen Staaten in der rücksichtsvollsten Weise behandelt zu werden.

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Die dankenswerte Tatsache, daß die heutige Interpellation unterstützt worden ist von der sehr großen Mehrheit dieses Hauses, beweist aufs neue, daß, wo es sich um die Wahrung des Rechtsstandpunkts und um die Wahrung nationaler Rechtstitel handelt, zwischen diesem hohen Hause und den verbündeten Regierungen jene Uebereinstimmung besteht, welche eine sichere Stütze unserer auswärtigen Politik ist.

(Wiederholtes lebhaftes Bravo.)

Nachdem dann noch der Staatssekretär das Reichspostamts, Generalleutnant Wirklicher Geheimer Rat von Podbielski über die postalischen Nebenumstände und Folgen der Schiffsbeschlagnahme Auskunft gegeben hat, beantragt der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg die Besprechung der Interpellation. Das Haus indessen ist durch die Beantwortung zufriedengestellt — der Antrag wird nicht unterstützt. Die Sache ist also erledigt.

23. Tongainseln, Samoa, Sansibar.

Sitzung des Reichstages vom 12. Februar 1900.

Schon am 11. Dezember 1899 hatte Staatssekretär Graf von Bülow dem Reichstage von den Verträgen Mitteilung gemacht, die am 14. November zwischen Deutschland und Großbritannien und am 2. Dezember zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten über den Ausgleich bezüglich Samoas abgeschlossen worden waren.

Im Zusammenhang mit diesen Verträgen stand ein dem Reichstage vorgelegter Gesetzentwurf folgenden Inhalts:

Durch eine mit Zustimmung des Bundesrats zu erlassende Kaiserliche Verordnung kommen 1. die Vorschriften des Freundschaftsvertrages mit Tonga vom 1. November 1876; — 2. Die Vorschriften des Freundschaftsvertrages mit Samoa vom 24. Januar 1879; — 3. die auf Exterritorialitätsrechte bezüglichen Vorschriften des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages mit Sansibar vom 20. Dezember 1885 ganz oder teilweise außer Anwendung. Dies Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Bei Beginn der Beratung der Vorlage nimmt das Wort

Staatssekretär Graf von Bülow[1]):

Ich habe die Ehre, meine Herren, der Genehmigung dieses hohen Hauses den Entwurf eines Gesetzes zu unterbreiten, durch welches wir ermächtigt werden sollen, den Freundschaftsvertrag mit Tonga vom Jahre 1876, den Freundschaftsvertrag mit Samoa von 1879 und gewisse Bestimmungen des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrags mit Sansibar vom Jahre 1885 ganz oder teilweise außer Anwendung zu setzen.

Wie Ihnen bekannt ist, meine Herren, sind durch das deutsch-englische Abkommen vom 14. November vergangenen Jahres und durch das deutsch-amerikanisch-englische Abkommen vom 2. Dezember v. J. die Besitzverhältnisse an den bisher neutralen Inselgruppen von Samoa und Tonga in der Weise geordnet worden, daß Deutschland die beiden Hauptinseln Upolu und Sawaii erhält, England die Tongainseln einschließlich Savage-Island, und die Vereinigten Staaten die Insel Tutuila.

Was Tutuila angeht, so haben wir niemals die amerikanischen Ansprüche auf diese Insel bestritten, wo die Vereinigten Staaten seit 1878 Hafen- und Niederlassungsrechte besaßen und schon vor Jahren begonnen hatten, den Hafen Pago-Pago für sich auszubauen. Upolu und Sawaii ließen sich nicht trennen; denn diese beiden Inseln bilden ein wirtschaftliches Ganze. Die Trennung zwischen Upolu und Sawaii einerseits und Tutuila andererseits ist dagegen wohl durchführbar, und diese Trennung schwebte mir vor, als ich in der Budgetkommission gerade vor einem Jahr[2]) eine „reinliche Scheidung" auf Samoa als das von mir erstrebte Ziel bezeichnete. Ich konstatiere gern, daß diese „reinliche Scheidung" von amerikanischer Seite nicht erschwert, sondern gefördert worden ist.

(Hört! rechts.)

Wir hoffen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten auf Samoa freundschaftliche sein werden, wie schon die Be-

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 146. Sitzung, S. 4047 f.
2) Vgl. oben S. 59.

ziehungen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Kommissar[3]) in der Samoa-Kommission durchaus freundschaftliche waren.

(Hört! hört! rechts.)

Erwähnen möchte ich noch, daß sich auf Tutuila kein Deutscher befindet, auf der kleinen Nebeninsel Manua nur ein einziger deutscher Staatsangehöriger.

Unser Verhältnis zu den Tonga-Inseln war trotz des Freundschaftsvertrages von 1876 immer nur ein sehr loses geblieben. Wir besaßen das Recht, dort eine Kohlenstation anzulegen, haben dieses Recht aber während 23 Jahren nicht geltend gemacht. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den Tonga-Inseln waren in stetigem Rückgange begriffen. Der deutsche Handel verhielt sich dort zu dem englischen im Jahre 1897 etwa wie 1:3, der deutsche Schiffahrtsverkehr zum englischen wie 1:30. Wir geben unter diesen Umständen auf den Tonga-Inseln keine erheblichen Interessen auf, sondern wir verzichten nur auf unser Einspruchsrecht gegen eine englische Besitzergreifung.

Daß wir England für seine Rechte auf Samoa, die formal ebenso begründet waren wie unsere Rechte, in irgend einer Weise entschädigen mußten, lag vom Standpunkte der praktischen Politik von vornherein auf der Hand.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben deshalb an England die südlich unserer Insel Bougainville gelegenen Salomonsinseln abgetreten. Wir behalten unsere Hauptinsel Bougainville und die dieser vorgelagerte Insel Buka. Auf diesen beiden Inseln ist die Möglichkeit späterer Pflanzertätigkeit gegeben. Auf Bougainville befinden sich schon einige deutsche Handelsniederlassungen; auf Buka existiert ein guter Hafen. Die von uns abgetretenen Inseln Choiseul und Isabel mit ihren Atollen sind überhaupt noch nicht erschlossen. Die maritime Lage derselben ist wegen der sie umgebenden Korallenriffe keine besonders günstige, das Klima nicht gesund. Unser Hauptinteresse an diesen Inseln war, daß wir das Recht hatten, dort Arbeiter anzuwerben, und dieses Recht haben wir in unserm Abkommen mit England und auch in der gleichzeitig mit England ausgetauschten Deklaration ausdrücklich gewahrt.

Was die Teilung der neutralen Zone in Togo angeht, so war eine Ordnung der Verhältnisse im Hinterlande von Togo zur absoluten Notwendigkeit geworden, wenn dort nicht allmählich ganz unhalt-

3) Freiherr Speck von Sternburg und Mr. Osborne.

bare Zustände entstehen sollten. Wir überlassen den westlichen Teil der neutralen Zone mit Salaga an England. Die Bedeutung von Salaga als Handelsplatz war in der letzten Zeit bedeutend zurückgegangen. Wir bekommen Yendi und Chakosi und beherrschen künftig die wichtige Handelsstraße, die von Yendi nach Mangu führt. Im Jahresbericht der Hamburgischen Handelskammer für 1899 heißt es über die Teilung der neutralen Zone:

> Die Teilung des zwischen Togo und der englischen Goldküste gelegenen, bisher neutralen Gebiets hat Sicherheit in die dortigen Verhältnisse gebracht, was wertvoller ist als der Besitz von einigen Quadratmeilen mehr oder weniger.

Ich möchte mich dieser Auffassung anschließen und hinzufügen, daß wir gerade denjenigen Teil der neutralen Zone erhalten, der sich besonders für unsere Zwecke eignet, der für uns am bequemsten liegt und der auch wirtschaftlich die besten Aussichten bietet.

Was unser Recht der Exterritorialität auf Sansibar angeht, so war dieses Recht tatsächlich eine Schale ohne Kern geworden, und auch diese leere Schale stand uns vertragsmäßig nur bis 1902 zu. Wir haben aber ausdrücklich ausgemacht, daß wir unser Recht der Exterritorialität auf Sansibar erst aufgeben, wenn auch die anderen Mächte, denen dasselbe Recht zusteht, auf ihr Recht der Exterritorialität verzichten.

Endlich, meine Herren, haben wir noch ein besonderes Abkommen mit England und Amerika getroffen, daß alle Schadenersatzansprüche, die erhoben werden können infolge der Wirren des vorigen Jahres in Samoa — die deutschen Schadensersatzansprüche werden praeter propter auf 400 000 Mark geschätzt —, einem unparteiischen Schiedsgeeicht unterbreitet werden sollen. Dieses Schiedsgerichtsabkommen liegt zur Zeit dem amerikanischen Senate vor. Als Schiedsrichter ist Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen in Aussicht genommen, und ich glaube, wir können uns der Erwartung hingeben, daß sein Schiedsspruch in einer Weise ausfallen wird, die den Grundsätzen der Billigkeit und Gerechtigkeit entspricht.

Wir erhalten also die Inseln Upolu und Sawaii zu freiem Eigentum. Der wirtschaftliche Wert dieser Inseln ist ein erheblicher. Seit lange stehen dort deutsche Pflanzertätigkeit und deutscher Handel in erster Linie. Der größere Teil der Inseln befindet sich in deutschem Besitz. Wir hoffen, daß der wirtschaftliche Wert der Inseln sich unter deutscher Herrschaft noch heben wird zum Besten unserer dortigen Landsleute, die

in langer und oft harter Arbeit die Stellung erworben haben, auf die wir uns stützten, um diese Inseln endgültig für Deutschland zu gewinnen; zum Besten auch der Eingeborenen, die wir mit fester und sicherer Hand, aber ohne unnötige Härte regieren wollen, welche den Samoanern gegenüber nicht angebracht wäre.

Erheblich ist auch der maritime Wert und die maritime Bedeutung dieser Inseln als Stützpunkt für unsern Schiffahrtsverkehr und unsern Handel nicht nur mit Polynesien, sondern mit der ganzen Westküste von Amerika; und dieser maritime Wert wird sich in absehbarer Zeit nach Fertigstellung der direkten Verbindung zwischen dem Stillen Ozean und dem Atlantischen Meer voraussichtlich noch sehr erheblich steigern.

Am höchsten stelle ich den Wert, welchen Samoa für das deutsche Empfinden hat und für das deutsche Selbstgefühl. Es ist ja möglich, daß der Affektionswert, den wir Deutsche Samoa beimessen, größer ist als der übrigens auch tatsächlich recht erhebliche materielle Wert dieser Insel. Aber es ist viel deutsches Blut auf Samoa geflossen, und dann war die Erwerbung von Samoa für uns zu einer Frage des Ansehens geworden und zu einer Frage der nationalen Würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir hoffen, meine Herren, und wir glauben, daß die Erwerbung der Samoa-Inseln unseren kolonialen und wirtschaftlichen, unseren politischen und maritimen Interessen zum Vorteil gereichen wird; wir glauben aber auch, daß die von uns geschlossenen Verträge für alle Teile befriedigend sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bin bei den Verhandlungen gar nicht darauf ausgegangen, die anderen Mächte hineinzulegen

(Heiterkeit)

— das ist nicht unsere Art —; aber ich habe mich bemüht, dafür zu sorgen, daß wir auch nicht übers Ohr gehauen werden, und namentlich für den Abschluß der Verträge den richtigen Moment zu fassen.

Ich würde es mit besonderem Danke anerkennen, wenn diese von uns abgeschlossenen Abkommen, welche das Ergebnis langwieriger und schwieriger Verhandlungen sind, die Zustimmung dieses hohen Hauses fänden, und Sie uns in die Lage setzen wollten, baldmöglichst zur Ratifikation

dieser Abkommen zu schreiten und damit die beiden Verträge endgültig in Kraft treten zu lassen.

(Beifall.)

Der Gesetzentwurf wurde an diesem Tage in erster und zweiter, am 13. Februar in dritter Beratung angenommen und schon am 15. Februar als Gesetz veröffentlicht.

---

24. Die Friedenskonferenz im Haag.

Sitzung des Reichstages vom 1. März 1900.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1900 bringt der Abgeordnete Dr. Gradnauer (Sozd.) die Haager Friedenskonferenz zur Sprache. Er mißbilligt es, daß der Staatssekretär nicht aus eigenem Antriebe vor dem Reichstage über diese Angelegenheit sich ausgesprochen habe und daß die Verhandlungen der Konferenz mit Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt worden seien; er bezeichnet die Ergebnisse der Konferenz als minimal; er erklärt, das Ganze sei ein Doppelspiel gewesen; auch die Auswahl der deutschen Delegierten findet den Beifall des Redners nicht. Zum Schluß bittet er die verbündeten Regierungen, offen zu sagen, wie sie zu derartigen Friedensbestrebungen stehen. Wenn in der Antwort die Wahrheit gesagt werde, „dann werden die Völker wenigstens wissen, daß die heutigen Regierungen nicht geeignet und nicht befähigt sind, eine Besserung auf diesem Gebiete zu schaffen, sondern daß, solange dieses kapitalistische System dauert, es auch bleiben wird bei dem System der Kriegsrüstungen und der Kriegsverwüstungen".

Staatssekretär Graf von Bülow[1]):

Ich gestehe, meine Herren, daß ich nicht erwartet hatte, daß die Haager Friedenskonferenz heute in so eingehender und so umfassender Weise zur Sprache gebracht werden würde. Ich bin dem Herrn Vorredner aber dankbar, daß er mir Gelegenheit gibt, auf Grund unseres Aktenmaterials über unsere Stellung zur Haager Konferenz und über unsere Haltung auf der Haager Konferenz die mir möglichen Aufschlüsse zu geben.

Unsere allgemeine Stellung gegenüber der Haager Friedenskonferenz ging hervor aus unserer ganzen bisherigen Politik. Unsere Politik — das wiederhole ich auch heute — ist immer und unentwegt gerichtet gewesen auf die Erhaltung des Friedens. Wir haben unsere Rüstungen zu Lande und zu Wasser immer nur zu dem Zwecke vervollständigt und

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 157. Sitzung, S. 4372.

vervollkommnet, und wir wollen dieselben nur zu dem Zwecke vervollständigen, um unser Territorium und unsere wohlerworbenen Rechte gegen ungerechten feindlichen Angriff zu schützen. Von unserer Seite wird der Frieden nicht gestört werden. Für das Gegenteil kann ich keine Garantie übernehmen, und gegen eine Möglichkeit, die nicht ausgeschlossen ist, müssen rechtzeitige Vorsichtsmaßregeln ergriffen werden. Also, meine Herren, bei der friedlichen Richtung und friedlichen Tendenz unserer Gesamtpolitik haben wir dem Vorschlage Seiner Majestät des Kaisers von Rußland, der dem Frieden dienen sollte, und der davon ausging, daß jeder die Rechte des anderen zu achten habe, selbstverständlich nicht nur in keinem Augenblick irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg gelegt, sondern wir haben diesen Vorschlag bereitwillig angenommen, nachdem festgestellt worden war, daß durch die Konferenzverhandlungen der territoriale status quo der beteiligten Mächte nicht tangiert werden sollte; und wir haben uns an den Konferenzverhandlungen eifrig und, wie ich wohl sagen kann, auch mit gutem Erfolg beteiligt.

Ueber unsere Haltung zu den verschiedenen Fragen, mit denen sich die Konferenz beschäftigt hat, möchte ich aus dem Zirkularerlaß, den ich nach dem Abschluß der Konferenzverhandlungen an unsere Missionen im Auslande gerichtet habe, einiges mitteilen. Vorher will ich aber noch erwähnen, daß die Konventionen und Deklarationen der Haager Konferenz von unserer Seite nur deshalb nicht sogleich unterzeichnet worden sind, weil dieselben zunächst einer eingehenden Prüfung durch die beteiligten Zentralbehörden im Reiche und durch das preußische Staatsministerium unterzogen worden sind. Nachdem diese Prüfung keine Bedenken ergeben hatte, sind die Konventionen und Deklarationen von deutscher Seite unterzeichnet worden. Diese Konventionen und Deklarationen werden auch veröffentlicht werden, und wir werden die Ehre haben, sie der Kenntnis dieses hohen Hauses zu unterbreiten, sobald die Ratifikation derselben stattgefunden haben wird.

Was nun, meine Herren, unsere Stellung zu den einzelnen Fragen betrifft, die auf der Konferenz zur Sprache gekommen sind, so gestatte ich mir also das Nachstehende aus dem Zirkularerlaß mitzuteilen:

> Wir hatten unsere Beteiligung zugesagt, wenn und solange alle übrigen Großmächte dabei wären. Zugleich hatten wir bei Annahme der Einladung ausdrücklich die Voraussetzung gemacht, daß eine Minorität der Konferenz nicht verpflichtet sein könne, sich einem Votum der Majorität zu unterwerfen. Die deutschen Delegierten waren ferner angewiesen, an den Beratungen über

alle Fragen teilzunehmen, die wichtigeren Anträge zunächst ad referendum zu nehmen. Schließlich hatten die deutschen Delegierten die Weisung, nicht nur mit ihren österreichischen und italienischen Kollegen Fühlung zu halten, sondern auch dem russischen Delegierten, soweit immer angängig, Entgegenkommen zu zeigen.

(Sehr gut! rechts.)

Was unsere Stellung zu den einzelnen Punkten des Programms angeht, über welches die Konferenz verhandelt hat, so waren wir gern bereit, alle Anträge zu fördern, welche wirklich geeignet erschienen, der Humanität und dem Frieden zu dienen. Es gab deren aber auch solche, welche eher geeignet waren, ein Hineingleiten in den Krieg zu erleichtern. Auf dem Gebiete der Einschränkungen der Rüstungen konnte die Kaiserliche Regierung im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor dem deutschen Volk keine Konzessionen machen, welche die Wehrhaftigkeit der Nation beeinträchtigt hätten.

(Sehr gut! rechts.)

Das verstand sich für uns von selbst. Dieser Standpunkt ist von uns ungescheut zum Ausdruck gebracht worden und hat auch ziemlich allgemeine Zustimmung gefunden. Dagegen haben sich die deutschen Delegierten allen außerhalb der eigentlichen Abrüstungsfrage in der ersten Kommission gemachten Vorschlägen rückhaltlos angeschlossen. Auch an den Arbeiten der zweiten Kommission über die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg und über die Inkraftsetzung und Revision der Brüsseler Deklaration, enthaltend Gesetze und Gebräuche des Landkriegs, haben sich die deutschen Delegierten in hervorragendem Maße und unter allgemeiner Anerkennung beteiligt. Ich möchte auch erwähnen, daß wir im Hinblick auf die Unzuträglichkeiten, die sich aus der anfänglich ungenauen und lückenhaften Veröffentlichung der Haager Konferenzverhandlungen ergaben, Veranlassung genommen haben, durch unsere ersten Delegierten den Antrag auf sofortige Veröffentlichung der Protokolle sowohl der Plenar- wie der Kommissionssitzungen einzubringen.

Dieser Antrag ist von den anderen Mächten nicht angenommen worden. Das war nicht unsere Schuld; wir haben uns jedenfalls bemüht, dahin zu wirken, daß die Protokolle der Haager Friedenskonferenz der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten wurden.

Was die Frage der Arbitrage und Mediation anlangt, so haben wir dem Vorschlage einer obligatorischen Arbitrage nicht zugestimmt. Nach unserer Ueberzeugung ist ein unabhängiger Staat für sich Selbstzweck, er kann auf politischem Gebiete keine höheren Ziele als diejenigen der Wahrung seiner eigenen Interessen und seiner Selbstbehauptung durch Erfüllung seines eigenen Daseinszwecks anerkennen. In ernsten politischen Fragen werden wir niemals eine andere Richtschnur anerkennen als die salus publica des deutschen Volks. Deshalb konnten wir uns nicht a priori und allgemein einem Schiedsspruch in solchen Fragen unterwerfen, die unsere staatliche Existenz berühren, sondern höchstens in untergeordneten Fällen, und wir mußten uns allein die Entscheidung darüber vorbehalten, ob in concreto das erstere oder das letztere der Fall ist. Darum war eine obligatorische Arbitrage für uns unannehmbar. Dagegen haben wir den Vorschlag auf Errichtung eines permanenten internationalen Schiedsgerichts unter gewissen Bedingungen angenommen, namentlich Beseitigung jeder obligatorischen Arbitrage und Erhöhung der Zahl der für das Schiedsgerichtsverfahren zur Auswahl gestellten Schiedsrichter. Die obligatorische Arbitrage ist fallen gelassen worden. Die an ihre Stelle tretende Institution stellt de facto eine permanente Liste von Persönlichkeiten dar, aus denen im einzelnen Falle das Schiedsgericht zu bilden ist, sowie ein permanentes Büreau, welches die reinen Formalgeschäfte im Schiedsgerichtsverfahren zu besorgen hat und der Aufsicht der im Haag akkreditierten Missionschefs unterstellt wird. Zu der permanenten Schiedsrichterliste ernennt jeder Staat nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, zwei, sondern vier Mitglieder und zwar auf die Zeit von 6 Jahren. Durch die Verdoppelung der Zahl der Schiedsrichter in der Liste ist nicht nur die Möglichkeit größer geworden, innerhalb der Liste für jeden Spezialfall sachverständige Personen zu finden, sondern es wird damit auch jeder Versuch erschwert, die Gesamtheit der möglichen Schiedsrichter in unliebsamer Weise zu einem politischen Machtfaktor auszugestalten. Die Mitglieder der Liste werden in ihrer Gesamtheit mit dem allgemeinen Ausdruck „cour d'arbitrage“ bezeichnet, haben aber als Gesamtheit keinerlei Funktionen. Durch diese Modifikationen sind die ursprünglichen Vorschläge ihrer Gefährlichkeit entkleidet worden, vor allem ist der jetzt von der

Konferenz angenommene Entwurf der Arbitrage-Konvention in allen seinen Bestimmungen durchaus **fakultativ** gehalten, so daß derselbe unser Verhalten in künftigen Streitfällen nach keiner Richtung hin bindet, unserer politischen Aktionsfreiheit irgendwie fühlbare Schranken nicht auferlegt, und somit von demselben eine Gefährdung vitaler deutscher Interessen nicht zu besorgen ist.

Unsere Gesamthaltung

— schließt der Zirkularerlaß —

auf der Konferenz kann ich dahin zusammenfassen, daß wir mit dem aufrichtigen, ehrlichen und entschiedenen Vorsatz in die Konferenz eingetreten sind, zu tun, was an uns lag, damit die Ergebnisse der Konferenz der Größe der ihr gesteckten Ziele entsprächen und der edlen Absicht des erleuchteten Monarchen, aus welcher sie hervorgegangen war. Diesem Vorsatz sind wir treu geblieben. Unter voller Wahrung der unveräußerlichen Souveränitätsrechte unseres Staatswesens wie der Lebensinteressen des deutschen Volks; eingedenk dessen, daß die Wohlfahrt des deutschen Volks unser oberstes Gesetz ist und bleibt, haben wir doch unsere Haltung so eingerichtet, daß unsere Beziehungen zu den übrigen Mächten durch die Friedenskonferenz nicht nur nicht geschädigt, sondern gekräftigt wurden, und daß wir den Beweis dafür erbrachten, wie Deutschland niemals fehlt, wo es sich um Humanität und Frieden handelt.

Meine Herren, ich möchte noch eine kurze Bemerkung hinzufügen.

Der Herr Vorredner hat auch die Auswahl unserer Delegierten zur Sprache gebracht. Ich möchte konstatieren, daß es keiner fremden Regierung beigekommen ist, uns in dieser Beziehung Vorschriften zu machen oder irgendwelche Kritik zu üben an den von uns getroffenen Wahlen. Der Umstand, daß der eine unserer Delegierten[2]) in einer innerdeutschen Frage sich auf die Seite seiner Regierung gestellt hatte, konnte ihm in den Augen der übrigen Regierungen durchaus nicht schaden. Uebrigens freut es mich, mitteilen zu können, daß der betreffende Delegierte sich auf der Haager Konferenz durch sein taktvolles und versöhnliches Auftreten die allgemeinen Sympathien erworben und durch seine Kenntnisse wie seine eifrige Mitarbeit zum Gelingen der Konferenzarbeiten mitbeigetragen hat. Die deutsche Stimme ist übrigens immer nur von unserm ersten

---

2) Prof. Dr. Karl Freiherr **von Stengel**.

Delegierten abgegeben worden auf Grund der Instruktionen, die er von hier aus erhalten hat und welche gehalten waren im Geiste dessen, was ich soeben die Ehre hatte hier auszuführen.

(Bravo!)

25. Die zweite Flottenvorlage.

Beratung der Budgetkommission am 28. März 1900.

Am 10. Februar war nach Beendigung der ersten Beratung der Gesetzentwurf über die Vermehrung der Flotte an die Budgetkommission verwiesen worden. Von ihr wurde die Durchberatung am 27. März in Angriff genommen. Nachdem der Vorsitzende der Kommission Abg. Müller (Fulda) auf den streng vertraulichen Charakter eines Teiles der zu erwartenden Regierungserklärungen hingewiesen hatte, ergriff der Staatssekretär Graf von Bülow das Wort zu Darlegungen über die Motive der Novelle; diese fielen indessen in das Gebiet der vertraulichen Mitteilungen. Am nächsten Tage wurden die Beratungen fortgesetzt. Abgeordneter Müller hob hervor, daß zwischen Schlachtflotte und Auslandsflotte scharf unterschieden werden müsse. Darauf antwortete

Staatssekretär Graf von Bülow,

daß er gerade vom Standpunkte des Auswärtigen Amtes auch die Notwendigkeit einer Verstärkung der Auslandsflotte betonen müsse. Die verbündeten Regierungen hätten dabei keinerlei aggressive Tendenz, jede Eroberungspolitik liege ihnen fern. Von einer konfessionellen Weltpolitik könne keine Rede sein.

Während der Abgeordnete Bebel in der politischen Lage Deutschlands keinen Grund für die Vorlage zu erblicken vermag, finden die Abgeordneten Graf Stolberg-Wernigerode und Bassermann die Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen gegeben und darum den Gesetzentwurf im allgemeinen gerechtfertigt. Der Abgeordnete Richter erinnert an eine Aeußerung des Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1885, daß Deutschland mit den großen Seemächten nicht wetteifern solle, und daran, daß er noch 1897 „eine gute Anstandsflotte" für Deutschland als ausreichend erachtet habe. Seitdem, so meint der Abgeordnete, habe sich die politische Lage nicht wesentlich verändert.

Staatssekretär Graf von Bülow[1]):

Er betone nochmals den lediglich defensiven Charakter der Vorlage und zwar allen Mächten gegenüber. Der deutschen Politik lägen aggressive Tendenzen fern. Es würde ja sogar im Reichstage und in einem Teile der Presse zuweilen der Vorwurf erhoben, daß die aus-

1) Größtenteils nach der Nordd. Allg. Ztg. vom 29. März 1899.

wärtige Politik zu vorsichtig sei. Dieser Vorwurf sei ebenso unbegründet wie derjenige phantastischer Pläne und unbesonnenen Vorgehens.

Die deutsche auswärtige Politik verfolge das Ziel, einerseits den Frieden aufrechtzuerhalten, andrerseits die Würde des Reiches zu wahren. Um dies zu ermöglichen, sei nicht nur diplomatische Umsicht erforderlich, sondern auch ein ausreichendes Maß an materieller Macht. Schwäche des einen reize zu Uebergriffen des andern. Er stehe noch auf dem Standpunkte, daß wegen geringfügiger Ursachen einen großen Krieg zu entfesseln, in hohem Grade ruchlos gewesen wäre. Es sei aber mit der Möglichkeit zu rechnen, daß man versuchen könne, uns Beleidigungen zuzufügen, die ein Volk wie das deutsche nicht acceptieren könne, und die er, der Staatssekretär, jedenfalls nicht gesonnen sei, hinzunehmen.

Seit den siebziger und achtziger Jahren, als Fürst Bismarck eine kleine Flotte für genügend erachten konnte, hätten sich die Verhältnisse bedeutend geändert. Mit dem Aufschwung unsers Handel, der Entwickelung unsrer industriellen und überseeischen Interessen hätten sich die politischen Reibungsflächen vermehrt; und wenn Fürst Bismarck 1885 eine deutsche Flotte in der Stärke ungefähr der amerikanischen für ausreichend gehalten habe, so beweise es die Verschiedenartigkeit der jetzigen von der damaligen Lage, daß inzwischen gerade auch die Vereinigten Staaten die früheren Bahnen verlassen und sich zur See weit stärker gemacht hätten.

Auch die englische Politik sei seitdem eine andere geworden. Nach den Napoleonischen Kriegen bis in die siebziger und achtziger Jahre hinein habe sie im Zeichen der Ideen von Adam Smith und John Bright gestanden und das Prinzip der Nichtintervention verfolgt. In diese Periode falle die Herausgabe der Jonischen Inseln [2]), der Tod Gordons [3]) und die Aufgabe des Sudan, die Konvention mit der Südafrikanischen Republik nach Majuba Hill [4]). Gegenwärtig fasse die imperialistische Strömung in England mehr und mehr Boden.

Eine der Hauptsorgen der deutschen Politik sei, gute Beziehungen zu allen Mächten zu unterhalten. Selbstverständlich wären dieselben aber nur möglich auf der Grundlage vollster Gegenseitigkeit und gegenseitiger Rücksichtnahme. Die offiziellen Beziehungen wären durchweg die besten. Aber die Zeiten der Kabinettspolitik wären geschwunden, die Volksleidenschaften mehr und mehr als einflußreicher Faktor in den Vordergrund

2) Durch Parlamentsbeschluß vom 14. Nov. 1863.

3) Am 26. Jan. 1885.

4) Vom 27. Februar 1884.

getreten. Deshalb seien unumgänglich, unsre materiellen Machtmittel zur Sicherung des Friedens zu wahren.

An den weiteren Kommissionsberatungen beteiligte sich der Staatssekretär des Auswärtigen nicht mehr.

26. Italienische Auswanderung nach Deutschland.

Sitzung des Reichstages vom 11. Juni 1900.

Bei der Verhandlung über die Interpellation der Abgeordneten Albrecht und Genossen wegen bundesstaatlicher Bestimmungen über den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter wird zum Beweise der unzureichenden Bezahlung der Landarbeiter angeführt, daß in Italien ausdrücklich vor der Auswanderung nach Deutschland gewarnt worden ist. Dazu bemerkt

Staatssekretär Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, es ist im Laufe der Diskussion eine italienische Publikation zur Sprache gebracht worden, welche vor der Auswanderung nach Deutschland warnt. Ich möchte zunächst konstatieren, daß es sich nicht um einen amtlichen Erlaß, nicht um ein amtliches Zirkular handelt, sondern um eine Notiz, die in einer italienischen Zeitschrift erschienen ist, die etwa den Charakter trägt der bei uns im Reichsamt des Innern erscheinenden „Nachrichten für Handel und Industrie".

Eine Reihe fremder Staaten legt das Bestreben an den Tag, ihre Arbeiter abzuhalten, nach Ländern auszuwandern, wo sie lohnendere Arbeitsbedingungen finden. Zu den Mitteln, die Auswanderung zu verhindern, gehört auch, Nachrichten einzuziehen über Arbeits- und Lebensverhältnisse in den fremden Ländern und solche Nachrichten, wenn sie ungünstig lauten, der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. In dem vorliegenden Falle ist die italienische Regierung von ihrem Agenten offenbar irrtümlich informiert worden.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich habe nicht unterlassen, diesen falschen Behauptungen in geeigneter Weise entgegenzutreten, und bin nach Möglichkeit bemüht gewesen, derartige irrige Vorstellungen zu beseitigen.

(Bravo! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 208. Sitzung, S. 5984.

27. Schlußberatung der Flottenvorlage.

Sitzung des Reichstages vom 12. Juni 1900.

Am Schluß der dritten Beratung der Flottennovelle ergreift der Staatssekretär Graf von Bülow — in dieser Eigenschaft zum letzten Male — das Wort, um auf Angriffe gegen die auswärtige Politik zu erwidern. Der erste Teil seiner Ausführungen richtet sich gegen den Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg, der gegen „die englandfreundliche Politik des Kaisers" protestiert hatte.

Staatssekretär Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg hat seine Ausführungen mit einer Bemerkung geschlossen, die ich nicht unwidersprochen lassen kann. Die Politik Seiner Majestät des Kaisers und der Kaiserlichen Regierung wird nur und ausschließlich durch nationale Gesichtspunkte bestimmt. Für die deutsche Politik sind lediglich die realen deutschen Interessen maßgebend, und wir verfolgen lediglich nationale deutsche Ziele. Die Politik eines großen Landes darf weder durch Sympathien noch durch Antipathien bestimmt werden, sondern sie kann nur geleitet werden vom Standpunkt der deutschen Gesamtinteressen unter ruhiger und sorgsamer Erwägung der Frage: wohin weist der reale deutsche Vorteil, und von welcher Seite droht Deutschland Nachteil?

(Lebhafter Beifall.)

Von der anderen Seite dieses hohen Hauses ist der Besorgnis Ausdruck gegeben worden, daß unsere auswärtige Politik eine unruhige und phantastische sein könnte. Diese Besorgnis ist ebenso unbegründet. Und ich möchte bitten, mir in dieser Richtung auch nur eine Frage, einen Fall zu nennen, wo unsere Politik nicht eine besonnene und maßvolle gewesen wäre. Abenteuerliche und aggressive Pläne liegen uns vollkommen fern. Derartige Tendenzen widersprechen durchaus den Traditionen unserer Politik und dem Charakter des deutschen Volkes. Wir wollen aber weder beiseite geschoben werden, noch wollen wir unter die Räder kommen. Wir wollen Sicherheit dafür haben, daß wir uns auch weiter im Frieden, ungestört in politischer und wirtschaftlicher Beziehung entwickeln können. Deshalb ist die Flottenvorlage eingebracht worden, und ich bin überzeugt, die große Mehrheit dieses hohen Hauses wird durch ihr Votum für unsere Vorlage der Welt zeigen, daß, wo es sich um große vaterländische Ge-

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., I. Session, 209. Sitzung, S. 6039 f.

sichtspunkte handelt, um große nationale Machtfragen, im Deutschen Reichstag immer eine Mehrheit zu finden ist.

(Lebhafter Beifall.)

Die Vorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 201 gegen 103 Stimmen angenommen. Dann wurde der Reichstag geschlossen. — Am 14. Juni erhielt die Novelle zum Flottengesetz durch kaiserliche Sanktion Gesetzeskraft.

Reichskanzler

seit dem 17. Oktober 1900

28. Amtsantritt des Reichskanzlers Grafen von Bülow.

Der Reichsanzeiger brachte am 17. Oktober 1900 folgende amtliche Meldung:

„Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Reichskanzler, Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Prinzen von Ratibor und Corvey, die nachgesuchte Entlassung aus seinen Aemtern unter Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler mit Brillanten zu erteilen und den Staatsminister, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow zum Reichskanzler, Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen."

Am 23. Oktober fand die erste Sitzung des preußischen Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Grafen von Bülow statt. Darüber berichtete die Norddeutsche Allgemeine Zeitung:

„Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler und Ministerpräsident Graf von Bülow in der unter seinem Vorsitz abgehaltenen Sitzung des Staatsministeriums nach warmen Worten der Anerkennung für den Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst in längerer Ansprache auf die Notwendigkeit einer einheitlichen und geschlossenen Regierung hingewiesen als unerläßliche Vorbedingung für diejenige Stetigkeit und Zielbewußtheit in der innern Politik, die das Land verlange und brauche."

Zum ersten Male als Reichskanzler nahm Graf Bülow am 25. Oktober 1900 im Bundesrate das Wort, indem er die Sitzung mit folgender Ansprache eröffnete:

Nachdem Seine Majestät der Kaiser Allergnädigst geruht haben, mich zum Reichskanzler zu ernennen, eröffne ich die Sitzung und gebe mir die Ehre, die hier versammelten Vertreter der hohen Regierungen zu begrüßen. In Verehrung und Dankbarkeit gedenke ich vor allem meines Herrn Amtsvorgängers, von dessen Weisheit und Güte wir alle so manchen Beweis empfangen haben. Ich werde meinerseits alle Kräfte daran setzen, in seinem Geiste und vor allem im Sinne des großen ersten Kanzlers das gute Einvernehmen und das gegenseitige Vertrauen unter den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten unvermindert aufrecht zu erhalten. Damit ent-

spreche ich nur den Intentionen meines Allergnädigsten Herrn. Denn Seine Majestät der Kaiser sind überzeugt, daß in dem vertrauensvollen Zusammenwirken aller Glieder des Reichs die Stärke unseres geliebten Vaterlandes begründet liegt. Ich schätze mich glücklich, zu der hohen Aufgabe berufen zu sein, in meinem neuen Amte zusammen mit Ihnen dieses Einvernehmen zu pflegen und zu fördern, und ich spreche dabei die Bitte aus, mich hierin mit Ihrer reichen Erfahrung, Ihrem für mich so wertvollen Rate und Ihrem Wohlwollen zu unterstützen. Und so lassen Sie uns denn, meine Herren, nunmehr freudig und mit gegenseitigem Vertrauen an die Arbeit gehen!

Der Königlich bayerische Gesandte, Graf von Lerchenfeld-Köfering, drückte darauf die volle Befriedigung seiner Regierung über die Ernennung des Grafen von Bülow und ihr Vertrauen zu dessen Person mit dem Bemerken aus, daß er im Sinne auch der übrigen Bundesstaaten spreche.

29. Erste Forderung für die China-Expedition.

Sitzung des Reichstages vom 19. November 1900.

Zur ersten Beratung steht ein dritter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1900; er enthält die erste Forderung für die Expedition nach China in Höhe von 152 770 000 Mark, die im Wege des Kredits flüssig gemacht werden sollen; soweit Ausgaben für diesen Zweck bereits gemacht worden sind, werden sie nachträglich auf diesen Kredit bewilligt. So der Gesetzentwurf. Die einzelnen Positionen sind: 1. Ausgaben bei der Verwaltung des Heeres 119 800 000 Mark; — 2. bei der Verwaltung der Marine 28 837 000 Mark; — 3. bei der Post- und Telegraphenverwaltung 3 800 000 Mark; — 4. Pensionen, Witwen- und Waisengelder 243 000 Mark; — 5. Kosten einer Medaille für die Teilnehmer an der Expedition 70 000 Mark. Die einzelnen Ansätze entsprechen dem Bedarfe bis zum 31. März 1901.

In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es: „Bei der Eigenartigkeit des ostasiatischen Unternehmens und der dadurch bedingten Unsicherheit in der Schätzung der Kosten kann es sich zur Zeit nur darum handeln, die allgemeine Ermächtigung zur Leistung der nötigen Ausgaben zu erlangen. Diese wird in der Form eines Nachtragsetats nachgesucht, um wenigstens diejenige Gliederung der Ausgaben zu bieten, die gegenwärtig möglich ist."

Der Vorlage ist eine ausführliche Denkschrift beigefügt über die politische Notwendigkeit der Expedition, über die Maßnahmen beim Heere, bei der Marine, bei der Post- und Telegraphenverwaltung, über die Stiftung einer Medaille für die an den Kämpfen in Ostasien teilnehmenden Personen und über die Finanzierung. Außerdem sind Anlagen beigegeben über die ursprüngliche Gliederung des Expeditionskorps und über die Kriegsgliederung des verstärkten ostasiatischen Korps; eine Uebersicht über die voraussichtlichen Kosten des Personen- und Materialtransportes durch die Schiffe des

Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie u. s. w. Die Stärke des ganzen Expeditionskorps beträgt 582 Offiziere, 120 Sanitätsoffiziere, 161 obere Beamte, 18712 Mannschaften, 27 untere Beamte, 5579 Pferde. Ersatz für Abgänge beim Expeditionskorps hinauszusenden, ist nur vorgesehen, wenn die Verhältnisse dies durchaus erfordern.

Die erste Beratung der Vorlage nimmt mehrere Tage in Anspruch. Die Verhandlungen eröffnet der

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, ich wünschte, die erste Gelegenheit, welche sich mir bietet, zu ergreifen, um mich vor diesem hohen Hause auszusprechen über diejenige Frage, welche im Vordergrunde des öffentlichen Interesses steht, nämlich über unser Vorgehen in China. Sie werden es verstehen, meine Herren, wenn ich auch heute nicht wohl Dinge sagen kann, welche schwebende Unterhandlungen gefährden oder die von den Mächten in China unternommene gemeinsame Aktion beeinträchtigen könnten. Ich bin aber viel zu sehr durchdrungen von der Notwendigkeit, daß zwischen den verbündeten Regierungen und diesem hohen Hause und zwischen den verbündeten Regierungen und dem deutschen Volke die Fühlung nicht verloren gehen darf, und ich erkenne das Recht des Landes und des Reichstages, zu wissen, wohin die Fahrt geht, viel zu willig an, als daß ich nicht gern bereit sein sollte, so offen und so deutlich zu reden, wie das Staatsinteresse dies nur irgendwie zuläßt.

Was die Vorgeschichte der Wirren in China angeht, so beziehe ich mich in dieser Hinsicht auf das Zirkular, welches ich im Juli an die Bundesregierungen gerichtet habe.[2]) Ich habe mich bemüht, in diesem Zirkular darzulegen, wie wir in China zu dem Zustande gelangt sind, dem sich die zivilisierte Welt dort plötzlich gegenüber sah. Ich habe auch damals schon die Ziele bezeichnet, welche sich die deutsche Politik in China gesteckt hat, die Ziele, an denen wir nach wie vor festhalten. Bevor ich jedoch zu dem, was wir in China verfolgen, was wir in China erreichen wollen, übergehe, möchte ich zwei Punkte vorwegnehmen, welche in der publizistischen Diskussion des Inlandes und vielleicht noch mehr des Auslandes über unsere Chinapolitik eine gewisse Rolle gespielt haben.

Es ist gesagt worden, daß wir die Krisis, welche in China ausgebrochen ist, nicht vorausgesehen hätten. Darauf könnte ich zunächst erwidern, daß sich jedenfalls die meisten der übrigen Regierungen in der gleichen Lage wie wir befunden haben dürften,

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 3. Sitzung, S. 11 ff.

2) Vgl. Anhang.

und daß die meisten der fremden Regierungen im vergangenen Frühjahre auch nicht angenommen haben, daß das über Ostasien ausgebrochene Ungewitter so heftig und daß es so rasch eintreten würde. Die Anzeichen, welche diesem Ungewitter vorausgingen, sind aber gerade uns nicht entgangen. Wir haben die Vertreter in China und wir haben die anderen Kabinette mehr als einmal auf diese Wetterzeichen hingewiesen. Alles, was von den Vertretern in China, den diplomatischen und konsularischen wie militärischen Vertretern, als notwendig für die Aufrechterhaltung der Ordnung bezeichnet wurde, ist von uns sofort gewährt worden, wir haben insbesondere an militärischen Schutzmaßnahmen und an militärischen Schutzdetachements sogleich alles zur Verfügung gestellt, was von den Vertretern an Ort und Stelle als wünschenswert bezeichnet wurde — wir haben in dieser Richtung sogar mehr angeboten, als letztere forderten und für nötig hielten. Meine Herren, ich möchte keinerlei Vorwurf erheben gegen Männer, welche in schwerer, in sehr schwerer Notlage heldenhafte Ausdauer, welche Mut, welche die höchste Tapferkeit an den Tag gelegt haben; fern sei es von mir vor allem, auch nur ein Wort, auch nur eine Silbe des Tadels zu sagen gegen unseren ritterlichen Gesandten in Peking, den Freiherrn von Ketteler, der in treuester Pflichterfüllung in Vertretung eines allgemeinen — nicht eines speziell deutschen — Interesses in letzter, in zwölfter Stunde den Versuch unternahm, die chinesische Zentralgewalt durch Darlegung des wüsten Treibens, das im Gange war, zur Besinnung zurückzuführen, und der dann bei diesem Versuche fest und unerschütterlich, wie es seine Art war, in den Tod gegangen ist, der gefallen ist wie ein Offizier vor der Front, würdig des Landes, das er vertrat, und würdig des historischen Namens, den er trug. (Lebhaftes Bravo.)

Aber, meine Herren, die Europäer in Peking haben sich mehr oder weniger und fast alle getäuscht in der Beurteilung der Tragweite der Boxerbewegung, die hier von Anfang an ernster aufgefaßt wurde, als dies in den europäischen Niederlassungen in China meistens der Fall war. Wir werden in Zukunft auch darauf unsere Aufmerksamkeit, unser Augenmerk zu richten haben, über die Vorgänge in China und über die Pläne und Absichten der chinesischen Beamten und Militärs schneller unterrichtet zu werden, als dies bisher geschehen. Inzwischen konstatiere ich aber, daß von deutscher Seite nichts vernachlässigt worden war und nichts versäumt worden ist, was den Ereignissen in China eine andere Wendung hätte geben können, weder in militärischer noch diplomatischer Hinsicht.

Meine Herren, ich komme nun zu dem andern Vorwurf, der uns gemacht worden ist. Es ist im Auslande gesagt worden, daß wir die Schuld trügen an den Ereignissen in China, und es ist speziell gesagt worden, daß diese jüngsten Wirren in China zurückzuführen wären auf unsere Festsetzung in Kiautschou.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

— Ich glaube, ich habe den Zwischenruf „sehr richtig!" gehört. Meine Herren, in deutschfeindlichen, in ausländischen Blättern habe ich den in Rede stehenden, völlig unbegründeten Vorwurf schon seit lange gelesen, ich glaubte aber nicht, daß er ein Echo finden würde in diesem Saale hier. —

(Lebhafter Beifall. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Warum soll denn die Abtretung, die pachtweise Ueberlassung von Kiautschou an Deutschland das chinesische Reich mehr erschüttert haben und das chinesische Volk mehr erbittert haben, als die Abtretung von Hongkong und Birma an England

(sehr richtig!),

von Tonking und Annam an Frankreich

(sehr richtig!),

vom Pamir- und dem Amurgebiet an Rußland

(sehr richtig!),

von Formosa an Japan, von Port Arthur und Weiheiwei ganz zu schweigen?

(Sehr richtig!)

Es hat Exzesse in China gegen Missionare gegeben, und es hat Verfolgungen eingeborener chinesischer Christen gegeben, lange bevor wir nach Kiautschou gingen, in einer Zeit, wo der Name Deutschlands in China ziemlich unbekannt war, und es hat auch Expeditionen nach China und Züge nach Peking gegeben, lange bevor wir in Kiautschou festen Fuß faßten.

(Lebhafter Beifall.)

Die Wahrheit ist, daß von den jetzt in China engagierten Mächten wir uns am meisten und am längsten zurückgehalten haben.

(Sehr richtig!)

Erst als wir uns davon überzeugen mußten, daß andere, ohne unsere Zurückhaltung und ohne unsere rührende Bescheidenheit nachzuahmen, sich in China wichtige Vorteile, wertvolle Konzessionen ausbedangen; als es den Anschein gewann, daß ohne uns an die Aufteilung von China gegangen werden sollte; und als gleichzeitig wiederholte Angriffe auf die

deutsche Mission in Schantung — Angriffe, die gipfelten in der Ermordung zweier deutscher Missionare — uns zwangen, für die Sicherheit unserer Staatsangehörigen und unserer Interessen selbst zu sorgen, erst dann sind wir aus unserer Reserve herausgetreten, nicht aus Abenteuerlust, nicht aus Willkür, sondern in der Erkenntnis einer unabweisbaren Notwendigkeit.

(Sehr richtig!)

Unsere Festsetzung in Kiautschou haben wir sodann in einer Weise durchgeführt, daß durch sie der Friede in keiner Weise gestört worden ist, weder direkt noch indirekt.

Unsere Position in China, meine Herren — das möchte ich doch bei diesem Anlaß noch sagen —, beruht nicht auf gewaltsamer Eroberung, sondern sie beruht auf einem völkerrechtlichen Vertrage. Wir stehen in China nicht als Eindringlinge, wir stehen in Kiautschou nicht als räuberische Eindringlinge da, sondern als Besitzer einer mit der chinesischen Regierung in freiem Einverständnis vereinbarten Konzession.

Deutschland hat sich überhaupt gegenüber China immer freundlich und wohlwollend benommen. Der beste Beweis dafür ist die Haltung, die wir noch vor vier Jahren in einem für China recht kritischen Augenblick ihm gegenüber eingenommen haben, in dem Augenblick wo China à la merci eines siegreichen Gegners war.[3]) Wir haben auch in China, und gerade hier, festgehalten an dem von mir mehr als einmal vor Ihnen dargelegten Prinzip, den Rechten anderer nicht zu nahe zu treten, dafür aber die eigenen Rechte unbedingt zu wahren. Darum befinden wir uns gegenüber China im Stande einer legitimen Abwehr, im Stande einer legitimen Notwehr.

Die chinesische Zentralregierung hat die Boxerbewegung, die nicht zum mindesten durch ihre eigene Schuld, durch die Schuld ihrer jämmerlichen Verwaltung entstandene Boxerbewegung weiter und weiter um sich greifen lassen in offenbarem Mangel an gutem Willen. Sie hat von Anfang an gegenüber den maßvollen und berechtigten Vorstellungen der fremden Gesandten eine teils zweideutige, teils lässige Haltung eingenommen: sie hat endlich ohne jede Provokation von unserer Seite durch das Gewährenlassen der schnöden Ermordung des deutschen Gesandten nicht nur das Völkerrecht, sondern auch unsere nationale Würde schwer verletzt

(sehr richtig!);

3) Beim Abschluß des japanisch-chinesischen Friedensvertrages trat im April 1895 Deutschland gemeinsam mit Frankreich und Rußland erfolgreich dafür ein, daß Japan auf die Abtretung eines Teiles der Halbinsel Liaotong verzichtete.

und die chinesische Regierung hat sich hinterher vergeblich bemüht, durch allerlei Winkelzüge und Ausflüchte und offenbare Unwahrheiten diesen klaren Sachverhalt zu verdunkeln. Mit gutem Gewissen durften wir daher einem solchen Verhalten gegenüber diejenigen Maßnahmen treffen, die notwendig waren, um unsere Rechte und Interessen zu schützen und unsere Ehre zu wahren.

In derselben Notlage wie wir befanden sich alle übrigen Regierungen, und zu demselben Werke der Notwehr sahen sich alle anderen zivilisierten Völker gezwungen; denn, meine Herren, darüber kann der ruhige, unparteiische Beobachter doch nicht im Zweifel sein, die jüngsten Ereignisse in China sind weder zurückzuführen auf Kiautschou noch auf Hongkong; weder auf Tonkin noch auf Port Arthur; weder auf diese noch jene fremde Macht; sondern die Krisis, die wir jetzt in China durchmachen, ist eine Etappe, welche die europäische Kultur überwinden muß in ihrem unaufhaltsamen Vordringen in alle Weltteile und zu allen Völkern. Der Sturm, der sich jetzt in China erhoben hat, richtet sich nicht allein gegen Deutschland, überhaupt gegen keine einzelne fremde Macht, sondern gegen alle gesitteten Völker; er richtet sich auch nicht allein gegen die Gesandten oder Konsuln, sondern er richtet sich gegen die Ingenieure und Missionare, gegen die Kaufleute und Eisenbahnarbeiter: er richtet sich gegen alle Fremden. Es ist die europäische Zivilisation, der sich zu ihrer Ehre die intelligente und zukunftsreiche japanische Nation angeschlossen hat; diese stand und steht der Barbarei der Boxerbewegung gegenüber.

Meine Herren, ich komme nunmehr zu der Frage, die ich vorhin nur flüchtig gestreift habe, nämlich zu der Frage, was wir in China wollen. In zwei Worten gesagt: wir wollen in China keine Politik der Abenteuer, aber wir wollen unsere Interessen und unsere Rechte so behaupten, wie ein großes Volk seine Interessen und Rechte und seine Ehre behaupten soll.

(Bravo!)

Wir führen in China keinen Eroberungskrieg; aber wir wünschen eine möglichst rasche und möglichst gründliche Beilegung der chinesischen Krisis durch Sühne für die begangenen Untaten und Wiederherstellung und Sicherstellung geregelter Zustände. Sühne verlangen wir aus dem einfachen Grunde, weil, wenn keine Strafe eintritt, damit ein Freibrief ausgestellt werden würde für ähnliche Untaten

(sehr richtig!),

und wir und alle interessierten Mächte der Gefahr ausgesetzt sein würden, unsere Interessen und unsere Staatsangehörigen bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit in gleicher Weise verletzt zu sehen. Wir acceptieren auch jede Regierung in China, die fähig und bereit ist, Garantien zu geben für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die begangenen Frevel zu sühnen. Wir wollen, daß die europäische Kulturbewegung und die europäische Zivilisation in China nicht gehemmt wird, und daß Deutschland innerhalb dieser Bewegung den ihm zukommenden Einfluß ausübt. An dem, meine Herren, was in China zu gewinnen ist, wollen wir auch unsern Anteil haben, niemand übervorteilen und uns von niemand übervorteilen lassen. Deutschland hat nach meiner Ansicht kein Interesse an einer Aufteilung von China, wir drängen gar nicht auf eine solche Aufteilung; wir glauben auch gar nicht, daß China schon dem Untergang geweiht ist, daß für uns besondere Eile geboten ist, um uns dort neue Ländergebiete zu sichern; wir haben gar kein Interesse daran, die Auflösung von China herbeizuführen, wir wünschen eine solche Auflösung gar nicht; unser Interesse ist, daß China Zeit erhalte, sich in die neue Ordnung der Dinge, in die allmähliche und friedliche Aufnahme der europäischen Kultur hineinzuleben, und daß wir Zeit erhalten, unsere Position in China auszubauen, zu entwickeln und zu kräftigen. Wir fahren, meine Herren, nach meiner Ueberzeugung am besten, wenn China unter möglichst geregelter Verwaltung aufnahmefähig und zahlungsfähig bleibt

(Heiterkeit links),

im übrigen aber seine Verwaltung möglichst in eigener Hand behält. Sofern die anderen Mächte in China nicht über den Rahmen ihrer jetzigen Politik hinausgehen, wollen auch wir uns in China auf die Behauptung unserer gegenwärtigen Position beschränken. Wir wollen das tun, weil wir das chinesische Reich nicht unnötig erschüttern wollen; wir wollen das aber auch deshalb tun, weil wir uns an das französische Sprichwort erinnern: „qui trop embrasse mal étraint“. Wir haben gar keinen Grund, ohne Not über die Linien hinauszugehen, die wir uns im deutsch-chinesischen Vertrag vom Frühjahr 1898 freiwillig gezogen haben.[4]) Wir haben keinen Grund, ex abrupto Gebietserweiterungen anzustreben, die unsere finanziellen, militärischen und politischen Kräfte unverhältnismäßig in Anspruch nehmen könnten, und deshalb wollen wir in China nicht ohne zwingendste Veranlassung Annexionspolitik treiben, weil wir

4) Vgl. oben S. 18 ff.

gar kein Interesse daran haben, uns in China auf ein bestimmtes Ländergebiet festnageln zu lassen. Wir haben in Kiautschou den notwendigen Stützpunkt gefunden für unsere Schiffahrt, für unsere Marine. Wir haben in Schantung ein weites Feld gefunden für kommerzielle und industrielle Tätigkeit. Aber lange bevor wir nach Kiautschou gingen, hatte sich der deutsche Kaufmann angesiedelt in Hankau, Tientsin, Schanghai, am Golf von Petschili, im weiten Stromgebiet des Jangtse. Dieser weiten Ausbreitung unseres Handels in allen Teilen des chinesischen Reichs und dem friedlichen Wettbewerb aller Völker in China im Zeichen von „Leben und Lebenlassen", dem wollen wir nicht präjudizieren.

Das, meine Herren, war das Motiv und das ist die Tendenz des deutsch-englischen Abkommens vom 16. Oktober 1900[5]), mit dessen leitenden Grundsätzen sich inzwischen die anderen Kabinette einverstanden erklärt haben.

(Bravo!)

Natürlich, meine Herren, setzen wir bei alledem voraus, daß auch andere nicht in China zu eigenen Territorialerwerbungen schreiten. Sofern diese Voraussetzung von allen Teilen loyal eingehalten wird — und es ist gar kein Grund, anzunehmen, daß dies nicht der Fall sein wird —, ist unser Wunsch und ist es unsere Absicht, uns auf dem Boden des Vertrags vom 6. März 1898 zu halten und nicht über diesen Vertrag hinauszugehen. Deshalb haben wir von Anfang an uns bemüht, unsere Ziele so abzugrenzen, daß sie weder eine Unklarheit für die Zukunft noch einen Konflikt mit den berechtigten Interessen anderer Mächte aufkommen lassen konnten. Wir werden auch in

5) In diesem Abkommen einigten sich die deutsche und großbritannische Regierung über folgende Grundsätze: 1. Die an den Flüssen und an der Küste Chinas gelegenen Häfen sollen dem Handel und jeder sonstigen erlaubten wirtschaftlichen Tätigkeit für die Angehörigen aller Nationen frei und offen bleiben; die beiden Regierungen wollen dies ihrerseits für alles chinesische Gebiet beobachten, wo sie einen Einfluß ausüben können. — 2. Beide Regierungen wollen ihrerseits die schwebende Verwickelung nicht benutzen, um für sich irgendwelche territorialen Vorteile auf chinesischem Gebiete zu erlangen, und werden ihre Politik darauf richten, den Territorialbestand des chinesischen Reiches unvermindert zu erhalten. — 3. Sollte eine andere Macht die chinesischen Komplikationen benutzen, um unter irgend einer Form solche territoriale Vorteile zu erlangen, so behalten beide Regierungen sich vor, über etwaige Schritte zur Sicherung ihrer eignen Interessen in China sich vorher untereinander zu verständigen. — 4. Die beiden Regierungen werden diese Uebereinkunft den übrigen beteiligten Mächten, insbesondere Frankreich, Italien, Japan, Oesterreich-Ungarn, Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika mitteilen und sie einladen, den darin niedergelegten Grundsätzen beizutreten.

Zukunft unsere Schritte genau, sehr genau abmessen; denn wir wissen sehr wohl, daß, wenn ein Schritt zu kurz uns distanzieren könnte, ein Schritt zu weit uns bloßstellen würde. Wir wollen weder das eine noch das andere.

Von den Zielen, meine Herren, die ich im Juli 1900, durch Zirkularerlaß vom 11. Juli 1900, aufgestellt habe, ist bisher nur das eine, und freilich das dringendste, erreicht worden: die Befreiung der in Peking eingeschlossenen Europäer. Es bleiben noch andere und hochwichtige Ziele zu erledigen übrig: die Sicherstellung von Leben, Person, Eigentum und Besitz der in China lebenden Fremden, Garantien für die Zukunft, angemessene Genugtuung für die verübten Untaten, Entschädigung für die gehabten Auslagen und Kosten, die Sicherstellung unseres eigenen Besitzes. Wie diese Ziele im einzelnen zu erreichen sind, darüber schweben, wie Ihnen bekannt sein wird, zur Zeit Verhandlungen zwischen den fremden Gesandten in Peking. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen, welche zur Einstimmigkeit über die wesentlichsten Punkte geführt haben, bin ich in der Lage dem hohen Hause die nachstehende Mitteilung zu machen, in welcher das bisher schon darüber in der Presse Bekanntgegebene auf Grund der letzten bei uns eingegangenen Telegramme nach dem heutigen Stande vervollständigt ist. Mittels einer von allen Mächten gemeinsam an die chinesische Regierung zu richtenden Note sollen an dieselbe folgende Forderungen gestellt werden:

> Art. I. Eine außerordentliche Mission unter Führung eines Kaiserlichen Prinzen ist nach Berlin zu entsenden, um das Bedauern des Kaisers von China und der chinesischen Regierung über die Ermordung des Freiherrn von Ketteler auszudrücken. An dem Platze des Mordes ist ein des Ermordeten würdiges Denkmal zu errichten mit einer Inschrift in lateinischer, deutscher und chinesischer Sprache, welche das Bedauern des Kaisers von China über den begangenen Mord ausdrückt.
>
> Art. IIa. Die Todesstrafe ist zu verhängen über die Prinzen Tuan und Tschwang, den Herzog Lan, ferner über Yingnien, Kangyi, Tschaotschukiao, Tungfuhsiang, Yühsien und weitere von den Vertretern der Mächte noch zu benennende Rädelsführer.
>
> Art. IIb. In allen Orten, wo Fremde getötet oder mißhandelt worden sind, haben alle offiziellen Prüfungen auf die Dauer von fünf Jahren auszufallen.

Art. III. Die chinesische Regierung hat auf jedem der fremden oder internationalen Friedhöfe, welche geschändet oder deren Gräber zerstört worden sind, ein Sühnedenkmal zu errichten.

Art. IV. Das Verbot der Einfuhr von Waffen nach China wird bis auf weiteres aufrechterhalten.

Art. V. China hat gerechte Entschädigung an Regierungen, Gesellschaften und Privatpersonen, sowie auch an solche Chinesen zu leisten, welche im Lauf der jüngsten Ereignisse an ihrer Person oder ihrem Vermögen durch den Umstand Schaden erlitten haben, daß sie im Dienste von Fremden standen.

Ich bemerke dazu, daß über die Prinzipien bei Geltendmachung der Schadenersatzansprüche, insbesondere auch derjenigen von Missionaren, später unter den Mächten ein Einverständnis hergestellt werden soll.

Art. VI. Jede einzelne fremde Macht erhält das Recht, für ihre Gesandtschaft eine ständige Schutzwache zu halten und das Gesandtschaftsviertel in Verteidigungszustand zu setzen. In dem letzteren dürfen Chinesen nicht wohnen.

Art. VII. Die Forts von Taku und diejenigen Forts, welche die freie Verbindung zwischen Peking und dem Meere hindern könnten, sollen entfestigt werden.

Art. VIII. Die Mächte erhalten das Recht, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der freien Verbindung zwischen der Hauptstadt und dem Meere gewisse, durch Einvernehmen unter ihnen zu bestimmende Punkte besetzt zu halten.

Art. IX. Die chinesische Regierung wird verpflichtet, während zweier Jahre in allen Unterpräfekturen Kaiserliche Dekrete anzuschlagen, worin

a) die Mitgliedschaft einer fremdenfeindlichen Sekte bei Todesstrafe für immer verboten wird,

b) die über die Schuldigen verhängten Strafen aufgezählt werden,

c) in denen, um neuen Unruhen vorzubeugen, ausgesprochen wird, daß die Vizekönige, sowie die Provinzial- und Lokalbeamten verantwortlich gemacht werden für die Aufrechterhaltung der Ordnung in ihren Amtsbezirken, und daß sie im Falle neuer fremdenfeindlicher Unruhen oder anderer von ihnen nicht sofort beseitigter und durch Bestrafung der Schuldigen gesühnter Verletzungen der Verträge sofort

abgesetzt werden sollen und weder mit neuen amtlichen Funktionen betraut noch mit neuen Ehrenstellen bekleidet werden dürfen.

Art. X. Die chinesische Regierung wird verpflichtet, sich auf Verhandlungen einzulassen über solche Abänderungen der bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge, welche die fremden Regierungen für nützlich erachten, sowie über andere Gegenstände, welche eine Erleichterung der Handelsbeziehungen betreffen.

Art. XI. Die chinesische Regierung wird verpflichtet, das chinesische Auswärtige Amt zu reformieren und das Hofzeremoniell für die Empfänge der fremden Vertreter in demjenigen Sinne abzuändern, den die fremden Mächte bezeichnen werden.

Die vorstehenden elf Artikel werden, sobald jeder einzelne Gesandte von seiner Regierung dazu ermächtigt sein wird, der chinesischen Regierung in Form einer Kollektivnote sämtlicher Mächte übermittelt werden. Ueber die Erzielung gleicher Einstimmigkeit für einzelne weitere Forderungen schweben noch die Verhandlungen.

Meine Herren, die weitere Entwickelung der Dinge im einzelnen vorauszusagen, ist heute wohl nicht möglich. Wir halten an der Hoffnung fest, daß es den gemeinsamen Bestrebungen der Mächte gelingen wird, die angestrebten Ziele zu erreichen. Wir werden uns auch weiter nur leiten lassen von dem gemeinsamen Interesse der Zivilisation, soweit sich dasselbe deckt mit unserem speziell deutschen Interesse, was Gott sei Dank jetzt der Fall ist. Alle Mächte haben das gleiche Bedürfnis, daß Ordnung und Friede und Ruhe in China wiederhergestellt wird; der Wiederkehr solcher Vorkommnisse vorzubeugen, wie dasjenige, welches wir im Sommer beklagt haben, liegt im Interesse aller Mächte. Desinteressieren können wir uns in China nicht; unsere Interessen sind dort zu bedeutend, unser Handel steht in China an zweiter Stelle, die Interessen unserer Missionen sind uns zu heilig, es stehen für uns zu wesentliche ethische und materielle Werte auf dem Spiel, als daß wir ohne weiteres beiseite treten könnten. Wenn wir das täten — ich sage das mit der höchsten Ueberlegung —, so würden wir in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die Zukunft des deutschen Volks in unverantwortlicher Weise preisgeben, in einer Weise, welche uns die Geschichte nicht verzeihen würde.

Wenn wir aber bei der Neuregelung der chinesischen Verhältnisse ein Wort mitzusprechen hatten, so war es geboten, dort in einer Form aufzutreten, die einer Großmacht würdig war. Deshalb haben wir gerade so viele Schiffe und genau so viele Mannschaften nach China geschickt, wie notwendig war, um unsere Stelle im Rahmen der internationalen Aktion anständig auszufüllen, um für die uns widerfahrene Untat entsprechende Genugtuung zu erlangen und unsere vertragsmäßige Position gegen weitere Beeinträchtigung zu sichern. Eine nur maritime Machtentfaltung konnte in diesem Falle nicht genügen, es mußten auch die entsprechenden militärischen Streitkräfte dazu kommen. Unsere militärische Superiorität mußte den Chinesen deutlich ad oculos demonstriert werden, wenn es nicht für lange und vielleicht für immer vorbei sein sollte mit der Tätigkeit der Ausbreitung unseres Handels, mit der segensvollen Wirksamkeit unserer Missionen. Wären wir nicht rasch vorgegangen, so würde der Aufstand sich viel weiter ausgebreitet haben, er würde die Mitte und den Süden von China, er würde insbesondere Schantung erreicht haben. Gegenüber einer solchen Gefahr, einer so brennenden und plötzlichen und zweifellosen Gefahr konnte nicht anders gehandelt werden.

Ich möchte aber dabei betonen, daß meinem Herrn Amtsvorgänger jede Absicht fern gelegen hat, die Rechte des Reichstages zu verkürzen.

(Lachen links.)

— Gewiß, meine Herren, hat ihm diese Absicht vollständig fern gelegen. — Dafür bürgt die lange und sehr ehrenvolle Laufbahn meines hochverehrten Herrn Amtsvorgängers und auch sein allen bekannter patriotischer und versöhnlicher Sinn.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich will aber vor allem für meine Person als derzeitiger verantwortlicher Reichskanzler hier die Erklärung abgeben, daß mir selbstverständlich nichts ferner liegt, als das verfassungsmäßige und von niemanden bestrittene Recht des Reichstags zu beeinträchtigen, daß für alle Ausgaben die Zustimmung des Reichstags in Form einer Etatsforderung einzuholen ist, und zwar, wo dies nur immer möglich und angängig ist, im voraus; und ich erkläre ferner, daß ich in Gemäßheit dieser meiner Auffassung an dieses hohe Haus das Ersuchen richte, für diejenigen Ausgaben, hinsichtlich deren die Zustimmung des Reichstags noch nicht eingeholt worden ist, uns durch nachträgliche Genehmigung Indemnität zu erteilen.

(Bravo! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen; Lachen links.)

— Ihre Heiterkeit, meine Herren, scheint wir eine gewisse Enttäuschung zu maskieren über das, was ich soeben gesagt habe.

(Sehr gut! rechts, Lachen links.)

Sie scheinen sich auf einen Konflikt gespitzt zu haben. Zu einem solchen Konflikt wird es aber nicht kommen, dank der bewährten Einsicht der Mehrheit dieses hohen Hauses und dank auch — wenn ich das sagen darf — der Verständigkeit der Regierung.

(Lachen links.)

Wenn, meine Herren, der Reichstag Wert legen sollte auf eine das Wort „Indemnität" ausdrücklich enthaltende Formulierung des § 3 der Gesetzesvorlage, so werde ich meine Hand dazu bieten, und ich werde das Meinige tun, ähnlich wie dies vom ersten Kanzler des Reiches in wiederholten Fällen geschehen ist, hierüber eine Verständigung herbeizuführen zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat.

(Bravo! rechts und in der Mitte.)

Endlich erkläre ich, daß während meiner Amtsdauer an der soeben von mir vor Ihnen dargelegten Auffassung und Ueberzeugung von dem verfassungsmäßigen Ausgabebewilligungsrecht des Reichstags unbedingt festgehalten und dementsprechend auch tatsächlich verfahren werden wird.

(Bravo! rechts und in der Mitte.)

Meine Herren, schließlich haben wir in China auch alles getan, was möglich war, und wir werden trotz manchen entgegenstehenden Schwierigkeiten auch fernerhin das Unsrige tun, um das Einverständnis unter den Mächten aufrechtzuerhalten. Ueberzeugt, daß Frieden und Freundschaft und Eintracht unter den Mächten nicht nur ein Weltinteresse, sondern auch ein deutsches Interesse ist, haben wir nach Möglichkeit ausgesondert, was Anlaß zu Mißtrauen oder gar Mißhelligkeiten bieten konnte, und als Ziele solche positive Aufgaben hingestellt, deren Erreichung dem Interesse aller entspricht. Daß die Loyalität unserer Politik überall anerkannt wird, hat die Tatsache bewiesen, daß die übrigen Mächte uns im Gouvernement Petschili das Oberkommando übertragen haben. Wir wären sehr gern bereit gewesen, unsere Truppen jedem Oberbefehl unterzuordnen, über welchen sich die anderen Mächte geeinigt haben würden, und ich habe das namentlich nach Rußland hin zu erkennen gegeben. Als eine solche Einigung nicht zu ermöglichen war, wohl aber an verschiedenen Stellen der Wunsch hervortrat, das Oberkommando einem deutschen Offizier anzuvertrauen, konnte sich Deutschland nicht einer Wahl entziehen, die ehrenvoll war für unser militärisches Ansehen und ehrenvoll

war auch für das Vertrauen, welches unsere Politik den anderen Mächten einflößt. Indem die anderen Mächte das Oberkommando uns anvertrauten, bekundeten sie doch die Ueberzeugung, daß die deutsche Politik, wie sie von uns öffentlich proklamiert war im Zirkularerlaß vom 11. Juli, nichts enthielt, was irgendwelchen Anlaß bieten könnte zu Befürchtungen von seiten der anderen Mächte. Die anderen Mächte würden uns nicht ein solches Vertrauensvotum erteilt haben, namentlich nicht in einem einigermaßen kritischen Augenblick der chinesischen Frage, wenn sich unsere Politik nicht im Einklang gehalten hätte mit den Intentionen und Aspirationen der anderen Mächte. Das, meine Herren, gilt namentlich von Rußland. Daß gerade von russischer Seite Einwände gegen ein deutsches Oberkommando nicht erhoben werden würden, war vorauszusehen bei den guten und vertrauensvollen Beziehungen, die glücklicherweise schon vor der Zuspitzung der chinesischen Verhältnisse zwischen uns und Rußland bestanden. Daß aber Seine Majestät der Kaiser von Rußland, dessen baldige und völlige Genesung wir mit ganz Europa und mit der ganzen Welt wünschen

(Bravo!),

daß dieser edle und erleuchtete Souverän derjenige Monarch war, der vor allen anderen Staatsoberhäuptern den Oberbefehl in unsere Hände legte, das haben wir mit besonderem Danke anerkannt, und das ist mir ein Beweis mehr für die Richtigkeit des von mir stets festgehaltenen Grundsatzes, daß zwischen einer gut geleiteten deutschen Politik und einer gut geleiteten russischen Politik kein tiefergehender und keinesfalls ein irgendwie unüberbrückbarer Gegensatz bestehen kann.

(Bravo!)

Aber, meine Herren, wenn die Uebertragung des Oberkommandos an uns schmeichelhaft für uns war, so wird dadurch doch der Gesamtcharakter unserer Politik in keiner Weise verändert. Durch die Uebernahme des Oberkommandos wird weder unser Verhältnis zu anderen Mächten, noch die Linie, welche wir uns in China vorgezeichnet haben, verschoben. Unsere Politik in China bleibt genau dieselbe, wie sie war, bevor ein deutscher General das Oberkommando übernommen hatte. Wir denken nicht daran, uns über das Programm hinausdrängen zu lassen, das ich im Juli 1900 aufgestellt habe; im Gegenteil: die Tatsache, daß wir den Oberbefehl führen, legt uns nach meiner Meinung die Verpflichtung auf, nun erst recht vernünftig und besonnen zu bleiben.

(Sehr richtig! und Bravo!)

Meine Herren, wir werden auch in Ostasien unsere Ziele nicht zu hoch spannen. Wir werden nirgends über die Grenzen unserer wohlerwogenen Leistungsfähigkeit hinausgehen; wir werden uns nicht von der Grundlage entfernen, auf welcher das neue Deutsche Reich aufgebaut worden ist. Wir kennen viel zu gut die deutsche Geschichte und haben die Lehren der deutschen Geschichte viel zu wohl beherzigt, um nicht zu wissen, daß es kein Glück für Deutschland war, als es sich im Mittelalter ganz ins Fremde verlor, anstatt alle seine Kräfte zu konzentrieren auf die Entwickelung eines starken nationalen Königtums, eines in sich ruhenden starken nationalen Gemeinwesens.

(Sehr gut!)

Aber, meine Herren, nachdem wir uns jetzt seit einem Menschenalter das Staatswesen zurechtgezimmert haben, das unseren nationalen Bedürfnissen entspricht, wo wir uns von der realen und gesunden Basis dieser Staatswesens nicht entfernen werden, können wir uns nur freuen, daß auf unsere staatliche Einigung ein gewaltiger wirtschaftlicher Aufschwung gefolgt ist, und daß sich in diesem wirtschaftlichen Aufschwung unsere überseeischen Interessen, unser überseeisches Ansehen, unser Ansehen und unsere Stellung in der Welt, unsere Weltstellung mächtig gehoben haben. Diese unsere Weltstellung werden und müssen wir schützen.

Wir werden aber nicht vergessen, daß unser Zentrum in Europa ist. Ich habe schon vor einem Jahre, als ich bei der ersten Lesung des Etats für die Flottenvermehrung eintrat, ungefähr gesagt, unser Zentrum wäre in Europa, und wir hätten zunächst die Pflicht, für die eigene Sicherheit zu sorgen.[5]) Das wiederhole ich auch heute. Wir werden nichts tun, wodurch die Sicherheit der Heimat, wodurch die Wehrkraft des deutschen Volkes irgendwie geschwächt werden könnte. Diese Wehrkraft ist auch heute völlig intakt. Durch diese Truppensendung nach China ist unsere Aktionsfähigkeit, unsere Schlagfertigkeit in Europa in keiner Weise beeinträchtigt worden. Das sage ich nicht nur für dieses hohe Haus, das sage ich pro urbe et orbe. Wir werden uns auch wohl hüten, in China die Geschäfte anderer zu besorgen.

(Lebhaftes Bravo.)

Wir nehmen, wie ich vorhin die Ehre gehabt habe darzulegen, ehrlich teil an der gemeinsamen Aufgabe aller Kulturvölker; aber wir denken nicht daran, für irgend eine andere Macht den Blitzableiter abzugeben

(Bravo!),

5) Vgl. oben S. 94.

und wir denken auch nicht daran, meine Herren, die Vorsehung auf Erden spielen zu wollen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Es hat einen Souverän gegeben, meine Herren, der das versucht hat; es war Napoleon III. Es ist ihm nicht gut bekommen!

(Heiterkeit rechts.)

Sein Beispiel reizt uns nicht zur Nachahmung. Die Hohenzollern werden nicht die Wege der Bonapartes gehen, niemals werden undeutsche Tendenzen verfolgt werden von dem Hause der Hohenzollern, dessen größter Sohn gesagt hat, daß der Fürst der erste Diener des Staats und des staatlichen Interesses ist.

(Bravo! — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Aber wir wollen uns doch unsere Stellung, unser Ansehen in der Welt so weit wahren, als dies dem deutschen Vorteil entspricht. Daß wir uns nicht ohne Not in fremde Händel einmischen, das haben wir ja bewiesen während des südafrikanischen Krieges und während des spanisch-amerikanischen Krieges. Wir haben damals eine Politik ehrlicher Neutralität innegehalten, weil das den deutschen Interessen entspricht, und wir wollen jetzt unser Ansehen in Ostasien hochhalten und unsere Stellung in Ostasien wahren, eben weil das dem deutschen Interesse förderlich ist. Eine andere Richtschnur, als das Interesse des Landes, gibt es nicht für uns. Wir werden den Teufel tun, es so zu machen wie die Franzosen in Mexiko oder die Italiener in Abessinien! Weder in militärischer noch in diplomatischer Beziehung werden wir uns einlassen auf Sonderaktionen, die im Widerspruch stehen würden mit dem von uns von Anfang an aufgestellten Prinzip des Zusammengehens der Mächte, oder die uns gar auf den Isolierschemel bringen könnten. Wir werden die deutsche Macht immer nur dann und immer nur so weit einsetzen, als dies dem deutschen Interesse entspricht und mit der Wohlfahrt des deutschen Volkes verträglich, für die Wohlfahrt des deutschen Volkes förderlich ist.

Meine Herren, auf weitere Einzelfragen einzugehen wird sich wohl noch im Laufe der Debatte Gelegenheit finden. Für jetzt möchte ich bloß noch folgendes sagen. Die Schnelligkeit, mit der unser Expeditionskorps aufgestellt, mit der es ausgerüstet und über See geschickt worden ist, die Art und Weise, wie bei dieser ersten Entsendung deutscher Landungstruppen über das Weltmeer alles klappte, das war eine Leistung, auf welche unsere Militärverwaltung, unsere Kriegsmarine, unsere trefflichen Reedereien, auf welche wir alle mit Befriedigung zurückblicken können.

(Sehr richtig!)

Wenn es im Auslande Leute gegeben haben sollte, nicht im Schoße der fremden Regierungen — diese sind dazu viel zu korrekt —, aber außerhalb der fremden Regierungen, die geglaubt haben, daß Deutschland in dreißig Friedensjahren eingebüßt habe an militärischer Spannkraft, so sind solche Leute eines Besseren belehrt worden.

(Sehr gut!)

Daß wir, was unsere Wehrfähigkeit angeht, nicht zurückgegangen sind, das hat trotz ihres partiellen Charakters diese Mobilmachung bewiesen. Sie hat aber auch durch den Andrang der Freiwilligen, durch den Geist, welcher diese Freiwilligen beseelte, gezeigt, daß, was die Waffenfreudigkeit angeht, wir nicht zurückgegangen sind. Vor allem aber hat die Haltung unserer Leute da drüben, die Art und Weise, wie sie, Matrosen und Landsoldaten, Offiziere und Mannschaften, alle Strapazen ertragen haben, und die Art und Weise, wie die Leute überall im Feuer ihren Mann gestanden haben, gezeigt, daß der deutsche Soldat noch der alte ist — und darüber wenigstens, meine Herren, wollen wir uns alle freuen.

(Bravo!)

Die verbündeten Regierungen haben nur das getan, was unbedingt geschehen mußte, wenn Deutschland im fernen Osten sein gutes Recht wahren und seine Stellung bewahren wollte. Wir durften die uns widerfahrene Verletzung ebensowenig ungestraft und wir durften das Blut unseres ermordeten Gesandten ebensowenig ungesühnt lassen, als Strafe und Sühne anderen übertragen. Das durften wir nicht, denn da gilt — unbeschadet der Waffenbrüderschaft mit anderen Mächten — doch das Wort: „Selbst ist der Mann". Auch der nüchterne und ruhige Beobachter kann nicht im Zweifel darüber sein, wieviel für unser Ansehen, für unseren Einfluß und für unsere Stellung in der Welt davon abhängt, wie wir jetzt in China, militärisch und diplomatisch, abschneiden.

Im Namen der verbündeten Regierungen bitte ich dieses hohe Haus, durch Annahme der Vorlage uns die Mittel zu gewähren, um die chinesischen Händel auszutragen mit Umsicht, mit ruhiger Besonnenheit, aber auch mit Kraft und in Ehren, wie es der deutsche Name gebietet.

(Lebhafter Beifall.)

30. Erste Forderung für die Chinaexpedition. (Fortsetzung.)

Sitzung des Reichstages vom 20. November 1900.

Im Laufe der Debatte des zweiten Verhandlungstages hat der Abgeordnete Richter besonders die Nichteinberufung des Reichstages im Sommer 1900, die Uebernahme des Oberkommandos durch Deutschland und die Reden des Kaisers, daneben noch verschiedenes andere zum Gegenstand seiner Kritik gemacht. Ihm antwortet

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter geben mir keine Veranlassung, etwas Wesentliches dem hinzuzufügen, was ich gestern hier erklärt habe über meine Auffassung hinsichtlich der verfassungsmäßigen Rechte dieses hohen Hauses und über meine unbedingte Achtung vor den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstags. Ich habe von dem, was ich gestern erklärt habe, nichts zurückzunehmen, ich habe aber auch dem nichts hinzuzufügen, und ich denke, die Mehrheit dieses hohen Hauses wird sich über die Absicht und über den Sinn und auch über die absolute bona fides meiner gestrigen Erklärungen nicht im Zweifel befinden.

Was nun, meine Herren, die Nichteinberufung des Reichstags im vergangenen Sommer angeht, so glaube ich, daß der Hauptgrund, welcher meinen Herrn Amtsvorgänger — denn darin muß ich zu meinem Bedauern dem Herrn Abgeordneten Richter widersprechen, um den damaligen Reichskanzler kann es sich allein handeln, die Reichsverfassung kennt nur eine einzige verantwortliche Persönlichkeit im Reiche, das ist der Reichskanzler, und die Reichsverfassung bindet uns alle: sie bindet mich, aber sie bindet auch den Herrn Abgeordneten Richter — also ich glaube, daß der Grund, welcher den Fürsten von Hohenlohe veranlaßte, im Sommer nicht zur Einberufung des Reichstags zu schreiten, zunächst die Erwägung war, daß die Zusammenberufung des Reichstags wegen der Chinaexpedition zur Voraussetzung gehabt haben würde die Vorlegung eines Ergänzungsetats für das laufende Etatsjahr an den Reichstag und Bundesrat. Und dafür schienen dem Herrn Reichskanzler damals die Voraussetzungen noch nicht gegeben zu sein. Dazu kam, daß der damalige Herr Reichskanzler aus der Haltung eines Teils der Presse

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 4. Sitzung, S. 61 ff.

die Ueberzeugung schöpfen zu können glaubte, daß die Einberufung des Reichstags zu jener Zeit nicht den Wünschen aller Parteien entspreche

(hört! hört! links),

und ich glaube, mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß es namentlich ein Blatt war, welches in dieser Beziehung den damaligen Herrn Reichskanzler impressioniert haben dürfte, nicht nur weil es ein überaus geschickt redigiertes Blatt ist

(Heiterkeit),

sondern auch weil ihm Beziehungen nachgesagt werden zu einem sehr hervorragenden Parlamentarier, dessen Beredsamkeit wir soeben alle bewundert haben.

(Heiterkeit.)

Ich spreche natürlich von der „Freisinnigen Zeitung".

(Zuruf links.)

— Gewiß, das Datum werde ich angeben. — Also die „Freisinnige Zeitung" brachte am 4. Juli, d. h. gerade im psychologischen Moment, wo es sich um die Einberufung oder um die Nichteinberufung des Reichstags handelte den nachstehenden Artikel, den ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten verlesen möchte:

> Ob es angemessen ist, den Reichstag einzuberufen, läßt sich unseres Erachtens erst entscheiden, wenn ein klarer Tatbestand über die in Betracht kommenden Verhältnisse vorliegt. Auch ist eine feste Stellungnahme von deutscher Seite nur möglich nach Vereinbarungen mit den anderen Großmächten auf der Grundlage eines solchen Tatbestandes.
>
> Der Reichstag, einmal einberufen, kann nicht Wochen lang untätig sein, bis eine entsprechende Vorlage möglich ist. Gegenwärtig vermögen auch vor den anderen Parlamenten die Minister alle Anfragen nur dahin zu beantworten, daß sie keine sichere Kenntnis besitzen über die tatsächlichen Verhältnisse.

(Heiterkeit.)

> An sich sind die bisher angewiesenen außeretatsmäßigen Ausgaben für die Verstärkung der Wehrkraft in Ostasien nicht so erheblich, um aus finanziellen Gründen den Reichstag zu berufen.

(Sehr richtig! links. Hört! hört! rechts.)

Nach der „National-Zeitung"

— wird beruhigend hinzugefügt —

ist bis jetzt weder innerhalb der Regierung die Einberufung des Reichstags beabsichtigt, noch sind im Reichstagsbüreau irgendwelche Andeutungen eingegangen, daß eine außerordentliche Session bevorstände.

Meine Herren, ich gebe Ihnen ja zu, daß dieser Artikel etwas gewunden ist; ich gebe zu, daß er bis zu einem gewissen Grade auf Stelzen gestellt ist. Das pflegt aber bei offiziösen Auslassungen häufig der Fall zu sein.

(Große Heiterkeit.)

Wer diesen Artikel unbefangen liest, der kann doch nicht im Zweifel darüber sein, daß derjenige, der diesen Artikel verfaßt oder inspiriert hat, die Einberufung des Reichstags, gewiß optima fide, in diesem Augenblick nicht für notwendig hielt.

(Zuruf links.)

Und diesen Eindruck hatte auch ich. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, daß ich zu denjenigen gehört habe, welche glaubten, daß damals ernste und gewichtige Gründe für die Einberufung des Reichstags sprachen.

(Hört! hört!)

Aber, wie ich den Artikel las, sagte ich mir doch: das ist übel, da muß ich mich strecken, gegen den Herrn Abgeordneten Richter kann ich nicht aufkommen!

(Große Heiterkeit.)

Auf die Nichteinberufung des Reichstags in diesem Sommer will ich von meiner Seite nicht weiter zurückkommen. Ich kann nur sagen, daß, wenn sich wieder ein ähnlicher Fall, eine ähnliche Kriegsgefahr ereignen sollte — hoffentlich nicht in absehbarer Zeit —, und wenn ich dann noch an dieser Stelle stehen sollte, was ich auch nicht weiß — in dieser Beziehung sagte der Herr Abgeordnete Richter soeben ein sehr richtiges Wort

(Heiterkeit),

— wenn diese beiden Voraussetzungen zusammentreffen, dann werden Sie einberufen werden, darauf können Sie sich verlassen.

(Heiterkeit.)

Nun ist der Herr Abgeordnete Richter auch zurückgekommen auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland, über das ich mich gestern hier ausgelassen habe, und er hat die Ansicht aus-

gesprochen, daß der russische Evakuationsvorschlag[2]) zurückzuführen wäre auf eine Verstimmung gegen uns. Das war nicht der Fall. Dies anzunehmen, heißt doch, die Sachlichkeit und Ruhe unterschätzen, mit welcher die russische Politik geleitet wird, die sich ebensowenig wie die deutsche Politik von Verstimmung oder von Stimmungen leiten läßt.

(Zurufe links.)

Ich glaube, meine Herren, das trifft sowohl für die deutsche Politik zu, da kann ich es garantieren, aber ich möchte es auch garantieren für die russische Politik. Am allerwenigsten richtet sich der russische Evakuationsvorschlag gegen unser Oberkommando, das ja, wie ich mir gestern erlaubte auszuführen, von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland in erster Linie in unsere Hände gelegt worden war. Meine Herren, wir haben dem russischen Evakuationsvorschlag im September nicht zugestimmt, weil wir glaubten, daß damals die Ausführung dieses Vorschlags nicht beitragen würde zu einer raschen Pazifizierung von China. Wir haben aber niemals verkannt, daß der russische Vorschlag bona fide gemacht worden war. Der Meinungsaustausch über diesen Vorschlag zwischen uns und dem St. Petersburger Kabinett ist in verbindlichster Form geführt worden und hat keinerlei Schärfe zurückgelassen.

Was nun, meine Herren, die von dem Herrn Abgeordneten Richter wieder berührte Genesis des deutschen Oberkommandos betrifft, so ist es vollständig unzutreffend, daß wir unseren Oberbefehl den anderen Mächten aufgedrängt hätten. Der Gedanke eines deutschen Oberbefehls beruhte auf einer von außen her auf amtlichem Wege an uns gelangten Anregung.

(Hört! hört!)

Mehr, meine Herren, kann ich nicht sagen

(ah! links),

ich kann nicht mehr sagen, weil es sich handelt um einen Gedankenaustausch zwischen Souveränen und Staatsoberhäuptern, und ganz abgesehen davon gibt es auch Fälle, wo mir das Staatsinteresse ein Schloß vor den Mund legt

(sehr richtig! rechts),

das Staatsinteresse, welches mir noch höher steht als mein lebhafter Wunsch, im übrigen auf alle Fragen des Herrn Abgeordneten Richter zu antworten.

(Heiterkeit.)

2) Am 25. August erklärte Rußland, daß es nach Herstellung der Ordnung in der Mandschurei seine Truppen aus diesem Gebiete zurückziehen werde, wenn die Handlungsweise der andern Mächte dem nicht entgegenstehen würde.

Nun hat sich der Herr Abgeordnete Richter auch angeeignet, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, Angriffe, welche der Herr Abgeordnete Bebel gestern gegen die Missionare gerichtet hat. Der Herr Abgeordnete Bebel hat, wenn ich ihn gestern richtig verstanden habe, gesagt, daß namentlich die katholischen Missionare bis zu einem gewissen Grade Schuld trügen an den gegenwärtigen Wirren in China. Ich halte diese Auffassung für unzutreffend, sie wird durch die mir zugegangenen Berichte nicht bestätigt, und ich werde mich nicht durch den Herrn Abgeordneten Bebel zu einer irgendwie ungünstigeren Behandlung, irgendwelcher Differenzierung der katholischen Missionare, verleiten lassen. Was den Herrn Bischof Anzer betrifft, so rechne ich es ihm zum hohen Verdienst an, daß er schon vor Jahren seine Mission unter deutschen Schutz gestellt hat. Wir werden die Missionen auch ferner schützen und wir betrachten gerade so wie im Orient — über diesen Punkt haben wir uns ja vor zwei Jahren ausgesprochen mit dem Herrn Abgeordneten Fritzen, den ich mir gegenübersehe [3]) —, gerade wie im Orient betrachten wir auch in China die Ausübung unseres Protektorats über die deutschen katholischen Missionen als eine Ehrenpflicht, der wir uns gern unterziehen und nicht entziehen werden.

Dann ist der Herr Abgeordnete Richter auch ins Gericht gegangen mit den Zirkularnoten, die ich im September lanciert habe. Er hat sie nicht, wie der Herr Abgeordnete Bebel gestern, Hymnennoten genannt, aber er scheint doch nicht ganz mit denselben zufrieden gewesen zu sein. Bei diesen Zirkularnoten, das möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen, kam es mir weniger auf die Form an als auf die Sache, nämlich auf diese Formulierung eines Vorschlags betreffs Eruierung und Bestrafung derjenigen, die an den greulichen Untaten in China schuld waren. Dieser Zweck ist erreicht worden, die Form gebe ich billig.

Nun hat der Herr Abgeordnete Richter weiter gesagt, daß Kiautschou nicht die Erwartungen realisiert hätte, die wir an seine Erwerbung geknüpft hätten. Ich erinnere mich, daß — es muß schon vor Jahr und Tag gewesen sein — der Herr Staatssekretär des Reichs-Marineamts darauf hingewiesen hat, daß, als die Engländer seinerzeit Hand auf Hongkong legten, das englische Ministerium deshalb aufs heftigste angegriffen wurde von der englischen Opposition. Ich habe gelegentlich einmal diese englischen Parlamentsverhandlungen zu meiner Informierung durchgeblättert und gefunden, daß damals die englische Opposition dem englischen

3) Vgl. oben S. 35 f.

Ministerium vorwarf, Hongkong wäre gar nichts wert, Hongkong wäre ein elendes Fiebernest, ein nackter Felsen, ein miserabler Hafen, der niemals eine chinesische Jolle, geschweige denn ein europäisches Schiff anlocken würde. Heute verzeichnet Hongkong einen jährlichen Schiffsverkehr, wenn ich nicht sehr irre, von zehn bis zwölf Millionen Tonnen Gehalt. Eine Kolonie kann natürlich nicht aufsprießen wie eine Blume in einer Nacht. Ich bin aber überzeugt, daß die große Bedeutung von Kiautschou für unsere Schiffahrt, unseren Handel und unsere Industrie mehr und mehr sich herausstellen wird.

Einen breiten Raum in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter hat seine Kritik der Reden Seiner Majestät des Kaisers eingenommen. Die Art und Weise, wie der Herr Abgeordnete Richter diese Reden kritisiert hat, gibt mir Veranlassung, das nachstehende zu sagen. Der Herr Abgeordnete Richter hat zunächst die Frage aufgeworfen von der Verantwortlichkeit hinsichtlich dieser Reden. Ich glaube, es ist der Art. 17 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß der Reichskanzler die Verantwortung trägt für die Anordnungen und Verfügungen Seiner Majestät des Kaisers. Der Herr Abgeordnete Richter wird selber nicht behaupten, daß Reden Seiner Majestät des Kaisers unter eine dieser beiden Kategorien fallen. Ich möchte aber nicht einen Augenblick zögern, hier zu erklären, daß ich die volle moralische Verantwortung übernehme für die Reden Seiner Majestät des Kaisers, welche auch von der großen Mehrheit der Nation nicht mißverstanden werden.

(Bravo! rechts. — Heiterkeit links.)

— Meine Herren, ich habe gestern dem Herrn Abgeordneten Bebel mit der größten Aufmerksamkeit zugehört, er wird mir selbst bezeugen, daß ich ihn nicht ein einziges Mal durch einen Heiterkeitsausbruch unterbrochen habe; darum sollte ich glauben, daß man auch mich ruhig ausreden lassen könnte, denn: eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede; man muß sie billig hören beede! — Die Rede Seiner Majestät in Bremerhaven[4]) ist gehalten worden in einem Augenblick, wo allgemein angenommen wurde und angenommen werden mußte, daß alle in Peking eingeschlossenen Europäer eines martervollen Todes gestorben wären. Es war nach meiner Auffassung ganz in der Ordnung, daß Seine Majestät der Kaiser zu den ausrückenden Soldaten in diesem Augenblick als

4) Am 27. Juli 1900; es ist die Rede, in der sich der Satz befindet: „Kommt ihr an den Feind, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht“.

Soldat gesprochen hat und nicht als Diplomat. Daß die Diplomatie dabei nicht zu kurz kommt, dafür lassen Sie mich sorgen!

(Bravo! rechts.)

Die Hauptsache war, daß unsere Leute wußten, mit wem sie es zu tun haben würden und gegen wen sie geschickt wurden; denn das gestehe ich, daß mir der kleine Finger eines braven deutschen Soldaten mehr wert ist als das ganze Mordsgesindel der Boxer.

(Bravo!)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter ist auch zu sprechen gekommen auf die Rede, welche Seine Majestät der Kaiser — es war, glaube ich, im Marinekasino in Wilhelmshaven — gehalten hat.[5] In dieser Rede hat Seine Majestät der Kaiser die Ziele unserer Politik gekennzeichnet. Meine Herren, daß wir in großen und für die Zukunft wichtigen Fragen uns nicht beiseite schieben lassen, das involviert noch lange nicht die Tendenz, daß wir in Fragen, die uns nicht angehen, uns einmischen wollen. Aus solchen Fragen werden wir auch künftig die Finger herauslassen. Aber die Ebenbürtigkeit mit den anderen Mächten und das Recht, mitzusprechen in der Welt, das werden wir uns nicht rauben lassen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, der hochverehrte Herr v. Levetzow hat soeben darauf hingewiesen, daß wir in China nicht allein stehen, auch andere Mächte stehen dort. Sechs andere Mächte stehen da, zum Teil sind sie stärker engagiert wie wir. Ich sehe nicht ein, wie wir nicht übernehmen könnten, sollten und müßten, was andere auf ihre Hörner genommen haben. Es hat eine Zeit gegeben, wo man dem deutschen Volke das Recht auf Einigung bestritt und aus Deutschland einen geographischen Begriff

5) Am 3. Juli 1900; Antwort auf den Trinkspruch des Prinzen Rupprecht von Bayern, der zum Stapellauf des Linienschiffes Wittelsbach einer Einladung des Kaisers nach Wilhelmshaven gefolgt war. Der Kaiser sagte u. a.: „Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe. Aber der Ozean beweist auch, daß auf ihm und in der Ferne jenseits von ihm ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf. Ich bin nicht der Meinung, daß unser deutsches Volk vor dreißig Jahren unter der Führung seiner Fürsten gesiegt und geblutet hat, um sich bei großen auswärtigen Entscheidungen beiseite schieben zu lassen. Geschähe das, so wäre es ein für allemal mit der Weltmachtstellung des deutschen Volkes vorbei, und Ich bin nicht gewillt, es dazu kommen zu lassen. Hierfür die geeigneten — und wenn es sein muß auch die schärfsten — Mittel rücksichtslos anzuwenden, ist Meine Pflicht nur, Mein schönstes Vorrecht. Ich bin überzeugt, daß Ich hierbei Deutschlands Fürsten und das gesamte Volk festgeschlossen hinter Mir habe."

machen wollte. Wir sind aber trotzdem einig geworden! Und es hat eine Zeit gegeben, wo man uns den Großmachtskitzel austreiben wollte; wir sind aber trotzdem eine Großmacht geworden und werden es auch mit Gottes Hülfe bleiben

(lebhafter Beifall),

und ich bin überzeugt, daß sich die Nation ihr Recht auf eine verständige und besonnene Weltpolitik, auf die ihr gebührende Weltmachtstellung weder ausreden noch verkümmern lassen wird.

(Lebhafter Beifall. Bewegung.)

31. Erste Forderung für die China-Expedition. (Schluß.)

Sitzung des Reichstages vom 23. November 1900.

In die Verhandlungen des 22. November griff der Reichskanzler nicht ein. Erst am letzten Tage veranlaßte ihn eine lange Rede des Abgeordneten Bebel zu einer Erwiderung, deren schlagfertiger Humor deutlich erkennen läßt, daß er die zahlreichen und scharfen Angriffe des Vorredners von der linken Seite des Hauses nicht allzu tragisch nahm.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Ich glaube nicht, meine Herren, daß es den Intentionen dieses hohen Hauses entsprechen würde, wenn ich dazu beitrüge, die chinesische Debatte noch sehr lange fortzuspinnen; und wenn ich mich eingehend beschäftigen wollte mit allem, was der Herr Vorredner soeben gesagt hat, so würde ich mich leicht der Gefahr der Wiederholung aussetzen, der auch der Herr Abgeordnete Bebel nicht ganz entgangen ist

(Heiterkeit),

trotz eines Temperaments, das ich allen Vertretern einer besseren Sache wünsche.

Ich will also aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel nur drei Punkte herausgreifen. Zunächst die Ausführungen darüber, daß unsere Politik gegenüber China eine unfreundliche, eine harte, eine grausame gewesen wäre; denn diese zum zweitenmal von Herrn Abgeordneten Bebel wiederholten Vorwürfe treffen mich ja ganz persönlich als den früheren Staatssekretär des Aeußeren und den gegenwärtigen Reichskanzler.

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 6. Sitzung, S. 124 ff.

Als Beweis dafür, wie falsch diese Auffassung des Herrn Abgeordneten Bebel ist, berufe ich mich auf einen Brief, der hier vor mir liegt. Ich habe ja im allgemeinen nicht die Gewohnheit, mit Briefen zu operieren

(Heiterkeit);

wo aber der Herr Abgeordnete Bebel in unseren letzten Debatten so oft zu diesem Mittel gegriffen hat, will ich es auch einmal anwenden. Es handelt sich in dem vorliegenden Falle allerdings nicht um einen Hunnenbrief, es handelt sich um einen Chinesenbrief. In dem, was der Herr Abgeordnete Bebel heute ausführte, war wirklich kaum ein Satz, mit dem ich mich ganz einverstanden erklären konnte, und ich glaube, es wird vielen Mitgliedern dieses hohen Hauses ähnlich gegangen sein.

(Sehr richtig!)

Aber in der langen Rede des Herrn Abgeordneten vom vergangenen Montag[2]) war ein Passus, dem ich freudig beistimmen kann, mit dem ich mich ganz einverstanden erklären kann. Das war alles, was er am Montag sagte über den hiesigen chinesischen Gesandten. Das ist wirklich ein sehr netter Mann, es ist ein unterrichteter, wißbegieriger Mann, und dann ist er doch zweifellos eine Persönlichkeit, welche sehr kompetent für die Beurteilung der deutsch-chinesischen Verhältnisse und für die Beurteilung unseres Verfahrens und Verhaltens und Vorgehens gegenüber China ist. In dieser Beziehung ist er doch zweifellos noch kompetenter als der Herr Abgeordnete Bebel, denn er ist doch ein geborener Chinese.

(Stürmische Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bebel ist höchstens ein freiwilliger Chinese.

Also der chinesische Gesandte schrieb schon vor mehreren Tagen einen Brief, in dem er Ausdruck gab seiner ganz besonderen Anerkennung für die deutsche Politik gegenüber China und für unsere ganze Haltung in China. Da sagt er unter anderem — wenn ich dies mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorlesen darf, ich werde nicht den ganzen Brief vorlesen, aber die Hauptstellen —:

---

2) Der erste Verhandlungstag, der 19. November. Die betreffende Aeußerung des Abgeordneten Bebel lautete: „Und dabei hat man ganz und gar vergessen, daß wir in den Hauptstädten chinesische Gesandtschaften haben, zusammengesetzt aus einem Personal, das an Bildung und Wissen es mit jedem anderen Staatsmann, auch mit unserem Reichskanzler, aufnimmt. (Große Heiterkeit.) Der Herr Reichskanzler nickt mir zu, er gibt mir also recht. (Heiterkeit.) Meine Herren, daß diese Leute viel aufmerksamer fremde Länder und Sitten studieren, wie unsere Gesandten in Peking chinesische Zustände studiert haben, ist sicher; denn hätten die letzteren diese studiert, dann wäre nicht möglich gewesen, was sich in Peking abgespielt hat."

> Während der vergangenen Jahre haben Deutschland und China immer die freundschaftlichsten Beziehungen gepflegt. China ist Deutschland zu allergrößtem Danke verpflichtet auch dafür, daß durch dessen Vermittlung nach dem japanischen Kriege die Provinz Liaotong dem chinesischen Besitz erhalten wurde. Im Sinne dieses Dankgefühls hat China in der Erledigung der Kiautschou-Angelegenheit den deutschen Wünschen bereitwilligst Rechnung getragen und die dortige Garnison nach Chefoo verlegt. Seit dem Abschluß des Kiautschou-Pachtvertrages sind denn auch alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen völlig geschwunden.

Dann heißt es mit Bezug auf meinen Zirkularerlaß, meine diplomatische Arbeit, die bei Herrn Bebel eine wenig freundliche Beurteilung gefunden hat:

> Es wurde von Ew. Exzellenz die öffentliche Erklärung abgegeben, daß die Befreiung der Gesandtschaften und die Unterdrückung des Aufstandes der Zweck der nach Peking entsandten Expedition sei, und daß weder die Aufteilung Chinas noch die Verfolgung von Sonderinteressen in der Absicht der verbündeten Mächte liege. Ueberall in China ist dieser Absicht Ew. Exzellenz das Dankgefühl der Beamten und der Bevölkerung entgegengebracht worden. Hierdurch ist es gelungen, die mit den Aufständischen sympathisierenden Elemente niederzuhalten und dadurch die militärischen Maßnahmen der Verbündeten im Norden zu erleichtern.

Nun betont er noch ganz besonders, wie er nach wie vor das freundlichste Entgegenkommen in Deutschland genießt, und wie sehr er hofft, die früheren Verhältnisse baldmöglichst ganz wiederhergestellt zu sehen. — Also unsere Politik gegenüber China ist nicht eine unfreundliche, eine grausame oder harte. Dieser Brief des chinesischen Gesandten bedeutet — um ein Wort des Herrn Abgeordneten Bebel zu gebrauchen — das allerschärfste Desaveu gegenüber allem, was der Herr Abgeordnete Bebel über unsere Chinapolitik gesagt hat.

Nun ist der Herr Abgeordnete Bebel wieder zu sprechen gekommen auf die Reden Seiner Majestät des Kaisers in Bremerhaven und in Wilhelmshaven. Dabei ist ihm, gewiß unwillkürlich, eine Verwechslung untergelaufen; denn ich habe — ich glaube es war am Dienstag[3]) — nur gesprochen von der Rede Seiner Majestät des Kaisers in Bremer-

3) Vgl. oben S. 148 f.

haven und von der Rede Seiner Majestät des Kaisers im Militärkasino in Wilhelmshaven. Wenn der Herr Vorredner aber gesagt hat, daß, als die Rede Seiner Majestät in Bremerhaven gehalten wurde, die Nachricht von der Befreiung der Europäer in Peking schon eingetroffen gewesen wäre, so ist dies ein Irrtum. Ich erkläre auf das allerbestimmteste, daß, als diese Rede in Bremerhaven gehalten wurde, alle Welt überzeugt war, die Europäer in Peking wären alle bis auf den letzten Mann niedergemacht worden. Das wurde damals von der ganzen europäischen Diplomatie angenommen, in allen chinesischen Hafenstädten angenommen, von allen Kabinetten geglaubt; es waren ja damals schon an verschiedenen Stellen für die Unglücklichen Trauergottesdienste gehalten worden. Also wenn der Herr Abgeordnete Bebel über diesen Punkt besser informiert war als wir — vielleicht hatte er direkte Nachrichten aus China —

(Heiterkeit),

so hätte er mich informieren sollen. Die Rede Seiner Majestät des Kaisers in Wilhelmshaven wurde allerdings gehalten unmittelbar nachdem die Nachricht eingetroffen war von der Ermordung des deutschen Gesandten; zehn Minuten vorher war die Depesche mit der Nachricht von der Ermordung des Freiherrn von Ketteler bei uns eingegangen. Ich sage Ihnen ganz offen: ich würde es nicht verstehen, und ich bin überzeugt, daß es die große Mehrheit des deutschen Volkes nicht begreifen würde, wenn die Nachricht von einer so schmählichen Untat dem Deutschen Kaiser das Blut nicht rascher durch die Adern getrieben hätte.

(Sehr richtig!)

Von Ihnen abgesehen, ist das ganze deutsche Volk darüber einig, daß diese Ermordung unseres Gesandten Sühne heischte, daß das unsere Ehre verlangt.

Und nun möchte ich endlich noch meinem tiefen Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie der Herr Abgeordnete Bebel auch heute wieder gesprochen hat über unsere Soldaten und über unsere Armee. Ich konstatiere, daß bisher noch kein einziger Fall bewiesen worden ist, wo ein deutscher Soldat sich unwürdig gemacht hätte durch sein Verhalten des guten Rufes der deutschen Armee und des guten Rufes des deutschen Volkes. Wenn ein solcher Fall nachgewiesen werden sollte, so wird, das hat der Herr Kriegsminister schon neulich ausgeführt, strenge Strafe, die strengste Ahndung einer solchen Untat auf dem Fuße folgen. Ich glaube aber, es wird mir jeder in diesem hohen Hause zugeben und

ich bin überzeugt, daß unter vier Augen mir auch der Herr Abgeordnete Bebel zugeben würde

(Zuruf links)

— Sie haben ja noch gar nicht gehört, was ich sagen wollte

(Heiterkeit.)

— ich wollte also sagen, Herr Bebel: ich bin überzeugt, daß Sie unter vier Augen mir zugeben würden, daß es keine größeren Ansammlungen von Menschen gibt, worunter sich nicht mal ein räudiges Schaf, ein roher und grausamer Mensch befindet, der einer rohen oder grausamen Tat fähig ist. Aber aus solchen Einzelfällen generalisierende Schlüsse zu ziehen und diese gegen unsere Armee auszuspielen, das ist in meinen Augen der Gipfel der Ungerechtigkeit und gleichzeitig das grade Gegenteil von allem bon sens. Daher erkläre ich, meine Herren, daß bei aller Energie der Kriegführung der deutsche Soldat sich auch an Mannszucht und an Menschlichkeit von keinem andern Soldaten der Welt übertreffen läßt.

(Bravo!)

Dafür bürgt der Charakter des deutschen Soldaten, dafür bürgt die Erziehung des deutschen Soldaten, dafür bürgt — das sage ich nicht nur für das hohe Haus, das sage ich vor allem für das Ausland, das unsere Debatten liest, für das Ausland, vor dem man unser Heer herabzusetzen versucht — dafür bürgt der Genius des deutschen Volks, das in seiner tausendjährigen Geschichte noch immer gewußt hat, Humanität mit Heroismus zu verbinden.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Die Vorlage wurde zur weiteren Beratung an die Budgetkommission verwiesen.

32. Der Zentralverband deutscher Industrieller.

Sitzung des Reichstages vom 24. November 1900.

Durch einen Brief des Generalsekretärs des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Bueck, war bekannt geworden, daß man sich aus dem Reichsamt des Innern an den Zentralverband gewandt hatte um den Betrag von 12 000 Mark, um damit die Agitation für den dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf zum Schutze des gesetzlichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben. In der gesamten linken Presse erhob sich ein Sturm gegen den Staatssekretär Grafen von Posadowsky als den Chef des Reichsamts des Innern,

und im Reichstage wurde von den Abgeordneten Albrecht und Genossen folgende Interpellation eingebracht:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welches von einer Interessentengruppe, dem Zentralverbande deutscher Industrieller, die Summe von 12000 Mark gefordert und erhalten hat, um damit die Agitation für den vom Bundesrat dem Reichstage am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben?"

Der Abgeordnete Auer begründete diese Interpellation und führte etwa folgendes aus: Als der Brief des Generalsekretärs Bueck veröffentlicht wurde, sei er anfänglich allgemein für eine Fälschung gehalten worden, weil man einen derartigen Schritt nicht für möglich gehalten habe. Nachdem aber die „Berliner Korrespondenz" die Sache bestätigt habe, sei die öffentliche Meinung in den Blättern umgeschlagen und versucht worden, das Ganze als Bagatelle zu behandeln. Die Echtheit des Briefes sei nicht zu bezweifeln. Das Reichsamt des Innern habe den Großindustriellen, den Scharfmachern, Handlangerdienste geleistet. Es sei auch ganz zweifellos, daß die 12000 Mark vom Reichsamte des Innern gefordert und dann von den Industriellen zur Verfügung gestellt seien. Das Reichsamt des Innern habe sich als Bittsteller in Abhängigkeit von der Großindustrie gesetzt. Man habe das preußische Königtum als ein Königtum für die Armen bezeichnet; aber hier handle es sich um die Agitation für ein Gesetz, das sich gegen die Armen richte, für ein Gesetz, das die Koalitionsfreiheit beschränken solle. Um persönliche Bestechlichkeit handle es sich nicht, aber um Schlimmeres: um eine weitreichende Begriffsverwirrung in den Regierungskreisen; diese schienen aber gar kein Verständnis für den Vorgang zu haben.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, die verhältnismäßig ruhige Form, die trotz einiger obligater und wohl auch für den Herrn Abgeordneten Auer unvermeidlicher Kraftausdrücke doch eher gemäßigte Form, in welcher der Herr Interpellant seinen Antrag begründet hat, stand in einem beinahe pikanten Gegensatz zu der Art und Weise, wie seit Wochen der in Rede stehende Vorfall in der dem Herrn Antragsteller und seinen Freunden nahestehenden Presse behandelt und — ich kann wohl sagen — ausgeschlachtet worden ist. Ich bin doch ziemlich weit herumgekommen in der Welt, aber so was von Uebertreibungen, wie bei der Behandlung dieses Falles in der sozialdemokratischen Presse ist mir denn doch noch nicht vorgekommen.

(Na! na! links.)

In dem ersten Artikel, den ich über diesen Vorfall las, fand ich zweimal das Wort „Panama"

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten),

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 7. Sitzung, S. 138 f.

und in einem anderen Artikel war von der „Maffia“ die Rede. Du lieber Gott, ich habe doch auch die zeitgenössische Geschichte, die zeitgenössische Entwickelung verfolgt, ich versichere Sie, Panama war wirklich anders

(große Heiterkeit),

und ich versichere Sie auch, die Anhänger der Maffia, die Maffiosi, wie man in Sizilien sie nennt, sehen anders aus als die Berliner Geheimräte.

(Große Heiterkeit.)

Ueber solche Vergleiche wird niemand mehr lächeln als unsere intelligenten und sympathischen Nachbarn jenseits der Alpen und jenseits der Vogesen. Meine Herren, der Zweck, der mit allen diesen Uebertreibungen und — ich muß es leider sagen — mit allen diesen Entstellungen verbunden war, war natürlich der, den Glauben zu erwecken, als ob wir in Deutschland in einem Staate lebten, dessen Regierung abhängig wäre von bestimmten Gruppen

(sehr richtig! links),

von einer bestimmten Klasse, mit einem Worte — der Herr Abgeordnete Auer hat dies Wort selbst ausgesprochen —: in einem Klassenstaat.

(Sehr richtig! links.)

— Sie bestätigen durch Ihren Zuruf nur meine Behauptung.

Meine Herren, schon diese Wahrnehmung, welchen Agitationsstoff die Herren von dort drüben aus der Behandlung dieses Falles geschöpft haben, würde mich nachdenklich stimmen, würde mich bedenklich machen in der Beurteilung des seiner Zeit für die Verbreitung amtlicher Drucksachen eingeschlagenen Weges

(sehr richtig! rechts);

denn ich bin der Ansicht, daß jede deutsche Regierung dem Gemeinwohl um so besser dient, je mehr sie sich hält und je höher sie sich stellt über die verschiedenen Interessengruppen, über die Parteien

(sehr wahr! links),

über die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze.

(Sehr gut! links.)

Ich bin davon durchdrungen, daß es die erste Aufgabe jeder deutschen Regierung ist, das Wohl des Ganzen im Auge zu haben und nur die Gesamtinteressen des Landes zu fördern.

(Zuruf links.)

— Meine Herren, warum widersprechen Sie mir denn? Sie kennen mich ja noch gar nicht genug, weder politisch noch persön-

lich, um ein abschließendes Urteil über mich aussprechen zu können. Politisch bin ich noch nicht lange genug am Werke, namentlich in der inneren Politik, als daß Sie mich beurteilen könnten, außer wenn Sie sich auf den Standpunkt eines Ihrer Vorgänger vom Jahre 1848 stellen: ich kenne die Absicht des Ministers nicht, aber ich mißbillige sie — und persönlich kennen wir uns doch auch nicht genug; ich bedaure es, hoffentlich bedauern Sie es auch.

(Heiterkeit.)

Also zu einem abschließenden politischen und persönlichen Urteil über mich ist es noch zu früh, und ein solches zu fällen — verzeihen Sie das harte Wort! — ist oberflächlich. Das habe ich konstatieren wollen und kehre nunmehr zur Beantwortung der Interpellation zurück. — Ich bin aber ferner der Ansicht, daß die Regierung sogar den Schein vermeiden muß irgendwelcher Abhängigkeit von irgendwelchen Gruppen, daß sie jeden Verdacht vermeiden, jedem Verdacht entgehen muß irgendwelcher Abhängigkeit von Sonderinteressen.

(Sehr richtig! links.)

Darum stehe ich nicht an, trotz des guten Glaubens, in dem die beteiligten Beamten geglaubt haben, einer Vorlage der verbündeten Regierungen zu dienen, den dabei eingeschlagenen Weg als einen Mißgriff zu bezeichnen.

(Hört! hört! und Bravo! links.)

Der in Rede stehende Vorfall, meine Herren, hat sich ereignet, bevor ich die verantwortliche Leitung der Geschäfte des obersten Reichsbeamten übernommen hatte. Wäre ich damals um meine Meinung gefragt worden, so würde ich von der Beschreitung des für die Verbreitung amtlicher Drucksachen gewählten Weges abgeraten haben. Und würde heute, wo ich verantwortlicher Reichskanzler bin, die Absicht einer solchen Maßnahme zu meiner Kenntnis gelangen, so würde ich die Ausführung einer solchen Absicht zu inhibieren wissen.

(Bravo!)

Im vollen Einverständnis mit dem Herrn Staatssekretär des Innern

(na! na! bei den Sozialdemokraten)

— jawohl, im Einverständnis mit dem Herrn Staatssekretär des Innern, dessen eminente Arbeitskraft, dessen Geschäftserfahrung, dessen Kenntnisse, dessen Charakter ich trotz aller gegen ihn gerichteten Angriffe immer gleich hoch stelle

(Bravo!),

bin ich der Ansicht, daß derartige Wege in Zukunft nicht wieder eingeschlagen werden sollen.

(Lebhafter Beifall.)

Ueber diese meine Auffassung und diese meine Willensmeinung als des allein im Reiche leitenden Ministers ist das beteiligte Ressort nicht im Zweifel gelassen worden. Zu weiteren Maßnahmen sehe ich mich nicht veranlaßt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

— Sie scheinen, wie ich aus Ihrem „hört! hört!" entnehme, solche erwartet zu haben. Aber weitere Maßnahmen werde ich nicht treffen, und ich will Ihnen, meine Herren, einen Grund angeben, aus dem ich weitere Maßnahmen nicht treffen werde.

Der Herr Antragsteller hat gesagt, daß er nicht wisse, wie ein gewisser Brief in eine gewisse Leipziger Zeitung gekommen sei. Vielleicht weiß es der Herr Abgeordnete Dr. Schoenlank.[2])

(Heiterkeit.)

Aber ich habe vorläufig noch nicht den Eindruck, ich habe namentlich nach dem, was der Herr Abgeordnete Auer eben sagte, nicht den Eindruck, daß der Herr Abgeordnete Schoenlank geneigt sein werde, uns das verschleierte Bild von Sais zu enthüllen.

(Heiterkeit.)

Nun denn, meine Herren, das hat in mir den Eindruck verstärkt trotz allem, was der Herr Abgeordnete Auer soeben gesagt hat — und das wird, glaube ich, auch bei manchen Mitgliedern dieses hohen Hauses den Eindruck hervorrufen —, daß die Art und Weise, wie dieser Vorfall in die Oeffentlichkeit gebracht worden ist, mir weniger inspiriert zu sein scheint von löblichem Eifer für das öffentliche Wohl

(sehr richtig! rechts — Widerspruch links),

als von feindlichen Tendenzen gegen bestimmte Persönlichkeiten

(sehr richtig! rechts),

wegen derer politischen oder vielleicht auch wegen derer wirtschaftlichen Richtung.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte. — Widerspruch links.)

---

2) Der Bueckſche Brief war zuerst in der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht worden. Deren Chefredakteur war damals der Abgeordnete Dr. Schoenlank.

Vor Intrigen beuge ich mich nicht, vor solchen dunkeln und unlauteren Machenschaften weiche ich nicht zurück.

(Bravo!)

Ich hoffe, daß ich die Mehrheit des hohen Hauses auf meiner Seite habe, wenn ich erkläre, daß ich solchen Treibereien und Machenschaften keinen Einfluß einräume auf mein öffentliches Verhalten und meine amtlichen Entschließungen.

(Lebhafter Beifall.)

Im übrigen, meine Herren, können Sie versichert sein, daß ich gar keine Neigung empfinde, den Herren von jener Seite des Hauses je wieder ähnlichen Agitationsstoff zuführen zu lassen.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Lebhafter Beifall.)

33. Der Toleranzantrag des Zentrums.

Sitzung des Reichstages vom 5. Dezember 1900.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hatte einen Gesetzentwurf über die „Freiheit der Religionsübung" eingebracht; die ersten vier Paragraphen verlangen die Religionsfreiheit der Reichsangehörigen, die Paragraphen 5—10 die Religionsfreiheit der Religionsgemeinschaften. Während der erste Teil im großen und ganzen an bestehende Verhältnisse sich anlehnt, stellt der zweite die Forderung auf, daß solchen Religionsgemeinschaften, die in einem der Bundesstaaten staatliche Anerkennung besitzen, innerhalb des ganzen Reichsgebietes die freie und öffentliche Ausübung ihres Kultus zustehen soll. Der beantragte Gesetzentwurf dehnt also schon durch diese Forderung die Kompetenz des Reiches auf ein Gebiet aus, das nach der Verfassung mit den Obliegenheiten der Reichsgesetzgebung und Reichsaufsicht nichts zu tun hat, mithin ausschließlich der Landesgesetzgebung vorbehalten ist.

Daher ergriff denn bei Beginn der ersten Beratung des Antrages zu einer prinzipiellen Erklärung über die Stellung der verbündeten Regierungen zu dem Antrage das Wort

der Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Im Namen der verbündeten Regierungen habe ich die Ehre, nachfolgende Erklärung abzugeben:

Obwohl sich die verbündeten Regierungen über gesetzgeberische Anträge, die aus dem Reichstage hervorgehen, erst schlüssig zu machen pflegen, nachdem der Reichstag seinerseits Stellung

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 17. Sitzung, S. 301 f.

genommen hat, halten sie es im vorliegenden Falle doch für notwendig, zu einer so ernsten und das Gewissen des deutschen Volkes berührenden Frage sich alsbald auszusprechen. Die verbündeten Regierungen achten die Ueberzeugungen und Gefühle, welche dem Antrage der Herren Abgeordneten Lieber und Genossen zu Grunde liegen; sie sehen sich jedoch außer stande, diesem Antrage zuzustimmen, welcher die verfassungsmäßige Selbständigkeit der Bundesstaaten auf einem Gebiete beschränken will, das sie der Zuständigkeit ihrer Landesgesetzgebung vorbehalten müssen.

Meine Herren, die aus älterer Zeit überkommene Gesetzgebung dieses oder jenes Bundesstaates [2]) mag Vorschriften enthalten, die mit den im größten Teil des Reichs anerkannten Grundsätzen freier Religionsübung nicht überall im Einklang stehen. Wenn ich für meine Person hoffe, daß derartige landesgesetzliche Disparitäten verschwinden werden

(Bravo!)

— ich bin durchaus für die Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften —, so muß ich als Reichskanzler mir doch vor allem vor Augen halten, daß meine erste Aufgabe dahin geht, den bundesstaatlichen Charakter des Reichs und die Autonomie der Bundesglieder, soweit die Reichsgesetzgebung dieselbe gewährleistet, nicht ohne willige Zustimmung der Einzelstaaten beeinträchtigen zu lassen.

(Hört! hört! links. — Bravo! rechts.)

Darin wurzelt das Vertrauen, auf welches die Reichsgewalt bei den Bundesstaaten zählen muß. Dieses Vertrauen ungemindert und ungeschmälert zu erhalten, ist meine vornehmste Pflicht

(Bravo! rechts),

und ich bin überzeugt, daß das hohe Haus mir in dieser Auffassung beistimmen wird.

(Bravo! rechts.)

2) Der beantragte Gesetzentwurf richtete sich ausgesprochenermaßen u. a. gegen landesgesetzliche Bestimmungen, die im Königreich Sachsen, in Mecklenburg-Schwerin und in Braunschweig noch in Kraft standen, inzwischen aber zum größten Teile in einer berechtigten Wünschen entsprechenden Weise abgeändert worden sind.

34. Deutschlands Stellung zum Burenkriege.

Sitzung des Reichstages vom 10. Dezember 1900.

Bei der Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1901 gaben dem Reichskanzler Ausführungen der Abgeordneten Dr. Sattler (natlib.) und Graf zu Limburg-Stirum (kons.) über die mit dem südafrikanischen Kriege zusammenhängenden Fragen Gelegenheit, sich über die Erwägungen zu äußern, die für die deutsche Regierung bei der Unterlassung eines offiziellen Empfanges des Präsidenten Krüger maßgebend waren.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, auf alle von dem Herrn Abgeordneten Dr. Sattler soeben aufgeworfenen, besprochenen und angeregten Fragen werde ich heute nicht mehr eingehen, so schmeichelhaft mir auch das Interesse des Herrn Abgeordneten an meinem politischen, an meinem wirtschaftlichen, wie an meinem sozialpolitischen Seelenzustande gewesen ist.

(Heiterkeit.)

Alle seine Fragen zu beantworten würde auch nicht ganz leicht sein, und ich gestehe, daß mir bei einigen zu Mute war etwa wie Faust, als Gretchen ihn fragte: „Nun sag, wie hast du's mit der Religion?"

(Heiterkeit.)

Ich bin aber dem Herrn Abgeordneten Dr. Sattler, und ich bin vor allen Dingen dem Herrn Vorredner, dem Herrn Grafen Limburg-Stirum, dankbar, daß sie mir Gelegenheit bieten, mich auszusprechen über die Reise des Präsidenten Krüger wie über unsere Haltung gegenüber dem südafrikanischen Kriege, und ich bitte um die Erlaubnis, im Interesse der Klarstellung dieser das deutsche Volk tief bewegenden Frage etwas weiter ausgreifen zu dürfen.

Daß es zwischen den südafrikanischen Republiken und England zum Kriege gekommen ist, haben wir aufrichtig beklagt. Wir beklagten es, daß ein solcher Krieg möglich sei zwischen Christen, zwischen Weißen, zwischen Angehörigen derselben großen germanischen Rasse. Es mußte uns auch das, nebenbei gesagt, eine Mahnung sein und ist uns eine Mahnung gewesen, die Augen offen zu halten, uns nicht Sand in die Augen streuen zu lassen, sondern festzuhalten an der alten Wahrheit und an der alten Erfahrung, daß in der eigenen Kraft die einzig sichere Bürgschaft ruht für den Frieden und für die Behauptung des eigenen Rechts, zu Lande und zu Wasser.

(Bravo! rechts.)

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 16. Sitzung, S. 413ff.

Wir beklagten den Ausbruch dieses Krieges aber auch deshalb, weil durch denselben gewichtige deutsche wirtschaftliche und politische Interessen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Mehrere Tausende von deutschen Staatsangehörigen sind in Südafrika angesessen, Deutsche haben dort große Fabrik-, industrielle und Bankétablissements ins Leben gerufen; das in Südafrika investierte deutsche Kapital beziffert sich auf Hunderte von Millionen, der Handelsverkehr zwischen der deutschen und der südafrikanischen Küste ist ein reger, wir sind wirtschaftlich in hohem Grade an der Zukunft Südafrikas interessiert. Und politisch hatten wir die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Krieg keine schädliche Rückwirkung ausübe auf unsern südafrikanischen Besitzstand. Darum haben wir getan, was für uns als neutrale Macht und ohne Gefährdung direkter deutscher Interessen möglich war, um den Ausbruch dieses Krieges zu verhüten. Wir haben insbesondere gegenüber den Regierungen der beiden südafrikanischen Republiken auch insofern ganz loyal gehandelt, daß wir denselben von vornherein und rechtzeitig keinen Zweifel ließen hinsichtlich der Lage der Dinge in Europa, wie hinsichtlich unserer eigenen Neutralität im Falle eines Krieges in Südafrika, daß wir in diesen beiden Richtungen den Regierungen der beiden südafrikanischen Republiken rechtzeitig reinen Wein einschenkten.

Ich habe hier, meine Herren, eine Aufzeichnung vor mir liegen, welche diese unsere Haltung vor dem Ausbruch des südafrikanischen Krieges an der Hand der Akten beleuchtet. Im Mai und Anfang Juni 1899 haben wir auf dem Wege über den Haag und im Verein mit der niederländischen Regierung dem Präsidenten Krüger zur Mäßigung geraten. Ich beziehe mich in dieser Hinsicht auf das kürzlich veröffentlichte niederländische Gelbbuch, wo die nachstehende Depesche des niederländischen Ministers des Äußern an den niederländischen Generalkonsul in Pretoria vom 13. Mai 1899 abgedruckt ist:

> Haag, 13. Mai 1899. Minister des Auswärtigen an Generalkonsul der Niederlande in Pretoria. Nachrichten aus verschiedenen Hauptstädten lassen mich an die Gefahr glauben, daß eine unmittelbar bevorstehende gewaltsame Lösung der afrikanischen Frage zu befürchten ist. Ich bitte Sie, dem Präsidenten ohne Verzug mündlich und ganz vertraulich mitzuteilen, daß ich ihm als aufrichtiger Freund und im wahren Interesse der Republik rate, sich so versöhnlich und maßvoll als irgend möglich zu

zeigen. Ich weiß aus ganz sicherer Quelle, daß die deutsche Regierung diese Ansicht durchaus teilt.

Weil damals der Vermittlungsgedanke nicht aussichtslos erschien, und da die Frage eines Schiedsspruches der Vereinigten Staaten von Amerika sogar in einzelnen Organen der englischen Presse ohne Schroffheit erörtert wurde, haben wir auch durch die niederländische Regierung im Juni 1899 dem Präsidenten Krüger die Anrufung einer Vermittlung empfehlen lassen.

(Hört! hört! links.)

In Erwiderung hierauf teilte Herr Leyds dem niederländischen Gesandten in Paris mit, der Präsident halte den Augenblick für die Anrufung einer Vermittlung noch nicht für gekommen.

(Hört! hört! links.)

Unser Geschäftsträger im Haag telegraphierte darüber unterm 22. Juni 1899:

Der Kaiserlich deutsche Geschäftsträger an das Auswärtige Amt. Der niederländische Gesandte in Paris meldet Herrn de Beaufort, Herr Leyds habe ihn aufgesucht und ihm mitgeteilt, Präsident Krüger halte den gegenwärtigen Augenblick noch nicht für geeignet, um die amerikanische Intervention anzurufen.

Als dann nach einiger Zeit der Präsident Krüger den Versuch machte, eine Vermittlung, d. h. ein beiderseitiges Eingehen auf einen Schiedsspruch zu erlangen, waren die Gemüter dafür schon zu sehr erhitzt, und Herr Krüger klagte im August der niederländischen Regierung, daß kein Schiedsspruch zu erreichen sei. Daraufhin haben nochmals die deutsche und die niederländische Regierung — und für die deutsche Regierung war dies das letzte Mal — einen Rat erteilt, dessen Inhalt in dem niederländischen Gelbbuch folgendermaßen wiedergegeben wird:

Haag, 15. August 1899. Niederländischer Minister des Auswärtigen an Generalkonsul der Niederlande in Pretoria. Sie wollen dem Präsidenten vertraulich mitteilen, daß die deutsche Regierung die in meiner Depesche vom 4. d. M. ausgesprochene Ansicht, den englischen Vorschlag nicht abzulehnen, vollständig teilt. Die deutsche Regierung ist, wie ich, vollständig davon überzeugt, daß jeder Schritt bei einer der Großmächte in diesem kritischen Augenblick ohne irgend ein Ergebnis und sehr gefährlich für die Republiken sein würde.

Ich glaube, meine Herren, daß schon aus dieser Publikation hervorgeht, daß uns wegen des Ausbruchs des Krieges wie wegen des Schicksals der südafrikanischen Republiken kein Vor-

wurf trifft. So weit durften wir freilich nicht gehen, daß wir, um das Zuschlagen der Tür, um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern, die eigenen Finger zwischen Tür und Angel klemmten. Damit würden wir den Buren nichts genützt und uns nur geschadet haben.

(Sehr richtig! links.)

Und nachdem der Krieg ausgebrochen war, konnten wir im Hinblick auf die allgemeine Weltlage und vom Standpunkt der deutschen Gesamtinteressen keine andere Haltung einnehmen, als eine solche strikter Neutralität.

(Sehr richtig!)

Daran konnten auch die Sympathien nichts ändern, welche, wie in andern Ländern, so auch in Deutschland für Männer bestanden, die für ihr Ideal von Leben und Regierung und Freiheit mutig ihre Existenz in die Schanze geschlagen haben, die in schwerem Kampf heldenhaft ausgehalten haben

(Bravo! rechts);

denn die Politik eines großen Landes darf in kritischer Stunde nicht von den Eingebungen des Gefühls beherrscht, sondern sie muß lediglich geleitet werden nach dem ruhig und nüchtern erwogenen Interesse des Landes.

(Sehr richtig! links.)

Was nun die Möglichkeit einer Friedensvermittlung angeht, so wäre die Voraussetzung einer solchen gewesen, daß sie von beiden streitenden Teilen acceptiert würde. Andernfalls würde es sich nicht um eine Mediation gehandelt haben, sondern um eine Intervention mit eventuellem Zwange behufs Einstellung der Feindseligkeiten. Eine solche Intervention mit koerzitiven Hintergedanken war für uns durch die generellen Weltverhältnisse wie durch unsere speziellen deutschen Interessen ausgeschlossen. Uebrigens ist eine andere als eine ganz friedliche und freundschaftliche Mediation von keiner Macht jemals in Erwägung gezogen worden. Auch diejenigen Mächte, die den Gedanken einer solchen friedlichen Intervention akademisch ventilierten, betonten dabei immer ausdrücklich, daß ihnen jeder Gedanke fernliege, England gegen seinen Willen zum Frieden nötigen zu wollen.

(Hört! hört! links.)

Als nun der Gedanke einer solchen friedlichen Mediation von Amerika auf dem Wege einer ganz leisen diplomatischen Sondierung nach England gelangte, wurde derselbe von der englischen Regierung amtlich und kategorisch in der allerbestimmtesten Weise abgelehnt. Damit war die Möglichkeit einer Mediation beseitigt, deren Voraussetzung eben der Wunsch

beider streitender Teile ist. Ein Einschreiten nur auf den Wunsch des einen Teiles bezeichnet das Völkerrecht nicht mehr als Mediation, sondern als Intervention, und eine solche Intervention pflegt, wenn sie nicht zu einer diplomatischen Niederlage führt, die Einleitung zu einem bewaffneten Konflikt zu sein. Wenn wir auf einer solchen Basis in einen solchen Konflikt hineingegangen, in einen solchen Konflikt hineingeglitten wären, ja, da hätte es uns wohl gehen können, wie es in einem schönen Schiller-schen Gedicht dem von seinem Idealismus vorwärts getriebenen Jüngling geht, wo es heißt:

Doch ach, schon auf des Weges Mitte
Verließen die Begleiter mich,
(Heiterkeit)
Sie wandten seitwärts ihre Schritte,
Und einer nach dem andern wich.
(Sehr gut!)

In eine solche Situation haben wir das deutsche Volk nicht bringen wollen, nicht bringen dürfen.

(Lebhaftes Bravo.)

Was nun die Reise des Präsidenten Krüger und seinen Nichtempfang durch Seine Majestät den Kaiser angeht, so kommt es da nicht auf das Beiwerk an, nicht auf nebensächliche Begleiterscheinungen, auch nicht auf polizeiliche Ungeschicklichkeiten

(aha!),

sondern es kommt an auf den Kern der Sache, nämlich auf die Frage: würde die Reise des Präsidenten Krüger und würde sein Empfang durch Seine Majestät den Kaiser ihm oder uns irgend etwas genützt haben?

(Hört! hört!)

Diese Frage beantworte ich mit einem entschiedenen Nein. Dem Präsidenten Krüger würde eine Audienz, würden alle Ovationen und alle Demonstrationen, alle Beifallskundgebungen und alle Zustimmungsadressen gar nichts geholfen haben. Was haben denn dem Präsidenten Krüger die Pariser Ovationen genützt?

(Hört! hört!)

Was hat ihm sein Empfang im Elysee genützt? Ich habe hier liegen den telegraphischen Auszug über die letzte, also doch wohl entscheidende und maßgebende Unterredung, welche der Präsident Krüger mit dem französischen Herrn Minister des Aeußeren gehabt hat. Ich möchte mir

erlauben, diesen ganz kurzen Auszug mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zu verlesen. Da heißt es:

> Aus der Umgebung des Präsidenten Krüger verlautet über die gestrige Unterredung desselben mit Delcassé, daß Krüger sich darauf beschränkte, zu erforschen, wie sich die französische Regierung gegenüber gewissen Eventualitäten verhalten werde, welche sich aus den Schritten ergeben könnten, die in Europa getan werden sollten. Die Unterredung bewegte sich in allgemeinen und unbestimmten Ausdrücken. Krüger stellte keine bestimmte Frage und beschränkte sich darauf, zu sondieren. Was Delcassé betrifft, so gab er zu verstehen, daß er sich an das halten werde, was er gelegentlich der Interpellation über die Transvaalfrage im März dieses Jahres dargelegt habe.[2]) Delcassé gab weiter zu verstehen, daß Frankreich keinerlei Initiative ergreifen werde, daß es jedoch einer solchen nicht entgegentreten, ihr vielmehr sich anschließen werde, wenn dieselbe unter Umständen zu tage treten sollte, welche die Billigung Frankreichs zu verdienen geeignet seien.
>
> (Heiterkeit.)
>
> Krüger machte keinerlei Vorschläge und ließ nicht durchblicken, was er zu tun beabsichtige.

Nun frage ich Sie, meine Herren, ob nach dieser Unterredung der Präsident Krüger nicht ebenso klug war wie vorher? Und dabei betone ich, daß der französische Herr Minister des Aeußern so verständig als möglich geantwortet hat, wie das von einem so weisen, so erfahrenen und ausgezeichneten Staatsmann nicht anders zu erwarten war, wie dies Herr Delcassé ist. Ich würde es eintretendenfalls in Berlin gar nicht schöner haben machen können.

(Große Heiterkeit.)

Auch ich würde dem Präsidenten Krüger bei allem menschlichen Mitgefühl für sein tragisches Schicksal, bei allem persönlichen und menschlichen Verständnis für seinen Mut, sein Gottvertrauen, seine schlichte Größe,

---

2) Am 15. März 1900 erklärte Minister des Aeußern Delcassé in der Deputiertenkammer: „Unser Konsul in Pretoria hat der Regierung in einem Telegramm mitgeteilt, daß die Präsidenten der beiden Republiken um die Einmischung der Mächte für einen Frieden auf Grundlage der Unabhängigkeit der Republiken nachgesucht hätten. Die englische Regierung hatte auf diesen Schritt den beiden Präsidenten öffentlich erklärt, sie könne dieser Unabhängigkeit nicht zustimmen. Eine Einmischung der Mächte könnte also nicht mehr stattfinden."

als Minister des Aeußern, als Reichskanzler, da ich in Fragen der auswärtigen Politik mein Herz im Kopfe haben muß — ich würde ihm auch nur haben sagen können, was ihm in Paris gesagt worden ist, und was der Burendeputation schon im vergangenen Frühjahre in Paris, in Washington, in Petersburg, überall geantwortet worden ist, nämlich daß wir das Aufhören des Blutvergießens, des entsetzlichen Blutvergießens in Südafrika, lebhaft wünschen, daß aber eine andere als friedliche Mediation unter Zustimmung Englands von keiner Seite in Aussicht gestellt worden sei.

Was nun aber die andere Seite der Frage betrifft, so würde eine Reise des Präsidenten Krüger nach Berlin unsere Stellung in der Welt sicherlich nicht verbessert haben; denn entweder würden die Ovationen für den Präsidenten Krüger vollständig zwecklos gewesen sein, reine Schläge ins Wasser, nichts als verpufftes Feuerwerk, oder es würden unsere internationalen Beziehungen verschoben worden sein zum Nachteile des Landes. Diese internationalen Beziehungen zu schützen vor jeder, sei es durch Intrigen, sei es durch Demonstrationen hervorgerufenen Trübung, ist eine Pflicht der Regierung, und diese Pflicht hat die Regierung vor allem in unseren Tagen, wo — ich habe mir schon erlaubt, einmal in der Budgetkommission darauf anzuspielen — Kriege viel leichter entfesselt werden durch elementare Volksleidenschaften, durch leidenschaftliche Erregung der öffentlichen Meinung, als wie in den Tagen der alten Kabinettspolitik durch den Ehrgeiz der Monarchen oder durch die Ränke der Minister [3]), die sich ja gegen früher sehr gebessert haben.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, es ist in diesen letzten Tagen und zum Teil in sehr leidenschaftlicher Weise in der Presse wie in Volksversammlungen diskutiert worden unser Verhältnis zu England. Sich über die Beziehungen zwischen zwei großen und selbstbewußten Völkern auszusprechen, ist nicht ganz leicht, nicht so leicht, wie es vielleicht manchem erscheint, wenigstens nicht für mich in meiner verantwortlichen Stellung. Ich nehme aber keinen Anstand, mich auch hierüber auszusprechen. Wir stehen England gegenüber vollständig unabhängig da, wir sind nicht um eines Haares Breite mehr auf England angewiesen, als England auf uns.

(Sehr richtig!)

Aber wir sind bereit, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme und völliger Gleichheit — über diese selbstverständliche Vorbedingung für ein

3) Vgl. oben S. 119 f.

richtiges Verhältnis zwischen zwei Großmächten haben wir keine Großmacht je im Zweifel gelassen — ich sage: wir sind bereit, auf dieser Basis mit England in Friede, Freundschaft und Eintracht zu leben. England gegenüber, wie das uns von mancher Seite zugemutet wird, den Don Quixote zu spielen und die Lanze einzulegen und loszurennen, wo irgend in der Welt englische Windmühlen gehen, dazu sind wir nicht berufen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Es wird auch kein praktischer Politiker der Ansicht sein, daß ein gespanntes Verhältnis zu England prinzipiell geboten sei und eine dauernde Eigentümlichkeit unserer Politik werden müßte. In unserem Interesse liegt es, mit allen denjenigen Mächten auf gutem Fuße zu stehen, die mit uns in Frieden zu leben wünschen. Uns unnötig mit der dauernden Gegnerschaft irgend einer Großmacht zu belasten, wäre ein politischer Fehler, eine politische Dummheit, für welche ich die Verantwortung nicht übernehme.

(Sehr gut!)

Meine Herren, wir werden wie überall so auch in Südafrika die deutschen Interessen wahren, die deutschen politischen und die deutschen wirtschaftlichen Interessen. Wir rechnen mit Bestimmtheit darauf, daß der Ausgang des südafrikanischen Krieges unsere dortigen legitimen wirtschaftlichen Interessen nicht dauernd beeinträchtigen wird, und wir sind voll berechtigt, anzunehmen, daß dieser Krieg keine schädliche Rückwirkung ausüben wird auf unseren afrikanischen Besitzstand, unseren zukunftsreichen afrikanischen Besitzstand. Das zu verlangen ist unser gutes Recht. Von unserm guten Recht geben wir nicht ein Titelchen auf. Aber für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen und uns von anderen vorschieben zu lassen, das ist nicht unsere Aufgabe, das wäre ein grober Fehler gewesen. Auch ich, meine Herren, kenne sehr wohl die Empfindungen der deutschen Volksseele und ich weiß diese Empfindungen wohl zu würdigen. Aber den politischen Blick darf ich mir dadurch nicht trüben lassen, und das politische Augenmaß darf ich mir dadurch nicht verrücken lassen. Solange ich an dieser Stelle stehe, darf ich mich nicht von Gefühlen und Volksstimmungen hinreißen lassen, sondern ich kann und muß mich einzig und allein leiten lassen von den dauernden Interessen der Nation — und diese Interessen schrieben uns die selbständige, ruhige und neutrale Haltung vor, die wir gegenüber den südafrikanischen Wirren eingenommen haben.

(Lebhaftes Bravo.)

Da von zahlreichen Abgeordneten Vertagungsanträge eingegangen waren, wurde die Sitzung des Reichstages nach dieser Rede des Reichskanzlers geschlossen. Die Debatte spielte aber an den beiden nächsten Tagen wieder auf dieses Gebiet hinüber; der Reichskanzler nahm erst am 12. Dezember wieder daran teil. Vgl. Nr. 35.

35. Deutschlands Stellung zum Burenkriege. (Fortsetzung und Schluß.)

Sitzung des Reichstages vom 12. Dezember 1900.

Der Reichskanzler wendet sich in dieser Sitzung vorwiegend gegen die Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten Professor Dr. Hasse; daneben zum Teil gegen die des Abgeordneten Bebel vom Tage zuvor. Der Abgeordnete Dr. Hasse, der als erster Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes unmittelbar zuvor von einer Begrüßung des Präsidenten Krüger im Haag zurückgekehrt war, erging sich in lebhaften Angriffen auf die angeblich zu Gunsten Englands betätigte Neutralität der deutschen Regierung und betonte scharf den Widerspruch zwischen der Volksstimmung und der amtlichen Politik.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Hasse hat nicht ohne eine gewisse Erregung gesprochen, auch nicht ohne Pathos, mit schönem Pathos. Ich werde mich bemühen, so ruhig und nüchtern als möglich zu reden; denn meine verantwortliche Stellung legt mir die Pflicht auf, mich lediglich von der Staatsraison leiten zu lassen. Es hat mich auch interessiert, zu sehen, wie munter der Herr Abgeordnete Hasse herumplätschert in den blauen Wellen des unbegrenzten Ozeans der Konjekturalpolitik.

(Heiterkeit.)

Auch an diesem Vergnügen kann ich mich nicht beteiligen; ich muß auf der terra firma der Wirklichkeit bleiben. Ich zweifle ja nicht daran, daß der Herr Abgeordnete Hasse mir an diplomatischer Geschicklichkeit, an staatsmännischer Erfahrung und Einsicht, an Willenskraft weit überlegen ist

(Heiterkeit);

ich bin aber doch überzeugt, daß, wenn er an meiner Stelle stünde — das glaube und erwarte ich von seinem Patriotismus — und wenn er die Verhältnisse in der Welt und in Europa so kennte, wie ich sie kenne, er dann ganz genau dieselbe Politik machen würde wie ich. Der Herr

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 18. Sitzung, S. 473 ff.

Abgeordnete Hasse hat selbst erwähnt, daß er am vergangenen Montag bei der Einleitung der Etatsdebatte hier nicht zugegen war. Ich denke nicht daran, ihm daraus einen Vorwurf zu machen; aber ich kann nicht bloß seinetwegen alles wiederholen, was ich schon vorgestern gesagt habe. Ich gehe also nicht ein auf denjenigen Teil meiner damaligen Ausführungen, durch den ich, wie ich glaube, vieles von dem, was der Herr Abgeordnete Hasse heute sagte, schon im voraus widerlegt habe. Ich wende mich zu dem, was er Neues gesagt hat.

Der Herr Abgeordnete Hasse hat sich gewandt gegen unsere Art und Weise des Vorgehens, gegen unsern modus procedendi gegenüber dem Herrn Präsidenten Krüger. Die Sache lag einfach so. Als wir hörten, daß der Präsident Krüger die Absicht habe, nach Berlin zu kommen — diese Nachricht war für uns überraschend, diese Nachricht bekamen wir 24, höchstens 48 Stunden, bevor die Abreise stattfinden sollte; bisher war allgemein angenommen worden, der Präsident Krüger würde sich von Paris nach Holland begeben; worauf die Sinnesänderung des Herrn Präsidenten Krüger zurückzuführen war, das will ich hier unerörtert lassen —

(Hört! hört! links),

aber als wir hörten, der Präsident Krüger wolle sich in kleinen Etappen über Köln und Magdeburg nach Berlin begeben, da haben wir ihn in der höflichsten und rücksichtsvollsten Weise durch die Vermittelung unserer Botschaft in Paris und des Herrn Dr. Leyds darauf aufmerksam machen lassen, daß Seine Majestät der Kaiser zu seinem Bedauern nicht in der Lage wäre, jetzt den Herrn Präsidenten Krüger zu empfangen, und daß er ihn deshalb bäte, von seiner Reise Abstand zu nehmen. Als darauf der Präsident Krüger doch seine Reise ins Werk setzte, da ist ihm in Köln, wiederum in der allerrücksichtsvollsten Weise, durch den Kaiserlichen Gesandten in Luxemburg nochmals gesagt worden, Seine Majestät sei außer stande, ihn jetzt zu sehen, und bäte ihn deshalb, von einer Reise nach hier abzusehen. Ueberrumpeln lassen wir uns nicht, und vergewaltigen lassen wir uns auch nicht.

(Sehr gut! links.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Hasse — und er ist darin ja, wie er sich selbst rühmt, in die Fußstapfen des Herrn Abgeordneten Bebel getreten — gesagt, daß unsere Haltung gegenüber der Reise des Präsidenten Krüger hervorginge aus Rücksicht auf das Ausland, und in seinen offiziösen Blättern habe ich sogar den Ausdruck gelesen: aus Liebedienerei gegen das Ausland — das bemerke ich auch gegenüber dem Herrn, der soeben

„sehr richtig!" rief. Unsere Haltung ging nur hervor aus der Wahrung unserer eigenen Interessen. Wir haben das getan, was für uns nützlich war und was uns die Erhaltung des Weltfriedens erleichterte. Dabei war uns der Beifall der einen — ich spreche von unsern Nachbarn in Europa — ebenso gleichgültig wie der Aerger der anderen.

Dann hat der Herr Abgeordnete Hasse, geradeso wie gestern der Herr Abgeordnete Bebel, auch angedeutet, daß unsere Haltung gegenüber der Reise des Präsidenten Krüger oder überhaupt unsere Haltung gegenüber dem südafrikanischen Kriege zurückzuführen wäre auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des Trägers des Krone.

(Zuruf.)

— Das hat gestern der Abgeordnete Bebel gesagt; ich habe verstanden, Herr Hasse, daß Sie sich, wie in dem übrigen Teil der auf Transvaal bezüglichen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel, auch diesen Vorwurf zu eigen gemacht hätten.

(Zuruf.)

— Wenn Sie das nicht getan haben, so konstatiere ich das mit Vergnügen und antworte zunächst nur dem Herrn Abgeordneten Bebel.

Wie die englische Regierung und wie der englische Hof zur Reise des Präsidenten Krüger stehen, das weiß ich nicht. Das erkläre ich aber auf das allerentschiedenste, daß von seiten des englischen Hofs oder von seiten der englischen Regierung weder an seine Majestät den Kaiser noch an mich, als den verantwortlichen Reichskanzler, hinsichtlich der Reise des Präsidenten Krüger oder hinsichtlich unserer Haltung im südafrikanischen Kriege weder ein Wunsch noch irgend ein Antrag herangetreten ist. *Anzunehmen, daß Seine Majestät der Kaiser sich durch verwandtschaftliche Beziehungen beeinflussen lassen könnte, das zeigt wenig Kenntnis des Charakters Seiner Majestät des Kaisers und der Vaterlandsliebe Seiner Majestät des Kaisers.*

(Bravo!)

Für Seine Majestät den Kaiser sind *lediglich nationale und deutsche Gesichtspunkte maßgebend*, und *wenn dem anders wäre*, wenn irgendwelche verwandtschaftlichen Beziehungen, wenn irgendwelche dynastischen Rücksichten Einfluß hätten auf unsere auswärtige Politik, *dann würde ich nicht einen Tag länger Minister bleiben.*

(Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, nun ist der Herr Abgeordnete Hasse auch zu sprechen gekommen auf das deutsch-englische Abkommen, und er hat in sehr schwarzen Farben alle Folgen geschildert, die dieses Abkommen für uns haben müßte. Das hat mich insofern etwas erstaunt, als der Herr Abgeordnete Hasse ja gar nicht weiß, was in dem Abkommen steht

(Heiterkeit und sehr richtig! links),

und ich werde es ihm auch jetzt nicht sagen, denn ich darf es nicht sagen. Die deutsche Regierung und die englische Regierung sind übereingekommen, dieses Abkommen bis auf weiteres und bis zum Eintritt bestimmter Umstände nicht der Oeffentlichkeit zu übergeben. Solche Zusagen von Regierung zu Regierung muß man halten. Wenn ich nicht schweigen könnte, so würden wir das Vertrauen der übrigen Regierungen verlieren, dann würde kein Mensch mehr mit uns unterhandeln wollen, und damit wäre auch Ihnen nicht gedient. Das kann ich aber mit aller Bestimmtheit sagen, daß das deutsch-englische Abkommen keinen Artikel, keinen Paragraphen, keine Bestimmung enthält, die sich bezöge auf einen Konflikt zwischen England und den südafrikanischen Republiken. Unsere Haltung gegenüber dem südafrikanischen Krieg würde genau dieselbe von beiden Seiten unabhängige und gegenüber beiden Teilen neutrale Haltung gewesen sein, wenn das deutsch-englische Abkommen nicht existierte; denn dieses Abkommen ging nicht hervor aus irgendwelchen von uns übernommenen Verpflichtungen, sondern lediglich aus unserem wohlverstandenen Interesse, aus der europäischen Gesamtlage wie aus unserem speziellen deutschen Interesse.

Das Samoa-Abkommen und das Jangtse-Abkommen[2]), über welches der Herr Abgeornete Hasse, wie ich glaube, mit großem Unrecht — das wird die Zukunft zeigen —, so abgünstig urteilt, enthalten überhaupt keine geheime Klausel, enthalten gar nichts, was dieses hohe Haus nicht wüßte und was nicht die ganze Welt wüßte.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Hasse ja auch, wenn ich ihn recht verstanden habe — oder war es gestern der Abgeordnete Bebel? — erinnert an das Telegramm, welches Seine Majestät der Kaiser im Jahre 1896 — —

(Zuruf)

— ich glaube, indirekt erinnerte der Herr Abgeordnete Hasse doch daran, es lag im ganzen Geist seiner Ausführungen — also er hat erinnert an das Telegramm, welches Seine Majestät der Kaiser nach Neujahr 1896

2) Vgl. oben S. 109 ff. und S. 133.

an den Präsidenten Krüger gerichtet hat, als es sich nicht um einen regulären Krieg zwischen zwei Staatswesen, sondern um ein Flibustierunternehmen handelte. Ich denke gar nicht daran, dieses Telegramm zu verleugnen, durch welches Seine Majestät der Kaiser seinem richtigen Empfinden für das Völkerrecht korrekten Ausdruck gegeben hat. Aber ebensowenig haben wir beabsichtigt, durch jenes Telegramm unsere Politik für immer in omnes casus et eventus, in saecula saeculorum festzulegen, und das konnten wir um so weniger, als sich die Verhältnisse seitdem geändert haben. Ich begehe keine diplomatische Indiskretion, wenn ich sage, daß dieses Telegramm jedenfalls das Verdienst gehabt hat, durch die Aufnahme welche es fand, nicht in Deutschland, sondern außerhalb Deutschlands, die Situation für uns insofern aufzuklären, als diese Aufnahme keinen Zweifel darüber ließ, daß wir im Falle eines Konflikts mit England in Afrika auf unsere eigenen Kräfte, allein auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein würden.

(Hört! hört!)

Daraus mußte eine gewissenhafte Regierung ihre Schlüsse ziehen, und daraus haben wir unsere Schlüsse gezogen.

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Hasse kamen im großen und ganzen darauf hinaus, daß er uns den Vorwurf macht, wir hätten die Buren preisgegeben; gerade diesen Ausdruck habe ich auch in einer Reihe ihm nahestehender Blätter gefunden. Von einer Preisgebung der Buren kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil wir nie ein Protektorat über die südafrikanischen Republiken ausgeübt oder auch nur erstrebt haben. Es kann von einer solchen Preisgebung aber vor allem deshalb nicht die Rede sein, weil wir nur deutsche Interessen in der Welt zu wahren haben. Transvaal und die südafrikanischen Republiken können nicht zum Angelpunkt unserer ganzen Politik werden. Das Hemd liegt näher als der Rock, und jedenfalls liegt es mir näher, der ich deutscher Minister des Aeußern bin, und nicht Minister in und für Pretoria.

Wenn aber der Herr Abgeordnete Dr. Hasse unter Berufung auf Adressen wie auf Volksversammlungen gesagt hat, daß die öffentliche Meinung für seine Auffassung ginge und gegen die von mir vertretene, so macht mich auch das andere nicht irre. Nicht als ob ich nicht sehr wohl die Macht und die Bedeutung der öffentlichen Meinung kennte. Die öffentliche Meinung ist der starke Strom, der die Räder der staatlichen Mühle treiben soll. Wenn aber dieser Strom Gefahr droht, die Räder in eine falsche Richtung zu treiben oder gar zu zerstören, so ist es die Pflicht einer Regierung, die diesen Namen verdient, sich einem

solchen Strome entgegenzustellen, unbekümmert um etwaige Unpopularität. Es gibt noch höhere Kränze als diejenigen, die der Alldeutsche Verband auszuteilen hat, nämlich das Bewußtsein, sich lediglich und ausschließlich leiten zu lassen von den wirklichen und dauernden Nationalinteressen.

(Bravo!)

Die deutsche öffentliche Meinung hat auch gerade in Fragen der auswärtigen Politik — ich scheue mich nicht, dies offen zu sagen — durchaus nicht immer das Richtige getroffen. Sich für die Interessen fremder Völker einzusetzen und zu erhitzen, wie das jetzt in einem Teile von Deutschland geschieht, einzusetzen und zu erhitzen bis zur Gefährdung deutscher Interessen, das ist ein menschlich schöner Zug des deutschen Volkes, politisch jedoch ein Fehler, der sich in der Vergangenheit oft genug an uns gerächt hat.

(Sehr richtig! links.)

Es macht dem guten Herzen des Herrn Abgeordneten Dr. Hasse Ehre, wenn er die Aufgabe unserer Politik vor allem darin sieht, fremde Völker zu retten. Das ist aber nur im Privatleben schön; im internationalen Verkehr kommt man nicht weit damit. Fremde Völker retten zu wollen, hat nicht immer Glück gebracht. Dafür bietet die Geschichte lehrreiche Beispiele.

Blicken wir in unsere eigene deutsche Geschichte! Als Fürst Bismarck in den sechziger Jahren nicht für die Polen eintreten wollte gegen Rußland, da hieß es, er habe sich erniedrigt zum Schergen russischer Henker und Gendarmen. Und als derselbe große Staatsmann 20 oder 22 Jahre später — ich gehörte damals schon der auswärtigen Karriere an und erinnere mich sehr wohl dieser Periode — sich nicht mit Rußland brouillieren wollte wegen der schönen Augen der Bulgaren und der schönen Augen des Prinzen Battenberg, da wurden dieselben Vorwürfe laut. Damals ging fast die ganze deutsche öffentliche Meinung ganz entschieden in den sechziger Jahren für die Polen und in den achtziger Jahren für die Bulgaren.[4]) Damals waren die Helden der polnischen Insurrektion,

4) Fürst Bismarck selbst fügt zu diesen beiden Beispielen als drittes die augustenburgische öffentliche Meinung im Jahre 1864, die nach der Befreiung der Herzogtümer aus ihnen ein neues Großherzogtum machen wollte „mit Stimmberechtigung am Bundestage und dem sich von selbst ergebenden Berufe, sich vor Preußen zu fürchten und es mit seinen Gegnern zu halten“. In diesem Zusammenhange zeiht er die öffentliche Meinung „derselben Urteilslosigkeit, welche sich früher den Polonismus und später die künstliche Begeisterung für die battenbergische Bulgarei als deutsches Nationalinteresse unterschieben ließ“. Dann fährt er fort (Ged. u. Er., Bd. II. S. 12): „Die Mache der Presse war in diesen beiden etwas analogen Lagen betrübend erfolgreich und die öffentliche Dummheit für ihre Wirkung so empfänglich wie immer . . . . Mein Respekt

war später der Fürst Alexander ebenso populär, wie es heute der Präsident Krüger ist. Es wird aber niemand in Zweifel darüber sein, daß Fürst Bismarck in beiden Fällen das Richtige getroffen hat, und daß er einen großen, gar nicht wieder gut zu machenden Fehler gemacht hätte, wenn er unsere Politik anders instradiert, anders manövriert hätte. Wir werden niemals durch Preisgebung deutscher Interessen fremde Zustimmung kaufen; für fremde Interessen dürfen deutsche Interessen nicht preisgegeben werden.

(Bravo!)

Ich habe in den letzten Tagen immer wieder gehört und immer wieder gelesen, daß *das Recht auf seiten der Buren stünde*. Ich scheue mich nicht, auch hier ganz offen zu sagen, daß das nicht das Entscheidende für uns sein kann. Wir können — das sage ich nicht bloß für dieses hohe Haus, ich sage es auch für das deutsche Volk, dessen Rechtssinn so ausgebildet ist — wir dürfen bei Streitigkeiten zwischen fremden Völkern nicht fragen, wo das Recht liegt und wo das Unrecht liegt. Der Politiker ist kein Sittenrichter; er hat lediglich die Interessen und Rechte seines eigenen Landes zu wahren. *Vom Standpunkte der reinen Moralphilosophie kann ich auswärtige Politik nicht treiben* — das hat auch Fürst Bismarck nicht getan —, *und vom Standpunkt der Bierbank auch nicht.*

(Heiterkeit und sehr gut! links.)

Meine Herren, als ich hier am vergangenen Montag an die politische Vernunft dieses hohen Hauses appellierte, an die man sich ja zum Aerger mancher Leute nicht umsonst wendet, da befand sich der Herr Abgeordnete Dr. Hasse im Haag. Ich denke nicht daran, ihm daraus einen Vorwurf zu machen. Ich achte den Idealismus, der in dem Herrn Abgeordneten Dr. Hasse steckt. Das ist ein schönes Erbteil des deutschen Volkes, und den wollen wir alle unserem Volke erhalten. Aber die Kreise unserer auswärtigen Politik darf dieser Idealismus nicht stören, das Wohl und die Zukunft der Nation darf er nicht gefährden; und solange ich hier stehe, muß ich den Frieden und die Wohlfahrt des deutschen Volkes gegen alle Störungen und Gefahren in Schutz nehmen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, wie das meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist.

(Lebhafter Beifall.)

---

vor der sogenannten öffentlichen Meinung, das heißt vor dem Lärm der Redner und den Zeitungen, war niemals groß gewesen, wurde aber in betreff der auswärtigen Politik in den beiden oben verglichenen Fällen noch erheblich herabgedrückt."

36. Erstes Auftreten des neuen Ministerpräsidenten im preußischen Hause der Abgeordneten.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Januar 1901.

Am 8. Januar eröffnete Graf von Bülow namens des Königs die Session des preußischen Landtages. Gleich am folgenden Tage führte er sich beim Abgeordnetenhause als Ministerpräsident ein. Da er als Staatssekretär keinen Anlaß gehabt hatte, mit dem Abgeordnetenhause direkte Beziehungen zu unterhalten, so war dies sein erstes parlamentarisches Auftreten in diesem Hause.

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, von Seiner Majestät dem Könige zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt, möchte ich die erste Gelegenheit ergreifen, welche sich mir bietet, um mich diesem Hohen Hause vorzustellen und das Entgegenkommen und das Wohlwollen zu erbitten, dessen ich für eine ersprießliche Leitung der Geschäfte des Landes bedarf.

Es ist nicht meine Absicht, mein Zusammenwirken mit Ihnen damit einzuleiten, daß ich hier ein Programm aufstelle; eins aber möchte ich schon heute sagen. Nach meiner politischen Gesamtauffassung betrachte ich es als die vornehmste Aufgabe der Regierung, in dem einstweilen sich noch immer lebhafter gestaltenden Kampf der wirtschaftlichen Interessen die vorhandenen Gegensätze nach Möglichkeit zu versöhnen, zwischen den verschiedenen Interessen einen möglichst gerechten Ausgleich herbeizuführen

(Bravo!)

und diejenigen zu stützen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können.

(Bravo!)

Ich weiß wohl, daß eine solche vermittelnde Politik, die keine produktive Tätigkeit einseitig auf Kosten der anderen begünstigen will, die bei wirtschaftlichen Maßnahmen für einen Berufszweig sich fragt, wieweit dadurch Lebensbedingungen der anderen berührt werden, mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft ist. Ich weiß, daß eine solche ausgleichende Politik auf Augenblickserfolge verzichten muß, um dauernde Wirkungen zu erzielen, daß sie hier und da Mißdeutungen ausgesetzt sein kann. Ich weiß sehr wohl, daß sich der Gedanke der Zusammengehörigkeit der Interessen der großen erwerbstätigen Stände gegenüber menschlicher

1) Verhandlungen des H. d. Abg., 19. Leg.-Per., III. Session 1901, 2. Sitzung, S. 23 f.

Kurzsichtigkeit, gegenüber menschlicher Selbstsucht nur schwer durchringt. Ich werde mich aber dadurch nicht irre machen lassen.

Ich werde festhalten an der Ueberzeugung, daß, wenn ein Glied des sozialen Körpers leidet, alle anderen Glieder mitleiden, und daß, solange namentlich ein so wichtiges Glied wie die Landwirtschaft zu leiden hat,

(Bravo! rechts)

der Gesamtorganismus sich keiner sicheren Gesundheit erfreuen kann.

(Bravo! rechts.)

Ich bin davon durchdrungen, daß die großen Erwerbsstände gleichmäßigen Anspruch haben auf den Schutz der Regierung, daß die Regierung die Pflicht hat, Landwirtschaft, Handel und Industrie gleichmäßig zu schützen

(Bravo!),

und daß unsere Landwirtschaft unbedingt einer kräftigen Unterstützung bedarf.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, im Zeichen jener ausgleichenden Gerechtigkeit, von der ich soeben sprach, steht auch der Gesetzentwurf über den Ausbau und die Verbesserung der Kanäle und Flußläufe

(Bravo! links),

welcher neben dem Etat den Hauptgegenstand Ihrer diesjährigen Beratungen bilden wird. Mit Recht hat in der vorletzten Session der Herr Abgeordnete Graf Limburg-Stirum die Vorlage über den Rhein—Elbe-Kanal als den wirtschaftlich wichtigsten Gesetzenwurf bezeichnet, welcher diesem hohen Hause seit der Verstaatlichung der Eisenbahnen unterbreitet worden sei.

Ueber die Ihnen jetzt zugehende Vorlage will ich mich mit voller Offenheit aussprechen. Wenn durch diesen Gesetzentwurf die Industrie einseitig auf Kosten der Landwirtschaft, der Westen der Monarchie zum Nachteile des Ostens begünstigt würde, so hätte ich die Hand zur Einbringung dieses Gesetzentwurfes nicht geboten. Denn ich glaube, daß unser gesamtes Erwerbsleben durch nichts mehr gefährdet und geschädigt werden könnte als durch einen Zwiespalt zwischen Landwirtschaft und Industrie

(sehr richtig! links),

die aufeinander angewiesen sind, wie der eine Arm auf den andern.

(Sehr gut! links.)

Mit großem Recht hat unser Kaiser und König in Dortmund hervorgehoben, daß auf dem Ineinandergreifen von Landwirtschaft und Industrie das Blühen und Gedeihen und der wirtschaftliche Fortschritt des Landes beruhen.[2]) Und ebensowenig werde ich je Tendenzen begünstigen, die zu einer Trennung, auch nur zu einer Entfremdung zwischen dem Westen und dem Osten führen könnten

(sehr gut! links),

die durch Natur und geschichtliche Entwickelung bestimmt sind, sich gegenseitig zu ergänzen

(sehr richtig! bei den Nationalliberalen):

der Osten mit seiner hochbedeutsamen Landwirtschaft, der Westen mit seiner mächtig entwickelten Industrie; der Westen mit seiner alten Kultur, mit seiner Regsamkeit, mit seinen reichen Hülfsquellen, der Osten, der die Wiege der Monarchie ist

(Bravo! rechts),

der unserm Beamtentum, der Armee seinen starken und großen Stempel aufgedrückt hat, und der in der kritischsten Stunde der deutschen Geschichte, vor bald hundert Jahren, mit der preußischen Staatsidee, das deutsche Volkstum gerettet hat.

(Bravo!)

Ausgehend von diesem Gesichtspunkte der Solidarität zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Osten und Westen, ist die Frage des Ausbaues der Wasserstraßen nochmals allgemein einer Prüfung unterzogen worden, die nunmehr dahin geführt hat, daß eine Reihe weiterer Projekte, eine Reihe weiterer von der Staatsregierung als begründet erachteter Projekte, welche die Herstellung und Verbesserung der Kanäle und Flußläufe teils im Interesse der Schiffahrt, zum wesentlichen Teile aber im Interesse der Landeskultur bezwecken, mit dem Projekte des Rhein—Elbe-Kanals zu einer Vorlage verschmolzen worden sind. Hierbei wurde, wie in der Begründung der Vorlage näher ausgeführt wird, der Grundgedanke verfolgt, unter Verbindung der natürlichen schiffbaren Ströme ein zusammenhängendes Wasserstraßennetz von möglichst großer

2) Am 11. August 1899 schloß der Kaiser seine Rede im Dortmunder Rathause — er war zur Eröffnung des Dortmund—Ems-Kanales erschienen — mit folgenden Worten: „Nur durch das Ineinandergreifen und Nebeneinanderbestehen von Industrie und Landwirtschaft ist es möglich, den Staat vorwärts zu bringen und auf gesunder Basis weiterzuführen.“

Leistungsfähigkeit herzustellen, das allen Gebietsteilen der Monarchie und allen Erwerbszweigen zu gute kommen soll.

Daß die in dieser Vorlage enthaltene direkte Wasserverbindung zwischen Rhein und Elbe nicht nur der Industrie des Westens, sondern auch der Landwirtschaft des Ostens nützen wird, ist meine ruhig erwogene Ueberzeugung.

(Lebhaftes Bravo links.)

Diese direkte Verbindung wird dem Osten mit seinem Ueberschuß an landwirtschaftlichen, an forstwirtschaftlichen Produkten das reiche Konsumtionsgebiet des Westens erschließen, der daran Mangel leidet. Sie wird dem Osten die Möglichkeit gewähren, mit seinen Produkten unter verhältnismäßig billigen Verfrachtungsgebühren und unter gesichertem Zollschutz nach außen, für den wir sorgen müssen

(Bravo!)

und für den wir sorgen werden, auf den Märkten des Westens zu konkurrieren, der seinerseits wiederum die Möglichkeit zur weiteren Versendung seiner Industrieerzeugnisse erhält, die für ihn ein Bedürfnis ist.

Meine Herren, nachdem die Königliche Staatsregierung durch eine umfassende Erweiterung der ursprünglichen Vorlage den aus diesem hohen Hause an sie herangetretenen Wünschen und Bedenken so weit als möglich entgegengekommen ist, hofft man umsomehr auf eine zustimmende Aufnahme der Vorlage, als hinsichtlich der Ausführung der gesamten Bauten verständige Rücksicht obwalten soll auf die Finanzlage des Staates wie auf die Steuerkraft des Landes. Die Ausführung der Bauten soll nur allmählich erfolgen. Es ist hierfür ein längerer Zeitraum in Aussicht genommen, und ich bezweifle nicht, daß eine Verständigung hierüber im einzelnen sich unschwer erzielen lassen wird.

Die Königliche Staatsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß diese Vorlage, welche nach Inhalt und Bedeutung w i r t s c h a f t l i c h e r Natur ist, eine günstige und von Parteigegensätzen freie Behandlung finden wird.

(Bravo!)

Dann werden auch Ihre Beratungen zu dem positiven Ergebnis führen, welches die Regierung Seiner Majestät des Königs mit Zuversicht erwartet.

Meine Herren, als Ministerpräsident habe ich die Pflicht, Preußen wirtschaftlich und politisch auf der Höhe zu erhalten, welche ihm seine ruhmvolle Geschichte vorzeichnet.

(Bravo!)

Diese Pflicht kann ich nur erfüllen, wenn ich Ihre vertrauensvolle Unterstützung finde. Ich bin gewiß, daß diese Unterstützung mir nicht fehlen wird, denn ich weiß, daß die Wohlfahrt der gesamten Volksgemeinschaft, daß das Wohl der ganzen Monarchie Ihr wie unser Leitstern ist.

(Lebhaftes Bravo.)

37. Tod der Königin Viktoria von England.

Sitzung des Reichstages vom 23. Januar 1901.

Am 22. Januar 1901 starb im Schlosse von Windsor die Königin Viktoria von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, kurz vor Vollendung des 82. Lebensjahres, nachdem sie seit dem 20. Juni 1837 fast 64 Jahre hindurch den englischen Thron innegehabt hatte.

In der Reichstagssitzung vom 23. Januar erteilte vor Eintritt in die Tagesordnung der Präsident Graf Ballestrem das Wort dem

Reichskanzler Grafen von Bülow[1]):

Meine Herren, nach 63jähriger Regierung ist Ihre Majestät die Königin von England

(der Reichstag erhebt sich)

im 82. Lebensjahr zur ewigen Ruhe eingegangen. Während ihrer langen Regierungszeit ist Königin Viktoria immer bestrebt gewesen, ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zwischen England und Deutschland zu pflegen. Nicht nur die nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen unserem Kaiserhaus und dem englischen Königshaus, sondern auch die mannigfachen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen, welche Deutschland und England verbinden, lassen uns aufrichtigen Anteil nehmen an der Trauer des britischen Volkes um seine ehrwürdige Herrscherin. Ich bin gewiß, daß ich mich mit den Empfindungen dieses hohen Hauses begegne, wenn ich dieser Teilnahme hier Ausdruck verleihe.

Danach richtete der Präsident folgende Worte an den Reichstag:

„Im Anschluß an die Trauerbotschaft, die uns soeben der Herr Reichskanzler mitgeteilt hat, nehmen auch wir vollen Anteil an dieser tieferschütternden Trauerkunde. Ich konstatiere, daß der Reichstag das Gedenken der erhabenen

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 31. Sitzung, S. 821.

Fürstin stets in hohen Ehren halten wird und an der Trauer um Hochdieselbe herzlichsten Anteil nimmt. Ich bitte, mich zu ermächtigen, diese Kundgebung Seiner Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich namens des Reichstags zur Kenntnis zu bringen. — Ich stelle dies als Beschluß des Reichstags fest."

38. Reform der Kriegsinvalidenpensionen.

Sitzung des Reichstages vom 24. Januar 1901.

Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über Versorgung der Teilnehmer an der ostasiatischen Expedition und ihrer Hinterbliebenen eröffnete die Debatte der Abgeordnete Dr. Udo Graf zu Stollberg-Wernigerode. Er sprach sein und seiner Freunde Einverständnis mit der Vorlage als etwas Selbstverständliches aus und fuhr dann fort:

„Aber nun komme ich zu der Kehrseite der Medaille. Wie steht es denn mit unseren bisherigen Invaliden aus den Kriegen 1866 und 1870? (Sehr richtig!) Und nun komme ich zu den Motiven und muß sagen, daß sie für mich nicht das Erfreulichste an diesem Gesetzentwurf sind. Da wird ohne weiteres zugegeben, daß die bisherige gesetzliche Versorgung unserer Invaliden — und das bezieht sich nicht nur auf die Mannschaften, sondern auch auf die Offiziere — einer Neuregelung dringend bedürfe. Es wird aber weiter gesagt, man könne mit der Regelung der Pensionen für die Chinainvaliden nicht warten bis zu einer Neuordnung der Invalidengesetze. Meine Herren, das ist doch eine etwas eigentümliche Logik! (Sehr richtig!) Wenn die neuen Invaliden auf die in Aussicht gestellte Neuregelung nicht warten können, dann können doch die alten Invaliden auf eine solche Neuregelung noch weniger warten. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Meine Herren, ich glaube, es wird wohl allseitig der Wunsch bestehen, daß die Diskrepanz, die sich daraus ergeben würde, wenn wir diesen Gesetzentwurf ohne weiteres annehmen und gar nichts weiter tun würden, beseitigt werde. Wir würden sonst drei Pensionsgesetze haben: ein allgemeines Gesetz, ein Gesetz für die Schutztruppe und ein Gesetz für die Chinakrieger. Schon aus formalen Gründen würde ein solcher Zustand auf die Dauer nicht haltbar sein. (Sehr richtig!) Aber dazu kommen noch die erheblichsten materiellen Gründe. Meine Herren, denken Sie sich die Möglichkeit — und das ist gar keine abstrakt gegriffene Möglichkeit, sondern es kann sehr wohl dieser Fall eintreten —, daß ein Chinainvalide zurückkommt und nun eine höhere Pension erhält, als sein Vater, der aus dem Jahre 1870 Invalide ist. (Sehr richtig!) Sie werden mir zugeben, meine Herren, daß dieser Fall nicht an den Haaren herbeigezogen ist, sondern daß er jeden Tag eintreten kann. (Sehr richtig!) . . . Meine Herren, ich resümiere mich dahin: wir wollen den Chinakriegern und ihren Hinterbliebenen das bewilligen, was ihnen zukommt; wir wollen aber auch den ernstlichen Versuch machen — am liebsten zu gleicher Zeit, pari passu, und wenn das nicht möglich sein sollte, dann wenigstens so bald als möglich —, die bisherigen Invalidengesetze gründlich zu reformieren." (Lebhafter Beifall.)

Sofort antwortete darauf der Reichskanzler **Graf von Bülow**[1]):

Meine Herren, die von dem Herrn Vorredner aufgestellte Forderung, daß die den Invaliden der Chinaexpedition und deren Hinterbliebenen zu gewährenden erhöhten Versorgungsgebührnisse auch den Invaliden und Hinterbliebenen aus den früheren Feldzügen zugewendet werden, erkenne ich als berechtigt an.

(Hört! hört! und Bravo!)

Ich nehme auch keinen Anstand, eine Aufbesserung der Bezüge aller Kriegsinvaliden und ihrer Hinterbliebenen zu ihrer Sicherstellung gegen Not und Sorge für dringlich und für unaufschiebbar zu erklären.

(Lebhaftes Bravo.)

Ueber die Unzulänglichkeit der nach dem geltenden Rechte zuständigen Versorgungsgebührnisse besteht ja allseitiges Einverständnis, Einverständnis auch zwischen den Ausführungen des Herrn Vorredners und den Motiven zu diesem Gesetzentwurf.

Wenn dem hiernach zweifellos vorhandenen Bedürfnis einer ausgiebigeren Versorgung hinsichtlich der Invaliden der Chinaexpedition Rechnung getragen wird durch Erhebung des zu Ihrer Beratung stehenden Entwurfs zum Gesetze, so darf auch die gleiche Aufbesserung der gesetzlichen Bezüge den durch die früheren Feldzüge dienstunfähig gewordenen Personen des Soldatenstandes und den Hinterbliebenen der infolge von Kriegsbeschädigung Verstorbenen nicht verweigert werden.

(Lebhaftes allseitiges Bravo.)

Ich werde deshalb das Erforderliche veranlassen, um noch in der laufenden Session

(Sehr gut!)

eine Gleichmäßigkeit in der Versorgung der Invaliden und Hinterbliebenen aus sämtlichen Feldzügen herbeizuführen.

(Lebhaftes Bravo auf allen Seiten.)

Der vom Reichskanzler in Aussicht gestellte Gesetzentwurf wurde am 16. April in erster, am 3. Mai in zweiter und tags darauf in dritter Beratung angenommen.

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 32. Sitzung, S. 874.

39. Erhöhung der Zollsätze auf landwirtschaftliche Produkte.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 26. Januar 1901.

Um die Regierung zu einer Aeußerung über die Berücksichtigung der Wünsche der Landwirtschaft im neuen Zolltarif zu veranlassen, brachte im preußischen Abgeordnetenhause bei Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung der Abgeordnete Graf zu Limburg-Stirum folgenden Antrag ein:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

die Königliche Staatsregierung aufzufordern, mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich gesteigerter Zollschutz zu teil werde, und in diesem Sinne dafür zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in Vorbereitung begriffenen Zolltarifs an den Reichstag erfolge.

In der Debatte über diesen Antrag erklärte der

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Im Namen der Königlichen Staatsregierung habe ich mit Bezug auf den zur Beratung stehenden Antrag des Herrn Grafen zu Limburg-Stirum und Genossen die folgende Erklärung abzugeben:

In voller Anerkennung der schwierigen Verhältnisse, in welchen sich die Landwirtschaft befindet, und von dem Wunsche beseelt, die Lage derselben wirksam zu verbessern, ist die Königliche Staatsregierung entschlossen, auf die Gewährung eines ausreichenden und deshalb entsprechend zu erhöhenden Zollschutzes für die landwirtschaftlichen Produkte hinzuwirken.

Die Königliche Staatsregierung ist ferner bestrebt, die Vorlage des neuen Zolltarifs in jeder Weise zu beschleunigen.

(Lebhaftes Bravo rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

40. Im Deutschen Landwirtschaftsrat.

Am 6. Februar 1901.

Der Reichskanzler war einer Einladung des Deutschen Landwirtschaftsrates zu dessen jährlichem Festmahle gefolgt. Auf den Trinkspruch, den der Vizepräsident Freiherr von Soden-Fraunhofen auf ihn und die andern Ehrengäste ausbrachte, antwortete Graf von Bülow mit einer Ansprache, die ungefähr folgenden Wortlaut hatte[1]):

1) Sten. Ber. über die Verh. des H. d. Abg., 19. Leg.-Per., III. Session, S. 609.

1) Nach den Berliner „N. Nachr.“.

Meine verehrten Herren!

Ich sage Ihnen herzlichen Dank für Ihre gütigen und beredten Worte, für die freundliche Aufnahme und die Anerkennung, die ich gar nicht in dem Maße für mich in Anspruch nehmen kann. Eins aber ist richtig: daß ich hocherfreut bin, in Ihrer Mitte weilen zu können; daß ich glücklich bin, mit Ihnen in nähere Beziehung zu treten, und aufrichtig dankbar für die heutige Gelegenheit dazu. Denn ich begrüße in Ihnen, meine Herren, die geordnete Vertretung aller deutschen Landwirte im ganzen Deutschen Reich, aus dem Norden, aus dem Süden, von der russischen bis zur französischen Grenze.

Ich weiß mich aber auch eins mit Ihnen in dem Bestreben, in dem ehrlichen, ordentlichen und eifrigen Bestreben, mit allen Kräften die Interessen der deutschen Landwirtschaft zu fördern, die sich seit einer langen Reihe von Jahren in schwierigen, sehr schwierigen Verhältnissen befindet.

Indem ich der deutschen Landwirtschaft zu helfen trachte, erfülle ich, nach meiner Auffassung, lediglich meine Pflicht. Ich habe als Reichskanzler die Pflicht, für einen Beruf zu sorgen, dem ein so großer Teil unserer Bevölkerung Leben und Unterhalt verdankt, der von so vitaler Bedeutung ist für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Vaterlandes nach außen, wie für die Gesundheit und Wohlfahrt des Volkes nach innen.

Meine Herren! Solange ich auf meinem Posten stehe, wird es für mich in der inneren wie in der äußeren Politik nur eine Richtschnur geben: das öffentliche Wohl. Dieses öffentliche Wohl, das Wohl des Ganzen, macht es mir zur Pflicht, die großen produktiven Stände, Industrie, Landwirtschaft und Handel gleichmäßig zu schützen. Ich werde mich nie verleiten lassen, die Wage zu gunsten des einen oder des andern sich heben oder senken zu lassen. Die Fürsorge für die Landwirtschaft ist mir aber nicht nur Pflicht meines Amtes, sondern auch Bedürfnis meines Herzens. Sie dürfen versichert sein, daß ich stets mit meinem Herzen für die Landwirtschaft eintreten werde. Dafür bürgt schon mein Name, dessen Träger seit Jahrhunderten die deutsche Scholle gebaut haben.

Ich bin Ihnen dankbar, meine Herren, daß Sie meinen Bestrebungen Ihren sachverständigen Rat leihen wollen, und ich bin überzeugt, daß unserm gemeinsamen Streben mit Gottes Hülfe der Erfolg schließlich

nicht versagt bleiben wird. In dieser Hoffnung erhebe ich mein Glas auf das Wohl der deutschen Landwirtschaft und ihrer würdigen Vertretung.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat lebe hoch! Die deutsche Landwirtschaft blühe und gedeihe!

41. Kaiserreise nach England. — Lord Roberts. — Verhältnis zu Rußland. — Zollpolitik.

Sitzung des Reichstages vom 5. März 1891.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1901 knüpfte der Abgeordnete Dr. Schaedler (Ztr.) an den Etat des Auswärtigen Amtes längere Erörterungen über unsere internationalen Beziehungen. Unter anderem erkundigte er sich nach der Bedeutung der Reise des Kaisers nach England, die der Monarch auf die Nachricht von der bevorstehenden Auflösung der Königin Viktoria am 19. Januar angetreten und über die Beisetzung hinaus bis zum 5. Februar ausgedehnt hatte. Der Abgeordnete Dr. Schaedler kam dabei auf die Empfindungen des Volkes zu sprechen, das eine große Konnivenz der deutschen Politik gegen England befürchte, und erwähnte die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts. Im weiteren Verlaufe seiner Rede äußerte er Zweifel, ob der Draht zwischen Berlin und St. Petersburg gut funktioniere, und brachte zur Sprache einen gegen die Handelspolitik des Reichskanzlers gerichteten Artikel der russischen „Handels- und Industrie-Zeitung", deren Beziehungen zum russischen Finanzministerium er hervorhob.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Der Herr Abgeordnete Schaedler, meine Herren, hat die Reise Seiner Majestät des Kaisers nach England zur Sprache gebracht. Ich habe schon heute früh in den Morgenzeitungen gelesen, daß hierüber eine große Rede von mir zu erwarten wäre.

(Heiterkeit.)

Ich werde mich aber auf einige nicht allzu lange und vor allem ganz sachliche Ausführungen beschränken.

Der Besuch seiner Majestät des Kaisers in England war zunächst weder ein politischer noch ein höfischer, sondern ein rein menschlicher Akt. Einem menschlichen und, wie der Herr Abgeordnete Schädler mit Recht hervorgehoben hat, einem edlen Zuge seines Herzens folgend, ist der Kaiser an das Sterbelager der verewigten Königin von England getreten

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 61. Sitzung, S. 1695 ff.

und hat er sie zur letzten Ruhestätte geleiten wollen. Wie lange der Enkel am Sterbebette seiner Großmutter weilen sollte, und ob er ihrer Beisetzung beizuwohnen habe oder nicht, das war ausschließlich eine Gefühlssache, und darüber hatte nur das Empfinden des Kaisers zu entscheiden.

(Sehr richtig!)

Daß, meine Herren, das englische Königshaus und das englische Volk den in einem für England traurigen und schmerzlichen Augenblick erfolgten Besuch des Kaisers mit warmer Dankbarkeit aufgenommen haben, und daß beide dieser ihrer Dankbarkeit auch öffentlichen und lebhaften Ausdruck gegeben haben — ja, das war doch erklärlich und begreiflich, und das war ganz in Ordnung. Wenn über solche rein menschliche Empfindungsweise hinaus bei diesem Anlaß in England der Wunsch hervorgetreten ist, friedliche und freundliche Beziehungen zu Deutschland zu pflegen, so liegt politisch kein Anlaß vor, das übelzunehmen.

(Heiterkeit links.)

Auch wir können nur wünschen, daß es Deutschland und England beschieden sein möge, in Frieden und für den Frieden zusammenzuwirken.

(Sehr richtig!)

Selbstverständlich ist volle und dauernde Gleichberechtigung zwischen dem deutschen und dem englischen Volke die conditio sine qua non jedes Zusammengehens und jedes Zusammenwirkens zwischen den beiden Ländern. Das habe ich schon vor zwei Monaten gesagt und das wiederhole ich heute. In unserem Verhältnis zu England hat sich politisch nichts geändert, seitdem ich — ich glaube es war Mitte Dezember [2]) — von dieser Stelle erklärte, daß wir gern bereit wären, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme und absoluter Parität mit England in Frieden, in Freundschaft und Eintracht zu leben. Wenn also Seine Majestät der Kaiser durch seinen Aufenthalt in England und durch sein Auftreten in England die Bahn freigemacht hat für die Fortsetzung eines solchen normalen und guten Verhältnisses zwischen Deutschland und England, so ist das für beide Länder und für den Weltfrieden nur nützlich. Gewiß bestehen, wie der Herr Abgeordnete Schaedler soeben bemerkt hat, zwischen Deutschland und England manche Reibungsflächen; es bestehen aber auch zwischen beiden viele und notwendige Berührungspunkte. Beide Länder stehen in vielfacher Berührung, die sie auf gute Nachbarschaft hinweist.

2) Vgl. oben S. 167 f.

Es ist kein politischer Grund vorhanden, warum wir die Beziehungen zu England nicht ebenso sorgsam pflegen sollten, wie dies andere Mächte tun.

Was nun den von dem Herrn Abgeordneten Schaedler auch berührten Thronwechsel in England angeht, so ist durch diesen Thronwechsel in den Beziehungen zwischen Deutschland und England nichts geändert worden.

(Sehr gut!)

Es hat vielleicht Leute gegeben, die gehofft haben, daß dieser Thronwechsel eine ungünstige Rückwirkung ausüben würde auf die deutsch-englischen Beziehungen. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt, und auch das ist nützlich für das Verhältnis zwischen beiden Ländern, und es ist nützlich für die allgemeine Ruhe.

Der Herr Abgeordnete Schaedler hat weiter angedeutet, daß der Besuch des Kaisers — oder er hat es, glaube ich, expressis verbis gesagt — in England in Widerspruch stünde mit der neutralen Haltung, welche wir gegenüber den südafrikanischen Wirren einnehmen, und ich habe auch in der letzten Zeit häufig Parallelen gelesen zwischen dem Besuch Seiner Majestät des Kaisers in England und dem Nichtempfange des Herrn Präsidenten Krüger.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, diese Parallelen sind nicht zutreffend; denn die projektierte Reise des Herrn Präsidenten Krüger nach Berlin verfolgte ausgesprochenerweise den Zweck, uns in ungewöhnlicher Form zur Einmischung in die südafrikanischen Wirren zu nötigen, während der Besuch Seiner Majestät des Kaisers in England mit dem südafrikanischen Kriege nichts zu tun hatte. Gewiß sind Seiner Majestät dem Kaiser in England Aufmerksamkeiten erwiesen worden, und er hat diese Aufmerksamkeiten erwidert. Ich bestreite aber auf das allerentschiedenste, daß Seine Majestät der Kaiser irgendwie dem Wohle des Landes zuwidergehandelt hätte, indem er solche Aufmerksamkeiten entgegennahm und solche Aufmerksamkeiten erwiderte.

Was die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts angeht, so hat der Herr Abgeordnete Schaedler selbst eingeräumt, daß es lediglich Sache des Königs von Preußen ist, zu bestimmen, ob und wem er einen Orden verleihen will. Es handelt sich da um ein verfassungsmäßiges Recht der Krone, um ein, wenn ich nicht irre, durch Art. 50 der preußischen Verfassung begründetes persönliches Ehrenrecht der Krone. Im übrigen ist Lord Roberts keine politische

Persönlichkeit, und die ihm erwiesene Ordensauszeichnung hatte keine politische Bedeutung.

(Bewegung.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Schaedler ist auch zu sprechen gekommen auf unsere Beziehungen zu Rußland, und er hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß ich den Draht nach Rußland sorgsam pflegen möge. Ich glaube, daß es kaum einen Rat gibt, zu dem mir gegenüber weniger Veranlassung vorläge. Ich bin davon durchdrungen, daß es eine der vornehmsten Aufgaben unserer Politik ist, zu Rußland die freundnachbarlichsten Beziehungen zu pflegen

(Bravo! rechts),

und darüber habe ich niemals einen Zweifel gelassen, weder in meinen Auslassungen vor diesem hohen Hause, noch ganz besonders in meinem tatsächlichen Verhalten. Ich bin davon durchdrungen, daß die deutschen Interessen und die russischen Interessen in den meisten Punkten Seite an Seite gehen

(sehr richtig! rechts),

und daß es keinen Punkt gibt, wo bei gegenseitigem guten Willen die deutschen und die russischen Interessen sich zu durchkreuzen brauchen.

(Bravo! rechts.)

Große und gewichtige Interessen verbinden diese beiden Reiche, die — ich habe das schon einmal gesagt — durch keinen wesentlichen, keinen tiefergehenden und ganz besonders durch keinen einzigen unüberbrückbaren Gegensatz getrennt sind. Aber, meine Herren, auch in dieser Richtung verlangen wir volle Gleichheit.

(Sehr richtig! rechts.)

Deutschland ist nicht mehr auf das Ausland angewiesen, als das Ausland auf uns

(lebhaftes Bravo rechts und links),

weder in politischer, noch in wirtschaftlicher Beziehung.

(Sehr richtig! — Bravo!)

Von zwei Seiten ist ein Artikel zur Sprache gebracht worden, der in einer russischen Zeitung erschienen ist, und der sich beschäftigt mit unserer zukünftigen Zolltarifvorlage und mit der Rückwirkung dieser Vorlage auf die deutsch-russischen Handelsbeziehungen. Was die in diesem Artikel enthaltenen und von dem Herrn Abgeordneten Schaedler unterstrichenen persönlichen Liebenswürdigkeiten für mich angeht, so werde ich selbstverständlich auf dieselben nicht reagieren

(Bravo!),

teils weil ich daran festhalte, daß es sich im allgemeinen empfiehlt, Meinungsverschiedenheiten zwischen befreundeten Regierungen auf diplomatischem, und nicht auf publizistischem Wege auszutragen

(sehr gut!),

teils aber auch, weil ich es mir zur Ehre rechne, wenn ich vom Ausland angegriffen werde

(Bravo! sehr gut!),

weil mir allerdings die deutsche Landwirtschaft nicht eine quantité négligeable ist.

(Bravo! rechts.)

Sachlich möchte ich über diesen Artikel folgendes sagen: Wir wissen alle, daß auch ökonomische Beziehungen zwischen großen Ländern ersprießliche nur sein können auf der Basis gegenseitigen Entgegenkommens; aber jede Regierung hat das Recht und jede Regierung hat die Pflicht, sorgsam abzuwägen, wie weit sie gehen kann in Konzessionen, ohne die Interessen des eigenen Landes zu schädigen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir die Interessen des eigenen Landes wahrnehmen, wenn wir diese Interessen mit Nachdruck vertreten und schützen, so liegt darin noch keine feindselige Gesinnung gegen bisherige

(sehr richtig! rechts)

und, wie ich hoffe, auch zukünftige Handelsfreunde; es liegt darin kein Akt der Feindseligkeit gegen befreundete Mächte, und wir halten an der Hoffnung fest, daß es möglich sein wird, auch in dieser Beziehung zu einer Verständigung zu kommen. Aber, meine Herren, ich habe es schon einmal gesagt: die Basis kann immer nur die volle Reziprozität sein und die volle Unabhängigkeit unseres eigenen Landes.

(Bravo! rechts.)

Wenn je von irgend einer Seite, sei es aus dem Süden, sei es aus dem Norden, sei es von Westen, sei es von Osten, uns zugemutet werden sollte, irgend einer fremden Macht, wer sie auch sei, unter allen Umständen, in allen Lagen, ohne Unterschied noch Kritik zu folgen, so würde das nicht mehr Freundschaft sein, sondern das wäre Vasallentum

(sehr richtig! rechts),

und da würden wir uns erinnern an das Wort, was einmal Friedrich der Große an einen seiner Gesandten schrieb:

Ich werde mir ein Vergnügen daraus machen,

schrieb der große König,

der Freund meiner Nachbarn zu sein; aber solange meine Augen offen sein werden, werde ich nicht ihr Diener sein.

(Bravo!),

Es wird aber niemand versuchen, uns eine solche Vasallenpolitik aufzuzwingen, wenn wir uns nur selbst treu bleiben.

(Bravo!)

Meine Herren, unsere auswärtige Politik wird heute wie früher weder durch Liebe noch durch Haß, weder durch dynastische Rücksichten noch durch verwandtschaftliche Beziehungen bestimmt, sondern lediglich durch das ruhig und nüchtern erwogene Staatsinteresse.

(Bravo!)

Unsere auswärtige Politik wird nicht bestimmt durch verwandtschaftliche Beziehungen. „Große Fürsten haben in der Politik keine Verwandten", hat derselbe Friedrich II. gesagt, und dieses Wort, das ebensosehr den Anforderungen einer nüchternen und vernünftigen Politik entspricht, wie den Pflichten, die der Fürst über ein großes Land gegenüber seinem Volke hat, das ist heute gerade so zutreffend, wie vor 150 Jahren. Man kennt Seine Majestät den Kaiser sehr wenig, wenn man glaubt, daß für seine Haltung andere Motive maßgebend sind als die gewissenhafteste Fürsorge für die Wohlfahrt des Reichs, für die Sicherheit und die Zukunft des Reichs; und ich darf hinzufügen, man würde mich sehr falsch taxieren, wenn man glaubte, daß ich für eine andere Politik zu haben wäre, als für eine nationale deutsche Realpolitik, die ich dahin resümiere: Gute und freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten, die in Frieden und Freundschaft mit uns leben wollen; aber volle Aufrechterhaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit, auf welche das deutsche Volk durch seine Kämpfe, seine Arbeit und seine Kulturhöhe ein unveräußerliches Anrecht hat.

(Bravo!)

Im weiteren Verlaufe der Debatte sprachen die Abgeordneten Ledebour, Dr. Bassermann, Richter und Liebermann von Sonnenberg. Auf einige Ausführungen Richters ging der Reichskanzler in seiner Erwiderung ein, besonders auf die Schlußsätze, in denen der freisinnige Redner für Handel und Industrie und für Konsumenten in Anspruch nahm, ebensowenig als „quantité négligeable" behandelt zu werden, wie die Landwirtschaft. Seine Partei mache dem „Reichskanzler zum Vorwurf, daß seine programmatischen Erklärungen der letzten Zeit das Interesse an der Aufrechterhaltung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen nicht in dem Maße hervorgehoben hätten, wie sie hervorgehoben zu werden verdienten."

Reichskanzler Graf von Bülow[3]):

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat am Schlusse seiner Ausführungen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ich die Interessen von Industrie und Handel und die Interessen der Konsumenten nicht genügend wahrnehme. Ich glaube, daß ich weder in der von mir verfolgten Politik noch in meinen Auslassungen Grund zu diesem Vorwurf gegeben habe. Wenn ich meine handelspolitischen Anschauungen, mein handelspolitisches Kredo hier ganz kurz resümieren soll gegenüber dem Vorwurf des Herrn Abgeordneten Richter, so kann ich nur wiederholen, was ich bereits im preußischen Abgeordnetenhause gesagt habe.[4]) Meines Erachtens hat die Regierung in erster Linie die Pflicht, die gesamten wirtschaftlichen Interessen des Landes in Betracht zu ziehen. Je mehr ihr das gelingt, um so besser wird ihre Wirtschaftspolitik sein. Je schärfer die Interessengegensätze in Deutschland geworden sind — und sie sind ja, darüber sind wir ja alle einig, sehr scharf geworden —, umsomehr hat die Regierung die Pflicht, sich über den Parteien zu halten, das Ganze ins Auge zu fassen und auf das Ganze zu gehen. Ich erinnere mich, einer wirtschaftspolitischen Debatte in diesem hohen Hause beigewohnt zu haben, wo in sehr anschaulicher Weise geschildert wurde, wie sich die Wünsche der verschiedenen Interessenten widersprächen, wie die einen zum Zollkriege mit diesem oder jenem Staate drängten, die anderen himmelhoch bäten, um jeden Preis einem Zollkonflikte auszuweichen. Ich selbst erhalte jetzt jeden Tag eine Reihe von Briefen, von Eingaben, von Resolutionen, worin ich beispielsweise gebeten werde, einer Erhöhung der Getreidezölle zuzustimmen; und ich erhalte eine Reihe von Eingaben, von Briefen und von Resolutionen, worin ich aufgefordert werde, einer solchen Erhöhung mich zu widersetzen. Es geht eben wie in der Fabel vom alten Aesop, wo der Gärtner den Himmel um Regen bittet und der Töpfer um Sonnenschein.

(Heiterkeit.)

Da bleibt einer verständigen Regierung nur übrig, gemeinsam mit der Volksvertretung, gemeinsam mit Ihnen, meine Herren, mit Ihrer Hülfe und Ihrer Unterstützung eine möglichst richtige und gerechte Diagonale zu finden

(sehr richtig!),

die verschiedenen Interessen abzuwägen, die sich widerstreitenden Interessen tunlichst auszugleichen. Nicht nur das Zustandekommen eines verständigen Zolltarifs und das Zustandekommen guter Handelsverträge, sondern unsere

3) Sten. Ber. d. R.-T., a. a. O. S. 1706 f.

4) Vgl. oben S. 176 ff.

ganze wirtschaftliche Zukunft hängt ab von einem solchen vertrauensvollen Zusammenwirken zwischen den verbündeten Regierungen und dem hohen Hause im Geiste ausgleichender Gerechtigkeit.

(Bravo!)

Daß, meine Herren, die Landwirtschaft als das wichtigste Gewerbe, als derjenige Produktionsstand, von dessen Blühen und Gedeihen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes nach außen, seine innere Wohlfahrt und seine innere Gesundheit so wesentlich abhängen, daß die Landwirtschaft ein volles Anrecht hat auf die eifrigste Pflege und Förderung von seiten der Regierung, davon bin ich allerdings durchdrungen.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Auf eine solche Fürsorge hat die Landwirtschaft umsomehr ein Anrecht, als sie schwere und harte Zeiten durchgemacht hat, die noch nicht überwunden sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir werden uns unserer Pflicht gegenüber der Landwirtschaft bei der Aufstellung des neuen Zolltarifs nicht entziehen.

(Bravo! rechts.)

Ich halte eine Erhöhung der Zollsätze für Getreide und insbesondere für Weizen und Roggen für unerläßlich.

(Hört! hört! links.)

Dieser Erhöhung ist eine Grenze gesetzt durch die gebotene Rücksichtnahme einerseits auf die Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Exportfähigkeit unserer Industrie, andererseits auf die Wahrung günstiger Lebensbedingungen für den deutschen Arbeiter.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Gewiß, meine Herren, des deutschen Arbeiters, dessen Wohl den verbündeten Regierungen und der Mehrheit dieses hohen Hauses gerade so sehr am Herzen liegt wie Ihnen

(sehr richtig!),

des deutschen Arbeiters — wie ich hinzufügen will —, für den bei dem engen Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Industrie es von der allergrößten Bedeutung ist, daß sich alle Erwerbsstände in guter und gesunder Entwickelung befinden.

(Sehr richtig!)

Wenn nur die eine Hälfte prosperiert, die andere leidet, so muß schließlich das Ganze leiden. Für den deutschen Arbeiter ist nicht das Wichtigste, daß die Lebensmittelpreise das denkbar niedrigste Niveau erreichen

(sehr richtig!),

sondern daß sich alle Erwerbsstände in so gesunder und guter Entwickelung befinden, daß er immer Aussicht auf sichere und lohnende Arbeit hat.

(Sehr richtig!)

Ich sage also, daß das Ausmaß der Erhöhung der Zollsätze für Getreide besonders sorgfältig erfolgen muß. Mich heute auszusprechen über das Maß der Erhöhung, ist mir nicht möglich. Es ist mir das aus dem einfachen Grunde nicht möglich, weil noch keine Beschlußfassung des Bundesrats über die Zolltarifvorlage vorliegt, und einer solchen Beschlußfassung vorzugreifen, nicht meiner Auffassung von den Rechten und der Würde der Bundesregierungen entsprechen würde.

Was nun die weiter von dem Abgeordneten Richter berührte Erneuerung der Handelsverträge angeht, so werden auch diejenigen, die glauben, daß der Abschluß der Handelsverträge von 1892 Deutschland zum Segen gereicht hat, zugeben, daß diese Handelsverträge verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Die neuen Handelsverträge können doch nicht einfach eine Abschrift der alten Handelsverträge sein, sie sollen den inzwischen eingetretenen Modifikationen Rechnung tragen, die inzwischen stattgehabten Verschiebungen und Veränderungen berücksichtigen; sie sollen uns ermöglichen, die Mängel, Fehler und Lücken, welche die früheren Handelsverträge, wie alles Menschliche hatten — die sollen sie zu verbessern und zu beseitigen bestrebt sein. Das aber möchte ich mit aller Entschiedenheit betonen, daß es unser Wunsch und unsere Absicht ist, auf für uns annehmbarer Basis wieder zu Tarifverträgen mit anderen Staaten zu gelangen. Die Sicherheit, für eine gewisse Reihe von Jahren mit feststehenden Bedingungen für den Export rechnen zu können, ist nicht nur von großer Bedeutung für unsere gewaltige Industrie, nicht nur von eminenter Bedeutung für unseren in der Welt so mächtig und ehrenvoll aufstrebenden Handel, sondern auch für die Landwirtschaft. Unsere Produktion ist im Interesse der steigenden Wohlfahrt der Bevölkerung vielfach darauf angewiesen, für den Export zu arbeiten; sie muß deshalb so sehr als irgend möglich gegen plötzliche Erschwerungen ihres Absatzes nach dem Auslande geschützt werden.

Ich möchte noch eins sagen. Der Zweck der geplanten Tarifreform würde für mich kein finanzieller sein. Wenn die voraussichtlichen Mehreinnahmen aus den Zöllen beträchtlicher sein würden, würde ich vorschlagen, solche Mehreinnahmen, speziell aus den Zöllen auf Lebensmittel, im wesentlichen zu verwenden zur Hebung

der Wohlfahrtseinrichtungen im Reiche und zum Besten der weniger günstig gestellten Klassen der Bevölkerung.

(Bravo!)

Meine Herren, auch der Herr Abgeordnete Richter wird mir hoffentlich zugeben, daß ich nicht zu den aufgeregten Leuten gehöre. Ich werde mich hüten, und wir wollen uns auch auf wirtschaftlichem Gebiete gegenüber allen diesen Nachbarn hüten vor Leidenschaftlichkeit und Kurzsichtigkeit, die, wenn sie zusammenkommen, immer Unheil anrichten. Wir wollen uns niemandem zu Liebe hinreißen lassen zu handelspolitischen coups de tête, deren Kosten nachher das Land zu tragen hätte. Aber unsere neue zollpolitische Gesetzgebung wird nur von nationalen und deutschen Gesichtspunkten inspiriert sein

(Bravo!);

sie wird den berechtigten Forderungen aller am deutschen Wirtschaftsleben interessierten Faktoren Rechnung tragen, und nur das Wohl der Gesamtheit wird für uns maßgebend sein.

(Lebhaftes Bravo.)

42. Zweite Forderung für die China-Expedition.

Sitzung des Reichstages vom 15. März 1901.

Die erste Beratung des ersten Nachtrages zum Etat des Rechnungsjahres 1901 steht auf der Tagesordnung; er enthält die zweite Forderung für die deutsche Truppenexpedition nach China im Betrage von 120 682 000 Mark; davon entfallen auf die Kosten für das Heer 100 200 000 Mark, auf die für die Marine 17 500 000 Mark, auf Posten und Telegraphen 1 285 000 Mark, auf Pensionen 437 000 Mark, auf Denkmünzen 160 000 Mark, auf Unterstützung der Familien der Teilnehmer 700 000 Mark und auf die Kabelverbindungen Tsingtau-Tschifu und Tsingtau-Schanghai 400 000 Mark.

In den „Erläuterungen" zu der Vorlage heißt es: Die Ziele der Expedition seien unverändert; das Eingreifen der Mächte in China bessere die dortige Lage zwar langsam, aber merkbar und stetig. Der deutsche Oberbefehl brachte Einheitlichkeit in die militärischen Operationen. Die günstigen Wirkungen blieben nicht aus. Große militärische Unternehmungen über das besetzte Gebiet hinaus sind kaum noch nötig, nur noch kleine Beruhigungsstreifzüge innerhalb dieser Grenzen. Nachdem China die Note der Mächte angenommen habe, erscheine eine befriedigende Beendigung der Wirren gesicherter, eine Angabe über den Zeitpunkt sei aber noch unmöglich. Behufs der nötigen Fortsetzung des militärischen Druckes sei die unveränderte Belassung der deutschen Streitkräfte in China bis auf weiteres unerläßlich, daher sei der Kostenbedarf für das

volle Rechnungsjahr veranschlagt. Wenn die Streitkräfte, was aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall sein werde, vor dem 31. März 1902 ganz oder zum Teil zurückbefördert würden, träten entsprechende Ersparnisse ein.

Die Beratung eröffnete der

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Seitdem ich, meine Herren, zuletzt die Ehre hatte, die mit und über China schwebenden Verhandlungen in diesem hohen Hause darzulegen[2]), sind diese Verhandlungen zwar langsam, aber doch stetig fortgeschritten, und sind wir der Regelung der Verhältnisse in China um ein gutes Stück näher gekommen. Wenn ich sage, daß die Verhandlungen langsam fortgeschritten sind, so soll darin keine Kritik liegen, weder der Vertreter in Peking noch der Regierungen. Viele Köpfe unter einen Hut zu bringen, ist immer mühsam, auch wenn es sich um Diplomaten handelt

(Heiterkeit),

und im vorliegenden Falle sollen sich nicht nur die Vertreter der Mächte in Peking untereinander verständigen, sondern ihre Beschlüsse sollen auch von ihren Regierungen ratifiziert werden, und die Ansichten und die Aspirationen und Interessen gehen gerade in China bisweilen auseinander. Da eine Einigung herbeizuführen, ist nicht immer leicht; und daß es trotzdem gelungen ist, ein gemeinsames und vernünftiges Friedensprogramm aufzustellen, das gereicht nicht nur den Vertretern in Peking zur Ehre, sondern das beweist auch, daß sich das, was die Kabinette verbindet, der Wunsch der Kabinette, die Einheit der Mächte aufrecht zu erhalten, bisher noch immer stärker erwiesen hat als gewisse in der Natur der Verhältnisse oder in der Vergangenheit begründete Divergenzen. Wir halten an der Hoffnung fest, daß diese Solidarität der Kulturvölker auch diejenigen Meinungsverschiedenheiten überwinden wird, die sich neuerdings hinsichtlich der chinesischen Verhältnisse herausgestellt haben, und auf welche ich im weiteren Verlauf meiner Ausführungen noch zu sprechen kommen werde.

Vorher möchte ich in aller Kürze den Gang der Verhandlungen resümieren.

Ich habe seinerzeit diesem hohen Hause den Entwurf der Note mitgeteilt, über welche sich alle Vertreter der Mächte in Peking geeinigt hatten[3]). Gegen einzelne Bestimmungen dieses Entwurfs waren von einzelnen Regierungen nachträglich Einwendungen erhoben worden. Schließ-

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 68. Sitzung, S. 1968 ff.

2) Vgl. oben S. 126—154.

3) Vgl. oben S. 134 ff.

lich ist es aber durch gegenseitige Nachgiebigkeit, durch allseitige Verständigung gelungen, eine Einigung herbeizuführen. Die von allen Vertretern der Mächte auf Grund der ihnen von allen Regierungen erteilten Ermächtigungen unterzeichnete Note ist den chinesischen Unterhändlern übergeben worden, und diese haben sich bereit und ermächtigt erklärt, die in dieser Note enthaltenen Friedensbedingungen anzunehmen und zum Zeichen hierfür die Friedensbedingungen zu unterschreiben. Auch diese Unterzeichnung hat inzwischen stattgefunden.

Der definitive Text der Kollektivnote zeigt gegenüber dem seinerzeit von mir dem Reichstage mitgeteilten Entwurf nur wenige Aenderungen. Aus den ursprünglichen 11 Artikeln sind jetzt deren 12 geworden, indem unter Nr. 3 ein neuer Artikel hinzugefügt wurde, welcher von der Sühne für den Mord des Kanzlers der japanischen Gesandtschaft handelt. Art. 6 statuiert neben der Schadenersatzpflicht nunmehr zugleich die Pflicht Chinas, die für die Aufbringung der Entschädigung geeigneten finanziellen Maßnahmen unter der Kontrolle der Mächte zu treffen. Im Art. 2 wird an Stelle der Todesstrafe die schwerste dem Verbrechen angemessene Strafe verlangt.

Durch die Uebergabe der gemeinsamen Note, meine Herren, ist das erste Stadium der Unterhandlungen abgeschlossen, welches ich als das Stadium der Unterhandlungen ausschließlich unter den Mächten bezeichnen möchte. Wir sind jetzt in die Phase der Verhandlungen mit China eingetreten. Dabei stehen für uns zwei Fragen im Vordergrund, einmal die Frage der Bestrafung der Schuldigen. Der Zweck unserer Aktion in China ist, der Wiederkehr solcher Exzesse vorzubeugen, wie sie im vergangenen Sommer stattgefunden haben. Deshalb und nicht aus irgend welchem Blutdurste mußten die Mächte darauf bestehen, daß ein Exempel statuiert wurde, und daß die Mandarinen, deren böser Wille oder deren grobe Fahrlässigkeit die Schuld trugen an den Greueln des Sommers, eine eindringliche Verwarnung erhielten. Es handelt sich um diejenigen, welche die scheußliche Ermordung unseres Gesandten, die Ermordung von Hunderten von Europäern, die Niedermetzelung von Tausenden von Chinesenchristen auf dem Gewissen haben. Diese Leute straflos ausgehen zu lassen, ja, das würde bedeuten, einen Freibrief ausstellen für künftige ähnliche Untaten.

(Sehr richtig!)

Diese Uebeltäter mußten streng bestraft werden, wenn nicht Leben, Eigentum und Tätigkeit unserer Landsleute in China und aller Fremden in China, der Diplomaten wie der konsularischen Vertreter, der Missionare

wie der Kaufleute und Handeltreibenden bei erster sich darbietender Gelegenheit wieder in die ernstlichste Gefahr geraten sollten; und es war meines Erachtens auch vollständig in der Ordnung, daß dieses Mal die wirklichen Schuldigen gefaßt worden sind, und wenn es auch Mandarinen mit so und soviel Knöpfen waren

(Heiterkeit),

und nicht, wie früher häufig bei ähnlichen Anlässen, an den Ereignissen gar nicht beteiligte unschuldige Strohmänner.

Was die Art und Weise der Bestrafung betrifft, so muß man sich da richten nach den Sitten und Gebräuchen der verschiedenen Länder. China besitzt nun einmal besondere Eigentümlichkeiten und besondere Traditionen auch auf dem Gebiete des Justizwesens

(Heiterkeit),

und man muß sich vor allem richten nach den Vorschlägen und nach den Anschauungen derjenigen, die an Ort und Stelle die Verhältnisse kennen und in der Lage sind, die Verhältnisse an Ort und Stelle richtig beurteilen zu können.

Mit der Frage der Bestrafungen hängt zusammen die Frage der Errichtung eines Sühnedenkmals für unsern ermordeten Gesandten, den Freiherrn von Ketteler. In dieser Beziehung sind bereits die Vorarbeiten für die Errichtung des Denkmals in Peking an der Stätte des Mordes eingeleitet worden.

Die chinesische Regierung hat sich ferner bereit erklärt, eine Sühnemission unter Führung eines Kaiserlichen Prinzen ohne Verzug nach Berlin zu senden. Wir haben es indessen abgelehnt, den Prinzen zu empfangen, bevor nicht die Ordnung der Verhältnisse in China selbst erfolgt ist. Ich habe in dieser Beziehung vor einigen Tagen das nachstehende Telegramm nach Peking gerichtet:

Seiner Majestät ist Prinz Tschun genehm

— das ist der für die Leitung der Mission in Aussicht genommene Prinz —

> auf Grund von Eurer Hochwohlgeboren über die Stellung des des Prinzen gegebener Aufklärung. Die Sühnemission kann aber selbstredend erst zur Ausführung kommen, nachdem China sich den Kollektivforderungen der Mächte konformiert, d. h. dieselben entweder ausgeführt oder die Ausführung sichergestellt haben wird. Es würde eine Rücksichtslosigkeit von chinesischer und — was für uns noch mehr in Betracht kommt — von deutscher Seite gegenüber den anderen Mitkontrahenten sein,

wenn die Absendung der Mission zu einem früheren Zeitpunkt erfolgte.

Hiernach wollen Euer Hochwohlgeboren den Prinzen Tschun und sonstige kompetente Stellen dahin verständigen, daß, sobald die deutsch-chinesischen Beziehungen in feste Form gebracht, d. h. die jetzt schwebenden Verhandlungen durch Unterzeichnung der erforderlichen Abmachungen zum Abschluß gekommen sein werden, Seine Majestät der Kaiser gern bereit sein wird, den Prinzen Tschun als Führer der Sühnemission zu empfangen.

Meine Herren, die Frage der von China zu leistenden Entschädigung hat für die Kaiserliche Regierung von Anfang an den Gegenstand der ernstesten Aufmerksamkeit gebildet. Bei den großen Schwierigkeiten, welche gerade diese Frage in sich birgt, ist es begreiflich, wenn es hierüber noch nicht zu einem von allen Mächten allseitig anerkannten Programm gekommen ist. Ich möchte aber unsere Stellung zu der für uns besonders wichtigen Entschädigungsfrage schon heute vor diesem hohen Hause und vor der Oeffentlichkeit dahin präzisieren:

China hat seine Verpflichtung, die durch die Wirren entstandenen Schäden zu vergüten, bedingungslos anerkannt. Wir erheben somit Anspruch auf Entschädigung für die dem Reich erwachsenen Kosten und Auslagen, sowie auf Ersatz des deutschen Privatleuten in China zugefügten Schadens. Ueber die Höhe der auf dieser Grundlage von uns und anderen Nationen an China zu stellenden finanziellen Ansprüche ist augenblicklich noch kein klarer Ueberblick zu gewinnen; indes wird dies voraussichtlich in kurzer Frist der Fall sein. Wenn erst die Summe feststeht, werden sich auch über die zur Aufbringung derselben erforderlichen Maßnahmen endgültige Entschließungen treffen lassen. Vorderhand wird nach den geeigneten Mitteln gesucht, welche einerseits eine möglichst rasche Befriedigung der Mächte sicherstellen, andererseits aber die finanzielle Fortexistenz des chinesischen Staatswesens nicht gefährden.

Ueber den Standpunkt der Kaiserlichen Regierung in der Deckungsfrage ist noch zu erwähnen, daß dieselbe zur Vorbereitung der demnächstigen Verhandlungen darüber unter den Mächten zunächst erfahrene deutsche Kenner der chinesischen Verhältnisse um ihre Ansicht befragt und von denselben eingehende und verdienstvolle Gutachten erhalten hat. Solche Gutachten liegen insbesondere vor von dem früheren Gesandten in Peking, von Brandt, von dem Senior-Chef des Bremer Chinahauses, Herrn Hermann Melchers, von dem früheren chinesischen Seezolldirektor, Pro-

fessor Dr. F. R. Hirth in München und von dem Nationalökonomen Professor Dr. Schumacher in Berlin, seinerzeit Sekretär der nach Ostasien entsandten deutschen Handelskommission. Diese Gutachten zeigen völlige Uebereinstimmung in den Grundzügen, die danach als durchaus sachgemäß betrachtet werden können.

Zunächst halten die Gutachten im Einklang mit der Auffassung der Kaiserlichen Regierung, welche ein Eingreifen in den inneren chinesischen Staatsorganismus zu vermeiden oder doch aufs äußerste zu beschränken wünschte, eine europäische Leitung oder Kontrolle des gesamten chinesischen Finanzwesens für untunlich. Auch von einer Heranziehung innerer chinesischer Steuern für die Zahlung der Entschädigungen wollen sie nichts wissen. Vielmehr wird das beste und sicherste Objekt für die Kostentilgung in den bereits einer gesunden Organisation unterliegenden Seezöllen erblickt. Selbst eine beträchtliche Erhöhung der Seezölle, wie sie alsdann eintreten müßte, ist nach Ansicht der Gutachter und auch von fremden Kaufleuten, die im chinesischen Geschäft tätig sind, ohne ernstliche und dauernde Schädigung des fremden Handels zu bewerkstelligen. Es wird dabei daran erinnert, daß jene Zölle, welche nach der ursprünglichen Absicht durchschnittlich 5 Prozent vom Werte der Ware betragen sollten, heutzutage infolge des gesunkenen Silberwertes und anderer Umstände nur noch 2½ bis 3½ Prozent vom wirklichen Werte ausmachen. Dieser letztere Zollsatz bliebe allerdings hinter den Zollsätzen, welche beispielshalber in dem benachbarten Japan zu entrichten sind, ganz erheblich zurück. Ob, wie von einzelnen Gutachtern empfohlen wird, neben dem Seezolle noch andere verwandte Einnahmequellen, z. B. die Erträge einiger Dschunkenzollstellen, der Tributreisämter, die Verwaltung des Salzmonopols oder ein Salzzoll und etwa der städtische Oktroi in Peking herangezogen werden können, wird noch genauer zu prüfen sein. Was die von manchen Seiten in diesem Zusammenhange empfohlene gleichzeitige Abschaffung der unter dem Namen Likin bekannten chinesischen Binnenzölle anbelangt, so halten wir die Verquickung dieser Maßnahme mit der Entschädigung für immerhin bedenklich. Man würde wohl an Ersatz denken müssen und so zu tieferen Eingriffen in innere chinesische Verhältnisse getrieben werden, was nach unserer Auffassung gerade zu vermeiden ist. Jedenfalls ist bis heute eine befriedigende und zugleich schnelle Lösung des Likinproblems noch von keiner Seite proponiert worden. Dafür, daß durch das neue finanzielle Arrangement die Besitzer von Titres der bestehenden chinesischen Anleihen nicht geschädigt werden, wird selbstverständlich Vorkehrung zu treffen sein.

Die Gesandtenkonferenz in Peking hat am 16. Februar beschlossen, bezüglich der Kriegskosten die Regierungen um Instruktion zu bitten über nachstehende Fragen:

1. Ob über die Art der Feststellung der Kriegskosten die Regierungen einig sind?

2. Ob bei Aufstellung derselben die Regierungen nach gemeinsam verabredeten Regeln oder nach eigener Schätzung verfahren werden?

3. Ob gemeinsam eine Gesamtsumme verlangt oder die Forderungen getrennt vorgebracht werden sollen?

4. Der italienische und österreichische Vertreter warfen die Frage auf, ob in die Kriegskostenentschädigung auch Entschädigungen für die während der Belagerung der Gesandtschaften getöteten oder verwundeten Militärs aufgenommen werden, oder ob diese in Peking von den Vertretern vorzubringen sind. Auch bezüglich des Admirals Seymour wurde die gleiche Frage gestreift.

Unsere Ansichten über diese Fragen habe ich in einem Erlaß an den Kaiserlichen Botschafter in London niedergelegt, welcher lautet:

„Nachdem die Bestrafungsfrage jetzt im wesentlichen geregelt, und auch betreffs der Frage der Sicherung der Gesandtschaften gegen eine Wiederholung der Vorfälle vom letzten Sommer eine in Peking tagende Sachverständigenkommission über die erforderlichen Maßnahmen schlüssig geworden ist, können sich die Regierungen der ungesäumten Beantwortung der obigen vier Fragen nicht länger entziehen. Frage 4 würde nach unserer vorläufigen Auffassung wohl dahin zu beantworten sein, daß die offenbar von Italien und Oesterreich-Ungarn dringend gewünschte Entschädigung für die in Peking und ebenso bei der Kolonne des Admirals Seymour getöteten oder verwundeten Militärs an sich zur Kriegsentschädigung gehört, daß aber womöglich durch die Vertreter in Peking eine Vorabbefriedigung dieser Ansprüche zu erwirken wäre.

„Zu Frage 3 scheint es uns an sich richtig und der bisherigen Gemeinsamkeit der Aktion entsprechend, gemeinsam eine Gesamtsumme zu verlangen.

„Zu Frage 2, hinsichtlich der Entschädigung Privater, scheint uns ein Vorschlag der italienischen Regierung annehmbar, die Regelung dieser Ansprüche nach gleichen Prinzipien durch eine gemischte Kommission in China vornehmen zu lassen. Für die staatliche Kriegsentschädigung wird dagegen der Versuch, bestimmte

Regeln zu vereinbaren, als aussichtslos zu betrachten sein. Es wird daher nur übrig bleiben, daß jeder Staat seine effektiven Kosten so genau als möglich angibt und auch den übrigen Regierungen mitteilt.

„Die Feststellung der Gesamthöhe der an China zu stellenden Forderungen auf diese Weise dürfte die nächste Aufgabe sein. Ist dies geschehen, so wird es demnächst Sache der chinesischen Regierung sein, sich darüber zu äußern, wie sie jene Summe aufzubringen gedenkt. Wenn China, wie vorauszusehen von sich aus keine annehmbaren Vorschläge macht, so werden die Mächte ihm ihren inzwischen schon immer zu vereinbarenden Finanzplan zu oktroyieren haben."

Was nun die Frage angeht, wie lange unsere Truppen noch in Petschili zu bleiben haben werden, so hängt das natürlich zunächst ab von der weiteren Gestaltung der Dinge in Petschili und in China, von der weiteren Entwickelung der militärischen und politischen Verhältnisse, aber ganz besonders auch von dem Verhalten der Chinesen. Von der Loyalität, mit welcher die Chinesen bestrebt sein werden, die von ihnen angenommenen Friedensbedingungen zu erfüllen, wird die Dauer der Okkupation von Petschili ganz wesentlich abhängen. Mit der bloßen Annahme der Friedensbedingungen ist es natürlich nicht getan

(hört! hört!),

auch nicht mit bloßen Versprechungen, und auch nicht mit den schönsten Noten des Herrn Li-Hung-Tschang, sondern es muß ein tatsächlicher und ernster Beginn mit der Erfüllung der Friedensbedingungen gemacht werden. Dahin gehören vor allem die Garantien für die Zahlung der zu leistenden Entschädigung. Wenn wir diese Garantien erhalten, so werden wir das Gros unserer Truppen aus Petschili zurückziehen. Vergnügen macht es uns gar nicht, in Petschili zu bleiben.

(Hört! hört!)

Die Okkuption von Petschili ist für uns lediglich eine Pflicht, der wir uns aber nicht entziehen können und nicht entziehen dürfen, solange nicht für die Durchführung der von den Chinesen angenommenen und ihnen oktroyierten Friedensbedingungen ernstliche Bürgschaften vorliegen. Liegen solche Bürgschaften vor, so werden wir Petschili verlassen; wir werden es verlassen mit dem aufrichtigen und lebhaften Wunsche, Petschili solange als möglich nicht wiederzusehen

(sehr gut! und große Heiterkeit),

wenigstens nicht in Gestalt unserer Soldaten, sondern nur mit unseren Kaufleuten und mit unseren Missionaren. Also, wir bleiben in Petschili nicht länger, als dies durch den Zwang der Umstände geboten ist. Wir lassen uns aber auch nicht durch chinesische Winkelzüge und chinesische Spiegelfechtereien vorzeitig aus Petschili hinauskomplimentieren.

(Sehr richtig!)

Ebenso steht es mit der Frage des Oberkommandos. Wir werden das Oberkommando nicht einen Tag länger aufrechterhalten, als dieses den Notwendigkeiten der Lage und als es den Wünschen der Mächte entspricht. Solange aber diese beiden Voraussetzungen zutreffen, wird der Feldmarschall Graf Waldersee wie bisher mit Sicherheit und mit allgemein anerkanntem Takt und mit ebenso gutem militärischen Erfolg sein Amt verwalten.

Meine Herren, ich möchte endlich noch einige Worte hinzufügen über die gegenwärtige diplomatische Lage in China. Alle Mächte sind bestrebt, die Verhältnisse in China zu konsolidieren, und alle Mächte wünschen einen baldigen Abschluß der internationalen Intervention in China herbeizuführen. Nichtsdestoweniger bestehen, wie ich schon vorhin andeutete, zwischen den Mächten quoad China gewisse in der Natur der Dinge begründete Divergenzen. Es gibt Mächte, deren Interessen in China wesentlich wirtschaftlicher Natur sind, und es gibt andere Mächte, die dort mehr politische Ziele verfolgen. Wir gehören nach meiner Auffassung in die erstere Kategorie. Deshalb auch haben wir — ich glaube, es war am 16. Oktober vorigen Jahres — das deutsch-englische Abkommen[4]) abgeschlossen, dessen Tendenz ich damals dahin zusammenfassen konnte, einerseits die Integrität von China solange als möglich aufrechtzuerhalten, andererseits uns in China nur so weit zu engagieren, als dies für unseren Handel geboten ist. — Auf die Mandschurei bezieht sich das deutsch-englische Abkommen nicht.

(Hört! hört! und lebhafte Bewegung.)

Das geht schon aus dem Wortlaut des Abkommens hervor. Daß dies Abkommen keinerlei geheime Abmachungen noch Klauseln enthält, das habe ich schon bei der ersten Lesung des Etats erklärt, wo ich auch sagte, daß wir sofort dies Abkommen in extenso der Oeffentlichkeit übergeben hätten. Ich kann heute hinzufügen, daß wir auch bei den Verhandlungen, die zum Abschluß dieses Abkommens führten, keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß wir dasselbe nicht auf die Mandschurei bezögen. In der

4) Vgl. oben S. 133.

Mandschurei bestehen gar keine nennenswerten deutschen Interessen. Deutsche Missionare wirken dort nicht; deutsche Kaufleute und Handelsleute und sonstige Deutsche sind in den Handelsplätzen der Mandschurei nur sporadisch anzutreffen. Was aus der Mandschurei wird — ja, meine Herren, ich wüßte wirklich nicht, was uns gleichgültiger sein könnte.

(Zustimmung rechts.)

Auf der andern Seite aber haben wir ein Interesse daran, daß China im gegenwärtigen Augenblick, und solange seine Verpflichtungen gegenüber den Mächten nicht reguliert sind, sein Staatsvermögen nicht ungebührlich verringert.

(Sehr richtig!)

China ist in diesem Augenblick Schuldner der Mächte bis zu einem recht erheblichen Betrage; China befindet sich augenblicklich in der Lage eines Schuldners, der mit seinen Gläubigern verhandelt, aber noch nicht zu einem Akkord gelangt ist. In einem solchen Falle haben die Gläubiger ein Interesse daran, daß der Schuldner, bis er seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, nicht zu viel weggibt in fraudem creditorum.

(Heiterkeit.)

Deshalb haben wir, wie auch andere Mächte, der chinesischen Regierung auf eine Anfrage erwidert, daß wir im jetzigen Moment, und solange China die ihm in der Kollektivnote der Mächte auferlegten Bedingungen nicht erfüllt hat, Abmachungen bedauern würden, welche China, gleichviel mit wem, abschließen sollte, sofern seine finanzielle Leistungsfähigkeit dadurch sehr wesentlich beeinträchtigt werden sollte. Diese Antwort konnte uns von keiner anderen Regierung verübelt werden, einmal weil, wer berechtigte Interessen vertritt, keinem anderen zu nahe tritt, und dann, weil alle Mächte feierliche Erklärungen dahin abgegeben haben, daß sie in China keinerlei Sonderzwecke verfolgten.

Mitbestimmend für unsere Antwort war auch der Umstand, daß neuerdings Privatgesellschaften angefangen haben, die gegenwärtige Lage von China zu benutzen, um der chinesischen Regierung allerlei Konzessionen abzuzwacken. Wenn das so weiter ginge, wenn das ohne Zaum und Zügel so weiter ginge, so würde China, der chinesische Schuldner, einer ausgequetschten Zitrone gleichen, eine ausgequetschte Zitrone sein, ehe wir zu unserem Safte gelangt sind. Deshalb haben wir unseren Standpunkt in dieser zur Zeit strittigen Frage dahin zusammengefaßt, daß wir in erster Linie bei der chinesischen Regierung die schleunige und völlige Erfüllung der von ihr angenommenen Friedensbedingungen urgierten, im übrigen aber die chinesische Regierung mit ihren Anträgen, Wünschen und

Beschwerden an die diplomatische Konferenz in Peking verwiesen, welche das Konzert der Mächte repräsentiert. Ich nehme keinen Anstand, das Telegramm zu verlesen, welches ich vor einigen Tagen über diese Materie an unsere größeren Missionen gerichtet habe. Dieses Telegramm lautet:

> Der Wortlaut einer Erklärung,. welche schriftlich dem chinesischen Gesandten in Washington ausgehändigt worden ist, wurde mir durch den amerikanischen Botschafter übergeben. China wird in derselben der dringende Rat erteilt, wie bisher so auch fernerhin mit dem Konzert der Mächte zu verhandeln und Vereinbarungen, welche die Aufgabe von Gebiet oder finanzielle Verpflichtungen in sich schließen, nicht mit einer einzelnen Macht zu treffen. Mit den Worten „improper, inexpedient and extremely dangerous"

— also: unpassend, ungehörig und sehr gefährlich —

> für die Interessen Chinas wird letztere Art der Geschäftsbehandlung bezeichnet.
>
> Diese amerikanische Erklärung scheint die Erwiderung auf eine chinesische Anregung darzustellen. Auch der hiesige chinesische Gesandte teilte gestern hier auftragsgemäß mit, daß China von Rußland energisch gedrängt werde, den Mandschurei-Vertrag zu ratifizieren. Durchaus sei die chinesische Regierung abgeneigt, einen Vertrag zu ratifizieren, der die Abtretung weiter Gebiete involviere; indessen fühle sie sich in ihrer Existenz bedroht, falls sie die Ratifizierung ablehne, und frage deshalb die Mächte um Rat.
>
> Darauf erhielt der chinesische Gesandte die Antwort, daß seit dem Beginn der Wirren in China im vorigen Sommer die deutsche Regierung ausnahmslos an dem Grundsatze festgehalten hat, bisweilen sogar unter Aufopferung eigener Gesichtspunkte, durch das Konzert der Mächte, und zwar nicht von Kabinett zu Kabinett, sondern durch die Konferenz der Vertreter in Peking, alle China betreffenden Angelegenheiten entscheiden zu lassen. Daß die schwierigen Fragen, welche ihrer Lösung vor sechs Monaten harrten, einer Erledigung wesentlich näher gerückt und die friedlichen Beziehungen der Mächte zu einander ungestört geblieben sind, ist dieser Form des Geschäftsverkehrs mit zu verdanken. Deshalb beabsichtigt die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers nicht, eine andere Art der Behandlung bei der durch den chinesischen Gesandten angeregten Frage eintreten zu lassen und

sich dem Konzert der Mächte zu substituieren. Daher stellt sie der chinesischen Regierung anheim, sich mit allen Anträgen an die diplomatische Konferenz in Peking zu wenden, umsomehr, als die Angaben des chinesischen Gesandten in direktem Widerspruch mit anderen von glaubwürdiger Seite der deutschen Regierung zugegangenen Angaben stehen.

(Hört! hört!)

Welche Wirkung diese von uns an die chinesische Regierung gerichtete Empfehlung haben wird, ist eine andere Frage. Das können wir aber ruhig abwarten.

Meine Herren, man hat von einer Isolierung Deutschlands in China gesprochen, und man hat gesagt, daß wir in China diese oder jene fremde Macht als Stütze brauchten. Das eine ist so unzutreffend wie das andere. Von einer Isolierung Deutschlands in China kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil wir mit Erfolg unsere Anstrengungen darauf gerichtet haben, das Konzert der Mächte zusammenzuhalten. Einer besonderen Stütze, einer besonderen Anlehnung bedürfen wir deshalb nicht, weil wir zu keiner Zeit in China Sonderansprüche geltend gemacht haben.

Man hat auch gesagt, daß durch die chinesischen Vorgänge unsere Beziehungen zu Rußland alteriert worden seien. Auch das ist unzutreffend.

(Hört! hört!)

Deutschland verfolgt, wie ich schon gesagt habe, in China wesentlich und ganz überwiegend Zwecke wirtschaftlicher und kultureller Natur. Rußland verfolgt in China auch Zwecke kultureller Natur, nebenbei aber auch gewisse politische Ziele, namentlich im Norden von China. Diese beiderseitigen Zwecke, die deutschen und die russischen, können aber sehr wohl nebeneinander bestehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Von einem schärferen oder gar unversöhnlichen Gegensatz zwischen uns und Rußland ist in China so wenig die Rede, wie irgendwo sonst.

(Hört! hört!)

Wohl aber bringt diese Verschiedenheit der Aspirationen es mit sich, daß wir in China bisweilen auch mit anderen Mächten mit Nutzen zusammen arbeiten können. Das war zum Beispiel der Fall bei dem von mir erwähnten Jangtseabkommen, zu dem wir durch die Gleichartigkeit unserer Handelsinteressen in China mit den dortigen englischen Handelsinteressen geführt worden sind; auch Deutschland und England besitzen in China mancherlei wichtige Interessen, die durch gemeinsame Behandlung gefördert

werden können. Dieses Jangtseabkommen konnte aber der russischen Regierung gar keinen Grund zu Mißtrauen geben und bieten; denn die drei Artikel desselben, die drei einzigen Artikel desselben legen uns in keiner Weise irgend eine Verpflichtung zu irgend einer Aktion gegen irgend eine andere Macht auf. Auch an der für uns sehr wichtigen Frage der Kriegsentschädigung ist Rußland infolge seiner besonderen Stellung zu China weniger interessiert. Diese Frage gehört auch zu den Fragen, wo wir veranlaßt sind, uns mit anderen Mächten zu verständigen, deren Interessen mit den unseren mehr analog sind.

Ebenso gut wie unsere Beziehungen zu Rußland und England ist unser Verhältnis zu Amerika, zu Frankreich und Japan. Amerika beteiligt sich mit Eifer an der Behandlung der politischen Fragen in China und legt namentlich, wie Sie eben gehört haben, das lebhafteste Interesse an den Tag für die Erhaltung der chinesischen Integrität. Zwischen uns und Frankreich bestehen, wie an vielen, wie an den meisten Punkten der Erde, auch in China keine sachlichen Gegensätze

(sehr richtig! rechts);

und was Japan angeht, so erkennen wir gern die Großmachtstellung an, welche sich dieses hochbegabte Volk durch seine Waffenerfolge wie durch seine Intelligenz im fernen Osten errungen hat.

Daß wir endlich von unseren beiden Verbündeten Oesterreich-Ungarn wie Italien auch in China in der loyalsten Weise unterstützt worden sind, und daß wir mit diesen unseren beiden Verbündeten auch in China Hand in Hand und Seite an Seite gegangen sind, versteht sich von selbst bei dem völlig unerschütterten Bestand des Dreibundes.

(Bravo! rechts.)

Unsere Aufgabe ist es, zwischen den Ansprüchen der verschiedenen Mächte unsere Neutralität, unsere Selbständigkeit, unsern Frieden, also die großen und dauernden Interessen des Reichs zu wahren; uns kommt es nur darauf an, in China baldmöglichst wieder friedliche Zustände herzustellen für die Sicherung unseres dortigen Besitzstandes und für die Wahrung unserer legitimen Handelsinteressen. Das ist nur möglich durch Einigkeit der Mächte, und deshalb haben wir unsere Bemühungen darauf gerichtet und wir richten weiter unsere Bemühungen darauf, durch eine gerechte und versöhnliche Haltung die vorhandenen Gegensätze zu mildern und durch gemeinsames Zusammenwirken die gemeinsamen Ziele zu erreichen: gerechte Sühne für die begangenen Verbrechen, angemessene Entschädigung für die uns aufgezwungenen, durch grobe Verletzung des Völkerrechts aufgezwungenen Expeditionskosten, dauernde Bürgschaft für

die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung im Interesse einer ungestörten Entfaltung unseres Handels und der ungestörten Tätigkeit unserer Missionare. Das sind die Ziele, die wir schon im vergangenen Juli aufgestellt haben, die jetzt ihren Ausdruck gefunden haben in der gemeinsamen Note der Mächte, die nach wie vor unsere Richtschnur bilden, und für deren Erreichung im Rahmen der von mir dargelegten Politik ich die Unterstützung dieses hohen Hauses erbitte.

(Bravo!)

Im weiteren Verlauf der Debatte ergreift der Reichskanzler noch einmal das Wort, um mehrere Einwände, die von Abgeordneten erhoben worden sind, zu widerlegen.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, nachdem ich mich über die Lage der Dinge in China eingehender ausgelassen habe, glaube ich mich jetzt um so kürzer fassen zu können, als die von dem Herrn Abgeordneten Bebel gegen unsere Chinaexpedition vorgebrachten Bedenken von dem Herrn Abgeordneten Dr. Bachem, von dem Herrn Abgeordneten Bassermann und von dem Herrn Abgeordneten Schrader in, wie mir schien, überzeugender Weise widerlegt worden sind. Ich wende mich deshalb nur zu einigen wenigen Punkten, die im Laufe der Debatte gestreift worden sind.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat die Expeditionen getadelt, die in der Provinz Petschili unternommen worden sind. Diese Expeditionen sind aber das einzige Mittel, um die Ruhe und Ordnung in Petschili, also das, was wir mit unserer Aktion in China in erster Linie erstreben, wiederherzustellen; und je rascher und nachdrücklicher die Ruhe und Ordnung in Petschili wiederhergestellt wird, umsomehr Aussicht ist vorhanden, daß, wenn wir, wie wir lebhaft wünschen, Petschili räumen, dann unsere Landsleute und alle sonst in China angesessenen Fremden nicht wieder in Gefahr geraten. Die chinesische Regierung war nicht stark genug, um Petschili selbst von den Boxerbanden und den vielfach zu ihnen übergegangenen chinesischen Soldaten zu reinigen, und da mußten sich die Okkupationstruppen der mühsamen und schwierigen, aber nützlichen und notwendigen Aufgabe unterziehen, das Land von diesem Gesindel zu räumen. Damit haben die Okkupationstruppen nicht nur die aufrührerische Bewegung in der Provinz Petschili zurückgedrängt, sondern auch einen allgemeinen Ausbruch der Fremdenfeindlichkeit in ganz China verhindert.

1) Sten. Ber. d. R.-T., ebd., S. 1882 f.

Nun hat der Herr Abgeordnete Bebel gemeint, wir dienten in China englischen Interessen. Dieser Vorwurf hat mich einigermaßen in Verwunderung gesetzt von seiten des Herrn Abgeordneten Bebel, der doch ein Freund guter Beziehungen zu England ist. Das bin ich auch; ich bin auch ein Freund bester Beziehungen zu England, aber nur im Rahmen unserer vollen Selbständigkeit; und deshalb betone ich mit großem Nachdruck, daß wir in China nur deutsche Interessen wahrnehmen und es den Engländern überlassen, ihre Interessen dort selbst zu vertreten.

Der Herr Abgeordnete Richter hat an mich die Frage gerichtet, was eigentlich in dem sogenannten Mandschureiabkommen stünde. Ja, meine Herren, wenn ich das wüßte!

(Heiterkeit.)

Das weiß ich nicht; das wissen sogar gewisse Regierungen nicht, die an dem Mandschureiabkommen direkter interessiert sind als wir, und es würde nicht den diplomatischen Gepflogenheiten entsprechen, und, ich glaube, es würde nicht den deutschen Interessen entsprechen, wenn ich in dieser Beziehung der russischen oder der englischen Regierung gegenüber zu große Neugierde oder irgendwelche Ungeduld durchblicken ließe. Wenn ich aber, ohne irgendwelche Pression auf eine fremde Regierung auszuüben, auf ganz natürliche und ungezwungene Weise etwas erfahre über den Inhalt des angeblichen Mandschureiabkommens, so werde ich es mit großem Vergnügen dem Herrn Abgeordneten Richter mitteilen.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Richter hat weiter sich berufen auf ein Telegramm der Telegraphenagentur Laffan. Diese Agentur Laffan ist, soviel ich weiß, eine recht verdächtige Agentur.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist eine Telegraphenagentur, die in der Entenzucht eine wahre Virtuosität besitzt

(Heiterkeit),

und deshalb bin ich geneigt, zu glauben, daß, was die Agentur Laffan berichtet hat, Schwindel war; und ich bin überzeugt, daß unser Gesandter in Peking, Herr von Mumm, niemals gesagt hat, daß wir jetzt in China eine annexionistische Politik treiben wollen. Jedenfalls kann ich in dieser Beziehung nur wiederholen, was ich bei der Beratung der ersten Chinavorlage im November erklärt habe, nämlich, daß wir nicht wünschten, die Grenzen und den Rahmen des deutsch-chinesischen Vertrages von 1898 zu überschreiten.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat ferner gefragt, warum unsere Schlachtflotte noch in China bliebe. Wir lassen unsere Schlachtflotte noch in China einmal wegen des moralischen Eindrucks auf die Chinesen. Auch die Chinesen sind nicht unempfänglich für Imponderabilien, und die Anwesenheit unserer Schlachtflotte macht sie gefügiger für die Friedensverhandlungen. Dann aber lassen wir die Schlachtflotte dort, weil für die immerhin beträchtliche Landmacht, die wir in Ostasien haben, die Deckung und Unterstützung durch die Flotte in hohem Grade nützlich ist. Und endlich hat die Anwesenheit unserer Flotte auch wesentlich beigetragen zu dem ruhigen Verhalten der verschiedenen Vizekönige in China. Das ist auch die Ansicht sowohl unseres Gesandten in China als des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee. Ich habe hier ein Telegramm unseres Gesandten in Peking, den ich, vielleicht in Vorahnung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Richter

(Heiterkeit),

vor einigen Tagen gefragt hatte, ob wir die Flotte nicht zurückziehen könnten; und da antwortet mir unser Gesandter:

> Graf Waldersee würde ein vorzeitiges Zurückziehen des Geschwaders bedauern, da er an der Auffassung festhält, daß die ausgezeichneten Dienste, die dasselbe durch seine Anwesenheit im Jangtse geleistet hat, bei der Auseinandersetzung über die Entschädigungen in erhöhtem Maße zur Geltung kommen werden.
>
> Auch ich bin der Ueberzeugung, daß die vorläufige Belassung desselben in Ostasien vorteilhaft für den weiteren Gang der Verhandlungen und die Annahme der Garantie für die Erfüllung unserer Forderungen, sowie für das fernere Wohlverhalten der Jangtse-Gouverneure sein wird.

Der Herr Abgeordnete Richter hat ferner gesprochen von einem plötzlichen Abzug der russischen Truppen aus Petschili. Eine solche plötzliche und für uns überraschende Zurückziehung der russischen Truppen hat nicht stattgefunden. Die russische Regierung hat uns in loyaler Weise rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß sie einen Teil dieser Truppen in der Mandschurei brauche, und das war schon im Hinblick auf die langgestreckte russisch-chinesische Grenze sehr begreiflich. Die russische Regierung betonte gleichzeitig, daß sie nach wie vor sich nicht vom Konzert der Mächte zu trennen beabsichtige, und daß sie hohes Gewicht lege auf ein freundschaftliches Zusammengehen mit uns auch in Ostasien.

Nun hat der Herr Abgeordnete Richter weiter gemeint, daß ich mich in zu allgemeinen Wendungen bewegt hätte, und eine ähnliche Kritik habe

ich auch neulich vernommen bei der zweiten Beratung des Etats des Auswärtigen Amts. Meine Herren, da möchte ich doch konstatieren, daß in keinem anderen Parlamente, weder in Paris, noch in Rom, noch in London, irgend ein anderer Minister des Aeußern speziell über die Chinafrage so detaillierte Mitteilungen gemacht hat, wie ich mich beehrt habe sie heute zu machen. Mit neuen Enthüllungen kann ich unmöglich immer aufwarten, und ich will mich lieber der Kritik aussetzen, daß ich zu wenig sagte, als mit Recht den Vorwurf verdienen, daß ich Dinge sagte, welche die Interessen des Landes schädigen könnten. Ich bin schließlich doch kein arabischer Märchenerzähler

(Heiterkeit),

sondern ich bin der verantwortliche Leiter unserer auswärtigen Politik.

Der Herr Abgeordnete Richter hat schließlich gemeint, und der Herr Abgeordnete Bebel hat es wiederholt, daß die Chinapolitik das deutsche Volk immer mehr mit Mißtrauen gegen die Weltpolitik erfüllen und das deutsche Volk mehr und mehr von der Weltpolitik abbringen würde. Wir sollten uns doch einmal darüber verständigen, was wir eigentlich unter Weltpolitik verstehen. Ein Begriff muß doch bei dem Worte sein! Wenn der Herr Abgeordnete Richter unter Weltpolitik irgendwelche Tendenz versteht, uns in Dinge zu mischen, die uns nichts angehen, so bin ich der allerentschiedenste Gegner einer solchen Weltpolitik. Daß wir aber durch die Entwickelung unserer Verhältnisse große überseeische Interessen auch in Ostasien, und namentlich in Ostasien, erworben haben, und daß es für uns eine Lebensfrage ist, diese Interessen zu fördern und zu entwickeln, das ist eine historisch gewordene Tatsache, von der wir als vernünftige Leute nicht abstrahieren können. In diesem Sinne habe ich vor drei Jahren gesagt, daß wir auch unsern Platz an der Sonne beanspruchen, und in diesem Sinne wiederhole ich heute, daß wir diesen Platz behaupten und uns nicht in den Schatten drängen lassen wollen.

(Bravo!)

Nach dem Reichskanzler sprach noch der Abgeordnete von Tiedemann für die Vorlage, dann wurde diese an die Budgetkommission verwiesen.

---

43. Politische Polizei. — Chinafrage.

Sitzung des Reichstages vom 19. März 1901.

Bei der dritten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1901 bringt der Abg. Fischer-Berlin (Sozd.) zur Sprache, daß ein Beamter der politischen Polizei in Berlin einen Parteigenossen des Redners durch Geldversprechungen zu bestimmen versucht habe, die Beschlüsse, Handlungen und Beratungen aus den sozialdemokratischen Fraktionsitzungen der politischen Polizei in Berlin mitzuteilen. Da nun, wie der Redner annimmt, für die Dienste der politischen Polizei aus dem allgemeinen Fonds des Reichs Mittel zur Verfügung gestellt werden, fragt er den Reichskanzler, ob die Reichsregierung „mit einer solchen Tätigkeit der Berliner politischen Polizei einverstanden ist, und ob vielleicht sogar die Mittel, die hier verlangt und vom Reichstag der Reichsregierung zur Verfügung gestellt werden, die Mittel für geheime Fonds, dazu verwendet werden, daß einzelne gewissenlose Beamte sogar unsere Beschlüsse und Handlungen als Mitglieder der Volksvertretung überwachen und bespitzeln lassen, daß wir also Gefahr laufen, auf die Denunziation eines anonymen Lumpazi hin in den Polizeilisten zu figurieren".

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Fischer erwidere ich, daß mir von den Vorgängen, die er zur Sprache gebracht hat, nicht das Allermindeste bekannt ist; schon deshalb bin ich nicht in der Lage, auf diese Materie hier näher einzugehen. Ich möchte doch aber auch gleichzeitig darauf hinweisen, daß es sich hier um eine rein preußische Angelegenheit handelt. Wenn diese Angelegenheit im preußischen Landtag zur Sprache gebracht werden sollte, so wird der Herr Minister des Innern gewiß nicht verfehlen, die nötigen Aufklärungen zu geben.

(Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Der weitere Verlauf der Debatte brachte eine Auseinandersetzung des Reichskanzlers mit dem Abgeordneten Fürst von Bismarck. Dieser knüpfte an einen im letzten Satz der vorigen Rede des Reichskanzlers gebrauchten Ausdruck an und führte zunächst aus:

„Der Herr Reichskanzler sprach da von einer Lebensfrage, die die ostasiatischen Interessen für uns bedeuteten. Dieses scheint mir doch ein etwas weit gehender Ausdruck. Eine Lebensfrage für das Deutsche Reich ist eine solche, für die es seine gesamten Machtmittel und seine Existenz einzusetzen hat, für die es kämpfen muß auf Leben und Tod. Es gibt solche Lebensfragen in Europa und auch innerhalb Deutschlands. Ich glaube aber nicht, daß sie gegenwärtig in Ostasien vorliegen. Die Erpachtung von Kiautschou vor einigen Jahren kann eine

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 71. Sitzung, S. 1985.

Lebensfrage nicht geschaffen haben; denn selbst wenn sie unterblieben wäre, so würde die Machtstellung Deutschlands in der Welt dadurch wohl nicht gelitten haben. (Sehr richtig!) Meine Herren, das Wort von der Lebensfrage hat mich deshalb zur Wortmeldung veranlaßt, weil es geeignet sein könnte, den ruhigen Bürger zu erschrecken. Gerade mit Rücksicht auf die Reden, die wir am Freitag von der linken Seite des Hauses hörten, habe ich es für meine Pflicht gehalten, diese Aeußerung des Herrn Reichskanzlers, wie ich voraussetze, mit seinem Einverständnis, auf ihren richtigen Wert zurückzuführen."

Im übrigen sprach sich Fürst Bismarck im wesentlichen zustimmend zu den Aeußerungen des Reichskanzlers über die Chinapolitik aus, soweit er „ohne Aktenkenntnis" darüber glaubte urteilen zu können.

Reichskanzler Graf von Bülow[2]):

Ich danke dem Herrn Vorredner für die wohlwollende Art und Weise, in welcher er meine Tätigkeit im allgemeinen —

(Lachen links)

— gewiß, meine Herren, der Herr Vorredner hat in sehr wohlwollender Weise meine Tätigkeit im allgemeinen, sowie speziell meine nicht ganz leichte Stellung in der Chinafrage beurteilt, und dafür spreche ich ihm meinen Dank aus. Ich glaube aber doch, daß der Herr Vorredner, mich neulich in einem Punkte nicht ganz richtig verstanden hat, wenn er einen gewissen Widerspruch gefunden hat[3]) zwischen meinem hier verlesenen Zirkulartelegramm, zwischen dem Telegramm, welches ich an unsere wichtigeren Missionen gerichtet habe, und der Wendung, die ich gebrauchte, daß China sein Staatsvermögen nicht erheblich vermindern möge in fraudem creditorum, sowie einer analogen Antwort, welche der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts auf eine Anfrage dem chinesischen Gesandten erteilt

2) A. a. O. S. 1987.

3) Fürst Bismarck hatte gesagt: „Wenn wir hiervon (nämlich von den „guten und vortrefflichen Beziehungen Deutschlands zu sämtlichen auswärtigen Mächten") gern Akt genommen haben, so war die Befriedigung vielleicht noch eine größere über die Spezialäußerung in Bezug auf die Mandschurei, von der der Herr Reichskanzler mit Nachdruck sagte, er wüßte nichts, was ihm gleichgültiger wäre, als diese Mandschurei. Einige Zeitungen haben versucht, die Sache so darzustellen, als ob der Herr Reichskanzler durch seine hübsche Redewendung in fraudem creditorum jene mit Beifall begrüßte Feststellung hätte abschwächen wollen. Ich meine mit Unrecht. Ich halte mich in diesem Falle nicht so sehr an die Worte, obgleich alle Worte des Herrn Reichskanzlers in seiner amtlichen Stellung die schwerwiegendste Bedeutung haben. Aber noch mehr wert als ein Redepassus ist das geschriebene Wort, und der Zirkularerlaß, den der Herr Reichskanzler uns zu verlesen die Güte hatte, der also vermutlich den auswärtigen Regierungen mitgeteilt ist, ist vollständig korrekt und in Uebereinstimmung mit dem, was der Herr Reichskanzler über den Mangel des Interesses an der Mandschurei sagte."

hat. Ich habe, glaube ich, nicht den mindesten Zweifel darüber gelassen, daß in der Mandschurei keine politischen deutschen Interessen existieren, daß ferner das Jangtse-Abkommen sich in keinem seiner drei einzigen Artikel auf die Mandschurei bezieht.

(Hört! hört!)

Aber ich habe gleichzeitig gesagt, wir müßten natürlich wünschen, daß China seine Fähigkeit, die berechtigten Entschädigungsforderungen der Mächte zu erfüllen, nicht zu sehr verringert. Da der Herr Vorredner dieses Thema angeschnitten hat, so freue ich mich, übrigens mitteilen zu können, daß ich vor zwei Stunden ein Telegramm unseres Botschafters in St. Petersburg erhalten habe, nach welchem der russische Herr Minister des Aeußern dem Grafen Alvensleben seine Genugtuung mit meinen neulichen Ausführungen über China ausgesprochen hat.

(Sehr gut!)

Nun hat der Herr Abgeordnete Fürst Bismarck sich weiter bezogen auf den Herrn Abgeordneten Richter[4]). Da nehme auch ich gar keinen Anstand, zu sagen, daß auch ich das von dem Herrn Abgeordneten Richter neulich aufgestellte Programm: redde legiones nostras und bringe uns auch unsere Millionen wieder! — ein ganz vortreffliches Programm finde.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Es freut mich übrigens, daß sich bei dieser Gelegenheit der Herr Abgeordnete Fürst Bismarck mit dem Herrn Abgeordneten Richter begegnet hat; es freut mich das doppelt, nachdem der Abgeordnete Richter sich schon neulich auf den verewigten großen Fürsten Bismarck bezogen hat. Das beweist, daß der Berg und Muhamed sich doch noch irgendwo einmal begegnen.

(Große Heiterkeit.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Fürst Bismarck weiter gemeint, ich hätte durch meine Wendung, daß für uns in Ostasien Lebensfragen auf dem Spiel stünden, den ruhigen Staatsbürger erschreckt. Das würde mir aufrichtig leid tun, wenn das wirklich der Fall wäre. Das kann ich aber vorläufig wirklich nicht glauben; von einem solchen Schrecken habe ich nicht das Allermindeste bemerkt. Ich habe auch neulich, scheint mir, sowohl in meinen einzelnen Wendungen wie im ganzen Tenor meiner Reden es nicht im Zweifel gelassen, daß ich Ostasien nicht als Angelpunkt

4) Die betreffenden Worte des Fürsten Bismarck lauteten: „Die kurzen Worte des Herrn Abgeordneten Richter ‚wir wollen unser Geld wieder haben‘ waren wirklich le cri du coeur; es war damit die Stimmung des ganzen Reichstags ausgesprochen.“

und Drehpunkt unserer Politik betrachte. Allerdings habe ich aber darauf hingewiesen, daß wir in Ostasien große und wichtige Handelsinteressen haben. Unser Handel nach Ostasien repräsentiert ungefähr 80 Millionen Mark, ich glaube sogar, daß diese Summe eher noch zu niedrig gegriffen ist, weil manches nicht darin eingerechnet ist, was über Belgien, Holland, England geht. Dann haben wir in Schantung, wenn ich nicht irre, hundert Millionen Mark investiert. Das ist doch schließlich auch kein Pappenstiel.

(Sehr richtig! Heiterkeit.)

Wir haben ein eminentes Interesse, daß der chinesische Handel nicht die Beute einer einzelnen Macht oder mehrerer Mächte ohne uns werde, sondern daß wir auch Einfluß auf diesen chinesischen Handel behalten. Das ist sogar von einer Seite anerkannt worden, von einem Schriftsteller — ich erinnere mich deshalb daran, weil bei der Debatte über die erste Chinavorlage der Herr Abgeordnete Bassermann den Ausspruch zitierte —, also ein der äußersten Linken angehörender Schriftsteller, Herr Bernstein, hat zugegeben, daß Deutschland ein großes Interesse daran hätte, daß der chinesische Handel ihm nicht aus den Händen gleite.

Also, meine Herren, ich darf mit der Bemerkung schließen, daß wir — das hat der Herr Abgeordnete Fürst Bismarck mit vollem Recht hervorgehoben — den Schwerpunkt unserer Politik nach wie vor in Europa suchen und diesen Schwerpunkt nicht verrücken lassen werden. Wir werden aber auch unsere Interessen und Rechte in Ostasien, die sehr wichtige Interessen und sehr legitime Rechte sind, schützen. Und wir werden auch unsere Ehre schützen, die dadurch angegriffen worden ist, daß unser Gesandter in China in völkerrechtswidrigster Weise massakriert worden ist, und diese Ehre des deutschen Volkes betrachte ich allerdings als eine Lebensfrage.

(Lebhafter Beifall.)

Auf diese Darlegung antwortete der Abgeordnete Fürst von Bismarck:

„Meine Herren, ich habe nur zwei kleine Richtigstellungen vorzunehmen gegenüber den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers. Er hat mich in einer meiner Aeußerungen mißverstanden. Ich habe den Herrn gerade in Schutz genommen gegen die Auslegungen Dritter in Bezug auf die angebliche Abschwächung seiner Aeußerung betreffs der Mandschurei durch die Wendung von der fraus creditorum. Wahrscheinlich hat der Herr Reichskanzler bei den wichtigeren Dingen, die er zu lesen hatte, meine Worte nicht hören können. Aber ich war etwas erstaunt, wie der Herr Reichskanzler sich gegen mich wandte, nachdem ich mir bewußt war, ihm beigesprungen zu sein und ihn gelobt zu haben

für das schön redigierte und korrekte Zirkular. Der Herr Reichskanzler wird nunmehr gewiß zugeben, daß er mich mißverstanden hat, und daß ich keine Berichtigung, sondern seine Zustimmung zu meiner Unterstützung seines Standpunktes verdient habe, den ich, wie ich wiederholt erkläre, für richtig halte.

„Zweitens liegt eine kleine Verschiebung vor am Schlusse der Rede des Herrn Reichskanzlers in Bezug auf die Lebensfrage, also des Wortes, welches mich, wie ich vorhin sagte, heute hier zum Reden veranlaßte. Der Herr Reichskanzler hat heute festgestellt, daß es für uns Lebensfrage wäre, für die Ermordung unseres Gesandten eine ausreichende Sühne mit allen Mitteln zu verlangen. Meine Herren, das ist niemals und von keiner Seite bestritten worden; ich habe es im Gegenteil für so selbstverständlich gehalten, daß ich in meinen Ausführungen diesen Punkt gar nicht weiter berührt habe. Das alte Dichterwort: ‚Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre', ist uns allen aus dem Herzen gesprochen. Also, in diesem Punkte wird keiner der Abgeordneten des Reichstags sich von dem Herrn Reichskanzler aus der Schanze schlagen lassen. Wir teilen durchaus die Auffassung, daß, sobald die nationale Ehre engagiert ist, alles daran gesetzt werden muß bis zum letzten Strohhalm. Aber der Herr Reichskanzler hat hiervon nicht gesprochen am Schluß der zweiten Freitagsrede, auf welche ich erwidert habe. . . ."

Darauf erklärte der

Reichskanzler Graf von Bülow[5]):

Ich nehme gerne davon Akt, daß ich den Herrn Vorredner in zwei Punkten mißverstanden habe, und es bleibt mir nur übrig, dem Herrn Fürsten Bismarck zu danken für die wohlwollende und erfolgreiche Weise, in welcher er mir bei meiner chinesischen Mensur sekundierte.

(Heiterkeit).

44. Vorstellung im Herrenhause. — Landwirtschaftlicher Schutzzoll.

Sitzung des preußischen Herrenhauses vom 28. März 1901.

Zum erstenmal wohnt Graf von Bülow als Reichskanzler und Präsident des preußischen Staatsministeriums einer Sitzung des Herrenhauses an. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Staatshaushaltsetats. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort der

Präsident des Staatsministeriums, Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, ich habe das Wort erbeten nicht zu längeren Ausführungen, sondern weil ich die erste Gelegenheit ergreifen wollte, die sich

5) A. a. O. S. 1990.

1) Verhandlungen des Herrenhauses 1901, 5. Sitzung, Sten. Ber. S. 55.

mir bietet, um mich diesem hohen Hause an der Spitze des Königlichen Staatsministeriums vorzustellen. Ich sage, daß ich das Wort nicht zu langer Darlegung ergriffen habe. Vor einer Stunde habe ich allerdings in verschiedenen Morgenzeitungen gelesen, daß ich hier ein ausführliches Programm entwickeln würde, und ich habe mich gefragt, ob ich diesem Lockruf Folge leisten sollte. Manches sprach ja dafür, und insbesondere die Versuchung, vor dieser hohen Versammlung zu reden. Unter den Gegengründen aber, meine Herren, überwog namentlich ein Argument. Ich habe lange in Ländern mit rein parlamentarischer Regierungsform gelebt. Manches habe ich da nicht übel gefunden; aber unter den Dingen, die mir nicht gefielen, war, daß sich dort jede neue Regierung und jeder neue Minister mit einem neuen, an Verheißungen und Versprechungen reichen Programm vorzustellen pflegt. Wenn nun Gott hinterher den Schaden besieht, das heißt, wenn die betreffende Regierung und der betreffende Minister nicht mehr im Amte ist, so pflegt von den Verheißungen und Versprechungen meistens nicht alles erfüllt zu sein. Darum, meine Herren, will ich mich lieber darauf beschränken, durch mein tatsächliches Verhalten mir nach und nach das Vertrauen dieses Hauses zu verdienen.

(Bravo!)

Das aber, meine Herren, möchte ich sagen, daß ich es mir zur Ehre rechne, als Präsident des Staatsministeriums in geschäftliche Beziehung und in dienstliche Verbindung mit diesem Hause zu treten. Die gegenwärtige Session bringt wichtige Vorlagen. Ich bin überzeugt, daß diese Versammlung, in der soviel Erfahrung und soviel Einsicht vertreten sind, mit stets bewährtem Patriotismus und in immer gleicher Hingebung und Treue für Seine Majestät den König die Königliche Staatsregierung unterstützen wird in ihrem Bestreben, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Landesvertretung das Wohl der Monarchie zu fördern. In diesem Sinne erbitte ich für gemeinsame Arbeit Ihre vertrauensvolle Mitwirkung und Ihren wohlwollenden Rat.

(Lebhaftes Bravo.)

Darauf erstattet Graf von Königsmarck den Generalbericht über die Beratungen der Kommission für den Staatshaushaltsetat. Bei der Besprechung des Etats des Ministeriums für Landwirtschaft erwähnt er, daß diese Kommission in Anbetracht der Notlage der deutschen Landwirtschaft geglaubt hat, sich der Resolution anschließen zu sollen, die in dem andern Hause bei Gelegenheit der Besprechung des landwirtschaftlichen Etats gefaßt worden ist. Die Resolution, die von der Kommission zur Annahme empfohlen wird, lautet:

„Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich gesteigerter Zollschutz zu teil werde, und in diesem Sinne dafür zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in Vorbereitung begriffenen Zolltarifs an den Reichstag erfolge.“[2])

Präsident des Staatsministeriums, Reichskanzler Graf von Bülow[3]):

Meine Herren, der Herr Berichterstatter hat im Laufe seiner Ausführungen die Resolution berührt, durch welche die Königliche Staatsregierung aufgefordert wird, darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich umfangreicherer Zollschutz zu teil werde, und in diesem Sinne dafür zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in Vorbereitung begriffenen Zolltarifs an den Reichstag erfolge.

Was den Schluß dieser Resolution betrifft, so möchte ich konstatieren, daß von meiner Seite wie von seiten der mir unterstellten Ressorts alles geschehen ist, um die Einbringung der Zolltarifvorlage zu beschleunigen. In dieser Hinsicht ist von allen beteiligten Stellen maxima diligentia prästiert worden. Ich weiß mich aber in Einklang sowohl mit dem Herrn Grafen von Königsmarck wie mit diesem hohen Hause, wenn ich sage, daß die Beschleunigung der Einbringung der Zolltarifvorlage nicht erfolgen darf auf Kosten einer gründlichen und gewissenhaften Prüfung einer so tief einschneidenden und so schwer wiegenden Materie. Sobald die in Frage kommenden Ressorts ihre Arbeit beendigt haben, wird die Zolltarifvorlage an den Bundesrat gehen. Ich bin gewiß, daß der Bundesrat die Zolltarifvorlage so rasch als möglich verabschieden wird. Andererseits glaube ich auch hierin auf das volle Einverständnis dieses Hauses rechnen zu dürfen, wenn ich sage, daß es mir fernliegen wird und fernliegen muß, in dieser Beziehung irgendwelchen Druck auf den Bundesrat auszuüben, der in Widerspruch stehen würde mit unserer aller Achtung vor der Würde und der Selbständigkeit der Bundesstaaten.

Ich kann mich also dahin resümieren, daß die Einbringung der Zolltarifvorlage in jeder Weise beschleunigt werden wird, daß ich einen bestimmten Termin für die Einbringung an den Reichstag aber nicht nennen kann, und daß allen beteiligten Faktoren Zeit zu gründlicher Arbeit gelassen werden muß.

Was nun, meine Herren, den Eingang der erwähnten Resolution angeht, so habe ich sowohl im Abgeordnetenhause[2]), wie im Reichstage

2) Vgl. oben, S. 183.

3) A. a., S. 57.

keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich es als die Aufgabe und als die Pflicht der Königlichen Regierung betrachte, die Interessen unserer Landwirtschaft mit Nachdruck und allem Eifer zu fördern.

(Bravo!)

Ich habe, meine Herren, gleichzeitig erklärt, daß ich eine angemessene Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle für unbedingt geboten erachte.

(Lebhaftes Bravo.)

Die Königliche Staatsregierung wird bei der Vorbereitung der Zolltarifvorlage an diesem von mir dargelegten Gesichtspunkte festhalten.

(Lebhaftes Bravo.)

In namentlicher Abstimmung wurde die Resolution mit 104 gegen 28 Stimmen angenommen.

45. Eisenbahn von Dar-es-Salâm nach Mrogoro.

Sitzung des Reichstages vom 24. April 1901.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Uebernahme einer Garantie des Reiches für eine Eisenbahn von Dar-es-Salâm nach Mrogoro. Danach soll der für den Bau und den Betrieb dieser Eisenbahn zu bildenden Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft, bezw. den Anteilsbesitzern, das Reich folgendes garantieren: 1. Die Verzinsung eines in diesem Unternehmen anzulegenden Kapitals von höchstens 24 Millionen Mark mit drei Prozent vom Tage der Einzahlung an; 2. die Zahlung des um 20 Prozent erhöhten Nennbetrages der jeweilig gelosten Anteilscheine.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, ich habe das Wort nur zu einigen kurzen Ausführungen erbeten.

Indem die verbündeten Regierungen die Zustimmung dieses hohen Hauses zu dem vorliegenden Gesetzentwurf erbitten, gehen sie dabei von der Voraussetzung, gehen sie von der Ansicht aus, daß die Frage, ob die Eisenbahn von Dar-es-Salâm nach Mrogoro auf Reichskosten gebaut werden soll, oder mit Hülfe von Privatkapital, erst in zweiter Linie steht, und daß es heute einzig und allein darauf ankommt, daß die Bahn überhaupt gebaut wird, und daß der Anfang damit um kein weiteres Jahr

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 81. Sitzung, S. 2331 f.

hinausgeschoben wird. Wenn es der deutschen Verwaltung in langer und in angestrengter Arbeit gelungen ist, in dem Schutzgebiet von Deutsch-Ostafrika Ruhe und Ordnung herzustellen, so steht der wirtschaftlichen Erschließung des Schutzgebietes der völlige Mangel an Verkehrsmitteln hemmend und störend im Wege. Diesem Mangel kann aus klimatischen und technischen Rücksichten durch Anlegung von Straßen nicht abgeholfen werden. Die einzige Möglichkeit der Verkehrserleichterung für Deutsch-Ostafrika und damit der wirtschaftlichen Entwickelung — und ich glaube ohne Uebertreibung sagen zu können: der wirtschaftlichen Rettung — von Deutsch-Ostafrika liegt in dem Bau von Eisenbahnen. Damit ist auch das einzige Mittel gegeben, das Schutzgebiet finanziell allmählich auf eigene Füße zu stellen. Dazu kommt, daß, wenn an Stelle des bisherigen Trägersystems nicht ein anderes, konkurrenzfähigeres Verkehrsmittel tritt, der Handel der Seedistrikte, der bisher seinen Weg durch Deutsch-Ostafrika nimmt, auf die englische Ugandabahn im Norden, und im Süden auf die Nyassasee-Route abgelenkt werden wird. Wenn wir mit dem Bau einer Eisenbahn noch länger warten, so werden die Häfen von Deutsch-Ostafrika dem Stillstand, dem Rückgang verfallen, während sich im Norden in Britisch-Ostafrika und im Süden auf portugiesischem Gebiet blühende Handelsplätze entwickeln. Die verbündeten Regierungen sehen unter diesen Umständen in dem Bau von Eisenbahnen ein unabweisliches Bedürfnis des Schutzgebietes. Die verbündeten Regierungen sind aber weit entfernt, sich heute schon mit weitergehenden Plänen hinsichtlich des Baues großer, das ganze Schutzgebiet durchquerender Eisenbahnlinien zu tragen. Der Gesetzentwurf, der Ihnen vorliegt, hat nur den Zweck, den Bau der kurzen, nur 230 Kilometer langen Strecke von Dar-es-Salâm nach Mrogoro zu sichern, um einerseits das nicht allzuweit von der Küste gelegene Gebiet von Uluguru, das ein aussichtsvolles Plantagengebiet ist, mit der Küste zu verbinden, und andererseits das dazwischen liegende fruchtbare Terrain wirtschaftlich zu erschließen. Für die Notwendigkeit und für die Nützlichkeit dieser Bahnstrecke können sich die verbündeten Regierungen auf die Autorität aller Kenner des Landes berufen, auch derjenigen, die sich gegen weitergehende Bahnprojekte ausgesprochen haben.

Es wird der Bau dieser verhältnismäßig kurzen Bahnstrecke auch den Vorteil haben, eine Klärung des Urteils herbeizuführen über die jetzt noch umstrittene Frage der Rentabilität von Bahnbauten im Schutzgebiet und über die Frage, ob etwa und in welcher Richtung die Bahn später einmal weiterzuführen sein wird. Ich betone aber ausdrücklich, daß der Reichstag mit der Annahme dieser Vorlage keine anderen Ver-

bindlichkeiten übernimmt als diejenigen, die in dem Gesetzentwurf zum Ausdruck gelangt sind.

Was nun, meine Herren, die Abmachung mit den Banken angeht, welche diesem Gesetzentwurf beigefügt worden ist, so sind die verbündeten Regierungen der Ansicht, daß es gelungen ist, einen angemessenen Ausgleich zu finden zwischen den Interessen und Verpflichtungen des Reichs und zwischen der Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung des geplanten Bahnbaues, und daß jedenfalls diese Abmachung eine Unterlage bietet für weitere parlamentarische Behandlung der Angelegenheit.

Die verbündeten Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß dieses hohe Haus durch die Annahme der Vorlage die wirtschaftliche Erschließung und Zukunft unseres ostafrikanischen Schutzgebietes sicherstellen wird.

(Bravo!)

Die Vorlage fand keine wohlwollende Aufnahme; sie wurde vorläufig der Budgetkommission überwiesen und war im Frühjahr 1903 beim Schluß der zehnten Legislaturperiode des Reichstages noch immer nicht erledigt.

46. Abbruch der Beratungen über die zweite Kanalvorlage.

Sitzung der vereinigten beiden Häuser des Landtages vom 3. Mai 1901.

In den Tagen vom 4. bis 7. Februar hatte im Abgeordnetenhause die erste Beratung der wasserwirtschaftlichen Vorlage stattgefunden und mit der Verweisung an eine Kommission geendet. Hier nahmen die Beratungen einen derartigen Verlauf, daß die Ablehnung der Vorlage mit Sicherheit vorauszusehen war. Diesem Ausgang kam die Regierung durch Abbruch der Verhandlungen zuvor: der Landtag wurde, ehe noch die Kommission ihre fruchtlose Arbeit beendet hatte, geschlossen, aber nicht, ohne daß der Ministerpräsident nachdrücklich auf den Grund dieses ungewöhnlichen Sessionsschlusses hinwies. Nach Verlesung der Allerhöchsten Botschaft über den Schluß des Landtages fuhr

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow fort[1]):

Meine Herren, in der Thronrede, mit welcher ich im Auftrage Seiner Majestät des Königs am 8. Januar d. J. den Landtag der Monarchie eröffnet habe, nahm unter den angekündigten Gesetzentwürfen die wasserwirtschaftliche Gesetzesvorlage eine hervorragende Stelle ein.

1) Sten. Ber. über die Verhandl. d. H. d. Abg., 19. Leg.-Per., III. Session 1901, S. 4126.

Bei Beginn der Etatsdebatte habe ich darauf hingewiesen, daß dieser Gesetzentwurf neben dem Etat den Hauptgegenstand Ihrer diesjährigen Beratungen bilden würde. Ich habe gleichzeitig betont, daß die geplanten Bauten dem Osten wie dem Westen, der Industrie wie der Landwirtschaft zu gute kommen sollten; daß sie den gesamten Güteraustausch nach allen Richtungen zu fördern bestimmt seien; daß dieser Gesetzentwurf im Zeichen wirtschaftlich ausgleichender Gerechtigkeit stehe.[2] Aus diesem Grunde muß die Königliche Staatsregierung die eingebrachte erweiterte Kanalvorlage als ein Ganzes betrachten, aus welchem wesentliche Bestandteile ohne Beeinträchtigung wichtiger wirtschaftlicher Interessen nicht ausgeschaltet werden können.

Nach dem Gange, welchen die Beratungen in der Kommission des Hauses der Abgeordneten genommen haben, hat die Königliche Staatsregierung zu ihrem Bedauern die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß die erwartete Verständigung über die Kanalvorlage zur Zeit ausgeschlossen ist. Von der Fortsetzung einer zwecklosen Beratung dieser Vorlage kann sich die Königliche Staatsregierung keinen Erfolg versprechen und daher zu einer solchen die Hand nicht bieten.

Auf Grund des mir erteilten Allerhöchsten Auftrages erkläre ich die Sitzungen des Landtags für geschlossen.

---

47. Zollpolitische Konferenz.

Am 4. und 6. Juni 1901.

Zur Vorbereitung des neuen Zolltarifs traten auf Einladung des Reichskanzlers am 4. Juni 1901 die zuständigen Minister der größeren deutschen Bundesstaaten[1]) in Berlin zu Beratungen zusammen. Sie wurden vom Reichskanzler eröffnet und geleitet. Beim Beginn hielt er eine kurze Ansprache, in der er etwa folgendes ausführte.

Reichskanzler Graf von Bülow[2]):

Bevor er die Konferenz eröffne, möchte er vor allem seiner lebhaften und aufrichtigen Genugtuung darüber Ausdruck geben, die Herren Chefs der zuständigen Verwaltungen aus den größeren Bundesstaaten in Berlin

2) Vgl. die Rede vom 9. Januar 1901, oben S. 177 ff.

1) Außer Vertretern des Reiches waren zugegen Bevollmächtigte von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen.

2) Nach der „Nordd. Allg. Ztg.".

versammelt zu sehen. Mit Freude begrüße er die geehrten Herren, einmal weil er wisse, daß das ganze Werk des neuen Zolltarifs nur gewinnen könne durch Rücksprache mit so erfahrenen und so sachverständigen Herren; dann aber auch weil er in dem Erscheinen der Herren einen Beweis erblicke für das so wünschenswerte und notwendige gute Einvernehmen unter den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten. Je vollständigere Uebereinstimmung hinsichtlich der wichtigsten Grundzüge der Zolltarifvorlage in ihren Besprechungen erreicht werde, umsomehr werde diese den wahren Interessen des deutschen Volkes dienen. Er sei überzeugt, daß diese Uebereinstimmung erreicht werden und daß auf diese Weise die Konferenz das Wohl des Reiches und aller seiner Glieder fördern werde.

Nach Beendigung der Beratungen sagt der Reichskanzler den Erschienenen Dank für ihre Mitwirkung. Im Sinne des großen ersten Kanzlers seien alle Teilnehmer an der Konferenz bestrebt gewesen, in enger Fühlung und den Blick nur auf das Ganze gerichtet, das Wohl der Gesamtheit zu fördern. Diese gemeinsame Wirksamkeit werde nicht nur der bedeutungsvollen Tarifvorlage zu gute kommen, sondern dem Deutschen Reich, das begründet sei auf dem gegenseitigen Vertrauen unter den Bundesstaaten, auf der regen Mitwirkung der Bundesstaaten an den Reichsgeschäften, auf der Achtung vor den Pflichten wie vor den Rechten der einzelnen Bundesglieder.

---

48. Enthüllung des Bismarck-Nationaldenkmals in Berlin.

Am 16. Juni 1901.

Am 16. Juni 1901 wurde vor dem Reichstagsgebäude in Berlin in Gegenwart des Kaiserpaares, der Spitzen der Behörden, des Fürsten Herbert Bismarck, der Volksvertreter und zahlreicher anderer Teilnehmer das von Begas geschaffene Bismarck-Nationaldenkmal enthüllt. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden des Denkmalsausschusses Wirklichen Geheimen Rates Exzellenz Dr. von Levetzow hielt die Festrede der Reichskanzler:

Euere Majestäten! Euere Excellenz! Meine Herren!

Am Abend seines Lebens hat Fürst Bismarck geäußert, er sei Gott dankbar dafür, daß es ihm vergönnt gewesen sei, seinen Namen dauernd in die Rinde der deutschen Eiche einzuschneiden. Heute, wo wir sein

Nationaldenkmal in der Reichshauptstadt enthüllen, ist unter denen, die mich hier umgeben, ist im ganzen deutschen Volke niemand, der nicht fühlte und wüßte, daß die Spur der Erdentage des eisernen Kanzlers nicht untergehen, daß die Bewunderung und Dankbarkeit für ihn nicht aufhören werden, solange ein deutsches Herz schlagen, ein deutscher Mund reden, eine deutsche Faust sich ballen wird. Dieses Bewußtsein ist heute noch stärker, lebendiger und klarer, als in den Tagen, wo Fürst Bismarck unter uns weilte. Denn Fürst Bismarck war nicht, wie sein gleich unvergeßlicher Nebenmann, der Feldmarschall Moltke, der still im reinen Aether unpersönlicher Betrachtung kreisende Aar. Er war eine Löwennatur, er stand auf der Erde im Staube des Kampfes, er hat bis zuletzt nicht aufgehört, mit Leidenschaft zu kämpfen, und der Kampf bringt berechtigte Gegnerschaft und unberechtigte Verkennung, ehrliche Feindschaft und blinden Haß. Der Haß aber, hat vor zweitausend Jahren Perikles gesagt am Grabe der für ihre Altäre gefallenen Athener, ist von kurzer Dauer, unvergänglich jedoch der Ruhm. Nachdem sich der Staub des Kampfes verzogen hat, leuchtet uns nur die Erinnerung an unerreichte Taten und an eine unvergleichliche Persönlichkeit. So wird der gigantische Schatten des Fürsten Bismarck wachsen, je weiter der Lebenstag des deutschen Volkes vorrückt und je mehr das nationale Urteil ausreift.

Auf märkischer Scholle, im Herzen Preußens geboren, ist Otto von Bismarck in den Mauern der Stadt Berlin aufgewachsen. Den Garten der Plamannschen Erziehungsanstalt, einst dort am unteren Ende der Wilhelmstraße gelegen, hat er nachmals den Geburtsort seiner Luftschlösser genannt. Hinter dem Bretterzaun dieses Gartens zeigte dem Knaben die Phantasie die ganze bunte Erde mit ihren Wäldern und Burgen und allen den Erlebnissen, die seiner warteten, die ganze weite Welt, die dieser Knabe dereinst umgestalten sollte, als er nach einem Menschenalter in die Wilhelmstraße zurückkehrte und die größte Epoche der deutschen Geschichte begann. Nachdem er unter und mit Kaiser Wilhelm dem Großen in gewaltiger Energie das Reich aufgerichtet hatte, sicherte er diesem und der Welt in ebenso seltener Mäßigung und Selbstbeschränkung den Frieden. Er hat, um mit Fichte zu reden, das deutsche Volk aus dem Gröbsten herausgehauen. Er hat, um mit seinen eigenen Worten zu reden, das deutsche Volk in den Sattel gehoben, was vor ihm keinem geglückt war. Er hat ausgeführt und vollendet, was seit Jahrhunderten das Sehnen unseres Volkes und das Streben unserer edelsten Geister gewesen war, was die Ottonen und Salier und Hohen-

staufen vergeblich angestrebt hatten, was 1813 den Kämpfenden als damals nicht erreichter Siegespreis vorschwebte, wofür eine lange Reihe Märtyrer der deutschen Idee gekämpft und gelitten hatten. Und er ist gleichzeitig der Ausgangspunkt und Bahnbrecher einer neuen Zeit für das deutsche Volk geworden. In jeder Hinsicht stehen wir auf seinen Schultern. Nicht in dem Sinne, als ob es vaterländische Pflicht wäre, alles zu billigen, was er gesagt und getan hat. Nur Toren oder Fanatiker werden behaupten wollen, daß Fürst Bismarck niemals geirrt habe. Auch nicht in dem Sinne, als ob er Maximen aufgestellt hätte, die nun unter allen Umständen, in jedem Falle und in jeder Lage blindlings anzuwenden wären. Starre Dogmen gibt es weder im politischen noch im wirtschaftlichen Leben, und gerade Fürst Bismarck hat von der Doktrin nicht viel gehalten. Aber was uns Fürst Bismarck gelehrt hat, ist, daß nicht persönliche Liebhabereien, nicht populäre Augenblicksströmungen, noch graue Theorie, sondern immer nur das wirkliche und dauernde Interesse der Volksgemeinschaft, die salus publica, die Richtschnur einer vernünftigen und sittlich berechtigten Politik sein darf. Was uns sein ganzes Wirken zeigt, ist, daß der Mensch das Schiff lenken kann, das auf dem Strome fährt, nicht aber den Strom selbst; daß wir, wie Fürst Bismarck sich ausgedrückt hat, die großen Dinge nicht machen, aber den natürlichen Lauf der Dinge beobachten und das, was dieser Lauf zur Reife gebracht hat, sichern können. Mit anderen Worten, daß es in der Politik darauf ankommt, in jedem Augenblick die Grenzen des Erreichbaren deutlich zu erkennen, an die Erreichung des zu Nutz und Frommen des Landes Erreichbaren alles zu setzen.

Keine Partei darf den Fürsten Bismarck für sich allein mit Beschlag belegen, aber jede kann und soll trotz der Gegensätze in dieser oder jener Frage vor diesem Toten den Degen senken. Er gehört keiner Koterie, er gehört der ganzen Nation, er ist ein nationales Eigentum. Er ist auf politischem Gebiet und im Reiche der Tat für uns geworden, was Goethe im Reiche der Geister, auf dem Gebiete der Kunst und Kultur für uns gewesen war. Auch er hat, wie Schiller von Goethe sagte, die Schlange erdrückt, die unsern Genius umschnürte. Goethe hat uns auf dem Gebiete der Bildung geeinigt, Bismarck uns politisch denken und handeln gelehrt. Und wie Goethe für immer als Stern an unserm geistigen Himmel steht, so ist Bismarck uns die Gewähr dafür, daß die Nation ihre Gleichberechtigung mit anderen Völkern, ihr Recht auf Einheit, Selbständigkeit und Macht niemals aufgeben kann. Er hat uns das

Beispiel gegeben, nie zu verzagen, auch in schwierigen und verworrenen Zeiten nicht. Er lehrte uns, uns selbst treu zu bleiben. Er gab uns Selbstbewußtsein, Unternehmungsgeist und Leben. In ihm kann sich wie in einem Spiegel die Nation selbst beschauen, denn er war vor allem ein Deutscher im vollsten Sinne des Wortes. Er ist nur auf deutschem Boden denkbar, nur für den Deutschen ganz verständlich.

Dort vor uns liegt die Siegesallee. Wenn diese stolze Straße von den Askaniern und von den Nürnberger Burggrafen bis zum großen Deutschen Kaiser führt, so verdanken wir es in erster Linie dem Genie des Mannes, dessen Bild von Erz sich jetzt vor unseren Blicken enthüllen soll, seiner Ausdauer, seinem heldenhaften Mut, seiner Klugheit, seiner Arbeit für die Dynastie, die aus dem Süden Deutschlands zu uns kam, um von hier aus Nord und Süd für immer zu verbinden. Sein Werk ist so beschaffen, daß es ihn überleben kann. In der Mitte von Europa gelegen, sind wir darauf hingewiesen, immer en vedette zu sein, aber stark genug, unsere Unabhängigkeit nach jeder Seite zu behaupten. Von Gegensätzen durchzogen in politischer, wirtschaftlicher und konfessioneller Beziehung, wird es uns nie an inneren Kämpfen fehlen, aber sie werden nicht mehr im stande sein, den Reif zu sprengen, der vor dreißig Jahren geschmiedet wurde. Exegit monumentum aere perennius.

So möge denn des großen Mannes Namen als Feuersäule vor unserem Volke herziehen in guten und in schweren Tagen. Möge sein Geist für immer mit uns sein, mit uns und unserer Fahnen Flug. Möge unser Deutsches Volk seiner großen Zukunft in Frieden und Freiheit, in Wohlfahrt und Stärke entgegengehen unter der Führung des glorreichen Hohenzollernhauses, auf dessen Schultern die Zukunft der Nation ruht. In solcher Hoffnung und in solcher Gesinnung wollen wir vor diesem Standbild, das ich im Namen des Reiches hiermit übernehme, einstimmen in den Ruf: Seine Majestät der Deutsche Kaiser, die Deutschen Fürsten und unser geliebtes Deutsches Vaterland, sie leben hoch, und nochmals hoch, und immerdar hoch!

49. Festmahl des Pinneberger Kreistages.

Am 21. September 1901.

Am 21. September veranstaltete der in Altona tagende Pinneberger Kreistag in dem an der Straße nach Blankenese, nahe bei Kleinflottbek gelegenen Parkhotel ein Festmahl. Kleinflottbek ist der Geburtsort des Grafen von Bülow; hier brachte er bei seinem Vetter Rücker-Jenisch einen Teil seines Sommerurlaubes zu; ihm galt denn auch dieses Fest. An dreißig Kreistagsabgeordnete hatten sich dazu eingefunden, darunter der Klosterpropst Graf von Moltke, Emil Prinz Carolath auf Haseldorf, die Vertreter von Elmshorn, Uetersee und anderen Städten des Kreises und eine Anzahl ländlicher Hofbesitzer und Gemeindevorsteher.

Der Landrat des Kreises Dr. Schleiff brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus und gab der Freude der Kreistagsabgeordneten Ausdruck darüber, den Reichskanzler in ihrer Mitte zu sehen.

Reichskanzler Graf von Bülow antwortete aus dem Stegreif und sagte u. a.:

er hoffe, daß seine engeren Landsleute durch ihre Anhänglichkeit an ihn auch fernerhin beweisen würden, wie das Wort von dem Propheten, der nichts in seinem Vaterlande gelte, auf die Holsteiner-Pinneberger nicht zutreffe. Er lobte den Landrat, daß er das eigentliche politische Gebiet nicht berührt habe. Wenn er auch nicht behaupten wolle, daß die Politik unbedingt den Charakter verderbe, was für ihn und seine politischen Berufsgenossen zu betrübend sein würde, so trinke man in gegenwärtiger Zeit sein Glas Wein doch in größerer Ruhe, wenn man die Politik zu Hause lasse.

Der Reichskanzler fügte aber doch hinzu, er sei überzeugt, auch in allen wesentlichen politischen Punkten sich mit seinen Tischgenossen zu verstehen. Im Pinneberger Kreise wären die drei großen Zweige des heimischen Erwerbslebens vertreten: die Landwirtschaft, welche sich vielfach in bedrängter Lage befinde „und der wir helfen müssen und wollen und werden"; die Industrie, die jetzt leider eine Zeit der Depression durchmache, und deren Interessen die ernsteste und gewissenhafteste Berücksichtigung verdienten; unser weltumspannender Handel, dessen Hauptverkehrsader an dem Pinneberger Kreise vorüberfließe. Darum werde gerade dieser Kreis Verständnis für die wirtschaftliche Politik der Regierung Seiner Majestät des Kaisers haben, welche jedem das Seine geben wolle, getreu dem alten Hohenzollernschen Wahlspruch: Suum cuique.

50. Die Einbringung des Zolltarifgesetzes.

Sitzung des Reichstages vom 2. Dezember 1901.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Zolltarifgesetzes, auf dessen Einzelheiten einzugehen hier zu weit führen würde. Das Wesentliche ergibt sich aus den hier folgenden Reden selbst.

Der erste Redner ist Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Ich habe die Ehre, meine Herren, im Namen der verbündeten Regierungen diesem hohen Hause den Entwurf eines Zolltarifgesetzes zu unterbreiten. Ich werde die Einbringung dieses Gesetzentwurfs nur mit einigen kurzen Ausführungen begleiten.

Der vorliegende Tarifentwurf, der wichtigste und bedeutendste Gegenstand, welcher in dieser Session den Reichstag beschäftigen wird, ist das Ergebnis mehrjähriger umfassender und sorgfältiger Vorarbeiten. Nach gründlicher Ermittelung der bestehenden Produktions- und Absatzverhältnisse für Landwirtschaft und Industrie haben die im Wirtschaftlichen Ausschuß vereinigten Vertreter und die unter ihrer Mitwirkung herangezogenen und unter ihrem Beistand vernommenen zahlreichen Sachverständigen aus den verschiedenen Erwerbszweigen ein umfangreiches und wertvolles Material zusammengestellt. Auf Grund dieses Materials haben die zuständigen Reichsbehörden unter gewissenhafter Abwägung der einander vielfach entgegenstehenden Interessen den Tarifentwurf aufgebaut.

Mit Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers ist dieser Tarifentwurf den Beratungen des Bundesrats zu Grunde gelegt worden. Nachdem bereits im Juni durch mündliche Rücksprache unter den leitenden Ministern der größeren Bundesstaaten[2]) über die wesentlichsten Punkte des Tarifs Einvernehmen erzielt worden war, hat nunmehr der Bundesrat nach eingehenden Beratungen dem Entwurf in seiner vorliegenden Gestalt seine Zustimmung erteilt.

Der Entwurf, hervorgegangen aus den Bedürfnissen des deutschen Wirtschaftslebens, will unter möglichst gleichmäßiger Berücksichtigung aller berechtigten Interessen in erster Linie den Wünschen nach Erhöhung des Schutzes Rechnung tragen, welche von der Landwirtschaft erhoben worden sind, und deren Berechtigung innerhalb der durch die nötige Rücksicht auf das Gemeinwohl gezogenen Schranken nicht bestritten werden kann. Der Entwurf will aber auch der Industrie Abhülfe derjenigen Mängel

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 102. Sitzung, S. 2883.

2) Vgl. oben S. 221 f.

gewähren, welche sich bei der Handhabung des geltenden Tarifs im Laufe der Zeit herausgestellt haben. Und endlich will dieser Entwurf für künftige Handelsvertragsunterhandlungen mit anderen Staaten eine bessere Waffe liefern. Dieser Entwurf bedeutet somit nicht die Abwendung von der Politik der Tarifverträge

(Widerspruch links)

— warten Sie doch ab, meine Herren, wie der Hase weiter läuft! —; jedenfalls besteht auf Seiten der verbündeten Regierungen die feste Absicht, im Interesse der deutschen Ausfuhrindustrie diese Politik auch in Zukunft weiter zu verfolgen, selbstverständlich unter Wahrung unseres guten Rechts, über die Grenzen desjenigen, was wir ohne Preisgebung vitaler deutscher Interessen gewähren können, nach eigenem Ermessen zu entscheiden.

(Lebhafter Beifall.)

Mit der sorgsamen Vorbereitung dieses Entwurfs haben die verbündeten Regierungen das Ihrige für das Zustandekommen der seit langem in Aussicht genommenen Reform unseres Zolltarifs getan. An diesem hohen Hause ist es nunmehr, seinerseits einzutreten in die Prüfung der Vorlage und dieselbe in gemeinsamer Arbeit mit den verbündeten Regierungen zum Gesetz zu gestalten.

Meine Herren, bei der Einbringung dieses Entwurfs sind sich die verbündeten Regierungen sowohl der weitreichenden Bedeutung einer solchen Aufgabe für das wirtschaftliche Leben der Nation wie der ungewöhnlichen Schwierigkeiten ihrer Lösung wohl bewußt. Welche Fülle, welches Wirrsal widerstreitender Interessen ringt bei der Neuordnung unseres Zollsystems nach Befriedigung! In fast allen wichtigen Fragen streiten die verschiedenen Richtungen untereinander und gegeneinander, in der Wissenschaft wie im praktischen Leben.

Wenn die verbündeten Regierungen somit auf heiße Kämpfe auch in diesem hohen Hause gefaßt sein müssen, so glauben sie doch, daß mit diesem Tarif eine Grundlage gegeben ist, auf welcher sich für die Bedürfnisse der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels eine gute Schutzwehr und ein billiger Ausgleich schaffen läßt, wenn uns die Volksvertretung ihre Hülfe nicht versagt.

Ich habe, meine Herren, wiederum die Landwirtschaft an erster Stelle genannt, weil ich mit den verbündeten Regierungen davon überzeugt bin, daß sie sich lange in vielen Teilen des Reichs in besonders schwieriger Lage befunden hat

(sehr wahr! rechts),

während sich Industrie und Handel in den letzten Jahrzehnten verhältnismäßig günstiger entwickelten, und daß ihr daher bei der hohen Bedeutung, welche ihr für die Wehrkraft und Nährkraft der Nation zukommt

(lebhafter Beifall rechts und in der Mitte; Lachen bei den Sozialdemokraten),

jedes mit den Grundbedingungen unseres wirtschaftlichen Lebens vereinbarte Maß von Schutz und Hülfe gewährt werden soll.

(Bravo! rechts.)

Und ich habe von einem billigen Ausgleich gesprochen, weil, wer angesichts so vieler schwer vereinbarer Forderungen mehr in Aussicht stellen wollte, entweder über Zauberkräfte verfügen müßte, die den verbündeten Regierungen nicht zu Gebote stehen, oder in frivoler Weise Illusionen erwecken würde, die zu realisieren er selbst nicht im stande wäre. Deutschland ist weder ein Industriestaat noch ein reiner Agrarstaat, sondern beides zugleich; und für die Millionen fleißiger Hände, die in Fabriken und im Verkehr zu Wasser und zu Lande ihre Beschäftigung finden, müssen wir darauf bedacht sein, unseren Anteil am internationalen Güteraustausch zu sichern und zu erleichtern. Es wird das ernste Bestreben jedes verantwortlichen Staatsmannes sein müssen, in Verhandlungen mit dem Auslande unter annehmbaren Bedingungen zu Handelsverträgen zu gelangen. Durch eine solche Politik glauben die verbündeten Regierungen die Arbeit für die breiten Massen in Stadt und Land und damit das Volkswohl zu fördern.

Meine Herren, wir werden unsere Beratungen und damit den häuslichen Streit, an dem es ja nicht fehlen wird, vor fremden Ohren, vor den Ohren des Auslandes zu führen haben. Lassen Sie uns in allem Kampf der Einzelinteressen, in allem Zwiespalt der Doktrinen und Parteimeinungen einerseits bewußt bleiben, daß wir hier über unsere eigenen Angelegenheiten

(sehr gut! rechts)

mit jenem nationalen Egoismus verhandeln

(lebhaftes Bravo rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen),

der unser gutes Recht ist, und andererseits nicht vergessen, daß wir dem Auslande gegenüber nur dann geschlossen und nur dann stark auftreten können, wenn aus

Reden und Beschlüssen dieses hohen Hauses immer und überall der Gedanke an das Gesamtwohl, der nationale Gedanke hervorleuchtet.

(Lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

51. Verteidigung des Zolltarifgesetzes.

Sitzung des Reichstages vom 3. Dezember 1901.

Am Schluß des zweiten Beratungstages ergriff der Reichskanzler wieder das Wort. Er wandte sich in erster Linie gegen Ausführungen des Abgeordneten Richter.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat sich darüber beklagt, daß ich gestern nicht mehr gesagt hätte. Der Herr Abgeordnete Richter sollte mir eigentlich dankbar sein, daß ich bei der Einleitung einer voraussichtlich langen Debatte mich der Kürze befleißigt habe. Wir werden noch lange Reden genug zu hören bekommen.

(Heiterkeit.)

Im übrigen möge der Herr Abgeordnete Richter mir gestatten, ihm zu sagen, daß er zwar einige sehr gute Witze gemacht hat — einige wirklich recht gute Witze —

(Heiterkeit),

aber daß er doch nicht allzu viel Neues gesagt hat, was ich nicht schon im Laufe des Sommers in mancher ihm nahestehenden Zeitung gelesen hätte.

(Sehr richtig! rechts; Unruhe links.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Richter sich bemüht, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen der Tarifvorlage der verbündeten Regierungen mit der Erhöhung der Getreidezölle und jener Weltpolitik, die ich mehr als einmal von dieser Stelle aus vertreten habe, und deren überzeugter und entschiedener Anhänger ich, wie Sie alle wissen, bin. Ein solcher Gegensatz besteht aber nicht. Denn die Basis einer gesunden und vernünftigen Weltpolitik ist eben eine kräftige nationale Heimatspolitik.

(Sehr richtig! und Bravo! rechts.)

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 103. Sitzung, S. 6039 ff.

Das eine schließt das andere nicht aus, sondern das eine ist die Voraussetzung des anderen.

(Sehr richtig! rechts.)

Eine Weltpolitik, welche die heimische Arbeit ohne Schutz lassen würde, die sich insbesondere nicht um die Landwirtschaft kümmern würde, wäre eine phantastische, ungesunde und chimärische Politik.

(Bravo! rechts.)

Für eine solche Weltpolitik danke ich, für eine solche Weltpolitik werde ich nie zu haben sein.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Richter hat auch die Kanalfrage berührt. Diese Frage gehört ja eigentlich nicht vor das Forum dieses hohen Hauses, sondern vor ein anderes hohes Haus, das zur Zeit geschlossen ist. Ich nehme aber keinen Anstand, mich auch über diese Frage, die ja von allgemeinem Interesse ist, hier zu äußern. Der Herr Abgeordnete Richter hat mir in der Kanalfrage Nachgiebigkeit vorgeworfen. Ich hätte den Herrn Abgeordneten Richter eigentlich für konstitutioneller gehalten.

(Sehr gut! rechts.)

Warum nimmt es der Herr Abgeordnete mir denn übel, wenn ich gegenüber einer parlamentarischen Körperschaft, in diesem Falle dem preußischen Abgeordnetenhause, nicht sofort das ganze schwere Geschütz aufgefahren habe, das einer Regierung zu Gebote steht? Ist denn das Ideal des Herrn Abgeordneten Richter für das Verhältnis zwischen der Regierung und der Volksvertretung dasjenige von Reiter und Roß: der eine führt, der andere pariert?

(Sehr gut! rechts.)

Das würde für mich als Minister in gewisser Hinsicht ganz nett zu hören sein.

(Heiterkeit.)

Ich traue aber dem Herrn Abgeordneten Richter in dieser Beziehung nicht ganz.

(Heiterkeit.)

Ich fürchte, daß es dem Herrn Abgeordneten doch weniger darauf ankommt, die Autorität der Regierung zu befestigen, als darauf, einen Zwiespalt herbeizuführen zwischen der Regierung und großen Parteien des Landes, einen Streit, bei dem er den tertius gaudens abgeben würde.

(Heiterkeit.)

Daß ich dazu nicht die Hand bieten will, daß ich dem Herrn Abgeordneten Richter nicht das Streichhölzchen liefern will, um den Brand anzuzünden, an dem er seinen Parteitopf kochen kann

(große Heiterkeit),

deshalb zürnt mir der Herr Abgeordnete Richter. Nun bin ich ja immer gern bereit, ihm eine Freude zu machen, es darf nur nicht auf Kosten des Staatswohles sein. Das Staatswohl verlangte, daß die Kanalfrage im vergangenen Frühjahre mit Ruhe behandelt wurde, im Hinblick auf das allgemeine Interesse, und nicht vom Standpunkte dieser oder jener Fraktion. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Regierung an ihren verkehrspolitischen Zielen unbedingt festhält.

(Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)

Von einem Fallenlassen der großen Wasserstraßenpläne ist keine Rede!

(Sehr gut!)

Von einem endgültigen Scheitern der Kanalvorlage kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil das eine tiefgehende Schädigung bedeuten würde nicht nur für diesen oder jenen Gebietsteil, sondern für den allgemeinen Wohlstand des Landes. Die Königlich preußische Staatsregierung ist der festen Ueberzeugung, daß ein Projekt, das nicht nur einzelnen Erwerbszweigen, sondern dem allgemeinen Volkswohl und der gesamten Monarchie zu gute kommt, mit der Zeit realisiert werden wird

(Lachen links),

und wenn der Herr Abgeordnete Richter uns dabei unterstützt, so kann uns das nur recht sein. Es muß aber in sachlicher Weise geschehen.

Nun hat der Herr Abgeordnete weiter moniert, daß ich gestern gesagt habe, man möge doch einmal abwarten, wie der Hase weiter liefe; und er hat gemeint, ich spiele in der ganzen Tariffrage keine führende Rolle. Meine Herren, es kann doch nicht die Aufgabe des Reichskanzlers sein, seine Ansichten den verbündeten Regierungen zu oktroyieren. Das würde nicht nur im Widerspruch stehen mit dem Geist der Reichsverfassung, sondern auch mit der Ansicht, die ich persönlich von den Rechten, von der Selbständigkeit und der Würde der Bundesstaaten habe. Ich kann auch nicht ohne weiteres meine Ansichten diesem hohen Hause oktroyieren. Wir alle wissen doch, daß das konstitutionelle Leben auf dem Prinzip der gegenseitigen Verständigung beruht, auf dem wechselseitigen Entgegenkommen und hier und da auch auf Kompromissen. Ich konstatiere mit

Befriedigung, daß es mir gelungen ist, zwischen den verbündeten Regierungen ein Einvernehmen herbeizuführen, und ich denke, es wird auch gelingen, eine Verständigung über die Tarifvorlage zwischen den verbündeten Regierungen und diesem hohen Hause herzustellen.

(Bravo!)

Jedenfalls habe ich in dieser Beziehung meine Pflicht erfüllt, und wie König Philipp von Spanien kann ich zu Ihnen sagen: „Ich habe das Meinige getan — Herr Kardinal, tun Sie das Ihrige!"

(Große Heiterkeit)

Ich sage also, ich hoffe, es wird zu einer Verständigung kommen zwischen den verbündeten Regierungen und diesem hohen Hause trotz des Herrn Abgeordneten Richter, der, wie ich hoffe, diese Verständigung nicht wird hintertreiben können, sondern dabeistehen wird als der Geist, der oft verneint, aber schließlich überstimmt wird — Mephisto unterliegt und die Engel triumphieren.

(Große Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Richter hat auch weiter angedeutet, daß ich als Staatssekretär des Aeußern handelspolitischen Ansichten gehuldigt hätte, die im Widerspruch ständen mit dieser Tarifvorlage. Demgegenüber erkläre ich, daß zwischen allen Reichsressorts und allen preußischen Ministerien für diese Vorlage volle Uebereinstimmung besteht. Ich muß für alle Ressorts in der Vergangenheit wie in der Gegenwart das Vertrauen in Anspruch nehmen, daß sie sich gleichmäßig der Pflicht bewußt sind, die uns die Pflege und der Schutz der nationalen Wohlfahrt auferlegt, und daß sie die gewaltigen wirtschaftlichen Interessen, die für uns in diesen Fragen auf dem Spiele stehen, mit Umsicht und mit Besonnenheit, aber auch mit aller Festigkeit wahren. Von Gegensätzen, von Widersprüchen, von starken Ungleichheiten kann übrigens schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Leitung der ganzen Aktion ja nur von einer Stelle ausgehen kann, nämlich von dem Ihnen bekannten einzig verantwortlichen Beamten im Reiche. Also mit einer Zweiseelentheorie ist es nichts!

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, ein großer Teil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter galt der Frage der Handelsverträge. Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß ich die Erneuerung der Handelsverträge, und zwar langfristiger Handelsverträge, für durchaus wünschens- und erstrebenswert

halte. Ich habe schon im vorigen Jahre — es muß im Februar oder März gewesen sein — von dieser Stelle aus gesagt, daß es unser Wunsch und unsere Absicht sei, auf für uns annehmbarer Basis wieder zu Handelsverträgen zu gelangen. Ich sage: auf für uns annehmbarer Basis; denn allerdings bin ich nicht der Ansicht, daß Deutschland sich in einer Zwangslage befinde, die uns nötigte, um jeden Preis und unter jeden Bedingung mit anderen Staaten Handelsverträge abzuschließen.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich bin der Ansicht, daß für die Staaten, mit denen wir gegenwärtig Handelsverträge haben, genau dasselbe Interesse wie für uns besteht, daß die Handelsvertragspolitik fortgesetzt wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bin auch der Ansicht, daß neue Handelsverträge nur möglich sind auf der Basis voller Gegenseitigkeit, und ich bin endlich der Ansicht, daß im Hinblick auf die kommenden Handelsvertragsverhandlungen wir unsere Wünsche mit derselben Freiheit zur Sprache bringen können wie andere. Wir brauchen nicht schüchterner zu sein als andere.

(Heiterkeit.)

Was nun die tadelnden Auslassungen fremder Blätter über unsere Tarifvorlage angeht, so werden sich die verbündeten Regierungen dadurch natürlich nicht um eines Haares Breite von dem Wege abdrängen lassen, den uns unser Recht und unsere Interessen vorschreiben.

(Bravo! rechts.)

Ich gestehe übrigens, meine Herren, daß mich diese Angriffe der fremden Presse gegen die Tarifvorlage gar nicht weiter betrüben; im Gegenteil, wenn der Tarif von allen Ecken und Enden des Auslandes beifällig besprochen würde, so müßte mich das eher nachdenklich stimmen!

(Sehr wahr! rechts.)

Die fremde Kritik lobt den Tarif. Wir sind Herren im eigenen Hause und tun nur, was wir im Interesse der wirtschaftlichen Entwickelung Deutschlands für nötig und nützlich halten.

(Bravo! rechts.)

Ich möchte noch eins hinzufügen: fern sei mir der Gedanke, auch nur einen Augenblick den Patriotismus des Herrn Abgeordneten Richter

oder irgend eines Vertreters in diesem hohen Hause in Zweifel zu ziehen; aber, meine Herren, das ewige Drohen mit dem Zorn des Auslandes, wie es seit einiger Zeit in einem Teil unserer Presse im Schwange ist, die geradezu denunziatorische Weise, wie die Regierung des eigenen Landes angeschwärzt wird bei der Regierung fremder Länder, das ist würdelos

(lebhaftes Bravo rechts),

abgesehen von der — ich will einmal sagen —: politischen Naivetät, die darin liegt, immer dieses oder jenes fremde Land als von uns bedroht hinzustellen, oder auch immer zu drohen mit dem fremden „Knecht Rupprecht". Ich muß sagen: ich beneide meine Freunde und Kollegen, die fremden Minister des Aeußeren, um den Eifer, mit dem ihnen die Besorgung ihrer Geschäfte von deutscher Seite erleichtert wird.

(Bravo! rechts.)

Unter diesen Umständen ist es wirklich nicht schwer, Politik zu machen. Vom deutschen Standpunkt aber ist es unpatriotisch und kurzsichtig, derart das fremde Selbstgefühl zu steigern, das ohnehin hier und da zuweilen nicht gering ist. Wir wünschen mit allen anderen Mächten politisch wie wirtschaftlich in den allerbesten Beziehungen zu bleiben; aber wir lassen uns durch fremden Tadel, durch fremde Angriffe und durch fremde Drohungen nicht ins Bockshorn jagen.

(Bravo! rechts.)

Das vorausgesetzt, betone ich, daß auch wir selbstverständlich, wie das ja auch in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Spahn zu meiner Freude zur Geltung gekommen ist, den Wert der Handelsverträge für uns rückhaltlos anerkennen, und daß wir von dem Wunsche erfüllt sind, solche Handelsverträge wieder zu erneuern. Ich glaube auch, daß Handelsverträge, und zwar langfristige Handelsverträge, nicht nur der Industrie und dem Handel, sondern auch der Landwirtschaft zu nutzen kommen, denn auch diese hat ein Interesse an stetigen Zuständen, an ruhigen und gleichmäßigen Verhältnissen.

(Sehr wahr!)

Jedenfalls ist die Erhaltung und die fortschreitende Erweiterung des Absatzgebietes unserer Industrieprodukte für unsere gesamte wirtschaftliche Entwickelung eine soziale und ökonomische Notwendigkeit, der sich die verbündeten Regierungen nicht im entferntesten verschließen.

(Lebhafter Beifall.)

Nun, meine Herren, möchte ich noch bemerken: es hat mich gewiß gefreut, daß der Herr Abgeordnete Richter so warm eingetreten ist für den monarchischen Gedanken.

(Heiterkeit rechts.)

Ich glaube aber mit den verbündeten Regierungen, meine Herren, daß durch diese Tarifvorlage der monarchische Gedanke gefördert wird

(Heiterkeit links);

denn aus dieser Tarifvorlage kann die Bevölkerung ersehen, wie sehr die Monarchie darauf bedacht ist, ehrliche und tüchtige Arbeit zu schützen.

(Bravo rechts. Widerspruch links.)

Wenn ich also gewiß dem Abgeordneten Richter für seine Sorge um die Erhaltung der Monarchie dankbar bin, so weiß ich doch nicht, ob ich das Interesse der Monarchie fördern, ob ich ihre Zukunft noch mehr sicherstellen würde, wenn ich mich gar zu sehr dem Standpunkte des Herrn Abgeordneten Richter nähern wollte.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, auf die mancherlei Einzelfragen und mancherlei Gedanken, die gestern der Herr Abgeordnete Graf Schwerin und heute der Herr Abgeordnete Dr. Spahn geltend gemacht hat — von einem Picken habe ich übrigens beim Herrn Grafen v. Schwerin gar nichts bemerkt —

(Heiterkeit),

heute einzugehen, enthalte ich mich; darüber uns auszusprechen, und wie ich hoffe, auch zu verständigen, wird die Aufabe der Kommissionsberatungen sein. Es ist eine alte Erfahrung, daß schließlich nichts versöhnlicher wirkt, als gemeinsame Arbeit an großen gemeinsamen Aufgaben. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß diese Erfahrung sich auch diesmal bestätigen, daß sich bei den Beratungen herausstellen wird, daß manche Gegensätze nicht in der Schroffheit bestehen, wie es gegenwärtig hüben und drüben scheint. Sie hoffen jedenfalls, daß diese Beratungen zu einer Milderung der Gegensätze beitragen werden, und daß es gelingen wird, ein Tarifgesetz zustandezubringen der Landwirtschaft zu Nutz und der Industrie nicht zu Trutz, ein Tarifgesetz, mit dem das Land zufrieden sein kann.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

52. Wreschen.

Sitzung des Reichstages vom 10. Dezember 1901.

Am 1. April 1901 wurde auch in der katholischen Gemeindeschule in Wreschen für den Religionsunterricht die deutsche Sprache eingeführt. Auf Veranlassung der Eltern weigerten sich die polnischen Schüler, den Lehrern auf deutsche Fragen zu antworten; sie wurden dafür bestraft. Am 20. Mai kam es zu ernsten Ausschreitungen: die Leute drangen gewaltsam in die Schulräume ein, ließen sich zu schweren Schmähungen der Lehrer hinreißen, und mit Hülfe der Polizei mußte die widersetzliche Menge aus dem Schulhause entfernt und zerstreut werden. Vom Landgericht in Posen wurden die Schuldigen wegen Land- und Hausfriedensbruches zu empfindlichen Strafen verurteilt. Infolge polnischer Agitation kam es hinterher zu deutschfeindlichen Demonstrationen in Warschau, wo von dem deutschen Konsulatsgebäude das Schild abgerissen und demoliert wurde, und ebenso in Lemberg, sowohl in den Straßen, wie im galizischen Landtage.

Aus diesen Vorkomnissen nahm die polnische Fraktion des Reichstages, unterstützt von zahlreichen Mitgliedern des Zentrums, Veranlassung, eine Interpellation einzubringen. Sie hatte folgenden Wortlaut:

1. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Vorgänge in Wreschen nicht nur bei uns, sondern auch im Auslande ein Aufsehen erregt haben, welches geeignet ist, dem Ansehen des Deutschen Reichs Abbruch zu tun?
2. Welche Stellung nimmt der Herr Reichskanzler dieser Angelegenheit gegenüber ein?

Die Interpellation wurde vom Abgeordneten Fürst Radziwill begründet. Er stellte das Verschulden der Verurteilten in möglichst milder Weise dar, schob die wirkliche Schuld dem ungeschickten Vorgehen der Schulbehörde zu und machte den preußischen Behörden den Vorwurf, durch ihr Verhalten das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande herabgesetzt zu haben. Eben deswegen müsse sich der Reichstag mit der Angelegenheit beschäftigen. In ausführlicher Weise versuchte er außerdem einen Nachweis dafür zu erbringen, daß die jetzige Haltung der preußischen Regierung mit den Erklärungen und Zusicherungen früherer Zeiten in Widerspruch stehe.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Der Herr Antragsteller hat selbst, wenn auch mehr implicite, anerkannt, daß ich verfassungsrechtlich nicht in der Lage bin, hier auf die Vorgänge in Wreschen einzugehen. Es handelt sich um die innere Angelegenheit eines Bundesstaates. Das Verhalten der preußischen Untertanen polnischer Zunge zur preußischen Staatsregierung ist eine rein preußische Angelegenheit. Wenn diese Angelegenheit im preußischen Landtage zur Sprache gebracht werden sollte, so werde ich dort an zuständiger

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 109. Sitzung, S. 3087 f.

Stelle Rede und Antwort stehen. An einer Erörterung jener Vorgänge in diesem hohen Hause vermag ich mich jedoch nicht zu beteiligen

(hört! hört! und sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen),

und ich muß es ablehnen, die von dem Herrn Antragsteller zur Sprache gebrachten Einzelheiten meinerseits zu diskutieren, und darauf verzichten, dieselben hier richtigzustellen.

(Bravo!)

Als Reichskanzler habe ich einerseits die Pflicht, alle verfassungsmäßigen Rechte des Reichs und seiner Organe nach außen wie nach innen in ihrem vollen Umfang zu wahren. Ich habe aber ebenso sehr die Aufgabe, das Eingreifen von Institutionen des Reichs in die durch die Verfassung den Einzelstaaten vorbehaltene Zuständigkeit zu verhindern. Ich würde genau denselben Standpunkt einnehmen, wenn es sich statt um eine preußische etwa um eine bayerische, württembergische oder anhaltische Landesangelegenheit handelte.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Wie das Reich das Recht hat, von den Bundesgliedern die loyale Erfüllung der den Bundesstaaten gegenüber dem Reich obliegenden Verpflichtungen zu fordern — die es auch bisher niemals vergebens gefordert hat —, so haben umgekehrt die Bundesstaaten Anspruch auf unbedingte Achtung der ihnen verfassungsmäßig zustehenden Befugnisse.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Diese Befugnisse darf ich nicht beeinträchtigen lassen, und ich muß gegen jeden Versuch, an dem bundesstaatlichen Charakter des Reichs und an den Rechten des Bundesfürsten zu rütteln, entschiedene Verwahrung einlegen.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Da aber der Herr Antragsteller, dem ich für seine ruhige Begründung der Interpellation um so dankbarer bin, je größer der Abstand ist zwischen seiner Mäßigung und der von der polnischen Presse geführten Sprache, auch Bezug genommen hat auf unsere Beziehungen zum Auslande, so erkläre ich noch das Nachstehende:

Davon, daß durch die Vorgänge in Wreschen dem Ansehen des Deutschen Reiches irgendwie Abbruch geschehen wäre, ist mir nicht das mindeste bekannt.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Den Anstiftern jener Exzesse in Galizien und in Warschau, die, wie ich glaube, der Herr Antragsteller doch zu milde beurteilt hat, mag ja die Absicht vorgeschwebt haben, durch derartige Krawalle ein Moment der Beunruhigung hineinzutragen in unsere Beziehungen zu unseren beiden Nachbarmächten, zu Oesterreich-Ungarn und zu Rußland. Wenn aber irgendwelche Befürchtung bestehen sollte, daß unsere Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und zu Rußland sich infolge jener Vorgänge neuerdings irgendwie ungünstiger gestaltet hätten, so kann ich auch diese Besorgnisse vollkommen zerstreuen.

(Bravo rechts! und bei den Nationalliberalen.)

Die Haltung sowohl der österreichisch-ungarischen wie der russischen Regierung hat unseren berechtigten Erwartungen entsprochen, und wir haben keinen Grund zu Beschwerden gehabt. Ich freue mich, darauf hinweisen zu können, daß die Kaiserlich russische Regierung nach den am 4. d. Mts. gegen das Kaiserliche Generalkonsulat in Warschau verübten Ausschreitungen sofort und nach jeder Richtung hin befriedigende Remedur hat eintreten lassen. Der russische Minister des Auswärtigen, Graf Lamsdorff, hat den Kaiserlichen Botschafter in Petersburg sogleich gebeten, der Kaiserlichen Regierung sein Bedauern über das beklagenswerte Vorkommnis zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig ließ Graf Lamsdorff dem Botschafter keinen Zweifel darüber, daß die deutsche Regierung zu der russischen das volle Vertrauen haben könne, daß letztere aus freien Stücken alle notwendigen Maßnahmen sofort und im vollen Umfange ergreifen werde. Das ist denn auch bereits geschehen und hat uns jedes weiteren diplomatischen Schrittes gegenüber der Kaiserlich russischen Regierung in dankenswerter Weise enthoben. Der Generalgouverneur von Warschau und die Spitzen der dortigen Zivil- und Militärbehörden — unter diesen insbesondere, wegen der Beteiligung von Studenten, der Kurator des Warschauer Lehrbezirks und der Direktor des Warschauer Polytechnikums — haben dem Kaiserlichen Generalkonsul offizielle Besuche gemacht, um ihm ihr lebhaftes Bedauern über den Vorfall auszusprechen. Ferner hat die russische Regierung strenge Untersuchung und nachdrückliche Bestrafung der Schuldigen angeordnet. Das zerstörte Konsulatsschild ist von der russischen Regierung durch ein neues ersetzt und wird in feierlicher Weise, vermutlich heute, wieder angelegt werden.

Die Solidarität, meine Herren, welche seit länger als einem Jahrhundert auf Grund der bestehenden Verträge und des gegenwärtigen status quo Preußen und Rußland verbindet gegenüber Tendenzen, die am letzten Ende darauf abzielen, den Gang der Geschichte rückläufig zu

machen und den status quo ante 1772 wiederherzustellen, diese Solidarität ist nicht so leicht zu erschüttern, wie manche Leute glauben.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ebenso hat die österreichisch-ungarische Regierung in selbstverständlicher Betätigung bundesfreundlicher Gesinnungen sofort nach den Lemberger Vorfällen am 29. November Maßnahmen zum Schutze des dortigen Kaiserlichen Konsulats ergriffen. Diese Maßnahmen haben sich indessen leider nicht als ausreichend erwiesen, um die nach Enthüllung eines Denkmals eines polnischen Schriftstellers vorgestern vor dem Konsulat erneut und umfangreich stattgehabten Demonstrationen zu verhindern. Wie nach den Novembervorfällen der Statthalter von Galizien gegenüber dem Kaiserlichen Konsul in Lemberg, so hat nach den vorgestrigen groben Ausschreitungen der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren unserem Botschafter in Wien sein tiefes Bedauern ausgesprochen. Graf Goluchowski hat zugesichert, daß die Exzedenten energisch bestraft und die Behörden zur Verantwortung gezogen werden würden, sowie sich wegen der weiter zu treffenden Anordnungen sofort mit dem österreichischen Ministerpräsidenten in Verbindung gesetzt.

Endlich erhalte ich in diesem Augenblick nachstehendes Telegramm von dem Kaiserlichen Konsul in Lemberg:

> Soeben empfing ich den Besuch des Vizepräsidenten der Statthalterei, der den abwesenden Statthalter vertritt. Derselbe drückte mir sein Bedauern aus und erklärte, daß keine Maßnahmen zum Schutze des Konsulats unterlassen werden würden.

Ich kann aber nicht schließen, meine Herren, ohne meinem Erstaunen darüber Ausdruck zu geben, daß der Herr Antragsteller auch nur einen Augenblick hat annehmen können, wir würden uns durch ausländische Beurteilung inländischer Vorgänge und Verhältnisse irgendwie impressionieren lassen.

(Lebhafter Beifall.)

Ausländische Stimmungen, Strömungen und Demonstrationen können weder den Gang unserer inneren Politik noch die Haltung des leitenden Ministers im Reiche bestimmen.

(Lebhafter Beifall.)

Für mich kann nichts anderes maßgebend sein als die Staatsraison dieses Landes und meine Pflicht gegenüber dem Deutschtum.

(Wiederholter lebhafter Beifall.)

Dieser meiner Pflicht werde ich eingedenk bleiben, und ich werde angesichts der Gefahr, der ernsten Gefahr, die nach meiner Ueberzeugung unserem Volkstum von polnischer Seite droht, auch ferner tun, was meines Amtes ist, damit der Deutsche im Osten nicht unter die Räder kommt.

(Lebhafter Beifall auf der Rechten und bei den Nationalliberalen. Zischen bei den Polen.)

53. Minister Chamberlain und das deutsche Heer. — Der Dreibund.

Sitzung des Reichstages vom 8. Januar 1902.

Am 25. Oktober 1901 hatte der englische Kolonialminister Chamberlain in Edinburgh in einer öffentlichen Rede mit Bezug auf den südafrikanischen Krieg erklärt:

> Jetzt komme die Zeit, wo es notwendig sei, strengere Maßregeln zu ergreifen, um die aufständischen Guerillabanden zu bekämpfen. Wenn die Zeit gekommen, werde die Regierung Präzedenzfälle für alles, was sie tun werde, im Vorgehen jener Nationen finden, die diese „Barbarei und Grausamkeit“ verurteilten. Aber sie werde sich nie dem nähern, was diese Nationen in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, in Tonking und im Kriege von 1870 taten.

Bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1902 kam im Reichstage der Abgeordnete Graf zu Stolberg-Wernigerode auf diese Aeußerungen zu sprechen. Er sagte:

> „. . vom Auslande her hat man die schwersten und, wie ich glaube, die ungerechtesten Beschuldigungen gegen unsere Truppen erhoben. Dieselben bezogen sich zwar nicht auf das ostasiatische Korps, sondern sie griffen auf eine frühere Zeit zurück. Der Minister eines fremden Landes, mit dem wir in Frieden und Freundschaft leben, hat es für nützlich gehalten, gegen das Verhalten unserer Truppen in den Jahren 1870/71 die schwersten Beschuldigungen zu erheben. Im ganzen deutschen Volke, in allen Schichten und in allen Parteien desselben, haben diese Beschuldigungen, die völlig unmotiviert waren, die tiefste Entrüstung hervorgerufen. (Sehr richtig! auf verschiedenen Seiten.) Daß diese Entrüstung gerade in Deutschland in dieser Weise zum Ausdruck gekommen ist, ist ganz natürlich: denn in keinem Lande der Welt sind die Armee und das Volk so innig mit einander verbunden als bei uns. Wenn wir die Armee als das deutsche Volk in Waffen bezeichnen, so ist das keine leere Redensart, sondern es entspricht den Tatsachen (sehr richtig! rechts), und daraus folgt mit Notwendigkeit, daß, wer das deutsche Heer beleidigt, auch das deutsche Volk beleidigt.“ (Sehr richtig! rechts.)

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, der Herr Vorredner hat in seinen Ausführungen eine Aeußerung berührt, welche vor einiger Zeit ein englischer Minister über das Verhalten unseres Heeres im deutsch-französischen Kriege gemacht hat. Ich glaube, wir werden alle darüber einig sein, und ich meine, es werden auch alle verständigen Leute in England mit uns darüber einig sein, daß, wenn ein Minister sich gezwungen sieht, seine Politik zu rechtfertigen — das kann ja vorkommen

(Heiterkeit)

—, daß er dann wohl daran tut, das Ausland aus dem Spiel zu lassen.

(Sehr richtig!)

Will er aber doch fremdländische Beispiele heranziehen, so empfiehlt es sich, das mit großer Vorsicht zu tun

(sehr richtig!);

sonst läuft man Gefahr, nicht nur mißverstanden zu werden, sondern auch, ohne es zu wollen — wie ich im vorliegenden Fall annehmen will, und wie ich annehmen muß nach dem, was mir von der anderen Seite versichert wird —, fremde Gefühle zu verletzen. Das ist aber um so bedauerlicher, wenn es einem Minister gegenüber einem Lande passiert, das mit dem seinigen, wie Graf Stolberg soeben hervorgehoben hat, stets gute und freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat, deren ungetrübte Fortdauer gleichmäßig dem Interesse beider Teile entspricht.

(Sehr wahr!)

Es war durchaus begreiflich, wenn in einem Volke, das mit seinem ruhmreichen Heere so innig verwachsen ist wie das deutsche Volk — auch das hat mit mit großem Recht der Herr Vorredner betont —, das allgemeine Gefühl sich auflehnte gegen den Versuch und gegen den Schein, den heroischen Charakter und die sittliche Grundlage unsrer nationalen Einheitskämpfe zu entstellen. Das deutsche Heer steht aber viel zu hoch und sein Wappenschild ist zu blank, als daß es durch schiefe Urteile berührt werden könnte!

(Bravo!)

Von so etwas gilt, was Friedrich der Große einmal sagte, als man ihm davon sprach, daß jemand ihn und die preußische Armee angegriffen hätte: „Laßt den Mann gewähren," sagte der große König, „und regt euch nicht auf, er beißt auf Granit."

(Heiterkeit. Sehr gut!)

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 112. Sitzung, S. 3209 f.

Meine Herren, nun hat der Herr Vorredner auch vom Dreibunde gesprochen. Er hat mit Recht hervorgehoben, daß es immer gewisse Leute gegeben hat, die erfüllt waren von dem Wunsche, den Dreibund zu begraben. Es hat auch immer Leute gegeben, die von Zeit zu Zeit sich gedrungen fühlten, den Dreibund tot zu sagen. Nun erfreut sich der Dreibund aber noch immer des besten Wohlseins, und ich denke und hoffe, es wird ihm gehen wie solchen Personen, die fälschlich tot gesagt werden und nun erst recht lange leben.

Ueber die Natur und das Wesen des Dreibundes bestehen ja vielfach nicht zutreffende Vorstellungen. Der Dreibund ist nicht eine Erwerbsgenossenschaft, sondern er ist eine Versicherungsgesellschaft.

(Sehr gut!)

Er ist nicht offensiv, sondern defensiv; er ist nicht aggressiv, sondern er ist in hohem Grade friedlich. Der Herr Graf Stolberg hat eben gesagt, der Dreibund beruhe nicht auf einer künstlichen Kombination. Dies ist vollkommen richtig. Historisch gesprochen stellt der Dreibund die Versöhnung dar zwischen den nationalen Errungenschaften, die aus den Kämpfen der sechziger und siebziger Jahre hervorgegangen sind, und jenen Prinzipien der Stabilität, die nach Beendigung der napoleonischen Kriegsstürme auf der Basis der Wiener Verträge Europa während eines halben Jahrhunderts den Frieden gesichert haben. Der Dreibund verbindet die Vergangenheit mit der Gegenwart und sichert die Zukunft. Der Dreibund schließt auch gute Beziehungen seiner Teilnehmer zu anderen Mächten nicht aus, und ich würde es nicht für richtig halten, wenn ein wenn auch nur kleiner Teil der deutschen Presse wegen der französisch-italienischen Abmachungen eine gewisse Unruhe an den Tag legen würde. In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau einmal mit einem anderen eine unschuldige Extratour tanzt.

(Große Heiterkeit.)

Die Hauptsache ist, daß sie ihm nicht durchgeht, und sie wird ihm nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am besten hat.

(Sehr gut!)

Der Dreibund legt übrigens seinen Teilnehmern keinerlei lästige Verpflichtungen auf. Insbesondere wird durch den Dreibund — vor wenigen Augenblicken las ich hier in den vor mir liegenden Preßausschnitten, daß das schon einmal in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hervorgehoben worden ist — keiner der Teilnehmer verpflichtet, seine Land- oder Seestreitkräfte auf einer bestimmten Höhe zu halten.

Es steht jedem Teilnehmer am Dreibunde frei, seine militärischen und maritimen Streitkräfte zu reduzieren, wann er will und wie er will. Ich möchte sogar annehmen, daß ohne den Dreibund dieser oder jener seiner Teilnehmer zu stärkeren militärischen Anstrengungen und größeren militärischen Aufwendungen genötigt sein würde als jetzt

(sehr wahr! rechts),

wo er Mitglied einer starken Gruppe ist.

Die französisch-italienischen Abmachungen über gewisse Mittelmeerfragen gehen gar nicht gegen den Dreibund.

Im übrigen können wir die weitere Entwickelung der Dinge mit um so größerer Ruhe betrachten, als die Lage heute doch eine wesentlich andere ist als im Jahre 1879, als Fürst Bismarck mit Graf Andrassy im deutsch-österreichischen Vertrag die Grundlage des Dreibundvertrags legte. Zu jener Zeit trieben wir nur europäische Politik. Die Kombinationen gingen nicht über das Mittelmeerbecken hinaus. Heute umspannt die Politik aller großen Mächte den ganzen Erdball. Ich glaube, daß es, seit es eine Geschichte gibt, wohl nie eine Zeit gegeben hat, wo gleichzeitig so viele mächtige Reiche existierten. Daraus entwickelt sich, wenn ich mich so ausdrücken darf, ein System der Gegengewichte, welches naturgemäß auch ohne besondere Verabredung hinwirkt auf die Erhaltung des Weltfriedens. Denn es gibt keine Macht, die, wenn sie in Europa nach der einen Seite Krieg führen wollte, sich nicht sagen müßte: was geschieht aber inzwischen hinter meinem Rücken? Denn überall kann man die Augen schließlich nicht haben. Im Jahre 1879 waren unser großer Staatsmann Fürst Bismarck und unser großer Feldherr Graf Moltke darüber einig, daß Deutschland sich einrichten müsse auf die Gefahr, die vielleicht nahe Gefahr eines großen europäischen Krieges. Heute ist die Situation eine weniger gespannte. Das hat verschiedene Ursachen. Zunächst hat es entschieden beruhigend gewirkt, daß Deutschland seit 20 Jahren eine stetige Friedenspolitik getrieben hat. Noch vor zwei Jahrzehnten war die Ansicht ziemlich verbreitet, daß das Deutsche Reich, welches in großen Kriegen zusammengeschweißt worden war, eine kriegerische Politik treiben würde, ähnlich wie sie das napoleonische Kaiserreich zweimal gemacht hatte. In diesem Argwohn lag insofern eine gewisse Gefahr, als sich die unversöhnlichen unter unseren Gegnern des Arguments bedienen konnten und wohl auch ab und zu bedient haben, zu sagen: Wenn wir nicht einen uns passenden Augenblick benutzen, um das Deutsche Reich anzugreifen, setzen wir uns der Gefahr aus, daß dieses in einem ihm genehmen

Momente über uns herfällt. Dieses Argument läßt sich heute nicht mehr anwenden. Denn an Gelegenheit, einen mehr oder weniger vorteilhaften Krieg, noch dazu in ganz guter Gesellschaft, zu führen, daran hat es uns seit 30 Jahren nicht gefehlt. Wenn heute irgendwer von einer angriffs- und kriegslustigen Absicht des Deutschen Reichs oder des Deutschen Kaisers spräche, so würde eine solche Verleumdung platt zu Boden fallen.

(Sehr richtig! rechts.)

Jeder, der sich mit Politik beschäftigt, weiß, daß wir absolut friedlich sind.

Dann aber erstrecken sich die Ziele der heutigen, der Weltpolitik auf Gegenden und Objekte, die weit entfernt von Deutschlands Grenzen liegen. Ich nenne in dieser Beziehung beispielsweise die Nordküste von Afrika, Persien, Ostasien. Wenn somit für uns der Dreibund nicht mehr eine absolute Notwendigkeit ist, so bleibt er doch im höchsten Grade wertvoll als verstärkte Garantie für den Frieden und den status quo, auch abgesehen davon, daß er ein sehr nützliches Bindemittel ist für die Staaten, die durch ihre geographische Lage und ihre historischen Traditionen darauf angewiesen sind, gute Nachbarschaft zu halten. Was uns angeht — und damit will ich schließen —, so müssen wir Deutschland auch weiter so stark erhalten, daß, wie jetzt, unsere Freundschaft für jeden wertvoll, unsere Feindschaft für niemanden gleichgültig ist.

(Bravo!)

54. Noch einmal Mr. Chamberlain.

Sitzung des Reichstages vom 10. Januar 1902.

Die weitere Debatte brachte eine in ihrem Hauptteil gegen den englischen Kolonialminister, die englische Politik und die englische Kriegführung gerichtete Rede des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg. Sie veranlaßte den Reichskanzler, zu diesen Fragen nochmals das Wort zu ergreifen.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, nachdem der Herr Präsident die parlamentarische Censur verhängt hat über eine Aeußerung des Herrn Vorredners, gehe

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 114. Sitzung, S. 3279 f.

ich auf die von dieser Rüge getroffene Bemerkung des Herrn Vorredners nicht weiter ein. Ich will nur sagen, daß ich glaube, ich befinde mich Einklang mit der großen, mit der sehr großen Mehrheit dieses hohen Hauses, wenn ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß sich nicht die Gewohnheit einbürgern möge, von der Tribüne des deutschen Reichstags aus fremde Minister zu beschimpfen.

(Lebhaftes Bravo.)

Es würde das weder den Gepflogenheiten des deutschen Volkes, welches ein gesittetes Volk ist, entsprechen

(lebhaftes Bravo.)

noch den Interessen unserer Politik.

(Sehr richtig!)

Ich muß gleichfalls mein tiefes Bedauern aussprechen über die Art und Weise, wie sich der Herr Vorredner ausgesprochen hat über das Heer eines Volkes, mit dem wir in Frieden und Freundschaft leben.

(Sehr gut!)

Wenn wir empfindlich sind für jeden Angriff gegen die Ehre unseres eigenen Heeres, so dürfen wir auch nicht fremde Heere insultieren, in denen es auch Leute gibt, die zu sterben verstehen.

(Lebhaftes Bravo.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Bassermann, wie ich höre, seinem Befremden darüber Ausdruck gegeben, daß nicht irgend eine autorisierte Stimme, z. B. die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", früher das Wort ergriffen hat, gewissermaßen um unserer öffentlichen Meinug und unserer Presse die Wege zu weisen. Unsere Presse und unsere öffentliche Meinung müßten auf einer niedrigen Stufe stehen, wenn sie in Fragen der nationalen Ehre des Leitmotivs, der Parole von oben bedürften. Der Wert einer großen Presse und einer nationalen öffentlichen Meinung besteht in der Freiheit ihrer Bewegung. Das Korrelat dieser Freiheit ist aber das Gefühl der Verantwortlichkeit — und das habe ich soeben bei dem Herrn Vorredner vermißt.

(Sehr gut!)

Ich habe vor einigen Tagen[2]) keinen Zweifel darüber gelassen, daß es durchaus berechtigt war, wenn unsere öffentliche Meinung den Versuch und auch nur den Schein, als ob die Ehre unserer Armee irgendwie an-

2) Vgl. die unmittelbar vorangehende Rede vom 8. Januar S. 242.

getastet werden könnte, mit Entschiedenheit zurückgewiesen hat. Wenn aber diese Zurückweisung nur ein Vorwand sein sollte, um uns eine andere Haltung aufzunötigen gegenüber dem südafrikanischen Kriege, oder ein Prätext, um unfreundliche, feindliche Beziehungen herbeizuführen zwischen unserem Volke und einem Volke, dem wir nie feindlich gegenübergestanden haben, und mit dem uns zahlreiche und schwerwiegende Interessen verbinden, so will ich nicht den mindesten Zweifel darüber lassen, daß ich so etwas nicht mitmache.

(Bravo!)

Durch Reden, Resolutionen und Volksversammlungen können wir uns die Richtung der auswärtigen Politik nicht vorschreiben lassen.

(Sehr gut!)

Die wird lediglich bestimmt durch das reale und dauernde Interesse des Landes, und dies weist uns darauf hin, unter voller Aufrechterhaltung unserer Selbständigkeit, unter voller Wahrung unserer Würde und Ehre mit England friedliche und freundliche Beziehungen zu pflegen.

(Sehr richtig!)

Dies und nichts anderes hat auch der Kaiserliche Botschafter in London sagen wollen.[3]) Zwischen dem, was er gesagt hat, und dem, was ich neulich hier gesagt habe, besteht kein Gegensatz. Daß uns die Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen mit England nicht gerade erleichtert worden ist durch den Vorfall, der uns seit einigen Tagen beschäftigt, werden mit mir alle einsichtigen Kreise nicht nur in Deutschland, sondern auch in England bedauern. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß uns durch allseitige Besonnenheit in der Zukunft solche Zwischenfälle erspart werden mögen, welche uns eine Haltung erschweren, die ebenso sehr dem englischen und dem deutschen Interesse entspricht wie demjenigen der Aufrechterhaltung und Sicherstellung des Weltfriedens.

Ich kann aber nicht schließen, ohne auch noch meinem Bedauern Ausdruck zu geben über die Art und Weise, wie der Herr Vorredner sich über innerösterreichische Verhältnisse ausgesprochen hat. Wenn wir es nicht gern haben, wenn wir es unter Umständen uns sehr ernstlich verbitten, daß man sich in unsere inneren Angelegenheiten einmischt, dann

3) In einer in Hamburg bei einem Abschiedsmahle gehaltenen Rede, wo er von exaltierten Geistern gesprochen hatte, „die da meinen, daß die althergebrachten Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht weiter fortgeführt zu werden brauchen".

müssen wir auch die inneren Angelegenheiten anderer Länder mit demjenigen Takt behandeln, der nach wie vor die beste Grundlage für korrekte internationale Beziehungen ist.

(Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

55. Weltpolitik. — Deutschland in China.

Sitzung des Reichstages vom 11. Januar 1902.

Die Tagesordnung ist noch dieselbe, wie bei den Reden des Reichskanzlers vom 8. und 10. Januar. Heute wendet er sich gegen den Abgeordneten Bebel. Der Inhalt der einzelnen vom Reichskanzler bekämpften Aeußerungen ergibt sich aus der Rede selbst.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, der Herr Vorredner hat Bezug genommen auf eine Rede, welche Seine Majestät der Kaiser im vergangenen Frühjahr in Kuxhaven gehalten hat.[2]) Wenn Sie diese Rede nachlesen werden — ich habe sie nicht hier, sonst würde ich gern den betreffenden Passus vorlesen —, so werden Sie sehen, daß dieser Rede jeder Gedanke der Eroberung, alles, was irgendwie nach annexionistischen Tendenzen aussähe, vollkommen fern gelegen hat. Diese Rede war eine Friedenskundgebung im Sinne friedlicher Ausdehnung deutscher Arbeit.

Nun hat der Herr Vorredner sich auch bemüht, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen jener Rede Seiner Majestät und unserer wirtschaftlichen Politik. Ich habe schon bei der Tarifdebatte darauf hingewiesen, daß zwischen einer vernünftigen Weltpolitik — und nur eine vernünftige Weltpolitik werden wir treiben — und einer vernünftigen Heimats-

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 115. Sitzung, S. 3317 ff.

2) Die Stelle der kaiserlichen Rede vom 18. Juni an Bord der Dampfjacht „Prinzessin Luise Viktoria" lautete wörtlich: „Ich erblicke in den Ereignissen, die sich in China abgespielt haben und in der jetzigen Heimkehr der Truppen ihre Beendigung finden, eine Gewähr dafür, daß der europäische Friede auf lange Jahre gesichert ist, denn die Leistungen der einzelnen Kontingente haben eine auf gegenseitiger Hochachtung und Kameradschaftlichkeit basierende Beurteilung hervorgerufen, die nur zum Bestande des Friedens beitragen kann. In diesem Frieden werden aber, so hoffe Ich, unsere Hansastädte blühen, und unsre neue Hansa wird ihre Bahnen ziehen und ihre neuen Absatzgebiete erkämpfen und erwerben."

politik — denn wir werden auch nur eine vernünftige Heimatspolitik machen — —

(Lachen bei den Sozialdemokraten),

— gewiß, meine Herren, es gibt auch eine unvernünftige Heimatspolitik, das gebe ich Ihnen vollständig zu, die werden wir aber nicht machen, und ich hoffe, die Mehrheit dieses hohen Hauses wird sie auch nicht machen wollen —

(sehr gut! rechts)

also ich sage: zwischen einer vernünftigen Weltpolitik und einer vernünftigen Heimatspolitik besteht kein Gegensatz, wie ich mir schon vor einiger Zeit erlaubt habe nachzuweisen.[3]

Uebrigens finde ich es pikant, daß gerade der Herr Abgeordnete Bebel, der, ich will nicht sagen, ein fanatischer, aber doch ein entschiedener Gegner der Weltpolitik ist, im Namen der Weltpolitik gegen unsere Heimatspolitik polemisiert. Wenn das der Herr Abgeordnete Rickert tun würde, den ich zu meiner Freude, wie ich glaube, heute wieder in diesem hohen Hause erblickt habe, so würde ich das bis zu einem gewissen Grade begreiflich finden. Wenn das der Herr Abgeordnete Barth täte, der diesem hohen Hause jetzt wieder angehört, so würde ich das allenfalls verstehen. Aber der Herr Abgeordnete Bebel darf sich diesen Luxus nicht gestatten.

(Heiterkeit.)

Das Roß der Weltpolitik darf er uns gegenüber nicht tummeln, es sei denn, daß er vorher mindestens für drei Flottenvorlagen gestimmt hätte.

(Große Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, hat der Abgeordnete Bebel auch gesagt, daß bei unseren Dreibundverbündeten Mißtrauen gegen uns bestünde. Ich möchte wirklich den Herren Abgeordneten Bebel bitten, mir zu sagen, worauf sich diese seine Ansicht gründet. Ich kann ihm versichern — und ich spreche in diesem Augenblick durchaus nicht als Diplomat in dem Sinne, wie der Diplomat dem Herrn Abgeordneten Bebel vorzuschweben scheint, ich spreche mit voller Offenheit, ich bin viel ehrlicher, als der Herr Abgeordnete Bebel annimmt

(Heiterkeit)

— also ich sage, daß bei unseren Verbündeten kein Mißtrauen gegen uns besteht. Ich habe gestern die Freude gehabt, ein Telegramm aus Rom zu erhalten, in dem gesagt wurde, daß mein verehrter Freund, der

3) Vgl. oben S. 230 f.

italienische Minister des Aeußern, Herr Prinetti, unserem Botschafter gesagt hätte, in der Rede, die ich hier vor einigen Tagen über auswärtige Fragen zu halten die Ehre hatte, wäre kein Wort, das er nicht unterschriebe.

(Hört! hört!)

Und wenn der Herr Abgeordnete Bebel einen Blick auf die Wiener Presse werfen will, so wird er sich davon überzeugen, daß auch diese meine damaligen Ausführungen ungefähr in derselben Weise beurteilt. Also ich kann Herrn Bebel nur bitten, auch in der Hinsicht, was unsere internationalen Beziehungen angeht, sich nicht allzu viele Bären aufbinden zu lassen.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Meine Herren, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel über unsere chinesische Politik waren mir wieder ein Beweis dafür, daß es in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern Politiker gibt, und hervorragende Politiker, und ganze Parteien gibt, die Fragen der auswärtigen Politik mehr vom Standpunkt ihrer subjektiven Empfindungen beurteilen, mehr von ihrem Parteistandpunkt aus, vom Standpunkt ihrer mehr oder weniger, nach meiner Ansicht gar nicht berechtigten Abneigung gegen die eigene Regierung, als auf Grund des ruhig und klar erwogenen Staatsinteresses. Wenn der Herr Abgeordnete Bebel im Sommer 1900 Minister des Aeußern gewesen wäre

(Heiterkeit),

so würde er auch nicht geduldet haben, daß die Chinesen die Deutschen aus China vertreiben, daß sie uns ihre Häfen versperren, daß sie die deutschen Waren in China nicht mehr zulassen wollten. Und er würde als Minister namentlich nicht geduldet haben, daß die Chinesen unsern Gesandten — der, wie ich gegenüber der Kritik des Herrn Abgeordneten Bebel hervorheben will, in mutiger, ritterlicher Weise gestorben ist, wie ein Soldat auf dem Schlachtfelde

(Bravo!)

— also der Herr Abgeordnete Bebel würde als Minister die schmähliche Ermordung unseres Gesandten auch nicht ruhig hingenommen, er würde sie auch nicht geduldet haben. Und wenn er sie geduldet hätte, so würde das deutsche Volk ihn als Minister nicht lange geduldet haben.

(Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Unsere Interessen in China waren und sind viel zu groß, als daß wir dieselben einfach als quantité négligeable hätten betrachten und bei der ersten auftauchenden Schwierigkeit kleinmütig preisgeben können.

Die Darlegungen des Herrn Abgeordneten Bebel waren ein recht schlagender Beweis dafür, daß er und seine Freunde in der chinesischen Angelegenheit vom ersten bis zum letzten Tage einen Standpunkt eingenommen haben, den die große Mehrheit des deutschen Volks weder teilt noch begreift.

(Oho! bei den Sozialdemokraten.)

— Gewiß, meine Herren! weder teilt noch versteht. —

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich möchte nur einmal erleben, wie es wirken würde, wenn in Paris oder in London ein Abgeordneter über die Politik des eigenen Landes, über das eigene Herr so sprechen würde, wie heute hier der Abgeordnete Bebel.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen. Zurufe links.)

Ich bestreite ja gar nicht, daß es Engländer und Franzosen geben mag, die es ganz gern sehen würden, wenn die Ansicht, die der Abgeordnete Bebel hegt über überseeische Politik, über Kolonialpolitik, über alle Wehrfragen, alle Macht- und nationale Fragen, bei uns die herrschenden würden. Aber wenn es sich darum handeln würde, diese Ansichten geltend zu machen in England oder Frankreich, da würde es heißen: ja, Bauer, das ist ganz was anderes.

Nun hat der Herr Abgeordnete Bebel auch gesprochen von Exzessen unserer Truppen. Ich darf es dem Herrn Kriegsminister überlassen, hierauf eingehender und im einzelnen zu antworten.[4]) Nach meiner Ansicht kann kein Zweifel darüber bestehen, daß alles, was in der Presse gesagt worden ist über Grausamkeiten unserer Truppen, entweder maßlos übertrieben oder schlankweg erfunden war

(sehr richtig!),

und daß namentlich die sogenannten Hunnenbriefe entweder Schnurrpfeifereien waren oder blasse Renommage.

(Sehr richtig!)

Soweit diese Hunnenbriefe nicht doch bestellte Arbeit waren, so schwebte über ihnen der Geist des seligen Münchhausen.

(Heiterkeit.)

Der wird im Himmel seine Freude an diesen Hunnenbriefen gehabt haben. Alle authentischen Nachrichten aus China stimmen darin überein, daß unsere Truppen sich, wie immer, so auch jetzt in China ausgezeichnet

4) Das geschah unmittelbar nach der Rede des Reichskanzlers.

haben durch Bravour und durch Humanität. Und wenn der französische, der englische oder der italienische Kriegsminister seit lange schon in ihren Parlamenten erklärt haben, daß sich die französischen, die englischen oder die italienischen Truppen nichts Unwürdiges hätten zu schulden kommen lassen, so erkläre ich das mindestens mit derselben Entschiedenheit für den deutschen Soldaten.

(Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat auch Bezug genommen auf ein Urteil des Bischofs Anzer über die voraussichtliche weitere Entwickelung der Verhältnisse in China. Ich habe eine ausgezeichnete Meinung von dem Herrn Bischof Anzer. Ich glaube aber doch, daß im vorliegenden Falle die Anschauung des von mir hochverehrten Bischofs Anzer, falls er sie wirklich in dieser Weise ausgedrückt hat, ein wenig zu pessimistisch war. Jedenfalls sind gegen die Wiederkehr solcher Vorkommnisse, wie wir sie vor einem Jahre in China erlebt haben, von den Mächten so weit Vorkehrungen getroffen worden, als dies möglich war in Hinblick auf die inneren chinesischen Verhältnisse und auf die ungeheure Ausdehnung des chinesischen Reichs. Ich glaube auch, daß die Ereignisse der letzten anderthalb Jahre an den Chinesen, Regierung wie Volk, nicht spurlos vorübergegangen sind. Es ist den Chinesen in einer für sie recht empfindlichen Weise klar gemacht worden, daß sie sich nicht ungestraft gegen Europäer vergehen.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Es ist ihnen auch kein Zweifel darüber gelassen worden, daß, wenn es sich um die Bekämpfung der Barbarei handelt, die europäischen Mächte einig sind und einig bleiben werden. Gewiß werden die chinesischen Behörden in der nächsten Zeit noch manchen Kampf mit den Boxerhorden auszufechten haben. Es wird speziell im Norden von China auch nicht an lokalen Unruhen fehlen. Die Ansicht unserer Vertreter in China geht aber doch überwiegend dahin, daß große und schwere fremdenfeindliche Bewegungen nach menschlicher Voraussicht in China in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sind. Es ist eine alte Erfahrung, daß, wenn orientalische Reiche in Berührung treten mit der europäischen Zivilisation, dies zunächst zu sozialen und wirtschaftlichen Krisen führt. Solche Krisen, meine Herren, müssen überwunden werden, wie man ein Gewitter oder eine Springflut überwindet. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß die Erschließung von China für die europäische Kultur von jetzt an ohne Störung, ohne akute Zwischenfälle verlaufen wird. Und jedenfalls haben die Mächte in dieser Beziehung in vollem Einvernehmen unter einander alle diejenigen

Vorkehrungen getroffen, die im Bereiche der Möglichkeit und im Bereiche der Vernunft lagen.

Was wir, meine Herren, in China erreichen wollten, darüber habe ich mich vor diesem hohen Hause wiederholt ausgesprochen, und das habe ich auch schon bei Beginn unserer chinesischen Aktion in dem Rundschreiben dargelegt, welches ich damals an die Bundesregierungen richtete.[5]) Ich habe damals gesagt, daß wir Genugtuung verlangen müßten für die Ermordung unseres Gesandten und für die sonstigen Verstöße der Chinesen gegen das Völkerrecht. Ich habe aber gleichzeitig betont, daß wir in China keinerlei Eroberungszwecke verfolgten, daß wir China nicht aufteilen wollten, daß unsere Interessen in China wesentlich wirtschaftlicher Natur wären. Ich habe ferner gesagt, daß wir angemessene Entschädigung verlangen müßten für unsere Auslagen und Kosten und möglichste Sicherung gegen die Wiederkehr solcher Vorkommnisse. Ich habe gesagt, daß wir nicht einen Tag kürzer, aber auch nicht eine Stunde länger mit dem Gros unseres Expeditionskorps in China bleiben würden, als dies absolut geboten wäre. Und ich habe endlich gesagt, daß wir das Einvernehmen unter den Mächten, soviel an uns läge, aufrecht erhalten würden, daß wir, soweit es im Rahmen unserer Rechte und Interessen uns irgendwie möglich wäre, gemeinsam mit den anderen Mächten vorgehen wollten.

Wenn Sie sich an dieses Programm erinnern wollen, so werden Sie billigerweise zugeben müssen, daß dasselbe in allen wesentlichen Punkten durchgeführt worden ist. Deutschland hat sich seine Stellung im fernen Osten als große Weltmacht gesichert. Wir haben uns friedlich, maßvoll und besonnen gezeigt, aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn wir fremde Rechte achten, wir auch die unsrigen geachtet wissen wollen. Wir haben unsere Position in Schantung behauptet und befestigt. Wir haben uns am Peiho und Jangtsekiang Gleichberechtigung gesichert. Deutschland geht aus den chinesischen Wirren mit ungeschwächten Kräften und in vollen Ehren hervor.

(Bravo! rechts.)

Und nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Bebel endlich noch Bezug genommen auf die Haltung unserer Truppen im deutsch-französischen Kriege. Wir alle wissen, meine Herren, daß der Krieg ein grausames Handwerk ist, und daß es nie einen

5) Vgl. Anhang.

Krieg gegeben hat, in dem nicht beklagenswerte Ausschreitungen vorgekommen sind. Die Frage ist aber die, ob nicht auch im deutsch-französischen Kriege unser Heer, was Menschlichkeit anlangt, in allererster Linie gestanden hat

(sehr richtig! rechts),

und diese Frage bejahe ich auf das allerbestimmteste.

(Bravo!)

Weiter werde ich auf diese Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Bebel nicht eingehen. Wenn unser Heer vom Auslande angegriffen wird, so halte ich es für meine Pflicht, dagegen Front zu machen. Aber über die Angriffe, die von der Tribüne dieses hohen Hauses aus deutschem Munde gegen das Verhalten deutscher Krieger im Jahre 1870 gerichtet werden, überlasse ich das Urteil dem deutschen Volke und der deutschen öffentlichen Meinung.

(Lebhaftes Bravo.)

56. Die Polenfrage.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Januar 1902.

Auf der Tagesordnung stehen zwei Interpellationen über die Verhältnisse in den Ostmarken: eine nationalliberale über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums im Osten, eine polnische, vom Zentrum unterstützte, die, ausgehend von dem Wreschener Schulkrawall, auf die Sprache des Religionsunterrichtes sich bezieht. Da das Haus damit einverstanden ist, werden beide Interpellationen zusammen behandelt.

Die Interpellation der Abgeordneten Hobrecht, v. Eynern und Genossen lautete:

„Welche Maßregeln beabsichtigt die Königliche Staatsregierung zu ergreifen, um den Worten der Thronrede gemäß in den östlichen Provinzen dem Deutschtum die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf welche es durch seine lange, unter der weisen Führung der Hohenzollernschen Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat, das Deutschtum zu pflegen, staatsfeindliche Bestrebungen abzuwehren und das Zurückdrängen deutscher Sprache und Sitte zu verhüten?"

Diese Interpellation wurde begründet vom Abgeordneten Hobrecht. Er schloß mit folgenden Worten:

„Ich will nicht auf einzelne Maßnahmen eingehen, die nun getroffen werden könnten. Es sind mir viele Wünsche ausgesprochen worden; ich möchte aber nicht zu weitläufig werden und die Sache nicht mit Einzelheiten belasten. Es genügt

mir, wenn diese Interpellation den Erfolg hat, daß wir von der Staatsregierung eine offene, freudige Zusicherung bekommen; ja, wir wollen in dem Bestreben für die Hebung der Wohlfahrt und für die Hebung der Produktion in den östlichen Provinzen unsere Fürsorge fortsetzen, wir wollen sie steigern. Meine Herren, unsere Zukunft — ich spreche von Preußen, von unserer inneren Entwickelung — liegt dort im Osten, sie liegt in der kraftvollen Wiederaufnahme, in der energischen Fortsetzung der uralten deutschen Kulturarbeit in den Ostmarken, und ich bin überzeugt, daß wir damit auch unseren polnischen Mitbürgern für ihre Wohlfahrt das Beste leisten, was wir können." (Bravo! rechts und links.)

Die zweite Interpellation, die der Abgeordneten Dr. v. Jaździewski, Dr. Szuman, Stychel und Genossen, lautete:

Wir richten an die Königliche Staatsregierung die Frage, ob dieselbe in Anbetracht der bekannten Schulvorgänge in Wreschen und im öffentlichen Interesse überhaupt es nicht für geboten erachtet, die auf dem Gebiete des Religionsunterrichts in den Volksschulen der sprachlich gemischten Landesteile getroffenen Anordnungen einer Abänderung zu unterwerfen."

Ihr Vertreter war der polnische Abgeordnete Dr. v. Jaździewski. Auch für seine Ausführungen ist der Schluß charakteristisch. Er zitiert aus Bluntschlis Staatsrecht den Satz: „Wird eine Nation in ihrer sittlichen und geistigen Existenz von der Staatsgewalt angegriffen, so sind ihre Genossen zum zähesten Widerstand dagegen veranlaßt. Es gibt keine gerechtere Ursache zur Auflehnung wider die Tyrannei, als die Verteidigung der Nationalität. Die Legalität kann dabei Schaden leiden, das Recht wird nicht verletzt" und fährt dann fort:

„Meine Herren, wir befinden uns in dieser Lage, daß wir uns verteidigen müssen. Unsere Nationalität, unsere Sprache, selbst die Grundsätze unserer Kirche werden von der Regierung nicht beachtet. Und da wundert man sich noch und beschwert sich, daß die Bevölkerung unzufrieden ist, und daß eine so große Unruhe in unseren Heimatprovinzen herrscht. Es ist menschlich genommen ganz undenkbar, daß es bei einer solchen Sachlage anders sein könnte. Wir verlangen von der Regierung nichts weiter, als daß sie unter Aufrechterhaltung ihrer gewiß berechtigten staatlichen Anforderungen und Verwaltungsgrundsätze auch die Rechte einer Nationalität, die sie einmal in ihren Bereich aufgenommen hat, respektiert. Das erheischen die Gebote der Humanität, das verlangen die Gebote der Gerechtigkeit, und wenn man uns mit Humanität und Gerechtigkeit behandelt, wie es sich ziemt, dann werden wir uns auf dem staatlichen Gebiete, dem wir angehören, friedlich gebaren und werden das, was Gottes Fügung über uns hat kommen lassen, mit Geduld und Ergebung tragen; wir werden die Pflichten als Staatsangehörige in vollem Maße erfüllen und nie voller sie erfüllen, wie es die staatliche Ordnung einmal mit sich bringt, wie wir das aber auch stets getan haben mit unserem Gut und Blut. Wir verlangen von niemandem irgendwelche Gnadenbezeugungen und Vorzüge, weder auf dem Wege des Rechts noch auf dem der Verwaltung. Wir verlangen einfach, aber auch voll Gerechtigkeit, und haben das Recht sie zu verlangen, sowohl von der Staatsgewalt, wie von unseren Mitbürgern. (Lebhaftes Bravo bei den Polen.) Justitia fundamentum regnorum!" (Lebhafter Beifall bei den Polen und im Zentrum.)

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, ich bin diesem hohen Hause dankbar, daß es die beiden Interpellationen, welche soeben entwickelt worden sind, zusammengelegt und mir dadurch die Möglichkeit geboten hat, mich über den Gegenstand, welcher diesen Interpellationen zu Grunde liegt, im weiteren Rahmen auszusprechen. Ich darf es dem Herrn Kultusminister überlassen, Ihnen über die Vorgänge in Wreschen eingehende Aufklärungen zu geben. Was ich aber meinerseits sofort feststellen möchte, ist, wie maßlos der Wreschener Vorfall nicht nur von der polnischen Presse, sondern zu meinem Bedauern auch von dem Herrn Abgeordneten Dr. v. Jazdzewski übertrieben und aufgebauscht worden ist.

(Hört, hört! rechts; Widerspruch bei den Polen.)

Man hat diese Vorgänge nicht nur zum Gegenstand politischer Demonstrationen in der Presse und in Versammlungen gemacht, sondern man hat sogar versucht — glücklicherweise völlig vergebens versucht —, diese Vorfälle auszubeuten, um uns internationale Schwierigkeiten zu bereiten.

(Hört, hört! rechts und im Zentrum.)

Nun wird aber der Herr Kultusminister nachweisen, daß das Vorgehen unserer Schulverwaltung in Wreschen in keiner Hinsicht ein novum enthielt. In den Schulen der Stadt Wreschen sind nur diejenigen Bestimmungen über die Unterrichtssprache bei der Erteilung des Religionsunterrichtes in Anwendung gebracht worden, die in den gemischtsprachigen Provinzen seit dreißig Jahren generell bestehen.

(Hört, hört!)

Von der ihnen gesetzlich zustehenden Befugnis haben die Regierungen in Posen und Bromberg einen sehr vorsichtigen und sehr allmählichen Gebrauch gemacht. Wenn insbesondere die Regierung in Posen die Kinder der katholischen Stadtschule in Wreschen in der Kenntnis der deutschen Sprache für so weit gefördert hielt, daß sie dem Unterricht in dieser Sprache mit vollem Verständnis folgen könnten, so bewegte sie sich bei der Einführung der deutschen Unterrichtssprache in den Religionsunterricht durchaus innerhalb der bestehenden Bestimmungen und hat ihre Zuständigkeit in keiner Weise überschritten. Wenn es trotzdem in Wreschen zu jenen bedauerlichen Vorgängen gekommen ist, die zum Landfriedensbruch und zur Bestrafung einer Anzahl Einwohner dieser Stadt geführt haben,

1) Sten. Ber. über die Verh. d. Abg.-H., 19. Leg.-Per., IV. Session, 3. Sitzung, S. 67 ff.

so lag die Schuld nicht an den Organen der Königlichen Staatsregierung, sondern sie lag an einer planmäßigen Agitation

(sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen),

welche darauf abzielte, die Kinder gegen ihre Lehrer, die Eltern gegen ihre Obrigkeit aufzuhetzen.

(Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Polen.)

Meine Herren, die preußische Schulverwaltung ist von Grausamkeit gerade so weit entfernt, wie die deutsche Rechtspflege

(Bravo!),

und wenn es — was ich tief bedaure — in Wreschen Opfer gegeben hat, so waren es Opfer jener Agitation, die sich nicht damit abfinden kann, daß die ehemaligen polnischen Landesteile, Posen und Westpreußen, unwiderruflich deutscher Boden geworden sind.

(Bravo! rechts.)

Auch die Lehrer in Wreschen haben sich, wie dies die gerichtlichen Verhandlungen ergeben haben, in den Grenzen des dem Lehrer zustehenden Züchtigungsrechts gehalten. Trotzdem will ich keinen Anstand nehmen, zu sagen, daß gerade im vorliegenden Fall, im Religionsunterricht, die Anwendung körperlicher Strafen, auch wenn sie, wie dies hier tatsächlich der Fall war, in zulässigen und in unschuldigen Grenzen geblieben ist

(Widerspruch bei den Polen),

nicht wünschenswert erscheint. Es ist dafür Fürsorge getroffen worden, daß körperliche Strafen als Disziplinarschulmittel im Religionsunterricht nicht mehr zur Anwendung gelangen sollen.

(Bravo! rechts und im Zentrum.)

Die Schulverwaltung in Posen, die ich vollständig in Schutz nehmen muß gegen die Angriffe, die Herr v. Jazdzewski soeben gegen sie gerichtet hat, und deren Haltung unter schwierigen Verhältnissen hohe Anerkennung verdient, besitzt auch andere und nicht minder wirksame Mittel, um renitente Schüler zur Ordnung und zum Gehorsam anzuhalten.

Nun hat Herr v. Jazdzewski weiter behauptet, daß unsere Schulpolitik im Osten im Widerspruch stände mit der Verfassung. Meine Herren, in Wirklichkeit befinden wir uns durchaus auf verfassungsmäßigem Boden. Art. 24 der preußischen Verfassungsurkunde stellt die beiden nachstehenden Leitsätze auf:

Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschule sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen.

Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften.

Wenn darauf gehalten wird, daß den Kindern polnischer Zunge der Religionsunterricht mit Ausnahme der Unterstufe in den westpreußischen und oberschlesischen Schulen grundsätzlich, in den Schulen der Provinz Posen, soweit das Verständnis der Kinder dies gestattet, in deutscher Sprache erteilt wird, so liegt darin keine Verletzung der Verfassung. Denn die Verfassung enthält über die Sprache, in welcher der Unterricht in der Volksschule erteilt werden soll, überhaupt keine Bestimmung, und wir haben nicht das Recht, in die Verfassung hineinzutragen, hineinzuinterpretieren, was nicht in der Verfassung steht.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun hat der Herr Abgeordnete v. Jazdzewski weiter erklärt, daß die Königliche Staatsregierung den Polen ihre Muttersprache rauben wolle. Das ist eine unbegründete Beschuldigung, die ich mit Entschiedenheit zurückweise. Die preußischen Staatsbürger polnischer Zunge bedienen sich ihrer Muttersprache in der Familie, bei ihren geselligen Zusammenkünften, im Verkehr unter einander.

(Widerspruch bei den Polen.)

Doch, meine Herren, kein Mensch hindert sie daran, zu reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Aber die preußischen Staatsbürger polnischer Zunge sollen auch die deutsche Sprache kennen lernen, weil sie im Verkehr mit den Behörden, weil sie für den Dienst im Heer, weil sie für den geschäftlichen Verkehr der deutschen Sprache mächtig sein müssen. Die preußischen Untertanen polnischer Zunge sollen in den Stand versetzt werden, an den deutschen kulturellen Einrichtungen teilzunehmen.

(Zwischenruf des Abgeordneten v. Jazdzewski.)

Herr v. Jazdzewski, ich habe Sie, während Sie redeten, das werden Sie mir selbst bezeugen müssen, nicht mit einer Silbe unterbrochen, weder durch Heiterkeit, noch durch Murren, oder sonst irgendwie. So würde ich Ihnen auch sehr dankbar sein, wenn Sie mich ausreden lassen wollten.

(Bravo! rechts.)

— Ich sage also, daß die europäischen Untertanen polnischer Zunge in den Stand versetzt werden sollen, teilzunehmen an den Wohltaten der deutschen kulturellen Einrichtungen. Deshalb wird ihnen der Unterricht in der Volksschule in deutscher Sprache erteilt.

Der Religionsunterricht soll nicht ein Mittel der Germanisierung sein. Dazu ist der Religionsunterricht auch nach meiner Ansicht nicht

bestimmt, und der beste Beweis dafür, daß uns dabei nicht der Zweck der Germanisierung leitet, ist, daß in vielen Schulen der Provinz Posen der Religionsunterricht noch in polnischer Sprache erteilt wird. Die Bedeutung der Erteilung des Religionsunterrichtes in deutscher Sprache, wo dies zulässig ist, liegt darin, daß dadurch der Schule ein einheitlich deutscher Charakter gewahrt wird, und daß insbesondere die Schulbehörden der Notwendigkeit enthoben werden, den gesamten Unterricht polnischen Lehrern anzuvertrauen, deren Zuverlässigkeit leider oft zu wünschen übrig läßt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir werden diese Grundsätze, die mit der Verfassung im Einklang stehen, und die sich in einer langen Praxis bewährt haben, auch fernerhin durchführen, ohne Kleinlichkeit und ohne überflüssige Härte, aber auch ohne Zögern und ohne Schwanken.

(Bravo!)

Wir werden insbesondere nicht dulden, daß der Religionsunterricht mißbraucht wird

(Bravo!),

um deutsche katholische Kinder zu polonisieren.

(Bravo!)

Es ist unsere Pflicht, die deutsche katholische Minderheit im Osten gegen die Polonisierung zu schützen.

(Bravo!)

Das ist für uns ein Gebot der Gerechtigkeit ebenso wie ein Gebot der deutschen Staatsraison, dem wir uns nicht entziehen werden.

(Bravo!)

Meine Herren, man liebt es auf polnischer Seite, polnisch mit katholisch und deutsch mit protestantisch zu indentifizieren. Darin liegt eine Irreführung der öffentlichen Meinung, und damit werden der Königlichen Staatsregierung Tendenzen untergeschoben, welche ihr in Wirklichkeit völlig fern liegen. Die Königliche Staatsregierung verlangt und kann verlangen und sie muß verlangen, daß sich die Geistlichkeit fernhalte der national-polnischen Agitation, welche ihre Spitze gegen den preußischen Staat und gegen das Deutsche Reich richtet. Aber die Königliche Staatsregierung denkt nicht daran, den Rechten der katholischen Kirche und den Empfindungen der katholischen Staatsbürger im Osten irgendwie zu nahe treten zu wollen. Die Königliche Staatsregierung wird diese Rechte

und diese Empfindungen auf das gewissenhafteste respektieren. Nach einseitigen konfessionellen Gesichtspunkten werde ich Ihnen die Politik dieses Landes niemals zurechtschneiden. Ich werde Ihnen ebensowenig eine protestantisch-konfessionelle oder eine katholisch-konfessionelle Politik machen, wie ich Ihnen eine liberale oder konservative Parteipolitik machen kann und will. Für mich als Ministerpräsident und Reichskanzler gibt es weder ein katholisches noch ein protestantisches, weder ein liberales noch ein konservatives Preußen und Deutschland, sondern vor meinen Augen steht nur die eine und unteilbare Nation, unteilbar in materieller und unteilbar in ideeller Beziehung. Wenn es eine Lehre gibt, die für mich resultiert aus der deutschen Geschichte der letzten vier Jahrhunderte, so ist es die, daß jeder Versuch der einen Konfession, die andere — ich will nicht sagen, zu vernichten, denn das ist überhaupt unmöglich und deshalb von vornherein ausgeschlossen — aber auch nur zu unterdrücken, nie zu einem praktischen und dauernden Resultat geführt, wohl aber jedesmal Schaden dem gemeinsamen Vaterlande gebracht hat. Weder ist es den Katholiken im 16. und 17. Jahrhundert gelungen, die neue Lehre zu hemmen, noch haben spätere konfessionelle Streitigkeiten Nutzen gestiftet. Nach Kampf und Streit und Ruinen kam es jedesmal darauf hinaus, daß alles ungefähr beim Alten blieb und man sich ineinander fügen mußte. Es mag sein, meine Herren, daß die Verschiedenheit der Konfessionen in Deutschland dem inneren Leben der Kirche zum Segen gereicht hat. Das will ich hier nicht entscheiden. Aber vom politischen Standpunkte aus betrachtet, ist die Verschiedenheit der Konfessionen in Deutschland in der Vergangenheit eine Quelle großer Leiden gewesen, und sie erfordert noch heute — daran braucht mich weder der Herr Abgeordnete v. Jazdzewski, noch irgend ein anderer der polnischen Herren zu erinnern — bei jedem leitenden deutschen Staatsmann eine vorsichtige und behutsame Hand. Sich über prinzipielle Fragen prinzipiell zu verständigen bis auf das Tüpfelchen über dem i, das ist eben überall schwierig und in Deutschland doppelt schwierig aus Gründen, die mit den Stärken wie mit den Schwächen des nationalen Charakters zusammenhängen. Aber ich bin überzeugt, daß es in der Praxis möglich ist, weil es möglich sein muß, bei voller Wahrung der natürlichen und verfassungsmäßigen Rechte des Staates doch ein friedliches Nebeneinanderleben der Konfessionen untereinander und der Konfessionen mit dem Staate zu erzielen, wenn nur allseitig festgehalten wird an dem Geiste der Mäßigkeit, Billigkeit und Duldung. Deutschland kann nur dann eine Weltmacht bleiben, wenn

wir keinen Riß aufkommen lassen in dem Gefüge unserer nationalen Geschlossenheit.

(Sehr richtig!)

Noch mehr wie die Zukunft jedes andern Volkes hängt die Zukunft des deutschen Volkes davon ab, daß wir Deutschen uns immer an das erinnern, was uns Deutschen allen gemeinsam ist, und auch davon, daß wir über manches hinwegkommen und manches vergessen. Wenn ich in konfessionellen Fragen gerecht denke — ich wiederhole Ihnen, ich versichere Sie als ehrlicher Mann, daß mir jeder Gedanke an ein Zurückdrängen, eine Zurücksetzung der katholischen Kirche auch in den ehemals polnischen Landesteilen vollständig fernliegt; daß ich im Osten wie im Westen auf dem Boden der Gleichberechtigung der Konfessionen stehe; daß ich wünsche, daß jedem die Religion erhalten bleibe, in der er sich glücklich fühlt und in der er hofft, einst selig zu werden — ich sage, wenn ich in konfessionellen Fragen gerecht denke, wenn ich in manchen liberal denke — in nationalen Fragen verstehe ich keinen Spaß.

(Beifall.)

Es handelt sich im Osten nicht um die Verteidigung der katholischen Kirche und des katholischen Glaubens, sondern es handelt sich darum, daß preußisches Staatsbewußtsein und deutsches Nationalgefühl, daß deutsche Sprache und Gesittung nicht zu Grunde gehen. Es handelt sich nicht um konfessionelle, sondern es handelt sich um nationale Aufgaben, und an solchen Aufgaben können und sollen sich die Vertreter aller Konfessionen beteiligen.

Meine Herren, wie liegen denn heute die Verhältnisse in unseren östlichen Provinzen? Früher kam dort eigentlich nur der polnische Adel in Betracht. Der nahm in der polnischen Bevölkerung —

(Unruhe bei den Polen)

ich sage das sine ira et studio, ich konstatiere ja nur die geschichtliche Entwickelung — die führende Stellung ein und leitete die polnische Agitation. Ein sehr armes ländliches und städtisches Proletariat lebte im Schatten des Adels und nahm keinen Anteil am politischen Leben. Diese Situation hat sich im Laufe der letzten Jahre verändert. Dank dem Schutz, dank dem befruchtenden Segen der preußischen Verwaltung, dank unseren verfassungsmäßigen Zuständen ist in den Städten des Ostens ein polnisches Bürgertum herangewachsen, welches die Leitung der Massen an sich gerissen hat und unter Verdrängung des Adels und bis zu einem

gewissen Grade im Gegensatz zum Adel — einem Gegensatz, ähnlich wie er in Böhmen zwischen Jungtschechen und Alttschechen besteht — die Führung der nationalpolnischen Agitation in demokratischem Sinne übernommen hat. In Stadt und Land, wo Sie hinblicken, finden Sie jetzt polnische Aerzte, polnische Advokaten, polnische Kaufleute und Handwerker, welche, unterstützt von dem Ihnen bekannten Marcinowsky-Verein und unter rücksichtsloser Boykottierung deutscher Gewerbetreibender, sich ihre Stellung begründet haben und auf der Grundlage dieser Stellung in fanatischer Weise die nationalpolnische Agitation betreiben. Diese Elemente, in steter Verbindung miteinander stehend, dehnen ihre Agitation auf alle ehemals polnischen Landesteile aus und erstreben die Wiedergewinnung dieser ehemals polnischen Landesteile. Fragen Sie alle diejenigen, welche die Verhältnisse im Osten aus eigener Anschauung kennen, fragen Sie alle Deutschen im Osten: wenn eine bisher mit einem Deutschen besetzte Rechtsanwaltsstelle oder Arztstelle oder Apotheke frei wird, sucht sie ein Pole zu gewinnen. Wo ein städtisches oder ländliches Grundstück zum Verkaufe aussteht, stellt sich ein polnischer Käufer ein. Hand in Hand damit geht diejenige Tätigkeit der polnischen Ansiedelungsbanken, die erreicht haben, daß trotz der Tätigkeit der Deutschen Ansiedelungskommission in den letzten Jahren weit mehr Grundbesitz aus deutscher in polnische Hand übergegangen ist als umgekehrt. Gegenüber dieser planmäßigen und stetigen polnischen Agitation, der es auch nicht an den erforderlichen Geldmitteln fehlt, und die in enger Fühlung steht mit jener großpolnischen Propaganda, welche die Wiederherstellung des status quo ante 1772, d. h. ein selbständiges Polen von Meer zu Meer anstrebt — ich sage: gegenüber dieser planmäßigen und stetigen polnischen Agitation befindet sich die deutsche Bevölkerung in den östlichen Provinzen in großer Schwierigkeit, sich in ihrem Besitz zu erhalten. Sie ist vielfach — ich glaube, daß der verehrte Herr Abgeordnete Hobrecht die Lage ein wenig zu optimistisch beurteilt — in die Defensive gedrängt, sie gibt leider vielfach den wirtschaftlichen und politischen Kampf auf, sie räumt das Feld, verkauft Haus und Hof, Hab und Gut, sie kehrt der Ostmark den Rücken, um sich in rein deutschen Gegenden eine neue Heimat zu suchen.

Meine Herren, ich habe zwei Berichte vor mir liegen von unseren Oberpräsidenten in Posen und Westpreußen, aus denen ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten einiges verlesen möchte. Es heißt in dem Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Posen vom 4. Januar 1902:

Die Gesamtbevölkerung der Provinz Posen hat sich seit der Volkszählung von 1890 bis zu der von 1900 um circa 7¾ Proz. vermehrt. Der Zuwachs der polnischen Bevölkerung beläuft sich dabei auf circa 10½ Proz., während die Zunahme der Deutschen nur auf circa 3¾ Proz. und nach Abzug der durch die Königliche Ansiedelungskommission herangezogenen deutschen Bauern sogar nur auf circa 1¾ Proz. zu schätzen ist; dabei hat die Gesamtbevölkerung des preußischen Staates in der gleichen Zeit um etwas mehr als 15 Proz. zugenommen. Gerade in den Kreisen des Netzedistrikts im Regierungsbezirk Bromberg und in denjenigen Kreisen des Regierungsbezirks Posen, die an rein deutsche Landesteile, wie die Provinz Schlesien und Brandenburg, grenzen und die stets als überwiegend deutsch galten, ist mit einem Zuwachs der polnischen Bevölkerung von rund 13 Proz. — in einzelnen Kreisen, bei gleichzeitigem Rückgang der Deutschen um circa 10½ Proz. — sogar mit einem Zuwachs von circa 14½ Proz. — zu rechnen.

In den vier Jahren von 1897 bis 1900 gingen mit Einschluß der Erwerbungen der Ansiedelungskommission — 1910 Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 32260 ha aus deutschem in polnischen Besitz über, während umgekehrt nur 158 Grundstücke im Gesamtumfang von 16263 ha von Polen auf Deutsche übertragen wurden. Der Verlust der deutschen Hand betrug also 1752 Grundstücke mit einer Fläche von 15997 ha. Ohne die Erwerbungen der Ansiedelungskommission würde der Verlust der deutschen Hand in diesen vier Jahren allein 27346 ha, also ungefähr 5 Quadratmeilen betragen haben. Das gleiche Bild gewährt die Grundbesitzbewegung in den Städten der Provinz. So gingen, um nur einige prägnante Fälle herauszugreifen, im letzten Jahrzehnt in Ostrowo 31 Hausgrundstücke aus deutschem Besitz in polnischen über, während nur sechs von Deutschen aus polnischer Hand erworben wurden. In Krotoschin stehen 64 Erwerbungen von Hausgrundstücken durch Polen aus deutscher Hand nur 20 Erwerbungen durch Deutsche aus polnischer Hand gegenüber. In der Stadt Posen sind während der letzten beiden Jahre 64 Grundstücke von deutschem in polnischen und nur 59 von polnischem in deutschen Besitz übergegangen. Diese Differenz ist anscheinend nur gering, indessen betrug der Wert der ersteren 4790000 Mark, der der letzteren 3530000 Mark, sodaß der

Wertsverlust der deutschen Hand 1260000 Mark, d. h. mehr als ein Viertel des Gesamtwerts der ersteren 64 Grundstücke, beträgt. Was den Rückgang des deutschen Elements, insbesondere des Mittelstandes in den Städten anlangt, so bietet einen interessanten Beitrag dafür der Wechsel im Besitze der Apotheken. Von den vor 10 Jahren vorhandenen 125 Apotheken befanden sich 98 in deutschen und 27 in polnischen Händen, während zur Zeit von 134 Apotheken nur noch 85 von Deutschen und bereits 49 von Polen besessen werden, die ihren Besitzstand mithin um 15 Proz. erweitert haben. Sehr ungünstig haben sich auch die Verhältnisse für die deutschen Handwerker entwickelt. Früher lag der überwiegende Teil des Handwerks, mit Ausnahme vielleicht des Schuhmachergewerbes, auch in Städten mit überwiegend polnischer Bevölkerung in deutscher Hand. Auch jetzt steht der deutsche Handwerkerstand dem polnischen ziffernmäßig zwar noch gleich gegenüber, hat aber keinen entsprechenden Nachwuchs mehr. So sind z. B. in der Stadt Posen bei dem vor zehn Jahren überwiegend von Deutschen ausgeübten Baugewerbe, einschließlich der verwandten Fächer, gegenwärtig 133 Meister mit 508 Gesellen und 131 Lehrlingen als deutsche, dagegen 137 Meister mit 1212 Gesellen und 309 Lehrlingen als polnische zu bezeichnen. Nicht anders liegt das Verhältnis in den andern Gewerben der Stadt Posen, was aus der Tatsache hervorgeht, daß bei 715 deutschen Meistern 1528 deutsche Gesellen und Lehrlinge, dagegen bei 1365 polnischen Meistern 3686 polnische Gesellen und Lehrlinge, also prozentual ganz erheblich mehr beschäftigt werden. Auch in der ganz überwiegend deutschen Stadt Bromberg stellt sich der prozentuale Anteil der polnischen Lehrlinge und Gesellen im Verhältnis zu den polnischen Meistern noch höher wie in Posen. Die auf die Boykottierung der deutschen Geschäftswelt gerichteten Bestrebungen sind schon älteren Datums. Die Agitation auf diesem Gebiete hat sich aber von Jahr zu Jahr verschärft, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die politische Führung der Polen eines ihrer Ziele in dem völligen Bruch mit dem deutschen Gewerbe sieht. Der Natur der Sache nach lassen sich nach dieser Richtung hin zahlenmäßige Nachweisungen nicht geben. Wie die Verhältnisse liegen, ergibt sich aus mündlichen und schriftlichen Mitteilungen eines erfahrenen und zuverlässigen Großkaufmanns in der Provinz. Nach seinen

Angaben hat jetzt noch der deutsche Großhandel am wenigsten zu leiden, da die deutschen Geschäfte die polnischen gleicher Art zur Zeit noch überflügelten. In viel schlimmerer Lage seien bereits jetzt die Detailgeschäfte, da polnische Konkurrenzgeschäfte in den letzten Jahren in großer Anzahl entstanden seien und durch die nach dieser Richtung hin stark beeinflußte polnische Bevölkerung nach Kräften unterstützt würden. Am härtesten werde der Boykott im Baugewerbe empfunden, weil die Bezugsquellen der Lieferungen für Bauunternehmer sehr leicht zu kontrolieren seien. Ein polnischer Unternehmer habe noch kürzlich geäußert, er würde gern deutsche Geschäftsleute bei seinen Bauten berücksichtigen, könne es aber nicht, da er polnischerseits zu streng überwacht werde. Diese Darstellungen können auf Grund sonstiger Mitteilungen nur als zutreffend anerkannt werden.

Der Oberpräsident von Westpreußen, Herr v. Goßler, einer unserer hervorragendsten Beamten, berichtet mir unter dem 3. d. Mts.:

Die ökonomischen Fortschritte, welche das Polentum in den letzten Jahren gemacht hat, finden in der zunehmenden Ansammlung von Grundeigentum in polnischen Händen einen deutlichen Ausdruck, und die Gewinnung von Grundbesitz aus deutscher Hand bildet einen besonders wichtigen Faktor der polnischen Kolonisation. Vom Jahre 1897 bis 1900 sind in Westpreußen aus deutscher Hand in polnische übergegangen 31 054 ha, dagegen aus polnischer Hand in deutsche nur 16 434 ha, sodaß danach der Verlust der deutschen in 4 Jahren beträgt: 1154 Besitzungen mit 14 630 ha. Für die Erhaltung des Grundbesitzes in polnischer Hand und für den Erwerb deutschen Grundbesitzes sorgen eine Reihe von Volksbanken und Parzellierungsbanken, außerdem arbeiten in dieser Richtung zahlreiche polnische und polnische landwirtschaftliche Vereine. Die Abschließung der Polen von den Deutschen wird, wie auf anderen Gebieten, so auch auf dem der landwirtschaftlichen Interessen immer vollständiger. Bezeichnend für diese Politik ist auch die Tatsache, daß sich keine der polnischen landwirtschaftlichen Organisationen der Landwirtschaftskammer angeschlossen hat. In den kleinen und mittleren Städten macht sich eine Verdrängung des deutschen Mittelstandes in auffälliger Weise bemerkbar. Die Zahl der in ihnen tätigen polnischen Rechtsanwälte, Aerzte und Apotheker wächst beständig. Eine Stadt wie Konitz zählt 3 polnische und

3 deutsche Aerzte; in Thorn sind unter den 12 jüngeren und nicht beamteten Aerzten fünf Polen. In den kleinen Städten praktiziert mindestens ein polnischer Arzt. Jede Vakanz einer ärztlichen Stelle wird in der polnischen Presse sofort unter Angabe aller derjenigen Merkmale veröffentlicht, welche zur Beurteilung der Einkommensverhältnisse erforderlich sind. Aehnliches gilt von den Rechtsanwaltsstellen, in denen das polnische Element ebenfalls zunimmt. Selbst in Danzig wächst die Zahl der Aerzte und Anwälte polnischer Nationalität stetig. Von den im Regierungsbezirk Marienwerder vorhandenen Apotheken waren in der Zeit vom 1. Januar 1890 bis zur Mitte des Jahres 1899 7 Apotheken aus deutschem in polnischen Besitz übergegangen. Um die polnische Bevölkerung von den deutschen Gewerbetreibenden unabhängig zu machen, sind mehrfach polnische Warenhäuser und Konsumvereine gegründet worden. Diese schädigen natürlich die vorhandenen deutschen Geschäfte und zwingen sie zur Aufgabe ihres Betriebes. Während 1873 nur 43 polnische Genossenschaften mit 74 396 Mark Reservefonds und 3 739 302 Mark Depositen bestanden, waren es 1901 deren 126 mit 2 869 579 Mark Reservefonds und 53 559 698 Mark Depositen. Diese polnischen Volksbanken und Erwerbsgenossenschaften sind nicht nur zu wirtschaftlichen Zwecken begründet, sondern dienen in hervorragender Weise auch den Bestrebungen der national-polnischen Agitation. Deutsche Gewerbetreibende, namentlich Gastwirte, gleichgültig, ob sie katholischer oder evangelischer Konfession sind, werden immer zahlreicher boykottiert und dadurch schließlich zum Verkaufe ihrer Geschäfte an die Polen gezwungen. Gerade die Krüge und Gastwirtschaften haben im politischen Leben eine gewisse Bedeutung, und es ist daher längst das Bemühen der Polen planmäßig darauf gerichtet, diese mit ihren Leuten zu besetzen. Wie peinlich dies auch die deutschen Katholiken empfinden, geht aus einem Artikel des deutsch-katholischen Westpreußischen Volksblattes vom 2. Dezember v. J. hervor. Denn dieses Blatt verurteilt nicht nur das Treiben der anläßlich der Wreschener Vorgänge im Auslande und zum Teil auch diesseits der Grenze verbreiteten polnischen Flugblätter, welche zum Boykott deutscher Waren auffordern; sondern es warnt auch davor, die deutschen Katholiken nicht zu sehr zu reizen, da deren Sympathien nach ihrem Empfinden für die Polen nicht so stark seien, daß sie jede Heraus-

forderung geduldig hinzunehmen geneigt seien. Mit Recht ist es aufgefallen, daß deutsche, gut gehende Geschäfte von Polen erworben und unter der deutschen Firma weiter betrieben sind. Im Regierungsbezirk Marienwerder ist deshalb, um Verdunkelungen zu verhüten, eine Polizeiverordnung erlassen, nach welcher außer der Firma auch der Name des Geschäftsinhabers angegeben werden muß. Die politische und wirtschaftliche Abschließung der Polen von den Deutschen und der dabei zu tage tretende Gegensatz zu den deutschen Katholiken findet den stärksten Ausdruck in der von der Presse betriebenen Bekämpfung der Ehen von Polen mit deutschen Katholiken. In einer Artikelfolge des „Przyaciel" vom Jahre 1899 werden die Ehen zwischen Polen und deutschen Katholiken als Mischehen bezeichnet

(hört, hört! rechts),

welche ein Unglück für die polnische Nationalität und für den polnischen heiligen Glauben seien."

(Heiterkeit rechts.)

Meine Herren, so liegen die Verhältnisse tatsächlich in Posen und Westpreußen. In steigendem Maße und unter Verdrängung der deutschen Nationalität breitet sich die polnische Nationalität immer mehr aus, schreitet die Polonisierung unserer Grenzdistrikte immer weiter vor. Gegenüber dieser Gefahr darf die Königliche Staatsregierung die Hände nicht in den Schoß legen

(sehr richtig!),

sondern es ist ihre heilige Pflicht, diesem Ansturm gegen das Deutschtum entgegenzutreten und ihrerseits die deutschen Elemente zu sammeln, zu stärken und widerstandsfähiger zu machen.

Gewiß, meine Herren, man kann es beklagen, daß unsere östlichen Provinzen der Schauplatz nationaler Kämpfe sind. Nachdem aber diese Kämpfe von polnischer Seite eröffnet worden sind

(hört, hört! rechts und bei den Nationalliberalen;
Lachen bei den Polen)

und von polnischer Seite mit steigender Erbitterung geführt werden, haben wir nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder uns ohne Widerstand bekämpfen und besiegen zu lassen, oder uns energisch unserer Haut zu wehren!

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Wir leben nicht im Wolkenkuckucksheim, und wir leben leider auch nicht im Paradies, sondern wir leben auf dieser harten Erde, wo es heißt, Hammer oder Ambos sein.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Wir können nicht dulden, daß die Wurzel preußischer Kraft — mit vollem Recht hat der Abgeordnete Hobrecht diesen Gesichtspunkt soeben hervorgehoben — verdorrt, und daß unser Volkstum an Warthe, Weichsel und Oder von einem fremden Volkstum überflutet und verdrängt wird. Dazu liegen Posen und Bromberg, Danzig und Thorn dem Mittelpunkt der preußischen Monarchie und den Zentren deutschen Lebens zu nahe. Ich *halte* — wiederum mit dem Abgeordneten Hobrecht — *die Ostmarkenfrage nicht nur für eine der wichtigsten Fragen unserer Politik, sondern geradezu für diejenige Frage, von deren Entwickelung die nächste Zukunft unseres Vaterlandes abhängt.*

(Hört, hört! Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Der Gang unserer Politik, oder wie der Herr Abgeordnete Hobrecht sehr richtig sich ausgedrückt hat, die Erbschaft der Geschichte hat uns in jene Gegenden geführt. Diese Gegenden sind getränkt mit deutschem Schweiß und Blut, da sind wir und da bleiben wir

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen),

ob das anderen Leuten angenehm ist oder nicht. Und um da bleiben zu können, müssen wir diejenigen Mittel durchführen — durchführen ohne Oszillationen, auch darin stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Hobrecht überein — in ruhiger, fester, sicherer, stetiger Weise, welche notwendig sind, um den preußischen Staatsgedanken lebendig und die Fundamente deutscher Gesittung intakt zu erhalten, damit der unlösbare Zusammenhang der östlichen Provinzen mit der preußischen Monarchie als eines integrierenden Bestandteiles der preußischen Monarchie für alle Zeiten sichergestellt wird, und damit in dem nationalen Kampfe, der im Osten geführt wird, das deutsche Element nicht unterliegt.

In erster Linie — und damit komme ich zu der Beantwortung speziell der Interpellation des Herrn Abgeordneten Hobrecht —, in erster Linie werden wir darauf bedacht sein, die in jenen Gegenden bereits vorhandenen Deutschen dort möglichst festzuhalten, ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken, den Zuzug deutscher Elemente in Stadt und Land zu fördern, ihre Abwanderung tunlichst zu verhindern. Das wichtigste Mittel zu diesem Zweck ist die Fortsetzung einer zielbewußten Besiedelungs-

politik. Die Ansetzung deutscher Bauern in den Ostmarken, wie sie seit 15 Jahren betrieben wird, soll die Grundlage für die Entwickelung eines deutschen Volkstums in den Ostmarken bleiben. Die Seßhaftmachung deutscher Landwirte soll verhindern, daß das Nationalitätenverhältnis sich noch weiter, als dies bisher schon geschehen ist, zu Ungunsten des Deutschtums verschiebt, und die Hebung der Landeskultur im Wege einer planmäßigen Kolonisation dem Deutschtum in jenen Gegenden Eingang und Verbreitung verschaffen. An der planmäßigen Förderung deutscher Besiedelung in den Provinzen Westpreußen und Posen werden wir unentwegt festhalten, sie in beschleunigtem Tempo fortsetzen

(bravo! rechts und bei den Nationalliberalen),

und sobald die dazu ausgesetzten Fonds erschöpft sind, Ihnen neue Vorschläge zur Bewilligung noch reicherer und noch weiterer Mittel für diese nationalen und kulturfördernden Zwecke unterbreiten.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, neben dieser Besiedelungspolitik ist die Erhaltung und Stärkung der bereits vorhandenen deutschen Bauern, die sich zum Teil in schwieriger Lage und großer wirtschaftlicher Bedrängnis befinden, in ihrem Besitz selbst unter Aufbietung staatlicher Mittel dringend notwendig. Alle Bestrebungen zur Stärkung und zur Befestigung des deutschen Bauernstandes, zur weiteren Ausbildung des ländlichen Genossenschafts- und Kreditwesens, zur Förderung der Landeskultur, zur Hebung des Verkehrs werden bei uns energische Unterstützung finden.

Von wesentlicher Bedeutung ist in jenen Provinzen aber auch das Element des Großgrundbesitzes. In ihm finden die staatlichen Behörden die Hülfskräfte zu gemeinsamer Arbeit auf dem Gebiete der Selbstverwaltung, während er für die Bauern der Lehrmeister und Berater in den technischen Fortschritten der Landwirtschaft ist.

(Sehr wahr! rechts.)

In der Provinz Posen umfaßt der Großgrundbesitz, d. h. der Besitz über 100 ha, in deutscher Hand etwas über die Hälfte des gesamten Großgrundbesitzes. Aber trotz seiner räumlichen Ausdehnung ist der Einfluß des Großgrundbesitzes in der Provinz Posen in wirtschaftlicher und kultureller und namentlich in politischer Beziehung verhältnismäßig gering. Der Grund für diese Erscheinung liegt darin, daß der größere ländliche

Grundbesitz zu nicht unbeträchtlichen Teilen sich in der Hand von Besitzern befindet, die außerhalb der Provinz Posen wohnen, daß er vielfach zwischen dem polnischen Grundbesitz eingestreut liegt und daher ein fester Zusammenhang des Deutschtums fehlt, und daß ein ungewöhnlich häufiger Wechsel von einer Hand in die andere im Laufe des vorigen Jahrhunderts stattgefunden hat — eine für das wirtschaftliche Gedeihen gerade des Großgrundbesitzes wenig zuträgliche Erscheinung. Daher soll von seiten der Staatsregierung darauf hingewirkt werden, daß dieses für die Erhaltung des Deutschtums wichtige Moment durch Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes, wie durch Begründung von Majoraten und Fideikommissen in seinem Besitzstande gewahrt

(sehr richtig! rechts)

und in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestärkt wird.

(Bravo! rechts.)

Hand in Hand mit der Besiedelung des platten Landes mit deutschen Bauern und der Stärkung des deutschen Klein- und Großgrundbesitzes wird eine staatliche Fürsorge für die Hebung der Städte des Ostens gehen müssen. Wir werden diese Städte, soweit sie sich ihrer Größe und Bedeutung nach dazu irgendwie eignen, zum Mittelpunkt des deutschen Lebens auszugestalten suchen. Gerade in den Städten hat sich ein polnischer Mittelstand herangebildet und läßt sich die Polonisierung angelegen sein. Deshalb ist es unerläßlich, durch Stärkung des deutschen Bürgertums in diesen Städten einen kräftigen deutschen Mittelstand zu schaffen, der der Gefahr der Polonisierung einen Damm entgegenzusetzen vermag und stark genug ist, den Städten ihren deutschen Charakter zu wahren oder, wo derselbe bereits verloren gegangen ist, wieder zu erobern. Es wird sich hier namentlich um die Hebung und Unterstützung und, wenn tunlich, auch um die Seßhaftmachung der deutschen Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleute handeln und um die Förderung einer deutschen Industrie, wo die Bedingungen dazu vorliegen, um die Errichtung gewerblicher Unterrichtsanstalten, insbesondere der Fortbildungsschulen, und um den Bau deutscher Vereinshäuser als Sammelpunkte deutscher Geselligkeit und geistigen Lebens.

Von großer Bedeutung wird in dieser Beziehung auch die Belegung dieser Städte mit Garnisonen sein.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich freue mich mitteilen zu können, daß Seine Majestät unser Kaiser und König durch Kabinettsordre vom 2. Januar bestimmt hat, daß zum April in Wreschen und Schrimm Unterkunft für je ein Bataillon Infanterie sichergestellt werden soll.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, es sind mancherlei Klagen laut geworden über die deutsche Verwaltung im Osten. Ich halte diese Klagen nicht für begründet. Ich glaube, daß sich im großen und ganzen — Ausnahmen gibt es überall —, aber daß sich im großen und ganzen der deutsche Beamte auch im Osten auszeichnet durch diejenigen Eigenschaften, die — das können wir wohl ohne Ueberhebung sagen — dem preußischen Beamten immer zur Zierde gereicht haben: durch Integrität, Gewissenhaftigkeit, treue Hingabe an die ihm anvertrauten Interessen. Ich nehme aber keinen Anstand, hier zu sagen, daß nach meiner Auffassung — und aus dieser meiner Auffassung werde ich im praktischen Falle die nötigen Konsequenzen ziehen — unsere Beamten im Osten eine besonders ehrenvolle, aber auch eine besonders verantwortungsvolle Stellung einnehmen, und daß sie sich dieser Verantwortung immer bewußt sein sollen.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Und lassen Sie mich hinzufügen, daß nach meiner Ansicht gerade der Beamte in den gemischtsprachigen Provinzen sich nicht als Büreaukrat fühlen, nicht als Mandarin auftreten soll, sondern als Mensch unter Menschen, der sich nicht gesellschaftlich einkapselt, sondern ein warmes Herz hat für die Bedürfnisse und das Wohl jedes Bewohners seiner Provinz ohne jeden Unterschied des Standes.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich betrachte eine Versetzung in die östlichen Provinzen, eine Anstellung in den gemischtsprachigen Provinzen als eine besondere Auszeichnung für jeden Beamten, als die Anwartschaft auf eine besonders erfolgreiche Laufbahn. Aber ich wiederhole, ich werde dort nur solche Beamten dulden, die sich dieser Auszeichnung bewußt sind und bewußt zeigen. Ich verlange auch von den Beamten im Osten, daß sie ihre Erfahrung und ihre Kenntnis von Land und Leuten dort längere Zeit verwerten. Ein häufiger Wechsel der Beamten muß gerade im Osten im Hinblick auf die notwendige Kontinuität der Verwaltung vermieden werden.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Andererseits aber haben die Beamten auch einen Anspruch darauf, daß ihnen das Leben erträglich gestaltet wird. Zu diesem Zweck soll der Bau

von Dienstwohnungen und billigen Mietslogis dienen, da es, wie Sie wissen, gerade im Osten vielfach an geeigneter Wohngelegenheit fehlt. Ich halte persönlich den Erwerb von eigenem Haus- und Grundbesitz für die mittleren und kleineren Beamten, etwa auf dem Wege der Genossenschaftsbildung, für praktisch und wünschenswert, um in diesen Beamten das Heimatgefühl, das provinzielle Gefühl zu stärken, und sie und ihre Familien an die Ostmark zu fesseln, und ich würde gern meine Hand zur Erreichung dieses Zieles bieten.

Aber, meine Herren, nicht nur für die Beamten, sondern für alle Bewohner des Ostens ist neben der wirtschaftlichen auch die kulturelle Hebung unserer östlichen Provinzen von der allergrößten Bedeutung. Sie ist das sicherste Mittel, um die von uns beklagte Abwanderung aus dem Osten zu verhindern und deutsche Elemente nach dem Osten zu ziehen. In dieser Beziehung ist, wie Sie wissen, ein kleiner Anfang gemacht worden mit der Errichtung eines Museums und der Kaiser Wilhelms-Bibliothek in Posen, mit dem Bau von Theatern in Bromberg und Posen.

Von ferneren Maßnahmen zur Hebung der Kultur in den Ostmarken unterliegen zur Zeit der Erwägung der Neubau eines chemischen Instituts in der Stadt Posen, im Anschluß an das dort bereits bestehende hygienische Institut, sowie die Errichtung einer landwirtschaftlichen Anstalt in Verbindung mit einer Bibliothek in Bromberg. Gerade Bromberg eignet sich vermöge seiner topographischen Lage zwischen den beiden Provinzen Posen und Westpreußen besonders zur Aufnahme eines solchen Instituts, das auch ein geistiger Stützpunkt für die Kolonisationsbestrebungen in den Ostmarken werden kann. Auch ist die Vermehrung der realen Lehranstalten in der Provinz Posen in Aussicht genommen worden.

(Bravo!)

Ich weiß sehr wohl, daß man von manchen Seiten diese Bestrebungen zur kulturellen Hebung des Deutschtums im Osten als zu ideale verspottet hat. Ich halte aber eine solche Ironie für durchaus ungerechtfertigt. Wo ihm kein geistiges Leben blüht, wo ihm Kunst und Wissenschaft fehlen, da verkümmert der Deutsche. Wo der Deutsche prosperieren soll, müssen auch die idealen Seiten des Lebens gepflegt werden.

(Sehr richtig!)

Das schließt nicht aus, daß daneben auch die realen, die praktischen und wirtschaftlichen Seiten der Ostmarkenfrage die ernsteste Berücksichtigung finden werden.

In einer solchen kulturellen und wirtschaftlichen Hebung des Deutschtums auf allen Gebieten des Lebens, in der Kräftigung der östlichen Provinzen glaubt die Königliche Staatsregierung den Weg für eine gesunde Ostmarkenpolitik zu finden. Besonderer gesetzgeberischer Maßnahmen bedarf es — auch darin stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Hobrecht überein — zur Zeit nicht, womit ich mir jedoch in keiner Weise die Hände für die Zukunft binden will. Wir hoffen aber mit der zielbewußten Anwendung der bestehenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften durchkommen zu können.

Von großer Bedeutung ist natürlich auch, daß reichliche finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, und die Königliche Staatsregierung hofft, daß, wenn sie in dieser Richtung mit neuen Anträgen an das Hohe Haus heranzutreten durch das Staatsinteresse genötigt sein wird, dieses Hohe Haus ihr seine Mitwirkung nicht versagen wird.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Vorläufig ist die *Erhöhung des Dispositionsfonds für die Oberpräsidenten von Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien bis zu dem Gesamtbetrage von einer Million* vorgesehen. Dieser Fonds soll, wie Sie wissen, bestimmungsmäßig der Befestigung des Deutschtums dienen. Die Oberpräsidenten sind in der Verfügung über diesen Fonds unbeschränkt. Die Oberpräsidenten werden meines Erachtens auf Grund ihrer genauen Kenntnis der lokalen Verhältnisse in den östlichen Provinzen am besten entscheiden können, welcher Gebrauch für die von mir dargelegten Zwecke von den zu ihrer Verfügung gestellten Summen zu machen ist. Sollte diese Summe als nicht ausreichend von den Oberpräsidenten erachtet werden, so werden wir eine weitere Erhöhung des Dispositionsfonds in den nächstjährigen Etat einstellen.

Ich möchte schließlich noch bemerken, daß nach meiner Ansicht auch die Frage einer sehr ernstlichen Erwägung bedarf, ob nicht den *Beamten im Osten*, in den gemischtsprachigen Provinzen *eine Zulage zu gewähren* ist.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich möchte, daß wir dieser Frage recht bald näher treten könnten.

(Wiederholtes Bravo.)

Nun, meine Herren, muß ich noch ein Wort sagen über das, was der Herr Abgeordnete v. Jazdzewski soeben ausgeführt hat und was nach dem, was er uns erzählt hat, sogar in der Interpellation, die von polnischer Seite ursprünglich eingebracht werden sollte, behauptet wurde,

nämlich, daß wir, indem wir in der von mir entwickelten Weise unser Volkstum im Osten schützen, damit die Grundsätze der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, der Billigkeit verletzen. Das heißt die Tatsachen auf den Kopf stellen!

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen. Widerspruch bei den Polen.)

Die nichtdeutschen Nationalitäten erfreuen sich innerhalb der preußischen Monarchie aller verfassungsmäßigen Rechte der übrigen Staatsbürger. Sie haben ihre Presse, sie haben das Parlament, sie haben ihre Vereine, sie benutzen im vollsten Umfang alle diese Vehikel des modernen politischen Lebens. Aber es gibt eine Grenze, die wir mit allen gesetzlichen und zulässigen Mitteln halten müssen, und die wird gezogen durch das Lebensinteresse dieser Monarchie, allen ihren Provinzen ihren deutschen Charakter zu wahren. Solange das von der anderen Seite nicht anerkannt wird, können auch wir nicht die Waffen niederlegen, die uns Recht und Gesetz verleihen.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete v. Jazdzewski hat auch unsern Rechtstitel an unsere östlichen Provinzen angezweifelt. Wir haben unsere östlichen Provinzen mit dem Schwerte erobert.

(Widerspruch bei den Polen.)

Doch, meine Herren, wir haben sie wieder erobert auf den Schlachtfeldern von Möckern, von Dennewitz und Waterloo. Wir haben sie in harter Arbeit kolonisiert, und diese unsere Erwerbungen sind durch völkerrechtliche Verträge sanktioniert worden. Unser Recht an Posen und Westpreußen ist gerade so unbestreitbar und gerade so heilig wie das Recht anderer Reiche auf ihren Besitzstand.

(Sehr wahr! rechts.)

Niemand denkt daran, anderen Staaten zuzumuten, daß sie frühere Eroberungen preisgeben oder fremden Nationalitäten eine Bewegungsfreiheit gestatten sollen, welche mit den Interessen der Staatseinheit im krassesten Widerspruch stünde. Nur uns Deutschen werden bisweilen solche Zumutungen gestellt. Das, meine Herren, ist eine alte üble Angewohnheit anderer Leute

(Heiterkeit),

eine Folge unserer langjährigen Konnivenz gegen fremde Ansprüche. Das liegt auf demselben Gebiete wie die Demonstrationen — diesen Spezialfall möchte ich hier noch erwähnen —, welche sich kürzlich an der Berliner Universität, der Universität der Hauptstadt des Landes, polnische Studenten

herausgenommen haben, gegenüber einem deutschen Professor der Geschichte[2]), weil er die Geschichte der polnischen revolutionären Erhebungen des vorigen Jahrhunderts in einer diesen Herren nicht zusagenden Weise vortrug.

(Zurufe von den Polen.)

Ach, meine Herren, ich möchte erleben, was sich ereignen würde, wenn mal in Paris oder in Oxford oder in Pavia oder meinetwegen auch in Krakau oder Lemberg deutsche Studenten randalieren wollten gegen einen französischen oder englischen oder italienischen oder polnischen Professor, weil dieser die Geschichte seines Volkes vom Standpunkte seines Volkes aus vorträgt.

(Sehr gut!)

Uebrigens, meine Herren, sind es ja, wie wir alle wissen, nicht nur historische, sondern auch ethnographische Rechtstitel, auf welche man sich von polnischer Seite beruft, das heißt nach meiner Beurteilung der Sachlage, daß, wenn wir der polnischen Forderung hinsichtlich von Posen und Westpreußen nachgeben würden, so würden die Polen die Hände nach Schlesien und Ostpreußen ausstrecken.

(Sehr richtig!)

Ich entsinne mich, wenn Sie mir gestatten wollen, auf eine persönliche Erinnerung zurückzugreifen, daß mir vor vielen Jahren ein Freund erzählte, er hätte in Zürich einer Unterredung zwischen dem deutschen Dichter Kinkel und dem polnischen Grafen Plater beigewohnt. Gottfried Kinkel, der Verfasser von Otto dem Schütz, der mehr Dichter als Politiker war

(Heiterkeit),

und der an eine Versöhnung zwischen polnischen Ansprüchen und deutschen Rechten glaubte, machte in dieser Unterredung eine Konzession nach der anderen, bis er schließlich, als eine polnische Forderung nach der anderen sich vor ihm auftürmte, in den schmerzlichen Ruf ausbrach: „Aber Königsberg, Herr Graf, das sollten Sie uns doch wenigstens lassen!"

(Heiterkeit.)

Das wollte ihm Graf Plater aber auch nicht lassen.

(Erneute Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, das ist lange her. Daß aber die polnischen Ansprüche seitdem nicht gesunken, sondern gestiegen sind, das könnte ich Ihnen mit vielen Beweisen belegen. Ich will nur einen vor kurzer Zeit

2) Professor Dr. Schiemann.

erschienenen Artikel aus einem Lemberger Blatte verlesen, und das auch in Erwiderung auf den Schluß der Rede des Abgeordneten v. Jazdzewski. Der Herr Abgeordnete v. Jazdzewski möge mich ja nicht falsch verstehen. Ich zweifle nicht an der Loyalität der polnischen Abgeordneten in diesem Hohen Hause; aber ich möchte die deutsche Mehrheit dieses Hohen Hauses dringend bitten, nicht zu zweifeln an der Illoyalität der großpolnischen Agitation.

(Sehr richtig!)

Also dies Lemberger Blatt, der Przeglond Wszechpolski, schreibt:

> Das Erhalten der östlichen Provinzen, in denen die polnische Bevölkerung ansässig ist, bildet für die preußische Monarchie das größte Interesse, ist für sie geradezu eine Lebensfrage.

— Das unterschreiben wir auch. —

> Ein mächtiger Staat kann sich mit der, und sei es auch in der fernsten Zukunft liegenden Möglichkeit des Verlustes eines bedeutenden Landesteiles mit etwa 7 Millionen Einwohnern, darunter über 3 Millionen Deutsche, nicht aussöhnen, zumal dieser Landesteil zum größten Teil schon seit langer Zeit sich in seinem Besitz befindet und teilweise vollständig germanisiert ist .... Mit dem Augenblick, als die polnische Nationalbewegung sich auf die Volksmassen erstreckte und sich über anscheinend längst germanisierte Provinzen verbreitete; als das Nationalbewußtsein auf der ganzen weiten und breiten Linie von Myslowitz bis Putzig erwachte, mußte die preußische Politik sich zwei Ziele stecken: die Verdeutschung der polnischen Bevölkerung innerhalb der Grenzen Preußens und die Verhinderung der Gründung eines selbständigen polnischen Staates .... Das polnische Element ist in jeder Beziehung jetzt stärker in Preußen, als es vor 30 oder sogar 50 Jahren war. Es hat nicht nur den Fortschritten des Deutschtums in den Ostmarken Einhalt getan, sondern auch die verlorenen Positionen wieder zu gewinnen, ganze Landesteile, wie Oberschlesien und das preußische Masowien zu erobern begonnen, ja es ist sogar auf dem Gebiete wirtschaftlicher Verhältnisse durch Bildung von polnischen Arbeiteransiedelungen in der Hauptstadt von Preußen und Deutschland aggressiv vorgetreten ....
>
> Durch Zugeständnisse an das Polentum

— fährt das polnische Blatt weiter fort —

> kann die preußische Politik sich das Besitztum der östlichen Provinzen nicht sichern; denn wenn sie auch die polnische Orts-

bevölkerung für sich gewinnen sollte, würde sie das natürliche Streben unserer Nationalpolitik nicht aufhalten, nämlich die Vereinigung aller früher polnischen Landesteile. Preußen oder gar Deutschland kann nicht freiwillig auf die östlichen Provinzen verzichten, nicht nur mit Rücksicht auf die dort ansässigen 3 Millionen Deutsche, sondern mehr noch mit Rücksicht auf seine territoriale Lage. Der Verlust dieser Gebiete würde ein Todesstoß für die Macht Deutschlands sein .... Die polnische Frage hat nicht nur für Preußen, sondern auch für das ganze vereinte Deutsche Reich den Charakter, wie wir ihn oben schilderten .... Wir müssen also nicht nur mit Preußen, sondern auch mit ganz Deutschland, nicht mit einzelnen Parteien, sondern mit der ganzen deutschen Gesellschaft einen Kampf führen, einen Kampf auf Tod und Leben. Das Lebensinteresse beider Nationen kommt hier in Betracht, der Kampf wird um unsere nationale Zukunft und um diejenige der deutschen Macht geführt .... Deutschland kann sich mit dem Gedanken an den Verlust der östlichen Gebiete der preußischen Monarchie mit einigen Millionen deutscher Bevölkerung nicht vertraut machen, und da es wohl weiß, daß, wenn es die Entscheidung darüber der natürlichen Entwicklung der Dinge überlassen würde, diese in Zukunft den Polen den Sieg verschaffen würde, so muß es mit allen Mitteln dahin streben, per fas et nefas das Polentum zu schwächen, oder doch wenigstens ein gewisses nationales Gleichgewicht zu erhalten. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, ist die deutsche Politik eine defensive, obwohl sie sich aggressiver Mittel bedient .... Der Kampf aber, der an unseren Westmarken geführt wird, ist nicht Sache eines Teiles, sondern der ganzen Nation. „Dumm ist Polen ohne Posen." Armselig würde tatsächlich das künftige Polen, für das wir leben und handeln, das Polen, welches wir nicht erleben, welches aber unsere Kinder und Enkel schauen werden — nicht nur ohne Posen, sondern auch ohne Schlesien, ohne Zutritt zum Meere, also ohne Danzig und Königsberg sein .... Wir bilden eine Kraft, die da wächst und eine wirkliche Gefahr für die Macht des deutschen Staates darstellt .... Wir müssen solche Arten des Kampfes vermeiden, in denen das ziffernmäßige Uebergewicht und die staatliche Organisation den Sieg sichern. Wir müssen daher für unsere Nationalsache auf gesetzlichem, im Rahmen der preußischen und deutschen Verfassung, solange dies

möglich ist, sich bewegendem Boden vorgehen. Diese jetzt zu Preußen gehörenden Provinzen bilden eine notwendige Bedingung für das Erstehen des Polenreiches, sowie sie heute die Hauptbedingung für die Erhaltung der deutsch-preußischen Macht sind. Von einem Kompromisse in dieser Sache kann bei uns keine Rede sein. Wir dürfen es nicht bei jeder Gelegenheit wiederholen, doch fest und stets daran glauben, daß Polen ohne diese Landesteile nicht bestehen kann, daß es, wenn es auch in anderen Grenzen entstehen sollte, zur Wiedergewinnung dieser Provinzen Schritte tun müßte.

Nun, meine Herren, gegenüber dieser Maßlosigkeit der polnischen Forderungen, gegenüber der Hartnäckigkeit der polnischen Illusionen und Tendenzen wird, wie ich hoffe, die große Mehrheit dieses hohen Hauses mit mir einverstanden sein, daß wir mit unbeugsamer Energie bekämpfen müssen, was geeignet ist, das Deutschtum im Osten zu schwächen.

(Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts.)

Ich will aber nicht schließen, ohne von dieser Stelle einen Appell zu richten an die deutsche Bevölkerung der gemischtsprachigen Provinzen, ohne sie aufzufordern zum Mut und zur Einigkeit. Als preußischer Ministerpräsident erkläre ich, daß unsere Ostmarkenpolitik verharren wird in den nationalen Gleisen, welche ihr der größte deutsche Mann, welche ihr Fürst Bismarck vorgezeichnet hat.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

In Schwankungen, in Nachgiebigkeit werden wir nicht verfallen. Wir werden aber die Gefahr im Osten nur dann bannen können, wenn der Deutsche im Osten selbst mit Hand anlegt

(sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts),

wenn er nicht alles allein von der Regierung erwartet, wenn er handelt nach dem deutschen Spruche: selbst ist der Mann. Und als erster Diener der Krone mahne ich die Deutschen im Osten zur Einigkeit. Alle Bestrebungen unter den Deutschen im Osten, die dazu führen könnten, die Einigkeit unter den Deutschen zu stören, mag es sich um einseitige wirtschaftliche oder um extreme und gehässige konfessionelle Richtungen handeln, sind vom Uebel. Für die Deutschen im Osten darf es nur eine einzige Parole geben, und das ist die nationale.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, es hat eine Zeit gegeben, wo man sehr tief Atem schöpfen mußte, wenn man vom heiligen Reiche sprach, wo das Deutsche

Reich im Süden und Westen weiter reichte als heute. Wir denken nicht daran, diese Zeiten zurückzuwünschen; wir denken nicht daran, unsere Grenzen in irgend einer Richtung vorschieben zu wollen. Es gibt kein friedliebenderes Volk als das deutsche, keins, welches weniger eroberungslustig wäre. Aber das, was uns die Vorsehung gewährt hat als Entschädigung und Ausgleichung für anderweitige Verluste, unsern Besitzstand im Osten, dessen Erwerbung und Kolonisierung durch den Deutschen Orden ein Lichtblick war in der Geschichte dunkler Jahrhunderte; dessen wirtschaftliche und kulturelle Ueberwachung, dessen Wiedergewinnung und Verschmelzung mit dem Deutschtum der schönste Ruhmestitel der preußischen Könige ist — diesen unsern Besitzstand im Osten müssen und werden wir festhalten, eingedenk des Wortes: „Was du er ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!"

(Lebhafter Beifall.)

57. Zolltarif. — Ministerwechsel. — Kanalvorlage.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. Januar 1902.

Bei der ersten Beratung des preußischen Staatshaushaltsetats für das Etatsjahr 1902 kommt der Abgeordnete Richter auf die Vorgänge zu sprechen, die mit dem plötzlichen Schluß der vorigjährigen Landtagssession [1]) im Zusammenhang standen. Besonders bemängelt er in ironischen Betrachtungen die Art und Weise, in der der Rücktritt des Finanzministers v. Miquel, des Landwirtschaftsministers Freiherrn v. Hammerstein-Loxten und des Handelsministers Brefeld sich vollzogen hat. Im weiteren Verlaufe seiner Rede beschäftigt er sich eingehend mit der Stellung des Ministerpräsidenten zur Kanalvorlage.

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow [2]):

Meine Herren, der Herr Vorredner hat im Eingange seiner Ausführungen die Veränderungen berührt, welche seit dem Schlusse des Landtags in der Königlichen Staatsregierung vor sich gegangen sind. Art. 45 der preußischen Verfassung — auf die Verfassung, meine Herren, kann gar nicht oft genug hingewiesen werden; seitdem ich Minister bin, ist die Verfassung mein Vademekum

(Heiterkeit),

1) Vgl. oben S. 220 f.

2) Sten. Ber. über die Verh. d. A.-H., 19. Leg.-Per., IV. Session, 6. Sitzung, Sp. 293 ff.

und wenn ich insbesondere irgendwelche Aussicht habe, daß mir die Ehre zu teil werden könnte, dem Herrn Abgeordneten Richter zu begegnen, dann nehme ich immer die Verfassung als Schutzwaffe mit mir —

(sehr gut! rechts)

— also ich sage: Art. 45 der preußischen Verfassung bestimmt:

Der König ernennt und entläßt die Minister.

Es steht nichts davon in der preußischen Verfassung, daß, bevor der König die Minister ernennt oder entläßt, er die Erlaubnis des Landtags einholen müßte, oder Umfrage halten bei den Parteien, oder Rücksprache halten mit diesem oder jenem hervorragenden Parteiführer.

(Heiterkeit rechts.)

Wie nachher der Herr Abgeordnete Richter die Minister behandelt, das ist seine Sache.

(Heiterkeit.)

Er spielt ja den Ministern manchmal übel mit. Ich persönlich bin in dieser Beziehung schon einigermaßen abgebrüht, ich hoffe aber, daß auch mein verehrter Kollege Herr v. Hammerstein sich nicht zu sehr das zu Herzen nehmen wird, was Herr Richter soeben über unsere beiderseitige alte Heimat gesagt hat.[3]) Darum bleibt Mecklenburg doch ein sehr schönes Land und ein sehr gutes Land

(Bravo! rechts),

und ich möchte sogar annehmen, daß es dem Herrn Abgeordneten Richter ganz nützlich sein würde, wenn er einmal längere Zeit in Mecklenburg zubringen wollte.

(Heiterkeit.)

Ich möchte glauben, daß die mecklenburgische Luft woltuend einwirken würde auf den Herrn Abgeordneten Richter

(Bravo! rechts),

3) „Herr v. Hammerstein ist Minister des Innern geworden — wir wissen eigentlich nicht, wie und warum. (Heiterkeit.) Herr v. Hammerstein gehört, wenn ich recht unterrichtet bin, von der weitverzweigten Familie einem mecklenburgischen Ast an. Nun, meine Herren, eine Zeitlang hat es geschienen, als ob Hannover eine Pflanzschule für unsere Minister wäre. Jetzt scheint es, da auch der Herr Ministerpräsident aus Mecklenburg stammt, als ob Mecklenburg Hannover ablöst. Mecklenburg ist nicht gerade ein für den Liberalismus fruchtbarer Boden (Heiterkeit), indessen Herr v. Hammerstein hat selbst in seiner Ansprache an die Beamten hervorgehoben, daß er seit seiner Referendarienzeit in Koblenz nicht Veranlassung gehabt hätte, sich mit der preußischen Gesetzgebung zu beschäftigen, und so kann er allerdings auf eine gewisse Schonzeit hier Anspruch erheben." (Heiterkeit.)

daß er vielleicht aus Neubrandenburg oder Neustrelitz zurückkehren würde als ein ganz zufriedener Staatsbürger, der die Königliche Staatsregierung wacker unterstützt.

(Bravo! rechts.)

Also ich sage: wie der Herr Abgeordnete Richter die Minister behandelt, das ist seine Sache. Aber die Entlassung und die Ernennung der Minister ist nach der Verfassung lediglich Sache der Krone, und deshalb bin ich verfassungsmäßig gar nicht in der Lage, auf diesen Teil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter näher einzugehen. Nur das eine will ich sagen: ich weiß mich im Einklang mit der großen Mehrheit dieses hohen Hauses — ich möchte meinen, mit dem ganzen hohen Hause, wenn ich sage, daß unter uns das Andenken des großen Finanzministers nicht erlöschen wird, der so oft von dieser Bank aus zu Ihnen gesprochen hat.

(Beifall rechts.)

Das Andenken an den Finanzminister v. Miquel wird fortdauern in der preußischen Geschichte als des genialen Reorganisators der preußischen Finanzen, und er wird weiterleben in der deutschen Geschichte als ein Mann, der dem Einheitsgedanken, der nationalen Idee treu gewesen ist von seiner Jugend an und treu geblieben ist.

(Bravo! rechts.)

Nun hat Herr Richter auch gesagt: wieviel schöner geht es in parlamentarisch regierten Ländern zu! Ja, meine Herren, wenn wir in einem Lande mit rein parlamentarischen Einrichtungen und Gebräuchen leben würden, dann wäre vieles anders. Dann würde vielleicht auch dieser oder jener eminente Politiker in den Reihen der Opposition, wenn er eine Rede hielte oder einen Zeitungsartikel inspirierte, sich immer fragen, ob er, wenn er am nächsten Tage in die Regierung berufen würde, auch in der Lage wäre, seine Ansichten praktisch durchzuführen. Und ich glaube, ich trete dem Herrn Abgeordneten Richter nicht zu nahe, wenn ich sage, daß dann manche Rede anders gehalten und mancher Artikel anders geschrieben werden würde.

Es ist im Laufe der Debatte auch von verschiedenen Seiten die Frage des Zolltarifs berührt worden. In dieser Richtung hier auf Einzelheiten einzugehen, ist mir nicht möglich. Wenn dieses hohe Haus mit Recht nicht wünscht, daß Angelegenheiten dieses Hauses vor das Forum des Reichstages gebracht werden, so wird andererseits das Haus

mir zustimmen in der Ansicht, daß Reichstagsangelegenheiten hier nicht erörtert werden dürfen. Ich will und ich darf aber keinen Zweifel darüber lassen, daß hinter der Erklärung, welche der Herr Finanzminister soeben abgegeben hat, die ganze Königliche Staatsregierung steht.[4]) Und lassen Sie mich, meine Herren, noch ein Wort hinzufügen. Ich bin ein aufrichtiger, ein warmer Freund der Landwirtschaft, deren Bedeutung für Monarchie und Reich, deren wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung ich ebensogut kenne und ebensowohl würdige, wie irgend einer der Herren in diesem hohen Hause. Aber als Leiter unserer Gesamtpolitik muß ich mit dem Erreichbaren rechnen. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, wie hoch ich den Wert der Landwirtschaft schätze, und wie gern ich bereit bin, ihr die hülfreiche Hand zu reichen, aber nur bis zu der Grenze, welche durch die allgemeine Wohlfahrt gezogen wird.

---

4) Finanzminister Freiherr von Rheinbaben hatte gesagt: „Wenn der Herr Abgeordnete v. Heydebrand an uns die Aufforderung gerichtet hat, auch bei den weiteren Verhandlungen energisch für den Zollschutz einzutreten, den die verbündeten Regierungen für die Landwirtschaft vorgeschlagen haben, so ist es ganz selbstverständlich, daß wir mit allem Nachdruck das vertreten werden, was wir vorgeschlagen haben. Sie wissen ja, meine Herren, wie in der Presse früher immer ein hoher Reichsbeamter gegen den anderen ausgespielt worden ist (sehr richtig!), wie dann die Annahme verbreitet worden ist, daß der Bundesrat schließlich die Vorlage des Reichskanzlers nicht vertreten werde, wie sich alle die Ausstreuungen als nichtig erwiesen haben, wie sich ergeben hat, daß die verbündeten Regierungen mit aller Bestimmtheit hinter ihrer Vorlage und insbesondere hinter dem erhöhten Schutze stehen, der für die Landwirtschaft vorgesehen ist. Also ist es selbstverständlich, daß wir die Vorlage mit allem Nachdruck vertreten werden.

„Wenn dann der Herr Abgeordnete v. Heydebrand an die preußische Regierung die Aufforderung gerichtet hat, noch über die Vorschläge hinauszugehen, die seitens der verbündeten Regierungen gemacht worden sind, so kann ich in dieser Beziehung aus den Gründen, die ich eben schon erwähnt habe, eine bestimmte Erklärung nicht abgeben. Aber, meine Herren, ich warne davor, wie ich das auch schon im Reichstage getan habe, die verbündeten Regierungen weiter zu drängen, als sie selber vorgeschlagen haben. Sie alle wissen ja, wie außerordentlich schwierig das ganze Werk ist, wie es nur zustande kommen kann, wenn man die Interessen von Landwirtschaft und Industrie, von industriellen Arbeitern und landwirtschaftlichen Arbeitern zu vereinigen sucht, wenn wir uns nicht auf den Boden einer einseitigen Interessenvertretung stellen, sondern eine Mittellinie zu ziehen suchen. Diese Linie haben die verbündeten Regierungen zu ziehen gesucht, und ich kann im allgemeinen Interesse und gerade im Interesse der Landwirtschaft nur bitten, über diese Linie nicht hinauszugehen. (Hört! hört! bei den Freisinnigen.) Denn wenn man über diese Linie hinausgeht, gefährdet man unter Umständen auch das noch, was die verbündeten Regierungen in Bezug auf die Landwirtschaft wollen, und was wir dringend und von Herzen für die Landwirtschaft wünschen.“ (Bravo! links.)

Eine extrem-agrarische Politik — das spreche ich ohne Umschweife aus — würde nach der Ansicht der Königlichen Staatsregierung dem Wohlstande des Landes ebenso tiefe Wunden schlagen als eine einseitige Handelspolitik, eine rein freihändlerische Politik. Eine solche einseitige wirtschaftliche Politik kann die Königliche Staatsregierung nicht machen. Für die Königliche Staatsregierung kann nur das Gesamtinteresse des Landes maßgebend sein. Deshalb hat die Staatsregierung einer angemessenen Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle zugestimmt. Wir werden unter die von uns vorgeschlagenen Minimalzölle nicht heruntergehen. Aber auf übertriebene Forderungen können die verbündeten Regierungen nicht eingehen. Ein verstärkter Zollschutz für die Landwirtschaft ist nur so weit erreichbar, als er mit den Lebensbedingungen der beiden anderen großen Zweige unseres wirtschaftlichen Erwerbslebens vereinbar ist.

(Sehr richtig!)

Darum richte ich an alle Freunde des Schutzes der nationalen Arbeit, an alle Freunde jener verständigen Heimatspolitik, an der wir uns durch den Herrn Abgeordneten Richter nicht irremachen lassen werden — ich richte an alle Freunde der Landwirtschaft das dringende Ersuchen und die dringende Mahnung, sich in ihren Bestrebungen und in ihren Aktionen innerhalb der Grenzen des Möglichen zu halten. Jene Politik der mittleren Linie, von welcher in dem Augenblick, wo ich diesen Saal betrat, der Herr Finanzminister sprach, richtet sich nicht gegen die berechtigten Bestrebungen der Landwirtschaft, die in der Zolltarifvorlage anerkannt sind, sondern nur gegen übertriebene und — ich muß es sagen — unvorsichtige Mehrforderungen, mit denen dem Wohle der Landwirtschaft nicht gedient wird.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Richter auch von der Kanalvorlage gesprochen. Mit meiner Haltung in der Kanalfrage ist der Herr Abgeordnete Richter gar nicht einverstanden, und in der ihm nahestehenden Presse ist mein Verhalten in dieser Frage ja schon seit längerer Zeit der Gegenstand lebhafter Kritik gewesen. Die von dem Herrn Abgeordneten Richter soeben gegen meine Haltung in der Kanalfrage erhobenen Vorwürfe kann ich kurz dahin zusammenfassen, daß ich im vergangenen Winter für die Kanalvorlage nicht entschieden genug eingetreten wäre, daß im Frühjahr dieses hohe Haus nicht aufgelöst worden

wäre — denn darauf kam ja das im übrigen sehr witzige Bild vom Reiter und dem Pferd hinaus, vom Sonntagsreiter, der sein Pferd nicht ordentlich hauen will —), also daß ich dieses hohe Haus nicht habe auflösen wollen, und endlich, daß bei dem Wiederzusammentritt des Hauses die Kanalvorlage nicht sofort wieder eingebracht worden ist. Alle diese Vorwürfe sind, sobald man sie unter die Lupe der Unparteilichkeit, der Objektivität nimmt, gleich wenig begründet.

Ich glaube, es kann doch nicht im entferntesten bestritten werden, daß ich im vergangenen Winter mit aller Entschiedenheit für die Kanalvorlage eingetreten bin. Ich glaube, die Herren Abgeordneten v. Heydebrand, Fritzen, am Zehnhoff, Freiherr von Zedlitz werden mir bestätigen, daß ich alle Mittel der Einwirkung, die mir zu Gebote standen, angewandt habe, um sie für das Kanalprojekt zu gewinnen. Inter muros et extra, in diesem hohen Hause und außerhalb desselben bin ich für die Kanalvorlage eingetreten.

Wenn nun in einer Broschüre, die er die Freundlichkeit gehabt hat mir zuzuschicken, und die ich mit Interesse und Vergnügen gelesen habe, Herr v. Eynern gemeint hat: wenn ich hier im Plenum oder in der Kommission nur noch ein paar feste Reden für die Kanalvorlage gehalten hätte, dann wäre sie schon durchgegangen — ja, meine Herren, ich glaube, daß er da doch die Wirksamkeit wenigstens derjenigen Beredsamkeit überschätzt, über welche ich verfüge.

Was aber die Frage der Auflösung betrifft, ja, da habe ich — der Herr Abgeordnete Richter hat eben daran erinnert — allerdings dem Herrn Abgeordneten Richter im Reichstag mein Erstaunen darüber ausgedrückt, daß er als ein ausgesprochen liberaler Mann darüber betrübt ist, daß, wie ich freilich damals gesagt habe, die Regierung gegenüber einer parlamentarischen Körperschaft nicht sofort das allerschwerste Geschütz aufgefahren und abgefeuert hat. Zu entscheiden, wann die schwerste Batterie aufgefahren und wann losgeschossen werden, d. h. wann die Auflösung vor sich gehen soll, das zu entscheiden ist Sache der Krone. Die Krone ist, in Billigung meines Vorschlages, auf meinen Vorschlag hin, der Ansicht gewesen, daß im vergangenen Frühjahr die Auflösung dieses hohen Hauses nicht dem Staatsinteresse entspräche. Später wird die Auflösung dieses Hauses vielleicht einmal im Staatsinteresse liegen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Richter weiter gefragt, warum der Landtag geschlossen worden wäre, während doch die Kanalvorlage diesem hohen Hause nicht sofort wieder zugegangen sei. Die Antwort auf diese Frage habe ich eigentlich schon in den Worten gegeben, welche ich in der

damaligen Schlußsitzung der vereinigten beiden Häuser des Landtages an die Verlesung der Allerhöchsten Botschaft knüpfte.[5]) Die langen Verhandlungen der Kanalkommission ließen nicht Vorschläge erwarten, welche zu dem Ziele geführt hätten, das die Königliche Staatsregierung mit der wasserwirtschaftlichen Vorlage anstrebte. Sie hätten wesentlich andere Ergebnisse gezeitigt als diejenigen, welche im Interesse des Landes und, wie Herr v. Miquel sich mit Recht ausgedrückt hat, im Interesse ausgleichender Gerechtigkeit die Königliche Staatsregierung verfolgt. Namentlich hatte die direkte Wasserverbindung zwischen Rhein und Elbe, auf welche die Königliche Staatsregierung besonders hohen Wert legt, keine Aussicht auf Annahme. Endlich würden die finanziellen und unter Umständen auch die technischen Grundlagen der Vorlage wesentlich verschoben worden sein. Unter diesen Umständen glaubten wir nicht an die Möglichkeit einer Verständigung zwischen der Königlichen Staatsregierung und der Mehrheit dieses hohen Hauses, und wir versprachen uns keinen Erfolg von einer Fortsetzung der Beratungen.

Meine Herren, wann in Preußen eine Vorlage einer parlamentarischen Körperschaft vorgelegt oder wieder vorgelgt werden soll, das zu entscheiden ist in letzter Instanz wiederum Sache der Krone.

(Bewegung links.)

Ich bin nicht in der Lage, über den Zeitpunkt, in welchem die Kanalvorlage wiederkehren wird, mehr zu sagen, als darüber in der Thronrede gesagt worden ist. Es tut mir leid, wenn das Wörtchen „seiner Zeit" dem Herrn Abgeordneten Richter solche Pein bereitet; aber vorläufig muß es ihm genügen, und ich kann in dieser Hinsicht für seine Wißbegierde nicht mehr tun. Nur das will ich sagen, daß der Zeitpunkt der Wiedereinbringung der Kanalvorlage bestimmt werden wird durch das allgemeine Staatsinteresse und im Hinblick auf die allgemeine politische Lage, nicht nach irgendwelchen Parteirücksichten oder subjektiven Empfindungen, denen sich zu überlassen immer gefährlich ist.

Also ich fasse mich dahin zusammen, daß ich durchaus auf dem Boden dessen stehe, was ich über die Kanalvorlage und für die Kanalvorlage früher gesagt habe. Ich halte heute wie früher die Kanalvorlage für nützlich und notwendig aus den von mir und anderen Herren so oft dargelegten Gründen. Ich bin auch überzeugt, daß das Kanalprojekt realisiert werden wird.

(Zuruf links.)

---

5) Vgl. oben S. 220 f.

— Der Kanal wird kommen, wie die Flotte gekommen ist, hoffentlich nur mit dem Unterschiede, daß die großen Parteien in diesem hohen Hause, welche der Kanalvorlage bis jetzt — ich will mal sagen etwas spröde gegenüberstehen

(Heiterkeit links),

daß diese Parteien die Kanalvorlage nicht, ich will nicht sagen, in so blinder, aber doch in so intransigenter Weise bekämpfen werden, wie der Herr Abgeordnete Richter die Flotte bekämpft hat. Ich hoffe, daß diese großen Parteien mit oft bewährter Einsicht und mit oft bewährtem Patriotismus der Königlichen Staatsregierung die Hand bieten werden zu einer Verständigung im Interesse des Zustandekommens eines großen wirtschaftlichen Kulturwerkes. Einstweilen muß der Herr Abgeordnete Richter seine Ungeduld noch ein wenig zügeln. Es steht ihm ja frei — und damit will ich schließen —, uns in anderer Beziehung seinen mir immer wertvollen und erwünschten Sukkurs zu leihen. Ich nenne in dieser Beziehung nur die Tarifvorlage im Reichstage und die Ostmarkenfrage in diesem hohen Hause.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

58. Verschiedenes aus dem Geschäftsbereich des Reichskanzlers.

Sitzung des Reichstages vom 21. Januar 1902.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1902 steht der Etat „Reichskanzler und Reichskanzlei" auf der Tagesordnung. Auch dieses Mal kommen bei der Gelegenheit die mannigfaltigsten Fragen zur Sprache. Soweit möglich gibt der Reichskanzler Auskunft. Seine erste Antwort gilt dem Abgeordneten Dr. Barth (Fr. Vgg.)

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Vorredners möchte ich zunächst betonen, daß ich mir, wie meiner übrigen mir durch die Verfassung auferlegten Obliegenheiten, so auch meiner Pflicht bewußt bin, dafür zu sorgen, daß bei Wahlhandlungen die bestehenden Gesetze auf das genaueste beobachtet werden. Wenn in dem Wahlvorgange, den der

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 124. Sitzung, S. 3561.

Herr Vorredner zur Sprache gebracht hat[2]), die bestehenden Gesetze irgendwie verletzt worden sind, so wird die Remedur dafür selbstverständlich eintreten. Eine Abänderung des Wahlgesetzes in der von dem Herrn Abgeordneten Barth angeregten Weise in Aussicht zu stellen, bin ich allerdings nicht in der Lage.

(Hört! hört! links).

Nun hat der Herr Abgeordnete weiter berührt das Verhalten der verbündeten Regierungen zu Initiativanträgen aus diesem hohen Hause. Gegenüber diesen Ausführungen muß ich für die verbündeten Regierungen das Recht wahren, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob und in welcher Weise sie sich bei der Beratung solcher Initiativanträge hier im Reichstage vertreten lassen wollen.

(Bravo! rechts.)

Das ist ein Grundsatz, der schon von dem Fürsten Bismarck, dem Schöpfer der Reichsverfassung, aufgestellt worden ist.

(Zurufe.)

— Gewiß ist dieser Grundsatz von dem Fürsten Bismarck aufgestellt und immer festgehalten worden. — Als Reichskanzler kann ich die Rechte der verbündeten Regierungen, auch in dieser Hinsicht, nicht beschränkem lassen.

Im übrigen möchte ich dem Herrn Abgeordneten Barth bemerken, daß ich gewiß durchdrungen bin von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Parität zwischen dem Reichstage und der verbündeten Regierungen. Der Herr Abgeordnete wird aber selbst nicht bestreiten wollen, daß schon manche Vorlage der verbündeten Regierungen von diesem hohen Hause nicht angenommen worden ist.

(Zurufe links. Sehr richtig! rechts.)

Ebenso können auch die verbündeten Regierungen unter Umständen in der Lage sein, einem Antrage, der aus diesem hohen Hause hevorgegangen ist, ihre Zustimmung nicht oder noch nicht zu erteilen.

(Zurufe links.)

Und endlich danke ich dem Herrn Abgeordneten Barth für die Art und Weise, wie er über unsere auswärtigen Beziehungen und speziell über unser Verhältnis zu Amerika gesprochen hat, bitte ihn aber, die Schwierigkeiten auch nicht zu unterschätzen, welche durch die wirtschaftliche Politik,

2) Die Verschiedenartigkeit der für den Abgeordneten Boltz-Saarbrücken abgegebenen Stimmzettel.

die wir für die richtige halten, nach seiner Ansicht für unsere Freundschaft mit Amerika verursacht werden. Ueber unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten habe ich mich ja — ich glaube, es war vor drei Jahren [3]) — vor diesem hohen Hause ausgesprochen, und ich glaube, daß das, was ich damals dargelegt habe, auch heute auf Zustimmung zu rechnen hat, nämlich, daß wir von dem Wunsche erfüllt sind, auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Achtung die traditionellen guten Beziehungen zu bewahren und zu pflegen, die immer zwischen uns und den Vereinigten Staaten von Amerika bestanden haben. Ein Ausdruck dieses freundschaftlichen Verhältnisses ist die Reise des Bruders unseres Kaisers nach Amerika. Ich bin überzeugt, daß der Empfang, den Prinz Heinrich dort finden wird, entsprechen wird den gegenseitigen Gefühlen zweier großer Völker.

(Bravo! rechts.)

Ueber Beschränkungen der Wahlfreiheit der Arbeiter durch die Unternehmer und über amtliche Wahlbeeinflussungen klagt der Abgeordnete Singer; er verlangt, daß das Reich Einrichtungen zur Sicherung der durch die Verfassung garantierten Wahlfreiheit schaffen soll, wie sie in London und Württemberg schon bestehen.

Reichskanzler Graf von Bülow [4]):

Gegenüber dem Herrn Vorredner möchte ich noch kurz einen Gesichtspunkt hervorheben. Es liegt auf der Hand, daß, wenn die verbündeten Regierungen auf eine Abänderung des Wahlgesetzes und des Wahlverfahrens eingingen, doch zweifellos in dieser Richtung noch sehr viele andere Wünsche hervortreten würden.

(Sehr richtig! rechts).

Und es ist doch einigermaßen begreiflich, wenn die verbündeten Regierungen es sich überlegen, bevor sie an eine so strittige und verwickelte Materie, wie es der Antrag wegen Abänderung des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag ist — der mir vorliegende Entwurf umfaßt 19 Artikel —, ich sage, wenn die verbündeten Regierungen es sich überlegen, bevor sie eine so strittige und verwickelte Materie anschneiden, und daß sie in dieser Beziehung sich bisher an den Spruch gehalten haben: quieta non movere. Und speziell gegenüber dem Herrn Vorredner will ich hervorheben, daß das bestehende Wahlgesetz und Wahlverfahren doch nicht ein so mangel-

3) Vgl. oben S. 44 ff.
4) A. a. O. S. 3565.

haftes sein kann, wie es von den beiden Herren Vorrednern[5]) behauptet worden ist, da dasselbe doch einen so stattlichen Reichstag wie den jetzigen hervorgebracht hat.

(Heiterkeit.)

Was nun die Frage der Diäten angeht, so muß ich namens der verbündeten Regierungen darauf hinweisen, daß die bestehende Diätenlosigkeit der verfassungsmäßige Zustand ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Diätenlosigkeit ist seinerzeit von dem Fürsten Bismarck betrachtet worden als die Voraussetzung, als das Korrelat der Einführung des allgemeinen geheimen und direkten Wahlrechts.

(Sehr richtig! rechts. Zurufe links.)

Es mag ja eine offene Frage sein, ob es politisch oder nicht politisch, ob es zweckmäßig oder nicht zweckmäßig ist, diese Diätenlosigkeit aufrecht zu erhalten. Daraus aber, daß die verbündeten Regierungen den verfassungsmäßig bestehenden Zustand aufrechterhalten, wird ihnen billigerweise ein Vorwurf nicht gemacht werden können.

(Bravo! rechts.)

Ueber die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den Vereinigten Staaten von Amerika sprach der Abgeordnete Dr. Oertel und schloß mit folgenden Sätzen:

„Wir sind aber der Meinung, daß diese guten Beziehungen nicht aufrechterhalten werden können und dürfen durch unberechtigte wirtschaftliche Zugeständnisse (sehr richtig! rechts), und wir sind zweitens der Meinung, daß unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika um so besser sein werden, je entschiedener wir unsere Rechte wahren. (Sehr gut! rechts.) Deshalb begrüße ich die Erklärung des Herrn Reichskanzlers mit Freuden, daß er auf der Basis der Gleichberechtigung, der gleichen Anerkennung der beiderseitigen Interessen dieses wünschenswerte freundschaftliche Verhältnis aufrechtzuerhalten bestrebt sei. Daß dieses Verhältnis durch die Reise des Kaiserlichen Bruders gefördert werden könne, liegt auf der Hand. Ich hoffe, daß es tatsächlich gefördert werde. Ich hoffe das ganz besonders, weil dadurch gewisse Hoffnungen an anderer Stelle, auf die ich heute einzugehen mir versage, vielleicht durchkreuzt werden; aber ich wiederhole das, was ich bei der ersten Lesung des Etats mir zu sagen gestattete: sowohl den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber wie anderen, von mir jetzt nur angedeuteten Mächten gegenüber wird unsere Stellung nur so lange freundlich und korrekt und angenehm sein, solange wir unsere Rechte überall mit aller Entschiedenheit wahren." (Bravo! rechts.)

---

5) Die Abgeordneten Dasbach und Singer.

Reichskanzler Graf von Bülow[6]):

Zu den letzten Ausführungen des Herrn Vorredners möchte ich zunächst folgendes hervorheben. Wenn ich gesagt habe, daß wir auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Achtung in Frieden und Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika leben wollten, so ist diese Voraussetzung selbstverständlich die gleiche wie für unser Verhältnis zu allen anderen Staaten sowohl in Europa wie an allen anderen Punkten der Erde.

Im übrigen bin ich dem Herrn Vorredner dankbar für die Zustimmung, die er manchen meiner Ausführungen gezollt hat. Er hat dabei allerdings auch bemerkt, es würde ihm lieber sein, wenn die verbündeten Regierungen im Falle der Ablehnung von Initiativanträgen dieses hohen Hauses die Gründe ihrer Ablehnung angeben wollten. Dem gegenüber möchte ich doch darauf hinweisen, daß das für die verbündeten Regierungen nicht immer möglich ist; denn ihre Vertreter im Bundesrate stimmen ab auf Grund der Instruktionen, die sie von ihren Regierungen erhalten, sie stimmen ab per majora, und sie sind nicht immer in die Lage gesetzt, sich darüber zu äußern, weshalb sie ihre Stimmen pro oder contra einen Antrag abgeben.

(Zuruf und Lachen links.)

— Gewiß, meine Herren, die Vertreter der verbündeten Regierungen im Bundesrat können nicht genötigt werden, auszusprechen, weshalb ihre Regierung gegen oder für einen Antrag stimmt. Das liegt im Wesen des Reiches, welches ein Bund ist zwischen den Fürsten und Städten, die zusammen das Deutsche Reich gebildet haben. Das liegt auch im Wesen des Bundesrats, der nicht eine parlamentarische Versammlung ist, sondern eine Versammlung, in der die Vertreter der einzelnen Staaten vereinigt sind. Ich wenigstens, als Reichskanzler, habe gar nicht die Möglichkeit, diese Herren zu zwingen, mir die Gründe anzugeben, aus denen die Regierung diesem oder jenem Antrage aus diesem hohen Hause geneigt oder nicht geneigt ist. Uebrigens möchte ich darauf hinweisen, daß doch auch, wenn der Reichstag sich zu einer Gesetzesvorlage der verbündeten Regierungen ablehnend verhält, nicht immer alle Gründe angegeben werden für die Ablehnung, und daß diese Gründe sehr oft widersprechender Natur sind. Beispielsweise haben wir während der Debatten über den Zolltarifentwurf gesehen, daß diese Vorlage mit sehr

6) A. a. O. S. 3568.

verschiedenen Gründen von der einen oder anderen Seite bekämpft worden ist. Also auch in dieser Beziehung besteht eine gewisse Parität.

Der Abgeordnete Dasbach kam dann noch einmal auf die Sicherung des Wahlgeheimnisses und die Forderung der Diäten zurück. „Die Verfassung braucht gar nicht geändert zu werden."

Reichskanzler Graf von Bülow[7]):

Ich habe mir das Wort nur zu einer kurzen Richtigstellung erbeten gegenüber dem Herrn Abgeordneten Dasbach, der gemeint hat, es würde die Annahme des Initiativantrags des Reichstags auf Gewährung von Diäten keine Verfassungsänderung bedeuten. Es mag, wie ich vorhin schon gesagt habe, eine offene Frage sein, ob es zweckmäßig ist oder nicht, ob es politisch ist oder nicht, Diäten zu gewähren — darüber aber kann doch kein Zweifel bestehen, daß die Gewährung von Diäten eine Verfassungsänderung involvieren würde. Der Antrag will den Reichstagsabgeordneten Tagegelder gewähren. Art. 22 der Verfassung bestimmt aber ausdrücklich: „Die Mitglieder des Reichstags dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen." Tagegelder sind eine Entschädigung; also würde allerdings die Annahme dieses Initiativantrags seitens der verbündeten Regierungen eine Verfassungsänderung bedeuten.

(Sehr richtig! rechts.)

Da ich nun einmal das Wort ergriffen habe, möchte ich doch auch dem Herrn Abgeordneten Lenzmann bemerken, daß, wenn die verbündeten Regierungen sich bei Beratungen von Initiativanträgen des Reichstags nicht vertreten lassen, darin nicht im entferntesten irgend eine Unhöflichkeit liegt, wie sich der Herr Abgeordnete ausgedrückt hat. Ich glaube, daß mir in meinem Verkehr mit diesem hohen Hause Mangel an Höflichkeit nicht vorgeworfen werden kann. Aber es würde praktisch in den meisten Fällen eine solche Beteiligung nicht von so großer Bedeutung sein; sie würde keinen besonderen Nutzen haben, weil die Kommissare hier ja doch keine irgendwie bindende Erklärung abgeben können

(Sehr richtig! rechts),

bevor sich die verbündeten Regierungen schlüssig gemacht haben — und diese bedürfen oft längerer Zeit und langwieriger Erhebungen, ehe sie sich über einen solchen Initiativantrag schlüssig machen können.

(Zurufe und Bewegung.)

7) A. a. O. S. 3571.

Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß die Beratung der Initiativanträge sehr oft den Zweck verfolgt, eine Anregung zu sein für ein legislatorisches Vorgehen der verbündeten Regierungen, und daß zahlreiche Gesetzesvorlagen der verbündeten Regierungen an den Reichstag aus solchen Initiativanträgen dieses hohen Hauses hervorgegangen sind.

59. Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Am 7. Februar 1902.

Auch in diesem Jahre folgte der Reichskanzler der Einladung des Deutschen Landwirtschaftsrates zum Festmahl. Bei Tisch hielt er folgende Rede[1]):

Es gereicht mir zur lebhaften Befriedigung, meine Herren, daß ich wiederum die Freude und Ehre habe, an dem Feste des Deutschen Landwirtschaftsrats teilzunehmen, und ich danke Ihnen herzlichst wie für Ihre liebenswürdige Einladung, so für die eben gehörte freundliche Begrüßung in Ihrer Mitte.

Es ist gerade ein Jahr her, seit ich in diesem Ihrem Kreise gesagt habe, daß das Interesse und die Sorge für die Landwirtschaft mir nicht nur eine Pflicht meines Amtes sei, sondern daß ich auch mit dem Herzen für die Landwirtschaft eintrete. Daß ich das damals sagte, ist mir ja hier und da verübelt worden

(Heiterkeit),

das hat mich aber nicht im mindesten irre gemacht. Daß ich den Wert der Landwirtschaft zu würdigen weiß, daran wird man sich gewöhnen müssen

(Bravo!),

und ich füge hinzu, ein Reichskanzler, der für ein so gewichtiges Gewerbe, wie es die Landwirtschaft ist, für ein Gewerbe, das für die Struktur des Reiches von so eminenter Bedeutung ist, kein Herz hätte, das wäre ein seltsamer Kauz

(Heiterkeit),

der würde wohl bald kopfüber gehen.

Man hat auch versucht, in wirtschaftlichen Dingen einen Gegensatz zu konstruieren zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und mir. Von einem solchen Gegensatz ist natürlich gar keine Rede.

(Lebhaftes Bravo.)

1) Nach der „Nordd. Allg. Ztg." vom 9. Februar 1902.

Das können Sie schon daraus entnehmen, daß ich als Reichskanzler vor Ihnen stehe. Ein Reichskanzler, der sich in einer so wichtigen Materie im Gegensatz befände zu Seiner Majestät dem Kaiser, das ginge doch über die Hutschnur

(Heiterkeit),

das halten ja selbst diejenigen nicht für möglich, die solche Märchen verbreiten. Die Wahrheit ist, daß ich, indem ich die Interessen der Landwirtschaft zu fördern trachte, die Wünsche und Absichten unseres Kaisers ausführe

(Bravo!),

der sehr wohl weiß, was er an der Landwirtschaft hat, und was die Landwirtschaft in wirtschaftlicher, militärischer und sozialpolitischer Hinsicht bedeutet, auf dessen Liebe und sachverständige Fürsorge die Landwirtschaft immer wird rechnen können.

(Bravo!)

Unser Kaiser hat nie etwas anderes im Auge als das Gesamtwohl des Landes, und weil er nur das im Auge hat, ist er durchaus einverstanden mit einer nationalen Wirtschaftspolitik, die Jedem das Seine gibt, Suum cuique, d. h. jedem Erwerbsstande, zumal wenn er Not leidet, so viel, als sich ihm zuwenden läßt, ohne den übrigen Teil der Bevölkerung in unbilliger Weise zu schädigen.

Nun weiß ich ja sehr wohl, daß es in der Politik mit dem guten Herzen allein nicht getan ist. Aber die verbündeten Regierungen sind mit der Tarifvorlage den Wünschen der Landwirtschaft weit entgegengekommen; sie haben getan, was für sie möglich war, um ein neues Zollgesetz mit sehr wesentlichen Vorteilen für die Landwirtschaft zustandezubringen, und mit aller Offenheit will ich es aussprechen: wenn die verbündeten Regierungen der Landwirtschaft helfen sollen, so müssen sie auch von den Freunden der Landwirtschaft unterstützt werden. Durch nichts werden die berechtigten Bestrebungen der Landwirtschaft mehr gefährdet und geschädigt als durch Uebertreibungen und Einseitigkeiten. Die verbündeten Regierungen sind darüber einig, daß die von ihnen vorgeschlagenen Getreidezölle die Grenze bezeichnen, bis zu welcher jene Zölle erhöht werden können, ohne einerseits der ganzen übrigen Bevölkerung lästig zu fallen, und ohne andererseits den Abschluß von Handelsverträgen in Frage zu stellen, wie sie Landwirtschaft, Industrie und Handel brauchen, die alle drei mit festen Verhältnissen rechnen müssen und alle das Bedürfnis nach ruhigen und gleichmäßigen Zuständen haben. Auch ist es sehr zweifelhaft, ob eine weitere Erhöhung der Getreidezölle über die Sätze

des Entwurfs hinaus für die Landwirtschaft auf die Dauer von Vorteil sein würde, denn sie könnte eine Reaktion hervorrufen, unter deren Einfluß auch der legitime Zollschutz der Landwirtschaft fallen würde.

Meine Herren, für denjenigen, der nicht die Verantwortung für das Ganze trägt, ist es leicht und bequem, den starken Mann zu spielen mit der Parole: Alles oder nichts!

(Sehr richtig!)

Aber der leitende Staatsmann muß sich gegenwärtig halten, daß wir nicht in einem isolierten, auch nicht in einem rein agrarischen Staate leben, und daß die Dinge im Leben häufig und sogar meistens nicht so oder so, sondern so und so sind. Daß ich an diese alte Wahrheit erinnere und sie jenem radikalen aut—aut entgegenstelle, das die goldene Mittelstraße verschmäht, mag nicht auf allgemeine Zustimmung aus Ihren Reihen zu rechnen haben. Aber ich verhehle auch nicht, daß mich bei der freimütigen Darlegung des Standpunkts der verbündeten Regierungen die Hoffnung leitet, zu verhindern, daß von den Vertretern und Freunden der ländlichen Interessen das Bessere zum Feind des Guten gemacht, d. h. daß die Verabschiedung der Tarifvorlage durch unannehmbare Mehrforderungen, wie die auf Vermehrung und Erhöhung der Minimalzölle, vereitelt werde.

Als es sich 1867 um den Abschluß des österreichisch-ungarischen Ausgleichs handelte, äußerte gegenüber exzessiven Ansprüchen seiner Landsleute der damalige ungarische Ministerpräsident Graf Julius Andrassy, das Boot mit den ungarischen Forderungen sei so überlastet, daß jede Unze mehr, ob Gold oder Dreck, dasselbe zum Sinken bringen würde. Ich sage Ihnen als ehrlicher Steuermann: das Schiff der Tarifvorlage kann sich wohl über Wasser halten, aber bei noch schwererer Ladung werden die Wellen am Ende wohl nicht den Schiffer, gewiß aber den Kahn verschlingen.

Meine Herren, freisinnige Blätter haben es mit mir umgekehrt gemacht, wie in der Fabel vom Wanderer, dem nicht der Wind, sondern die Sonne den Mantel abgewann. In der Hoffnung auf Erfüllung ihrer antiagrarischen Tendenzen haben sie mich früher mit der Sonne ihres Wohlwollens beschienen, jetzt machen sie Wind.

(Heiterkeit.)

Aber den Mantel gebe ich nicht her, mag der Wind blasen, wie er will. Vermutlich wird man von dieser Seite den Vorwurf wiederholen, warum ich nicht früher schon erklärt hätte, was kürzlich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu lesen stand, und was ich hier soeben über die Gefährdung der Zolltarifvorlage durch übertriebene Forderungen aus-

zuführen mir erlaubte. Ja, selbstverständlich war und ist meine Aufgabe doch, die Tarifvorlage in der nach langwierigen und schwierigen Beratungen mit Mühe erreichten Abmessung im Reichstag zu vertreten; und glaubt man denn, daß, abgesehen von dem von mir selbst Gesagten, die ernsten Mahnungen, die außer von den Bevollmächtigten süddeutscher Bundesstaaten, von dem Staatssekretär des Innern und einer Reihe preußischer Minister an die Vertreter der Landwirtschaft gerichtet worden sind, nicht auf völliger Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten beruhen? So wenig ich mich je hinter die Krone zurückgezogen habe oder zurückziehen werde, so wenig denke ich daran, meine Mitarbeiter und Kollegen dem Feuer auszusetzen und mich selber hinter der Front zu halten.

(Lebhaftes Bravo.)

Und deshalb versichere ich Ihnen, daß ich als wahrer Freund der Landwirtschaft von ganzem Herzen wünsche, es möge der Tag nicht kommen, an dem es sich herausstellt, daß die eifrigen Bemühungen der verbündeten Regierungen und meine eifrigen und redlichen Bemühungen für die Landwirtschaft am Mangel klugen Maßhaltens und entschlossener und einiger Unterstützung der Regierung gescheitert seien.

Meine Herren, helfen Sie, daß es dahin nicht komme, wirken Sie für eine geschlossene Schlachtordnung auf dem Boden der Tarifvorlage. Das ist mein Rat, das ist mein aufrichtiger Wunsch, und so trinke ich auf das Wohl des deutschen Landwirtschaft und ihrer Vertretung!

Der Reichskanzler schloß mit einem Hoch auf den Landwirtschaftsrat und mit dem Wunsche des Blühens und Gedeihens der deutschen Landwirtschaft.

---

60. Englisch-japanisches Abkommen. — Expeditionskorps in China. — Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika. — Astronomische Instrumente aus Peking.

Sitzung des Reichstages vom 3. März 1902.

In der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1902 stand der Etat der Expedition nach Ostasien auf der Tagesordnung. Alle drei Redner, welche nach dem Berichterstatter zum Worte kamen, die Abgeordneten Dr. Freiherr von Hertling, Richter und Dr. Hasse, verbreiteten sich über das am 30. Januar ab-

geschlossene englisch-japanische Abkommen [1]). Abgeordneter Freiherr von Hertling meinte, daß es „unsere deutschen Interessen durchaus unberührt lasse“; der Abg. Richter stimmte dem bei: „Ich bin der Meinung, daß wir ihn durchaus nicht mit ungünstigen Augen anzusehen brauchen. Es ist dadurch die Aufrechterhaltung des status quo in Ostasien meines Erachtens nur verstärkt.“ Auch der Abg. Dr. Hasse glaubte, „daß wir keine Veranlassung haben, dieses englisch-japanische Abkommen ungünstig zu beurteilen“. Alle drei Redner sprachen aber mit der Einschränkung, „soweit man aus den Zeitungen darüber unterrichtet ist“. Und wenn der Abg. Dr. Hasse gehofft hatte, „daß der Herr Reichskanzler zur Besprechung des englisch-japanischen Abkommens das Wort nehmen werde“, so sah er diese Erwartung nunmehr erfüllt.

Reichskanzler Graf von Bülow [2]):

Meine Herren, von drei Seiten ist das Abkommen besprochen worden, welches am 30. Januar zwischen England und Japan abgeschlossen worden ist. In der Haltung und Stellung der deutschen Politik — das ist soeben mit Recht gleichmäßig von allen Seiten hervorgehoben worden — wird durch dieses Abkommen nichts geändert. Weder in China noch in

1) Am 30. Januar wurde in London von dem englischen Staatssekretär des Aeußern Marquis of Landsdowne und dem dortigen japanischen Gesandten Baron Hayashi folgender Vertrag unterzeichnet:

„Beide Regierungen sind von dem Wunsche beseelt, den status quo und den allgemeinen Frieden im fernen Osten, wie auch die Unabhängigkeit und Integrität Chinas und Koreas aufrecht zu erhalten, und sind über folgendes übereingekommen: 1. Maßregeln zu treffen, um ihre Interessen zu wahren, wenn diese durch ein aggressives Vorgehen irgend einer andern Macht oder durch Unruhen in China oder Korea bedroht sind, und sich dadurch für einen der beiden vertragschließenden Teile die Notwendigkeit ergibt, zum Schutze ihrer Staatsangehörigen zu intervenieren. — 2. Wenn einer der beiden Vertragschließenden in einen Krieg mit einer andern Macht verwickelt werden sollte, wird der andere Teil strenge Neutralität bewahren und sich bemühen, zu verhindern, daß andere Mächte sich an den Feindseligkeiten gegen seinen Verbündeten beteiligen. — 3. Wenn irgend eine Macht sich den Feindseligkeiten gegen diesen Verbündeten anschließt, wird die andere Partei ihr zu Hülfe eilen, den Krieg mit ihr gemeinsam führen und in wechselseitigem Einvernehmen Frieden schließen. — 4. Die vertragschließenden Parteien sind übereingekommen, daß keine von beiden, ohne die andere zu befragen, sich auf separate Abmachungen mit einer andern Macht zum Schaden der oben bezeichneten Interessen einlassen wird. — 5. Wenn immer die oben erwähnten Interessen gefährdet sind, werden die beiden Regierungen einander in umfassender und rückhaltloser Weise Mitteilungen machen. — 6. Dieses Abkommen tritt sofort in Kraft und bleibt fünf Jahre in Geltung; ist indessen einer der beiden Verbündeten in einen Krieg verwickelt, wenn der Zeitpunkt des Erlöschens des Abkommens herankommt, so soll dieses in Geltung bleiben, bis Frieden geschlossen ist.“

2) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 156. Sitzung, S. 4527 ff.

Korea verfolgen wir irgendwelche territoriale Zwecke. Wir haben in Ostasien lediglich das Interesse, in möglichst gesicherter Weise unseren Handel zu entwickeln. Dagegen haben wir gar kein Interesse daran, uns in Streitigkeiten und Kämpfe um die politische Herrschaft über die Gebiete nördlich und östlich des Golfs von Petschili hineinziehen zu lassen. Wenn wir das täten, so würden wir uns in Widerspruch setzen mit denjenigen Grundsätzen hinsichtlich unserer Chinapolitik und für unser Verhalten in Ostasien, welche ich wiederholt vor diesem hohen Hause dargelegt habe, und welche ja auch heute im großen und ganzen die Zustimmung der Herren Vorredner gefunden haben.

Unsere Interessen in Ostasien sind, abgesehen von dem Schutze der in China tätigen Missionen — diesen Schutz betrachten wir nach wie vor als eine Ehrenpflicht —, ausschließlich wirtschaftlicher Natur. Das englisch-japanische Abkommen, welches, soweit wir seinen Inhalt kennen, sich nur die Erhaltung des status quo in Ostasien zur Aufgabe stellt, schädigt somit die deutschen Interessen in Ostasien, wie sie insbesondere der Herr Abgeordnete Freiherr von Hertling in durchaus treffender Weise definiert hat, in keiner Weise und in keinem Punkt. Die in diesem Abkommen zu gunsten der Selbständigkeit und der Integrität des chinesischen Reichs enthaltenen Festsetzungen berühren uns nicht. Deshalb haben wir, als uns nach dem Abschluß des Abkommens Kenntnis von seinem Inhalt gegeben wurde, erwidert, daß durch dieses Abkommen das deutsch-englische Abkommen vom 16. Oktober 1900 nicht berührt, und folglich deutsche Interessen nicht tangiert würden. Die zwischen Deutschland und England am 16. Oktober 1900 abgeschlossene Uebereinkunft [3]), welche dem deutschen Handel und der deutschen Schiffahrt namentlich den freien Zugang zum Gebiete des Jangtsestromes sichert, unsere wirtschaftliche Gleichberechtigung im Tale des Jangtse und an den Küsten des chinesischen Reichs durch den Grundsatz der offenen Tür zur Geltung bringt, bleibt unverändert in Kraft, ebenso wie die seinerzeit zwischen dem Deutschen Reich und anderen Mächten ausgetauschten Erklärungen, durch welche das Prinzip der offenen Tür für China anerkannt wird, nach wie vor Geltung behalten.

Bei dem Anlaß muß ich aber doch das Folgende sagen. Englische Zeitungen haben sich in den letzten Tagen aus Peking telegraphieren lassen — ich habe hier einen Zeitungsausschnitt vor mir liegen mit einem solchen Telegramm der „Times" —, ich sage also: englische Zeitungen

3) Vgl. oben S. 133.

haben sich aus Peking telegraphieren lassen, daß wir auf Kosten anderer Länder Monopole und Ausschließungsrechte in Schantung anstrebten. Ich möchte keinen Augenblick zögern, dieser Ente so rasch als möglich den Hals umzudrehen.

(Heiterkeit.)

Deutschland verlangt auch in Schantung nur die offene Tür, das heißt dieselbe Freiheit wirtschaftlicher Betätigung, wie wir sie auch anderen Staaten in Schantung und in allen übrigen Teilen des chinesischen Reichs nicht bestreiten. Wenn wir in Schantung für deutsche Unternehmer von der chinesischen Regierung einige konkrete Eisenbahn- und Bergbaukonzessionen erworben haben — das ist übrigens schon vor drei bis vier Jahren geschehen, in den Jahren 1898 und 1899; es ist keine Rede davon, daß dies jetzt geschähe oder geschehen sollte —, so haben wir damit nur dasselbe getan, was auch andere Regierungen für ihre Staatsangehörigen in anderen Teilen des chinesischen Reichs getan haben, und zwar zum Teil in weit größerem Umfange und in größerem Maßstabe als wir. Also von deutschen Ausschließungsrechten in Schantung ist keine Rede. Wir wollen in China gar keine Extrawurst

(Heiterkeit);

wir verlangen aber die gleiche Ration wie die anderen.

Ich möchte noch eins erwähnen hinsichtlich des englisch-japanischen Abkommens. Ich bin neuerdings in der ausländischen Presse hier und da der Vermutung begegnet, daß Deutschland mitgewirkt hätte bei den Verhandlungen, welche zum Abschluß des englisch-japanischen Bündnisvertrages geführt haben. Von einer solchen Mitwirkung deutscherseits bei den englisch-japanischen Verhandlungen ist mir nichts bekannt. Richtig ist nur, daß sowohl die englische wie auch die japanische Regierung uns Kenntnis gegeben hat von dem Inhalt des Abkommens nach seinem Abschluß. Das war ein Beweis des Vertrauens, welches die deutsche Chinapolitik dank ihrer durchaus friedlichen Ziele und Wege den übrigen Mächten einflößt, und deshalb haben wir für diese Mitteilung auf das höflichste gedankt. Ich konstatiere aber, daß wir zwar vor der Publikation des englisch-japanischen Abkommens, die, wenn ich nicht irre, am 11. Februar stattgefunden hat, aber nicht vor seiner Unterzeichnung am 30. Januar Kenntnis von dem Inhalt des Abkommens gehabt haben. Mit anderen Worten, wir haben die Geburtsanzeige des Abkommens erhalten und sogleich erhalten, aber wir haben nicht bei dem Abkommen Pate

gestanden, und mit der Vaterschaft hatten wir erst recht nichts zu tun.

(Heiterkeit.)

Das sage ich, meine Herren, ohne jede Tendenz, sine ira et studio, denn ich bin weit entfernt, die Bedeutung des englisch-japanischen Abkommens zu verkennen. Es ist das erste Mal, daß ein asiatisches Volk, ein hochbegabtes asiatisches Volk, vollkommen gleichberechtigt in enge Verbindung tritt mit einer europäischen Großmacht, und deutlich tritt doch auch bei diesem Anlaß zu tage, daß unsere Zeit im Zeichen der Weltpolitik steht, jener Weltpolitik, von welcher der Herr Abgeordnete Richter meinte, daß sie kein Novum enthielte.

Gewiß, meine Herren, hat das scharfe Auge, das Seherauge des Fürsten Bismarck auch die Weltpolitik vorausgesehen, er hat der Weltpolitik die Wege geebnet und sie eingeleitet. Politisch stehen wir in dieser wie in jeder anderen Beziehung — das habe ich schon einmal an einer anderen Stelle gesagt — auf seinen Schultern.[4]) Aber ich glaube, daß die Kreise, welche die Weltpolitik diesseits und jenseits des Weltmeers während des letzten Dezenniums gezogen hat, daß die doch in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kaum irgend jemand für möglich gehalten haben würde, daß die Verhältnisse in dieser Hinsicht heute vielfach wesentlich anders liegen als früher.

Von drei Seiten ist der Begriff „Weltpolitik" definiert worden. Meine Auffassung der Weltpolitik hält ungefähr die Mitte zwischen der Definition des Herrn Abgeordneten Richter und derjenigen des Herrn Abgeordneten Dr. Hasse.

(Heiterkeit.)

Wenn Sie unter Weltpolitik — das tut ja bisweilen der Herr Abgeordnete Richter — die Tendenz verstehen, den Hans in allen Gassen zu spielen, die Finger in jede Ritze zu stecken, sich à la Phaeton ins Blaue zu verlieren, so bin ich nicht nur kein Anhänger, sondern ich bin — das habe ich tatsächlich genügend bewiesen — der allerentschiedenste Gegner einer solchen Weltpolitik. Wenn Sie aber, wie das soeben der Herr Abgeordnete Dr. Freiherr von Hertling ausgeführt hat, unter Weltpolitik die Einsicht verstehen, daß Deutschland durch die Entwickelung der Verhältnisse große und immer größer werdende

4) Am 16. Juni 1901 in der Festrede bei der Enthüllung des Bismarck-Nationaldenkmals in Berlin; vgl. oben S. 224.

überseeische Interessen erworben hat, und daß es unsere Pflicht ist, diese Interessen zu schützen; die Erkenntnis, daß wir nicht mehr Interessen haben nur um unseren Ofen herum und in der Nähe unseres Kirchturms, sondern überall da, wohin deutscher Gewerbefleiß und Handelsgeist gedrungen sind, dann bin ich, dann sind die verbündeten Regierungen Anhänger jener Weltpolitik, die davon ausgeht, daß wir Interessen haben in allen Weltteilen und diese Interessen innerhalb der Grenzen des Möglichen und Vernünftigen pflegen müssen.

Nun ist weiter die Frage aufgeworfen worden, ob und in welchem Tempo die Besatzungsbrigade in China vermindert werden könne. Da möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß die Stärke unserer Besatzungsbrigade abhängt von der internationalen Verständigung zwischen den in China engagierten Großmächten. Zwischen diesen Mächten wird gegenwärtig verhandelt über die Herabsetzung der Besatzungsziffer von Tientsin. Das hängt, wie schon von dem Herrn Referenten hervorgehoben worden ist, zusammen mit der Frage der Auflösung der in Tientsin bestehenden internationalen provisorischen Regierung. Ueber diese Frage schweben, wie gesagt, diplomatische Verhandlungen, welche ihrem Abschluß entgegenzugehen scheinen. Was Deutschland angeht, so haben wir keine politischen Bedenken, weder wegen der Auflösung der provisorischen Regierung in Tientsin, noch gegen die Rückgabe von Tientsin an die chinesischen Behörden. Bei der ganzen Angelegenheit hat Deutschland nur das Interesse der gesicherten Weiterführung der von der provisorischen Regierung in Tientsin mit Energie und auch bereits mit sichtlichem Erfolge in Angriff genommenen Regulierung des Peihoflusses. Der freie Wasserweg zwischen der Mündung des Peihostromes und Tientsin liegt einerseits im Interesse unseres in Tientsin etablierten Handels und andererseits in demjenigen der Offenhaltung der Verbindung zwischen der Küste, zwischen Tientsin und den Gesandtschaftswachen in Peking. Und deshalb hoffen wir, daß es gelingen wird, von der chinesischen Regierung ausreichende Garantien für die Weiterführung jener Peihoregulierung durch die chinesischen Behörden zu erlangen. Im übrigen, meine Herren, werden wir die Besatzungsbrigade in China dort nicht einen Tag länger lassen, als dies politisch geboten ist. Auch die verbündeten Regierungen sind von dem Wunsche erfüllt, die Finanzkraft des Reiches zu schonen, und sie haben genügend bewiesen, daß wir uns in China nur soweit engagieren wollen, als dies mit den realen deutschen Interessen verträglich ist. Aber

wir bitten, uns die Mittel zu gewähren, um die von uns in China erworbene wirtschaftliche und politische Position auch weiter zu behaupten.

Ich darf, meine Herren, bei diesem Anlaß daran erinnern, daß wir gegenüber manchen Zweifeln und Bedenken den richtigen Augenblick gefunden haben, um unser Expeditionskorps in China auf den sechsten Teil zu reduzieren. Wenn wir der vor einem Jahre in Deutschland grassierenden Chinamüdigkeit nachgegeben, wenn wir unsere Truppen vorzeitig aus China zurückgezogen hätten, so würden wir damit anderen nur eine vielleicht nicht unerwünschte Gelegenheit geboten haben, sich dort auf unsere Kosten besser zu betten. Wir würden durch einen überstürzten Rückzug aus China denjenigen gewiß einen großen Gefallen erwiesen haben, die es überflüssig finden, daß Deutschland jetzt auch in überseeischen Fragen ein Wort mitspricht. Vom Standpunkt der deutschen Gesamt- und der deutschen Zukunftsinteressen aber wäre ein solcher Rückzug ein grober Fehler gewesen, dem schließlich auch das Sinken der Achtung gefolgt wäre, deren wir jetzt uns auch bei denen erfreuen, die uns vielleicht nicht besonders lieben. Nachdem unser Chinaprogramm in allen wesentlichen Punkten realisiert worden ist, sind unsere Truppen — re bene gesta, re optime gesta —, ist das Gros des Expeditionskorps und sind unsere Schiffe wieder nach der Heimat zurückgekehrt. Bis auf eine Brigade also hat der geehrte Herr Abgeordnete Richter seine Legionen wieder.

(Heiterkeit.)

Die Millionen werden auch noch kommen. Mein Liebchen, was willst du noch mehr?

(Große Heiterkeit.)

Ich wiederhole, meine Herren, daß wir unsere Besatzungsbrigade in China reduzieren oder zurückziehen werden, sobald die politischen Verhältnisse dies gestatten. Heute läßt sich nicht wohl übersehen, ob im kommenden Etatsjahre ein Teil der Besatzungsbrigade entbehrlich sein wird. Durch eine budgetmäßige Verringerung der Besatzungsziffer des Expeditionskorps in China würde unsere Position in China in unerwünschter Weise geschwächt werden.

Ich muß auch darauf aufmerksam machen, daß man bei einem Vergleich zwischen den von den verschiedenen Mächten in China zurückgelassenen Detachements doch nicht vergessen darf — das ist in der Kommission hervorgehoben worden, ich glaube, das in den Zeitungen gelesen zu haben —, daß man nicht vergessen darf, daß die Engländer einen in der Nähe von China gelegenen Stützpunkt in Indien und in Hongkong besitzen, die Franzosen in Tonkin, die Russen in ihren Grenzprovinzen, die Japaner

in ihrer Heimat, während wir für unsere Chinapolitik einen solchen näher gelegenen Stützpunkt nicht haben. Wir müssen in China so stark sein, daß das, was durch das einträchtige Zusammenwirken aller Mächte erreicht worden ist, nicht wieder aufs Spiel gesetzt wird, und auch so stark, daß uns dort niemand an den Wagen fährt.

Meine Herren, endlich ist auch die Frage der deutschen Garnison in Schanghai erörtert worden. Nach Schanghai haben wir eine Garnison verlegt nach englischem Vorgange, um an diesem wichtigsten chinesischen Handelsplatz die Bemühungen anderer Mächte für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Jangtsetal zu unterstützen im Interesse der dortigen fremden Handelsniederlassungen und auch, um der guten Gesinnung der in derselben Richtung tätigen chinesischen Vizekönige einen Rückhalt zu gewähren. Ausdrücklich möchte ich sagen, daß dieses unser Vorgehen keinerlei feindliche Spitze trug gegen irgendwelche andere Macht, und namentlich hat sich seinerzeit England mit unserem Vorgehen durchaus einverstanden erklärt. Die guten Wirkungen der fremden Besatzungen in Schanghai für die Ruhe und Ordnung im Jangtsetale sind unverkennbar; ich glaube, daß der Herr Abgeordnete Frese dies auch in der Kommission besonders hervorgehoben hat. Es würde gewagt sein, wenn durch einen voreiligen Rückzug der Garnisonen in Schanghai diese guten Wirkungen aufs Spiel gesetzt würden. Es empfiehlt sich vielmehr, unsere Garnison vorläufig noch in Schanghai zu lassen, damit der dortige Beruhigungszustand noch größere Festigkeit erlangt. Von derselben Erwägung werden offenbar die anderen Mächte geleitet. Ich bemerke dabei in Parenthesis, daß die Behauptung des Herrn Abgeordneten Richter, Japan hätte seine Truppen schon aus Tschili zurückgezogen, nicht ganz richtig ist; denn auch in Tschili hat, ganz abgesehen von Schanghai, Japan nach den zuletzt uns zugegangenen Nachrichten noch 1570 Mann stehen. Also ich sage, daß deshalb, von denselben Beweggründen geleitet wie wir, auch die anderen Mächte bis auf weiteres entschlossen sind, ihre Garnisonen in Schanghai zu lassen. Ich meine aber, meine Herren — und damit will ich schließen —: was hinsichtlich der Sicherung ihrer Handelsinteressen den anderen recht ist, das ist auch uns in Ostasien und speziell in Schanghai billig.

(Bravo! rechts und in der Mitte.)

Die Forderung der verbündeten Regierungen wurde mit dem von der Kommission beschlossenen Abstrich bewilligt.

Des weiteren kam auch die Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika und die Fortschaffung der astronomischen Instrumente aus Peking zur

Sprache. Während über die Reise der Abg. Dr. Hasse sich sympathisch aussprach — „Ich glaube, es ist ein öffentliches Geheimnis, daß diese Reise auf die persönliche Initiative Seiner Majestät des Kaisers zurückzuführen ist. Wir können ihm für diese Initiative und für die weitere Durchführung dieses Planes gewiß nur danken, da diese Reise, wie es allen Anschein hat, im wirklichen deutschen Interesse liegt. Aber auch das Auswärtige Amt wird ganz gewiß an den Vorbereitungen dieser Unternehmung beteiligt sein, und man darf daher dasselbe dazu beglückwünschen, ebenso wie zu den voraussichtlichen Früchten dieser Reise" —, bezeichnete Abg. Dr. Gradnauer (Sozdem.) diese Auffassung als naiv und verurteilte mit harten Worten „diese Art, Reisepolitik zu treiben". Noch schärfer sprach er sich über die Fortschaffung der alten astronomischen Instrumente aus Peking aus; er beendete seine Rede: „Ich schließe, indem ich den Reichstag ersuche, uns nicht schuldig zu machen der Teilnahme an einer derartigen offenbaren völkerrechtlichen Gesetzeswidrigkeit."

Reichskanzler Graf von Bülow[5]):

Ich muß zunächst meinem Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie der Herr Vorredner sich ausgesprochen hat über die Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika

(Sehr richtig! rechts),

über die Art und Weise des Empfangs, den das amerikanische Volk dem Prinzen Heinreich bereitet hat, und über unsere Beziehungen zu Amerika. Das war um so bedauerlicher im Hinblick auf die schöne Aufnahme, welche der deutsche Prinz bei dem amerikanischen Volke gefunden hat.

(Sehr richtig! auf allen Seiten des Hauses.)

Der Herr Abgeordnete Hasse hatte kurz vorher in ganz zutreffender Weise hervorgehoben, daß diese Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika keinen bestimmten politischen Zweck verfolgte. Der Zweck aber, den wir verfolgen, und den wir mit großem Ernst anstreben, ist die Aufrechterhaltung der traditionellen guten Beziehungen zwischen Preußen-Deutschland und Amerika, wie sie bestehen seit den Tagen des großen Friedrich und des großen Washington.

(Sehr gut!)

Beide Völker, das deutsche und das amerikanische Volk, haben allen Grund, sich gegenseitig zu achten; sie haben gar keinen Anlaß, sich zu veruneinigen oder sich zu streiten; sie haben alles Interesse daran, auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit mit einander in Frieden und Freundschaft zu leben.

(Sehr richtig!)

5) A. a. O. S. 4545.

Auch in der fernsten Zukunft sieht mein Auge keinen Punkt, wo die politischen Wege des deutschen Volkes und des amerikanischen Volkes sich zu durchkreuzen brauchten.

(Bravo!)

Das habe ich schon einmal von dieser Bank ausgeführt, ich glaube, vor drei Jahren[6]), und ich hatte damals den Eindruck, daß die große Mehrheit dieses hohen Hauses mit meinen damaligen Darlegungen einverstanden war. Ich bin überzeugt — und ich sage das nicht nur für das Inland, sondern auch für das Ausland — ich bin überzeugt, daß ich mich in Uebereinstimmung befinde mit den Ansichten der sehr großen Mehrheit dieses hohen Hauses, wenn ich sage, daß das deutsche Volk mit lebhafter Befriedigung verfolgt die gastfreie, ritterliche und glänzende Aufnahme, welche das amerikanische Volk dem Bruder des deutschen Kaisers bereitet.

(Bravo!)

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Gradnauer mit großem Pathos die Angelegenheit der astronomischen Instrumente behandelt. Bei diesem Anlaß trat wieder mal zu tage, daß der Herr Abgeordnete Dr. Gradnauer und seine Freunde wirklich chinesischer sind als die Chinesen.

(Zuruf links; sehr richtig! rechts.)

Wenn die Chinesen so chauvinistisch wären, wie der Herr Abgeordnete Dr. Gradnauer für China chauvinistisch ist, so würden wir den Frieden mit China noch gar nicht haben.

(Zuruf links.)

Ich habe soeben den Herrn Abgeordneten Dr. Gradnauer während seiner recht langen Ausführungen weder unterbrochen, noch über dieselben gelacht; nun möchte ich bitten, auch mich ruhig anhören zu wollen. Die Frage der Zurücksendung der astronomischen Instrumente ist auch von uns erwogen worden, nachdem ihre Ankunft bekannt geworden war. Nach eingehenden Erwägungen haben wir aber von dieser Rücksendung Abstand genommen, weil die chinesische Regierung uns gegenüber auf den Fortbesitz dieser Instrumente ihrerseits gar keinen Wert gelegt, vielmehr uns dieselben bei der ersten Erörterung der Frage sogleich förmlich zur vollen Verfügung gestellt hat. Volenti non fit injuria! Dann aber würde bei den eigenartigen Anschauungen des chinesischen Volkes die große Masse desselben, wenn wir die Instrumente zurückgeschickt haben würden, angenommen haben, das geschehe auf Befehl der chinesischen Regierung, was allerdings unserer Stellung in Ostasien Abbruch getan hätte. Wenn wir

6) Vgl. oben S. 47 ff.

die Instrumente jetzt zurückschicken würden, würde bei ihrer richtigen Einsicht in die politischen Verhältnisse die Kaiserin-Mutter von China, die eine sehr gescheite Dame ist, sich geradezu verletzt fühlen

(Heiterkeit links),

während die chinesischen Massen denken würden, daß wir durch furchtbare Niederlagen gezwungen worden wären, die Instrumente zurückzusenden.

(Sehr richtig! rechts.)

Nunmehr sind diese Instrumente unter voller Zustimmung der chinesischen Regierung in unseren rechtmäßigen Besitz übergegangen. Damit fallen dieselben unter die Kategorie derjenigen Geschenke von Regierung zu Regierung, wie sie gerade im Verkehr mit der chinesischen Regierung seit lange wechselseitig üblich sind.

(Zuruf links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Reichskanzler nicht zu unterbrechen; er hat sich schon selbst das verbeten.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Gradnauer weiter uns vorgeworfen unsere passive, das heißt unsere neutrale Haltung gegenüber dem südafrikanischen Kriege. Wenn er bei dieser Gelegenheit den Herrn Abgeordneten Dr. Hasse beschuldigt, ein zu lauer Freund der Buren zu sein, so darf ich es dem Herrn Abgeordneten Dr. Hasse überlassen, sich selbst gegen diesen Vorwurf zu verteidigen; mir persönlich erscheint dieser Vorwurf nicht gerechtfertigt.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, eine Einmischung in den südafrikanischen Krieg würde, rein akademisch gesprochen, auf dreierlei Weise möglich sein: durch die Anrufung des Haager Schiedsgerichts, durch Mediation, endlich durch Intervention. Eine Anrufung des Haager Tribunals ist, wie Ihnen bekannt sein dürfte, von seiten der Burendelegierten bereits erfolgt. Diese Anrufung hatte aber, wie dies bei der Konstruktion des Haager Vertragswerkes, an der ich nichts zu ändern vermag, nicht anders möglich war, keinen Erfolg. Was die Möglichkeit einer Mediation angeht, so liegt die Situation genau so wie vor einem Jahre. Ich habe schon vor einem Jahre mich über die Voraussetzungen wie über die wahrscheinlichen Folgen einer solchen Mediation ausgelassen. Eine Mediation würde heute ebensowenig Erfolg haben wie vor einem Jahre. Ich brauche in dieser Beziehung nur zu erinnern an die Antwort, welche die englische Regierung auf den aus den edelsten Motiven hervorgegangenen Antrag der holländischen Regierung erteilt hat. Eine Intervention aber würde die eventuelle

Anwendung von Zwangsmaßnahmen voraussetzen. Daß eine solche dem deutschen Interesse nicht entspricht, habe ich gleichfalls schon vor einem Jahre auseinandergesetzt[7]), und das ist ja schon damals und auch seitdem von den meisten Seiten anerkannt worden. Ich möchte aber noch eins hervorheben; ich möchte darauf hinweisen, daß von keiner anderen Macht gegen den südafrikanischen Krieg oder gegen die Art und Weise der englischen Kriegführung in Südafrika irgendwelcher Einspruch erhoben worden ist. — Wir haben aber keine Veranlassung, in dieser Beziehung eine führende Rolle zu übernehmen. Bei solchen internationalen Aktionen die Tête zu nehmen, das mag momentaner persönlicher Eitelkeit schmeicheln, praktisch pflegt aber nicht viel Ersprießliches dabei herauszukommen. Ich verweise auf die Geschichte des zweiten französischen Kaiserreichs, die in dieser Beziehung mancherlei lehrreiche und warnende Beispiele aufweist.

(Sehr richtig!)

Das, was der Herr Abgeordnete Gradnauer soeben ausgeführt hat, war ja im Grunde eine Weltpolitik à outrance.

(Sehr gut!)

Das war eine Politik, die ihren Finger in jede Ritze steckt, überall die Lanze einlegt, gegen jede Windmühle losgeht, die ihr nicht gefällt. Wenn es nach dem Herrn Abgeordneten Gradnauer ginge, so würden wir nicht bloß in Südafrika intervenieren, sondern auch in Armenien und, wenn ich ihn richtig verstanden habe, sogar auf den Philippinen und in Finland. Nun habe ich aber eben gesagt, daß es nicht dem Interesse des deutschen Volkes entspricht, den Hans Dampf in allen Gassen zu spielen, daß das gegen das Interesse des deutschen Volkes geht. Eine solche Politik werden wir nicht machen, und eine solche Politik wird auch die große Mehrheit dieses hohen Hauses nicht machen wollen.

(Lebhafter Beifall.)

Und endlich, meine Herren, hoffe ich auch auf die Zustimmung der Mehrheit dieses hohen Hauses, wenn ich es ablehne, einzugehen auf die Provokation des Herrn Abgeordneten Gradnauer, die sich bezog auf das, was ich neulich gesagt habe über eine Rede des englischen Herrn Kolonialministers. Ich habe bewiesen, daß ich mich nicht scheute, dem Vorfalle näher zu treten. Aber ein Breittreten dieser Angelegenheit halte ich nicht für nützlich; dem Staatsinteresse würde damit nicht gedient werden. Von dem, was ich damals gesagt habe, brauche ich nicht eine Silbe hinwegzunehmen, ich brauche dem aber auch nichts hinzuzufügen.

(Lebhaftes Bravo.)

7) Vgl. oben S. 164 f.

61. Fünfzigjähriges Regierungsjubiläum des Großherzogs von Baden.

Am 25. April 1902.

Zu dem fünfzigjährigen Regierungsjubiläum des Großherzogs Friedrich von Baden begab sich eine Abordnung des Bundesrates nach Karlsruhe, an ihrer Spitze der Reichskanzler. Er kleidete die Glückwünsche der vornehmsten Körperschaft des Reiches in folgende Ansprache:

Durchlauchtigster Großherzog! Gnädigster Großherzog und Herr!

An dem Tage, da im Rückblick auf die Segnungen einer fünfzigjährigen Regierung das badische Volk seinem Landesherrn huldigt, durfte nach dem Charakter und den Erfolgen einer so seltenen Führung des Herrscheramtes in dem Kreise der Beglückwünschenden das Reich in seiner amtlichen Vertretung nicht fehlen.

Was Eure Königliche Hoheit, geschmückt mit allen Eigenschaften, die uns Deutschen im Herrscher den Menschen liebenswert machen, mit Gottvertrauen, Tapferkeit, Weisheit und Pflichttreue für die innere Wohlfahrt Ihres Landes unermüdlich gewirkt haben, ist in allen treuen badischen Herzen unauslöschlich eingeschrieben.

Mir aber, als dem obersten Beamten des Reiches und dem Vorsitzenden des Bundesrates, liegt es ob, den herzlichen Dank darzubringen, den das deutsche Vaterland Eurer Königlichen Hoheit für die vorausschauende, unbeirrte und hingebende Mitarbeit an der Neubegründung des Deutschen Reiches schuldet von dem ersten Einlenken der badischen Politik in die Richtung, die für den unlösbaren Zusammenschluß von Nord und Süd entscheidend ward, bis zu dem denkwürdigen Augenblick, da Eure Königliche Hoheit als Erster ein Hoch auf einen deutschen Kaiser ausbringen konnten.

Jeder Deutsche, der in der deutschen Geschichte zu lesen weiß, wird es als besondere Fügung preisen, daß in den schicksalsschweren Jahren unserer Einheitskämpfe an der Westmark des Reiches ein Fürst waltete, dessen Herz von Jugend auf für die Größe des deutschen Namens und für die Ideale seines Volkes schlug.

Auch nach der Verwirklichung des Sehnsuchtstraumes unserer Väter, unter dem ruhmreichen Anteil der tapferen Söhne des schönen Baden, sind Eure Königliche Hoheit bis auf den heutigen Tag in der vordersten Reihe der Bundesfürsten ein beredter Verkünder und treuer Hüter des Reichsgedankens geblieben. Und wie die Nation bis an das Ende ihrer

Geschichte niemals aufhören kann, das Gedächtnis der Männer zu ehren, die ihre Führer gewesen sind auf dem Wege zur staatlichen Einigung, so wird sie allezeit in ihren liebsten Erinnerungen neben jenem unvergeßlichen anderen Friedrich, der Eurer Königlichen Hoheit so nahe stand, auch dem ritterlichen Eidam unseres großen Kaisers einen bevorzugten Platz bewahren.

Wir aber sind glücklich, daß wir von Angesicht zu Angesicht den Gefühlen Worte verleihen dürfen, die uns beim Hinblick auf die großen nationalen Verdienste Eurer Königlichen Hoheit bewegen. Von der Königsau bis zum Bodensee vereinigen sich alle Patrioten in dem innigen Wunsche:

> Möge uns vergönnt sein, Eure Königliche Hoheit noch viele Jahre in unserer Mitte zu behalten als lebenden Zeugen aus der größten Zeit unserer Geschichte, als leuchtendes Vorbild reichsfürstlichen Sinnes und Wirkens, getragen von der Liebe der Untertanen und der Dankbarkeit der ganzen Nation.

62. Festmahl zur Eröffnung der Düsseldorfer Ausstellung.

Am 1. Mai 1902.

Am Vormittag war die Düsseldorfer Ausstellung, an deren Spitze als Protektor der deutsche Kronprinz mit regem Interesse seines Amtes waltete, eröffnet worden. In der dritten Nachmittagsstunde begann in der großen Festhalle das Festmahl, zu dem sich an tausend Personen vereinigten. An der Ehrentafel saß in der Mitte der Kronprinz. Nach dem ersten Gange erhob sich der Reichskanzler und hielt folgende Ansprache[1]):

Eure Kaiserliche und Königliche Hoheit! Meine Herren!

Es ist mir eine angenehme Pflicht, der großen Schar wackerer Männer, die zum Gelingen der rheinisch-westfälischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung beigetragen haben, die Versicherung zu geben, daß die nicht geringen Erwartungen, mit denen wir und die auswärtigen Gäste nach Düsseldorf gekommen sind, durch die Eindrücke des hier Geleisteten in vielen Punkten noch übertroffen worden sind. Ich sage niemandem in dieser Versammlung etwas Neues, wenn ich vor allem dankbar auf das

1) Nach der „Nordd. Allg. Ztg." vom 3. Mai 1902.

Interesse hinweise, das Seine Majestät der Kaiser für die Ausstellung vom ersten Augenblicke des Planes bis zur Verwirklichung bekundet hat. Ein Zeichen seines Wohlwollens ist es, daß wir die Freude haben,

— zum Kronprinzen gewendet —

Eure Kaiserliche und Königliche Hoheit als Protektor dieser Ausstellung bei der heutigen Feier in unserer Mitte zu begrüßen. Eure Kaiserliche und Königliche Hoheit haben sich davon überzeugen können, wieviel Großartiges in industrieller und künstlerischer Hinsicht die Düsseldorfer Ausstellung enthält. In der Industriehalle, in den verschiedenen Einzelpavillons und noch mehr in der großen Maschinenhalle sind unseren Blicken Schaustücke der Technik und des Gewerbefleißes vorgeführt, wie sie meines Erachtens so ernst und wuchtig selbst auf europäischen Universalausstellungen kaum jemals anzutreffen waren.

(Beifall.)

Unser großer Königsberger Weiser Kant setzte auf seine erste Schrift die Bezeichnung „Von der wahren Schätzung der treibenden Kraft" voran. Ich glaube, daß wir nach unserem heutigen Rundgang in dieser Schätzung reicher geworden sind.

(Bravo.)

Unsere Ausstellung — und daran hat heute Vormittag in seiner Eröffnungsrede der hochverdiente Vorsitzende Geheimrat Lueg erinnert, das haben auch viele Mitarbeiter an dem großen Werke in sorgenvollen Stunden erfahren — ist in einer Zeit durchgesetzt worden, da die Industrie und gerade die Eisenindustrie unter der ungünstigen Gestaltung des Weltmarktes zu leiden hatte. Aus eigener Kraft ist solchen Schwierigkeiten zum Trotze das Unternehmen emporgewachsen, in dessen Vollendung die rheinisch-westfälische Industrie heute wie in einem Spiegel ihre eigene Tüchtigkeit erblicken kann. Ich habe an dieser Stelle weit weniger den Ausdruck der Erkenntlichkeit entgegenzunehmen für die Mithülfe der Behörden, als umgekehrt im Namen der Königlichen Staatsregierung zu danken für das in Düsseldorf gegebene Beispiel von Selbstvertrauen und Tatkraft unter erschwerenden Umständen

(Bravo!)

und Ihnen zu danken, meine Herren, den Unternehmern, wie den Arbeitern, die so dem Lande und der Welt beweisen, daß sich der Deutsche und nun gar der eisenrodende Westfale nicht so leicht umschmeißen läßt.

(Lauter, anhaltender Beifall.)

Was die Reichsverwaltung zur stetigen Entwickelung und zu einem neuen wirtschaftlichen Aufschwunge beitragen kann, das zu leisten sind wir

nach besten Kräften bestrebt. Wir wissen, daß es das Ziel der Reichspolitik ist, auf der einen Seite der Landwirtschaft aus ihrer schwierigen Lage nachhaltig aufzuhelfen und damit zugleich den inländischen Warenabsatz zu steigern

(Erneutes Bravo!)

und auf der anderen Seite der deutschen Industriewelt vertragsmäßige Bürgschaften für die ungestörte Ausfuhr ihrer Erzeugnisse zu wahren.

(Lebhafter Beifall.)

Deshalb sind die verbündeten Regierungen in der Tarifvorlage in Betreff erheblicher Zollerhöhungen für die Agrarprodukte bis an die Grenze des mit dem Abschlusse langfristiger Handelsverträge noch zu Vereinbarenden gegangen, aber auch nicht weiter.

(Stürmischer Beifall und Bravo.)

In dem langwährenden Meinungskampfe, der dabei zu überwinden ist, soll uns stets das Vorbild unseres Kaisers voranleuchten, der seinen schönsten Ruhm darin findet, unermüdlich unser Gesamtvorbild zu sein.

(Beifall.)

Ihr verehrter Herr Oberbürgermeister hat vor einigen Wochen bei der Einweihung Ihrer großartigen Rheinwerftbauten[2]) mit Recht hervorgehoben, welchen Dank diese Stadt unserem Kaiser dafür schuldet, daß ihre Bürger aus Vertrauen auf die Sicherheit unserer Stellung in der Welt reiche Mittel einsetzen konnten, um Düsseldorf zu einer Stadt des Weltverkehrs zu machen. Ihnen, meine Herren, als Männer des praktischen Lebens, ist es wohl bewußt, wieviel mehr die materielle Wohlfahrt des Landes und die Entwickelung der wirtschaftlichen Kräfte von der Stellung des Reiches und der Erhaltung des Friedens unter Wahrung unserer Interessen und unserer Würde nach außen abhängt, als von der Durchführung dieses oder jenes Parteiwunsches im Innern.

(Bravo!)

Diese Basis für die gedeihliche Entwickelung der Arbeit in Stadt und Land zu sichern und zu gestalten, das betrachte ich als Reichskanzler in voller Uebereinstimmung mit Seiner Majestät dem Kaiser als meine vornehmste Aufgabe.

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Ihm aber, dem Wahrer der Nation und Schirmherrn des Friedens, erneuern wir auch in dieser Stunde das Gelübde unwandelbarer Liebe und

2) Am 8. März 1902 wurde der Schlußstein der Rheinufer-Verlegung gelegt, die die Stadt für $3^1/_2$ Millionen Mark vom Hafen bis zur Rheinbrücke durchgeführt hat.

Treue, indem wir rufen: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch, nochmals hoch und immerdar hoch!

Das Orchester intonierte die Nationalhymne. Nach dem Erklingen des ersten Verses ertönte stürmischer, andauernder Beifall.

---

63. Brüsseler Zuckerkonvention.

Sitzung des Reichstages vom 5. Mai 1902.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der zwischen dem Deutschen Reiche und einer Reihe anderer Staaten (Oesterreich-Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande und Schweden) am 5. März 1902 in Brüssel abgeschlossenen Konvention über die Behandlung des Zuckers und in Verbindung damit der Gesetzentwurf über die aus diesem Vertrage sich ergebenden Abänderungen des deutschen Zuckersteuergesetzes[1]).

Die Diskussion eröffnet

Reichskanzler Graf von Bülow[2]):

Meine Herren, ich darf es den Herren Staatssekretären vom Reichsschatzamt und vom Reichsamt des Innern und dem Herrn Direktor der handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, welcher den Brüsseler Verhandlungen beigewohnt hat, überlassen, die Ihnen unterbreitete Vorlage im einzelnen zu vertreten. Ich möchte aber bei Einbringung dieser Vorlage im Namen der verbündeten Regierungen der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses sich der Annahme der Brüsseler Zuckerkonvention geneigt zeigen möge. Und ich möchte gleichzeitig die Hoffnung aussprechen, daß dieses hohe Haus auch der im Anschluß an die Brüsseler Zuckerkonvention notwendig gewordenen Abänderung unserer Zuckersteuergesetzgebung, welche eine Herabsetzung der Verbrauchsabgabe enthält, seine Zustimmung nicht versagen wird.

Gegen den Abschluß der Brüsseler Zuckerkonvention sind mancherlei und verschiedene Einwendungen erhoben worden. Man hat den verbündeten Regierungen vorgeworfen, daß sie bei dem Abschluß dieser Konvention die Interessen der heimischen Zuckerindustrie dem Auslande gegenüber nicht genügend wahrgenommen hätten. Es ist behauptet worden, daß die Zuckerkonvention den vollständigen Ruin unserer Zuckerindustrie bedeute,

---

1) Vgl. Drucksache Nr. 618 des Reichstages, 10. Leg.-Per., II. Session 1900/1902.

2) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 182. Sitzung, S. 5327 ff.

daß sie namentlich die Interessen der rübenbauenden Landwirtschaft schädige, daß die Verhandlungen in Brüssel mit einem Siege des Auslandes und insbesondere mit einem Siege Englands abgeschlossen hätten. Die verbündeten Regierungen halten diese Vorwürfe für nicht begründet. In wohlerwogener Würdigung der Interessen der deutschen Zuckerindustrie haben die verbündeten Regierungen die sich ihnen darbietende Gelegenheit benutzt zur endlichen Beseitigung der bisher von unseren wichtigsten Mitbewerbern gewährten direkten und indirekten Prämien, und sie haben vor allem gesucht, die deutsche Zuckerindustrie davor zu bewahren, daß derselben ihr Hauptabsatzgebiet, der englische Markt, durch Einführung von Ausgleichszöllen verschlossen wird.

Auch die Interessen der deutschen Landwirtschaft sind durch den Abschluß der Brüsseler Zuckerkonvention nicht beeinträchtigt worden. Die verbündeten Regierungen sind vielmehr überzeugt, daß der Abschluß der Konvention und die sich an die Konvention notwendig anschließende Reform unserer Zuckersteuergesetzgebung Bedingungen schaffen werden, unter welchen die Landwirtschaft für ihre Rüben in Zukunft lohnendere Preise erhalten wird

(Bewegung rechts),

als dies jetzt zum Teil der Fall ist.

Daß die Abschaffung der Prämien an und für sich vom volkswirtschaftlichen wie vom finanz- und handelspolitischen Standpunkte aus eine erstrebenswerte Maßnahme ist, kann von keiner Seite bestritten werden. Als im Jahre 1896 in diesem hohen Hause das jetzt geltende Zuckersteuergesetz mit seiner Erhöhung der Prämien beraten wurde, ist von den Rednern fast aller Parteien, auch derjenigen, welche diesem Gesetz und der Erhöhung der Prämien geneigt waren, ausdrücklich und übereinstimmend anerkannt worden, daß die Ausfuhrzuschüsse nur ein Notbehelf, ein Kampfmittel sein sollten, um dadurch die Beseitigung der Zuckerprämien in anderen Ländern zu erreichen. So bemerkte damals in der Sitzung vom 3. März 1896 — ich habe hier die Auszüge aus jenen Reden vor mir und möchte sie mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten verlesen — der Herr Abgeordnete v. Puttkamer-Plauth:

> Gern nimmt die Zuckerindustrie diese Prämie nicht; denn in dem Gefühl, daß sie das Menschenmögliche geleistet hat, und daß sie mit jeder Industrie, wenn sie unter gleichem Licht und gleicher Luft zu konkurrieren hat, die Konkurrenz aushalten kann, ist es ihr kein angenehmes Gefühl, daß sie hier als Kostgängerin des Staates auftreten muß.... Wir wollen die Prämie nur

so lange haben, wie das Ausland ebensolche oder noch höhere Prämien zahlt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schaedler äußerte in derselben Sitzung:

Ich halte die Prämienwirtschaft überhaupt nicht für eine glückliche, weil ich in ihr den Anreiz zur Ueberproduktion sehe. Ich begreife aber auch: die Prämien sind einmal da, und wir können sie von heute auf morgen nicht aus der Welt schaffen. Wohl aber ist das Ziel, das wir immer erstreben müssen, die Abschaffung und Beseitigung derselben. Daraus erwächst uns die fortgesetzte Aufgabe, im Verein mit den anderen zuckerausführenden Staaten darauf hinzuwirken, daß diese Prämien endlich einmal beseitigt werden.

Der Abgeordnete Dr. Paasche hatte schon im Jahre 1895 in der Sitzung vom 17. Mai gemeint:

Das gebe ich gern zu: das beste würde es sein, wenn wir alle Prämien beseitigen könnten.

In derselben Sitzung erklärte der Abgeordnete v. Staudy:

Wir auf dieser Seite haben stets erklärt, uns wäre der Zustand am liebsten, wenn es gar keine Exportprämien gäbe; wir haben sie an sich niemals verlangt, nur gesagt: wenn die konkurrierenden Länder Exportprämien geben, müssen wir auch solche haben, um den Konkurrenzkampf führen zu können.

Bei der Schlußabstimmung über jenes Zuckersteuergesetz wurde mit großer Mehrheit von diesem hohen Hause eine von den Herren Abgeordneten Pichler und Genossen eingebrachte Resolution angenommen, in welcher die verbündeten Regierungen ausdrücklich aufgefordert wurden:

mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß durch internationale Vereinbarungen eine Beseitigung der Ausfuhrvergütungen für Zucker in tunlichster Bälde herbeigeführt werde.

Die Initiative, meine Herren, zu dem Zusammentritt der Konferenzen in Brüssel zum Zweck der Beratung gemeinschaftlicher Maßnahmen mit dem Ziele der Abschaffung der Zuckerprämien ist bekanntlich nicht von uns ausgegangen, sondern die erste Anregung dazu ist von anderer Seite gegeben worden. Jedenfalls aber haben wir nur im Sinne und im Rahmen der uns von diesem hohen Hause erteilten Direktive gehandelt, indem wir an der Lösung der uns durch die Resolution des Reichstags gestellten Aufgabe nach besten Kräften mitgewirkt haben.

Uns an diesen Brüsseler Konferenzen zu beteiligen, war um so mehr geboten, als sonst die Gefahr drohte, daß die übrigen an der Zuckereinfuhr

nach England interessierten Länder, Frankreich, Belgien, Holland, sich auch ohne uns mit England über die Frage der Ausfuhrzuschüsse verständigten und durch Separatabkommen günstigere Bedingungen für ihren Zucker erlangten, während wir das Nachsehen gehabt haben würden. Nicht aus irgendwelcher Nachgiebigkeit gegen das Ausland und insbesondere nicht gegen England, sondern aus reiflich erwogenen handelspolitischen Gründen, nach Maßgabe der in diesem hohen Hause gefaßten Resolution und in voller Wahrung der Interessen unserer heimischen Zuckerindustrie haben wir so gehandelt, wie wir es getan haben.

Es ist, meine Herren, auch der Einwand erhoben worden, daß wir an der Erhaltung des englischen Zuckermarktes ein so großes Interesse gar nicht hätten, da es uns, selbst wenn England durch Verhängung von Ausgleichszöllen gegen Prämienzucker seine Märkte unseren Produkten verschließen sollte, immer möglich sein würde, für unseren Zucker andere Absatzgebiete zu gewinnen. Ich glaube, meine Herren, daß mit diesem Einwande der schwierigen Lage unserer Zuckerindustrie doch nicht genügend Rechnung getragen wird. In der Zuckerkampagne 1901/1902 sind ungefähr 23 Millionen Doppelzentner in Deutschland produziert worden, von denen das Inland nur etwa $7^1/_2$ Millionen Doppelzentner konsumiert, sodaß zirka 15—16 Millionen Doppelzentner ausgeführt werden müssen, von denen England über 6 Millionen Doppelzentner, also fast die Hälfte aufnimmt. Es würde doch, wie mir scheint, eine sehr mißliche und zweifelhafte Sache sein, für so bedeutende Zuckermengen das bisherige Absatzgebiet aufgeben und neue Märkte aufsuchen zu müssen. Das würde, wie mir weiter scheint, um so schwieriger sein, als die Weltvorräte an Zucker gegenwärtig sehr bedeutende sind und noch immer zunehmen. Es wird sogar behauptet, daß nach einer approximativen Schätzung bei Schluß der gegenwärtigen Zuckerkampagne die Weltvorräte an Zucker an 18 bis 20 Millionen Doppelzentner betragen würden, also fast soviel, wie Deutschland in einem Jahre produziert, und mehr, als England in einem Jahre konsumiert.

Meine Herren, bei einer solchen Ueberfüllung des Weltmarktes mit Zucker scheint es mir doch auf der Hand zu liegen, welchen — ich scheue mich nicht, das Wort zu gebrauchen — welchen Katastrophen unsere Zuckerindustrie entgegengehen müßte, wenn sie des englischen Absatzgebietes verlustig geht, ohne daß es gelingt, für unsere Ueberproduktion an Zucker andere Absatzmärkte zu gewinnen. Und wer garantiert uns dafür, daß uns das auch nur annähernd in derselben Zeit möglich sein wird, die England brauchen wird, um unsere Zuckereinfuhr durch anderen Zucker zu ersetzen?

Deshalb, meine Herren, glauben die verbündeten Regierungen, daß sie mit dem Beitritt zur Brüsseler Zuckerkonvention unserer Zuckerindustrie einen Dienst erwiesen haben, und sie sind überzeugt, daß die günstigen Folgen dieses Schrittes in den beteiligten Kreisen und namentlich bei der rübenbauenden Landwirtschaft mit der Zeit mehr und mehr Anerkennung finden werden; denn diese Folgen werden allmählich zu einer Gesundung des Zuckermarktes führen. Daß in der ersten Zeit wie bei jedem Uebergangsstadium für gewisse Zweige unserer Zuckerindustrie manche Nachteile hervortreten werden, das, meine Herren, bin ich weit entfernt zu bestreiten. In Voraussicht und in voller Würdigung dieser Schwierigkeiten, die ich lebhaft beklage, haben unsere Delegierten auf der Brüsseler Zuckerkonferenz sich ernstlich bemüht, durchzusetzen, daß die Zuckerkonvention erst am 1. September 1904 in Kraft treten soll, um dadurch unserer Zuckerindustrie eine längere Frist für die Anpassung an die neuen Verhältnisse zu gewähren. Die hierauf gerichteten Bemühungen unserer Kommissare sind an dem Widerspruch der anderen Mächte gescheitert. Ich möchte mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten auch in dieser Beziehung das Nachstehende aus den Protokollen der Sitzung verlesen. In der Sitzung vom 27. Februar bemerkte der Vorsitzende der Konferenz:

> Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lage bis 1904 würde vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die größten Gefahren in sich schließen. Was hauptsächlich auf der Zuckerindustrie lastet, das ist das Vorhandensein eines auf mehr als zwei Millionen Tonnen geschätzten Vorrats. Wenn diese Sachlage sich noch durch zwei Betriebsjahre fortsetzt, so würde der Vorrat in einer Weise weiter anwachsen, daß die Konvention unter den ungünstigsten Bedingungen in Kraft treten würde, und man könnte voraussehen, daß die fünf Jahre, während deren die Konvention dauert, fünf Jahre einer durch die Anhäufung der Vorräte hervorgerufenen Krisis sein würden. Diese Betrachtungen haben einen allgemeinen Charakter und beziehen sich keineswegs auf die Interessen eines bestimmten Staates.

In der vorletzten Sitzung vom 3. März wurde von den deutschen Delegierten noch einmal mit größter Entschiedenheit der Versuch gemacht, den Termin September 1904 durchzusetzen; aber er fand nur die Unterstützung von Oesterreich-Ungarn. Alle anderen Staaten erklärten sich aus den in der Sitzung vom 27. Februar vom Vorsitzenden angegebenen Gründen unbedingt gegen einen späteren Termin als den 1. September 1903. Einzelne Staaten, namentlich England und Frankreich, hätten sogar den

1. September 1902 vorgezogen. Daß ein späterer Zeitpunkt als der vom 1. September 1903 nicht zu erreichen war, ergibt sich aus den vor kurzem dem englischen Parlament zugegangenen Aktenstücken. In einem Bericht der englischen Delegierten vom 26. Januar heißt es:

> Unter diesen Umständen beeilen wir uns, endgültige Instruktion zu erbitten, ob wir, wenn es nicht gelingt, den Termin vom 1. September 1902 zu sichern, die Verhandlungen abbrechen sollen, oder ob wir, wenn alle anderen Punkte in befriedigender Weise geregelt werden können, im äußersten Falle den 1. September 1903 acceptieren können.

Die Antwort, welche die englische Regierung unter dem 27. Februar auf diesen Bericht ihres Delegierten erteilte, lautete:

> Im äußersten Falle werden Sie ermächtigt, September 1903 zu acceptieren. Wir vertrauen aber, daß die Konferenz bewogen werden kann, September 1902 anzunehmen.

Da nun, meine Herren, die übrigen Vorteile, welche die Brüsseler Zuckerkonferenz für unsere Zuckerindustrie bietet, uns doch als so wesentlich erschienen, daß wir uns denselben nicht entgegenstellen wollten, und da überdies unserem Wunsche, die Surtaxe etwas höher zu berechnen als 5 Franks, von seiten der anderen Mächte Rechnung getragen wurde, haben wir schließlich das Inkrafttreten der Brüsseler Konvention bereits am 1. September 1903 acceptiert. Wir sind übrigens überzeugt, daß der Ueberzoll, also die Differenz zwischen Inlandsteuer und Zoll von 4,40 Mark für Rohzucker und 4,80 Mark für raffinierten Zucker genügen wird, um den fremden Zucker von unserem Zollgebiete fernzuhalten; denn in absehbarer Zeit wird es wohl nicht möglich sein, Rohrzucker zu billigeren Preisen bei uns anzubieten als Rübenzucker.

Um aber für unsere Zuckerindustrie möglichst schnell klare Verhältnisse zu schaffen, ist Ihnen gleichzeitig der Entwurf zu einem neuen Zuckersteuergesetz vorgelegt worden, der für den Fall, daß dieses hohe Haus der Brüsseler Zuckerkonvention zustimmt, sich der dadurch geschaffenen neuen Lage anpaßt. Der Entwurf enthält neben der Aufhebung der Kontingentierung und der Betriebssteuer die Herabsetzung der Verbrauchsabgabe von 20 Mark auf 16 Mark, eine Maßnahme, welche zur Hebung des inländischen Zuckerkonsums und damit zur Stärkung des inländischen Zuckermarktes beitragen wird.

Die Gründe, aus welchen wir im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzlage des Reichs nicht geglaubt haben, Ihnen eine weitere Herabsetzung der Verbrauchsabgabe vorschlagen zu sollen, ebenso wie unsere

Stellung zu den Fragen der Kontingentierung und der Betriebssteuer werden Ihnen von dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamts dargelegt werden.

Die Brüsseler Konvention ist am 5. März unterzeichnet worden. Wir haben Ihnen diese Konvention so rasch als möglich unterbreitet. Wir wollen sie weder übers Knie brechen noch durchpeitschen, wie durchaus unbegründeterweise uns imputiert worden ist.

(Heiterkeit.)

Aber von einer Verschleppung dieser Vorlage würden wir im Interesse des Landes dringend abraten müssen. Eine solche Verschleppung wird aber meines Erachtens von keiner Seite tatsächlich beabsichtigt.

(Heiterkeit links.)

— Nein, meine Herren, das kann ich mir wirklich nicht denken; denn eine solche Verschleppung würde niemandem zu gute kommen, wohl aber würde sie den Gedanken aufkommen lassen, daß wir uns scheuten, auf dem von uns betretenen Wege weiter vorzugehen. Es würde dadurch eine Beunruhigung entstehen, die auf die ganze weitere Behandlung der Materie im Inland und Ausland ungünstig einwirken, die Mißtrauen gegen unsere Absichten hervorrufen, und die in jeder Richtung und auf jedem Gebiete schädlich wirken würde.

(Sehr wahr! links.)

Meine Herren, die internationale Beseitigung der Zuckerprämien ist seit Jahren angestrebt worden. Zahlreiche Konferenzen — auf deren Ursprung, auf deren Gang, auf deren Ausgang ich hier nicht näher eingehen will, die Vorgeschichte der Brüsseler Konvention ist Ihnen ja sehr wohl bekannt — haben sich mit dieser Frage beschäftigt, bisher ohne Ergebnis. Schon vor sechs Jahren — ich wiederhole es — hat dieses hohe Haus an die verbündeten Regierungen den Appell gerichtet, die Beseitigung der Zuckerprämien, wie es in jener Resolution heißt, „in tunlichster Bälde" herbeizuführen. Dieses Ergebnis ist nunmehr erreicht worden, wenn auch nicht vollständig, so doch im wesentlichen. Denn wenn auch Rußland, die Vereinigten Staaten und die englischen Kolonien der Brüsseler Zuckerkonvention bisher nicht beigetreten sind, so ist dieselbe doch einerseits unterzeichnet worden von unserem bisherigen Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, und andererseits hat uns Großbritannien, unser Hauptabsatzgebiet, hinsichtlich der Gleichstellung seines Kolonialzuckers mit dem Zucker der Vertragsstaaten wichtige Zugeständnisse gemacht. Deshalb haben die verbündeten Regierungen geglaubt, die Verantwortung für ein Scheitern der Brüsseler Konferenzen nicht übernehmen

zu können. Vielmehr sind die verbündeten Regierungen trotz mancher Bedenken auf die nach langen und mühevollen Verhandlungen in Brüssel vereinbarten Bedingungen eingegangen, in der Ueberzeugung, daß, nachdem durch das Brüsseler Uebereinkommen der freie, von künstlichen Mitteln unbeeinflußte Wettbewerb des Zuckers aller Produktionsgebiete auf dem Weltmarkt angebahnt worden ist, die deutsche Zuckerindustrie stark genug sein wird, um fortan auch ohne Prämien zu gedeihen.

Meine Herren, nach unserer Verfassung bedürfen derartige internationale Abkommen der Zustimmung dieses hohen Hauses. Die Verantwortung für das Zustandekommen der Brüsseler Konvention, soweit das Deutsche Reich dabei in Frage kommt, ruht also nunmehr auf diesem hohen Hause. Im Interesse der Gesundung und des Gedeihens unserer Zuckerindustrie, dieses wichtigen Zweiges unserer landwirtschaftlichen Nebenindustrien, glaube ich das hohe Haus bitten zu sollen, der Brüsseler Konvention seine Zustimmung zu erteilen.

(Bravo!)

64. Polenvorlage.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. Mai 1902.

In der Thronrede, mit der am 8. Januar der Landtag vom Reichskanzler eröffnet worden war, hieß es bezüglich der preußischen Ostmarken: „Die Verhältnisse in den doppelsprachigen Landesteilen des Ostens der Monarchie haben eine Gestalt angenommen, die die ernsteste Aufmerksamkeit der Regierung erheischt. Es ist eine Frage der Selbsterhaltung für den preußischen Staat, in seinen östlichen Provinzen dem Deutschtum die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf welche es durch seine lange, unter der weisen Fürsorge der Hohenzollernschen Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat. Die Königliche Staatsregierung wird die Pflichten, die ihr die Pflege des Deutschtums im Osten und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen auferlegen, mit Festigkeit und Stetigkeit erfüllen. Sie zählt dabei auf die wirksame und furchtlose Mitarbeit der deutschen Bevölkerung in jenen Landesteilen und nicht minder auf die Unterstützung des gesamten Volkes, das ein Zurückdrängen deutscher Sprache und Sitte als einen Angriff auf die nationale Ehre und Würde empfindet."

Eine Betätigung dieses nationalen Versprechens war der Gesetzentwurf, nach dem der Fonds für die Ansiedelungskommission von 200 auf 350 Millionen Mark erhöht und außerdem der Regierung der Betrag von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollte, um in Westpreußen und Posen Güter zur Verwendung als Domänen anzukaufen.

Die erste Beratung dieser Vorlage eröffnete

Präsident des Staatsministeriums, Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, ich habe die Ehre, diesem hohen Hause den Entwurf eines Gesetzes zu überreichen wegen Abänderung der Gesetze vom 26. April 1886 und vom 20. April 1898, betreffend die Beförderung der deutschen Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen.

Hinsichtlich der Gründe, welche die Königliche Staatsregierung zu diesem ihrem Vorgehen bestimmt haben, kann ich mich um so kürzer fassen, als vor nicht allzu langer Zeit in diesem hohen Hause eine eingehende Debatte stattgefunden hat über die Politik der Königlichen Staatsregierung in den gemischtsprachigen Provinzen, und als ich mich bei diesem Anlasse über die Haltung der Königlichen Staatsregierung und über meine persönliche Stellung zu dieser Frage eingehend und rückhaltlos ausgesprochen habe.[2])

Die Frage steht für mich im letzten Ende so: haben wir das Recht, diejenigen gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, welche im Interesse der Sicherheit und Integrität der Monarchie notwendig sind? Meines Erachtens haben wir dazu nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Es ist für uns ein Gebot der Selbsterhaltung, durch eine Kombination von Maßnahmen Schutzwehren aufzuführen, damit an diesen Bollwerken die staatsfeindliche großpolnische Agitation und die großpolnischen Zukunftsträume zerschellen.

Unsere Aktion soll sich in dreifacher Richtung bewegen. Wir werden die verfassungsmäßigen Rechte unserer polnischen Mitbürger auch fernerhin gewissenhaft achten.

(Widerspruch links.)

— Gewiß werden wir das tun, meine Herren. Ich bin kein Freund einer Politik kleinlicher Polizeischikanen; ich halte nichts von einer Politik der Nadelstiche. Aber alles, was abzielt auf eine Abänderung der bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse, werden wir rücksichtslos unterdrücken.

(Bravo! rechts.)

1) Sten. Ber. über die Verh. d. A.-H., 19. Leg.-Per., IV. Session, 77. Sitzung, S. 5463 ff.

2) Vgl. die Verhandlungen vom 13. Januar 1902, oben S. 256 ff.

Und endlich werden wir, wie ich das im Januar ausgeführt habe, auf jedem uns zugänglichen Gebiet das Deutschtum in materieller wie in kultureller Beziehung zu heben und zu fördern trachten.

(Bravo! rechts.)

Als ein wichtiges Glied in der Kette dieser Maßnahmen zum Schutze des Deutschtums hat sich die innere Kolonisation bewährt. Sie hat sich bewährt in politischer Beziehung, indem durch die Heranziehung betriebsamer, fleißiger und mit den nötigen Geldmitteln ausgestatteter deutscher Landwirte aus allen Teilen des Reichs der deutschen ländlichen Bevölkerung in jenen Gegenden ein neues und wertvolles Element und eine kräftige Unterstützung im nationalen Sinne zur Abwehr deutsch-feindlicher Bestrebungen zugeführt wird. Sie hat sich aber auch bewährt in wirtschaftlicher Hinsicht, indem durch die planmäßige Aufteilung und Besiedelung der vielfach verwahrlosten Güter, durch Meliorationen, durch die Anlegung von Drainagen, durch den Ausbau eines zweckdienlichen Wegenetzes, durch die Einführung rationeller Wirtschaftsmethoden für die neu gegründeten bäuerlichen Stellen und deren Zusammenschluß zu leistungsfähigen Landgemeinden an Stelle des oft vom Untergange bedrohten Großgrundbesitzes der Hebung der Landeskultur im allgemeinen ein wesentlicher Dienst geleistet wird. Ich habe deshalb bereits im Januar die innere Kolonisation der Provinzen Posen und Westpreußen als das wichtigste Mittel zum Schutze des Deutschtums in jenen bedrohten Provinzen bezeichnet. Von den Wechseln, die ich damals als Mittel zum Schutze des Deutschtums im Osten auf die Zukunft gezogen habe, ist dieser der erste, den ich durch diese Vorlage einlöse.

Wie Sie, meine Herren, aus der Begründung der Vorlage ersehen haben, neigt sich der Ansiedelungsfonds, nachdem er bereits einmal durch das Gesetz vom 20. April 1898 verstärkt worden ist, allmählich seinem Ende zu. Wenn wir jene Politik fortsetzen wollen, die Fürst Bismarck im Jahre 1886 mit der Zustimmung dieses hohen Hauses eingeschlagen hat, und wenn wir das im beschleunigten Tempo tun wollen, was mir als Gegenaktion gegen die eifrige Tätigkeit der polnischen Parzellierungsbanken und gegen das daraus hervorgehende stetige Anwachsen des polnischen Grundbesitzes in den gemischtsprachigen Provinzen dringend geboten erscheint — ich darf mich in dieser Beziehung auf die Zahlen beziehen, welche ich im Januar verlesen habe aus den Berichten der beiden Herren Oberpräsidenten von Westpreußen und Posen[3]) —, so ist die

3) Vgl. oben S. 263 ff.

alsbaldige Neuauffüllung des Ansiedelungsfonds die unerläßliche Voraussetzung. Wir treten aber schon jetzt vor völliger Erschöpfung dieses Fonds mit dieser Forderung an Sie heran, um möglichst bald die nötigen gesetzlichen Fundamente für die Fortsetzung der bisherigen Besiedelungspolitik zu legen und um für die mit der Durchführung dieser Besiedelungspolitik betrauten Behörden und für alle an ihr beteiligten Kreise völlige Klarheit zu schaffen, damit sie wissen, woran sie sind, und wie sie sich für die Zukunft einzurichten haben. Und wir fordern von Ihnen einen größeren Betrag als den bisherigen, weil wir mit der Besiedelung in rascherem Tempo, in größerer Ausdehnung und zum Teil in neuer Form durch die Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes fortfahren wollen. Ein solches Vorgehen wird voraussichtlich höhere Aufwendungen als bisher erheischen, und deshalb verlangen wir rechtzeitig von Ihnen die Bewilligung reichlicherer Geldmittel für diese Zwecke.

Ich möchte aber noch einen anderen und für mich sehr durchschlagenden Grund für die Forderung eines Kredits von 250 Millionen, für diese hohe Forderung von einer Viertelmilliarde, geltend machen. Bei der Begründung seiner Interpellation im vergangenen Jahre äußerte der Herr Abgeordnete Hobrecht, der größte Schade für unsere Ostmarkenpolitik entstehe, wenn unsere Landsleute im Osten an der Festigkeit und Stetigkeit der Königlichen Staatsregierung und ihres Vorgehens auf diesem Gebiete irre würden.

(Sehr richtig!)

Das ist in der Tat vollkommen richtig, das unterschreibe auch ich vollkommen. Dadurch, daß ich diesen hohen Kredit für die innere Kolonisation der Provinzen Posen und Westpreußen von Ihnen fordere, gerade dadurch, daß wir beträchtliche Summen mit Ihrer Zustimmung für die angegebenen Zwecke auf eine Reihe von Jahren festlegen, will ich öffentlich und vor dem ganzen Lande bekunden, daß wir diejenige Ostmarkenpolitik, die wir als die richtige erkannt haben, und die schon wiederholt die Zustimmung dieses hohen Hauses gefunden hat, ohne Zögern und ohne Schwanken in ruhiger, fester und konsequenter Weise weiter verfolgen werden.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Was, meine Herren, den Inhalt der Vorlage angeht, so sollen nach Art. I die dort verlangten 150 Millionen durch die Ansiedelungskommission in der bisherigen Weise weiter verwendet werden. Die An-

siedelungskommission, meine Herren, mag hier und da Fehler begangen haben

(sehr richtig! links);

gewiß, meine Herren, sie mag einmal ein Gut zu teuer bezahlt oder ein anderes an unrichtiger Stelle angekauft haben; sie mag gelegentlich einen Gutsankauf, der sich im politischen Interesse empfohlen hätte, aus irgendwelchen anderen Motiven abgelehnt haben, was ja an und für sich gewiß bedauerlich ist. Ich glaube aber, daß wir der Kommission im großen und ganzen das Zeugnis nicht versagen können, daß sie ihre Aufgabe richtig erfaßt und mit Eifer und Erfolg durchgeführt hat.

Wenn Stimmen laut geworden sind, die das bestreiten, wenn insbesondere der Ansiedelungskommission vorgeworfen wird, daß sie mit den ihr bisher bewilligten 200 Millionen noch nicht mehr erreicht hätte, so glaube ich, daß ihr damit unrecht geschieht. Unsere Ansiedelungspolitik ist auf Jahrzehnte berechnet, und von der Ansiedelungskommission, die erst seit 15 Jahren funktioniert, können doch nur solche Ergebnisse erwartet werden, die im Verhältnis zu dem Zeitmaß ihrer Wirksamkeit stehen.

Die Ansiedelungskommission hat schon Erfreuliches geleistet; denn wie aus der Ihnen vorliegenden Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 26. April 1886 hervorgeht, hat die Ansiedelungskommission bis zum Schlusse des Jahres 1901 — ich zitiere aus dem Gedächtnis — ich glaube, rund 165 000 ha erworben, von denen bereits 100 000 ha vergeben und mit zirka 4700 deutschen Bauernfamilien besetzt sind. 4700 deutsche leistungsfähige und tatkräftige Bauern mit ihren Angehörigen auf gut arrondierten und gut eingerichteten Bauernhöfen bedeuten immerhin einen nennenswerten Zuwachs für die deutsche ländliche Bevölkerung jener Provinzen. Und dabei bezeichnet dieses Ergebnis doch nur den ersten Beginn unserer kolonisatorischen Tätigkeit. Weitere 64 000 ha sind bereits erworben und harren der Besiedelung, und die beträchtlichen Summen, die wir jetzt von Ihnen erbitten, geben um so bessere Hoffnungen für die Zukunft, je praktischer die Ansiedelungskommission ihre Tätigkeit betreiben wird. Was ich dazu tun kann, damit die Ansiedelungskommission im Bewußtsein der ihr gesteckten hohen nationalen Ziele ihre Aufgaben immer frischer anpackt ohne büreaukratische Schwerfälligkeit, ohne büreaukratische Engherzigkeit, das wird geschehen.

(Bravo!)

Meine Herren, gegenwärtig ist die Bewegung im Grundbesitz in jenen gemischtsprachigen Gegenden ja eine ziemlich lebhafte. Das geht

schon daraus hervor, daß vom 1. Oktober v. Js. bis zum 1. April d. Js., also binnen 6 Monaten, der Ansiedelungskommission nicht weniger als rund 40000 ha zum Kauf angeboten worden sind. Wenn die Ansiedelungskommission auch selbstverständlich nicht jedes Gut, das ihr angeboten wird, kaufen kann, so erscheint es doch empfehlenswert, daß sie diese Konjunkturen benutzt, um Güter, soweit sie sich für Besiedelungszwecke oder als Domänen eignen und nicht zu teuer sind, zu kaufen. Bei einem beschleunigten Tempo des Güterankaufs, der an und für sich nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen gegenwärtig wünschenswert erscheint — denn bei einem so starken Angebot werden die Preise verhältnismäßig wohlfeil sein —, ist es aber nicht möglich, daß die Parzellierung und die Besiedelung der Güter immer gleichen Schritt mit ihrem Ankauf hält. Daß das nicht möglich ist, liegt in der Natur der Dinge. Es fehlt zunächst an den nötigen technischen Beamten, um gleichzeitig eine größere Anzahl Güter aufzuteilen, zu vermessen, die nötigen Meliorationen, Drainagen u. s. w. auszuführen und die erforderlichen Gebäude zu errichten. Sodann nimmt die Einrichtung der öffentlich rechtlichen Verhältnisse, die Regelung der Kirchen-, Schul- und Gemeindeangelegenheiten für die neu gegründeten Kolonien immerhin eine gewisse Zeit in Anspruch. Vor allem aber fehlt es an der erforderlichen Anzahl, an dem nötigen Material geeigneter Ansiedler, die erst allmählich beschafft werden können. Diese Uebelstände haben sich jetzt schon geltend gemacht, und ihnen mußte, wie Sie wissen, dadurch begegnet werden, daß, wenn in einem Jahr mehr Güter angekauft wurden, als in den darauf folgenden Jahren gleichzeitig besiedelt werden konnten, die sogenannte zwischenzeitliche Verwaltung mit staatlich eingesetzten Administratoren eingeführt wurde. Diese zwischenzeitliche Verwaltung, welche oft mehrere Jahre dauerte, ist aber ziemlich kostspielig, da sie meist mehr kostet, als die Güter bei dem leider oft verwahrlosten Zustande, in dem sie angekauft werden, und bei den ungünstigen landwirtschaftlichen Konjunkturen der letzten Jahre einbrachten. Deshalb empfiehlt es sich nach unserer Ansicht, solche Güter, mit deren Parzellierung nicht sofort vorgegangen werden kann, als Ganzes zu verpachten, und zwar für eine nicht allzu kurze Frist, damit die Pächter auch auf ihre Kosten kommen, schon weil sich sonst schwerlich Pächter für solche Güter finden werden. Nach Ablauf dieser Pachtperiode sollen diese Güter in der bisherigen Weise parzelliert und mit deutschen Bauern besetzt werden. Auf diese Weise hoffen wir, die kostspielige zwischenzeitliche Verwaltung wesentlich einzuschränken, wenn sie auch nicht ganz entbehrt werden kann,

und hoffen wir, den, ich möchte sagen, technischen Schwierigkeiten, die sich einem schnelleren Tempo der Besiedelungstätigkeit der Ansiedelungskommission in den Weg stellen, tunlichst zu begegnen.

Ein Teil der Güter, welche sich weniger zur Parzellierung als zur Bewirtschaftung im Großbetriebe eignen — und damit komme ich zu Art. II der Vorlage —, soll überhaupt nicht aufgeteilt, sondern als Domänen- und eventuell auch als Forstbesitz des Staates dauernd erhalten bleiben. Auch diese Maßnahme, welche die Herren Ressortminister im einzelnen näher begründen werden, empfiehlt sich meines Erachtens sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen. Ich habe schon im Januar hervorgehoben — ich habe damals die betreffenden Zahlen angeführt —, daß der deutsche Großgrundbesitz der Provinz Posen, also der deutsche Großgrundbesitz von über 100 ha, in einer Hand nur etwas mehr als die Hälfte des gesamten Großgrundbesitzes dieser Provinz umfaßt. Und dabei bildet der deutsche Großgrundbesitz in der Provinz Posen nicht ein zusammenhängendes Ganzes; er liegt vielfach eingesprengt zwischen polnischem Besitz, und er befindet sich zum erheblichen Teil in der Hand von Forensen. Diese Momente, welche in der Provinz Westpreußen, wenn auch nicht ganz so ungünstig, so doch ähnlich liegen, lassen den deutschen Grundbesitz in den beiden bedrängten Provinzen in wirtschaftlicher und in kultureller und namentlich in politischer Hinsicht nicht diejenige Rolle spielen und nicht zu derjenigen Bedeutung kommen, die ihm bei einer kräftigen und zielbewußten deutschen Ostmarkenpolitik zukommt, namentlich soweit es sich um die Erhaltung des preußischen und deutschen Wesens auf dem platten Lande handelt. Die Erhaltung wenigstens eines Teiles des deutschen Großgrundbesitzes in den gemischtsprachigen Provinzen liegt deshalb durchaus im staatlichen Interesse. Ebenso liegt es im staatlichen Interesse, daß dem nur allzu häufigen Besitzwechsel von einer Hand in die andere, wie er gerade im deutschen Großgrundbesitz der Provinzen Westpreußen und Posen nur allzu häufig anzutreffen ist, entgegengetreten wird, und daß wir in dieser Richtung größere Stabilität schaffen. Ein sehr indiziertes und sehr zweckdienliches Mittel hierfür ist die Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes. In den Domänenpächtern gewinnen wir ein in landwirtschaftlicher und kultureller Beziehung nützliches, in politischer Hinsicht zuverlässiges Element, wie wir es gerade in diesen Provinzen brauchen

(sehr richtig! rechts),

und es werden dadurch neue und wertvolle soziale und wirtschaftliche Zentren für das Deutschtum geschaffen.

Deshalb, meine Herren, glaube ich Ihnen die Annahme des Art. II im deutschnationalen Interesse ganz besonders empfehlen zu sollen.

(Sehr gut! rechts.)

Ein Widerspruch zwischen der Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes und unserer Parzellierungs- und Besiedelungspolitik besteht nicht. Beide Aufgaben, beide Aktionen können sehr wohl parallel gehen; ein staatlicher Domänenbesitz mit deutschen Pächtern und zuverlässigen Arbeitern neben deutschen Bauerngütern — diese beiden Aufgaben ergänzen einander und können neben einander laufen. Und ich möchte doch auch daran erinnern, daß wir mit diesem Vorschlage des Art. II an einen Gedanken anknüpfen, dem schon mein Amtsvorgänger, mein großer Amtsvorgänger Fürst Bismarck, Ausdruck gegeben hat in der Ansprache, welche er — ich glaube, es war im September 1894 — an 2200 deutsche Männer richtete, die aus der Provinz Posen nach Varzin gekommen waren, um ihm ihre Huldigung darzubringen. In jener Ansprache betonte Fürst Bismarck ausdrücklich, es sei nicht sein Programm gewesen, daß bei der Ansiedelungskommission vorzugsweise auf die Neusiedelung kleiner Leute deutscher Zunge Bedacht genommen werde, sondern die Hauptsache sei, daß der Großgrundbesitz Domäne werde unter einem Pächter, auf welchen der Staat dauernden Einfluß behalte. Nun weiß ich ja natürlich sehr wohl, daß, wenn ein Pächter seine Pacht pünktlich zahlt und auch im übrigen seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommt, der Staat gar keinen oder doch nur einen sehr geringen Einfluß auf ihn hat. Ich zweifle aber nicht daran, daß zu den vorzüglichen Elementen, die wir bereits unter unsern Domänenpächtern besitzen, noch eine genügende Anzahl leistungsfähiger und tatkräftiger deutscher Landwirte treten wird, die nicht nur gern bereit sein werden, in den gemischtsprachigen Provinzen Pachtungen zu den üblichen Preisen zu übernehmen, sondern die sich dabei auch bewußt sein werden, daß sie damit politische Pflichten für die Erhaltung und Förderung des Deutschtums übernehmen, die, wie sich Fürst Bismarck in jener Ansprache ausdrückte, fest und treu als Wacht an der Weichsel und Warthe stehen werden. *Mit Entschiedenheit*, meine Herren, aber *muß ich* bei diesem Anlaß *Verwahrung einlegen gegen die* hier und da in der Presse aufgetauchte *Vermutung*, gegen den hier und da in der Presse ausgesprochenen Argwohn, *als ob die* in Art. II dieses Gesetzentwurfs *verlangten Millionen* für irgendwelche andere als nationale Zwecke Verwendung finden könnten, als

ob dieselben dazu dienen könnten, wie man sich hier und da ausgedrückt hat, verkrachte deutsche Existenzen wieder flott zu machen, indem der Staat unter der Hand solchen Elementen Güter zu hohem Preise abkauft. Davon ist keine Rede und darf und soll keine Rede sein. Ich werde selbstverständlich streng darüber wachen, daß die mit der Leitung dieser Fonds betrauten Beamten sich lediglich von sachlichen und nationalen Gesichtspunkten leiten lassen.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, ich habe beim Beginn meiner Ausführungen gesagt, daß diese Vorlage der erste Wechsel sei, den ich einlöste mit Bezug auf meine Vorschläge zur Hebung und Stärkung unseres bedrängten Volkstums in den gemischtsprachigen Provinzen. Er wird nicht der letzte Wechsel bleiben.

(Bravo! rechts.)

Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß die übrigen Pläne, welche ich damals skizziert habe, noch nicht in die nötige gesetzliche Form haben gegossen werden können. Diese Dinge sind aber in der Vorbereitung, und ich hoffe, daß ich im nächsten Winter in der Lage sein werde, Ihnen weitere Vorschläge zum Schutze und zur Förderung des Deutschtums, sei es im Etat, sei es in Form besonderer Gesetzesvorlagen, zu unterbreiten.

(Bravo! rechts.)

Ich habe auch im Januar gesagt, wie gern ich insbesondere dem Gedanken näher treten würde, den Beamten in den gemischtsprachigen Provinzen besondere Zulagen zu gewähren. Es gereicht mir zur besonderen Befriedigung, Ihnen sagen zu können, daß mein verehrter Kollege, mein verehrter Freund, der Herr Finanzminister, mir die Zusicherung gegeben hat, daß er im nächstjährigen Etat die hierfür erforderliche Summe flüssig machen wird.

(Bravo! rechts.)

Es unterliegt noch der Erwägung, welchen Kategorien der mittleren und der unteren Beamten und der Lehrer an den öffentlichen Volksschulen, in welcher Form, an welchen Orten, in welcher Höhe und unter welchen Bedingungen solche besonderen Zulagen zu gewähren sein werden. Auch in dieser Beziehung rechne ich seiner Zeit auf die Unterstützung dieses hohen Hauses.

Meine Herren, ich will die Debatte nicht aufhalten, ich komme zum Schluß. Das oberste Recht jedes Staates ist das Recht auf Erhaltung

seiner Existenz, und die erste Pflicht jeder Regierung ist, die Existenz des eigenen Staates zu sichern. An dieser Grundwahrheit werde ich mich nicht irre machen lassen. Wir wollen durch den vorliegenden Gesetzentwurf deutsche Sitte und Art in den gemischtsprachigen Provinzen schützen, pflanzen und pflegen. Wir wollen auf diesem Wege mit Ernst und Nachdruck und Konsequenz weitergehen, damit künftige Geschlechter im Osten der Monarchie dieselbe Sicherheit, dieselbe Rechtsordnung und dieselbe preußische und deutsche Gesinnung finden wie in allen übrigen Provinzen unter dem Szepter der Hohenzollern. Dafür erbitte ich die Unterstützung des hohen Hauses.

(Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

65. Landwirtschaftlicher Zollschutz.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Juni 1902.

Von den Abgeordneten Graf Limburg-Stirum und Genossen war folgender Antrag gestellt worden:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königliche Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrate dafür einzutreten, daß den von der Mehrheit der Reichstags-Zolltarifkommission ausgedrückten Wünschen auf Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes über die Zolltarifvorlage hinaus[1]) entsprochen werde."

Dazu beantragten die Abgeordneten Freiherr von Zedlitz und Neukirch und Genossen:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

den Antrag der Abgeordneten Graf zu Limburg-Stirum und Genossen in folgender Fassung anzunehmen:

die Königliche Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrate dafür einzutreten, daß eine Verständigung mit dem Reichstage betreffs der von der Zolltarifkommission gefaßten Beschlüsse auf Verstärkung des Zollschutzes für die Landwirtschaft über die Sätze der Zolltarifvorlage hinaus herbeigeführt werde."

1) Mitte Februar hatte die Zolltarifkommission des Reichstages mit 14 gegen 10 Stimmen einen Kompromißvorschlag Graf Schwerin-Herold-von Kardorff angenommen, der folgende Minimal- und Maximalsätze gegenüber den in Klammern beigefügten Sätzen der Bundesratsvorlage enthielt: Roggen 5,50—7 Mk. (5—6 Mk.); Weizen und Spelz 6—7,50 Mk. (5,50—6,50 Mk.); Gerste 5,50—7 Mk. (3—4 Mk.) und Hafer 5,50—7 Mk. (5—6 Mk.).

Bei der Besprechung dieser beiden Anträge ergriff zuerst das Wort der

Ministerpräsident, Reichskanzler Graf von Bülow[2]):

Zu den vorliegenden Anträgen der Abgeordneten Graf zu Limburg-Stirum und Genossen und der Abgeordneten Freiherr von Zedlitz und Neukirch und Genossen habe ich namens der Königlichen Staatsregierung folgende Erklärung abzugeben:

Die Königliche Staatsregierung lehnt es ab, an der Beratung dieser Anträge sich zu beteiligen.

(Bravo! links.)

Der dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Zolltarifs bildet einen nach langen und mühevollen Verhandlungen unter den verbündeten Regierungen zustande gekommenen Kompromiß. Nach der Reichsverfassung und insbesondere, nachdem der Entwurf eines Zolltarifgesetzes nebst Zolltarif im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt ist und zur Zeit den Gegenstand der Beratungen der zu diesem Zwecke gewählten Zolltarifkommission bildet, gehört diese Materie zur ausschließlichen Kompetenz des Reichstags.

(Sehr richtig! links.)

Die gleichzeitige Beratung dieses Gegenstandes in einzelstaatlichen Landtagen, und namentlich in demjenigen des größten Bundesstaates

(sehr richtig! links),

kann nur den Zweck verfolgen, von den parlamentarischen Körperschaften der Einzelstaaten aus eine Beeinflussung auf die Beschlußfassung des Reichstages auszuüben.

(Sehr richtig! links.)

Eine solche Tendenz würde dem Geiste der Reichsverfassung nicht entsprechen.

(Sehr richtig! links.)

Wie der Bundesrat sich bisher von Beratungen über solche Gegenstände im Reichstage ferngehalten hat, welche durch die Reichsverfassung dem Reichstage nicht zugewiesen, also der Zuständigkeit der Einzelstaaten vorbehalten sind, ebenso muß die Königliche Staatsregierung ihrerseits es sich versagen, ihren übrigens an zuständiger Stelle bereits wiederholt und unzweideutig dargelegten Standpunkt in der hier zur Diskussion stehenden

2) Sten. Ber. über die Verh. des Abg.-H., 19. Leg.-Per., IV. Session 1902, 80. Sitzung, Sp. 5675.

und zur Kompetenz des Reiches gehörenden Zollfrage in diesem hohen Hause des näheren zu entwickeln.

(Lebhaftes Bravo links. Zischen und Lachen rechts. Große Heiterkeit links.)

Der Antrag des Abgeordneten Grafen zu Limburg-Stirum wurde in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 79 Stimmen angenommen.

66. Aufhebung des Diktaturparagraphen.

Sitzung des Reichstages vom 7. Juni 1902.

Am 9. Mai hatte der Kaiser an den Statthalter von Elsaß-Lothringen Fürsten von Hohenlohe-Langenburg folgendes Telegramm gesandt:

„Um den Bewohnern von Elsaß Lothringen einen besonderen Beweis Meines Wohlwollens zu geben, sowie im Vertrauen auf die reichstreue und loyale Gesinnung, welche sich je länger desto mehr in der Bevölkerung der Reichslande befestigt hat, und die Mir bei Meinen wiederholten Besuchen dieser dem Vaterlande zurückgewonnenen Länder in unzweideutiger Weise entgegengetreten ist, will Ich Sie ermächtigen, wegen Aufhebung des § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871 [1]), betreffend die Einrichtung und Verwaltung, mit dem Reichskanzler in Verbindung zu treten, den ich ermächtigen werde, einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Bundesrate vorzulegen. Sie wollen diesen Meinen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis bringen. Hohkönigsburg, 9. Mai 1902. Wilhelm I. R."

Im Bundesrat wurde die Angelegenheit rasch erledigt, und schon am 7. Juni stand der Gesetzentwurf über die Aufhebung „der dem Statthalter in Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten" im Reichstage zur ersten Beratung.

Nachdem der freisinnige elsaß-lothringische Abgeordnete Riff seine freudige Zustimmung zu der Vorlage erklärt hatte, ergriff das Wort der

Reichskanzler Graf von Bülow [2]):

Ich danke dem Vorredner, ich danke dem Vertreter der Stadt Straßburg für die entgegenkommende und patriotische Art und Weise, in welcher

1) Dieser Paragraph lautete: „Bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit ist der Oberpräsident ermächtigt, alle Maßregeln zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet. Er ist insbesondere befugt, innerhalb des der Gefahr ausgesetzten Bezirkes diejenigen Gewalten auszuüben, welche durch § 9 des Gesetzes vom 9. August 1849 (Bulletin des lois Nr. 1511) den Militärbehörden für den Fall des Belagerungszustandes zuweist. Zu polizeilichen Zwecken, insbesondere auch zur Ausführung der vorbezeichneten Maßnahmen, ist der Oberpräsident berechtigt, die in Elsaß-Lothringen stehenden Truppen zu requirieren."

2) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 188. Sitzung, S. 5457 ff.

er sich ausgesprochen hat über den Ihnen, meine Herren, heute unterbreiteten Gesetzentwurf, und ich möchte meinerseits im Namen der verbündeten Regierungen der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Gesetzentwurf bei Ihnen eine ebenso willige Aufnahme finden möge, wie er sie im Bundesrat gefunden hat.

Der Herr Abgeordnete Riff hat die bisherige Geltung des § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871 über die Verfassung von Elsaß-Lothringen von seinem mir verständlichen Standpunkte aus beleuchtet. Ich möchte aber doch gegenüber diesem Teile seiner Ausführungen vom Standpunkte der verbündeten Regierungen das Nachstehende sagen.

Als wir uns, meine Herren, vor 30 Jahren das verlorene Gut an den Vogesen wiederholten, da war — wir können das heute ruhig aussprechen — die Mehrheit der elsaß-lothringischen Bevölkerung der Einverleibung in das Deutsche Reich nicht geneigt; sie hielt zum Teil den neuen Zustand für einen nur vorübergehenden, sie hoffte auf baldige Wiedereroberung durch Frankreich, an dem sie mit alten Erinnerungen und Gewohnheiten hing. Eine solche Stimmung der reichsländischen Bevölkerung konnte nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung der deutschen Regierung bleiben. Die Gleichstellung der Reichslande mit dem übrigen Reichsgebiet in den durch die Reichsgesetzgebung verliehenen politischen Rechten erfolgte demgemäß im Laufe der Zeit nur Schritt vor Schritt, ungefähr in dem gleichen Verhältnis, in welchem wir wahrnahmen, daß das Vertrauen in die neue Ordnung der Dinge in den Reichslanden wuchs, daß sich allmählich Zufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen anbahnte, daß das Interesse an Kaiser und Reich erstarkte.

Um aber die politische Entwickelung der Reichslande in ruhigen Bahnen zu halten, war es zunächst unerläßlich, Vorsorge zu treffen, um jeder Störung durch unruhige inländische oder ausländische Elemente von vornherein entgegenzutreten. Dazu bedurfte die Regierung außerordentlicher Vollmachten, zu denen in erster Linie der § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871, der sogenannte Diktaturparagraph, gehörte. Dieser Diktaturparagraph erteilte dem Oberpräsidenten die Ermächtigung, bei Gefahr für die öffentliche Ordnung ungesäumt diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche ihm zur Abwendung der Gefahren notwendig erschienen. Diese Bestimmung — daran möchte ich doch auch erinnern — knüpfte an an das bei der Annexion von Elsaß-Lothringen gültige französische Gesetz vom 9. August 1849, wonach die Kaiserlichen Behörden in Elsaß-Lothringen bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit den Belagerungszustand proklamieren konnten. Während aber in solchen

Fällen in Frankreich die vollstreckende Gewalt von den Zivilbehörden an die Militärbefehlshaber überging, wurde in Elsaß-Lothringen auf Grund des Diktaturparagraphen jene Befugnis dem Oberpräsidenten als der obersten Zivilbehörde übertragen. Durch das Gesetz vom 4. Juli 1879 wurde, wie Ihnen bekannt ist, an Stelle des Reichskanzlers der Statthalter gesetzt, und nach dem § 2 dieses Gesetzes wurden dem Statthalter auch die außerordentlichen Befugnisse übertragen, welche auf Grund des Diktaturparagraphen bis dahin dem Oberpräsidenten zugestanden hatten.

Von den großen Machtvollkommenheiten, welche der Diktaturparagraph in die Hände der Zivilbehörde legte — auch darauf möchte ich heute hinweisen, und nicht bloß von dem Gesichtspunkte aus: de mortuis nil nisi bene, sondern vor allem, um der historischen Wahrheit gerecht zu werden —, haben die Behörden in Elsaß-Lothringen nur sehr selten und immer nur in zwei ganz bestimmten Richtungen Gebrauch gemacht. Sie haben diese Ermächtigung benutzt, einerseits um hier und da Personen auszuweisen, deren Verbleiben im Lande ihnen mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unverträglich erschien; andererseits haben sie diese Ermächtigung benutzt, um gelegentlich Preßerzeugnisse zu unterdrücken, welche nach ihrer Ansicht die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Seit 17 Jahren, seit dem Amtsantritt des verewigten Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst, ist der Diktaturparagraph überhaupt meines Wissens nur noch zwei- oder dreimal zur Anwendung gekommen. Wenn derselbe also auch die Bevölkerung der Reichslande tatsächlich nicht besonders bedrückt hat, so gebe ich dem Herrn Abgeordneten Riff doch darin vollkommen recht, daß der Diktaturparagraph von der Bevölkerung der Reichslande aufgefaßt wurde als ein Mißtrauensvotum, als eine Zurücksetzung gegenüber dem übrigen Teile der Reichsbevölkerung; daß seine Aufhebung von der Bevölkerung der Reichslande lebhaft gewünscht wurde, wie das schon die immer wiederholten und von dem Herrn Abgeordneten Riff soeben in Erinnerung gebrachten Anträge der elsaß-lothringischen Abgeordneten beweisen. Auch die Stimmung dieses hohen Hauses hat sich mehr und mehr zu Gunsten dieser Anträge gewendet, und ich kann dem Herrn Abgeordneten Riff versichern, daß es wirklich eine unbeabsichtigte Lücke ist, wenn von dieser Stellung des Reichstags jenen Anträgen gegenüber in der Begründung der Vorlage nicht die Rede ist. Es ist richtig und mir sehr wohl bewußt, daß derartige Anträge auf Aufhebung des Diktaturparagraphen in den Jahren 1873, 1877 und 1879 abgelehnt wurden; daß im Jahre 1885 ein dahingehender Antrag vom Antragsteller selbst nach längerer Diskussion als aussichtslos zurückgezogen wurde; daß 1893

der Antrag wiederum zur Besprechung kam und unerledigt blieb; daß er 1895 zum ersten Male angenommen wurde und dann wieder, wenn ich nicht sehr irre, vor zwei Jahren im Jahre 1900. Seine Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen sind nunmehr nach gründlicher Erwägung und nach reiflicher Prüfung von seiten der Landesbehörden wie von seiten des Reichskanzlers, von meiner Seite, zu der Ueberzeugung gelangt, daß die außerordentlichen Machtmittel des Diktaturparagraphen fortan entbehrt werden können.

Die Absicht, den Diktaturparagraphen als dauernde Einrichtung beizubehalten, hat bei den verbündeten Regierungen niemals bestanden. Schon im Frühjahr 1871 hat in diesem hohen Hause Fürst Bismarck hervorgehoben, daß die verbündeten Regierungen — so, glaube ich, drückte er sich aus — nicht das Bedürfnis empfänden, die Diktatur länger aufrecht zu erhalten, als dies notwendig sei, und daß sie sich die Frage der Aufhebung der Diktatur im Laufe der Zeit vorlegen würden. Der Diktaturparagraph war immer als eine außerordentliche Maßregel, als eine Waffe für eine gewisse Uebergangszeit gedacht.

Meine Herren, wenn der Herr Vorredner zu meiner Befriedigung sich durchaus einverstanden erklärt hat mit der Aufhebung des Diktaturparagraphen, so sind uns doch in der Presse, wie manchmal in ähnlichen Fällen, von beiden Seiten Vorwürfe gemacht worden. Auf der einen Seite sind wir gefragt worden, warum wir diesen Stein des Anstoßes nicht schon früher aus dem Wege geräumt hätten. Auf der anderen Seite habe ich auch gelesen, daß wir auf eine wertvolle Waffe zu früh verzichtet hätten.

Ich glaube, daß die Wahl des psychologischen Augenblicks, die Wahl des richtigen Moments für die Beseitigung des Diktaturparagraphen Sache derjenigen Organe war, die verantwortlich sind für die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen, also in erster Linie der Behörden in Straßburg selbst, die am besten ermessen können, ob sie ihren Aufgaben, ihren Pflichten auch ohne die außerordentlichen Machtmittel des Diktaturparagraphen genügen können. Durch die Aufhebung des Diktaturparagraphen wird anerkannt, daß es, dank der Machtstellung des Reichs, dank auch der alten Stammesgenossenschaft zwischen uns und den Alemannen zwischen Rhein und Vogesen, dank der sorgsamen Arbeit der Landesbehörden in Elsaß-Lothringen, gelungen ist, die Bevölkerung der Reichslande mehr und mehr mit der neuen Ordnung der Dinge zu versöhnen und ihr volles Vertrauen

einzuflößen in den Bestand der Zugehörigkeit von Elsaß-Lothringen zum Deutschen Reich. Die Auswanderung nach Frankreich hat nachgelassen in den letzten Jahren; die jetzige junge Generation in Elsaß-Lothringen dient lieber unter den deutschen Fahnen als die frühere: insbesondere — das hebe ich mit besonderer Befriedigung hervor — ist die Haltung des Landesausschusses immer ruhiger, sachlicher und loyaler geworden. Wenn vielleicht — ich scheue mich gar nicht, das auszusprechen — bei der älteren Generation hier und da noch Sympathien für Frankreich anzutreffen sind, so können wir doch die Erwartung hegen, die Erwartung, welcher der Herr Abgeordnete Riff zu meiner Freude Ausdruck gegeben hat, daß Bestrebungen, welche abzielen auf die Lostrennung der Reichslande vom Deutschen Reiche, bei der Masse der friedliebenden und fleißigen Bevölkerung von Elsaß-Lothringen keinen Anklang, keinen Erfolg haben werden. In dem Gefühl der Stärke, welche darin vor dem In- und Auslande für uns liegt, haben wir Vertrauen mit Vertrauen erwidern wollen in der Erwartung, daß die bestehende Gesetzgebung auch ohne die außerordentlichen Machtmittel des Diktaturparagraphen ausreichen wird, um das Reichsland ganz deutsch zu machen und zu erhalten. Es ist nicht dynastische Willkür, und es sind nicht diplomatische Kombinationen, sondern geschichtliche Notwendigkeiten und unveräußerliche Forderungen des deutschen Volkstums, welche die Zugehörigkeit von Elsaß-Lothringen für uns zu einer Bürgschaft für den Bestand des Reiches selbst gemacht haben. Die gemeinsame Kraft der deutschen Stämme hat dieses Band geschlungen, und wir können sagen, daß dasselbe seit einem Menschenalter nicht lockerer, nicht schwächer, sondern stärker geworden ist. Wir können unsere elsässischen und lothringischen Landsleute nicht wieder aus der nationalen Gemeinschaft entlassen, ohne unsere schwer erkämpfte nationale Einheit selbst zu gefährden. Ein erfolgreicher Zwang in dieser Richtung erscheint nach Lage der Dinge und im Hinblick auf unsere eigene Stärke, Gott sei Dank! ausgeschlossen, und freiwillig werden wir in eine neue Abtrennung jener alten Reichsgebiete niemals willigen.

Aber, meine Herren, auch in weiten Kreisen der elsaß-lothringischen Bevölkerung — und namentlich hierfür waren die Worte des Herrn Vorredners ein beredter Beweis — ist mehr und mehr die Einsicht zur Reife gekommen in die historische Notwendigkeit, welche das Schicksal der Reichslande unauflöslich verknüpft hat mit dem Schicksal des deutschen Volkes. Vertrauen sprach aus der hochherzigen Kundgebung Seiner Majestät des Kaisers, und ein Akt des Vertrauens wird es sein, wenn Sie aus dieser

Kundgebung die gesetzgeberische Schlußfolgerung ziehen, welche ich im Namen der verbündeten Regierungen von Ihnen erbitte.

Ich bin überzeugt, daß in diesem hohen Hause niemand sein wird, der nicht die Erwartung hegt, daß unsere elsaß-lothringischen Landsleute die Aufhebung des Diktaturparagraphen mit derselben Gesinnung aufnehmen werden, in welcher wir sie gewähren, nämlich mit deutscher Treue!

(Lebhaftes allseitiges Bravo.)

Die nächsten Redner waren drei Abgeordnete aus den Reichslanden: Roellinger, Dr. Hoeffel und Preiß, ferner die Abgeordneten Dr. Bachem und Bebel. Diesem antwortet zunächst

Reichskanzler Graf von Bülow[3]):

Meine Herren, ich darf es dem Herrn Staatssekretär für Elsaß-Lothringen überlassen, im Namen der reichsländischen Regierung auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel zu antworten. Die beiden Herren scheinen ein solches Vergnügen zu empfinden, sich nach längerer Trennung wiederzusehen[4])

(große Heiterkeit),

daß ich einer parlamentarischen Aussprache zwischen ihnen nicht vorgreifen möchte.

(Heiterkeit.)

Ich selbst will nur in Kürze auf einige Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Bebel erwidern.

Ich muß zunächst konstatieren — ich bin im Grunde nicht davon überrascht —, daß, wie der Herr Abgeordnete Bebel während unserer ganzen chinesischen Aktion chinesischer war als die Chinesen, so ist er jetzt mehr Protestler als der enragierteste Protestler in Elsaß-Lothringen.

(Sehr wahr! rechts. Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Mit um so größerer Genugtuung habe ich soeben gehört, in welcher Weise sich die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen ausgesprochen haben über die Aufhebung des § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871. Der einzige Mißklang, meine Herren, welcher in diese Debatte getragen worden ist,

3) A. a. O. S. 5466.

4) Als Staatssekretär von Köller noch Oberpräsident von Schleswig-Holstein war (Aug. 1897 bis Aug. 1901), hat ihn wegen der von ihm verfügten Ausweisungen von Dänen der Abg. Bebel besonders befehdet.

kam nicht von den Vertretern von Elsaß-Lothringen. Nun glaube ich aber doch, meine Herren, daß die Vertreter von Elsaß-Lothringen die Stimmung, die Ansichten, die Anschauungen und die Absichten der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen richtiger wiedergeben, als dies der Herr Abgeordnete Bebel getan hat. Wenn der Abgeordnete Bebel zu meinem Bedauern gemeint hat, daß die Art und Weise, wie namentlich die Herren Abgeordneten Riff, Hoeffel und Roellinger sich ausgesprochen haben über die Aufhebung des Diktaturparagraphen, — daß diese Art und Weise übertrieben und deplaciert gewesen wäre, so antworte ich darauf, die Art und Weise, wie die Herren aus Elsaß-Lothringen sich ausgesprochen haben, war ebenso würdig, wie sie patriotisch war.

(Bravo! rechts.)

Nun hat der Abgeordnete Bebel weiter gemeint, mir sei die Stellung des Reichstags zu den wiederholten Anträgen auf Aufhebung des Diktaturparagraphen unbekannt gewesen. Es ist mir wirklich unbegreiflich, wie der Abgeordnete Bebel das hat sagen können, wo ich ausdrücklich hier die verschiedenen Jahreszahlen angeführt habe[5])

(sehr richtig),

wo ich gesagt habe, daß 1874, 1877, 1879 die Anträge auf Beseitigung des Diktaturparagraphen abgelehnt wurden, daß derselbe Antrag 1885 wieder eingebracht wurde, dann 1893, 1895 wurde er zum erstenmal angenommen und zum zweiten Male im vorvergangenen Jahr, also 1900. Ich wiederhole gegenüber dem Herrn Abgeordneten Bebel: wenn in der Begründung nicht darauf Bezug genommen wird, so war das von meiner Seite eine durchaus unabsichtliche Lücke. Der Herr Abgeordnete Bebel, der selbst ein viel beschäftigter Mann ist, wird mir zugeben, daß einem so etwas unterlaufen kann. Ich habe die Begründung, die in Straßburg aufgestellt ist, gelesen und geprüft, dabei aber nicht an jene Reichstagsanträge gedacht und das deshalb in meiner Rede soeben nachgeholt.

Nun galt ein großer Teil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel dem Versuch, einen Widerspruch zu konstatieren zwischen der jetzigen Aufhebung des Diktaturparagraphen und der dreißigjährigen Aufrechterhaltung dieser gesetzlichen Bestimmung. Ich habe mich aber ebenfalls schon soeben bemüht, nachzuweisen, daß die Haltung der deutschen Regierung der Stimmung der elsaß-lothringischen Bevölkerung entsprechen müßte, und diese Stimmung war zu unserer Freude, zu unserer Genug-

5) Vgl. oben, S. 331 f.

tung immer ruhiger, immer sachlicher und immer loyaler geworden, und daraus haben wir das Fazit gezogen durch die Aufhebung des Diktaturparagraphen.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Bebel gemeint, bei der Aufhebung des Diktaturparagraphen wäre der Reichskanzler ausgeschaltet worden. Ich habe soeben gesagt, die Aufhebung des Diktaturparagraphen ist erfolgt nach gründlicher Prüfung der Verhältnisse von seiten der elsaß-lothringischen Behörden und von meiner Seite, und ich kann hinzufügen, daß ich seit meinem Amtsantritt sowohl mit dem Herrn Statthalter von Elsaß-Lothringen, wie mit dem Herrn Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, wie mit einer Reihe von elsaß-lothringischen Notabilitäten und Beamten über diese Frage eingehende Rücksprache genommen habe, und daß ich auf diesem Wege zu der Ueberzeugung von der Entbehrlichkeit des Diktaturparagraphen gelangt bin und dieser Ueberzeugung gegenüber Seiner Majestät dem Kaiser Ausdruck gegeben habe.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat weiter gefragt, ob irgendwelcher Zusammenhang bestände, zwischen dem Bau der Hohkönigsburg und der Aufhebung des Diktaturparagraphen. Ich säume keinen Augenblick, darauf zu erwidern, daß zwischen diesen beiden Angelegenheiten nicht der mindeste Nexus besteht.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

— Meine Herren, Ihre Heiterkeit ändert nicht das Mindeste an der Richtigkeit dieser meiner Erkärung. Ich bin neugierig, ob Sie irgendwelchen tatsächlichen Beweis, irgend einen anderen Beweis gegen meine Erkärung vorbringen können als bloßes Gelächter.

Wenn die Aufhebung des Diktaturparagraphen im Interesse der Sicherheit des Reichs nicht möglich gewesen wäre, so würde derselbe nicht beseitigt worden sein, selbst wenn der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen die Mittel für die Restaurierung von hundert Vogesen-Burgen bewilligt hätte. Wenn aber die Aufhebung des Diktaturparagraphen möglich war, wenn sie nützlich war, so mußte der Diktaturparagraph verschwinden, auch wenn auf der Hohkönigsburg kein Stein umgedreht wurde. Daß der Erlaß Seiner Majestät des Kaisers — ich glaube, es war am 9. Mai dieses Jahres — von der Hohkönigsburg datiert wurde, das war ein Hinweis auf die Vergangenheit, auf die deutsche Vergangenheit der Reichslande, und das ist in den Reichslanden sehr wohl verstanden worden.

Endlich, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Bebel auch gestreift die staatsrechtliche Stellung der Reichslande. Ich glaube, daß die Mehr-

heit dieses hohen Hauses es verstehen wird, wenn ich von dieser Stelle aus heute auf diese Frage nicht eingehe.

(Sehr richtig! rechts.)

Das sind sehr komplizierte, sehr weitreichende, sehr schwerwiegende Fragen, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Ich will deshalb nur so viel sagen, daß für die innere Entwicklung von Elsaß-Lothringen, für seine staatsrechtliche Stellung auch ferner für mich zwei Gesichtspunkte maßgebend sein werden: die Fürsorge für die Sicherheit des Reichs, für die Integrität des Reichs, die Rücksicht auf die europäische Gesamtlage und auf den europäischen Frieden auf der einen Seite — und auf der anderen Seite die Haltung der elsaß-lothringischen Bevölkerung gegenüber dem Deutschen Reich, das Tempo ihrer Verschmelzung mit dem Deutschen Reich. Von diesen beiden Gesichtspunkten aus werde ich auch ferner alle elsaß-lothringischen Fragen behandeln.

(Lebhaftes Bravo.)

An diese Rede des Reichskanzlers schloß sich unmittelbar die Antwort des Staatssekretärs für Elsaß-Lothringen von Köller an den Abgeordneten Bebel. Aber auch der Reichskanzler hatte noch einiges nachzuholen gegen die erste und verband damit eine kurze Erwiderung auf eine zweite Rede des genannten Abgeordneten.

Reichskanzler Graf von Bülow[6]):

Ich habe zunächst gegenüber dem Herrn Abgeordneten Bebel ein Versäumnis nachzuholen, auf welches ich von befreundeter Seite aufmerksam gemacht worden bin. Ich habe vergessen, gegenüber dem Herrn Abgeordneten Bebel hervorzuheben, daß jener Artikel der „Kölnischen Zeitung", auf den er Bezug nahm, weder direkt noch indirekt von mir inspiriert war[7]). Selbst gut orientierte Blätter können einmal nicht ganz au courant sein. Wenn der Herr Abgeordnete Bebel mich bei dieser Gelegenheit auch verantwortlich gemacht hat für eine Auslassung der „Münchener Neuesten Nachrichten", ja, meine Herren, das ist ein Blatt, das mich nicht selten angreift. Ich nehme es wirklich keinem Blatt übel, wenn es mich angreift.

(Heiterkeit rechts.)

6) A. a. O. S. 5475 f.

7) Abg. Bebel hatte gesagt, daß die „Kölnische Zeitung" in einem wahrscheinlich von Berlin aus inspirierten Artikel nach am 10. Mai ausgeführt hätte, die Reichsregierung könne im Hinblick auf mögliche Zwischenfälle eine Waffe nicht aus der Hand geben, die unter Umständen vielleicht eine sehr einschneidende Bedeutung erhalten würde.

— Ich nehme es auch der „Deutschen Tageszeitung" nicht übel, Herr Oertel. Aber daß man mir solche Blätter, welche mich angreifen, noch als offiziös imputiert, das hat mich selbst von dem Herrn Abgeordneten Bebel überrascht!

Wenn nun der Herr Abgeordnete Bebel sich in seiner zweiten Rede darüber aufgehalten hat, daß einem geschätzten Mitglied dieses Hauses, dem Baron Schmid[8]), eine militärische Beförderung zu teil geworden ist, so wird doch auch der Herr Abgeordnete Bebel nicht bestreiten können, daß Se. Majestät der Kaiser auf Grund Seiner Kommandogewalt dazu berechtigt war, diese Beförderung vorzunehmen. Wenn aber der Herr Abgeordnete Bebel für diese Beförderung ein Hindernis darin erblickt hat, daß der Herr Abgeordnete Baron Schmid in einer fremden Sprache aufgewachsen sei und, wie angedeutet wurde, früher dem französischen Heere angehört habe, so erwidere ich, daß mir jeder Elsaß-Lothringer willkommen ist, der sich offen, loyal und rückhaltlos auf den Boden der bestehenden Verhältnisse stellt, und ich bin fest überzeugt, daß der Baron Schmid sich sehr wohl der Pflichten bewußt ist, welche ihm die Ehre auferlegt, die preußische Uniform zu tragen.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, aus Ihnen bekannten Gründen werde ich auf die Verhältnisse in den gemischtsprachigen Provinzen der preußischen Monarchie hier nicht eingehen. Diese Verhältnisse sind innere Angelegenheiten eines deutschen Bundesstaates; sie sind innere Angelegenheiten der preußischen Monarchie, und ich habe schon einmal hier dargelegt, daß solche Angelegenheiten nach der Ansicht der verbündeten Regierungen nicht vor das Forum dieses hohen Hauses gehören. Von diesem von den verbündeten Regierungen stets festgehaltenen Grundsatz kann ich mich auch durch die Darlegungen des Herrn Abgeordneten v. Głębocki nicht abbringen lassen. Wenn der Herr Abgeordnete v. Głębocki im preußischen Abgeordnetenhause seine Klagen und Wünsche vorbringen will, so werde ich ihm Rede und Antwort stehen. Hier ist es mir verfassungsmäßig nicht möglich, denn ich habe die Pflicht, den Einzelstaaten die durch die Verfassung ihnen gewährleisteten Befugnisse, ihre verfassungsmäßige Zuständigkeit, zu wahren.

8) Der Fabrikbesitzer Franz Xavier Baron de Schmid in Saaralben, Abgeordneter des 12. els.-lothr. Wahlkreises Saargemünd, geb. 1858, hatte seine Vorbildung in Paris erhalten, 1880—1883 bei der französischen Kavallerie gedient, war dann aus dem französischen Heere und Untertanenverhältnis ausgeschieden und nach Saaralben übergesiedelt. Der Kaiser stellte ihn im Frühjahr 1902 à la suite des Deutzer Kürassier-Regiments.

Der Herr Abgeordnete v. Glebocki hat endlich auf die Rede Bezug genommen, welche Seine Majestät der Kaiser vorgestern in der Marienburg gehalten hat. Hierauf erwidere ich ihm, daß diese Rede nur der Ausdruck war monarchischen Pflichtgefühls in Wahrung der Einheit der preußischen Monarchie.

(Lebhaftes Bravo.)

Es war vollkommen in der Ordnung, daß Seine Majestät der Kaiser

(Widerspruch bei den Polen)

— gewiß, meine Herren, es war ganz und gar in der Ordnung, daß Seine Majestät der Kaiser gerade in der Marienburg diese Worte gesprochen hat[9]). Denn wie der Straßburger Münster im Westen, so ist die Marienburg im Osten ein mahnendes Wahrzeichen, die Grenzen des Deutschen Reichs und deutschen Volkstums zu schirmen.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Der Gesetzentwurf wurde an diesem Tage in erster und zweiter, am 9. Juni in dritter Beratung angenommen; das Gesetz trägt das Datum des 18. Juni 1902.

---

67. Brüsseler Zuckerkonvention.

Sitzung des Reichstages vom 11. Juni 1902.

Der Reichstag stand unmittelbar vor seiner Vertagung; es fanden deshalb an diesem Tage zwei Sitzungen statt, um 9 und um 3 Uhr; in der ersten wurde das Süßstoffgesetz in der zweiten, in der zweiten Sitzung in der dritten Beratung erledigt, ebenso in dritter Beratung die Abänderung des Zuckersteuergesetzes, der „Vertrag über die Behandlung des Zuckers", und zuletzt wurde die Schlußabstimmung über die Abänderung des Branntweinsteuergesetzes vorgenommen. Am Sonnabend den 7. Juni hatte die

9) Am 5. Juni. Wörtlich: „Ich habe schon einmal Gelegenheit genommen, in dieser Burg und an dieser Stelle zu betonen, wie die alte Marienburg, dies einstige Bollwerk im Osten, der Ausgangspunkt der Kultur der Länder östlich der Weichsel, auch stets ein Wahrzeichen für deutsche Aufgaben bleiben soll. Jetzt ist es wieder so weit: polnischer Uebermut will dem Deutschtum zu nahe treten, und Ich bin gezwungen, Mein Volk aufzurufen zur Wahrung seiner nationalen Güter. Und hier in der Marienburg spreche Ich die Erwartung aus, daß alle Brüder des Ordens St. Johanns immer zu Diensten stehen werden, wenn Ich sie rufe, deutsche Art und Sitte zu wahren, und in diesem Wunsche und in dieser Hoffnung erhebe Ich Mein Glas auf das Wohl des Durchlauchtigsten Herrenmeisters und des Ordens St. Johanns."

Kommission ihren Bericht über die Zuckerkonvention festgestellt, Montag den 9. und Dienstag den 10. Juni hatte die zweite Beratung dieser Vorlage stattgefunden.

Die Kommission hatte beantragt, „daß die Ratifikation der Brüsseler Konvention nicht früher erfolgen darf, als das Gesetz wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist“. Hierzu wieder hatten die Abgeordneten Herold, Graf Kanitz und von Kardorff das Amendement gestellt: „daß die Kündigung des Vertrages für den 1. September 1908 und die späteren Jahre rechtzeitig zu erfolgen hat, falls der Reichstag die Zustimmung zur Verlängerung nicht vorher gegeben hat“. In einem Zusatzantrage zu dem Antrag Herold und Gen. endlich beantragten die Abgeordneten Dr. Barth und Gen., daß die Zustimmung des Reichstages auch zu einer Kündigung der Verträge ausgesprochen werden soll.

Gegen den Antrag Herold und Gen. wandte sich der Abgeordnete Dr. Barth bei der Generaldiskussion der dritten Beratung. Er wies u. a. darauf hin, daß auch der Abgeordnete Fürst Bismarck zu den Antragstellern gehöre, und meinte, daß der erste Reichskanzler einen derartigen Antrag als Ausdruck von Konventsgelüsten behandelt haben würde.

Alsbald griff der Präsident in die Debatte mit der Erklärung ein, daß er keinen der zur Vorlage der verbündeten Regierungen gestellten Anträge zur Abstimmung bringen werde:

„Unsere Geschäftsordnung kennt nur zwei Wege, auf welchen Vorlagen der verbündeten Regierungen verabschiedet werden: dieselben werden, nachdem sie eventuell geschäftsordnungsmäßig abgeändert sind, vom Reichstag angenommen oder abgelehnt. Eine Annahme, welche an Bedingungen, Voraussetzungen oder Erwartungen geknüpft ist, kennt unsere Geschäftsordnung nicht. Daher bin ich nicht in der Lage, den Antrag ad 1 der Kommission sowie den Antrag Herold mit dem dazu gestellten Zusatzantrag hier zur Abstimmung zu bringen.“

In unmittelbarem Anschluß daran ergriff das Wort der

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Auch abgesehen von den geschäftsordnungsmäßigen Bedenken, welche der Herr Präsident des Reichstags soeben erhoben hat, halte ich es für meine Pflicht, zu der von dem Herrn Abgeordneten Dr. Barth in die Generaldiskussion einbezogenen Frage des Antrags der Herren Abgeordneten Herold, Graf v. Kanitz, v. Kardorff und Müller auch meinerseits sachlich Stellung zu nehmen. Namens der verbündeten Regierungen muß ich diesen Antrag für unannehmbar erklären. Wenn die verbündeten Regierungen im vorliegenden Falle dem in diesem Antrag enthaltenen Grundsatze zustimmen würden, so könnte die gleiche Forderung aus dem Reichstage heraus gegenüber allen kündbaren, internationalen Abkommen des Reichs erhoben werden.

(Sehr richtig!)

Dies hohe Haus hat als gesetzgebende Versammlung zu erwägen und zu beschließen, ob es einem ihm von den verbündeten Regierungen vorgelegten

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 192. Sitzung, S. 5609.

derartigen internationalen Abkommen seine Zustimmung erteilen will oder nicht. Ist die Zustimmung aber erteilt, so muß es der Erwägung der verbündeten Regierungen überlassen bleiben, selbst den Zeitpunkt zu wählen, welcher geeignet ist, den bestehenden Zustand zu ändern und die durch den Vertrag für das Reich geschaffenen Verhältnisse auf eine neue Grundlage zu stellen. Eine vorherige parlamentarische Erörterung dieses Zeitpunkts und die öffentliche Mitteilung der maßgebenden Erwägungen ist sachlich ausgeschlossen. Selbstverständlich werden bei der Wahl des Kündigungszeitpunkts für Verträge, welche Interessen der Landwirtschaft berühren, diese Interessen seitens der verbündeten Regierungen besondere Beachtung und Berücksichtigung finden. Der Exekutive muß aber das Recht gewahrt bleiben, nach ihrem Ermessen und der jeweiligen Sachlage auch die Kontinuität eines bestehenden Zustandes bis auf weiteres aufrechtzuerhalten.

Diese Gründe sind so schwerwiegender staats- und völkerrechtlicher Natur, daß die verbündeten Regierungen nicht in der Lage sind, auf jenes Recht zu verzichten. Die Annahme des Antrages Herold würde daher für die verbündeten Regierungen gleichbedeutend mit der Ablehnung der Konvention sein.

(Bewegung.)

Als letzter Redner in der Generaldiskussion wandte sich der Abgeordnete Fürst Bismarck gegen den Angriff des Abgeordneten Dr. Barth. Er sagte u. a.:

„Ferner ist gerade der Herr Abgeordnete Barth wohl der am wenigsten berufene Interpret eventueller Stellungnahme auf wirtschaftlichem Gebiete des ersten Reichskanzlers. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Ich will auf das Sachliche nicht weiter eingehen, sondern meine Unterschrift nur damit erklären, daß man hier einer in gewissem Sinne einem Sprung ins Dunkle zu vergleichenden Maßnahme gegenüberstand, die nach Auffassung der meisten Kommissionsmitglieder doch sehr übers Knie gebrochen war.

„In Bezug auf die eventuelle Stellungnahme des ersten Reichskanzlers und die Verbindung, in die der Herr Abgeordnete Barth mich damit zu bringen für gut befand, möchte ich nur sagen: tempora mutantur — damals waren andere Zeiten, als der erste Reichskanzler die deutschen Interessen zu vertreten hatte." (Sehr richtig! und bravo! rechts. Lachen links.)

Darauf antwortete in der Spezialberatung

Reichskanzler Graf von Bülow[2]):

Meine Herren, ich kann eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Fürst von Bismarck nicht unerwidert lassen. Der Herr Abgeordnete hat gemeint, die Brüsseler Zuckerkonvention sei übers Knie ge-

2) A. a. O., S. 5613.

brochen und ihre Annahme würde ein Sprung ins Dunkle sein. Das vermag ich nicht zuzugeben. Ich habe mich seinerzeit bei der ersten Lesung der Konvention nicht gegen eine Kommissionsberatung ausgesprochen, ich habe dem Vorschlag des Herrn Staatssekretärs des Reichsschatzamts, während der Pfingstpause dieses hohen Hauses, noch Sachverständige der Zuckerindustrie zu vernehmen, bereitwillig zugestimmt. Was ich während der ersten Lesung der Vorlage gesagt habe, daß diese Vorlage nicht über das Knie gebrochen, daß sie nicht durchgepeitscht werden sollte, diese Zusage glaube ich auf das gewissenhafteste eingelöst zu haben.

(Sehr richtig! links.)

Jetzt aber, meine Herren, wer zwei Monate nach der Veröffentlichung der Konvention, wer angesichts des ungeheuren Materials, das über die Konvention vorliegt, und — ich gestatte mir hinzuzufügen — wer nach einer dreitägigen Debatte über die Konvention noch nicht weiß, welche Stellung er gegenüber der Konvention einnehmen soll — ja was soll ich davon denken!

(Große Heiterkeit.)

Nachdem, meine Herren, die Sachlage nunmehr völlig aufgeklärt und gründlich geprüft worden ist, glaube ich allerdings, daß ich mit gutem Gewissen im Namen der verbündeten Regierungen an dieses hohe Haus die Aufforderung richten kann, der Brüsseler Konvention Ihre Zustimmung zu erteilen.

(Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.)

Abgeordneter Fürst Bismarck verteidigt in längeren Darlegungen seine Auffassung, daß es sich bei der Konvention um einen Sprung ins Dunkle handle. Manche von den ältesten und angesehensten Abgeordneten seien angesichts des „ungeheuren Materials“, von dem auch der Reichskanzler gesprochen, noch im Zweifel, wie sie ihre Stimme abgeben sollten. Einer seiner Nachbarn habe gestern eine Liste von 60—70 großen Zuckerfabriken da gehabt, die sich gegen die Konvention erklärten. Diese Tatsache zeige deutlich, daß das Ganze noch nicht genügend geklärt sei.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Ich werde den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fürsten von Bismarck nur einen kurzen Satz entgegenstellen. Ich habe als erster Beamter im Reich nicht allein die Pflicht, die Interessen von Zuckerfabriken zu berücksichtigen, sondern vor allen Dingen habe ich die Pflicht, die Interessen der Gesamtheit zu wahren.

(Bravo!)

Und ich glaube, daß die Interessen der Allgemeinheit am besten gewahrt werden durch die Annahme der Konvention.

(Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.)

Abg. Fürst von Bismarck nimmt ebenso für alle Abgeordneten in Anspruch, daß sie die Interessen der Allgemeinheit vertreten; er weise die Andeutung von sich, als ob er ein Interessent an Zuckerfabriken wäre, und als ob er für deren Spezialzwecke eingetreten wäre. Er habe der Ueberzeugung der Zuckerfabriken nur ein gewisses Gewicht vindiziert, im übrigen aber seine Meinung lediglich vom allgemeinen Standpunkte dahin ausgesprochen, daß zu eilig vorgegangen sei.

Nach dieser Auseinandersetzung wurde zur namentlichen Abstimmung geschritten; sie ergab die Annahme der Vorlage mit 209 gegen 103 Stimmen.

Dann wurde der Reichstag bis zum 14. Oktober vertagt.

---

68. Polenvorlage.

Sitzung des Herrenhauses vom 12. Juni 1902.

Nachdem der Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen vom Abgeordnetenhause am 7. Juni unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen worden war, kam er im Herrenhause zur Beratung. Der erste Redner von Koscielski schildert die Polen nicht als gewappnete und gefahrdrohende, sondern als nackte, mit Beulen und Wunden bedeckte Leute. Ein Programm hätten sie allerdings; das bestände aber nur aus den beiden Punkten: „wir bleiben Polen, was da kommen mag; wir lassen uns durch keine noch so fein gesponnenen Bemühungen dahin verleiten, den Rechtsboden zu verlassen; denn das Recht ist unsre Kraft“.

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Ich sehe mich genötigt, meine Herren, die Ausführungen des Herrn Vorredners in einigen wesentlichen Punkten richtig zu stellen, und ich möchte gleichzeitig in aller Kürze die Gesichtspunkte hervorheben, welche für die Politik der Königlichen Staatsregierung in den gemischtsprachigen Provinzen maßgebend sind. Ich werde mich dabei aller Hypnotisierungskünste[2]) enthalten, ich habe wirklich gar nichts vom Magnetiseur an mir, sondern ich werde die Lage so schildern, wie sie tatsächlich ist.

1) Sten. Ber. über die Verh. d. H.-H. 1902, 13. Sitzung, S. 926 ff.

2) Der Vorredner hatte gesagt: „Es ist erstaunlich, wie leicht sich auch die vernünftigsten Menschen hypnotisieren lassen. Wir haben es vor kurzem bei dem großem Hundertmillionenschwindel (Zwischenruf des Grafen Hohenthal-Hohenprießnitz) — — Ja, meine Herren, ich habe eben gedacht an den Hundertmillionenschwindel der Madame Humbert in Paris. Wenn Sie an einen andern Millionenschwindel gedacht haben, so ist das nicht meine Sache.“

Die Entwicklung der preußischen Monarchie hat uns gezwungen, Teile, Fragmente, Bruchstücke fremder Nationalitäten in den preußischen Staatsverband aufzunehmen. Unsere Könige haben diesen anderssprachigen Elementen alle Wohltaten der deutschen Kultur und die Segnungen preußischer Verwaltung zu teil werden lassen. Im preußischen Staatsverbande haben die anderssprachigen Elemente eine Kultur erlangt, die ihnen früher unbekannt war und die sie aus eigener Kraft schwerlich erreicht haben würden. Wir haben diesen anderssprachigen Staatsangehörigen auch das volle Bürgerrecht bei uns eingeräumt; wir haben ihnen alle verfassungsmäßigen Rechte zu teil werden lassen, welche den übrigen preußischen Staatsbürgern zustehen. Ich verstehe darum nicht, wie am Schlusse seiner Ausführungen Herr von Koscielski hat sagen können, daß unter den verschiedenen Traumbildern, die nach und nach vor seinen Augen zerronnen wären, auch dasjenige des preußischen Rechtsstaates sich befände. Dieser preußische Rechtsstaat besteht nach wie vor und besteht auch gegenüber unseren polnischen Mitbürgern. Aber eins können wir allerdings nicht tun, und daß wir das nicht tun können, ist wohl der Hauptgrund für die Klagen des Herrn von Koscielski, wir können anderssprachigen Elementen, fremden Nationalitäten bei uns keine Autonomie einräumen.

(Sehr richtig!)

Denn der Preußische Staat ist ein Einheitsstaat, und der Preußische Staat ist ein deutscher Staat, er ist der deutsche Staat κατ' ἐξοχήν, und sein geschichtlicher Beruf besteht darin, überall das Deutschtum zu schützen und zu fördern. Zentrifugale Tendenzen lassen wir nicht zu, und für föderative Gestaltungen, wie sie vielleicht Herrn von Koscielski vorschweben mögen, ist bei uns kein Raum.

(Sehr richtig!)

Nun hat Herr von Koscielski gesagt, daß er und seine Freunde auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse stünden. Meine Herren, ich denke nicht daran, an dem guten Glauben des Herrn von Koscielski zu zweifeln. Ich zweifle selbstverständlich nicht an der vollen Loyalität irgend eines polnischen Herrn in diesem Hohen Hause. Ich glaube aber doch sagen zu dürfen, daß mit dieser seiner so korrekten und richtigen Auffassung Herr von Koscielski unter seinen politisch tätigen Landsleuten ziemlich vereinzelt dasteht

(sehr richtig!):

rara avis nans in gurgite vasto.

Ich glaube, meine Herren, daß Herr von Koscielski nicht daran denkt, sich irgendwie an politischen Bestrebungen zu beteiligen, die auf eine Loslösung der gemischt-sprachigen Provinzen, der östlichen Provinzen von der Preußischen Monarchie gerichtet wären. Ich glaube aber, meine Herren, daß sein Einfluß auf die polnische Agitation nicht so groß ist, als ich dies bei seinen vortrefflichen Anschauungen wünschen möchte.

(Heiterkeit.)

Ich glaube, daß er mehr geschoben wird, als daß er schöbe, und ich glaube, daß, wenn je wieder kritische Zeiten kämen, das revolutionäre Element in der polnischen Agitation gegen diese Herren gerade so wieder auftreten würde, wie das im Jahre 1848 der Fall gewesen ist.

Meine Herren, es ist unbestreitbar, daß trotz aller Wohltaten, die die Preußische Regierung und die Preußische Verwaltung unsern anderssprachigen Landsleuten haben zu teil werden lassen, doch Bestrebungen im Gange sind, welche am letzten Ende abzielen auf die Trennung der gemischtsprachigen Provinzen von der Preußischen Monarchie

(sehr richtig!),

und daß diese Bestrebungen von der polnischen Agitation mit steigender Leidenschaftlichkeit verfolgt werden. Es ist unbestreitbar, daß diese großpolnische Agitation die preußische Staatsidee, das deutsche Volkstum und die deutsche Sprache heftiger und bitterer als seit lange befehdet, daß sie die Wiederaufrichtung eines selbständigen polnischen Reiches unverhüllter als seit lange in den Vordergrund schiebt.

(Sehr richtig!)

Und das ist es, was diese Frage nach meiner Ansicht zu einer der wichtigsten Fragen unserer inneren Politik, was sie zur wahren Schicksals- und Zukunftsfrage für die Preußische Monarchie macht, daß sie an die Fundamente greift, auf welchen die Preußische Monarchie und mit der Preußischen Monarchie das Deutsche Reich ruht. Herr von Koscielski hat eben gesprochen von der Harmlosigkeit der polnischen Agitation. Nun, meine Herren, mir ist heute morgen noch vorgelegt worden ein Ausschnitt aus einer geachteten und verbreiteten polnischen Rundschau, in der es heißt:

> Es ist kein Polen denkbar ohne Oberschlesien, ohne Posen, ohne Westpreußen, auch sogar ohne Ostpreußen; für den preußischen Staat bedeutet der Verlust dieser Provinzen, deren Grenzen

nur wenige Meilen von Berlin entfernt liegen, gleichsam Vernichtung, Umsturz seiner Macht, sogar Verlust seines Namens.... Preußen verlöre den vierten Teil seiner Bevölkerung und würde zum Standpunkt und zur Benennung „Brandenburg" zurücksinken .... Wir können nicht zugeben, daß man uns aus der Wiege unseres Landes und unserer Nation herausdrängt und uns verhindert, an das Meer zu gelangen, eine für die Entwicklung einer großen zeitgemäßen Nation unumgängliche Bedingung. Diesen Landstrichen, welche sich heute unter preußischer Herrschaft befinden, kann Polen um keinen Preis entsagen. Bülow meint, die preußische Regierung verstände keinen Spaß in der polnischen Angelegenheit, aber auch wir kennen keinen Spaß in der Frage um unser Sein, um unsere Zukunft.

Ihnen, meine Herren, brauche ich nicht zu sagen, daß diese sehr prägnanten Ausführungen in einer Beziehung zweifellos das Richtige treffen. Der Verlust der Provinz Posen würde in der Tat die preußischen Landesgrenzen auf wenige Eisenbahnstunden an Berlin heranschieben, und ohne Westpreußen würde Ostpreußen ein unhaltbarer Besitz werden. Wenn die letzten Ziele der großpolnischen Agitation auch nicht immer so unverhüllt verraten werden, so habe ich doch noch vor kurzem in einem in Deutschland, in Preußen, in Westpreußen, in Graudenz erscheinenden polnischen Blatte gelesen — man hat sogar die Liebenswürdigkeit gehabt, von polnischer Seite mir dieses Blatt zuzuschicken —, daß aus Posen, Oberschlesien, Westpreußen und Masuren ein eigenes polnisches Gebiet gebildet werden soll unter einem polnischen Statthalter und mit einem eigenen polnischen Landtage. Gleichzeitig wurde ich aufgefordert, zu den verehrten Kollegen, die ich schon habe, mir noch einen besonderen Minister-Kollegen für polnische Angelegenheiten zuzulegen.

(Heiterkeit.)

Wer das sein sollte, ist mir aber noch nicht gesagt worden.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, wenn wir uns gegen solche Bestrebungen wehren, wenn wir unsern Besitz gegenüber einer solchen Agitation schützen, so erfüllen wir einfach unsere Pflicht. Es ist die Pflicht der Königlichen Staatsregierung, gegenüber Bestrebungen, die in das feste Gefüge des Preußischen Staats einen feindlichen Keil hineintreiben wollen, alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, ne quid detrimenti capiat res publica. Und ein Glied in der Kette dieser Maßnahmen ist auch der Gesetzentwurf, der Ihnen heute unterbreitet worden ist.

Was den Inhalt dieses Gesetzentwurfs anbetrifft, so kann ich mich im wesentlichen beziehen auf die ihm beigegebene Begründung. Ich möchte hier nur zwei Gesichtspunkte noch besonders hervorheben. Ich möchte zunächst sagen, daß kein Widerspruch besteht zwischen diesem unserm Gesetzentwurf und jenem Gesetze vom 26. April 1886, mit welchem seiner Zeit Fürst Bismarck unsere ganze Ostmarkenpolitik eingeleitet hat. Denn Artikel I unseres neuen Gesetzentwurfs, welcher die Verstärkung des Ansiedelungsfonds um 150 Millionen enthält, bewegt sich durchaus im Geleise des Gesetzes vom 26. April 1886. Artikel II, wonach neben der Aufteilung von Gütern und ihrer Besiedelung mit deutschen Bauern auch noch der Domänenbesitz verstärkt werden soll, entspricht, wie vor kurzem im andern Hause hervorgehoben worden ist durch einen früheren Mitarbeiter des Fürsten Bismarck, Herrn von Tiedemann, und wie der verewigte Fürst selbst in einer Ansprache an die Deutschen aus Posen im Jahre 1894 hervorgehoben hat, den ursprünglichen Absichten des Fürsten Bismarck. Er steht aber auch nicht im Gegensatze zu der Fassung, welche das Gesetz vom 26. April 1886 schließlich erhalten hat. Wie ich mir erlaubt habe, früher im Abgeordnetenhause zu sagen, können diese beiden Aktionen, die Ansiedelungsaktion und die Domänenaktion, sehr wohl neben einander gehen; sie schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern sie ergänzen einander. Die Hauptaufgabe bleibt bestehen; daneben wird noch eine andere Aufgabe gelöst.

Die Hauptsache bleibt natürlich, neue bäuerliche Ansiedelungen zu schaffen. Das würde aber zu langsam gehen, denn wir haben den Wunsch, rasch möglichst viel Land in deutschen Besitz zu bringen. Es gibt auch eine größere Anzahl von Gütern, die sich weniger eignet zur Parzellierung als zur Bewirtschaftung im Großbetriebe, und endlich, meine Herren, fehlt es vielfach in den östlichen Provinzen dem Heere der deutschen Ansiedler an Offizieren, und ich glaube, als Offiziere für das Heer der Ansiedler würden sich gerade die vortrefflichen Domänenpächter vorzüglich eignen. Und deshalb möchte ich Ihnen diesen Artikel II, welcher den Absichten von Bismarck und Flottwell entspricht, ganz besonders empfehlen.

Meine Herren, nun kommt, wie ich sehr wohl weiß, alles darauf an, daß die wuchtige Waffe, die zur Verteidigung des Deutschtums der Königlichen Staatsregierung in die Hand gegeben werden soll, richtig angewandt wird. Ich kann auch hier nur wiederholen, daß ich es mir ganz besonders angelegen sein lassen werde, die Tätigkeit der Ansiedelungskommission zu überwachen, darauf hinzuwirken, daß die Ansiedelungskommission praktisch und geschickt vorgeht, daß sie nicht vorgeht in büreaukratischer Weise,

daß sie vorgeht — ich scheue mich nicht, es auszusprechen — mehr in kaufmännischer Weise, nicht vom Standpunkte der Oberrechnungskammer, sondern ich möchte sagen vom Standpunkt einer gut geleiteten, klugen und soliden Bank.

(Sehr richtig!)

Dann, meine Herren, wird es sich auch lohnen, daß wir Westpreußen und Posen mit einer Viertelmilliarde befruchten.

Meine Herren, Herr von Koscielski hat auch die finanzielle Seite der Vorlage berührt; er scheint die Rückwirkung auf den Stand der preußischen Finanzen sehr zu fürchten. Demgegenüber möchte ich daran erinnern, daß mein verehrter Freund Herr von Rheinbaben, der im allgemeinen den Daumen sehr auf dem Beutel hält, nicht nur dieser Vorlage bereitwillig beigestimmt hat, sondern sie sogar als absolut notwendig betrachtet. Und ich möchte Sie ferner daran erinnern, daß der verewigte Vizepräsident des Staatsministeriums von Miquel, der doch recht viel von Finanzsachen verstand und auch ein sparsamer Mann war, wiederholt darauf hingewiesen hat, daß wir mit der Ansiedelung finanziell ein gutes Geschäft machen; man müsse nur nicht in kleinlicher Weise bloß auf die momentanen Zahlen sehen. Um unser Volkstum im Osten zu schützen — in der Beziehung möchte ich Herrn von Koscielski bitten, sich keinerlei Illusionen hinzugeben — dazu werden wir immer reich genug sein.

(Lebhaftes Bravo.)

Ein französischer Minister hat einmal gesagt: La France est assez riche, pour payer sa gloire. So zu reden ist nicht deutsche Art. Aber um unseren deutschen Landsmann, unsere deutschen Bauern und Bürger im Osten zu schirmen, dafür werden wir immer die nötigen Mittel haben.

(Bravo!)

Es handelt sich um ein großes nationales Unternehmen, um die Fortführung der Aufgaben, die unsere preußischen Könige in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit Ruhm gelöst haben. In der Fortführung dieser Aufgabe werden wir uns nicht durch kleinliche fiskalische Gesichtspunkte irre machen lassen.

Nun möchte ich gegenüber den Schlußworten des Herrn von Koscielski noch Eins ganz besonders betonen. Wir denken nicht daran, unsere polnischen Mitbürger aus ihrer Heimat zu vertreiben, wir denken nicht daran, ihnen ihre Sprache oder ihre Religion rauben zu wollen. Wir hoffen vielmehr, daß in Anerkennung, in dankbarer Anerkennung der Wohltaten, welche das Regiment preußischer Könige nun schon seit anderthalb Jahr-

hunderten den östlichen Provinzen zu teil werden läßt, unsere polnischen Mitbürger mit der Zeit aus voller Ueberzeugung gute und loyale Preußen und Deutsche sein werden. Aber wir können nicht dulden, daß unsere Kaufleute, unsere Handwerker in den kleinen Städten des Ostens durch übermächtigen polnischen Mitbewerb überflügelt und mit Hülfe des Boykotts in ihrer wirtschaftlichen Existenz vernichtet werden. Wir wollen nicht ruhig mit ansehen, daß durch einen planmäßigen allmählichen Zuzug polnischer Elemente in vorher ganz oder überwiegend deutschen Landgemeinden unser deutscher Bauer unter geschickter Ausnutzung seiner wirtschaftlich schwachen Lage verdrängt und unter allerlei Schikanen zum Abzuge gezwungen wird. Dieser fortschreitenden Polonisierung unserer östlichen Provinzen wollen wir entgegentreten durch eine ruhige, klare, feste und konsequente Abwehr. Ich sage: eine konsequente Abwehr. Herr von Koscielski hat eben die Minister verglichen mit Eintagsfliegen. Es erinnert mich das an ein Wort eines hervorragenden Abgeordneten im Reichstage, der in einer Etatsrede einmal die Minister verglich mit den Blumen, über welche der Wind hinweht, und ihre Spur sieht man nicht mehr.[3]) So schlimm ist es denn doch nicht.

(Heiterkeit.)

Ich glaube nicht, daß ich Herrn von Koscielski so bald die Freude machen werde, diesen Platz vor ihm zu räumen. Aber ich kann ihm versichern, daß, wer auch an meiner Stelle steht, gegenüber der großpolnischen Agitation die Waffen nicht strecken wird, bevor dieselbe nicht ihrerseits die Waffen niedergelegt hat, bevor nicht alle polnischen Untertanen sich auf den Boden voller Loyalität gegenüber dem preußischen Staate stellen. Also, meine Herren, wir wollen dieser Polonisierung unserer östlichen Provinzen entgegentreten durch eine konsequente soziale, wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Deutschtums. Diesem Zwecke soll auch das Gesetz dienen, welches wir die Ehre haben Ihnen zu unterbreiten, und ich bin überzeugt, daß das Hohe Haus diesem Gesetze seine Zustimmung erteilen wird.

(Lebhaftes Bravo.)

Im weiteren Verlauf der Debatte warnte Graf und Marquis von und zu Hoensbroech davor, auch nur den Schein zu erwecken, als sollte der polnisch redende Osten protestantisiert werden. Er empfahl deshalb, auch katholische Bauern anzusiedeln

3) Der Abg. Richter am 16. Januar 1902: „Die Minister sind wie die Blumen auf dem Felde: wenn von der Höhe der Wind darüber geht, so sind sie nicht mehr da, und ihre Stätte kennt man nicht mehr, es sei denn, daß sie Oberpräsidenten werden.“

und der vorwiegend katholischen Bevölkerung des Ostens auch katholische Beamte zu geben; dadurch würde das Vertrauen zur Regierung bestärkt und die weit verbreitete Furcht vor einer beabsichtigten Protestantisierung vermindert werden. Darauf antwortete

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow[4]):

Meine Herren, ich möchte keinen Augenblick zögern, gegenüber der Frage des Herrn Grafen von Hoensbroech zu erklären, daß es sich für mich und für die Königliche Staatsregierung in den gemischtsprachigen Provinzen selbstverständlich nur um nationale, nicht um konfessionelle Gegensätze und Aufgaben handelt. Jeder Gedanke an eine „Protestantisierung" des Ostens — Herr Graf von Hoensbroech hat diesen Ausdruck gebraucht — liegt uns vollständig fern. Ich würde diese Vorlage nicht eingebracht haben, wenn ich glaubte, daß die von Ihnen geforderten Millionen nur zu Gunsten der einen oder zu Ungunsten der anderen Konfession gebraucht werden sollten. Es handelt sich, wie ich wiederhole, um eine nationale Aufgabe, an welcher sich alle Deutschen beteiligen können und sollen.

Wenn nun Graf von Hoensbroech darauf hingewiesen hat, daß mehr evangelische als katholische Ansiedler in Westpreußen und Posen angesiedelt würden, so glaube ich zunächst nicht, daß viele katholische Kolonisten abgewiesen sein können. Wenn dies aber doch der Fall gewesen sein sollte, so kann das nur damit zusammenhängen, daß leider noch immer nicht in ausreichendem Maße für die religiösen Bedürfnisse, für die Seelsorge der deutschen Katholiken im Osten gesorgt worden ist. Daß wir aber katholische Deutsche im Osten ansiedeln sollten, ohne daß irgendwelche Gewähr geboten wäre gegen deren Polonisierung, die doch durch polnisch-katholische Geistliche in sicherer Aussicht steht, das ist nicht möglich, das kann von uns nicht verlangt werden. Sobald aber für deutschnationale, deutsch-denkende und deutsch-empfindende katholische Seelsorge gesorgt sein wird, wird die Ansiedelungskommission ganz gewiß ebenso gern katholische Deutsche ansiedeln als evangelische Deutsche. Wir haben selbst das allergrößte Interesse daran, gerade unsere katholischen deutschen Ansiedler in den gemischt-sprachigen Provinzen zu schützen, und ich möchte bei dieser Gelegenheit ausdrücklich hervorheben, was ich schon in dem anderen Hause hervorgehoben habe, daß es eine Verdrehung der Tatsachen ist, wenn die Lage so dargestellt wird, als ob die katholische Kirche

4) A. a. O. S. 336.

im Osten nur mit dem Polonismus gedeihen könnte. Davon — und das sage ich nicht nur für dieses hohe Haus — ist gar keine Rede. Die katholische Kirche fährt im Osten mit dem Deutschtum ebenso gut wie mit dem Polonismus, sie fährt besser mit ihm, und durch eine ausreichende seelsorgerische Fürsorge für die deutschen Katholiken wird dem Gebote der Gerechtigkeit gedient und der Besitzstand der katholischen Kirche gewahrt.

Meine Herren, ich möchte aber nicht schließen, ohne dem Herrn Grafen von Hoensbroech zu danken für die von wahrer Vaterlandsliebe und wahrer Religiosität getragene Art und Weise, wie er zu unserer Ostmarkenfrage Stellung genommen hat.[5] Ich erblicke darin einen neuen Beweis dafür, daß ein deutscher Katholik sich durch seine Sympathien für seine polnischen Religionsgenossen nicht davon abbringen lassen darf, die von polnischer Seite dem Deutschtum drohenden Gefahren zu erkennen und zu würdigen, und dies um so weniger, als der Pole in den gemischtsprachigen Provinzen gegenüber den deutschen Katholiken gerade so sehr den nationalen Gegensatz hervorkehrt wie gegenüber jedem anderen Deutschen, gelegentlich sogar noch mehr.

Am 14. Juni wurde das Gesetz auch im Herrenhause angenommen, unter dem 1. Juli wurde es veröffentlicht.

5) Aus der Rede des Grafen seien nur folgende Sätze zitiert: „Der Staat und die Regierung kann meines Erachtens nicht mit verschränkten Armen zusehen, wenn das Deutschtum in den östlichen Provinzen zurückgedrängt wird und wenn selbst Gebiete von den Polen in Beschlag genommen werden, welche historisch deutsch sind. . . . Geführt muß dieser Kampf werden, da die Zurückdrängung und die Schwächung des Deutschtums eine ernste politische Gefahr in sich schließt. Dem Deutschen muß wirtschaftlich und politisch geholfen werden, und da man für die Polen keine wirtschaftlichen Einschränkungen schaffen kann, so bleibt nichts Anderes übrig, als die Zahl der Deutschen und ihren Einfluß tunlichst, auch durch materielle Mittel, zu heben. Das ist meines Erachtens das Alpha und Omega der Staatskunst, und die Erreichung dieses Zieles erblicke ich in der gegenwärtigen Vorlage. . . . Mit ethischen Mitteln allein, mit Liebe und Versöhnung, wird nichts erreicht, um einen trivialen Ausdruck zu brauchen: damit lockt man keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Wenn man aus Bedenken gegen die Vorlage und ihre Ausführung die Ablehnung begründet, ohne etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen, so kommt man eben niemals zu einer großen Aktion, die in dieser Lage meines Erachtens unerläßlich ist."

69. Die Mindestzölle für Getreide.

Sitzung des Reichstages vom 16. Oktober 1902.

Am 14. Oktober nahm der Reichstag nach der sommerlichen Vertagung seine Arbeiten wieder auf, am 16. trat er in die zweite Beratung des Zolltarifgesetzes ein. Es wurde begonnen mit § 1 des Zolltarifgesetzes in Verbindung mit den Tarifnummern 1—4 (Weizen, Roggen, Gerste und Hafer). Die Debatte eröffnete

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, ich möchte zunächst den Mitgliedern der Zolltarifkommission den Dank der verbündeten Regierungen aussprechen für die hingebungsvolle Arbeit, der sie sich mit der eingehenden Durchberatung des Entwurfs zu einem Tarifgesetz und zum Tarif selbst mit seinen 946 Positionen unterzogen haben. Auch wenn man mit den Ergebnissen dieser Arbeit nicht in allen Punkten einverstanden ist, verdient die Arbeit selbst doch volle Anerkennung. Um so mehr hoffen die verbündeten Regierungen, daß diese Arbeit keine vergebliche sein wird, sondern daß sie die Basis bilden wird für eine Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und diesem hohen Hause über die künftigen Grundlagen unserer Zoll- und Wirtschaftspolitik. Wir stehen vor der zweiten Lesung der Tarifvorlage, die voraussichtlich im wesentlichen entscheidend sein wird für die endgültige Gestaltung derselben. Ich will deshalb nochmals im Namen der verbündeten Regierungen und unter ihrer ausdrücklichen Zustimmung auf die Gesichtspunkte hinweisen, welche für die gesetzgeberische Aktion der verbündeten Regierungen maßgebend gewesen sind und maßgebend bleiben. Ich weiß wohl, daß über ein so gründlich und so vielfach erörtertes Thema sich nicht viel Neues sagen läßt, und ich will mich möglichst kurz fassen.

Am 31. Dezember 1903 tritt der Zeitpunkt ein, zu welchem die wichtigsten Zoll- und Handelsverträge des Deutschen Reichs mit anderen Staaten gekündigt werden können. Damit bietet sich für uns die Möglichkeit, unsere handelspolitischen Beziehungen zum Auslande neu zu regeln. Hierbei glauben die verbündeten Regierungen nach wie vor zwei Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen zu müssen. Dasjenige Glied an unserem volkswirtschaftlichen Organismus, welches nach der Ansicht der verbündeten Regierungen noch immer am meisten leidet, ist die Landwirtschaft. Deshalb wollen die verbündeten Regierungen diesem für unsere ganze

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 195. Sitzung, S. 5683 ff.

Volkswirtschaft hochwichtigen Erwerbszweige einen erhöhten Zollschutz angedeihen lassen, sie wollen der Landwirtschaft in ihrer schwierigen Lage helfen und damit zugleich den inneren Warenabsatz steigern. Die verbündeten Regierungen wollen aber gleichzeitig unserer hochentwickelten Industrie nicht nur den inländischen Markt gegenüber dem Andrängen fremder Waren erhalten, sondern ihr daneben auch diejenigen Absatzgebiete, welche sie unter dem Schutz unserer bisherigen Wirtschaftspolitik erobert hat, sichern und tunlichst erweitern. Damit glauben die verbündeten Regierungen auch unserem Binnenhandel und Außenhandel wertvolle Dienste zu leisten.

In diesem hohen Hause sind die Ansichten darüber geteilt, ob das vom Deutschen Reiche während des letzten Dezenniums verfolgte System der Handelspolitik — ich meine das System der gebundenen Tarife im Gegensatz zum System der Tarifautonomie — für uns das richtige ist. Ich möchte hier auf diesen Streitpunkt nicht näher eingehen. Aber daran möchte ich doch erinnern, daß während der ersten Lesung der Tarifvorlage auch Anhänger der Tarifautonomie sich unter gewissen Bedingungen mit dem Abschluß von Handelsverträgen und zwar für längere Zeit einverstanden erklärt haben. Sie haben das getan, weil unsere Industrie langfristige Handelsverträge braucht, weil sie eine solche Stabilität des Absatzes ihrer Produkte nach dem Auslande für eine fundamentale Bedingung ihres Gedeihens erachtet. Auf diesem Standpunkte stehen auch die verbündeten Regierungen. Sie halten den Abschluß langfristiger Handelsverträge für unsere wirtschaftliche Fortentwickelung für wünschenswert und für erstrebenswert, und zwar nicht allein für Industrie und Handel, sondern auch für die Landwirtschaft. Aber selbstverständlich wollen die verbündeten Regierungen nicht Handelsverträge um jeden Preis, sondern nur auf einer für uns annehmbaren Basis, auf der Basis voller Gegenseitigkeit und unter Wahrung unserer berechtigten Interessen. Um aber mit Aussicht auf Erfolg in Handelsvertragsunterhandlungen eintreten zu können, wollen wir für solche Verhandlungen eine geeignete Grundlage schaffen. Deutschland hat die Zölle in seinem autonomen Tarif mit wenigen Ausnahmen auf dem Stande von 1879 belassen. Es sind sogar eine gewisse Anzahl Zollpositionen in späteren Handelsverträgen herabgesetzt worden, insbesondere die Getreidezölle im Vergleich zu den Sätzen von 1887. Dagegen haben sich in anderen Staaten, mit denen wir im Handelsvertragsverhältnis oder doch wenigstens im Meistbegünstigungsverhältnis stehen, wesentliche Verschiebungen in der Gestaltung ihrer Tarife vollzogen. Rußland und Italien haben durch die Bestimmung, daß die Zölle

dort in Gold zu entrichten sind, tatsächlich eine Erhöhung ihres Zollschutzes vorgenommen, und sie haben auch eine Reihe anderer Positionen, die in den geltenden Handelsverträgen nicht ausdrücklich gebunden sind, direkt erhöht, darunter auch solche, an denen unsere Ausfuhr nicht unwesentlich beteiligt ist. Amerika hat 1897 den Dingley-Tarif mit seinen hohen Zollschranken errichtet. Die Schweiz hatte schon 1891 vor dem Abschluß ihres Handelsvertrages mit uns ihren autonomen Tarif fast durchweg erheblich erhöht, und sie hegt jetzt im Hinblick auf die kommenden Handelsvertragsunterhandlungen die gleiche Absicht. Oesterreich-Ungarn schickt sich an, seinen Zolltarif hinaufzusetzen. Dasselbe hat Rumänien schon im Beginn der neunziger Jahre, während ich die Ehre hatte, das Reich in Bukarest zu vertreten, mit einer großen Anzahl seiner Zollpositionen getan.

Auch sonst haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse vielfach geändert. In manchen Ländern, z. B. in Rußland, auch in der Schweiz, ist während des letzten Dezenniums die einheimische Industrie erstarkt. Man wird, dem allgemeinen Zuge der Zeit folgend, dort mehr als früher bestrebt sein, den inländischen Markt der inländischen Industrie zu erhalten. Wir werden also in diesem Falle für die Zulassung unserer Waren größere Zugeständnisse zu bieten haben, als sie vor zehn Jahren von uns gefordert wurden. *Umsomehr ist es geboten, daß wir unser handelspolitisches Rüstzeug verstärken, wenn wir als ebenbürtige Gegner auf dem Kampfplatz erscheinen wollen.*

Zu diesem Zweck haben die verbündeten Regierungen den Entwurf zu einem neuen autonomen Tarif aufgestellt, der sowohl hinsichtlich der äußeren Anordnung wie in der Höhe der einzelnen Positionen vielfach von dem alten Tarif abweicht. Der neue Tarif unterscheidet sich von dem alten Tarif zunächst durch seine der Entwickelung unserer Industrie folgende größere Spezialisierung, durch die Zerlegung einer großen Anzahl von Sammelpositionen in Einzelpositionen. Ich wiederhole nochmals, daß das nicht einen Bruch mit den zollpolitischen Grundsätzen bedeutet, die vor zehn Jahren zum Abschluß von Handelsverträgen geführt haben, sondern die größere Spezialisierung soll eine wirksame Waffe für die Vertragsverhandlungen bieten.

Abgesehen von diesem veränderten technischen Aufbau enthält der Entwurf noch eine größere Anzahl erhöhter Positionen, namentlich bei den handelspolitisch wichtigen Waren, die bei den bevorstehenden Vertragsverhandlungen voraussichtlich eine Rolle spielen werden. Denn Handelsverträge können doch nur so zustande kommen, daß die unterhandelnden

Staaten sich gegenseitig etwas zu bieten haben. Deshalb sind die zollpolitisch verwertbaren Positionen so bemessen, daß dem betreffenden Artikel ein erhöhter Zollschutz gesichert bleibt, auch wenn im Vertragswege Zugeständnisse gewährt werden. Bei der Aufstellung des Tarifs ist sorgsam darauf geachtet worden, daß solche Positionen für Handelsvertragsunterhandlungen einen hinreichenden Spielraum bieten. Ob bei den von der Kommission vorgenommenen Veränderungen diesen Gesichtspunkten überall Rechnung getragen worden ist, erscheint den verbündeten Regierungen zweifelhaft.

Die einzige Ausnahme in dem System des Ihnen vorgelegten Einheitstarifs bilden die Zölle für die vier Hauptgetreidearten: Weizen, Roggen, Gerste und Hafer. Für diese sind, einem dringenden Wunsche unserer Landwirtschaft entsprechend, Maximal- und Minimalzölle eingesetzt worden. Keine Position im ganzen Tarif ist der Gegenstand so lebhafter Angriffe gewesen wie diese, mit welchen dies hohe Haus die zweite Lesung der Tarifvorlage zu beginnen soeben beschlossen hat. Die einen behaupten, die Getreidezölle seien viel zu hoch gegriffen, sie enthielten eine unerträgliche Belastung der notwendigsten Lebensmittel und bedeuteten durch die dadurch bewirkte Verteuerung der Arbeitslöhne eine schwere Schädigung für unsere Exportindustrie. Andere umgekehrt sind der Ansicht, die Getreidezölle seien zu niedrig normiert; noch andere erblicken in der Durchbrechung des Systems des Einheitstarifs durch Maximal- und Minimalzölle für die Cerealien eine ungerechtfertigte Bevorzugung der Landwirtschaft, welche dahin führen müsse, das Zustandekommen von Handelsverträgen unmöglich zu machen. Die verbündeten Regierungen halten in ihrer großen Mehrheit diese Befürchtung nicht für begründet. Die verbündeten Regierungen glauben, daß die Höhe der Getreidezölle gerade richtig bemessen ist, um unsere Landwirtschaft in ihrer bisherigen Intensität und ihrem bisherigen Umfange zu erhalten und andererseits den Abschluß langfristiger Handelsverträge noch möglich erscheinen zu lassen.

(Hört! hört! links.)

Daß, meine Herren, die Landwirtschaft eine schwere Krisis durchgemacht hat und zum Teil noch durchmacht, das kann nicht ernstlich bestritten werden. Es kann nicht bestritten werden, daß die Landwirtschaft, welche eine gewaltige Produktion ist, die der industriellen Produktion mindestens gleichwertig ist, daß diese gewaltige Produktion trotz eines großen Aufwands an Produktionskraft, an ehrlicher und fleißiger Arbeit, mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Und auch das kann gerechterweise nicht bestritten werden, daß es die Pflicht der verbündeten Regierungen wie dieses hohen Hauses ist, der Landwirtschaft zu helfen,

soweit das im Rahmen des Gesamtwohls möglich ist, d. h. ohne unbillige Schädigung anderer Erwerbsstände, und ohne den Abschluß langfristiger Handelsverträge unmöglich zu machen. In diesem Rahmen wollen die verbündeten Regierungen der Landwirtschaft helfen, nicht, wie behauptet worden ist, nur wegen des Großgrundbesitzes, auch nicht allein wegen des mittleren und kleinen Besitzers, so sehr uns gerade dessen Schicksal am Herzen liegt, sondern im Hinblick auf das nationale Gesamtinteresse. Dieses nationale Gesamtinteresse macht es uns zur Pflicht, die Ernährung des deutschen Volkes nach Möglichkeit vom Auslande unabhängig zu stellen. Das nationale Gesamtinteresse gebietet uns, den so zahlreichen und sozialpolitisch so wichtigen Teil der Bevölkerung, welcher die Scholle bebaut, in seiner Leistungsfähigkeit zu stärken, ihn lebensfähig und produktiv zu erhalten. Das ist nur möglich durch eine verständige Schutzzollpolitik, und deshalb haben die verbündeten Regierungen Ihnen eine Erhöhung der Getreidezölle vorgeschlagen.

Gegenüber den Angriffen, die gegen eine angeblich zu niedrige Bemessung der Getreidezölle gerichtet worden sind, will ich zunächst nur darauf hinweisen, daß der Landwirtschaft durch die Festlegung einer Mindestgrenze für die vier Hauptgetreidearten ein Vorzugsrecht eingeräumt worden ist, welches keinem anderen der bei der Revision unserer Zollgesetzgebung beteiligten Interessenten zu teil geworden ist. Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß die Mindestsätze des Entwurfs im Vergleich zu den bestehenden Vertragssätzen sehr erhebliche und sehr wesentliche Erhöhungen enthalten. *Gegen diesen Tarifentwurf mag mit mehr oder weniger Grund dieser oder jener Vorwurf erhoben werden, Mangel an Wohlwollen für die Landwirtschaft kann ihm nicht vorgeworfen werden.*

(Sehr richtig! links.)

Gegen die Erhöhung der Getreidezölle ist insbesondere der Umstand ins Treffen geführt worden, daß dadurch die *Lebenshaltung der arbeitenden Klassen* ungebührlich verteuert werden würde; solche Verschiebungen im Haushalte des Arbeiters müßten dann wiederum durch eine Steigerung der Löhne ausgeglichen werden, durch diese würden der Industrie ihre Produktionskosten erhöht und ihr der Wettbewerb auf dem Weltmarkte erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Die verbündeten Regierungen, denen die fortschreitende Hebung der Lebenshaltung unserer arbeitenden Klassen ebensosehr am Herzen liegt, wie die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, halten gegenüber den von ihnen vorgeschlagenen Erhöhungen der Getreidezölle diese Einwände nicht

für begründet. Die Einführung der Getreidezölle im Jahre 1879 und ihre spätere Erhöhung hat seinerzeit keine Steigerung der Preise für Korn zur Folge gehabt. Im Gegenteil standen in Deutschland vor der Einführung der Getreidezölle die Kornpreise höher als später, und sie sind seitdem trotz allmählicher Erhöhung der Getreidezölle, wenn auch mit einigen Schwankungen, gefallen. Die Brotpreise folgen nicht unmittelbar den Getreidepreisen, sondern die ersteren schwanken, wie die Statistik lehrt, im Verhältnis zu den letzteren fortgesetzt hin und her. Für eine mehr oder weniger ersprießliche Entwicklung unserer Industrie sind andere Momente ausschlaggebend als eine Erhöhung der Getreidezölle in dem von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Umfange. Unsere Industrie hat sich glänzend entwickelt in einem Zeitraum, in welchem auf die nötigsten Lebensmittel Zölle gelegt und erhöht worden sind. Deshalb glauben die verbündeten Regierungen, daß durch eine Erhöhung der Getreidezölle in den Grenzen des Entwurfs kein anderer Berufsstand geschädigt wird. Zu einer solchen Schädigung würden die verbündeten Regierungen auch nie ihre Hand bieten können; denn die deutsche Wirtschaftspolitik hat mit den Interessen unserer hochentwickelten und leistungsfähigen Industrie nicht minder zu rechnen als mit denjenigen des landwirtschaftlichen Berufsstandes.

Für unsere Industrie kommt es hauptsächlich darauf an, daß wir ihr einen gesicherten Absatz ihrer Produkte nach dem Auslande erhalten durch angemessene Normierung und vor allen Dingen durch die Bindung der Eingangszölle derjenigen Länder, wohin unsere Ausfuhr geht, daß wir ihr tunlichst neue Absatzgebiete erschließen, daß wir sie nach Möglichkeit bewahren vor plötzlichen Preisschwankungen, wie sie nicht durch die allgemeine Marktlage, sondern durch Veränderungen in der Zollgesetzgebung anderer Länder herbeigeführt werden können, und endlich und vor allem, daß wir diesen für ihre gedeihliche Entwicklung notwendigen Zustand für eine längere Zeitdauer festlegen. Eine solche für eine stetige und günstige Entwicklung von Industrie und Handel unerläßliche Vorbedingung können wir schaffen durch den Abschluß langfristiger Handelsverträge unter Bindung der Tarife.

Wenn hier und da behauptet wird, die Landwirtschaft habe an solchen langfristigen Handelsverträgen kein Interesse, so können die verbündeten Regierungen das nicht zugeben; denn eine blühende Industrie ist für die Landwirtschaft einer der besten Abnehmer, und auch die Landwirtschaft hat ein Interesse daran, daß die Industrie sich entwickelt und kaufkräftig bleibt. Wir bestreiten aber nicht, daß das Hauptinteresse der Landwirt-

schaft sich darauf konzentriert, für ihre Produkte gegenüber der Konkurrenz des Auslandes einen erhöhten Zollschutz zu erlangen.

Hier, meine Herren, entsteht nun der Konflikt zwischen diesen beiden Haupterwerbsgruppen, und damit erwächst für die verbündeten Regierungen die Pflicht, ausgleichend einzugreifen und zwischen diesen verschiedenen und an sich berechtigten Interessen die mittlere Linie zu finden.

(Heiterkeit links.)

— Wenn, wie ich aus Ihrem Widerspruch entnehme, den verbündeten Regierungen noch immer ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie diese mittlere Linie nicht verlassen wollen, so erwidere ich darauf, daß die verbündeten Regierungen sich durch keinerlei Angriffe weder von links noch von rechts von der Linie abdrängen lassen werden, deren Einhaltung ihnen im Interesse des Staatswohls geboten erscheint. Denn die Wahl dieser Linie beruht nicht auf Laune, beruht nicht auf doktrinärer Vorliebe für dieses oder jenes System der Handelspolitik, sondern sie beruht auf zwingenden Gründen der Staatsraison, auf der gebieterischen Notwendigkeit, zwischen den vitalsten Interessen der verschiedenen Erwerbsstände im Deutschen Reich einen Ausgleich zu schaffen. Deutschland ist — man hat es schon oft ausgesprochen, aber es kann nicht oft genug wiederholt werden — weder ganz Agrar- noch ganz Industriestaat, sondern Deutschland ist Agrar- und Industriestaat. Beide Erwerbsstände und ebenso unser blühender überseeischer Handel verlangen bei der Neuregelung unserer Handelsbeziehungen zum Auslande die größtmögliche Wahrung ihrer Interessen. Diese Wahrung findet für jede dieser Erwerbsgruppen ihre Schranken in der Rücksicht auf die beiden anderen Erwerbszweige und auf die Allgemeinheit. Dieses Ziel kann nur dadurch erreicht werden, daß ein Ausgleich dieser Interessen auf einer mittleren Linie geschaffen wird.

(Zwischenrufe links.)

Diese Linie ist eben der Ihnen vorgelegte Zolltarif. Mit diesem Zolltarif glauben die verbündeten Regierungen das Richtige getroffen und in gleichmäßiger und gerechter Weise die Interessen der Landwirtschaft wie diejenigen der Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiter wahrgenommen zu haben, die auch Anspruch auf staatlichen Schutz und Fürsorge haben. Für den Arbeiter steht in erster Reihe nicht das Interesse an billigem Brot, sondern die Hauptsache für ihn ist das Vorhandensein einer sicheren und lohnenden Arbeitsgelegenheit.

(Sehr richtig! rechts.)

Ebensowenig hat unsere Industrie Anspruch darauf, mit so billigen Arbeitslöhnen zu arbeiten, daß darüber die das Brotgetreide erzeugende Landwirtschaft zu Grunde geht. Hier muß ein Ausgleich geschaffen werden. Für unsere Industrie ist die Hauptsache, daß ihr ein gesicherter Absatz ihrer Produkte im Inlande und Auslande erhalten bleibt durch einen angemessenen Schutzzoll und durch eine richtige Handelsvertragspolitik. Dieses Ziel zu erreichen, ist der Zweck der Aktion der verbündeten Regierungen. Von einer Erhöhung der Agrarzölle in den von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Grenzen steht nach der Ansicht der verbündeteten Regierungen eine Benachteiligung unserer Industrie nicht zu erwarten. Wir haben in den Jahren 1887—1892 einen Zoll von 5 Mark auf Roggen und Weizen gehabt, ohne daß die Entfaltung unserer Industrie dadurch gehemmt worden wäre. Wenn wir mit Weizen jetzt um 50 Pfennig höher, also bis 5,50 Mark, gehen, so ist davon eine Schädigung der Lebenshaltung unserer arbeitenden Klassen kaum zu besorgen, zumal Weizen nicht die Hauptbrotfrucht des deutschen Arbeiters ist.

In Frankreich existiert seit dem Anfang der neunziger Jahre, wenn ich nicht irre, seit 1894, ein Weizenzoll von 5,60 Mark

(Zuruf bei den Sozialdemokraten),

und ich wüßte mich nicht zu erinnern, daß die Minister, die sehr ausgezeichneten Minister, die, aus den Reihen der sozialdemokratischen Partei hervorgegangen, während der letzten Jahre in Frankreich im Amte gewesen sind, die Beseitigung dieses Weizenzolles durchgesetzt oder auch nur angeregt hätten.

(Sehr richtig! rechts.)

In England, dem größten Industrieland der Welt, hat man kein Bedenken getragen, zu einem Zoll auf Weizen und Mehl zurückzukehren. Die Erfahrung hat in Deutschland wie in Frankreich gezeigt, daß Zölle auf Brotgetreide in der Höhe von 5—5,50 Mark nicht imstande gewesen sind, die Bewegung der inländischen Getreidepreise unabhängig zu gestalten von der Preisbewegung des Weltmarktes. Nur ganz vereinzelt und vorübergehend haben Abweichungen stattgefunden; im großen und ganzen war bei dieser Höhe der Getreidezölle der inländische Getreidepreis denselben Schwankungen unterworfen, die der Weltmarktpreis durchzumachen hatte.

Unsere Industrie würde also bei einer solchen Höhe der Getreidezölle, soweit die Versorgung der Arbeiter mit Brotgetreide in Frage kommt, im wesentlichen noch zu denselben Bedingungen arbeiten wie das Ausland, wenngleich sie den Betrag des Zolles natürlich besonders in Rechnung stellen muß. Je höher aber der Getreidezoll bemessen wird, umsomehr

wächst die Möglichkeit einer vom Weltmarkt unabhängigen Bewegung der Getreidepreise innerhalb des zollgeschützten Inlandes. Dadurch entsteht wieder die Gefahr, daß der durch den Getreidezoll gesteigerte Getreidepreis in Widerspruch tritt mit dem Ernährungsinteresse der arbeitenden Klasse. Ein solcher Widerstreit muß nach der Ansicht der verbündeten Regierungen vermieden werden. Hier zieht die Rücksicht auf die Konsumenten und insbesondere auf die lohnarbeitende Bevölkerung eine unübersteigliche Schranke gegen eine zu hohe Bemessung der Getreidezölle.

Ebenso läßt sich ein hoher Getreidezoll schwer aufrecht erhalten gegenüber einem infolge geringer Ernten in den Hauptproduktionsländern stark gesteigerten Weltmarktpreis; denn in diesem Falle steigert ein verhältnismäßig hoher Schutzzoll zu sehr den Inlandpreis. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an die Erfahrung des Jahres 1891. Das Preisniveau für Getreide war damals ein hohes; infolgedessen entstand, wie wir uns alle erinnern, im ganzen Lande eine lebhafte Agitation zu Gunsten einer zeitweisen Aufhebung der Getreidezölle. Die verbündeten Regierungen haben damals diesem Drängen nicht nachgegeben. Eine weitschauende Wirtschaftspolitik wird die Getreidezölle aber nicht so hoch bemessen dürfen, daß mit der Möglichkeit einer zeitweisen Suspendierung derselben im Falle eines plötzlichen Emporschnellens der Getreidepreise gerechnet werden muß. Denn derartige plötzliche Eingriffe in die Zollgesetzgebung würden nicht nur in den Getreidehandel, sondern auch und vor allem in die Staatsfinanzen ein bedenkliches Moment der Unsicherheit tragen. Die Erfahrungen des Jahres 1901 haben gezeigt, daß in dieser Richtung Zölle in Höhe von 5 Mark bis 5,50 Mark die äußerste Grenze bezeichnen, bis zu welcher mit einer Erhöhung der Zölle auf Brotgetreide gegangen werden kann. Und endlich, meine Herren, würde — ich sage das in voller Kenntnis der Tragweite meiner Worte — eine Erhöhung oder Erweiterung der Mindestzölle das Zustandekommen von Handelsverträgen unmöglich machen.

(Hört! hört! links.)

— Unmöglich machen! — Die verbündeten Regierungen sind in puncto Mindestsätze bis zu der äußersten Grenze gegangen

(hört! hört! links),

wo das Zustandekommen von Handelsverträgen noch möglich erscheint.

Ich will, meine Herren, hier auf die viel erörterte, die viel umstrittene Frage nicht näher eingehen, ob Deutschland in absehbarer Zeit imstande sein wird, seinen Bedarf an einheimischem Getreide selbst zu erzeugen. Gegenwärtig haben wir für die Ernährung des deutschen Volkes jedenfalls

noch eine Zufuhr von Nahrungsmitteln notwendig, und wir werden derselben bei der stetigen und raschen Zunahme unserer Bevölkerung voraussichtlich noch lange bedürfen. Deshalb haben auch diejenigen Staaten, die für ihren Ueberschuß von Getreide auf die Ausfuhr in unser Zollgebiet angewiesen sind, ein Interesse daran, für die Zulassung ihres Getreides auf unseren Markt nach den Sätzen unseres Minimaltarifs uns Zugeständnisse zu machen in ihrem Zolltarif für die Einfuhr unserer Industrieerzeugnisse in ihr Zollgebiet. Diejenigen Staaten, mit denen wir im Handelsvertragsverhältnis stehen, haben das gleiche Interesse an der Erhaltung des deutschen Marktes, dieses für ihre Ausfuhr an Getreide, für ihre Ausfuhr an allen sonstigen Rohstoffen so hochwichtigen Absatzgebiets, das wir daran haben, uns unsere bisherigen Absatzquellen für unsere Fabrikate auch ferner erschlossen zu sehen. Aber höher und weiter dürfen wir mit den Mindestsätzen nicht gehen. Dieser Tarifentwurf, meine Herren, ist das Ergebnis eines Kompromisses nach langen und mühevollen Beratungen unter den verbündeten Regierungen. Bei der Aufstellung des Tarifentwurfs ist von den verbündeten Regierungen als Hauptgesichtspunkt daran festgehalten worden, daß dieser Tarif ein Mittel, ein Instrument sein soll, um wieder zu Handelsverträgen zu gelangen. Von diesem Gesichtspunkt aus war von mehr als einer Seite die Einfügung von Mindestsätzen in den Tarifentwurf als ein erschwerendes Moment für Handelsverträge bezeichnet worden.

(Hört! hört! links.)

Die verbündeten Regierungen sind trotzdem in dieser Richtung den von mir vertretenen und befürworteten Wünschen der Landwirtschaft entgegengekommen, aber mit dem Vorbehalt, daß dadurch der Abschluß von Handelsverträgen nicht vereitelt werden dürfe.

Es ist, meine Herren, — diesen Punkt möchte ich noch in aller Kürze streifen — vielfach gesagt worden, die Industriezölle des Entwurfs seien im Verhältnis zu den Agrarzöllen zu hoch gegriffen; durch die dadurch bewirkte Preissteigerung für Maschinen, Geräte und sonstige Bedarfsartikel würden die Produktionskosten für die Landwirtschaft unverhältnismäßig erhöht, und die Landwirte fänden in den zu niedrigen agrarischen Zöllen hierfür keinen genügenden Ersatz. Meine Herren, es ist ja richtig, daß die Zölle auf einzelne Industrieerzeugnisse, in denen viel Arbeit und infolgedessen ein hoher Wert steckt, bedeutend erhöht worden sind. Es handelt sich aber doch da um Artikel, die bisher zum Schaden der betreffenden Industriezweige zu niedrig tarifiert waren. Im allgemeinen ist es nicht der Zweck dieses Tarifentwurfs — und das ist ja auch in seiner

Begründung ausdrücklich hervorgehoben worden — der Industrie einen erhöhten Zollschutz zu gewähren, der im Gegenteil vorzugsweise der Landwirtschaft zugute kommen soll. Die Schutzzölle für die Industrie sollen nur den Veränderungen angepaßt werden, die sich während des letzten Dezenniums auf industriellem Gebiet vollzogen haben. Vor allem aber bilden ein großes Teil der Erhöhungen der Industriezölle eben doch Tarifzuschläge, die, wie ich schon vorhin angedeutet habe, bei den bevorstehenden Handelsvertragsunterhandlungen als Kompensationsobjekt zu dienen bestimmt sind. Ein klares, übersichtliches Bild über die Höhe der Industriezölle läßt sich meines Erachtens zur Zeit überhaupt noch nicht machen; daß aber die Industriezölle im Vergleich zu den Agrarzöllen durchweg zu hoch gegriffen wären, erscheint den verbündeten Regierungen nicht richtig.

Meine Herren, die verbündeten Regierungen sind überzeugt — damit kehre ich zurück zum Ausgangspunkt meiner Ausführungen —, daß dieser Tarifentwurf im wesentlichen eine richtige Abmessung der berechtigten Forderungen enthält, die unsere drei Haupterwerbszweige, Landwirtschaft, Industrie und Handel, an die Zollpolitik des Reichs unter den gegenwärtigen Verhältnissen und unter Berücksichtigung ihrer gegenseitigen Interessen stellen können. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß es auf der Grundlage der in diesem Tarifentwurf enthaltenen Zollsätze gelingen wird, eine Einigung herbeizuführen. Auf eine Erhöhung der Mindestsätze bei den Getreidezöllen können die verbündeten Regierungen aus den von mir wie von meinen Herren Stellvertretern mehr als einmal hervorgehobenen Gründen ebensowenig eingehen, wie auf eine Ausdehnung derselben auf andere Artikel des Tarifs als auf die vier Hauptgetreidearten.

(Hört! hört! links. Bewegung rechts.)

Wenn den verbündeten Regierungen, zwischen denen in dieser Beziehung volle Einigkeit herrscht

(hört! hört! links),

hierauf von Freunden der Landwirtschaft erwidert werden sollte: dann lieber den ganzen Zolltarif ablehnen, oder: dann lieber zurück zum reinen Freihandel, so ist das eine Argumentation, die nach der Ansicht der verbündeten Regierungen für jeden schwer verständlich sein muß, der sich in den Wirren des Tages und in dem Hader der Parteien kaltes Blut und damit die Möglichkeit bewahrt hat, sachliche Fragen sachlich zu nehmen und ein einfaches Rechenexempel anzustellen. Die Mindestzölle

des Entwurfs erhöhen den Zoll für die Tonne Weizen um 20 Mark, für die Tonne Roggen um 15 Mark, für die Tonne Gerste um 10 Mark, für die Tonne Hafer um 22 Mark. Das sind doch recht wesentliche, recht erhebliche Erhöhungen.

(Sehr wahr! links.)

Wenn der Tarifentwurf abgelehnt würde, so bliebe den verbündeten Regierungen nur übrig, entweder, wenn möglich, die bisherigen Handelsverträge stillschweigend fortbestehen zu lassen, oder auf Grund des alten Tarifs in Hadelsvertragsunterhandlungen einzutreten.

(Sehr richtig! links.)

Auch im letzteren Falle würden die verbündeten Regierungen nach Kräften bemüht sein, die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen. Daß ihnen das aber auch beim besten Willen lange nicht in dem Maße möglich sein würde, wie auf der Basis des neuen Tarifs, das brauche ich wohl nicht auszuführen.

Das sind, wie mir scheint, doch sehr naheliegende und recht schwerwiegende Erwägungen, und deshalb richte ich an diejenigen Parteien, denen der Schutz der Landwirtschaft besonders am Herzen liegt, im Namen der verbündeten Regierungen die Aufforderung, nicht zu vereiteln, was die verbündeten Regierungen in mühsamer Arbeit für die Landwirtschaft erstreben; die Landwirtschaft nicht um die Vorteile zu bringen, welche die verbündeten Regierungen ihr zugedacht haben; sich auf dem Boden der realen Tatsachen zu halten. Und an die andere Seite dieses hohen Hauses möchte ich im Namen der verbündeten Regierungen die ebenso ehrlich gemeinte Aufforderung richten, den Gang unserer Verhandlungen nicht durch künstliche Mittel aufzuhalten oder in die Länge zu ziehen.

(Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich kenne in der parlamentarischen Geschichte kein einziges Beispiel, wo die Obstruktion, möge es sich nun um offene oder um versteckte Obstruktion handeln, nicht schädigend auf das Ansehen, die Stellung, das Schwergewicht der Parlamente, auf die parlamentarischen Institutionen eingewirkt hätte.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. Große Unruhe und Zurufe links).

Es heißt — und ich werde später vielleicht auf diese meine Worte einmal Bezug nehmen — es heißt, die Axt an die Wurzel des

Parlamentarismus legen, wenn eine so wichtige Vorlage wie die Tarifvorlage nicht in rein sachlicher und ganz loyaler Weise behandelt wird.

(Zuruf links.)

Für alle Teile aber ist es hohe Zeit, daß endlich Klarheit geschaffen wird über die künftigen Aussichten unserer Handelspolitik, damit unser Erwerbsleben weiß, woran es ist, und damit der Druck der Ungewißheit beseitigt wird, der auf Handel und Wandel lastet. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß der Ihnen vorliegende Entwurf im wesentlichen in der von den verbündeten Regierungen ihm gegebenen Gestalt die Zustimmung dieses hohen Hauses finden wird. Die verbündeten Regierungen glauben, daß das Zustandekommen des Tarifs für die innere und äußere Wohlfahrt des Reichs förderlich sein wird. Sie glauben, daß ein Nichtzustandekommen des Tarifs für alle Erwerbsstände und insbesondere für die Landwirtschaft wie für unsere Beziehungen zum Auslande mannigfache Mißstände und Unzuträglichkeiten nach sich ziehen wird. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß sie nicht vergeblich an die Einsicht, an die oft bewährte Einsicht und Vaterlandsliebe dieses hohen Hauses appellieren. Dann werden und können wir auch zu einer Verständigung kommen, wie sie dem Gesamtinteresse des Landes entspricht.

(Bravo! bei den Nationalliberalen.)

70. Die Mindestzölle für Getreide. (Schluß.)

Sitzung des Reichstages vom 21. Oktober 1902.

Die am 16. Oktober begonnene Debatte wurde mehrere Sitzungen hindurch fortgesetzt. Erst als sie sich am 21. ihrem Ende zuneigte, griff der Reichskanzler noch einmal in die Verhandlungen ein.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, die ersten vier Redner, welche heute das Wort hatten[2]), haben mir vorgeworfen, daß ich die Industrie zu Ungunsten und zum Schaden der Landwirtschaft bevorzugen wolle. Wie ich schon neulich

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 199. Sitzung, S. 5832 ff.

2) Die Abgeordneten Dr. Roesicke (Kaiserslautern), Bindewald, Nißler und Dr. Hahn.

hervorgehoben habe, können die verbündeten Regierungen nicht anerkennen, daß die industriellen Zölle des Tarifentwurfs im Vergleich zu den agrarischen Zöllen durchweg zu hoch gegriffen seien. Gegenüber den Auslassungen des Herrn Abgeordneten Dr. Hahn möchte ich noch auf zwei Zahlengruppen hinweisen, darauf nämlich, daß die im Abschnitt I des Entwurfs enthaltenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse autonom im ganzen mit 17,2 Proz. ihres Einfuhrwertes durch Zölle geschützt sind, wobei ich beiläufig noch bemerke, daß sich unter den Artikeln des Abschnitts I auch rohe Baumwolle mit 318 Millionen Mark Wert befindet. Dagegen sind die industriellen Erzeugnisse der Abschnitte II bis XIX des Entwurfs nur mit 5,9 Proz. ihres Einfuhrwertes durchschnittlich autonom geschützt. Es würde also autonom ein Zollschutz von 17,2 Proz. für die Landwirtschaft einem solchen von 5,9 Proz. für die Industrie gegenüberstehen.

(Hört! hört!)

Ich meine, meine Herren, daß gegenüber diesen klaren und unzweideutigen Zahlen doch nicht im Ernst behauptet werden kann, wir wollten mit unserem Tarifentwurf die Landwirtschaft der Industrie opfern.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Hahn weiterhin in etwas mysteriöser Weise angedeutet, daß eine Erhöhung der Mindestsätze Schwierigkeiten finden und Widerstand begegnen würde an „gewissen Stellen". Der Herr Abgeordnete Freiherr von Wangenheim war vor einigen Tagen in dieser Beziehung deutlicher geworden; der Herr Abgeordnete Freiherr von Wangenheim meinte am vergangenen Sonnabend[3]), die Industrie habe sich an die Landwirtschaft gewendet, nachdem der Wind von oben etwas anders wehte. Gegenüber diesen Anspielungen muß ich feststellen, daß man sich von oben in die Aufstellung, die Ausarbeitung, die parlamentarische Behandlung des Tarifentwurfs in keiner Weise eingemischt hat. Das föderative Zusammenwirken der Bundesregierungen in der Tariffrage ist von oben in keiner Weise durchkreuzt oder gehemmt worden. Alle Bundesfürsten ohne jede Ausnahme sind vollständig damit einverstanden, daß unserer Landwirtschaft jeder mögliche Schutz gewährt werden soll, der verträglich ist mit dem Gesamtwohl und mit dem Abschluß von Handelsverträgen. Die Annahme, als ob der Landwirtschaft kraft höherer Willkür, kraft Willkür von oben Vergünstigungen vorenthalten würden, die ihr zu teil

3) Am 18. Oktober.

werden könnten, wenn oben ein anderer Wind wehte, entspricht nicht den Tatsachen.

Im Zusammenhange damit möchte ich auf eine Aeußerung zurückgreifen, die der Herr Abgeordnete Freiherr von Wangenheim neulich gemacht hat. Der Herr Abgeordnete hat gesagt, daß die verbündeten Regierungen mit ihrer Tarifpolitik den Ast absägten, auf dem die Monarchie säße. Ich kann nur meinem Bedauern Ausdruck geben, daß die gute Sache der Landwirtschaft durch solche Aeußerungen geschädigt wird, die meines Erachtens auch eine mehr oder weniger hitzige Debatte nicht rechtfertigt. An der Stellung der verbündeten Regierungen wird durch solche Angriffe nichts geändert. Die verbündeten Regierungen sind davon überzeugt, daß ihre Tarifpolitik, welche keinen Erwerbsstand in unbilliger Weise schädigen will, nur zur Stärkung der Monarchie beitragen kann. Die verbündeten Regierungen erkennen auch vollkommen an, daß die Landwirtschaft aus den sozialpolitischen Gründen die gestern am Schluß seiner Ausführungen der Herr Abgeordnete Dr. Heim in beredten Worten hervorgehoben hat, daß die Landwirtschaft auch aus diesen Gründen Anspruch hat auf eine besondere Berücksichtigung. Der praktische Ausdruck dieser Ueberzeugung und dieser Rücksicht ist der Ihnen von den verbündeten Regierungen vorgelegte Tarifentwurf. Meine Herren, die Erhöhung des Weizenzolles um 57 Proz., des Roggens um 43 Proz., der Gerste um 50 Proz., des Hafers um 78 Proz., sind sehr wesentliche Erhöhungen. Aber, meine Herren, alle anderen Erwägungen dürfen gegenüber der Rücksicht auf die Landwirtschaft nicht schweigen, das würde nach Ansicht aller verbündeten Regierungen nicht förderlich sein für den monarchischen Gedanken in Deutschland.

Nun meinte der Herr Abgeordnete Freiherr von Wangenheim weiter — ich habe mir seine Aeußerung notiert —, er sprach von dem Ton, dem angeblich leichten Konversationston meiner Rede, und er deduzierte daraus, daß es mir bei der Vertretung der Interessen der Landwirtschaft an dem nötigen Ernst fehle. Nachdem ich neulich gesprochen hatte, las ich am nächsten Tage in einer Reihe von Zeitungen, ich hätte nüchtern und langweilig geredet.

(Heiterkeit.)

Der Berliner Mitarbeiter einer großen mitteldeutschen Zeitung, der sich bisweilen und hier und da nicht ohne Malice mit mir beschäftigt, schrieb sogar, meine neulichen Ausführungen hätten einen pastoralen Anstrich gehabt.

(Heiterkeit.)

Dem einen also erscheine ich als frivoler Causeur, dem anderen als lederner Nachmittagsprediger. So gehen die Meinungen auseinander, und so blind urteilt der Parteigeist. In Wahrheit habe ich in ganz unzweideutiger, in sehr ernster und in durchaus aufrichtiger Weise den Standpunkt der verbündeten Regierungen dargelegt, habe ich dem dringenden Wunsche der verbündeten Regierungen Ausdruck gegeben, daß mit Hülfe der Freunde der Landwirtschaft etwas Greifbares für die Landwirtschaft erreicht werden möge.

Der Herr Abgeordnete Dr. Hahn hat mich soeben auch erinnert an meine Zusagen für die Landwirtschaft. An diese meine Zusagen kann ich mich gern erinnern lassen. Ich bin seit zwei Jahren nach besten Kräften bestrebt, das Meinige für die Landwirtschaft zu tun.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin in diesen meinen Bemühungen bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Mehr, meine Herren, kann man wohl fordern, aber nicht durchsetzen. Was man aber kann, ist, das Erreichbare gefährden, und ich glaube, dazu ist man auf dem besten Wege.

(Hört! hört! links.)

Ob ich für meine Bemühungen für die Landwirtschaft an dieser oder jener Stelle Dank ernte oder Undank, darauf kommt es mir nicht an. Eins möchte ich dem Herrn Abgeordneten Herold aber doch sagen, der soeben die Landwirtschaft vertröstet hat mit einem Wechsel auf die Zukunft, indem er ihr einen Regierungswechsel in Aussicht stellte. Es wird lange dauern, meine Herren, bis wieder ein Reichskanzler für die Landwirtschaft tut, was ich mich bestrebt habe, mit der Einbringung dieser Tarifvorlage

(hört! hört! links — Zuruf von den Sozialdemokraten)

für die Landwirtschaft zu tun.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, es ist in mehreren Reden angedeutet worden — insbesondere erinnere ich mich, daß der Herr Abgeordnete Herold das angedeutet hat —, daß die verbündeten Regierungen schon allerlei Vorverhandlungen gepflogen haben dürften, durch welche sie sich jetzt gebunden fühlten. Das Gleiche habe ich, wie ich in Parenthese bemerken möchte, vor einigen Tagen in einem führenden Organ der Zentrumspartei gelesen. Demgegenüber erkläre ich, daß solche Zusagen an das Ausland nicht gegeben worden sind

(hört! hört! rechts)

und nicht gegeben werden konnten bei dem gegenwärtigen Stand der Tariffrage.

(Hört! hört! rechts.)

Ich habe mich auch bei meinen mündlichen Unterredungen mit den leitenden Ministern unserer großen Nachbarreiche lediglich darauf beschränkt, zu sagen, ich hoffte, der Deutsche Reichstag würde mich bald in die Lage setzen, in Handelsvertragsunterhandlungen mit ihnen einzutreten auf Grund des von den verbündeten Regierungen dem Reichstag vorgelegten Tarifentwurfs, den ich in seiner ihm von den verbündeten Regierungen gegebenen Gestalt für einen gangbaren Weg und für eine brauchbare Grundlage hielte für gute Handelsverträge. Die ablehnende Stellung, welche wir gegenüber den Anträgen auf Erhöhung und Erweiterung der Mindestzölle einnehmen, geht also nicht hervor aus irgendwelchen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande, sondern geht hervor aus unserer genaueren Kenntnis der Lage im Ausland, aus der Notwendigkeit, den Schutz für die Landwirtschaft in Einklang zu bringen mit den Lebensbedingungen von Industrie und Handel, aus der Notwendigkeit, die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zu berücksichtigen.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Haußmann meinte gestern, die Tarifaktion der Regierung sei verfehlt. Das könnte ich als begründet doch nur anerkennen, wenn entweder der Tarif in materieller Beziehung nicht das Richtige träfe, oder wenn das taktische Vorgehen der Regierungen mangelhaft gewesen wäre. In ersterer Beziehung gestehe ich, daß ich die von rechts und links gegen den Tarifentwurf erhobenen Vorwürfe schon deshalb nicht für zutreffend halten kann, weil sie sich untereinander aufheben. Von der einen Seite heißt es, daß wir den Agrariern nicht genug geben, von der anderen Seite, daß wir den Konsumenten zu sehr belasten. Daraus, daß diese Vorwürfe ungefähr mit gleicher Lebhaftigkeit von rechts und links erhoben werden, entnehmen die verbündeten Regierungen, daß der Tarifentwurf in lobenswerter Weise bestrebt ist, die Interessengegensätze auszugleichen.

(Sehr richtig!)

Und ebenso steht es mit dem Vorwurf, das taktische Vorgehen der Regierung wäre verfehlt. Was habe ich in dieser Beziehung seit einem Jahre schon alles gehört und gelesen! Bald hieß es, die Regierung wolle nicht Farbe bekennen, sie finassiere, sie laviere, sie wolle sich durchschwindeln. Dann hieß es wieder auf der anderen Seite, die Regierung wäre zu schroff, sie wäre intransigent, sie hätte paschamäßige Allüren.

(Heiterkeit.)

Bald hieß es, wir hätten zu früh gesprochen, dann wieder zu spät; bald, wir hätten zu viel gesagt, bald zu wenig. Gelegentlich habe ich alle diese Auslassungen hintereinander in derselben Zeitung gelesen.

(Heiterkeit.)

In Wirklichkeit haben die verbündeten Regierungen vom ersten Tage der Einbringung der Tarifvorlage an klar und unzweideutig erklärt, bis zu welcher Grenze sie mit den Minimalzöllen gehen können. Das ist in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise erklärt worden von mir, es ist erklärt worden in Uebereinstimmung mit mir von meinen Herren Stellvertretern, es ist erklärt worden von den Vertretern der Bundesstaaten, die ich zu meiner großen Genugtuung hier neben mir sehe. Und ich möchte gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Herold doch auch daran erinnern, daß ich seit zwei Jahren keinem Mitgliede der Mehrheitsparteien, das mir die Ehre erwiesen hat, unter vier Augen mit mir über die Tariffrage zu sprechen, etwas anderes gesagt habe, als daß eine Erhöhung und Erweiterung der Mindestsätze nicht möglich sei.

(Hört! hört! links.)

Wenn deshalb der Herr Abgeordnete Dr. Sattler gestern gesagt hat, alle diese Erklärungen wären fruchtlos geblieben, so muß ich sagen, dann lag die Schuld nicht am Sämann, sondern sie lag am Boden.

(Bewegung links.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Haußmann hat ferner wiederum gesagt, ich sei weder kalt noch warm, wie die Gemeinde von Laodicea; er hat mir wieder die Politik der mittleren Linie vorgeworfen. So, meine Herren, spricht man immer, wenn man nicht die Verantwortung für das Ganze trägt, sondern nur die Durchführung des Parteiprogramms im Auge hat. Gewiß wäre es für die verbündeten Regierungen leichter gewesen, den Tarifentwurf zuzuschneiden entweder nach den Wünschen der Rechten oder nach den Wünschen der Linken. Wenn wir die Getreidezölle beseitigt hätten, so würden wir Ihre Zustimmung gefunden haben (nach links), und wenn wir sie noch weiter erhöht hätten, so würden wir uns der Zustimmung auf der rechten Seite des Hauses zu erfreuen haben. Der parlamentarische Kampf wäre ja dadurch für uns erleichtert worden, aber dem Interesse des Landes wäre damit nicht gedient gewesen. Und es ist mir noch sehr fraglich, ob ein Tarifentwurf auf solcher Basis leichter durchzubringen gewesen wäre als der gegenwärtige Tarifentwurf.

Ich muß mich nun zu einem sehr schweren Vorwurf wenden, den mir der Herr Abgeordnete v. Kardorff neulich gemacht hat. Der Herr

Abgeordnete v. Kardorff hat gemeint, ich setzte das Parlament in der allgemeinen Achtung herunter, wenn ich es so behandelte, daß ich ihm sagte: Friß, Vogel, oder stirb! Ich möchte den Herrn Abgeordneten v. Kardorff ersuchen, mir einen einzigen Fall zu nennen, wo ich es diesem hohen Hause gegenüber an der gebührenden Rücksicht hätte fehlen lassen, sei es in sachlicher, sei es in formaler Beziehung. Ich möchte den Herrn Abgeordneten v. Kardorff aber auch darauf aufmerksam machen, daß die verbündeten Regierungen, die in der Tariffrage den Wünschen der Mehrheitsparteien so weit entgegengekommen sind, die sich seit zwei Jahren eine so unendliche Mühe gegeben haben, den Wünschen der Mehrheitsparteien einen gesetzgeberischen Ausdruck zu geben, doch erwarten durften, daß sie von den Mehrheitsparteien geschlossen unterstützt werden würden in dem Kampfe gegen die festgeschlossene Phalanx derjenigen, die überhaupt keine Erhöhung der Getreidezölle wünschen.

Ich möchte auch noch auf einen anderen Gesichtspunkt hinweisen. Die verbündeten Regierungen sind weit entfernt, die Mehrheit dieses hohen Hauses in der Vertretung ihrer Auffassung beschränken zu wollen. Die Mehrheit dieses hohen Hauses darf aber auch nicht übersehen, daß es einen großen Unterschied macht, ob es sich handelt um einen Akt der Gesetzgebung, der seine Rückwirkung nur ausübt auf die Verhältnisse innerhalb des Reichs, oder ob es sich handelt um Maßregeln, die ihren Schwerpunkt auf internationalem Gebiet haben. In letzterer Beziehung, wo es sich um die Rückwirkung auf das Ausland handelt, müssen die verbündeten Regierungen das größere Maß von Autorität für sich in Anspruch nehmen; denn sie wissen genau, welche Rückwirkung diese oder jene Maßregel haben wird auf unsere Beziehungen zum Ausland. Es war mir schmeichelhaft, daß der Herr Abgeordnete Dr. Hahn eine so freundliche Meinung von meinen diplomatischen Fähigkeiten hat.

(Heiterkeit.)

Er hat aber vergessen, mir zu sagen, ob diese meine diplomatische Fähigkeit nur ausreichen würde, um etwa einen Zoll von 6 Mark durchzusetzen oder vielleicht auch den von 7,50 Mark oder womöglich einen noch höheren Zoll. Ich kann dem Herrn Abgeordneten Dr. Hahn aber in großem Ernst versichern, daß ich weder in diesem hohen Hause noch außerhalb dieses hohen Hauses irgend jemand kenne, dem ich zutrauen würde, mit höheren Mindestsätzen und mit erweiterten Mindestsätzen als denjenigen, die wir vorgeschlagen haben, gute Handelsverträge zu stande zu bringen.

(Hört! hört! links.)

Ich weiß sehr wohl, meine Herren, daß dieses Argument keinen Eindruck machen wird auf diejenigen Herren, welche Anhänger der Tarifautonomie sind. Diejenigen aber, welche der Meinung sind, daß wir festhalten sollen an dem System der gebundenen Tarife, an dem System der Handelsverträge — und ich glaube noch immer, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses der Ansicht ist, daß wir Handelsverträge haben wollen, und ich kann nur noch einmal betonen, daß alle verbündeten Regierungen fest entschlossen sind, auf für uns annehmbarer Basis zu neuen Handelsverträgen zu gelangen —, die sollten dieses eben von mir bezeichnete Ziel nicht aus dem Auge verlieren und sollten die Gesichtspunkte nicht vernachlässigen, auf welche ich eben hingedeutet habe.

Meine Herren, im Namen der verbündeten Regierungen habe ich nochmals zu erklären, daß die Anträge Freiherr v. Wangenheim[4]), Dr. Heim[5]) und Albrecht und ebenso der Antrag der Kommission[6]) in Bezug auf die Mindestzölle in jedem Stadium der Verhandlungen für die verbündeten Regierungen unannehmbar sind.

(Allgemeine Bewegung.)

71. Der Zolltarif: Antrag Kardorff.

Sitzung des Reichstages vom 11. Dezember 1902.

Gegenüber der Obstruktion, die von der sozialdemokratischen Fraktion und der Freisinnigen Vereinigung gegen das Zolltarifgesetz und den Zolltarif betrieben wurde, einigten sich die Konservativen, die deutsche Reichspartei, die Nationalliberalen und das Zentrum über ein unter dem Namen des Abgeordneten Kardorff gehendes Kompromiß folgenden Inhalts. Auf die Durchberatung der einzelnen Positionen des Zolltarifs sollte verzichtet, der gesamte Tarif nach den Beschlüssen der Kommission als Anlage zum § 1 des Tarifgesetzes behandelt und en bloc angenommen werden. Nur für die Zollsätze

4) Für Roggen und für Weizen einen Mindestzoll von 7 Mk. 50 Pfg.; der erste Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 289 gegen 44 Stimmen, der zweite in einfacher Abstimmung abgelehnt.

5) Für Roggen einen Mindestzoll von 6 Mk.; der Antrag wird in einfacher Abstimmung abgelehnt.

6) Für Roggen einen Mindestzoll von 5 Mk. 50 Pfg., für Weizen und Spelz 6 Mk.; dieser Antrag wird trotz der bündigen Erklärung des Reichskanzlers in namentlicher Abstimmung mit 187 gegen 152 Stimmen bezw. mit 194 gegen 145 Stimmen angenommen.

auf eine Anzahl landwirtschaftlicher Geräte sah der Antrag Kardorff eine Ermäßigung vor. Bei der dritten Lesung des Tarifgesetzes sollte dann die Verständigung über den Hauptpunkt, die Minimalzölle, in der Art erfolgen, daß die von der Kommission beschlossenen Minimalzölle auf Pferde, Vieh und Fleisch beseitigt, die Mindestsätze für Weizen, Roggen und Hafer auf die Vorschläge der Regierung zurückgeführt, der Gerstenzoll gespalten wurde, indem der Zoll auf Braugerste von 3 auf 4 Mark erhöht, für Futtergerste aber überhaupt kein Mindestzoll festgesetzt wurde. Auf diesem Hintergrunde gewann der Antrag Kardorff für das Schicksal des ganzen Gesetzes die entscheidende Bedeutung. Deshalb bat der erste Redner des Tages, der nationalliberale Abgeordnete Bassermann, den anwesenden Reichskanzler um eine Erklärung über die Stellung der verbündeten Regierungen.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bassermann hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß ich mich aussprechen möchte über die in dem Antrag v. Kardorff vorgesehene Herabsetzung einer Anzahl von Industriezöllen, über die Viehzölle und über die Handhabung der Seuchenpolizei.

Was zunächst die Herabsetzung einer Anzahl von Industriezöllen angeht, so möchte ich darauf allgemein hinweisen, daß es sich bei der Zolltarifvorlage der verbündeten Regierungen um einen autonomen Tarif handelt, der bestimmt ist, als Grundlage für Handelsvertragsunterhandlungen zu dienen. Von entscheidender Bedeutung kann es deshalb für die verbündeten Regierungen nicht sein, wenn die Sätze der Positionen in der Kommission im einzelnen nach oben oder nach unten Abänderungen erfahren haben. Die verbündeten Regierungen müssen aber doch Wert darauf legen, daß die in ihrem Tarifentwurf enthaltenen Verhandlungsobjekte keine zu weitgehende Abschwächung erfahren. Als erwünscht kann ich deshalb die in dem Antrag Kardorff und Genossen vorgesehenen Ermäßigungen von autonomen Zollsätzen des Tarifs nicht bezeichnen. Wenn indessen der Reichstag die vorgeschlagene Ermäßigung einer Anzahl von Industriezöllen beschließen sollte, so werden die verbündeten Regierungen diesen Vorschlag in eine der Wichtigkeit der Sache entsprechende ernste und wohlwollende Erwägung ziehen.

(Lachen links.)

Die handelspolitischen Gründe, aus welchen die verbündeten Regierungen auf eine gesetzliche Bindung der Viehzölle nicht eingehen können, sind von mir und meinen Vertretern wiederholt und eingehend dargelegt worden. Die verbündeten Regierungen sind aber fest entschlossen, beim Abschluß von Handelsverträgen unserer heimischen Viehzucht einen Zollschutz in der Höhe zu sichern, welche erforderlich ist für ihre gedeihliche Fortentwicklung

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 234. Sitzung, S. 7088.

und ihr eine solche gewährleistet. Die verbündeten Regierungen werden auch keine Bestimmungen in einen Handelsvertrag oder in ein Abkommen mit einem anderen Staate aufnehmen, welche sie verhindern würden, alle erforderlichen veterinärpolizeilichen Maßnahmen zu treffen, um unseren Viehstand gegen die Gefahr der Einschleppung von Viehkrankheiten aus dem Auslande wirksam zu schützen.

(Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien. Lachen links.)

Der Antrag Kardorff wurde in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 136 Stimmen angenommen.

72. Der Zolltarif: Bundesrat und Reichstagsbeschluß.

Sitzung des Reichstages vom 13./14. Dezember 1902.

Die dritte Beratung des Zolltarifgesetzes wurde in der Sitzung des Reichstages vom 13. Dezember vorgenommen. Es war die längste Sitzung, die der deutsche Reichstag jemals gehalten hat; sie dauerte von 10 Uhr vormittags bis zum Morgen des 14. Dezember um ½5 Uhr und brachte nicht weniger als 24 namentliche Abstimmungen mit sich. Der Reichskanzler wohnte der Sitzung von Anfang bis zu Ende bei. Er leitete auch die Generaldiskussion ein.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, bei Eintritt in die dritte Beratung der Tarifvorlage glaube ich die Stellung darlegen zu sollen, welche die verbündeten Regierungen zu den von diesem hohen Hause in der zweiten Lesung gefaßten Beschlüssen einnehmen. Obwohl sich der Bundesrat verfassungsmäßig erst dann zu den Beschlüssen des Reichstags endgültig zu entschließen hat, wenn diese fertig vorliegen, so kann ich doch schon jetzt erklären, daß die verbündeten Regierungen dem Zolltarif in der nunmehr vorliegenden Fassung ihre Zustimmung zu geben bereit sind. Ich bin gleichzeitig in der Lage, aussprechen zu können, daß die Aenderungen, welche in dem Entwurf des Zolltarifgesetzes vorgenommen sind, das Einverständnis des Bundesrats finden werden mit alleiniger Ausnahme der zum zweiten Absatz des § 1 gefaßten Beschlüsse[2]). Insbesondere darf ich voraussetzen, daß die verbündeten Regierungen ernste Besorgnisse, zu welchen die in

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 235. Sitzung, S. 7144 f.

2) Die Minimalzölle, dieser Stein des Anstoßes, wird in dritter Lesung durch Annahme des Antrages Herold und Gen. beseitigt, in dem das den Antrag Kardorff ergänzende Kompromiß über die Mindestzölle formuliert war.

§ 10a beschlossene Einschränkung des Besteuerungsrechts der Gemeinden [3]) mit Rücksicht auf die ohnehin schwierige finanzielle Lage eines großen Teiles derselben Anlaß gibt, zurücktreten lassen werden, nachdem der Zeitpunkt für das Inkrafttreten dieser Bestimmung bis 1910 hinausgerückt ist.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso kann ich in Aussicht stellen, daß die verbündeten Regierungen im Interesse einer verbesserten und gesicherten Fürsorge für die Hinterbliebenen der arbeitenden Klasse

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

dem § 11a, betreffend die spätere Einführung einer Witwen- und Waisenversorgung, zustimmen werden.

(Lebhaftes Bravo in der Mitte und rechts.)

Die verbündeten Regierungen haben sich hierzu in der Erwartung entschlossen, daß auch bei Einführung dieser weitgehenden sozialpolitischen Maßregel innerhalb der durch den § 11a für die Beteiligung des Reiches festgelegten finanziellen Grenzen eine die wirtschaftliche Entwickelung der Einzelstaaten berücksichtigende Regelung der Reichsfinanzen möglich sein und hierzu der Reichstag seine wirksame Mithülfe nicht versagen wird.

Der einzige hiernach noch verbleibende Differenzpunkt zwischen den verbündeten Regierungen und den Beschlüssen der zweiten Lesung, die Erhöhung und Erweiterung der Mindestzölle in § 1 Absatz 2 des Zolltarifgesetzes, soll durch den dem Hause vorliegenden Antrag Herold und Genossen auf Nr. 790 der Drucksachen beseitigt werden. Nach diesem Antrag sollen Mindestzölle für Pferde, Vieh und Fleisch nicht festgesetzt, die Mindestzölle für Roggen, Weizen und Hafer auf die in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen Sätze zurückgeführt, endlich ein Mindestzoll von 4 Mark für Malzgerste unter Wegfall eines Mindestzolls für andere Gerste eingeführt werden. Namens der verbündeten Regierungen kann ich schon jetzt das Einverständnis derselben mit diesem Antrage erklären.

(Hört! hört! und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Die verbündeten Regierungen sind nicht der Meinung, daß sie sich mit der Zustimmung zu einer Erhöhung des Mindestzolls für Malzgerste von 3 auf 4 Mark in Widerspruch setzen mit dem ablehnenden Standpunkte, den sie gegenüber Anträgen auf Erhöhung oder Erweiterung der Mindest-

3) Die Beseitigung aller kommunalen Schlacht- und Mahlsteuern.

säße des Entwurfs haben einnehmen müssen. Die Erklärungen der verbündeten Regierungen bezogen sich auf Gerste im allgemeinen.

(Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Meine Herren, ich pflege Sie immer sehr ruhig anzuhören.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Bebel selbst wird nicht bestreiten können, daß ich mich während seiner vorgestrigen langen und hier und da polemischen Rede eines ganz ruhigen und sehr anständigen Verhaltens befleißigt habe

(sehr richtig! rechts und in der Mitte; Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten),

und ich würde dankbar sein, wenn Sie dieselbe Haltung einnehmen wollten. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Ich habe ebensogut das Recht, hier gehört zu werden wie Sie!

(Lebhaftes Bravo rechts und in der Mitte. Zurufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich muß dringend bitten, den Herrn Reichskanzler nicht zu unterbrechen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Dringend muß ich darum bitten.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Die Erklärungen der verbündeten Regierungen bezogen sich also auf Gerste im allgemeinen. Malzgerste ist aber eine ausgewählte, wesentlich wertvollere Ware als Futtergerste. Wenn daher aus dem Gesamtzolltitel Gerste die im Preise wesentlich höher stehende Malzgerste ausgenommen und besonders verzollt wird, so handelt es sich tatsächlich um eine andere Ware als diejenige, auf die sich die früheren Erklärungen bezogen. Der wertvollen Malzgerste einen Zollschutz zu gewähren, erscheint deshalb sachlich durchaus gerechtfertigt.

Was die Unterscheidung von Malzgerste und Futtergerste betrifft, so waren die verbündeten Regierungen bei Abfassung des Zolltarifs der Ansicht, daß eine zolltarifarische Unterscheidung nicht möglich sein werde. Weitere Ermittelungen und Erwägungen haben die verbündeten Regierungen aber davon überzeugt, daß eine verschiedene Verzollung derart möglich sein wird, daß Unterschleife ausgeschlossen sind, und insbesondere Gerste, welche als Malzgerste verwendet werden kann, nicht als Futtergerste zur Zollabfertigung gelangen wird.

(Hört! hört! rechts.)

Was die eventuelle Verzollung der Futtergerste betrifft, so wird bei den Vertragsverhandlungen den berechtigten Interessen der Landwirtschaft Rechnung getragen werden.

Die verbündeten Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß dieses hohe Haus durch seine Beschlüsse in dritter Lesung zwischen Bundesrat und Reichstag volle Einigung herbeiführen und damit dem großen Werke der Tarifreform zum Segen des Vaterlandes

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

— zum Segen des Vaterlandes Vollendung und Abschluß geben wird.

(Stürmischer Beifall rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen. Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Später nahm der Reichskanzler noch einmal das Wort zur Berichtigung einiger Behauptungen des Abgeordneten Dr. Barth (freisinnige Vereinigung.)

Reichskanzler Graf von Bülow[4]):

Meine Herren, ich habe das Wort erbeten, um zwei irrige Behauptungen des Herrn Abgeordneten Barth nicht unwidersprochen ins Land gehen zu lassen.

Der Herr Abgeordnete Barth hat gemeint, daß ich — wie er sich ausdrückte — die Mitschuld trüge an dem Antrag Kardorff. In einem ihm nahe stehenden Blatte habe ich vor einigen Tagen gelesen, ich sei der eigentliche Vater des Antrags von Kardorff.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn dem so wäre, wie diejenigen annehmen, die soeben „sehr richtig!" riefen, so würde ich mich dieser Paternität durchaus nicht schämen.

(Hört! hört! links.)

Verfassungsmäßig bin ich aber gar nicht in der Lage gewesen, dieses Kind in die Welt zu setzen.

(Heiterkeit.)

Die Rechte und Pflichten des Reichskanzlers werden in den Artikeln 15 und 17 der Reichsverfassung definiert. In diesen beiden uns allen bekannten Artikeln steht kein Wort davon, daß der Reichskanzler sich einzumischen hätte

(große Heiterkeit links)

in den Geschäftsgang oder in die Geschäftsordnung des Reichstags

(sehr richtig! rechts);

4) A. a. O., S. 7163 f.

vielmehr heißt es ausdrücklich in Artikel 27 der Reichsverfassung, den ich verlesen werde:

> Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er regelt seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und Schriftführer.

(Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Graf zu Stolberg-Wernigerode: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Reichskanzler nicht zu unterbrechen!

Reichskanzler Graf von Bülow:

Ich würde mich also in Widerspruch gesetzt haben mit der Reichsverfassung, wenn ich in Fragen eingegriffen hätte, die, wie die Legitimation der Mitglieder dieses hohen Hauses, wie die Regelung des Geschäftsganges und der Disziplin, wie die Wahl des Vorstandes dieses hohen Hauses, ausschließlich innere Angelegenheiten des Reichstags sind. Ich werde mir aber niemals das Recht bestreiten lassen, im Interesse des Landes jederzeit in materielle Verhandlungen einzutreten mit Fraktionen und mit Mitgliedern dieses hohen Hauses. Und dieses Recht werde ich mir namentlich nicht verkümmern lassen in einer Frage, die wie die Tariffrage von einer so weittragenden Bedeutung ist für das Wohl des Landes.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Dem entsprechend habe ich im vorliegenden Falle gehandelt, und ich habe mitgewirkt zu einer Einigung zwischen den verbündeten Regierungen und den Mehrheitsparteien — eine Einigung, die dank dem patriotischen Entgegenkommen der Mehrheitsparteien

(Lachen links),

welche Einzelwünsche dem großen nationalen Interesse des Zustandekommens der Tarifvorlage untergeordnet haben

(Zurufe links. — Glocke des Präsidenten),

glücklich zustande gekommen ist.

Vizepräsident Dr. Graf zu Stolberg-Wernigerode: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Reichskanzler nicht zu unterbrechen!

Reichskanzler Graf von Bülow:

Die geschäftsordnungsmäßige Beurteilung des Antrags v. Kardorff und die Entscheidung darüber unterliegen nach Art. 27 und 28 der Reichsverfassung lediglich der Auffassung der Mehrheit des Reichstags.

Nun hat der Herr Abgeordnete Barth weiter gemeint, es sei keine Aussicht vorhanden auf das Zustandekommen von Handelsverträgen. Ich glaube, daß diese Prophezeiung des Herrn Abgeordneten Dr. Barth nicht in Erfüllung gehen wird. Ich muß überhaupt sagen, daß bei aller Anerkennung für die Begabung des Herrn Abgeordneten Dr. Barth ich ihn nicht gerade für einen Propheten halte.

(Heiterkeit.)

Vor einigen Wochen las ich entweder in der „Nation" oder in der „Korrespondenz des Handelsvertragsvereins", jedenfalls in einem dem Herrn Abgeordneten Dr. Barth nahestehenden Blatt: nur ein Reichskanzler von der Unwissenheit und Beschränktheit des Grafen Bülow

(große Heiterkeit)

— ja, meine Herren, wie die theatralische, so treibt auch die politische Kritik in unserer Zeit manchmal seltsame Blüten — also nur ein Reichskanzler von meiner Unfähigkeit könne sich einbilden, daß die Tarifvorlage jemals zustande kommen wird. Ich bin und bleibe ein vorsichtiger Mann, aber ich glaube, ich kann doch jetzt der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Prophezeiung des Herrn Abgeordneten Dr. Barth sich nicht erfüllen wird. Und, ich glaube, mit seiner Prophezeiung hinsichtlich der Handelsverträge steht es ähnlich. Jedenfalls haben wir den Wunsch und das Bestreben, auf für uns annehmbarer Basis — diese fünf Worte unterstreiche ich, und da liegt der große Unterschied zwischen der Auffassung des Herrn Abgeordneten Barth und derjenigen der verbündeten Regierungen — also auf für uns annehmbarer Basis wieder zu langfristigen Handelsverträgen zu kommen. Die verbündeten Regierungen sind auch überzeugt, daß ihre Tarifvorlage eine brauchbare Grundlage und ein gangbarer Weg sein wird für den Abschluß solcher Handelsverträge. Von unserer Seite wird es nicht an gutem Willen fehlen, und bei gutem Willen auf beiden Seiten wird man schon zu einer Einigung kommen.

Auf eins aber möchte ich den Herrn Abgeordneten Dr. Barth aufmerksam machen. Der Abschluß von Handelsverträgen wird nicht erleichtert, wenn, wie dies nur zu oft von seiner Seite und der Seite seiner Freunde geschieht, die Sache so dargestellt wird, als ob Deutschland ein größeres Interesse hätte an dem Zustandekommen von Handelsverträgen wie andere Länder.

(Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

So liegt die Sache nicht, und ich möchte das Ausland davor warnen, solchen Auslassungen ein zu großes Gewicht beizulegen.

(Sehr gut! rechts.)

Wir befinden uns keineswegs in einer wirtschaftlichen Zwangslage, die uns nötigte, unter irgend ein kaudinisches Joch zu kriechen.

(Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Unser Einfuhrüberschuß beträgt über eine Milliarde, und Deutschland ist der beste Käufer der Welt.

(Sehr wahr!)

An dem weiteren Fortbestehen von Handelsverträgen haben die anderen genau dasselbe Interesse wie wir.

(Sehr wahr! sehr richtig!)

Deshalb werden wir in Handelsvertragsunterhandlungen eintreten mit der loyalen Absicht, einen gerechten und billigen Ausgleich der Interessen zwischen uns und den uns befreundeten Nationen herbeizuführen, aber auch mit dem Selbstbewußtsein und dem Selbstgefühl, das uns die wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes verleiht.

(Lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

In der namentlichen Gesamtabstimmung über das Zolltarifgesetz wurde dieses in der durch die Verständigungsanträge geschaffenen Fassung mit 202 gegen 100 Stimmen angenommen.

73. Die preußische Ostmarkenpolitik.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 19. Januar 1903.

Bei der ersten Beratung des preußischen Staatshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1903 kam der Abgeordnete Fritzen (Ztr.) auf Preußens Vorgehen in den Ostmarken zu sprechen; die meisten der in Verfolg dieser Politik in den Etat eingestellten Positionen unterzog er einer abfälligen Kritik oder er wollte doch die Ausführung anders gehandhabt sehen, als in Aussicht genommen war. Aber er verwarf im Namen seiner politischen Freunde überhaupt diese ganze Politik, weil „wir innerlich davon durchdrungen sind, daß sie dem preußischen Staate nichts nützen, vielmehr dem preußischen Staate verderblich sein wird und auch der Gerechtigkeit gegen unsere wohlgesinnten polnischen Mitbürger durchaus widerspricht".

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, der Herr Vorredner hat in seinen Ausführungen auch die auf unsere Ostmarkenpolitik bezüglichen Positionen des Etats berührt.

1) Sten. Ber. über die Verh. d. Abg.-H., 19. Leg.-Per., V. Session, 3. Sitzung, S. 59 ff.

Ich möchte mir erlauben, diese Positionen im Zusammenhang kurz zu beleuchten.

Es ist in diesen Tagen gerade ein Jahr vergangen, daß ich die Ehre hatte, eingehend vor diesem Hohen Hause die Ziele darzulegen, welche wir in unseren gemischt-sprachigen Provinzen verfolgen. Ich habe in meinen damaligen Ausführungen namentlich hervorgehoben, daß es meines Erachtens für die Ausgestaltung der im Osten gelegten Grundlagen deutscher Kultur und Sitte und für die Stärkung des Deutschtums in dem ihm aufgedrungenen nationalen Kampfe keiner besonderen repressiven gesetzgeberischen Maßnahmen bedürfe, sondern daß unser Bestreben auf eine planmäßige wirtschaftliche und kulturelle Hebung unserer östlichen Provinzen gerichtet sein müsse. Als Mittel zu diesem Zwecke bezeichnete ich in der Sitzung vom 13. Januar v. Js. in erster Linie die Fortsetzung einer zielbewußten Ansiedelungspolitik und die Erhaltung und Stärkung des deutschen Klein- und Großgrundbesitzes, die Hebung der Städte durch die Schaffung eines kräftigen deutschen Mittelstandes und durch die Belegung derselben mit Garnisonen, eine Besserstellung unserer Beamten und Lehrer durch Gewährung von Zulagen und Errichtung von Dienstwohnungen, die Förderung des Verkehrs durch den Bau neuer Schienenwege und endlich eine intensivere Pflege der idealen Güter, um das Deutschtum in jenen Provinzen vor geistiger Verkümmerung zu bewahren.

Dieses Programm hat damals die Zustimmung der Mehrheit dieses Hohen Hauses gefunden, und die Königliche Staatsregierung ist ohne Zögern an die Ausführung desselben herangegangen. Der Herr Abgeordnete Fritzen hat soeben mit der ihm eigenen Objektivität die Gründe dargelegt, aus denen er dieses Programm zu billigen nicht im stande sei. Ich habe es aber umsomehr für meine Pflicht gehalten, auf dem von der Mehrheit dieses Hohen Hauses gebilligten Wege vorwärts zu gehen, als ich die Ostmarkenfrage nach wie vor für eine der wichtigsten, für die wichtigste unserer inneren preußischen Politik halte

(sehr richtig! rechts),

als ich auf Grund pflichtmäßiger Ueberzeugung davon durchdrungen bin, daß nur auf diesem von uns vorgeschlagenen Wege die Integrität der Monarchie und der deutsche Besitzstand aufrecht zu erhalten sind, und als ich es deshalb als eine meiner vornehmsten Aufgaben betrachten muß, gerade dieser Frage fortgesetzt meine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Deshalb, meine Herren, habe ich schon im vergangenen April durch eine besondere Gesetzesvorlage von diesem hohen Hause einen Kredit von

250 Millionen erbeten zur rascheren Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Posen und Westpreußen, zur Vergrößerung unseres dortigen staatlichen Domänen- und Forstbesitzes. Ich bin dem Landtage besonders dankbar dafür, das er uns diese große Summe bewilligt hat, die, wie die Königliche Staatsregierung mit Bestimmtheit annimmt, für das Deutschtum im Osten die besten Früchte tragen wird.

Nachdem der Ankaufsfonds so wesentlich verstärkt worden ist, besteht übrigens die Absicht, der Ansiedelungskommission eine andere Organisation zu geben. Die bisherige Organisation hat sich gegenüber der Zunahme der Geschäfte und der politischen Entwickelung als nicht mehr ausreichend erwiesen. Hinsichtlich der Modalitäten der geplanten Organisationsänderung schweben noch Erwägungen. Diese Aenderung wird sich aber voraussichtlich in der Richtung vollziehen, daß für jede der beiden Provinzen eine besondere Ansiedelungskommission gebildet werden, und daß der Oberpräsident jeder Provinz an die Spitze der für seine Provinz gebildeten Kommission treten wird. Dem Oberpräsidenten wird natürlich ein Stellvertreter im Vorsitz und die nötige Anzahl von Räten und Hülfskräften beigegeben werden müssen. Auf diese Weise hoffen wir für jede der beiden Ansiedelungsprovinzen einen besonderen Geschäftsbereich zu bilden, der sich besser übersehen läßt, und dadurch die Möglichkeit eines überall planmäßigen und dabei doch den Besonderheiten jeder Provinz Rechnung tragenden Vorgehens sicherzustellen. Sobald die schwebenden Erwägungen abgeschlossen sein werden, werden wir nicht verfehlen, diesem hohen Hause unsere Entschließungen mitzuteilen, damit die geplante Organisation, wenn irgend möglich, schon am 1. April in Kraft treten kann.

Als ich, meine Herren, im vergangenen Frühjahre von Ihnen für Kolonisationszwecke, für Ansiedelungszwecke eine Viertelmilliarde erbat, da habe ich schon hervorgehoben, daß diese Forderung nicht die einzige und letzte bleiben würde, sondern daß ihr andere Forderungen nachfolgen würden, insbesondere im Interesse einer wirtschaftlichen Kräftigung der Städte im Osten. Ich bin, meine Herren, meinem verehrten Nachbar und Freunde, dem Herrn Finanzminister besonders dankbar dafür, daß er trotz der wenig günstigen Finanzlage seine sonst sehr sparsame Hand für diese wichtigen Zwecke auf allen Gebieten staatlicher Tätigkeit in freigebiger Weise geöffnet hat.

Als ich, meine Herren, seinerzeit den Gedanken reiflicher, ernster Erwägung für wert erklärte, den Beamten im Osten eine besondere Zulage zu gewähren, fand diese Anregung den lebhaften Beifall der Majorität dieses Hauses. Sie finden nun, meine Herren, im Ordinarium des

Etats Summen für diese Zwecke eingestellt. Es sollen an die mittleren und unteren Staatsbeamten in den Provinzen Posen und Westpreußen — in letzterer Provinz mit Ausnahme der ganz deutschen Kreise Danzig-Stadt und -Niederung, Elbing-Stadt und -Land und Marienburg — nach fünfjähriger Dienstzeit einmalige Zulage in Höhe von 10 Proz. des etatsmäßigen Gehalts unter den in der diesem Etat beigefügten Denkschrift näher angegebenen Bedingungen gewährt werden. Ebenso sollen die an den öffentlichen Volksschulen dort wirkenden Lehrer nach fünfjähriger Dienstzeit eine Zulage von 120 Mark und nach zehnjähriger Dienstzeit eine solche von 200 Mark erhalten. Diese Zulagen sollen nicht Orts- oder Stellenzulagen sein, sie sollen nicht ein Entgelt für Teuerung oder sonstige auch an anderen Orten und Gegenden bestehende wirtschaftliche Nachteile bilden, sondern sie sollen als Prämien dienen für das Ausharren auf gefährdetem Posten, und sie sollen einen Ausgleich bilden für Erschwerungen und Unannehmlichkeiten der Lebensführung und der amtlichen Tätigkeit unter schwierigen politischen Verhältnissen inmitten einer zum Teil fremdsprachigen Bevölkerung. Beamte aus anderen Provinzen können daher gleiche Ansprüche nicht erheben, und ich möchte bei der Gelegenheit an dieser Stelle gegenüber den Ausführungen des geehrten Herrn Abgeordneten Fritzen noch hinzufügen, daß uns der Gedanke, der Unabhängigkeit der Beamten im Osten zu nahe zu treten, ganz fern liegt.

(Rufe links: Lauter!)

Die Königliche Staatsregierung muß aber unter den Verhältnissen, wie sie im Osten gegeben sind, von jedem Staatsverwaltungsbeamten verlangen, daß er durch sein Verhalten nicht das Vertrauen erschüttere in die von der Königlichen Staatsregierung in den gemischtsprachigen Provinzen geführte Politik, weil diese Politik über unsern inneren Parteigegensätzen steht, da von ihrer Durchführung abhängt die Integrität der Monarchie und die Erhaltung des Deutschtums. Ein Beamter, der sich das im Osten nicht beständig vor Augen hält, ist nicht der rechte Mann auf gefährdetem Posten; die Königliche Staatsregierung hat die Pflicht, ihn nicht an seiner Stelle zu lassen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir hoffen, meine Herren, durch die von uns vorgeschlagenen Maßregeln uns einen Stamm von tüchtigen mittleren und unteren Beamten, diesen starken Wurzeln unserer Kraft im Osten, und auch von Lehrern heranzuziehen, deren treue Mitwirkung im nationalen Interesse ich ganz besonders hoch veranschlage. Wir hoffen, meine Herren, daß auch die Väter in anderen Provinzen sich veranlaßt sehen werden, ihre Söhne,

welche sich dem Lehrerberuf widmen wollen, jetzt auf die Seminare in Posen und Westpreußen zu senden und später in jenen Provinzen anstellen zu lassen, und daß auf diesem Wege dem jetzigen bedauerlichen Mangel an Elementarlehrern in diesen Provinzen mit der Zeit Abhülfe geschaffen werden wird.

Den höheren Beamten, meine Herren, soll eine Zulage nicht gewährt werden. Um aber auch ihnen das Leben unter den schwierigen Verhältnissen jener Provinzen möglichst zu erleichtern, wird beabsichtigt, einen besonderen Fonds von 150000 Mark zu bilden, um den Beamten, die vielfach in Orten ohne höhere Schulen ihren dienstlichen Wohnsitz haben, Erziehungsbeihülfen für ihre Kinder zu gewähren.

Auch wird mit der Herstellung von Dienstwohnungen, namentlich in den kleinen Städten, fortgefahren werden. Zu diesem Zwecke sind für das bevorstehende Etatsjahr Mittel im Betrage von beinahe einer Million in den verschiedenen Ressorts bereitgestellt worden. Außerdem ist im Eisenbahnetat die Summe von einer Million Mark zur Herstellung von Arbeiterwohnungen in den Eisenbahndirektionsbezirken Danzig, Bromberg und Posen wieder eingestellt und im Etat der allgemeinen Bauverwaltung der Betrag von 100000 Mark zur Errichtung von Wohnungen für niedere Beamte und Arbeiter ausgeworfen worden.

Als ein wesentliches Mittel zur Stärkung des Deutschtums und gleichzeitig zur Hebung der kleinen Städte habe ich seinerzeit die Belegung mit Garnisonen bezeichnet. Mit der Durchführung dieser Maßnahme ist ein Anfang gemacht worden, als im Laufe des verflossenen Jahres je ein Bataillon Infanterie in die Städte Schrimm und Wreschen gelegt worden ist. Da das politische Interesse Beschleunigung der Maßnahmen erheischte, sind vom preußischen Fiskus zum Bau der erforderlichen Garnisoneinrichtungen 3 Millionen Mark gegen entsprechende Verzinsung in Aussicht gestellt worden. Wir hoffen, daß dieses Hohe Haus hierzu seine Mitwirkung nicht versagen wird.

Neben diesen Maßnahmen allgemeiner Natur sind in dem vorliegenden Etat zur Förderung einzelner nützlicher Anlagen auf wirtschaftlichem Gebiete in den beiden gemischtsprachigen Provinzen namhafte Beträge ausgeworfen worden. Ich verweise in dieser Hinsicht besonders auf zwei erste Raten von je 400000 Mark für die Erweiterung des Hafens in Brahemünde und zur Herstellung eines Holzhafens bei Thorn, auf eine erste Rate von 170000 Mark zum Hochwasserschutz für die Stadt Posen und auf eine zweite Rate von 3 Millionen Mark zum Erwerb des Umwallungsgeländes in Posen.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, meine Herren, daß jede Hebung des Verkehrs im Osten nicht nur wirtschaftlich nützlich wirkt, sondern auch zur Förderung des Deutschtums besonders auf dem platten Lande beiträgt. Es besteht deshalb die Absicht, in die Ihnen demnächst zu unterbreitende Nebenbahnvorlage für Eisenbahnbauten in den Provinzen Posen und Westpreußen die Summe von 24 Millionen Mark einzustellen.

(Bravo! rechts. Bewegung links und im Zentrum.)

Wenn wir in diesem Tempo alljährlich fortfahren — ich darf daran erinnern, daß wir im vergangenen Etat für dieselben Zwecke diese Provinzen gleichfalls mit über 20 Millionen dotiert haben —, so ist die Hoffnung vorhanden, daß wir das jetzt im Osten leider noch recht weitmaschige Verkehrsnetz allmählich enger ziehen und auf diese Weise auch den östlichen Provinzen die Vorteile eines erleichterten Verkehrs zugänglich machen werden.

Hand in Hand mit der Befriedigung der realwirtschaftlichen Bedürfnisse soll die Pflege von Kunst und Wissenschaft, den idealen Seiten des Lebens, gehen. Wo der Deutsche prosperieren soll — das habe ich schon von dieser Stelle im vergangenen Jahre gesagt —, da darf auch diese Seite nicht vernachlässigt werden. Als das Hauptmittel zur Förderung des Deutschtums betrachte ich nach wie vor die sorgsame Pflege und den steten Ausbau unserer Schule. Wenn auch auf diesem Gebiet vom Staate in den letzten Jahren viel getan ist, so bleibt gerade im Osten die Zahl der unzureichenden Schulhäuser und der überfüllten Schulklassen noch immer sehr beträchtlich. Es ist deshalb eine Vermehrung der etatsmäßigen Mittel für die Herstellung neuer Schulstellen, für die Unterstützung der Schulvorstände bei Schulbauten in Aussicht genommen. Von dem Gesamtbetrage von über 3 Millionen Mark soll auf die beiden Provinzen Westpreußen und Posen eine Million entfallen. Um ausreichenden Nachwuchs von Lehrkräften zu sichern, sollen drei neue Seminare und drei neue Präparandenanstalten errichtet werden. Ferner ist in den Etat der Betrag von 200000 Mark zur Errichtung von Schulbibliotheken und zur Beschaffung von Material für Volksschulen eingestellt worden. Für Beihülfen zu Kirchen- und Pfarrhausbauten in deutschen evangelischen und katholischen Kirchengemeinden ist wiederum wie im vorigen Jahre eine halbe Million Mark vorgesehen worden.

Endlich hat es sich trotz der wenig befriedigenden Gestaltung der Staatseinnahmen ermöglichen lassen, auch im Osten für die Bedürfnisse von Kunst und Wissenschaft zu sorgen; denn die Königliche Staatsregierung

legt besonderes Gewicht darauf, den Bedürfnissen unserer gebildeten Klassen auf diesem Gebiete in sprachlich und national gemischten Provinzen nach Möglichkeit entgegenzukommen. In dieser Beziehung — Errichtung eines landwirtschaftlichen Lehrinstituts in Verbindung mit einer Bibliothek in Bromberg, Begründung einer Akademie in Posen — gestatte ich mir, auf den Etat zu verweisen.

Die Königliche Staatsregierung hofft, daß durch die von ihr in den Etat eingestellten Forderungen das Vertrauen im Lande in die Festigkeit unserer Ostmarkenpolitik gestärkt werden wird, und daß sie dazu beitragen werden, unseren Landsleuten im Osten den Mut zu beleben zu treuem Ausharren, zu festem Zusammenhalten ohne Unterschied der Partei und Konfession. Wir wissen sehr wohl, daß die Aufgabe, die wir uns im Osten gestellt haben, nicht von heute auf morgen gelöst werden kann; dazu werden Jahre, vielleicht Jahrzehnte erforderlich sein. Diese Aufgabe ist auch nur zu lösen mit Tatkraft und Konsequenz. Da kann es für uns kein Rückwärts und es kann für uns kein Schwanken geben. Wir werden auf dem für richtig erkannten Wege weiter gehen. Wir werden weiter gehen ohne kleinliche Gehässigkeit und unnötige Schroffheit, aber auch ohne Schwäche und vor allem ohne Schwanken, damit die Provinzen Posen und Westpreußen immer inniger mit der Monarchie verwachsen, immer gut preußisch und gut deutsch bleiben.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

74. Die Swinemünder Depesche.

Sitzung des Reichstages vom 19. Januar 1903.

Bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1903 brachte der Abgeordnete Dr. Schaedler (Ztr.) das Telegramm des Kaisers zur Sprache, in dem dieser am 10. August von Swinemünde aus dem Prinz-Regenten von Bayern seine Entrüstung über die Ablehnung der für Kunstzwecke geforderten 100 000 Mark durch die bayerische Abgeordnetenkammer aussprach und diese Summe persönlich zur Verfügung stellte. Besonders scharf kritisierte der Abgeordnete die Veröffentlichung dieser Depesche.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Ich hatte nicht die Absicht, meine Herren, schon jetzt in die Debatte einzugreifen. Ich sehe mich aber hierzu genötigt durch die Art und Weise,

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 241. Sitzung, S. 7409 f.

wie der Herr Vorredner das Telegramm zur Sprache gebracht hat, welches Seine Majestät der Kaiser vor 5 Monaten an Seine Königliche Hoheit den Prinz-Regenten von Bayern gerichtet hat. Der Herr Abgeordnete Schaedler hat die Frage aufgeworfen, ob und wie weit ich die Verantwortung für dieses Telegramm übernehme. Nach unserer Verfassung, die uns alle bindet, bin ich verantwortlich für diejenigen Kaiserlichen Entschließungen, welche an die Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden sind. Artikel 17 der Reichsverfassung bestimmt, daß Anordnungen und Verfügungen des Kaisers der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Diese Gegenzeichnung und die dadurch begründete Verantwortlichkeit erstreckt sich also nur auf Anordnungen und Verfügungen des Kaisers, also nur auf solche Handlungen, welche in unmittelbarer Ausübung der dem Kaiser zustehenden Regierungsrechte vor sich gehen, dagegen nicht auf persönliche Kundgebungen, selbst wenn solche persönlichen Kundgebungen programmatischer Natur sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Dementsprechend ist, wie Sie sich alle erinnern werden, der bekannte Erlaß des Kaisers Friedrich vom März 1888, in welchem der verewigte Monarch die Grundsätze darlegte, nach denen er seine Regierung einzurichten wünschte, von keinem Minister gegengezeichnet worden. Ebenso sind die Erlasse unseres jetzigen Kaisers vom Februar 1890 über die Ordnung der Arbeiterverhältnisse von keinem Minister kontrasigniert worden. Jenseits dieser von der Verfassung gezogenen Schranken beginnt das weite Gebiet, wo nicht mehr die formale Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Platz greift, sondern, ich möchte sagen, die Imponderabilien der Tradition, des Taktes, der Gewissenhaftigkeit, der moralischen Verantwortlichkeit.

Welche Folgerungen ergeben sich nun aus dieser moralischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber persönlichen Kundgebungen des Kaisers? Reichsgesetzlich ist diese moralische Verantwortlichkeit weder ausgedrückt, noch umschrieben; sie folgt aber meines Erachtens aus der Natur der kanzlerischen Institution. Ich nehme keinen Anstand, hier und vor dem Lande zu sagen, daß ein gewissenhafter, ein seiner moralischen Verantwortlichkeit sich bewußter Reichskanzler nicht würde im Amte bleiben können, wenn er Dinge nicht zu verhindern vermöchte, die nach seinem pflichtmäßigen Ermessen das Wohl des Reichs wirklich und dauernd schädigen würden.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Aber andererseits verbleibt dem Kaiser auch über die Grenzen der Verfassung hinaus ein weites Maß eigenen Aktionsrechts und persönlicher Initiative. Wie jeder Staatsbürger darf auch der Kaiser von dem Recht Gebrauch machen, seine Meinung zu äußern.

(Sehr richtig!)

Das Recht der freien Meinungsäußerung, das nach Art. 27 der preußischen Verfassung jedem Preußen zusteht, darf auch dem Kaiser nicht verweigert werden. Und wenn der Kaiser seiner kräftigen Natur entsprechend seine Meinung hier und da kräftig zum Ausdruck bringt, so wird ihm das gerade der Abgeordnete Schaedler nicht vorwerfen dürfen, der weder heute noch in Tuntenhausen[2]) als Leisetreter aufgetreten ist.

(Heiterkeit.)

Dieses Recht der freien Meinungsäußerung dem Kaiser zu wahren, hat der Reichskanzler die Pflicht. Solche persönlichen Kundgebungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit auch nicht der Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Der Gedanke, den Kaiser in den Aeußerungen seiner Meinung dadurch zu beschränken, daß dieselben an die Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden werden, liegt unserer Verfassung vollständig fern.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Frage der Gültigkeit kann dabei überhaupt nicht in Betracht kommen. . Ich werde es aber niemals ablehnen, die Verantwortung zu übernehmen für die Rückwirkung, welche solche persönlichen Kundgebungen haben können auf den großen Gang der Politik; denn ich bin dem Bundesrat wie diesem hohen Hause verantwortlich für eine Führung der Geschäfte, welche weder den äußeren, noch den inneren Frieden des Reichs gefährdet.

(Sehr richtig! rechts.)

Es handelt sich im vorliegenden Falle um einen persönlichen Meinungsaustausch zweier Souveräne, der nicht den Charakter eines Staatsakts trägt, — es handelt sich um eine Aeußerung des Fürsten zum Fürsten, des Freundes zu Freunde, um eine ausschließlich persönliche Angelegenheit zwischen den beteiligten Bundesfürsten. Schon darum bin ich nicht in der Lage gewesen, die Informationen über die Vorgänge zu geben, aus denen der Depeschenwechsel hervorgegangen ist. Den persönlichen Charakter des Depeschenwechsels können Sie auch daraus ersehen, daß, wie das

2) In Tuntenhausen (Oberbayern, Bezirksamt Rosenheim) hält der bayrisch-patriotische Bauernverein seine Generalversammlungen ab.

Telegramm des Kaisers nur mit dem Namen des Kaisers unterzeichnet war, die Antwort des Prinz-Regenten nicht den Zusatz „Prinz-Regent", sondern nur „Prinz von Bayern" trug. Hieran ist auch durch die Veröffentlichung des Depeschenwechsels, auf welche der Herr Abgeordnete Schaedler eben so sehr insistiert hat, nichts geändert worden. Wolffs Telegraphenbüreau ist keine staatliche Einrichtung, Wolffs Telegraphenbüreau untersteht keiner Regierungsstelle. Die Weisung zur Veröffentlichung war nicht gegengezeichnet, sie war kein Regierungsakt. Wolffs Telegraphenbüreau bringt alle Vorgänge, welche die Oeffentlichkeit interessieren, aber ein offizielles Organ ist Wolff nicht; das offizielle Organ ist der „Reichsanzeiger", und dieser hat den Depeschenwechsel nicht veröffentlicht, weil, wie gesagt, es sich um eine persönliche Kundgebung handelte. Die Frage, wie die Veröffentlichung zustande kam, ist hier nicht entscheidend; worauf es allein ankommt, ist, ob durch dieses Telegramm die Beziehungen zwischen dem Absender und dem Empfänger des Telegramms, zwischen Preußen und Bayern, wirklich getrübt worden sind, wie das der Herr Abgeordnete Schaedler soeben behauptet hat. Darauf erwidere ich, daß von einer solchen Trübung in keiner Weise die Rede sein kann. Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent von Bayern hat das Telegramm seines Kaiserlichen Freundes nicht mißverstanden

(Heiterkeit),

und wie wenig er es mißverstanden hat, meine Herren, können Sie daraus entnehmen, daß dieser hohe Herr 4 Wochen nach Empfang des Telegramms Seine Königliche Hoheit den Prinzen Ludwig von Bayern, der sich zu den Manövern nach Posen begab, beauftragte, Seiner Majestät dem Kaiser noch mündlich seinen Dank für das Telegramm zu wiederholen.

(Hört! hört! rechts.)

Ich zweifle nicht an dem bayerischen Patriotismus des Herrn Abgeordneten Schaedler; aber ich meine doch, daß, wo es sich um die Wahrung der Würde und Selbständigkeit von Bayern handelt, Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent von Bayern zuständiger ist als der Herr Abgeordnete Schaedler. Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent wußte sehr wohl, daß Seine Majestät der Kaiser in seinem Telegramm nur einer persönlichen Empfindung hat Ausdruck geben wollen. Dieser edle Fürst, der von jedem Bayern und von jedem Deutschen mit Recht hoch verehrt wird, und der seit über 17 Jahren das ihm von der Vorsehung unter sehr schwierigen Verhältnissen übertragene Amt mit so großer Auszeichnung führt, wußte wohl, daß Seine Majestät der Kaiser nur Aus-

druck hat geben wollen der persönlichen Anerkennung für alles, was der Prinz-Regent und das Haus Wittelsbach für die deutsche Kunst getan haben, der persönlichen Ansicht, daß in Sachen der Kunst allein das Interesse der Kunst maßgebend sein sollte.

Der Herr Abgeordnete Schaedler hat ja soeben mit einem großen Aufwand von Dialektik nachzuweisen versucht, daß der Mehrheit der bayerischen Kammer die Absicht fern gelegen hätte, irgendwie Kunstinteressen schädigen zu wollen. Daß ein solcher Argwohn für einen objektiven Beurteiler nicht sehr fern lag, wird wohl der Herr Abgeordnete Schaedler selbst nicht bestreiten wollen. Auch das wußte der Prinz-Regent sehr wohl, daß Seine Majestät der Kaiser durchaus nicht die Absicht hatte, sich in die parlamentarischen Angelegenheiten eines Bundesstaates einzumischen. Und vor allem wußte Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent, daß es dem Kaiser nicht eingefallen ist, den Rechten eines Bundesfürsten oder eines Bundesstaates nahe treten zu wollen. Gegenüber dem, was der Herr Abgeordnete Schaedler soeben gesagt hat über unifikatorische Tendenzen, von denen ich nicht wüßte, wo sie existieren sollen — an maßgebender Stelle existieren sie nicht! —, betone ich, daß der bundesstaatliche Charakter des Reichs von keiner Seite in Zweifel gezogen worden ist. Mit allen seinen Mitfürsten ist Seine Majestät der Kaiser davon durchdrungen, daß auf den vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Bundesstaaten und Bundesfürsten und auf der Achtung vor den Rechten jedes Bundesstaates und Bundesfürsten eine glückliche Zukunft des Reichs beruht. Die sorgsame Pflege der föderativen Grundlagen des Reichs ist eine conditio sine qua non für eine gedeihliche deutsche Entwicklung — das wird an keiner Stelle vergessen.

Den bundesstaatlichen Charakter des Reichs, den Reichsgedanken, dessen feste Grundlage die Reichsverfassung ist, vor jeder Trübung zu wahren, ist unser aller Pflicht. Das ist die Pflicht Seiner Majestät des Kaisers, wie es die Pflicht der deutschen Fürsten ist; das ist meine Pflicht, wie es Ihre Pflicht ist. Und darum kann ich nur mein tiefes Bedauern aussprechen über die Art und Weise, wie der Herr Abgeordnete Schaedler diesen Vorgang behandelt hat. Ich kann nur hoffen, daß dieser Vorgang von allen Seiten so richtig und so würdig aufgefaßt werden möge, wie er von dem kompetentesten Beurteiler, dem Prinz-Regenten von Bayern, beurteilt und aufgefaßt worden ist.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß von allen Seiten unterlassen werden möge, was im Ausland Zweifel hervorrufen könnte an der Ge-

schlossenheit des Reichs, an der Hingebung und Liebe der Nation für die Kaiseridee, die dem deutschen Volke mehr ist als der bloß formale Begriff, den der Herr Abgeordnete Schaedler nach Professor Laband hat konstruieren wollen. Denn diese Kaiseridee repräsentiert mit den teuersten Erinnerungen des deutschen Volkes unsere Weltstellung und unsere Zukunft, und niemand soll im Zweifel sein über den festen Entschluß unseres Volkes, an der Kaiseridee nicht rütteln zu lassen, sie vor jeder Antastung zu bewahren.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

75. Arbeiterfürsorge. — Absolutismus. — Wahlgeheimnis. — Venezuela.

Sitzung des Reichstages vom 20. Januar 1903.

Am zweiten Tage der ersten Etatsberatung war der erste Redner der sozialdemokratische Abgeordnete von Vollmar; maßvoll in der Form, übte er von seinem Standpunkt aus scharfe Kritik nicht nur an einzelnen, sondern an allen Maßnahmen der Regierung. Nach ihm sprach der Abgeordnete Dr. Sattler (natlib.). Dann ergriff das Wort

der Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, ich möchte zunächst mit einigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten von Vollmar eingehen. Aus seinen Schlußäußerungen schien mir die Absicht zu sprechen, Seiner Majestät dem Kaiser und der Monarchie eine antisoziale Tendenz zu imputieren. Diese Auffassung ist historisch wie psychologisch gleich unbegründet. Wie wir alle wissen, ist die soziale Gesetzgebung in Deutschland durch Kaiser Wilhelm I. ins Leben gerufen worden. Die Monarchie hat in Deutschland tatsächlich mehr für die arbeitenden Klassen getan, als bisher in irgend einem anderen Lande für die Arbeiter geschehen ist.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Vor einigen Wochen befand sich in Berlin eine Deputation der englischen Friendly Societies, um unsere Versicherungsgesetzgebung zu studieren. Beim Abschiede dieser Deputation hielt der Führer derselben eine Abschiedsrede, in welcher er unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Botschaft vom 17. November 1881 wörtlich sagte:

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 242. Sitzung, S. 7429 ff.

Selbst wenn die Namen eines Cäsar und Napoleon längst verklungen sein werden, so wird dieses Deutsche Kaiserwort ewig fortleben, noch in den fernsten Jahrhunderten die Herzen bewegen und andauernd das Gedächtnis an den großen Deutschen Kaiser wachhalten, der die Worte seiner an den Reichstag gerichteten Botschaft nicht nur ausgesprochen, sondern auch kraftvoll in die Tat umgesetzt hat.

(Sehr richtig! rechts.)

So, meine Herren, urteilt das Ausland über das, was die Monarchie in Deutschland auf sozialpolitischem Gebiet geleistet hat. Es ist eben unbestreitbar, daß die soziale Gesetzgebung, die Gesetzgebung zum Wohle der arbeitenden Klassen in keinem Lande so entwickelt ist wie in Deutschland.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Die großartige Schöpfung unserer Arbeiterversicherung steht bis jetzt einzig in der Welt da. Wo finden Sie in Frankreich oder in Belgien oder in Holland, in England oder in Amerika Gesetze, Maßnahmen und Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter wie bei uns?

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Wenn Sie das bestreiten, meine Herren von der äußersten Linken, so möchte ich Ihnen aus einem Bericht unseres Botschafters in Paris vom November 1901 eine Stelle vorlesen über eine Unterredung, die er damals mit dem früheren sehr ausgezeichneten französischen Arbeitsminister, Herrn Millerand, gehabt hatte. Herr Millerand ist, wie Herrn von Vollmar nicht unbekannt sein wird, ein politischer und persönlicher Freund des bekannten Politikers und großen Redners Jaurès, und da Herr Jaurès nach dem, was ich glaube verstanden zu haben, bei Herrn von Vollmar in gutem Ansehen steht

(Zuruf)

— es freut mich, daß Sie sagen „sehr richtig!", Herr von Vollmar —, so werden Sie vielleicht dem eine gewisse Bedeutung beilegen, was Herr Millerand unserem Botschafter sagte. Herr Millerand bemerkte:

> da die Frage der Altersversicherung für die Bergarbeiter gerade jetzt wieder auf der Tagesordnung steht, daß seine Bemühungen darauf gerichtet seien, einen ähnlichen Zustand zu schaffen, wie ihn die Hochherzigkeit und Weitsicht des Kaisers Wilhelm in Deutschland gefördert habe
>
> (hört! hört! rechts),

einen Zustand der humanitären Behandlung der arbeitsunfähig Gewordenen. In Deutschland habe der Staat viel mehr getan als dies in Frankreich bisher der Fall gewesen.

(Sehr richtig! rechts.)

Man müsse danach trachten, dies hier nachzuholen. Seine Sorge sei, die immer drohender werdende Gefahr der Streiks zu beseitigen, nicht aber, wie man ihm von feindlicher Seite vorwerfe, die Streiks zu fördern. Dies sei nur möglich, wenn den wirklich berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung getragen werde.

Und wenn es Sie interessiert, könnte ich noch aus dem Anfang dieses Berichts die nachstehende Stelle vorlesen. Unser Botschafter Fürst Radolin schrieb:

Ich hatte bei dieser Unterhaltung mit Herrn Millerand wieder den angenehmen Eindruck seiner ruhigen und würdigen Persönlichkeit, welcher es fern von jeder Pose nur um sachliche Interessen zu tun ist. Nach früheren Schilderungen der Presse und mündlichen Berichten hatte ich mir ein ganz anderes Bild von ihm machen müssen. Er verfolgt energisch die Hebung der unteren Klassen, wozu die Bourgeoisie nicht allzu geneigt ist.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

— Meine Herren, dieser Ihr Zwischenruf von Ihrer Seite frappiert mich wirklich; es ist nämlich wörtlich dasselbe, was Seine Majestät der Kaiser seinerzeit an den Rand dieses Berichts geschrieben hat.

(Große Heiterkeit.)

— Herr Bebel, ich bin gern bereit, Sie Einsicht in diesen Bericht nehmen zu lassen, und Sie werden sehen, daß zu dieser Stelle Seine Majestät der Kaiser wörtlich geschrieben hat:

„Richtig, und das überall!"

(Heiterkeit.)

In dem Bericht heißt es weiter:

Herr Millerand aber ist weit davon entfernt, die Staatsgewalt zu erschüttern.

Meine Herren, ich wünsche Ihnen einen Millerand.

(Sehr gut! rechts.)

Und nur die deutsche Arbeiterversicherung bildet bisher ein zusammenhängendes Ganzes; anderswo hat man sich darauf beschränkt, einzelne Zweige unserer sozialen Versicherung zu realisieren. Und ebenso unbestreitbar ist es, daß die soziale Gesetzgebung mit allem, was sie Großes und

Gutes mit sich gebracht hat, zurückzuführen ist auf die gemeinsame Arbeit der deutschen Fürsten und dieses hohen Hauses. Was Sie betrifft, meine Herren, so haben Sie ja gegen die Arbeitergesetze gestimmt.

(Sehr richtig! rechts.)

Und auch das direkte, allgemeine und geheime Wahlrecht, das anzutasten bei keiner Regierung und an keiner maßgebenden Stelle irgendwelche Absicht besteht, ist Ihnen von der Monarchie gewährt und freiwillig gewährt worden.

Seine Majestät der Kaiser ist davon durchdrungen, daß es die Aufgabe des Staates ist, die schützende und stützende und helfende Hand über die wirtschaftlich Schwachen zu halten. Auf solche Fürsorge hat nach Seiner Ansicht allerdings jeder wirtschaftlich bedrängte Stand Anspruch, also nicht nur der Industriearbeiter, sondern die Landwirtschaft auch.

(Zuruf.)

— Jawohl, der Bauer ist auch ein Mensch sozusagen.

(Heiterkeit.) —

Seine Majestät der Kaiser ist aber auch davon durchdrungen, daß die Monarchie, welche am Anfang des vorigen Jahrhunderts ohne gewaltsame Erschütterung den Uebergang gefunden hat vom alten zum neuen Staatswesen, auch heute stark und einsichtig genug ist, um diejenigen Uebelstände und Mißstände, welche neben vielen Lichtseiten die moderne Entwicklung der Dinge mit sich gebracht hat, die sich in allen vorgeschritteneren Ländern finden, und die wir zusammenfassen unter dem Namen „soziale Frage", zu mildern und so weit zu beseitigen, wie dies möglich ist auf dieser unvollkommenen Erde. Im Laufe des vorigen Jahrhunderts hat sich das deutsche Bürgertum, erst das gebildete, das gelehrte Bürgertum der Professoren, dann das schaffende der Unternehmer zu Ansehen und Geltung im Staate emporgerungen. Es ist die Ansicht Seiner Majestät und die Ansicht der verbündeten Regierungen, daß die Aufgabe unseres Jahrhunderts der Ausbau der sozialen Gesetzgebung ist. Seine Majestät der Kaiser ist auch davon durchdrungen, daß die Arbeiter gleichberechtigt sein sollen mit den anderen Ständen und Klassen, und daß diese Gleichberechtigung ihren gesetzgeberischen Ausdruck finden soll.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Und wenn Arbeiter sich veranlaßt finden sollten zu Kundgebungen — ich spreche natürlich nicht von irgend einer speziellen Kundgebung —, so haben in meinen Augen nur solche Kundgebungen einen Wert, die aus dem freien, unbeeinflußten Willen der Arbeiter hervorgehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Solche Kundgebungen begrüße ich gern als ein Zeichen dafür, daß ein großer Teil der Arbeiter treu zu Kaiser und Reich steht, aber von Manifestationen, die durch äußeren Druck und fremde Einwirkung hervorgerufen werden, halte ich gar nichts!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Potemkinsche Dörfer will ich ebensowenig in Deutschland haben wie Sie![2])

Der Herr Abgeordnete von Vollmar hat ferner von „bonapartistischen“ Tendenzen gesprochen. Mir ist kein einziger Fall bekannt, wo Seine Majestät der Kaiser sich in Widerspruch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung gesetzt hätte. Wenn aber Seine Majestät der Kaiser sich im Rahmen der Reichsverfassung hält, so hat er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die ihm durch die Verfassung übertragenen Befugnisse in vollem Umfang auszuüben. Was soll dieses ganze Gerede von „Absolutismus“, „Bonapartismus“, „Cäsarismus“ u. s. w.? Als ich soeben die dunklen Andeutungen des Herrn von Vollmar in dieser Richtung hörte, frug ich mich, ob ich mich etwa statt im Deutschen Reichstag in Marokko oder China befände.

(Heiterkeit.)

Nennen Sie mir doch einen einzigen Fall, wo die verfassungsmäßigen Rechte des deutschen Volkes von dem Deutschen Kaiser, den deutschen Fürsten oder ihren Ministern irgendwie verletzt worden wären!

(Zuruf von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Graf zu Stolberg-Wernigerode: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Reichskanzler nicht zu unterbrechen!

Reichskanzler Graf von Bülow:

Ich kann mir denken, daß, wenn bei uns ein Parteiregiment etabliert würde, daß sich dann mehr oder weniger absolutistische Tendenzen unter einem solchen Parteiregiment geltend machen könnten; ich kenne auch bei uns, auch in Ihren Reihen mehr oder weniger absolutistisch angelegte Parteiführer

(Zuruf — Heiterkeit);

aber absolutistisch angelegte Fürsten und Minister sind mir in Deutschland nicht bekannt.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

2) Der Reichskanzler spielt hiermit an auf die sozialdemokratische Behauptung, daß die Zustimmungserklärungen aus Arbeiterkreisen zu den Reden des Kaisers gegen die vom „Vorwärts“ inaugurierte Hetze gegen den verstorbenen Geheimen Rat Krupp durch äußern Druck bewerkstelligt worden seien.

„Absolutismus“ ist wie kein deutsches Wort, so keine deutsche Einrichtung; Absolutismus ist ein asiatisches Gewächs, und von Absolutismus wird in Deutschland nicht die Rede sein, solange unsere Zustände sich weiter entwickeln in organischer und legaler Weise unter Achtung der Rechte der Krone, die ebenso heilig sind wie die Rechte der Bürger, unter Achtung von Gesetz und Ordnung, die von oben nicht mißachtet sind und nicht mißachtet werden werden. Wenn unsere Zustände jemals eine absolutistische, cäsaristische Form annehmen sollten, so würde es die Folge sein von Revolutionen, von Umwälzungen. Auf die Revolution folgt der Cäsarismus wie auf das U das W — das ist die Ordnung im ABC der Weltgeschichte.

Der Herr Abgeordnete von Vollmar hat sich auch eingehend beschäftigt mit dem Verhältnis zwischen Kaiser und Reichskanzler. Dieses Verhältnis wird staatsrechtlich reguliert durch die bekannten Artikel 15, 16 und 17 der Reichsverfassung. Diese Artikel bilden die Grundlage und die Form für das Verhältnis zwischen diesen beiden Faktoren. Das Wesen des Verhältnisses liegt in dem beiderseitigen guten Willen, in dem beiderseitigen Wunsche, im Interesse der **salus publica** und für die **salus publica** zusammenzuwirken. Ohne gegenseitige Konzessionen, ohne gelegentliche Kompromisse geht es nun einmal nirgends in der Welt. Das will ich aber mit aller Bestimmtheit aussprechen, daß das Recht der persönlichen Initiative dem Kaiser von keinem Reichskanzler verkürzt werden soll noch wird. Das würde weder den Traditionen des deutschen Volkes entsprechen noch seinen Interessen. Das deutsche Volk will gar keinen Schattenkaiser, das deutsche Volk will einen Kaiser von Fleisch und Blut; die Schattenkaiser haben genug Unheil über das alte Reich gebracht.

Was aber den Reichskanzler angeht, so wiederhole ich, daß ein Reichskanzler, der auch diesen Namen verdient, der nicht ein altes Weib ist

(Heiterkeit),

nichts gegenzeichnen wird, was er nicht mit seinem Gewissen verantworten kann. Daraus folgt noch nicht, daß der Reichskanzler sofort zurücktreten soll, sobald er einmal in irgend einer Angelegenheit anderer Meinung ist als sein Souverän. Wenn dem so wäre, dann würden meine Vorgänger mehr als einmal ihre Entlassung genommen haben.

(Hört! hört! links.)

— Gewiß, das ist ja allgemein bekannt. — Die erste Eigenschaft, die ein Reichskanzler haben muß, ist Augenmaß, um unterscheiden zu können zwischen großen politischen Fragen, mit denen er sich von Reichs wegen

zu beschäftigen hat, und Angelegenheiten von geringerer Bedeutung. Wenn wegen der letzteren der Reichskanzler jedesmal seine Entlassung nehmen sollte, so wäre das ebenso falsch, als wenn einer aus dieser oder jener Partei austreten müßte, wenn er mit dem Leiter der Partei mal anderer Meinung ist — und das wird wohl gelegentlich auch vorkommen. Aber ein nur ausführendes Organ, ein bloßes Instrument ist der Reichskanzler nicht. Das würde weder den Interessen des Volkes entsprechen noch den Wünschen Seiner Majestät des Kaisers. Unser Kaiser verträgt sehr gut Widerspruch; er will gar keinen Reichskanzler haben, der nicht unter Umständen einen Widerspruch erhebt. Ich wünschte, Sie vertrügen den Widerspruch so gut

(Heiterkeit)

und wären so wenig voreingenommen wie Seine Majestät der Kaiser.

Meine Herren, bevor ich zu anderen Gegenständen übergehe, möchte ich noch kurz das Nachfolgende sagen. Es ist gestern an die von diesem hohen Hause bereits wiederholt angenommenen Anträge zur besseren Sicherung des Wahlgeheimnisses erinnert worden. Ich bin in der Lage, diesem hohen Hause mitteilen zu können, daß beim Bundesrat ein Antrag des Reichskanzlers eingebracht werden wird, der eine Abänderung des Wahlreglements für die Reichstagswahlen in dem Sinne vorschlägt, daß in Zukunft die Benutzung von Umschlägen für die Stimmzettel und die Einrichtung von Isolierräumen bei Ausübung des Wahlrechts in der Art obligatorisch gemacht werden soll, daß die Stimmabgabe des einzelnen Wählers von Dritten nicht beobachtet wird.

(Bravo!)

Zur Einführung dieser Bestimmungen bedarf es nach unserer Ansicht keiner Aenderung des Wahlgesetzes, sondern es genügt dazu eine entsprechende Ergänzung des Wahlreglements. Sobald der Bundesrat sich mit dieser Abänderung des Wahlreglements einverstanden erklärt haben wird, wird Ihre Zustimmung gemäß § 15 Absatz 2 des Wahlgesetzes zum Reichstag vom 31. Mai 1869 erbeten werden, damit schon bei der bevorstehenden Neuwahl zum Reichstag von dieser neuen Kautel zur Sicherung des Wahlgeheimnisses Gebrauch gemacht werden kann.

(Bravo!)

Meine Herren, ich wende mich nun noch kurz zu demjenigen, was die Herren Vorredner gesagt haben über unsere auswärtige Politik. Ueber unsere Beziehungen zu Frankreich will ich nicht und werde ich

nicht so eingehend reden, wie dies der Herr Abgeordnete von Vollmar getan hat. Ich freue mich aber, sagen zu können, daß ich mit dem Sinn und Geist seiner Ausführungen in dieser Richtung einverstanden bin, und das ist ein Beweis, daß man über viele Dinge verschiedener Ansicht sein, aber sich doch in gewissen Punkten begegnen kann. Das gilt für Individuen so gut wie für Völker. Also auch ich bin davon durchdrungen, daß ruhige und friedliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gleichmäßig dem Wohle beider Länder entsprechen, und daß es sogar eine gewisse Anzahl von Fragen gibt, wo beide zu ihrem gegenseitigen Vorteil zusammengehen können. Ich werde meinerseits auch fernerhin auf das sorgsamste unsere Beziehungen zu unserem westlichen Nachbar pflegen, mit dem wir in der Vergangenheit den Degen gekreuzt haben, dessen glänzende Eigenschaften wir aber ebensowenig verkennen wie seine Verdienste um die Fortschritte der Zivilisation, seine Bedeutung als eines der stärksten Träger menschlicher Kultur.

Was die Venezuela-Angelegenheit angeht, so kann ich mich hinsichtlich der Ursachen wie der Zwecke unseres dortigen Vorgehens auf die eingehende Denkschrift beziehen, welche ich die Ehre gehabt habe vor einiger Zeit diesem hohen Hause zu unterbreiten. Unsere in voller Gemeinsamkeit mit England und Italien eingenommene Haltung hat bisher dahin geführt, daß der Präsident von Venezuela die Forderungen der drei Mächte im Prinzip anerkannt hat. Ebenso hat er sich mit den Vorbedingungen einverstanden erklärt, welche die drei Mächte für die Ueberweisung der Streitfrage an das Haager Schiedsgericht aufgestellt haben. Es sollen demnächst in Washington über die weitere Behandlung der Angelegenheit diplomatische Konferenzen das Nähere befinden. Die amerikanische Regierung hat es in dankenswerter Weise übernommen, die durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der drei Mächte zu Venezuela erschwerten Verhandlungen mit dieser Republik ihrerseits zu vermitteln. Unser Bestreben geht dahin, die bewaffnete Aktion so bald als möglich zum Abschluß zu bringen. Die über die Küste von Venezuela von den drei Mächten verhängte Blockade wird voraussichtlich aufgehoben werden, sobald die diplomatischen Verhandlungen in Washington zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben werden. Wie gestern von dem Herrn Abgeordneten Dr. Schaedler mit Recht anerkannt worden ist, befinden sich die Verhandlungen zwischen den fünf beteiligten Regierungen gegenwärtig im vollen Fluß. Es würde nicht im Interesse der Sache liegen, wenn ich heute mehr sagte. Sobald sich die Situation geklärt haben wird, werde ich aber nicht verfehlen, diesem hohen Hause Mitteilung zu machen.

Nur zwei Punkte, meine Herren, möchte ich jetzt noch berühren. Es ist gesagt worden von dem Herrn Abgeordneten von Vollmar — ich habe leider diesem Teil seiner Ausführungen nicht selbst beigewohnt, aber er scheint gemeint zu haben, es sei auffällig, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika die Vorschläge von Deutschland, England und Italien wegen schiedsgerichtlicher Behandlung der Angelegenheit abgewiesen hätte. Dieser Auffassung bin ich jedenfalls auch anderswo häufig begegnet. Ich halte es für indiziert, wenn ich diesen Irrtum nach Lage der Akten beseitige.

Am 13. Dezember überreichte der hiesige amerikanische Botschafter ein Memorandum, wonach die venezolanische Regierung den Vorschlag machte, die gegen sie erhobenen Reklamationen auf dem Wege eines Schiedsverfahrens zu erledigen. Den gleichen Vorschlag übermittelte die amerikanische Regierung der britischen und der italienischen Regierung. Der Vorschlag wurde von den drei Mächten unter gewissen Vorbehalten angenommen. Dabei verständigten sie sich, das Schiedsamt in erster Linie dem Präsidenten Roosevelt anzutragen, gleichzeitig aber auch das Haager Schiedsgericht als geeignete Instanz zu bezeichnen, da es von vornherein nicht ausgeschlossen erschien, daß Präsident Roosevelt die Uebernahme des Schiedsamts aus gewichtigen Gründen ablehnen könnte. Dementsprechend wurde in die dem amerikanischen Botschafter am 23. Dezember übergebene deutsche Antwort folgender Passus aufgenommen:

> Auch würden die Regierungen es mit Dank erkennen, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten geneigt sein würde, das Schiedsamt unter den angegebenen Voraussetzungen zu übernehmen. Sollte hierzu der Präsident der Vereinigten Staaten zum Bedauern der Regierungen nicht geneigt sein, so sind diese auch bereit, die Angelegenheit dem Haager Schiedsgerichte zu unterbreiten.

Erklärungen gleichen Inhalts wurden von England und Italien abgegeben.

In einem Schreiben vom 27. Dezember hat sich darauf der hiesige amerikanische Botschafter über die Stellung des Präsidenten Roosevelt zu den Vorschlägen der drei Mächte folgendermaßen geäußert:

> Der Präsident schätzt außerordentlich die von den beteiligten Mächten an ihn ergangene ehrenvolle Aufforderung, ihre gegenwärtigen Streitigkeiten mit Venezuela als Schiedsrichter zu schlichten. Er wäre glücklich gewesen, den Wünschen der Mächte zu entsprechen und seine besten Bemühungen zur Erreichung eines

so löblichen Zweckes aufzuwenden, wenn sich nicht ein anderer und besserer Weg zur Beendigung der Streitigkeiten geboten hätte. Der Präsident ist aber immer der Ansicht gewesen, daß der ganze Streit dem hohen Schiedshof im Haag zu unterbreiten sei, da dieser Schiedshof von den wichtigsten Mächten der Welt ins Leben gerufen ist, um Fälle der vorliegenden Art, bei denen es sich weder um Fragen der nationalen Ehre noch um Gebietsabtretungen handelt, zur Entscheidung zu bringen.

Aus diesem Schriftwechsel ergibt sich, daß der Präsident Roosevelt keineswegs die Vorschläge der drei Mächte zurückgewiesen, sondern nur von den zwei in Aussicht genommenen Wegen den ihm geeigneter erscheinenden bezeichnet hat.

Meine Herren, ich habe vorhin gesagt, daß in der Venezuela-Angelegenheit zwischen Deutschland, England und Italien volles Einvernehmen herrscht. Ich möchte besonders betonen, daß die deutsche Regierung und die englische Regierung in gegenseitiger und beiderseitiger Loyalität vorgegangen sind. Um so auffälliger ist die Erscheinung, die Ihnen ja nicht entgangen sein wird, daß neuerdings ein Teil der englischen Presse die deutsche Beteiligung oder Nichtbeteiligung an dieser oder jener schwebenden politischen Frage nicht selten ohne Objektivität und hier und da mit deutlichem Uebelwollen beurteilt. So war es z. B., als bekannt wurde, daß England gegen die Erlaubnis zur Durchfahrt russischer Torpedoboote durch die Dardanellen bei der Hohen Pforte protestiert hatte. Daß Deutschland nicht auch protestierte, wurde von einem Teil der englischen Blätter als ein Akt deutscher Feindseligkeit gegen England mißdeutet, obwohl doch jeder, der unser Interesse an guten nachbarlichen Beziehungen zu Rußland zu würdigen weiß; jeder, der die traditionelle deutsche Politik gegenüber politischen Streitfragen auf der Balkanhalbinsel, im Orient kennt; jeder, der auch nur die geographische Lage berücksichtigt, in orientalischen Angelegenheiten von uns nichts anderes erwarten darf als eine friedliche, unparteiliche, ruhige Neutralität, welche für keine der im Orient näher beteiligten Mächte irgend etwas Feindseliges enthält.

Noch merkwürdiger war es, daß sich die englische Regierung infolge ihres Zusammengehens mit uns im eigenen Lande ernsthaften Angriffen ausgesetzt sah. Denn bei unserem gemeinsamen Vorgehen gegen Venezuela handelt es sich doch um eine nach Umfang und Zweck von vornherein beschränkte und genau definierte Aktion, durch welche den völlig gleichartigen verletzten Interessen der Angehörigen beider Länder gegenüber einem nicht gutwilligen Schuldner Genüge geleistet werden soll. Nichts-

destoweniger hat das Vorgehen Englands an der Seite Deutschlands in manchen englischen Blättern und in manchen englischen Reden Anstoß erregt, und ein **wildgewordener Poet von großem Talent**[3]

(Heiterkeit)

hat sich infolgedessen sogar zu Verbalinjurien gegen uns verstiegen.

Ich halte es für nützlich, meine Herren, mich auch über diese Erscheinungen ganz offen auszusprechen. Diese Erscheinungen sind nur zu erklären aus einer gewissen Erbitterung des englischen Volkes, die wiederum zurückzuführen ist auf die heftigen Angriffe, die ein großer Teil der kontinentalen Presse während des südafrikanischen Krieges gegen England gerichtet hat. Vielleicht, meine Herren, haben deutsche Blätter nicht einseitiger für die Buren Partei genommen als französische oder belgische, russische oder italienische. Ich weiß auch wohl, meine Herren, daß angesehene Organe der deutschen öffentlichen Meinung — und ich habe dabei selbst mitgeholfen — immer wieder an die alte Weisheit erinnert haben, daß Politik, und namentlich auswärtige Politik, mit dem Kopf und nicht nach dem Gefühl gemacht werden soll, und wenn Herr von Vollmar vorher gemeint hat, die deutsche Politik gegenüber dem südafrikanischen Krieg wäre nicht in Uebereinstimmung mit dem Volksempfinden gewesen, so nehme ich gar keinen Anstand, auch heute zu sagen, daß ich es mir zur Ehre rechne, unsere Politik lediglich nach den dauernden deutschen Interessen zugeschnitten zu haben. Durch solche Volkserregungen, meine Herren, wird in allen Ländern den Leitern der auswärtigen Politik ihre Aufgabe sehr erschwert. Wenn vor 1900 Jahren der gute alte Horaz gesagt hat: Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi — so liegt die Sache heute eher umgekehrt. **Heute sind es meist die Achivi, die das Unheil anrichten, und die reges sollen es ausbaden.**

(Zuruf links.)

Jedenfalls müssen die Könige und Staatsmänner gerade dann Besonnenheit, kaltes Blut und ruhige Ueberlegung bewahren, wenn sich die Achivi ihren Leidenschaften überlassen. Deshalb freue ich mich, sagen zu können, daß in den Beziehungen zwischen den Monarchen und Kabinetten von Berlin und London keine Aenderung eingetreten ist, daß dieselben sich in den alten und bewährten, besonnenen und freundlichen Bahnen bewegen, und ich hoffe, daß mit der Zeit sich auch die öffentliche Meinung hüben und drüben wieder von dem Gedanken beherrschen lassen wird: wenn auch

3) Rudyard Kipling.

jede der beiden Mächte in den Welthändeln für sich allein fertig werden kann, so daß keine der anderen nachlaufen braucht, so sind doch beide durch viele und gewichtige Interessen darauf hingewiesen, sich in Frieden und Freundschaft zu vertragen; so gibt es doch eine Reihe von Punkten, wo, wie jetzt in Venezuela, beide ohne jede Gefahr für sich selbst, ihre sonstigen Beziehungen und für den Weltfrieden, sich auf derselben Linie bewegen können. (Bewegung.)

76. Sozialpolitik. — Der Kaiser. — Burengenerale. — Auswärtige Politik.

Sitzung des Reichstages vom 21. Januar 1903.

Erst gegen Ende der Debatte ergreift der Reichskanzler auch an diesem Tage das Wort. Es gilt, den Abgeordneten von Kardorff, Richter und Liebermann von Sonnenberg zu antworten.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, ich möchte, ehe die Debatte zu Ende geht, noch kurz einige Punkte berühren, die heute hier zur Sprache gebracht worden sind. Der Herr Abgeordnete von Kardorff schien mir nicht einverstanden zu sein mit dem Kaiserlichen Marginale zu einem Bericht des Fürsten Radolin, unseres Botschafters in Paris, über eine Unterredung desselben mit dem damaligen französischen Handelsminister Millerand, welches ich gestern in diesem hohen Hause verlesen habe. Das betreffende Marginale lautet übrigens nicht — ich glaube, der Herr Abgeordnete von Kardorff sagte: „richtig und wie bei uns" —, sondern die Stelle in dem Bericht lautete:

> Herr Millerand verfolgt energisch die Hebung der unteren Klassen, wozu die Bourgeoisie nicht allzusehr geneigt ist,

und dazu hatte Seine Majestät der Kaiser an den Rand geschrieben „richtig, und das überall". Ich bin weit entfernt zu bestreiten, daß gerade in Deutschland, wie der Herr Abgeordnete von Kardorff mit Recht hervorhob, das Bürgertum — das übrigens nicht identisch ist mit Beourgeoisie —, daß unser Unternehmertum viel geleistet hat für die Hebung der unteren Klassen (sehr richtig! rechts),

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 213. Sitzung, S. 7463 ff.

daß es tatkräftig mitgewirkt hat am Aufbau und Ausbau unserer Sozialgesetzgebung. Aber es liegt in der menschlichen Natur und liegt im menschlichen Egoismus, daß jede Gesellschaftsschicht Opfer zu Gunsten einer anderen Gesellschaftsschicht nur ungern bringt; und deshalb ist es die Pflicht des Staates und die Pflicht der Monarchie, hier ausgleichend einzugreifen, indem sie die Arbeiter warnt, Dinge zu verlangen, welche die Konkurrenzfähigkeit der Nation auf dem Weltmarkt beeinträchtigen oder unsere gesellschaftliche Ordnung erschüttern könnten, aber auch die Arbeitgeber und Unternehmer auffordert und ermahnt, kräftig mitzuwirken, damit die Klassendifferenzen immer mehr zusammenschrumpfen, damit die ärmeren Klassen wohlhabender werden, damit immer mehr Individuen aus den unteren in die reicheren und wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung gelangen, mit anderen Worten für den sozialen Aufschwung. Das ist mein sozialpolitisches Bekenntnis, ist die Ansicht der verbündeten Regierungen, und dieser Ansicht hat Seine Majestät der Kaiser in diesem Marginale Ausdruck gegeben, das vorgelesen zu haben ich nicht bedauere.

Und weiter möchte ich mit einigen Worten eingehen auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter, deren Gewicht ja zweifellos in seinen Schlußbetrachtungen lag. Das pflegt ja bei Reden des Herrn Abgeordneten Richter meistens so zu sein: mild, beinahe sanft fängt er an, aber das dicke Ende kommt gewöhnlich nach.

(Heiterkeit.)

Was nun diese Schlußbemerkungen[2]) angeht, so möchte ich, meine Herren, mit rückhaltloser Offenheit darauf das Nachfolgende erwidern. In jedem konstitutionellen Staatswesen sind die Minister und ist namentlich der leitende Staatsmann genötigt, mit der Individualität des Monarchen zu rechnen. Wie unter uns allen, so gibt es auch unter den Fürsten schwächere und stärkere Individualitäten; je stärker und ausgeprägter die Individualität eines Monarchen ist, um so mehr wird er geneigt sein, teilzunehmen an der Politik und einzugreifen in den Gang der Staatsgeschäfte. Daß dadurch einem verantwortlichen Minister seine Aufgabe nicht immer erleichtert wird, darin hat der Herr Abgeordnete Richter vollkommen recht, und deshalb habe ich zu den Ausführungen, die er uns

2) Der Abg. Richter hatte von „Kabinettsregierung" gesprochen und geschlossen: „Wenn das so weiter geht mit der Kabinettsregierung, dann werden die Herren schließlich zu Handlangern herabgedrückt, und das würde ich in höchstem Maße bedauern; denn es würde verhängnisvoll sein für unser Staatswesen und nicht am wenigsten für die Krone selbst."

darüber machte, genickt. Aber auf der anderen Seite wollen wir doch nicht vergessen, daß eine starke und ausgeprägte und begabte Individualität eines Fürsten für ein Volk von nicht zu unterschätzendem, von sehr großem Vorteil ist.

(Sehr richtig!)

Wenn Sie sich davon überzeugen wollen, gehen Sie ins Ausland. Ich habe lange Jahre meines Lebens im Ausland zugebracht, und ich habe in sehr parlamentarisch regierten Ländern nicht sehr viele getroffen, die mit einer ganz effazierten Haltung der Monarchie einverstanden waren, sehr viele, die sich nach einem stärker accentuierten Monarchen sehnten. Und auch diejenigen, die mit dem Gange unserer Politik nicht einverstanden sind, sollten nicht ungerecht sein für das tatkräftige und redliche Wollen unseres Kaisers, nicht ungerecht für den großen Zug in seinem Wesen, nicht ungerecht für seinen freien und vorurteilslosen Sinn. Ich sage das ohne jeden Byzantinismus: an ihm ist nichts Kleinliches. Was Sie ihm auch vorwerfen mögen — ein Philister ist er nicht

(Heiterkeit und große Bewegung),

und das ist viel wert, sehr viel wert, Herr Bebel, im zwanzigsten Jahrhundert.

Mit Entschiedenheit aber muß ich Verwahrung dagegen einlegen, daß Angriffe, und so prononcierte Angriffe, wie sie, wenn auch in sehr geschickter und gewählter Form, der Herr Abgeordnete Richter gegen die Allerhöchste Stelle erhoben hat, gegen den Monarchen und nicht gegen den Minister gerichtet werden. Das innerste Wesen des Konstitutionalismus besteht darin, daß der Monarch staatsrechtlich nicht verantwortlich ist. Wenn Sie also Angriffe erheben wollen gegen irgendwelche Handlungen des Monarchen, so richten Sie dieselben gegen die Person des Reichskanzlers!

(Zurufe links.)

Ich wüßte mich nicht zu erinnern, daß ich mich dieser meiner Verantwortlichkeit je entzogen hätte.

(Zwischenrufe links.)

Und wenn ich diese Verantwortlichkeit zu tragen nicht mehr in der Lage wäre — eine Verantwortlichkeit, die ich trage nicht mit nachträglich oder nur pro forma abgegebenen Erklärungen, sondern in Wirklichkeit und mit dem einzigen Bestreben, dem Lande so zu dienen, wie es unter den gegebenen Verhältnissen meine Schuldigkeit ist —, so würde ich dem Zwiespalt der Auffassung zwischen dem Monarchen und mir ein Ende machen dadurch, daß ich Seine Majestät bäte, mich in Gnaden meines Amtes

zu entheben. Solange ich aber an dieser Stelle stehe, bitte ich, für etwaige Angriffe sich nicht die Allerhöchste Person als Zielscheibe zu wählen, sondern meine Person und Ihre Angriffe gegen mich zu richten. Ich bin überzeugt, daß, wenn Sie sich diese staatsrechtliche Auffassung aneignen, der Gang der Geschäfte dadurch nur gewinnen würde.

(Sehr gut! rechts.)

Ich komme, meine Herren, nun noch zu einigen Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg. Unter den „Achivi", von denen ich gestern sprach, steht der Herr Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg in allererster Reihe.

(Stürmische Heiterkeit.)

Wenn derselbe aber gesagt hat, daß während der größten Zeit unserer Geschichte — und damit kann er nur die Zeit gemeint haben, als Fürst Bismarck an der Spitze der Geschäfte stand — keine Gegensätze zwischen Verstandespolitik und Gefühlspolitik bestanden hätten, so ist das vollständig unzutreffend. Denn in der schwierigsten Zeit seiner Wirksamkeit, von 1862 bis 1866, hat Fürst Bismarck gegen Gefühle der großen Mehrheit des deutschen Volks zu kämpfen gehabt; und auch später — ich erinnere nur an die Battenberg-Episode — ist er oft genötigt gewesen, das Interesse des Landes über vorübergehende Wallungen der öffentlichen Meinung zu stellen.

(Sehr richtig!)

Das war auch unsere Aufgabe gegenüber dem südafrikanischen Kriege und auch während des Besuches der Burengenerale in Berlin, auf den einzugehen ich mich durchaus nicht scheue.

Der Empfang der Burengenerale bei Seiner Majestät dem Kaiser war Seiner Majestät durch mich vorgeschlagen worden unter zwei ausdrücklichen Bedingungen: einmal, daß sich die Burengenerale auf deutschem Boden antienglischer Agitation zu enthalten, und dann, daß sie als englische Staatsangehörige die Audienz durch die Vermittlung des englischen Botschafters nachzusuchen hätten.

(Hört! hört!)

General de Wet hatte diese Bedingungen für sich und seine beiden Kameraden angenommen.

(Hört! hört!)

Ich kann den Mittelsmann nicht nennen; aber ich kann Sie versichern, daß er eine durchaus glaubwürdige, loyale, achtungswerte Persönlichkeit ist. Von demselben Vermittler wurde uns einige Zeit später mitgeteilt,

daß bei den Burengeneralen eine plötzliche Sinnesänderung stattgefunden hätte, daß sie es nicht mehr für möglich hielten, die Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser ihrerseits nachzusuchen, sondern daß sie es richtiger fänden, wenn Seine Majestät der Kaiser sie kommen ließe. Unter diesen Umständen konnte nach dem, was ich soeben dargelegt habe, von einer Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser nicht mehr die Rede sein, und es konnte auch ein Empfang an amtlichen Stellen, nachdem die Generale einer Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser ausgewichen waren, nicht mehr in Frage kommen.

Nun möchte ich noch kurz eingehen auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg oder vielmehr auf eine Aeußerung meines verehrten Freundes Herrn von Kröcher, die sich Herr von Liebermann zu eigen gemacht hat, über die zu große Liebenswürdigkeit, die zu große Freundlichkeit — das soll wohl heißen: die zu große Schwäche — unserer auswärtigen Politik.

(Heiterkeit.)

— Merkwürdig, meine Herren, während uns hier vorgeworfen wird, wir seien zu liebenswürdig, bekomme ich häufig in ausländischen Blättern und Berichten zu lesen, wir wären sehr unliebenswürdig. Das eine ist so unrichtig wie das andere. Insbesondere ist es eine falsche Auffassung, als ob wir uns irgendwie oder irgendwem an den Kopf würfen. So hysterisch sind wir gar nicht angelegt.

(Große Heiterkeit.)

Wir haben auch gar nicht nötig, aufdringlich um Liebe zu werben: wir brauchen niemandem nachzulaufen; wir brauchen die anderen nicht mehr, als die anderen uns, und wir denken gar nicht daran, für irgend jemandes schöne Augen irgendwelche realen deutschen Interessen zu opfern. Aber, meine Herren, jeder Kaufmann wird Ihnen sagen können, daß Geschäfte nicht notwendig mit schlechter Manier geführt zu werden brauchen.

(Sehr richtig.)

Grobheit ist noch nicht Würde und Kratzbürstigkeit ist nicht Festigkeit; ein ewiges Greinen, Schelten und Schimpfen über das Ausland, wie es hier und da — glücklicherweise nur selten — in deutschen Blättern zu sehen ist, ist noch kein Beweis von richtigem deutschem Nationalbewußtsein.

(Lebhafte Zustimmung.)

Chauvinismus und Vaterlandsliebe sind nicht identische Begriffe.

(Sehr richtig!)

Wenn die Kunst eines auswärtigen Ministers darin bestünde, von Zeit zu Zeit mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, dann könnte mancher Minister des Aeußern werden.

(Große Heiterkeit. Sehr gut!)

Unsere Aufgabe in der Welt besteht aber nicht darin, daß wir den rauflustigen Indianer spielen und bei jeder Gelegenheit den Tomahawk schwingen und heute diesen und morgen jenen fremden Sklap verlangen. Die Zeiten, als der Deutsche im Auslande und gegenüber dem Auslande zu bescheiden auftrat — die Zeiten sind, Gott sei Dank! vorüber, und Sie können versichert sein, daß ich diese Zeiten nicht wieder herbeiführen werde. Wir wollen es aber nicht machen wie der Bauer in der Fabel, der, nachdem er auf der einen Seite vom Gaul herabgefallen war, kaum wieder oben, auf der anderen Seite herunterkollerte. Wir wollen nicht in die Fehler verfallen, die wir anderen als Hochmut und Uebermut vorgeworfen haben; wir wollen, wie ich das mit Bezug auf unsere Politik in Ostasien gesagt habe, nirgendwo das Aschenbrödel spielen; aber den aufgeblasenen Renommisten wollen wir auch nicht spielen

(sehr gut!),

sondern den ruhigen und festen Mann, der, wie es immer gute deutsche Art gewesen ist, ohne Schwäche, aber auch ohne Provokation noch Maulheldentum sich und die Seinigen schützt.

(Lebhafter Beifall.)

---

77. Der Kaiser. — Sozialpolitik. — Auswärtiges: Haiti, Venezuela.

Sitzung des Reichstages vom 22. Januar 1903.

Auch der vierte Tag der Debatten zur ersten Beratung des Reichshaushaltsetats sieht den Reichskanzler wieder auf seinem Platze. Veranlassung zum Sprechen bot ihm in reichem Maße die mehrstündige Etatsrede des Abgeordneten Bebel, die eine fast endlose Reihe von Angriffen gegen Deutschlands Politik, den Kaiser und den Kronprinzen enthielt.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Bevor ich mich, meine Herren, gegen den sachlichen Teil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel wende, gehe ich kurz ein auf

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 244. Sitzung, S. 7489 ff.

das, was er soeben gesagt hat über und gegen das Oberhaupt des Reiches. Der Herr Abgeordnete Bebel hat die Vorwürfe berührt, welche Seine Majestät der Kaiser gegen seine Partei erhoben hat.[2]) Darauf erwidere ich dem Herrn Abgeordneten Bebel: Was führen Sie selbst für eine Sprache? Fiel nicht eben in ihren Reihen ein Zwischenruf, den ich nicht wiederholen mag?[3]) Ich will nur konstatieren, daß derjenige, von dem der Ausdruck herrührte, wenigstens so viel Schamgefühl gehabt hat, sich nicht zu demselben zu bekennen.

(Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich will Sie nicht erinnern an alles, was in Ihren Blättern geschrieben stand; ich will Ihnen keine Blütenlese aus dem „Vorwärts" oder gar aus der „Leipziger Volkszeitung" vorführen. Aber das will ich sagen: Suchen denn Sie nicht mit allen Mitteln der Agitation die Monarchie zu schädigen? Und da wundern Sie sich, daß ein von seinen Pflichten und Rechten durchdrungener Monarch dagegen Front macht!

(Sehr gut!)

Solange die Sozialdemokratie den Umsturz unserer verfassungsmäßigen Zustände betreibt, solange sie sich als Gegnerin der Monarchie bekennt, können Sie sich auch nicht darüber wundern, daß der oberste Träger des monarchischen Prinzips sich dagegen mit Entschiedenheit und, wenn es seiner Natur entspricht, hier und da auch mit Schroffheit zur Wehr setzt.

(Lebhafte Rufe: Sehr richtig!)

Die große Mehrheit dieses hohen Hauses aber wird mit mir den Wunsch teilen, daß die Allerhöchste Person, die verfassungsmäßig unverantwortlich und unverletzlich ist, so selten als möglich in unsere Debatten hineingezogen werde.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich habe genügend bewiesen, daß ich mich nicht scheue, Kaiserliche Aeußerungen zu vertreten. Wenn der Träger der Krone angegriffen wird, so werde ich niemals zögern, mich vor den Träger der Krone zu stellen und ihn zu decken. Aber auf der anderen Seite bin ich überzeugt, daß die große Mehrheit dieses Hauses gern zurückgehen möchte zu der früheren Praxis

(sehr richtig!),

2) In den anläßlich des Todes Krupps in Essen und Breslau gehaltenen Reden.

3) Aus den Reihen der äußersten Linken war während der Rede des Abg. Bebel der Zwischenruf „Gemeinheit" erschollen; der Aufforderung des Präsidenten an den Rufer, sich zu melden, wurde nicht entsprochen.

daß wir, wie dies den konstitutionellen Gepflogenheiten entspricht, die Allerhöchste Person aus unseren Debatten ausschalten.

(Lebhaftes Bravo.)

Ich wende mich nun zu dem, was der Herr Abgeordnete Bebel über unsere sozialpolitische Gesetzgebung ausgeführt hat. Er hat gemeint, es bliebe uns noch sehr viel zu tun übrig. Daß auf sozialpolitischem Gebiet noch viel zu verbessern bleibt, ist zweifellos richtig. Andererseits erinnere ich Sie nochmals daran, daß wir in dieser Richtung erreicht und realisiert haben, was bisher noch in keinem anderen Lande der Welt erreicht worden ist.

(Sehr richtig!)

Ich erinnere an die Reform des Invalidengesetzes von 1899 und der fünf Unfallversicherungsgesetze, die den Anforderungen der Arbeiter sehr weit entgegengekommen ist; ich erinnere an eine große Reihe von Verordnungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter im Fabrikbetriebe; ich erinnere ferner an die Gewerbegerichtsnovelle, das Kinderschutzgesetz und das Ihnen nächstens zugehende Krankenversicherungsgesetz; ich erinnere endlich an die fortgesetzte Ausbesserung, Ausarbeitung und Ausbildung unserer Arbeiterschutzgesetze. Alle Forderungen im Handumdrehen zu erfüllen, ist uns freilich nicht möglich. Das würde aber auch dem Herrn Abgeordneten Bebel nicht gelingen, wenn er an unserer Stelle stände.

(Sehr richtig!)

Eine Zauberrute besitzen wir nicht, und er auch nicht. Wir müßten reicher sein, wie wir sind, und wir müßten mehr Elemente für die Selbstverwaltung besitzen, als wir sie jetzt haben, wenn ein solches Tempo in unserer Sozialgesetzgebung eingeschlagen werden könnte, wie es Herr Bebel verlangt. Das aber will ich ausdrücklich betonen, daß von einem Stillstehen der sozialpolitischen Gesetzgebung in Deutschland nicht die Rede sein kann noch wird. Dazu hat der sozialpolitische Gedanke viel zu feste Wurzeln geschlagen bei den verbündeten Regierungen und bei diesem ganzen Hause. Die Bewegung soll aber eine gesunde und normale sein, keine überhastete und krankhafte. Wenn sich die Lage unserer arbeitenden Klassen beständig gehoben hat — und daß sie sich gehoben hat, darüber kann meines Erachtens trotz der Ausführungen des Herrn Bebel kein Zweifel sein

(sehr richtig!),

das beweist die Statistik der Einkommensteuer, das wird auch im Auslande allgemein anerkannt —, also ich sage, wenn sich die Lage unserer

arbeitenden Klassen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung beständig hebt, da ist es sinnlos, an die Stelle des Bestehenden etwas setzen zu wollen, was sich in der Wirklichkeit noch nie und nirgends bewährt hat, was den Herren selbst doch nur in sehr undeutlichen Umrissen vorschwebt.

(Sehr richtig!)

Betreten Sie den Boden der Loyalität, betreten Sie den Boden der Vernunft

(Zurufe links),

verzichten Sie darauf, Gefühle zu verletzen, die der großen Mehrheit des deutschen Volkes heilig sind — und manche Gegensätze können sich mildern. Solange Sie das nicht tun, erschweren Sie die auf die Hebung und Gesundung der breiten Volksmassen gerichteten Bestrebungen der verbündeten Regierungen und der Mehrheit dieses hohen Hauses und schädigen die Sache des Arbeiters, dem Sie Luftschlösser vorspiegeln, die Sie nie und nimmermehr zu realisieren im stande sein werden.

(Sehr gut! rechts. Widerspruch links.)

Nur mit einigen Worten, meine Herren, wende ich mich noch zum Eingang der Rede des Herrn Abgeordneten Bebel, zu dem, was er ausgeführt hat über unsere auswärtigen Beziehungen.

Wenn der Herr Abgeordnete Bebel meinte, es seien von Seeoffizieren a. D. oder z. D. Artikel geschrieben worden, in denen ausgeführt worden wäre, die deutsche Flotte müsse so stark werden, daß sie die englische Flotte niederkämpfen könne, so erwidere ich darauf, daß es sich da selbstverständlich um Phantasiegemälde handelt, wie sie sich auch in der Literatur anderer Länder vorfinden. Ich erinnere nur an die battle of Dorking, die vielleicht diesem oder jenem von Ihnen noch erinnerlich sein wird. Für solche Artikel, wie sie Herr Bebel angeführt hat, ist keine irgendwie maßgebende Stelle verantwortlich, und kein verständiger Mensch in Deutschland nimmt sie au sérieux. Wie sehr es sich da nur um reine Phantasiebilder handelt, mögen Sie daraus entnehmen, daß unsere Flotte auch nach voller Ausführung des Flottenplanes erst die vierte oder fünfte Stelle einnehmen wird unter den Flotten der Welt. Mit unserm Flottenbau verfolgen wir keinerlei aggressive Ziele, sondern die Verteidigung der deutschen Küsten, die Vertretung der deutschen Interessen über See, den Schutz unserer Staatsangehörigen im Auslande. Daß wir nicht wehrlos zur See dastehen, ist der Wunsch der großen — ich darf es ohne Uebertreibung sagen —, der sehr großen Mehrheit des deutschen Volkes.

(Sehr richtig!)

Und wenn der Herr Abgeordnete Bebel mir darin nicht zustimmt, so befindet er sich auch in dieser Beziehung im Widerspruch mit den Anschauungen der überwiegenden Mehrheit der Nation.

(Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat weiter gemeint, der Ausspruch: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ — enthielte eine aggressive Spitze gegen andere Mächte. Dabei ist der Abgeordnete Bebel doch ein wenig verfahren nach dem Rezept: „Legt ihr's nicht aus, so legt was unter.“

(Heiterkeit.)

Wir denken natürlich nicht daran, und der Ausspruch des Kaisers hat auch gar nicht sagen wollen, daß wir irgend eine Macht von der See verdrängen wollen. Aber wir haben ebenso gut das Recht, die Meere zu befahren, wie andere Völker.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Dieses Recht hat vor Jahrhunderten die Hansa gehabt, und dies Recht hat auch das neue Deutsche Reich.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun ist der Herr Abgeordnete Bebel auch noch zu sprechen gekommen auf die Vorgänge in Haiti und in Venezuela.

Was Haiti angeht, so hat der Abgeordnete Bebel den Sachverhalt nicht richtig angegeben. Ich konstatiere, daß das deutsche Schiff, die „Markomannia“, Munition und Waffen für die haitianischen Regierungstruppen an Bord führte, nicht für die Insurgenten. Als die „Markomannia“ von dem haitianischen Insurgentenschiff „Crête à Pierrot“, dem das Recht einer kriegführenden Macht nicht zustand, angehalten und durchsucht war, sind wir dagegen eingeschritten, unter ausdrücklicher Billigung der haitianischen Regierung, in pflichtmäßiger Wahrnehmung der Interessen des deutschen Handels und entsprechend den von allen Nationen anerkannten Regeln des Völkerrechts.

(Bravo!)

Was endlich die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel über Venezuela betrifft und die Lebhaftigkeit, mit der er das eigenartige Verhalten der dortigen Regierung uns gegenüber vertreten hat, so kann ich nur sagen, daß, wenn es, wie ich annehme, eine telegraphische Verbindung zwischen Berlin und Caracas auch zur Zeit gibt, der Präsident Castro morgen früh wahrscheinlich sehr vergnügt sein wird, wenn er das bei seinem Morgenkaffee liest.

(Heiterkeit.)

Eine solche Verteidigung ist Herrn Castro meines Wissens in keiner europäischen Zeitung und auch in keinem europäischen Parlament bisher zu teil geworden. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß es sich gegenüber Venezuela für die drei Mächte nicht allein um Geldforderungen handelt, sondern auch darum, ihr Ansehen zu verteidigen, das durch das Vorgehen des Präsidenten Castro und durch die Art und Weise, wie er berechtigte Forderungen in einer — schonend ausgedrückt — unhöflichen Weise zurückwies, verletzt worden war. Wir hatten deshalb vollständig recht, in Wahrung dieses unseres Ansehens vereint mit England und Italien so vorzugehen, wie wir es getan haben.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Schaedler hat am Anfange der Etatsdebatte unter anderem gesagt, daß in der Welt uns gegenüber mehr Haß als Liebe bestünde. In dieser Allgemeinheit halte ich das nicht für richtig. Ich glaube, daß wir auf politischem Gebiet zuverlässige Freunde haben, und ich glaube, daß die Welt sich den Strahlen des Genius des deutschen Volks nicht verschlossen hat. Wenn ich neulich von einem uns wenig günstig gesinnten Poeten gesprochen habe, so will ich heute mich gern daran erinnern, daß vor wenigen Tagen ein anderer uns freundlicherer Dichter, ein belgisch-französischer Dichter,[4]) hier in Berlin nicht mit Unrecht das deutsche Volk das moralische Gewissen der Welt genannt hat. Aber selbst, wenn so viel Haß und Abneigung gegen uns bestünde, wie auch der Herr Abgeordnete Bebel anzunehmen scheint, so ist meines Erachtens in der Politik Haß und Neid — und der Haß geht ja gewöhnlich aus Neid hervor — immer noch süßer als Mitleid.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Halten wir unser Pulver trocken und zanken wir uns nicht zu viel untereinander — und niemand wird uns an den Wagen fahren!

(Bravo!)

---

4) Maurice Maeterlinck.

78. Diätenfrage. — Jesuitengesetz.

Sitzung des Reichstages vom 3. Februar 1903.

Der Abgeordnete Dr. Spahn hatte zwei Beschlüsse des Reichstages zur Sprache gebracht, auf die seitens des Bundesrates noch keine Entscheidung ergangen war: am 8. Mai 1901 hatte der Reichstag mit 185 gegen 40 Stimmen den Antrag auf Zahlung von Anwesenheitsgeldern im Betrage von täglich zwanzig Mark angenommen und zuletzt am 1. Februar 1899 die gleichlautenden Anträge der Abgeordneten Graf zu Limburg-Stirum und Rickert, den § 2 des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872 aufzuheben, zum Beschluß erhoben, gleichzeitig aber auch den Antrag des Grafen Hompesch auf Aufhebung des ganzen Jesuitengesetzes angenommen.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Spahn hat im ersten Teile seiner Ausführungen die Diätenfrage berührt und dabei dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der Bundesrat mit seiner Zustimmung zu dem Beschlusse des hohen Hauses auf die Zahlung von Anwesenheitsgeldern nicht länger zögern möge. Der Herr Abgeordnete Spahn hat für den Antrag des Reichstags namentlich praktische Gesichtspunkte angeführt: die erleichterte Auswahl geeigneter Kandidaten für die Reichstagswahlen, die Aussicht auf einen stärkeren Besuch der Reichstagssitzungen und damit auf eine Förderung der parlamentarischen Geschäfte.

Wie ich gegenüber einzelnen Mitgliedern dieses hohen Hauses kein Hehl daraus gemacht habe, so will ich auch hier gern bekennen, daß ich mich diesen Zweckmäßigkeitsgründen nicht verschließe

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten),

ihnen vielmehr einen erheblichen Wert beimesse, obwohl nach den in anderen Parlamenten gemachten Erfahrungen der erhoffte Erfolg der Maßnahme nicht ganz sicher erscheint. Aber auch wenn ich, meine Herren, von der unbedingten Nützlichkeit der Diäten völlig überzeugt wäre, so stehe ich dieser Frage doch gegenüber als oberster Reichsbeamter, der über die Interessen und Anschauungen der verbündeten Regierungen nicht hinweggehen kann, sondern ihnen entsprechend seine Haltung einzurichten hat.

Der Beschluß des Reichstags vom, wenn ich nicht irre, 9. oder 10. November 1901, den der Herr Abgeordnete Spahn soeben angeführt hat, verlangt die Aenderung eines Artikels der Reichsverfassung, welchem von den Schöpfern der Reichsverfassung besonderes Gewicht beigelegt wurde. Ich brauche hier auf die Geschichte des Artikels 32 der Reichsverfassung

---

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 249. Sitzung, S. 7639 ff.

nicht näher einzugehen. Wir alle wissen, daß die Diätenlosigkeit als notwendiges Korrelat der Vorschriften über das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht gedacht war. Wenn nun auch die Ansicht von der Zweckmäßigkeit der Diäten im Lauf der letzten Jahre sicherlich an Boden gewonnen hat, so vertreten doch auch heute noch zahlreiche Politiker von zweifellos nationaler Gesinnung den grundsätzlichen Standpunkt: keine Gewährung von Diäten ohne ausgleichenden Ersatz im Wahlrecht.

(Sehr wahr! rechts).

Also z. B. Einführung einer Altersgrenze für das aktive Wahlrecht oder Pluralstimmen oder Einführung einer Wahlpflicht — alles Vorschläge, die meines Erachtens auf eine Mehrheit in diesem hohen Hause kaum zu rechnen haben werden.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Und dann, meine Herren, bedenken Sie auch, daß die deutschen Bundesregierungen und die verbündeten Fürsten bei Abschluß des Bundes zu Gunsten der Reichseinheit auf wertvolle Rechte verzichtet haben. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn die Neigung zu einer Maßnahme, welche zweifellos namentlich im Hinblick auf die Entstehung der Reichsverfassung eine tiefgreifende Aenderung dieser Verfassung bedeutet, nicht groß ist. Zweifellos ist auch, daß jede Abänderung der Reichsverfassung der gründlichsten und reiflichsten Prüfung bedarf, wie denn überhaupt ein Streit über grundsätzliche Verfassungsfragen nicht ohne die zwingendsten Umstände angeschnitten werden sollte. Aus diesen Gründen bin ich heute noch nicht in der Lage, die Zustimmung des Bundesrats zu dem Beschluß dieses hohen Hauses über die Gewährung von Anwesenheitsgeldern aussprechen zu können.

(Bravo! rechts.)

Was nun, meine Herren, die Anträge der Herren Abgeordneten Grafen von Hompesch und Genossen und Grafen zu Limburg-Stirum und Genossen angeht, so habe ich das Nachstehende zu sagen. Die Zulassung von Niederlassungen des Ordens der Gesellschaft Jesu dürfte aus den Gründen, welche den Erlaß des Gesetzes vom 4. Juli 1872 herbeigeführt haben, die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht finden. Dagegen bin ich der Ansicht, daß die konfessionellen Verhältnisse innerhalb des Deutschen Reiches es nicht länger notwendig erscheinen lassen, einzelne deutsche Staatsangehörige deshalb, weil sie dem Orden Jesu angehören, unter die Bestimmungen eines Ausnahmegesetzes zu stellen oder dem Reiche gegenüber ausländischen Angehörigen

dieses Ordens eine besondere Ausweisungsbefugnis zu belassen. Ich glaube vielmehr, daß die allgemeinen Reichs- und Staatsgesetze genügen werden, um den kirchlichen Frieden zwischen den beiden christlichen Bekenntnissen zu sichern. In diesem Sinne werde ich, soweit ich Einfluß auf die Instruktion der preußischen Stimmen im Bundesrat habe, zu den vorliegenden Initiativanträgen des Reichstags Stellung nehmen.

(Bewegung.)

79. Abenteuerlichkeit. — Flotte. — Weltpolitik. — Kaiserreden.

Sitzung des Reichstages vom 5. Februar 1903.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1903, Kapitel Reichskanzler und Reichskanzlei gibt eine lange Rede des Abgeordneten Ledebour (Soz.) dem Reichskanzler Veranlassung zur Entgegnung.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, der Herr Vorredner hat mir im zweiten Teil seiner Ausführungen den Vorwurf gemacht, ich triebe eine abenteuerliche Politik. Ich meine, ich habe seit fünf Jahren, seit beinahe sechs Jahren genügend bewiesen, wie fern mir phantastische Pläne liegen.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Sie können wirklich ganz ruhig darüber sein, daß ich keine Unternehmen à la Mexiko unternehmen werde. Wo habe ich denn jemals abenteuerliche Wege eingeschlagen? In Samoa? Die Samoafrage ist zur allgemeinen Befriedigung beigelegt worden, und so, daß wir die beiden Hauptinseln bekommen haben. In China? Aus der chinesischen Aktion sind wir mit Ehren hervorgegangen, mit ungeschwächten Kräften, mit einer gefestigten Position in Ostasien und voller wirtschaftlicher Gleichberechtigung mit den übrigen Mächten. Und auch in Venezuela, das dem Herrn Vorredner große Besorgnisse einzuflößen scheint, bewegen wir uns genau auf derselben Linie wie England und Italien, auf der Bahn ruhiger Besonnenheit. Ebenso wie England und Italien wollen wir in Venezuela nichts anderes erreichen, als Sicherheit für Leben, Eigentum und Handel unserer dortigen Landsleute.

(Bravo!)

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 251. Sitzung, S. 7697 ff.

Nun hat der Herr Abgeordnete Ledebour weiter gemeint, wir brauchten gar keine Kriegsflotte. Meine Herren, diese seine Aeußerung stimmte, wenn nicht der Form, so doch dem Sinne nach, völlig überein mit einer Bemerkung, die vor über 50 Jahren, damals, als das deutsche Volk im Jahre 1848 zum erstenmal den Wunsch hegte, auch eine Flotte zu haben, ein fremder Parlamentarier machte. Er wandte nämlich auf diese Bestrebungen des deutschen Volkes das Wort des Horaz an: „ephippia bos“. „Ephippia bos“, meinte jener fremde Politiker, d. h. was soll dem Ochsen Zaumzeug, was braucht das deutsche Volk eine Flotte! Nun, ich meine, sowohl gegenüber jenem längst verstorbenen ausländischen Politiker, wie gegenüber dem Herrn Abgeordneten Ledebour wird die sehr große Mehrheit des deutschen Volkes daran festhalten, daß wir, nicht zu aggressiven Zwecken, wohl aber zur Verteidigung unserer Küsten wie zum Schutze unserer überseeischen Angehörigen und Interessen, das Recht haben, uns eine Flotte zu schaffen.

Der Herr Abgeordnete Ledebour hat mir weiter vorgeworfen, ich triebe Weltpolitik; er hat diese Weltpolitik in Bausch und Bogen verurteilt. Ich habe im vergangenen Jahre einmal gesagt, daß ich mich auf dem Felde der Weltpolitik bemühe, die Mitte zu halten zwischen den Anschauungen der Herrn von der Linken und denjenigen des Herrn Abgeordneten Hasse, den mir gegenüber zu sehen ich in diesem Augenblicke das Vergnügen habe.

(Heiterkeit.)

Ich bitte es mir nicht als Unbescheidenheit auszulegen, wenn ich sage, ich suche mich auf diesem Felde von den Fehlern beider Richtungen fern zu halten. Ich suche mich fern zu halten von einer Anschauungsweise, wie sie der Herr Abgeordnete Ledebour zum Ausdruck gebracht hat, die ich zu kirchturmartig finde, von der Auffassungsweise, die unsere politische Aktionsfähigkeit nicht ausdehnen will über unsere vier Pfähle, die aber vergißt, daß uns damit im Kampfe ums Dasein, der doch nun einmal den Inhalt der Weltgeschichte bildet, die Wege abgegraben werden würden, daß es meines Erachtens eine Schneckenpolitik wäre, die wir damit machen würden. Denn wenn wir auch noch so sehr die Hörner einzögen, würde unser Schneckenhaus schließlich doch zertreten werden.

(Sehr richtig! und Bravo!)

Ich suche mich aber ebenso fern zu halten von einer Politik, die unsere Aktionssphäre zu sehr überspannen würde, die sich leiten ließe von Gefühlen, von vielleicht edlen, aber hier und da unklaren Gefühlen, statt

von den dauernden und nüchtern erwogenen Interessen des deutschen Volkes.

Die auswärtige Politik, mit welcher sich der zweite Teil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ledebour vorzugsweise beschäftigte, soll den bleibenden Bedürfnissen des betreffenden Volkes, des betreffenden Staates dienen. Wenn diese Interessen Weltinteressen geworden sind, so wird die Politik des betreffenden Landes und Volkes ganz von selbst eine Weltpolitik werden, d. h. nicht eine Politik, die, wie der Herr Abgeordnete Ledebour sich soeben ausdrückte, den „Hans Dampf in allen Gassen" spielen will, nicht eine Interventionspolitik im bonapartischen Stil, sondern eine Politik, die unsere berechtigten Interessen schützt, wie diese sich ergeben aus der wirtschaftlichen Expansionsfähigkeit des deutschen Volks, die wieder zurückzuführen sind auf die vor dreißig Jahren erfolgte Einigung und Konsolidierung der deutschen Nation.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ledebour über Vorgänge in den östlichen Provinzen des preußischen Staats würde ich an und für sich keine Veranlassung haben einzugehen, nachdem von mir und von meinem Herrn Stellvertreter hier wiederholt erklärt worden ist, daß es sich dabei um innere Angelegenheiten eines Bundesstaats handle, die nach der oft ausgesprochenen Ansicht der verbündeten Regierungen nicht vor das Forum dieses hohen Hauses gehören. Der Herr Abgeordnete Ledebour hat aber auch bei diesem Anlaß sich wiederum beschäftigt mit Seiner Majestät dem Kaiser. Ich glaube, meine Herren, daß ich während der ersten Beratung des Etats genügend bewiesen habe, daß ich zu einer freimütigen Aussprache auch über die Reden wie die Person Seiner Majestät des Kaisers bereit bin; ich habe kein Blatt vor den Mund genommen. Ich habe mich niemals gescheut, auch für solche Kaiserliche Kundgebungen die Verantwortung zu übernehmen, die außerhalb des Rahmens der Reichsverfassung liegen, für die eine Verantwortung zu tragen ich verfassungsrechtlich nicht genötigt bin. Ich glaube aber, mich in Uebereinstimmung zu befinden mit der Mehrheit, mit der großen Mehrheit dieses hohen Hauses, wenn ich meine, daß es gleichmäßig dem Wesen des konstitutionellen Staates wie dem Buchstaben und dem Geiste der Reichsverfassung entspricht, die unverantwortliche und unverletzliche Person des Reichsoberhaupts so selten wie möglich

(lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen),

nur, wenn zwingende Gründe vorliegen, in die Diskussion hineinzuziehen.

(Lebhaftes Sehr richtig.)

Solche Umstände liegen nach der erschöpfenden Diskussion, die wir in der vorigen Woche geführt haben, gewiß nicht vor

(sehr richtig!),

und deshalb lehne ich es ab, dem Herrn Abgeordneten Ledebour auf dieses Terrain zu folgen, welches er zu meinem Bedauern heute wieder beschritten hat.

(Lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen. Zurufe von den Sozialdemokraten. Unruhe links.)

80. Im Deutschen Landwirtschaftsrat.

Am 5. Februar 1903.

In gewohnter Weise folgte der Reichskanzler der Einladung des Deutschen Landwirtschaftsrates zum Festmahl. Seiner Tischrede sah man in diesem Jahre mit um so größerem Interesse entgegen, je stärker die Agitation gegen den neuen Zolltarif nach der Annahme durch den Reichstag auch in einem Teile der landwirtschaftlichen Presse fortgesetzt wurde.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich möchte zunächst dem Herrn Freiherrn v. Soden für die liebenswürdigen Worte, mit denen er mich soeben begrüßt hat, meinen herzlichen Dank aussprechen. Ich nehme es ihm auch nicht übel, daß er mich wegen meiner vorjährigen Rede in dieser Versammlung als Pillendreher hingestellt hat. Ihnen allen, meine Herren, danke ich für Ihre freundliche Einladung. Ich weiß den Wert der Stunden, wo ich zu den hervorragendsten Vertretern der vaterländischen Landwirtschaft in ungezwungenen persönlichen Verkehr treten kann, besonders zu schätzen.

Seit ich das letzte Mal in Ihrer Mitte weilte, ist nach heißen Kämpfen der Zolltarif Gesetz geworden. Lang und dornenvoll war der Weg, und in der Geschichte unserer Reichsgesetzgebung wird die Feststellung des neuen Zolltarifs zu den schwierigsten Aufgaben gezählt werden. Bei diesem Rückblick ist es mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus allen Landwirten zu danken, die zum Zustandekommen des Zolltarifs mitgewirkt haben. Ich danke vor allem, meine Herren, Ihrem ständigen Ausschuß dafür, daß er unter Verzicht auf manche weitergehende

Wünsche sich schließlich einmütig auf den Boden des Tarifentwurfs gestellt und sein gewichtiges Votum für die Annahme der Vorlage abgegeben hat.

Daß der neue Tarif der Landwirtschaft wesentliche Vorteile bringt, ist unbestreitbar. Warum hätten sonst diejenigen, welche eine besondere Berücksichtigung landwirtschaftlicher Interessen prinzipiell verwerfen, unseren Tarif mit solcher Hartnäckigkeit bekämpft? Das ist ein argumentum e contrario, gegen das keine Dialektik aufkommt.

(Sehr richtig!)

Brauche ich im einzelnen daran zu erinnern, daß für nahezu alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse der autonome Zollschutz erheblich verstärkt worden ist, daß vor allem für die vier Hauptgetreidearten Mindestzölle gesetzlich festgelegt sind, die gegen die jetzt geltenden Vertragssätze den Zoll für die Tonne Weizen um 20 Mark, für die Tonne Roggen um 15 Mark, für die Tonne Hafer um 22 Mark und für die Tonne Braugerste um 20 Mark erhöhen, an die Wertzölle für Pferde, die Gewichtszölle für alle anderen Viehgattungen? Für die Einführung von Ursprungszeugnissen, die Beschränkung der gemischten Privattransitlager, die Aufhebung der Zollkredite bei der Einfuhr von Getreide sind gesetzliche Bestimmungen getroffen worden, die wiederholt geäußerten Wünschen der Landwirtschaft wirksam entgegenkommen. Der Zolltarif kommt in erster Linie der Landwirtschaft zu gute. Die Diskretion und die Rücksicht auf die verbündeten Regierungen verbietet mir, bereits jetzt etwas über die abzuschließenden Handelsverträge mitzuteilen. Wir werden bei den Handelsvertragsunterhandlungen die Interessen der Landwirtschaft mit besonderem Nachdrucke vertreten.

(Lebhaftes Bravo.)

Daß nicht alle Wünsche der Landwirtschaft erfüllt werden konnten, weiß ich so gut wie irgend ein Landwirt. Aber das ist kein Grund zum Undank — ich scheue mich nicht, das Wort auszusprechen — gegen diejenigen, die den Tarif mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorbereitet, mit pflichttreuem Eifer vertreten, mit ihrer Verantwortung gedeckt, die ihre ganze politische Stellung für ihn eingesetzt haben. Dabei denke ich nicht nur an Minister und Staatssekretäre, sondern ebenso an diejenigen Parlamentarier, Politiker und Landwirte, die für den Tarif gestritten haben. In der Politik muß man mit dem Möglichen, man darf nicht mit dem Wünschenswerteren rechnen. Als die Kaiserin Maria Theresia einst ihrem Kanzler, dem Fürsten Kaunitz vorwarf, er gehe auf ihre Wünsche nicht ein, erwiderte ihr der kluge alte Staatsmann: „In allen Dingen, so

den allerhöchsten Dienst betreffen, bemühe ich mich, die Dinge zu nehmen, wie sie seyndt und nicht, wie sie vielleicht seyn sollten."

Meine Herren, mit dem verstärkten Zollschutz allein ist es nicht getan, das erkennt niemand bereitwilliger an, als ich. Das ist von meiner Seite keine allgemeine Redewendung, sondern ich denke dabei an konkrete Maßnahmen, vornehmlich an die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Lande durch den Bau neuer Schienenwege und befestigter Straßen, an eine kräftige innere Kolonisation, an die Hebung des technischen Betriebes der Landwirtschaft, namentlich auch in den Kreisen des kleinen bäuerlichen Besitzes, an eine intensive Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, des Genossenschaftswesens, der Landesmeliorationen, an eine Hebung der Viehzucht, besonders durch wirksame Bekämpfung der Viehseuchen mit den neueren Erfahrungen der Wissenschaft. Vor uns liegt ein weites Feld für eine ersprießliche Tätigkeit von Reich und Staat in verständnisvollem Zusammenwirken mit den geordneten Vertretungen der Landwirtschaft.

Aber auch nur durch solche gemeinsame positive Arbeit ist eine praktische Förderung der Landwirtschaft möglich, nicht durch Spielen mit unerfüllbaren Illusionen, nicht durch künstliche Züchtung eines Kleinmutes, in den der Deutsche leicht verfällt, der ihm aber nicht wohl ansteht. Wenn wir die tausendjährige Geschichte des deutschen Volkes an unserm geistigen Auge vorüberziehen lassen, so sehen wir, daß auf Zeiten heroischer Anspannung Perioden folgen, wo Zweifel und Müdigkeit sich breit machen. Gerade in solchen Tagen heißt es den Kopf oben behalten und nicht in einen Pessimismus verfallen, vor welchem uns heute Ihr verehrter Herr Vorsitzender mit Recht gewarnt hat. Der Pessimismus mag als metaphysisches System seine Berechtigung haben. Ich selbst habe in jüngeren Jahren Schopenhauer mit Bewunderung studiert und ehre ihn noch heute als großen Sprachmeister und als einen unserer tiefsten Denker. *In der Politik aber ist Pessimismus immer vom Uebel*, weil er hier mit der Schwächung des Lebensmutes auch die Tatkraft lähmt, weil er unmännlich und unfruchtbar ist. In der Politik, hat Thiers mal mit Recht gesagt, gehört die Zukunft den Optimisten.

(Sehr wahr!)

Nur die Völker und die Schichten, die an ihren Stern glauben, kommen vorwärts. Und *selbst wenn Wolken am Horizont stehen*, was bei uns sicherlich nicht in höherem Grade der Fall ist, als anderswo, so *ist es immer noch besser, sich Hektor zum Vorbild zu wählen, als Kassandra*. Eins will ich jedenfalls erklären, gerade im Kreise

von Vertretern der Landwirtschaft und für das Ausland, wo man das, was bei uns eine zum Teil etwas nervöse Presse an Schwarzseherei und an Nörgeleien produziert, oder was im Parteiinteresse gelegentlich als übertriebene Kritik zu tage tritt, gern zu Beweisen für eine Lockerung des Reichsgefüges und für den Rückgang unseres Nationalgefühls stempeln möchte — also, meine Herren, für die Leute, die geneigt sein sollten, minder berechtigte deutsche Eigentümlichkeiten, das Untereinander-Hadern, die deutsche Tadelsucht, den deutschen Kleinmut für deutschfeindliche Zwecke auszunutzen, will ich hier nachdrücklich betonen, daß alle jene Erscheinungen bei uns nur Wellengekräusel an der Oberfläche sind, hervorgerufen durch wechselnde, vorübergehende Winde. Unter diesem Gekräusel aber fließt breit und mächtig der Strom unserer nationalen deutschen Entwickelung. Dafür, daß in der deutschen Landwirtschaft, von deren Gedeihen die innere Festigkeit des Reiches wie des Preußischen Staates so wesentlich abhängt, die aber auch ihrerseits an der Erhaltung des Staates wie des Reiches unmittelbar interessiert ist, wie kein anderer Stand

(Bravo!),

der Geist des Vertrauens und der Einsicht, ein im besten Sinne konservativer Geist die Herrschaft behalten möge, dafür, meine Herren, rechne ich auf Ihre Unterstützung. Mit dieser Hoffnung und in diesem Sinne erhebe ich mein Glas auf das Wohl der deutschen Landwirtschaft und ihrer hier versammelten Vertretung. Die deutsche Landwirtschaft und der deutsche Landwirtschaftsrat sie leben hoch!

(Allseitiger lebhafter Beifall.)

81. Burengenerale. — Handelsverträge. — Undank der Landwirte. — Zollkompromiß.

Sitzung des Reichstages vom 6. Februar 1903.

Die Debatte über den Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei füllte auch noch den größten Teil der Sitzung dieses Tages aus. Zum Schluß ergriff der Reichskanzler selbst noch einmal das Wort.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Auf den geschmackvollen Schluß der Rede des Herrn Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg will ich ebensowenig eingehen wie auf seine

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 252. Sitzung, S. 7741 f.

Ausführungen pro domo sua. Ich will nur konstatieren, daß die befriedigenden Versicherungen, die er abgegeben hat mit Bezug auf seine Gesinnungen gegenüber Russen und Franzosen, Engländern und Italienern im Auslande den allerbesten Eindruck machen werden.

(Heiterkeit.)

Nun ist der Herr Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg auch zurückgekommen auf den Empfang der Burengenerale. Ich kann den Gewährsmann, von welchem ich neulich sprach, nicht nennen, ohne mich einer Indiskretion schuldig zu machen. Das kann ich aber neuerdings versichern, daß es sich um eine Persönlichkeit handelt, an deren voller Glaubwürdigkeit nicht der leiseste Zweifel möglich ist. Das wird mir Herr Liebermann von Sonnenberg umsomehr glauben, wenn ich hinzufüge, daß die betreffende Persönlichkeit nicht, wie er annimmt, ein Diplomat ist.

(Heiterkeit.)

Also dieser Mittelsmann schrieb:

> Die Burengenerale kamen gestern abend zu mir, um mir zu sagen, daß die Einhändigung einer Anfrage um Audienz beim britischen Botschafter nie in ihrem Plane gelegen hat. Die Anfrage beim britischen Botschafter einzureichen oder überhaupt eine Anfrage zu tun, scheint ihnen ausgeschlossen; sie meinten, sie würden gerufen werden. Sie werden also warten, bis sie gerufen werden.

Welche Einflüsse, meine Herren, wirksam gewesen sind, um bei den Burengeneralen diese plötzliche und völlige Sinnesänderung herbeizuführen, bin ich nicht in der Lage Ihnen mitzuteilen. Das zu untersuchen, ist auch nicht meine Aufgabe. Tatsache ist jedenfalls, daß die anfänglich von den Burengeneralen kundgegebene Bereitwilligkeit nachträglich modifiziert worden ist. Wenn die Burengenerale zur Motivierung ihrer Sinnesänderung auch darauf hingewiesen haben, daß Seine Majestät der König von England sie habe zu sich rufen lassen, so ist dieses Argument nicht zutreffend; denn die Burengenerale waren seit dem Vertrage von Vereeniging Untertanen des Königs von England, der sie zu sich bescheiden konnte. Jedem anderen Souverän gegenüber aber waren sie britische Staatsangehörige. Uebrigens kommt es hierauf nicht einmal an, da eben durch die bei den Buren eingetretene Sinnesänderung für uns eine neue Sachlage geschaffen worden war, welche eine Audienz der Generale bei Seiner Majestät dem Kaiser ausschloß.

Nun möchte ich mit wenigen Worten eingehen, auf das, was der Herr Abgeordnete Pachnicke soeben über Handelsvertragsunterhandlungen gesagt hat. Meine Herren, durch die bei uns über den Zolltarif und über Handelsvertragswünsche und Nichtwünsche im Plenum wie in der Kommission geführten eingehenden Beratungen sind unsere Karten für die diplomatischen Verhandlungen wegen Abschlusses von Handelsverträgen bereits so sehr aufgedeckt worden, daß unseren Unterhändlern ihre an sich schon nicht leichte Position dadurch mindestens nicht verbessert worden ist.

(Sehr richtig! links.)

Durch die detaillierten Erörterungen, die bei uns jede einzelne Tarifposition, ihre Entstehungsgeschichte und ihre Begründung gefunden haben, ist die Situation für unsere Vertreter eine erheblich schwierigere

(hört! hört!)

als diejenige der Vertreter anderer Länder, bei denen Zolltarife in sehr geräuschloser Weise in die Erscheinung zu treten pflegen.

(Sehr wahr! sehr richtig! rechts.)

Deshalb, meine Herren, glaube ich, daß es Zeit ist, nunmehr unseren Unterhändlern die Bahn frei zu geben

(sehr richtig! rechts und links)

und die Diskussion über Handelsverträge im allgemeinen und im besondern zu schließen und so lange geschlossen zu halten, bis fertige Handelsverträge dem hohen Hause den gegebenen Anlaß bieten werden, sich wiederum mit dieser Materie zu beschäftigen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke hat sich nun auch mit der Rede beschäftigt, die ich gestern abend beim Bankett des Deutschen Landwirtschaftsrats gehalten habe. Ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete Roesicke bei diesem Bankett zugegen war.

(Zuruf rechts.)

— Nein? Schade, es war ein nettes Fest.

(Große Heiterkeit.)

Wenn aber der Herr Abgeordnete Roesicke bei diesem Mahl zugegen gewesen wäre, so würde er auch wissen, daß ich für die von mir in meiner Rede aufgestellte Behauptung, der neue Tarif biete der Landwirtschaft wesentliche Vorteile, nicht weitschweifige Argumente anzugeben hatte: ich sprach vor einem Kreis sehr einsichtiger Landwirte

(sehr richtig!),

und denen gegenüber brauchte ich für diese meine ganz unbestreitbare Behauptung nicht erst viele Gründe vorzuführen.

(Hört! hört!)

Ich würde, meine Herren, wirklich glauben unhöflich zu sein, wenn ich annehmen wollte, daß irgend jemand im Ernst meinen könnte, daß der neue Zolltarif nicht bedeutend agrarischer wäre als früher. Ich habe den neuen Zolltarif mit Absicht und mit Bewußtsein agrarischer gestaltet als den zur Zeit geltenden. Wie man aber bestreiten will, daß der neue Zolltarif den Interessen der Landwirtschaft weiter entgegenkommt als der alte Tarif, ist mir schleierhaft

(sehr richtig! in der Mitte und links),

und ich glaube, das wird vielen Herren in diesem hohen Hause auch schleierhaft sein.

(Sehr wahr!).

Meine Herren, nun hat es mir der Herr Abgeordnete Roesicke übelgenommen, daß ich gestern von einem Undank gegenüber denjenigen gesprochen habe, welche den Zolltarif zustandegebracht haben. Dabei hat der Herr Abgeordnete Roesicke zunächst verschwiegen oder übersehen, daß ich gestern von Undank nicht allein gegenüber den verbündeten Regierungen, sondern auch gegenüber allen denjenigen, wie ich mich ausgedrückt habe, Parlamentariern und Politikern und Landwirten gesprochen habe, welche diesen Zolltarif zustandegebracht haben. Ich finde den Herrn Abgeordneten Roesicke gerade so undankbar gegen die Mehrheitsparteien des hohen Hauses, die für den Zolltarif gestimmt haben, wie gegen die Herren, die hier auf meiner Bank sitzen; denn die Interessen der Landwirtschaft sind sicherlich von den verbündeten Regierungen und der Mehrheit dieses hohen Hauses bedeutend wirksamer wahrgenommen worden als vom Bunde der Landwirte.

(Sehr wahr! rechts und links.)

Ich nehme selbstverständlich diejenigen Mitglieder des Bundes der Landwirte aus, die für den Zolltarif gestimmt haben. Wenn ich mich nicht täusche, haben von den Herren, die diesem hohen Hause angehören und gleichzeitig Mitglieder des Bundes der Landwirte sind, etwa zwei Drittel für den Zolltarif gestimmt und nur ein Drittel dagegen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Was aber diejenigen Mitglieder des Bundes der Landwirte angeht, die gegen den Zolltarif gestimmt haben, so stehen die Dienste, welche sie der Landwirtschaft leisten,

hinter den Verdiensten der verbündeten Regierungen und der Mehrheit des hohen Hauses um die Landwirtschaft so weit zurück wie Negation und Kritik zurückstehen und zurückbleiben hinter positiver Arbeit.

(Lebhafter Beifall.)

Ich verstehe es, meine Herren, wenn die schwierige, die sehr schwierige Lage der Landwirtschaft zu vielen Klagen geführt hat. Nachdem wir aber post tot discrimina rerum den Zolltarif zustandegebracht haben, meine ich, ist es endlich Zeit, mit diesem System der absoluten und immer wiederholten Kritik zu brechen. Den wahren Interessen der Landwirtschaft wird damit nicht entsprochen.

(Lebhafter Beifall.)

Und nun, meine Herren, möchte ich noch Bezug nehmen auf eine Bemerkung, die gestern dem Herrn Abgeordneten Dr. Müller (Meiningen) entschlüpfte, den ich leider nicht an seinem Platze sehe. Als gestern der Herr Abgeordnete Gamp den verbündeten Regierungen sein Vertrauen ausdrückte, ein Vertrauen, für das ich ihm dankbar bin, und dabei auf das Zustandekommen des Zolltarifs zurückkam und von den Unterhandlungen sprach, die dabei geführt worden sind, da meinte der Herr Abgeordnete Dr. Müller (Meiningen), der mir gerade hier gegenüberstand, mit Bezug auf meine Person: „Umgefallen ist er doch!“

(Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Müller (Meiningen), der ein belesener Herr und geistreicher Mann ist

(große Heiterkeit)

— meine Herren, das sage ich im vollen Ernst —, der wird verstehen, wenn ich sage, daß dieses Wort „Umfall“ zu den Worten gehört, die sich einstellen, wo Begriffe fehlen.

(Sehr gut!)

Als, meine Herren, die erste Nachricht von dem Zustandekommen des Kompromisses zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit dieses hohen Hauses — ein Kompromiß, zu dessen Zustandekommen mitgeholfen zu haben ich mir immer zum Verdienst anrechnen werde —

(hört! hört!)

in die Oeffentlichkeit kam, da las ich am nächsten Tage in einer sehr angesehenen, sehr verbreiteten Berliner liberalen Zeitung, ich hätte derartig nachgegeben, daß jedes Vertrauen zu mir nicht nur im Inlande, sondern

auch im Auslande, in allen fünf Weltteilen immer und ewig erschüttert worden sei.

(Große Heiterkeit.)

Und an demselben Tage las ich in einer sehr angesehenen, sehr verbreiteten Berliner agrarischen Zeitung, daß die verbündeten Regierungen, daß meine Wenigkeit rein gar nichts konzediert hätten; nicht das allermindeste Zugeständnis hätte ich gemacht.

(Sehr wahr! rechts.)

Diese beiden Artikel, meine Herren, habe ich mir aufgehoben; ich möchte sie in mein Familienarchiv legen, damit die Nachwelt sieht, wie objektiv in unserer Zeit Politik getrieben wurde.

(Große Heiterkeit.)

Die Wahrheit ist, meine Herren, daß bei der Verständigung, die zwischen den Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses und den verbündeten Regierungen erzielt worden ist, von persönlicher Eigenliebe, von Eigensinn, von Rechthaberei überhaupt nicht die Rede war. Wenn sich verständige Leute dadurch einigen, daß sie für das Wohl des Vaterlandes kleine Divergenzen großen Notwendigkeiten unterordnen, so fällt weder die eine Seite um noch die andere. Mich lassen die häufig wiederholten Vorwürfe über angeblichen Umfall vollkommen kalt, und ich denke, der großen Mehrheit dieses hohen Hauses, die unbekümmert um die Angriffe von der äußersten Linken wie von der äußersten Rechten den Zolltarif zustandegebracht hat, wird es ebenso gehen wie mir.

(Lebhaftes Bravo.)

82. Der Schulstreit in Trier.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. März 1903.

Am 15. Februar 1903 hatte Bischof Dr. Korum von Trier durch einen Erlaß, den die Pfarrgeistlichkeit von den Kanzeln verkünden mußte, den Eltern seines Sprengels unter Androhung der Absolutionsverweigerung im Sakrament der Buße verboten, ihre Kinder „ohne die wichtigsten von der Kirche anerkannten Gründe, welche für schulpflichtige Kinder höchst selten gelten können, und ohne die notwendigen Vorsichtsmaßregeln“ fortan in die aus städtischen und staatlichen Mitteln unterhaltene paritätische Mädchenschule zu schicken. Infolgedessen kam am 2. März im Abgeordnetenhause folgende Interpellation der Abgeordneten Bachmann und Genossen zur Verhandlung:

„Hat die Königliche Staatsregierung Kenntnis davon genommen, daß die katholische Geistlichkeit in Trier im Anschluß an einen Erlaß des dortigen Bischofs

von der Kanzel eine Erklärung verlesen hat, welche katholische Eltern, deren Kinder die staatliche höhere Töchterschule in Trier besuchen, mit kirchlichen Zuchtmitteln bedroht?

„In welcher Weise beabsichtigt sie die staatliche Autorität auf dem Gebiete des Schulwesens diesen geistlichen Uebergriffen gegenüber zu wahren?"

Nach eingehender Begründung der Interpellation durch den Abgeordneten Dr. Hackenberg (natlib.) antwortete

der Ministerpräsident, Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, bevor der Herr Kultusminister auf das Tatsächliche des vorliegenden Falles und auf die von dem Herrn Antragsteller vorgebrachten Einzelheiten näher eingeht, möchte ich das folgende sagen.

Ich muß zunächst meinem Bedauern, meinem tiefen Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie der Herr Bischof von Trier durch sein Vorgehen den konfessionellen Frieden gefährdet hat

(bravo! hört, hört! links und rechts),

den aufrechtzuerhalten das ehrliche und bis jetzt erfolgreiche Streben der Königlichen Staatsregierung gewesen war. Mein Bedauern ist um so lebhafter, als bis zu diesem plötzlichen Vorstoß der Herr Bischof von Trier weder mir noch dem Herrn Kultusminister gegenüber wegen der Trierer Schulverhältnisse irgendwelche Schritte getan hatte.

(Hört, hört! links.)

Auch daran möchte ich erinnern, daß meines Wissens weder im Plenum noch in der Kommission dieses hohen Hauses über das Lehrerinnenseminar und über die staatliche höhere Mädchenschule in Trier Ausstellungen erhoben worden waren. Die betreffenden Etatstitel waren, wie ich glaube, regelmäßig anstandslos bewilligt worden.

Das Vorgehen des Herrn Bischofs von Trier war um so auffälliger, als ihm bekannt sein mußte, daß ich es als meine Pflicht betrachte, Gerechtigkeit zu üben gegenüber den Angehörigen beider Konfessionen ohne Kleinlichkeit und ohne Engherzigkeit in der einen oder anderen Richtung. Der Herr Bischof von Trier konnte nach meiner politischen Vergangenheit nicht im Zweifel darüber sein, wie aufrichtig ich bemüht bin, berechtigte Klagen unserer katholischen Mitbürger abzustellen.

Meine Herren, der konfessionelle Zwiespalt, welcher durch das deutsche Volk geht, nötigt uns, uns in einander zu schicken, uns mit einander ein-

[1]) Sten. Ber. üb. die Verh. d. H. d. Abg., 19. Leg.-Per., V. Session, 34. Sitzung, Sp. 2261 f.

zurichten. Das aber ist nur möglich auf dem Boden eines praktischen modus vivendi, auf dem Boden der Tatsachen. Denn Prinzipien sind unversöhnlich, und wenn sich Prinzipien gegeneinander auftürmen, so ist keine Verständigung möglich. Prinzipielle Gegensätze mögen und sollen ausgefochten werden auf geistigem Gebiete mit geistigen Waffen; aber in der Praxis müssen wir trachten, miteinander auszukommen. Wenn auf der einen Seite der Herr Bischof von Trier und auf der anderen Seite der Herr Antragsteller die Führung übernähme, so fürchte ich, würden wir uns morgen wieder im Kulturkampfe befinden.

(Sehr richtig! im Zentrum; Widerspruch links.)

Wir können Preußen nicht so regieren, als ob es nur Protestanten bei uns gäbe; wir können es aber auch nicht so regieren, als ob es nur von Katholiken bewohnt wäre, d. h. wir müssen dem konfessionellen Zwiespalt begegnen im Zeichen der Gerechtigkeit, von seiten des Staates durch eine objektive Geschäftsführung, von seiten der Konfessionen durch gegenseitige Duldsamkeit und durch Achtung der Rechte wie der Würde des Staates.

Das hat leider der Herr Bischof von Trier außer acht gelassen

(sehr wahr! rechts),

als er eine schwerwiegende Prinzipienfrage aufwarf, ohne zunächst zu versuchen, zu einer praktischen Regelung der nach seiner Auffassung in Trier bestehenden Unzuträglichkeiten zu gelangen, und als er hierfür eine so ungewöhnliche, eine so schroffe Form wählte, die das Zustandekommen einer Verständigung zu erschweren in hohem Grade geeignet war. Aus der Zeit des Kulturkampfes sind, wie wir alle wissen, unausgeglichene Differenzpunkte übrig geblieben.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Uns war aber davon nichts bekannt geworden, daß solche Inkongruenzen in der Diözese Trier in besonderem Maße vorhanden sein sollten. Soweit dort Unvollkommenheiten und Mängel wirklich bestehen, liegt es innerhalb der staatlichen Pflicht und im staatlichen Interesse, diese zu beseitigen. — Vor allem aber muß die Königliche Staatsregierung erwarten, daß der Herr Bischof von Trier sein Publikandum rückgängig macht.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Bischof von Trier hatte uns durch seine Abreise, die im Augenblick seiner Veröffentlichung erfolgte, die Möglichkeit genommen, diese Angelegenheit mit ihm direkt zu erörtern.

(Hört, hört! links.)

Ich habe deshalb den Königlichen Gesandten beim päpstlichen Stuhle angewiesen, die Aufmerksamkeit der Kurie auf die Bedeutung dieses Falles zu lenken. Ich will mich der Hoffnung hingeben, daß die Kurie mit uns dafür sorgen wird, daß dieser bedauerliche Zwischenfall ohne weitere für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche störende und für die Allgemeinheit schädliche Folgen bleiben wird.

(Bravo! rechts und links. Bewegung.)

Im Anschluß an diese Erklärungen gab der Kultusminister eine objektive Darstellung der Schulverhältnisse im Sprengel des Bischofs Dr. Korum, in der er nachwies, daß dem Vorgehen des Bischofs jede sachliche Rechtfertigung fehlte.

An der Besprechung der Interpellation beteiligten sich alle Parteien; die beiden letzten Redner aus dem Hause waren die Abgeordneten Dr. Barth (freis. Vgg.) und Roeren (Zentr.). Dann nahm nochmals das Wort

der Ministerpräsident[2]):

Ich hatte nicht die Absicht, meine Herren, noch einmal das Wort zu erbitten, sehe mich aber genötigt, einige Bemerkungen richtigzustellen, welche im Laufe der Debatte gefallen sind. Ich werde mich bemühen, um so ruhiger zu reden, je temperamentvoller die beiden letzten Herren Redner sich ausgesprochen haben.

Gegenüber dem Herrn Abgeordneten Friedberg möchte ich konstatieren, daß ich nicht gesagt habe: wenn sich der Herr Bischof Korum an mich gewandt hätte, würde ich alle seine Beschwerden ohne weiteres abgestellt haben; ich habe nur gesagt — und das halte ich aufrecht —, daß der Herr Bischof Korum nach meiner ganzen Haltung und nach meinem Charakter erwarten durfte und erwarten mußte, daß ich auch seine Beschwerde in sachlicher Weise prüfen würde.

Und gegenüber dem Herrn Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Roeren, muß ich weiter feststellen, daß die Schuld an dem akuten Konflikt in der Diözese Trier nach meinem pflichtmäßigen Ermessen lediglich den Herrn Bischof von Trier trifft.

Diese Schuld wird nicht dadurch verringert, daß hingewiesen wird auf Schulverhältnisse in den Jahren 1878 oder 1879, als die kirchenpolitischen Wirren, als der Kulturkampf sich auf seiner Höhe befand. Ich wiederhole nochmals, daß der Herr Bischof von Trier die Pflicht hatte, den Weg direkter Verständigung mit der Königlichen Staatsregierung zu betreten, bevor er einen Schritt unternahm, der hier von mehr als einer Seite als ein Wetterleuchten gedeutet worden ist, das dem Sturme vor-

2) A. a. O. Sp. 2303 f.

herginge. Nun, meine Herren, als ein Mann, der aufrichtig den religiösen Frieden will, hoffe ich, daß es sich nicht um ein Wetterleuchten vor dem Sturm, sondern um ein Wetterleuchten nach dem Sturme, um eine letzte Zuckung aus der Zeit des Kulturkampfs und aus den Kulturkampfstimmungen handelt. Wenn es aber zum Sturme kommen sollte, so würde die Königliche Staatsregierung die Verantwortung dafür nicht treffen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Friedberg mir auch einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich mich nach Rom gewandt hätte. Auf einen analogen Vorwurf hat bei einer kirchenpolitischen Debatte in diesem hohen Hause mein großer Amtsvorgänger, der Fürst Bismarck, einmal gesagt, daß er sich niemals besinnen würde, auch ausländische Hülfe zu acceptieren und, wie er sich ausdrückte, zu erbitten, wenn er glaubte, daß damit den deutschen Interessen gedient wäre. Ich gehöre, meine Herren, nicht zu denjenigen, die bei jeder Gelegenheit den Fürsten Bismarck zitieren. Ich weiß, daß es Verhältnisse gibt und Fragen, die heute anders liegen als vor 10 oder 20 Jahren, und die heute anders behandelt werden müssen, wie sie in den 70er und 80er Jahren behandelt werden konnten. Aber dieses soeben von mir angeführte Urteil des Fürsten Bismarck ist auch noch heute vollkommen zutreffend; denn es ist gegründet auf die richtige Einsicht in das Wesen der Diplomatie und in die dauernde innere Struktur unserer konfessionellen Verhältnisse. Ich war also nicht nur berechtigt, sondern ich war verpflichtet, dem Königlichen Gesandten beim päpstlichen Stuhl die Instruktion zu erteilen, daß er die Kurie hinweisen möge auf die Folgen, welche der Trierer Konflikt auf die Beziehungen zwischen Staat und Kirche haben muß, wenn nicht eine Remedur erfolgt.

Nun, meine Herren, hat es der Herr Abgeordnete Friedberg mir auch übel genommen, daß ich gesagt habe: wenn auf der einen Seite der Herr Bischof von Trier und auf der anderen Seite der Herr Antragsteller die Führung übernähme, so würden wir uns bald genug in einem neuen Kulturkampf befinden. Demgegenüber möchte ich doch darauf hinweisen, daß der Herr Antragsteller — dessen Ueberzeugungstreue ich ja im übrigen ebensosehr Gerechtigkeit widerfahren lasse wie seiner Redegabe — das Verhalten des Herrn Bischofs von Trier vom kirchlichen, vom katholisch-kirchlichen Standpunkt aus ausdrücklich als richtig befunden, das er beinahe glorifiziert hat, während ich, meine Herren, dieses Verhalten auch in dieser Beziehung als verfehlt erachte, weil ich überzeugt bin, daß es nicht zuträglich, daß es schädlich ist für die katholisch-kirchlichen Interessen. Umgekehrt nahm der Herr Abgeordnete Hackenberg das

Verhalten des Herrn Bischofs von Trier vom kirchlich-katholischen Standpunkt aus in Schutz; er erklärte es für konsequent, für durchaus logisch, während er auf der anderen Seite in eindringlicher Weise den Staat aufforderte, dagegen einzuschreiten. Und dabei wollte er von keinem modus vivendi etwas wissen. Ja, meine Herren, da liegt ja der Prinzipiengegensatz, das sind ja die Prinzipien, von denen ich sagte, daß, wenn sich die Prinzipien gegeneinander auftürmen, keine Verständigung möglich ist! Ich zweifle übrigens keinen Moment daran, daß, wenn man beispielsweise den Herrn Abgeordneten Roeren und den Herrn Abgeordneten Barth zusammen einsperrte

(stürmische Heiterkeit),

sie sich auch niemals verständigen und vertragen würden.

Ich habe, meine Herren, schon einmal in diesem hohen Hause und von dieser Stelle aus darauf hingewiesen, daß die konfessionellen Kämpfe in Deutschland — und kein Volk hat so zahlreiche, so tiefgehende konfessionelle Kämpfe durchgemacht wie das deutsche Volk —, daß sie niemals Vorteil noch Segen, wohl aber beiden Teilen und dem gemeinsamen Vaterland Nachteil und Schaden gebracht haben. Mehr noch als irgendwo sonst müssen bei uns konfessionelle Fragen mit vorsichtiger, mit behutsamer, mit praktischer, mit staatsmännischer Hand behandelt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das sollte man weder in Trier noch in diesem hohen Hause vergessen.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Barth gemeint, ich scheute vor dem Konflikt zurück. Meine Herren, darauf erwidere ich dem Herrn Abgeordneten Barth, daß ich nicht zu denjenigen gehöre, die bei jeder Gelegenheit und um jeden Preis einen Konflikt wollen, die das Spielen mit dem Feuer, das gefährliche Spielen mit dem Feuer als eine Art von Sport betreiben

(sehr gut! rechts),

denen der Konflikt ein Selbstzweck ist

(bravo! rechts und im Zentrum),

die vielleicht auch auf irgend einen Hausbrand warten, an dem sie ihre Suppen kochen können.

(Heiterkeit.)

Zu diesen Leuten, meine Herren, gehöre ich nicht. Schon im Interesse unserer Stellung in der Welt suche ich Konflikte zu vermeiden, zu verhindern und ihnen vorzubeugen, die mit unserer inneren Konzentration auch unsere Aktionsfähigkeit nach außen schwächen könnten. Aber wenn der Herr Abgeordnete Barth meint, daß ich solchen Konflikten aus dem

Wege gehen würde, die im Interesse des Staats, im Interesse der Gesamtheit ausgefochten werden müssen, so befindet er sich in einem groben Irrtum. Solchen Konflikten werde ich sicherlich nicht aus dem Wege gehen. Also ich sage: notwendige Konflikte, die müssen aufgenommen und sie müssen durchgeführt werden; unnötige Konflikte zu provozieren, das ist freilich töricht.

Der Herr Abgeordnete Barth ist weiter zu sprechen gekommen auf die Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg. Ich nehme gar keinen Anstand, zu sagen, daß ich diese Vereinbarung, die schon von meinem Herrn Amtsvorgänger, dem verewigten Fürsten Hohenlohe, angestrebt war, und über die von mir weiter verhandelt worden ist, für eines jener Abkommen halte, die ich zu den guten zähle, weil sie beiden Teilen zum Nutzen gereichen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Und wenn es, meine Herren, dafür, daß dieses Abkommen im Interesse des Reichsgedankens lag, noch eines Beweises bedurfte, so würde dieser Beweis darin liegen, daß das Zustandekommen dieses Abkommens auf das hartnäckigste bekämpft worden ist von den Protestlern in Elsaß-Lothringen

(sehr richtig!)

und von deren ausländischen Bundesgenossen. Daß sich diesen der Herr Abgeordnete Barth beigesellen würde, hatte ich allerdings nicht angenommen.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Nun ist mir auch vorgeworfen worden, daß ich gegenüber einer großen Partei dieses Hauses und im Reichstage, dem Zentrum, zuviel Entgegenkommen zeigte. Meine Herren, ich gestehe Ihnen, daß ich gegenüber derartigen Vorwürfen sehr abgebrüht bin, und daß sie mir gar keinen Eindruck machen. Das macht mir ebensowenig Eindruck, als wenn mir beispielsweise von dem Herrn Abgeordneten Barth und seinen Freunden, wenn mir von freihändlerischer und manchesterlicher Seite vorgeworfen worden ist, ich befände mich — und wie oft ist das gesagt und gedruckt worden! — in völliger Abhängigkeit von den Agrariern; oder wenn umgekehrt gesagt worden ist, daß ich das Klosettgesetz — ich bitte um Verzeihung für diesen Ausdruck

(Heiterkeit),

aber er ist ja in den parlamentarischen Sprachgebrauch übergegangen — nur aus besonderer Liebenswürdigkeit gegen den Herrn Abgeordneten Barth konzediert hätte; oder daß ich in der Flottenpolitik, in der über-

seeischen Politik mich im Schlepptau der Alldeutschen befände; oder daß ich mit den Sozialisten kokettierte. Die Wahrheit ist, daß ich mich keiner Partei zu eigen gebe, und daß infolgedessen jede Partei von Zeit zu Zeit finden wird, ich täte mehr für die anderen als für sie selbst. Die Regierung dieses Landes muß aber über den verschiedenen Interessen und sie muß über den Parteien stehen. Die Regierung dieses Landes kann wohl zeitweise mit dieser oder jener Partei regieren, sie kann sich aber und sie wird sich von keiner Partei regieren lassen.

Meine Herren, die Königliche Staatsregierung — und damit will ich schließen — steht auf dem Boden des modus vivendi, den vor 17 Jahren die politische Weisheit des Fürsten Bismarck vereinigt mit der politischen Weisheit des noch jetzt regierenden Papstes gefunden hat. Wie aufrichtig wir bestrebt sind, den religiösen Frieden aufrecht zu erhalten, das geht ja auch aus den Angriffen hervor, die deshalb von mehr als einer Seite gegen uns gerichtet worden sind. Aber der Frieden muß auch von der anderen Seite, er muß auch von seiten der Kirche und ihrer Organe bewahrt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir werden jeden Versuch, die Würde und die Rechte des Staates zu verletzen, mit Entschiedenheit zurückweisen. Wir sind tolerant gegenüber den Ueberzeugungen anderer, aber gegenüber der Intoleranz dürfen und werden wir nicht tolerant sein.

(Bravo!)

Am Schluß der Debatte replizierte der Reichskanzler noch gegen den Inhalt einer persönlichen Bemerkung des Abgeordneten Dr. Barth.

Ministerpräsident, Reichskanzler Graf von Bülow[3]):

Gegenüber den letzten Ausführungen des Herrn Dr. Barth möchte ich nur feststellen — und mein unkorrigiertes Stenogramm wird es beweisen —, daß ich nicht gesagt habe, daß die Protestler in Elsaß-Lothringen und ihre ausländischen Gesinnungsgenossen das Abkommen zwischen uns und der Kurie über die Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg mit scheelen Augen angesehen hätten, sondern ich habe gesagt, sie hätten es hartnäckig bekämpft. Wenn ich nun weiter gesagt habe, daß der Herr Abgeordnete Barth sich mit dieser hartnäckigen Bekämpfung in der Verurteilung, in dem Tadel über dieses Abkommen auf dieselbe Linie gestellt hätte mit den Protestlern und

3) A. a. O., Sp. 2311.

ihren ausländischen Bundesgenossen, so ist es mir natürlich nicht eingefallen, ihm dabei dieselben Motive zu unterstellen

(Heiterkeit),

von denen die Protestler und ihre Bundesgenossen geleitet werden. Si duo faciunt idem, non est idem. Es haben die Protestler und deren ausländische Freunde das Abkommen bekämpft aus Feindschaft gegen uns, aus Malice. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Barth dieses Abkommen nicht billigt, so ist es darum, weil er die reichsländischen Verhältnisse noch nicht genügend kennt, weil er das Abkommen meines Erachtens nicht ausreichend studiert hat, weil er, wie ich glaube, es nicht ganz versteht.

(Heiterkeit.)

Ich bin überzeugt, daß, wenn er sich eingehender mit der praktischen Seite dieses Abkommens beschäftigen wird, so wird er mit mir die Ansicht teilen, daß dasselbe dem Interesse des Reichsgedankens und des Reiches entspricht.

Am 8. März wurde von den Kanzeln in Trier verkündet, daß der Erlaß des Bischofs Korum als nicht erfolgt zu betrachten sei.

---

83. Venezuela. — Dreibund. — Türkei. — Mazedonien. — Deutsche in Ungarn.

Sitzung des Reichstages vom 19. März 1903.

Als bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1903 der Etat des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung stand, bot der erste Redner, der Abgeordnete Dr. Freiherr von Hertling, dem Reichskanzler willkommene Gelegenheit, sich über die schwebenden Fragen aus dem Gebiet des Auswärtigen dem Reichstage gegenüber zu äußern.

Reichskanzler Graf von Bülow[1]):

Meine Herren, ich danke dem Herrn Vorredner, daß er mir durch die von ihm gestellten Anfragen Gelegenheit bietet, mich eingehender über den gegenwärtigen Stand der auswärtigen Geschäfte des Landes auszulassen.

In der Venezuela-Angelegenheit handelte es sich für uns von Anfang an weder um irgendwelche territorialen Machterweiterungs-

1) Sten. Ber. d. R.-T., 10. Leg.-Per., II. Session, 287. Sitzung, S. 8719 ff.

gelüste noch um Gloriole, sondern lediglich um die Abwicklung eines durch die Unzuverlässigkeit des Schuldners ungewöhnlich schwierigen Geschäfts mit außergewöhnlichen Mitteln. Wenn ich sage, daß wir in dieser Angelegenheit nicht von Ruhmbegierde geleitet wurden, so soll das natürlich nicht so viel bedeuten, als ob wir nicht die Pflicht gehabt hätten, auch in diesem Fall unser Ansehen und die Ehre unserer Flagge zu wahren. Das aber war, wie die Verhältnisse lagen, nur möglich durch das von uns in Gemeinschaft mit England und Italien eingeschlagene Zwangsverfahren. Eine Methode, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, ist bisher noch nicht entdeckt worden. Bei derartigen Unternehmungen handelt es sich eben nicht allein um den gerade schwebenden Fall, sondern auch um eine in die Zukunft reichende Warnung. Ich brauche nur an manche ähnliche und allgemein bekannte Angelegenheiten zu erinnern, um darzutun, daß ich diese Logik nicht ad hoc, nicht für den Venezuelafall erfunden habe. Diese Regel wird ihre Geltung behalten müssen, solange es Regierungen gibt, welche die kommerzielle bona fides hinter andere, mehr egoistische Rücksichten zurücktreten lassen. Wenn wir solche Angelegenheiten lediglich vom Geldstandpunkte aus behandeln wollten, so hieße das so viel, als daß wir uns jede, auch die frivolste, Rechtsverletzung gefallen lassen; dann brauchten wir in der Tat weder Schiffe noch Kanonen. Ich möchte aber keinen Zweifel darüber lassen, daß es sich bei diesem unserem Vorgehen nur um einen seltenen Ausnahmefall handelt. Ich denke nicht daran, die Ansicht zu vertreten, daß wir für jedes gewagte, für jedes aleatorische Geschäft, welches irgendwo in der Welt ein Deutscher unternimmt, den Exekutor zu spielen hätten.

(Sehr richtig!)

Es wird immer auf die besonderen Umstände ankommen.

Den Beweis dafür, daß wir im vorliegenden Falle einschreiten mußten, wollen Sie auch daraus entnehmen, daß gleich uns auch die englische Regierung sich genötigt gesehen hat, gegenüber Venezuela Gewaltmaßnahmen anzuwenden, während es doch bekanntlich ein Grundsatz der englischen Handelspolitik ist, daß der Engländer im Auslande sein Kapital auf eigene Gefahr anlegt. Daß England in diesem Falle von dieser seiner alten Tradition abwich, beweist, daß hier in der Tat eine Zwangslage vorlag.

Was nun die Art und Weise unseres Vorgehens betrifft, so hat der Herr Freiherr von Hertling soeben hervorgehoben, daß wir gerade diesen Fall mit besonderer Nüchternheit und Besonnenheit behandeln mußten. Wir mußten vor allem dafür sorgen, daß aus dieser verhält-

nismäßig untergeordneten Streitfrage nicht eine Störung unserer guten Beziehungen zu anderen Mächten hervorging. An Versuchen, solche Störungen herbeizuführen, hat es tatsächlich nicht gefehlt.

(Sehr richtig! rechts.)

Dabei denke ich natürlich nicht an irgend eine fremde Regierung. Aber einem Teil der ausländischen Presse schien die Gelegenheit günstig, einerseits Mißtrauen zu säen zwischen der Berliner Regierung und den Regierungen von London und Rom, andererseits uns mit den Vereinigten Staaten zu verhetzen. Aus den Berichten unserer Vertreter in Südamerika und Zentralamerika war zu entnehmen, daß dort während des Schwebens des Venezuela-Konflikts über das Vorgehen Deutschlands die unbegründetsten und die unsinnigsten Gerüchte verbreitet wurden.

(Hört! hört! links.)

Es wurde verbreitet, daß wir uns mit Landerwerbsabsichten trügen, daß wir der Selbständigkeit dieser oder jener amerikanischen Republik zu nahe treten wollten. In der Verbreitung solcher Lügenmären zeichnete sich besonders der „New York Herald“ aus. Der hatte sich einen eigenen Beamten im deutschen Auswärtigen Amt erfunden, von dem mein verehrter Nachbar, der Freiherr von Richthofen, bis dahin nicht das mindeste gewußt hatte, und dieser Beamte hatte ihm versichert, wir wollten zunächst Venezuela, dann Kolumbien und endlich Brasilien attackieren.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, diese perfiden Versuche, uns etwas anzuhängen, sind gescheitert, einmal an der Loyalität der Kabinette von London, Rom und Washington, dann aber auch an der Ehrlichkeit unserer Politik, die viel zu durchsichtig war, als daß es hätte gelingen sollen, uns mit Erfolg phantastische Eroberungsabsichten oder heimtückische Geheimpläne anzudichten. Die Kabinette von Berlin und London, von Rom und Washington haben, unbeirrt durch diesen Preßunfug, ruhig den geraden Weg weiter verfolgt. Ich kann mit Befriedigung konstatieren, daß unsere Beziehungen zu England wie zu Amerika aus der Venezuela-Affäre ungeschädigt hervorgegangen sind.

Was nun Venezuela angeht, so sind nach dem Protokoll zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Venezuela die in dem deutschen Ultimatum aufgestellten Forderungen als angenommen anzusehen. Das Protokoll teilt die deutschen Reklamationen in drei Klassen.

Die erste Klasse betrifft die Reklamationen der Reichsangehörigen aus den venezolanischen Bürgerkriegen von 1898—1900, die sich auf

rund 1400000 Mark belaufen. Diese Reklamationen hatten den Anlaß zu der ganzen Aktion gegen Venezuela gegeben. Es handelte sich bei ihnen um Gewaltakte der venezolanischen Regierung und ihrer Organe, für die wir auf anderem Wege eine Genugtuung eben nicht erreichen konnten. Die venezolanische Regierung hat nunmehr, wie in unserem Ultimatum verlangt worden war, die erwähnten Reklamationen in voller Höhe als berechtigt anerkannt und den Betrag sofort, teils bar, teils in Wechseln mit kurzen Fristen, bezahlt. Von diesen Wechseln ist der erste im Betrage von rund 250000 Mark pünktlich eingelöst worden, und der letzte am 15. Juli fällig. Für die Einlösung der Wechsel haften die Zolleinkünfte von La Guayra und Puerto Cabello, die sich auf jährlich etwa 15 Millionen Mark belaufen und bei nicht pünktlicher Innehaltung der vereinbarten Zahlungstermine durch belgische Zollbeamte erhoben werden sollen.

In die zweite Klasse gehören die Reklamationen von Reichsangehörigen aus dem gegenwärtigen venezolanischen Bürgerkriege, die Frachtforderungen der deutschen Großen Venezuela-Eisenbahngesellschaft und die Ansprüche deutscher Firmen aus dem Bau eines Schlachthofes in Caracas. Diese Forderungen, die auf 4—5 Millionen Mark geschätzt werden, sind im einzelnen einer Prüfung durch die Kaiserliche Regierung noch nicht unterzogen worden. In dem Ultimatum ist daher nicht die sofortige Bezahlung dieser Beträge, sondern nur eine befriedigende Erklärung wegen ihrer Feststellung und Sicherung verlangt worden. Auch diesem Verlangen hat Venezuela entsprochen. Die Feststellung soll durch eine gemischte Kommission in Caracas erfolgen, deren Zusammensetzung eine genügende Gewähr für die unparteiische Beurteilung der erhobenen Ansprüche gibt. Die Sicherstellung der Forderungen ist in der Weise bewirkt worden, daß 30 Prozent der Zolleinkünfte von La Guayra und Puerto Cabello, daß heißt ein Betrag von jährlich $4^1/_2$ Millionen Mark, zur Befriedigung der Forderungen Deutschlands, Großbritanniens und Italiens sowie gegebenenfalls auch der übrigen Gläubigermächte verwendet werden sollen. Diesen Gläubigermächten soll indes die Sicherheit nicht ohne weiteres zugute kommen, sondern nur insoweit, als ihnen ein solcher Anspruch durch den ständigen Schiedshof im Haag zuerkannt wird.

Die dritte Klasse endlich bilden die Ansprüche der deutschen Gläubiger aus der 5prozentigen venezolanischen Anleihe von 1896, die rund $6^1/_2$ Millionen Mark an rückständigen Zinsen und Amortisationsquoten betragen. Diese Ansprüche sind von der venezolanischen Regierung anerkannt worden und sollen in der Weise befriedigt werden, daß die gesamte

auswärtige Schuld Venezuelas unter bestimmter Bezeichnung der für den Schuldendienst zu verwendenden Staatseinkünfte neu geregelt wird. Das gleiche Versprechen ist der britischen Regierung für die in englischen Händen befindliche 3 prozentige venezolanische Anleihe von 1881 gegeben worden.

Es ist auch gefragt worden, meine Herren, von wem die Kosten der von uns verhängten Blockade zu tragen sind. Diese Kosten lassen sich im einzelnen noch nicht vollständig übersehen; sie sind indessen gering, weil die Blockade mit unseren auf der ostamerikanischen Station befindlichen Kriegsschiffen hat durchgeführt werden können. Es kann daher keine Rede davon sein, daß diese Kosten auch nur zahlenmäßig in einem Mißverhältnis zu den von uns durchgesetzten Ansprüchen stehen. Von der Forderung auf Erstattung dieser Kosten haben wir, ebenso wie England und Italien, mit Rücksicht auf die ziemlich trostlose Finanzlage Venezuelas abgesehen.

Wir haben also, meine Herren, im wesentlichen von Venezuela an Genugtuung und an Bürgschaften dasjenige erreicht, was wir von Anfang an angestrebt haben, und was nach Lage der Verhältnisse erreichbar war. Ich glaube sagen zu können, daß wir diese Aktion ohne Fanfarenstöße, aber mit dem nötigen Nachdruck eingeleitet haben, daß wir sie von Beginn an zweckentsprechend abgegrenzt und ohne Schwäche zu Ende geführt haben.

Meine Herren, ich komme jetzt zu dem zweiten Punkt, den der Herr Abgeordnete Freiherr von Hertling zur Sprache gebracht hat, nämlich zu der im vergangenen Sommer erfolgten Erneuerung des Dreibundes. Daß diese Erneuerung rechtzeitig und in unveränderter Form erfolgte, war zunächst ein Beweis dafür, daß der Dreibund nicht auf einer zufälligen, vorübergehenden oder künstlichen politischen Konstellation beruht, sondern auf dauernden, in der Natur der Dinge begründeten und gleichmäßig vorhandenen Interessen und Bedürfnissen der drei durch ihn verbundenen Reiche.

Wenn ich die Natur des Dreibundes in zwei Worten definieren soll, so würde ich sagen, daß derselbe der inneren und äußeren Entwickelung der durch ihn verbundenen Reiche keine anderen Schranken auferlegt als diejenigen, welche durch die Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des status quo und somit des Friedens geboten sind. Durch diesen seinen auf die Dauer berechneten Charakter unterscheidet sich der Dreibund von der langen Reihe ähnlicher Koalitionen, welche frühere Zeiten ge-

sehen haben. Die Allianzen des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts wurden entweder zu vorübergehenden Eroberungszwecken abgeschlossen, oder sie waren Bündnisse, welche von einem Angriff bedrohte Länder ad hoc für ihre Verteidigung schlossen. Die heilige Allianz, mit der man den Dreibund mehr als einmal verglichen hat, wollte überall den Frieden aufrecht erhalten — und das war ein sehr edler Zweck. Leider aber ließ sich die heilige Allianz verleiten, sich in die innere Entwicklung der Völker einzumischen. Das führte wieder zu Interventionen, die wieder neue Revolutionen zur Folge hatten, und an diesen Eruptionen ist die heilige Allianz schließlich gescheitert, noch bevor sie infolge des Gegensatzes, in den während des Krimkrieges Oesterreich zu Rußland geriet, endgültig eingesargt wurde. Der Dreibund hat von der heiligen Allianz die friedenserhaltenden Tendenzen übernommen; aber er ist weit entfernt, die innere Entwicklung der durch ihn verbundenen Reiche in enge und der Individualität dieser Völker widersprechende Bahnen zwingen zu wollen. Ich kenne in der Geschichte kaum ein Bündnis — ich glaube, das ohne Uebertreibung sagen zu können —, welches gleichzeitig so friedlich und so stark, so dauerhaft und so elastisch gewesen wäre. Die Erneuerung des Dreibundes ist ja nicht anstandslos und nicht ohne Schwierigkeiten zu stande gekommen. Ich geniere mich gar nicht, zu sagen, daß es in Oesterreich-Ungarn wie in Italien Gegner des Dreibundes gibt. Bei richtiger Betrachtung sind diese Gegner des Dreibundes meist auch Feinde der in diesen Ländern verfassungsmäßig bestehenden Institutionen. Diese dreibundfeindlichen Elemente innerhalb der Dreibundstaaten wurden unterstützt von solchen dreibundfeindlichen Strömungen außerhalb der Dreibundstaaten, welche die Erneuerung des Dreibundes zu hintertreiben suchten. Auch mit dieser Bemerkung habe ich natürlich keine fremde Regierung im Auge. Aber aus den Quertreibereien in der Presse, auf die soeben der Herr Baron Hertling hinwies, und aus dem Staube, den diese Quertreibereien nicht nur in den italienischen, sondern auch in der englischen und französischen Presse hervorriefen, werden Sie selbst im vergangenen Frühjahr und Vorsommer entnommen haben, daß etwas los war. Gegenüber diesen Quertreibereien habe ich bei der Erneuerung des Dreibundes an zwei Gesichtspunkten festgehalten: einmal daran, daß der Dreibund seinen bisherigen defensiven Charakter bewahren müsse, daß er diesen defensiven Charakter aber auch ohne jede Einschränkung und Abschwächung sich erhalten müsse. Dies ist der Fall gewesen. W i r h a l t e n a n u n s e r e n V e r p f l i c h t u n g e n g e g e n ü b e r u n s e r e n b e i d e n V e r b ü n d e t e n m i t d e u t s c h e r T r e u e f e s t. W i r h a b e n a b e r

auch jede mögliche Bürgschaft dafür, daß für alle bisher im Dreibund vorgesehenen Fälle unsere Verbündeten ebenso fest und treu zu uns stehen.

Dann habe ich ferner daran festgehalten, meine Herren, daß die Unterhandlung wegen der Dreibunderneuerung nicht verquickt werden durfte mit Angelegenheiten, die nichts zu tun hatten mit den Beweggründen, aus denen seinerzeit der Dreibund ins Leben gerufen worden ist, also namentlich nicht mit Zoll- und handelspolitischen Fragen.

(Bravo! rechts.)

Der Dreibund, meine Herren, erleichtert die Aufrechterhaltung befriedigender wirtschaftlicher Beziehungen unter den durch ihn verbundenen Reichen; er gibt die Möglichkeit, sich vertrauensvoll auch über handelspolitische und wirtschaftliche Absichten und Wünsche auszusprechen. Aber davon konnte keine Rede sein, daß wir die Erneuerung des Dreibunds mit irgendwelchen zollpolitischen Zugeständnissen erkauft hätten.

(Sehr gut! rechts.)

Ich konstatiere das gegenüber einer Aeußerung, die ein Mitglied, ein von mir sehr geschätztes Mitglied des hohen Hauses, der Herr Abgeordnete Hasse

(Heiterkeit),

vorgestern in einer Wahlversammlung gemacht hat. Ich habe heute morgen in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" gelesen, daß der Herr Abgeordnete Hasse in dieser Wahlversammlung neben sehr vielen hübschen Sachen

(Heiterkeit)

etwas gesagt hat, was vollständig unrichtig ist, wenn er nämlich behauptete, Graf Bülow habe bei den politischen Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes ohne Gegenleistung von italienischer Seite deutsche wirtschaftliche Interessen preisgegeben. Ich stelle also fest, daß davon gar nicht die Rede gewesen ist.

Meine Herren, nun hat der Abgeordnete Freiherr von Hertling weiter an das erinnert, was ich vor etwas länger als einem Jahre, im Januar v. J., gesagt habe über die Erneuerung des Dreibunds.[2]) Damals, meine Herren, ist mir selbst in deutschen Zeitungen, die eigentlich hätten klüger sein können, vorgeworfen worden, daß ich durch das, was ich damals

2) Vgl. oben S. 243 ff.

sagte, daß nämlich der Dreibund keine absolute Notwendigkeit für uns sei, den Dreibund schädigen und die Erneuerung des Dreibunds erschweren würde. Das gerade Gegenteil ist der Fall gewesen. Durch das, was ich damals sagte, habe ich zur Erneuerung, und zur unveränderten Erneuerung, des Dreibundes nicht unwesentlich beigetragen — nicht natürlich gegenüber fremden Staatsmännern und fremden Kabinetten, wo das nicht nötig war, aber gegenüber solchen ausländischen Elementen, die sich einbildeten, sich einredeten oder uns einreden wollten, als ob die Erneuerung des Dreibundes für uns eine größere Notwendigkeit sei als für andere.

Dieser falschen Auffassung, als ob Deutschland, welches ich für das bündnisfähigste Land der Welt halte, bündnisbedürftiger wäre als andere Länder oder gar das einzig bündnisbedürftige Gemeinwesen in Europa — dieser irrigen Auffassung, durch welche der wirkliche Tatbestand verschoben und verdunkelt wurde, bin ich entgegengetreten mit der Feststellung, daß wir den Dreibund nicht niedriger, aber auch nicht höher einzuschätzen brauchten als andere; daß der Dreibund nicht uns allein zu Liebe ins Leben gerufen worden sei und nicht uns allein zum Vorteil erneuert werden würde; daß wir an der Erneuerung des Dreibundes kein größeres Interesse hätten als andere. Das, meine Herren, schließt natürlich nicht aus, daß wir dieses Bündnis zwischen drei durch ihre geographische Lage, durch mannigfache historische Traditionen, durch zahlreiche geistige und materielle Interessen naturgemäß und historisch auf einander angewiesenen mitteleuropäischen Ländern nach seinem vollen Werte schätzen.

Und dann, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Freiherr von Hertling weiter daran erinnert, daß ein Teil der ausländischen Presse bei der Erneuerung des Dreibundes und seitdem wiederholt, so alle Monate mal, davon sprach, daß der Dreibund an Bedeutung verloren hätte. Das, meine Herren, ist ein harmloses Vergnügen, das wir als Trost für erlittene Enttäuschung denjenigen gönnen können, welche schon auf Nichterneuerung des Dreibundes spekuliert hatten. Wenn diese betrübten Lohgerber, denen ihre Felle weggeschwommen sind, hinterher behaupteten, die Felle hätten keinen Wert, so brauchen wir sie in diesem Vergnügen nicht zu stören. Ich erinnere mich, daß ich damals in französischen nationalistischen Blättern — die haben sehr phantasievolle Mitarbeiter — schon Betrachtungen las über die Aenderungen, denen die europäische Karte unterzogen werden würde im Fall der Nichterneuerung des Dreibundes. In Wirklichkeit ist der Dreibund unverändert geblieben; er hat weder seinen Charakter noch seine Bedeutung verändert, und er wird nach wie vor dasselbe internationale Schwergewicht behalten, welches er

bisher in die Wagschale geworfen. Und damit, meine Herren, glaube ich, können wir alle ohne Unterschied der Parteistellung zufrieden sein.

Gewiß ist Deutschland stark genug, um sich auch allein behaupten zu können. Wir müssen die Nation immer so stark erhalten, daß sie im Notfalle sich jedes ungerechtfertigten Angriffs auch ohne fremde Hülfe erwehren kann. Aber wir wissen sehr wohl ein Bündnis zu schätzen und sind dankbar für die Wohltaten, die dieses Bündnis erwiesen hat, das gegen niemand eine Spitze trägt, der uns gegenüber nichts im Schilde führt, und das den Frieden, den deutschen sowohl wie den europäischen Frieden, so weit gewährleistet, wie dies durch eine verständige Politik möglich ist.

Der Herr Abgeordnete Freiherr von Hertling hat auch die mir wohlbekannte Antwort zur Sprache gebracht, welche der französische Minister des Aeußern in der französischen Kammer auf eine Interpellation über die Erneuerung des Dreibunds gegeben hat. *Wenn Herr Delcassé damals gesagt hat, Italien sei nicht verpflichtet, an einem Angriff gegen Frankreich teilzunehmen, so hat mein verehrter Kollege damit jedenfalls nur sagen wollen, daß der Dreibund einen defensiven Charakter trägt, daß er ein Friedensbündnis ist, von dem niemand sich eines ungerechten Angriffs zu versehen hat.* Das, meine Herren, ist in Deutschland seit langem Gemeingut der öffentlichen Meinung. Wir können uns aber darüber freuen, wenn auch in Frankreich die Ansicht durchdringt von dem friedlichen Charakter des Dreibundes, daß der Dreibund niemanden bedroht, der den mitteleuropäischen status quo und den Frieden respektiert, daß er nur ein Bollwerk ist gegen Tendenzen, die beides gefährden.

Und endlich, meine Herren, ist der Herr Abgeordnete Freiherr von Hertling auch auf den *Orient* zu sprechen gekommen und zwar diesmal nicht auf den äußersten, sondern auf den uns näher liegenden Orient. Ich entsinne mich, meine Herren, daß ich schon vor vier Jahren, so lange ist es wohl her, als ich von der Orientreise kam, von dieser Bank aus ausgeführt habe, daß wir in Konstantinopel keinen besonderen und insbesondere keinen ausschließlichen Einfluß anstrebten, und ich habe damals eingehend die Gründe dargelegt, aus denen es meines Erachtens falsch sein würde, wenn wir in Konstantinopel einen solchen Einfluß anstreben wollten.[3]) *Es ist und bleibt für mich ein fundamentaler Grundsatz der deutschen Politik, daß wir keine aktive*

3) Vgl. oben S. 32 f.

Orientpolitik treiben und in Orient- und Balkanfragen für niemanden die Kastanien aus dem Feuer holen.

(Bravo! rechts und in der Mitte.)

Aber, meine Herren, gerade weil wir in Konstantinopel keine besondere Vormachtstellung anstreben, beruht unser Verhältnis zur Türkei auf einer soliden Basis. Die Grundlage, auf der unser Verhältnis zur Türkei beruht, ist das Vertrauen der Pforte in die Loyalität unserer Politik; das ist ihre Bewunderung für das deutsche Heer; das ist die gute Meinung, welche sie mit Recht von der Reellität der deutschen Industrie wie der deutschen Finanz hat.

Was endlich Mazedonien angeht, so steht Deutschland jeder Maßregel in und für Mazedonien sympathisch gegenüber, welche auf eine tatsächliche Besserung der dortigen Verhältnisse abzielt, ohne durch Erschütterung des europäischen Besitzstandes der Türkei den Frieden zu gefährden. Der russisch-österreichisch-ungarische Reformvorschlag scheint mir in sehr glücklicher Weise diese beiden Ziele zu kombinieren. In Mazedonien würde meines Erachtens ein Fortwursteln ohne organische Reformen ebenso gefährlich sein wie gewaltsame Abänderungsversuche. Diese beiden Klippen haben das Wiener und das St. Petersburger Kabinett vermieden. Ich halte die mazedonischen Zustände für verbesserungsbedürftig, aber auch für verbesserungsfähig. In dem aufrichtigen Bestreben, auf dem Boden der bestehenden politischen Machtverhältnisse für die Ordnung, Ruhe und Sicherheit im Orient zu sorgen, begegnet sich Deutschland mit Rußland und Oesterreich, die diese Frage in dankenswerter Weise in die Hand genommen haben.

Ich kann mich also dahin resümieren, daß wir gegenüber der Sachlage im Orient festhalten an den beiden bewährten Gesichtspunkten der deutschen Politik, einmal daß wir an den Orientfragen und Balkanangelegenheiten kein direktes Interesse haben, dann aber, daß unsere Mitwirkung, die deutsche Mitwirkung, niemals fehlen soll, wo es sich um die Erhaltung des allgemeinen Friedens handelt.

Darauf sprachen die Abgeordneten Dr. Hasse und Dr. Oertel. Beide Redner gingen von neuem auf die Venezuela-Angelegenheit ein und speziell auf die Berichte über ein von dem deutschen Vertreter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg gewährtes Interview. Der Abgeordnete Dr. Hasse besprach des weiteren besonders die Lage des Deutschtums in Ungarn und erging sich in Anklagen gegen den magyarischen Chauvinismus und gegen magyarische „Willkürherrschaft“, von deren Ausschreitungen man an maßgebenden Stellen in Berlin keine Kenntnis zu haben scheine.

Reichskanzler Graf von Bülow[4]):

Meine Herren, wenn ich bei der Zensurenverteilung des Herrn Abgeordneten Oertel noch leidlich weggekommen bin

(Heiterkeit),

so hat dagegen der Herr Abgeordnete Hasse gegen mich und die von mir geleitete auswärtige Politik eine Reihe scharfer Vorwürfe erhoben. Er ist zunächst der Ansicht, daß wir von Venezuela mehr hätten herausschlagen sollen. Ihm genügt nicht die materielle Genugtuung, welche Venezuela uns zu leisten sich bereit erklärt hat, er verlangt von Venezuela auch noch eine besondere Sühne. Ich möchte wissen, welche Sühne eigentlich dem Herrn Abgeordneten Hasse hierbei vorschwebt. Wünscht er, daß ich an General Castro das Verlangen richten soll, uns etwa auch einen Sühneprinzen zu schicken?

(Heiterkeit.)

Ich gestehe, daß ich an dem chinesischen Sühneprinzen genug gehabt habe.

(Große Heiterkeit.)

Im übrigen bin ich der Ansicht, es kommt darauf an, daß Venezuela uns gegenüber seine materiellen Verpflichtungen erfüllt. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Hasse so viel auszusetzen hatte an dem, was wir Venezuela gegenüber erreicht haben, so vergißt er wieder einmal, daß man in der Politik mit den gegebenen Verhältnissen rechnen muß, er vergißt, daß die Verhältnisse in Wirklichkeit oft anders liegen, als sie vor der Kritik und namentlich vor der retrospektiven Kritik erscheinen. Der Herr Abgeordnete Dr. Oertel hat soeben erinnert an die Verhandlungen, welche im englischen Parlament über die Venezuela-Angelegenheit stattgefunden haben. Im Laufe dieser Verhandlungen äußerte ein englischer Staatsmann, ein hervorragender englischer Staatsmann, Lord Rosebery, sich dahin: bei dem Ausgang der Venezuelaexpedition hätte England 5500 Pfund Sterling erhalten, Deutschland 68000 Pfund Sterling, also zwölfmal mehr, und diese Summen repräsentierten das Verhältnis des Vorteils, welchen England von seinem Zusammengehen mit Deutschland gehabt hat. Und Lord Rosebery fügt hinzu: genau so läge es bei allen Abmachungen, welche England während der letzten Jahre mit Deutschland getroffen habe.

Nun, ich glaube, daß diese Auffassung von Lord Rosebery arithmetisch und politisch unzutreffend ist.

(Sehr richtig! rechts.)

4) A. a. O. S. 8729 ff.

Ich glaube, daß sowohl bei unserem Zusammengehen mit England in Venezuela wie bei den Abmachungen, welche zwischen uns und England in der letzten Zeit stattgefunden haben, Licht und Schatten gleichmäßig verteilt war. Sie können aber daraus ersehen, wie das Wort, daß niemand Prophet in seinem eigenen Vaterland ist, ganz besonders für die Minister gilt. Hüben und drüben schießt die Kritik vorbei. Wir haben nach meiner Ueberzeugung von Venezuela im ganzen und großen dasjenige erlangt, was nach Lage der Dinge erreichbar war, und was wir von Anfang an angestrebt und verlangt haben. Mehr zu verlangen, mehr durchsetzen zu wollen, wäre nach meiner Kenntnis der Verhältnisse, nach Lage der Dinge in Venezuela, wie nach meiner Beurteilung der internationalen Verhältnisse ein Fehler gewesen. Herr Freiherr von Hertling hat vorhin in seinen Ausführungen mit Recht darauf hingewiesen, daß selbst unter den Deutschen in Venezuela unsere Aktion gegenüber Venezuela verschieden beurteilt worden sei. Er hat darauf hingewiesen, daß ein Teil der Deutschen in Venezuela gewünscht hätte, daß wir noch früher eingeschritten wären, und daß wir noch mehr gefordert hätten; und andere Deutsche waren umgekehrt der Ansicht, daß wir die Blockade über die Küsten von Venezuela überhaupt nicht hätten verhängen sollen. Die eine Auffassung ist so unrichtig wie die andere. Es ist unrichtig, wenn ein Teil der Deutschen in Venezuela über den kalten Wasserstrahl jammert, den wir Venezuela haben applizieren müssen, weil dabei auch fremde Handelsleute in Venezuela einige Spritzer abbekommen haben. Aber noch unrichtiger ist es, uns Schwäche vorzuwerfen, weil wir, bevor wir unsere militärische Aktion gegen Venezuela einleiteten, erst alle anderen friedlichen Mittel erschöpft, und weil wir nach Einleitung dieser Aktion gegen Venezuela sie in vernünftigen und besonnenen Grenzen gehalten haben.

Nun sind von zwei Seiten, von Herrn Dr. Hasse sowohl wie auch von Herrn Dr. Oertel, scharfe Angriffe gegen unseren Vertreter in Washington gerichtet worden, wegen Aeußerungen, die er gemacht haben soll gegenüber fremden Journalisten. Meine Herren, ich habe bereits, wie von beiden Herren anerkannt worden ist, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erklären lassen, daß der Freiherr von Sternburg die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen nicht getan hat, daß er insbesondere nie gesagt hat, Anschauungen des Fürsten Bismarck seien antiquiert, und ebensowenig hat er gesagt, er betrachte es als seine Aufgabe, den Interessen anderer Länder ebenso zu dienen wie denen des eigenen Landes. Jetzt meldet mir der Herr Freiherr von Sternburg amtlich, er habe in Wirklichkeit lediglich mit Entschiedenheit betont, daß Deutschland

bei seinem Vorgehen in der Venezuelafrage nicht die Absicht habe, Landbesitz zu erwerben; die Venezuela-Angelegenheit, habe er weiter gesagt, sei für Deutschland eine „Geschäftssache“ — das ist ungefähr dasselbe, was ich heute selbst gesagt habe —, die Einziehung einer Schuld; Deutschland gehe, wie in allen anderen Fragen internationaler Politik, so auch in der Venezuelafrage offen und ehrlich zu Werke. Daraus können Sie entnehmen, daß der Freiherr von Sternburg von den Journalisten, die ihn interviewt haben, tatsächlich mißverstanden worden ist. Und ich möchte die Bitte aussprechen, gegen einen deutschen Vertreter im Auslande und gegen einen Vertreter auf einem so wichtigen Posten nicht Angriffe zu richten, die sich bei näherer Beleuchtung als unzutreffend erweisen.

Es ist auch von dem Herrn Abgeordneten Hasse davon gesprochen worden, daß der Freiherr von Sternburg mit einer Amerikanerin verheiratet sei. Meine Herren, die Gesuche unserer Diplomaten um Genehmigung der Vermählung mit Ausländerinnen sind in verschiedenen Zeiten verschieden behandelt worden. Und dies ist meines Erachtens ziemlich natürlich. Ich glaube nicht, daß sich alle derartigen Fälle über einen Leisten schlagen lassen. Ich glaube nicht, daß sich in dieser Beziehung eine für alle Zeiten und für alle Fälle gültige prinzipielle Regel aufstellen läßt. Richtig ist, daß es Zeiten gegeben hat, wo der Grundsatz, daß der deutsche Diplomat, wenn überhaupt, nur eine Inländerin heiraten solle

(Heiterkeit),

mit größerer Schärfe akzentuiert worden ist. Am schärfsten ist dieser Grundsatz betont und durchgeführt worden während der Reichskanzlerschaft des Grafen Caprivi. Der Fürst Bismarck hat wohl den Grundsatz aufgestellt, daß der Diplomat im allgemeinen sich nicht mit einer Ausländerin verheiraten solle; er hat aber im einzelnen Falle nicht selten Ausnahmen statuiert. Eine so radikale, so absolute — ich möchte sagen: so doktrinäre Auffassung, wie sie in dieser Beziehung der Herr Abgeordnete Hasse vertritt, wäre dem Fürsten Bismarck nicht kongenial gewesen. Insbesondere hat der Fürst Bismarck in zwei Fällen — daß ich nicht auf alle Fälle eingehe, meine Herren, das werden Sie verstehen —, aber er hat in zwei Fällen ausdrücklich den Allerhöchsten Konsens nachgesucht für zwei Diplomaten, zwei ausgezeichnete deutsche Diplomaten. Der eine war unser langjähriger Botschafter in St. Petersburg, der General von Schweinitz, einer der hervorragendsten Diplomaten, die Preußen je besessen hat; der andere war der spätere Botschafter in Madrid, Freiherr von Stumm. Nun,

in beiden Fällen, in denen Fürst Bismarck den Konsens nachsuchte, handelte es sich um Heiraten mit Amerikanerinnen.

(Heiterkeit.)

Und in einem Gesuch, das sich auf General von Schweinitz bezog, sagte Fürst Bismarck ausdrücklich:

> Die Versagung einer Verbindung des Generals von Schweinitz mit einer Amerikanerin würde auch eine äußerst unerwünschte Rückwirkung befürchten lassen auf unsere mit Sorgfalt gepflegten Beziehungen zu Amerika. Ueberdies

— fügt Fürst Bismarck hinzu —

> ist von amerikanischen Damen im allgemeinen anzunehmen, daß sie der nationalen deutschen Politik nicht innerlich feindlich gegenüberstehen und eine entsprechende Einwirkung auszuüben versuchen würden.

Ich glaube, meine Herren, danach können Sie sich bei der amerikanischen Gattin unseres Vertreters in Washington beruhigen.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Oertel hat auch den großen Schatten des Fürsten Bismarck heraufbeschworen und die bekannten Kürassierstiefeln.

(Zuruf rechts.)

Darauf möchte ich erwidern, daß Fürst Bismarck die Kürassierstiefeln nur anlegte, wo dies ihm notwendig und nützlich erschien

(sehr richtig! rechts),

daß er aber auch sehr vorsichtig sein konnte, und daß er sich auch sehr wohl auf das Einlenken verstand. Er hat das bewiesen in seiner Behandlung der Samoastreitigkeiten wie der Karolinenfrage. Speziell die Beziehungen zu Amerika sind von dem Fürsten Bismarck immer auf das sorgsamste gepflegt worden. Daß aber heute, wo unsere überseeischen Interessen ein weit größeres Gewicht haben und ein weiteres Feld einnehmen als in den siebziger und achtziger Jahren, ein gutes Verhältnis zu Amerika mindestens von derselben Wichtigkeit ist wie in den Zeiten des Fürsten Bismarck, wird wohl von keiner Seite bestritten werden.

Meine Herren, ich kann nicht schließen, ohne daß ich meinem Bedauern über die Art und Weise Ausdruck gebe, wie sich der Herr Abgeordnete Hasse ausgesprochen hat über einen Staat und ein Volk, das uns seit vielen Jahren ein zuverlässiger Verbündeter ist. Ich habe schon früher vor diesem hohen Hause dargelegt, daß wir, uns in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einzumischen und sie mit einer solchen Herbheit zu kritisieren, wie dies eben der Herr Abgeordnete Hasse getan

hat, weder ein Recht noch ein Interesse haben.[5]) Wir haben nicht das Recht dazu, weil wir es uns auch nicht gefallen lassen, sondern auf das ernstlichste verbitten würden, wenn andere sich in unsere inneren Streitigkeiten und Verhältnisse einmischen wollten.

(Sehr richtig!)

Wir haben aber auch kein Interesse daran, weil wir durch eine solche Kritik Gefahr laufen, die Unterstützung von Persönlichkeiten und Kreisen in jenen Ländern zu verlieren, auf die bisher die deutsche Politik rechnen kann, ohne daß die Lage unserer Stammesgenossen dadurch irgendwie verbessert würde.

(Sehr richtig!)

Für unsere Reichsangehörigen — da müssen und da werden wir eintreten, wann und wo ihnen unrecht geschieht. Das haben wir erst eben in Venezuela gezeigt. Aber für unsere Volksgenossen, die von uns völkerrechtlich getrennt sind, können wir nicht intervenieren. Das ist ein alter Grundsatz der deutschen Politik, den schon Fürst Bismarck aufgestellt hat, und von dem keiner seiner Nachfolger abweichen wird noch kann. Gewiß, gerade weil wir wollen, daß das magyarische Volk innerhalb des Rahmens der österreich-ungarischen Monarchie eine möglichst gewichtige Stellung in der Welt einnimmt, deshalb wünschen wir, daß das magyarische Volk sich nicht feindlich absperre gegen die deutsche Kultur, der Ungarn viel verdankt, daß es sich freundlich stelle zu den deutschen Bewohnern des Stephans-Reichs, die diesem Reiche immer treue Bürger gewesen sind. Aber diesen Empfindungen dürfen wir nicht, wie dies Herr Hasse eben getan hat, einen Ausdruck geben, der im Auslande Mißtrauen und berechtigte Unzufriedenheit erwecken kann.

(Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Hasse hat gemeint, die Verhältnisse lägen heute in dieser Beziehung anders, als sie gelegen hätten zu Zeiten des Fürsten Bismarck. Im Gegenteil, Herr Abgeordneter Hasse, das ist eine jener großen Fragen, die noch genau so liegen wie zur Zeit des Fürsten Bismarck. Wie Fürst Bismarck unsere Beziehungen zu Ungarn behandelt hat, das ist noch heute vollkommen richtig und zutreffend. Ich habe mir die Akten geben lassen und habe hier zwei Erlasse des Fürsten Bismarck vor mir, die ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten verlesen möchte, weil sie nicht nur historisch von großem Interesse sind, sondern auch sich beschäftigen mit der hochwichtigen Frage unserer Be-

---

5) Vgl. oben S. 9f.

ziehungen zu der österreich-ungarischen Monarchie. Der eine Erlaß ist aus dem Jahre 1883. Da hatte der damalige Kaiserliche Generalkonsul in Budapest, Herr von Thielau, betreffs der deutschen Schule in Ungarn berichtet:

daß bald nach dem Wiederzusammentritt des ungarischen Reichstags der in der vorhergegangenen Session bekanntlich unerledigt gebliebene Mittelschul-Gesetzentwurf einem Ausschuß überwiesen worden wäre. Ein aus diesem gebildetes Subkomitee hätte im Einvernehmen mit einem Regierungskommissar sich der Aufgabe unterzogen, den Entwurf neu festzustellen. Das Ergebnis hätte die Zustimmung der Majorität des genannten Ausschusses gefunden und würde schon in der allernächsten Zeit Gegenstand der Beratungen im Plenum des Abgeordnetenhauses sein. Aus der Mitte der an der Frage in hohem Grade interessierten siebenbürgischen Sachsen wären protestierende Stimmen laut geworden, die auch in Deutschland gehört seien und bei dem Berliner Schulverein in Form einer Erklärung ihr akutes Echo gefunden hätten.

Als er, Herr von Thielau, etwa Mitte Februar dem Kultusminister von Trefort bei einem Diner begegnete, hätte Seine Exzellenz ihn bei Seite genommen und geäußert, das ungarische Untertanen einen Ton anschlügen, als ob sie die Hülfe des Deutschen Reiches zum Schutz ihrer Nationalität herbeirufen müßten. Die ungarische Regierung würde ein Mißverstehen ihrer Absichten sehr beklagen. Hierauf hätte er, der Generalkonsul, dem Herrn Minister erwidert, daß er zu diplomatischen Verhandlungen nicht berufen, jedoch bereit wäre, persönlich und vertraulich, wenn es gewünscht würde, ihm seine Mitwirkung zu leihen. Aus der früheren Haltung der Kaiserlichen Regierung dürfe Seine Exzellenz wohl entnehmen, daß dieselbe sich einer Stellungnahme zu einer inneren Frage in einem fremden und noch dazu befreundeten Reiche enthalten würde. Bei einer späteren auf seine Anregung stattgefundenen abermaligen Unterredung wäre Herr von Trefort auch sachlich näher auf den Gegenstand eingegangen. Der Minister hätte versichert, daß er nicht nur politisch, sondern gerade zur Beförderung des Kulturelements den dauernden Anschluß an deutsche Bildung für Ungarn unentbehrlich hielte. Als politisch einzig regierungsfähiger Faktor in Ungarn sei das Magyarentum aus langjährigen Kämpfen

hervorgegangen. Wolle diese numerisch nicht überwältigende Nationalität die Stellung, zu der sie einmal berufen, behaupten, so müßte an der Durchführung ihrer Staatsidee auch festgehalten werden. Man stehe nicht nur Deutschen, sondern auch Slawen und Walachen gegenüber. Der Mittelschul-Gesetzentwurf bezwecke das Aufsichtsrecht des Staats über die Gymnasien, die gegenwärtig zum großen Teil lediglich von den Religionsgenossenschaften abhingen. Von diesem Gesichtspunkt aus sei die Teilnahme von Regierungskommissaren bei den Maturitätsprüfungen und die Erteilung der Befähigung zum Lehramt durch den Staat in Aussicht genommen. Außerdem müsse der Staat verlangen, daß, wer zum Lehramt zugelassen werden wolle, der Staatssprache sich mächtig erzeige.

Herr von Trefort wäre über die Erklärung, welche inzwischen von Herrn von Bunsen und Genossen in Berlin ausgegangen war,

— Herr von Bunsen stand damals an der Spitze des Deutschen Schulvereins —

namentlich deshalb betroffen, weil sich auch hervorragende Gelehrte, wie Gneist u. s. w., auf deren Urteil er viel halte, daran beteiligt hätten.

— Dazu hat Fürst Bismarck an den Rand geschrieben: „Professoren, das mildert eher den Eindruck.“ —

(Große Heiterkeit.)

Im Laufe des Gesprächs hätte Herr von Thielau wiederholt, was er politisch von der Sache dächte, dann aber auch nicht verhehlt, daß, wenn er auch den Publikationen des Berliner Schulvereins eine praktische Bedeutung nicht zuschriebe, er es doch nicht überraschend finden könnte, wenn in Deutschland und namentlich in Kreisen, wo man auf das Wirken deutscher Geisteskraft mit Recht stolz sein dürfte, Schritte, die in ihrer Konsequenz doch zum Niedergang eines Fleckchens deutscher Kultur führen müßten, empfindlich berührten. Je milder man in Budapest die Sache behandle, je weniger sei nach seiner Meinung ein nachhaltender Eindruck in Deutschland zu besorgen. Gelegentlich hätte er, der Kaiserliche Generalkonsul, bemerkt, ob es vom ungarischen Standpunkt aus nicht Zweifeln begegnen würde, das deutsche Element Siebenbürgens gegenüber dem Vordringen von Slawen und Rumänen noch mehr zu schwächen, anstatt es als Alliierten zu stärken. — Dieses Argument sei jedoch auf

den Einwand gestoßen, daß alle Nationalitäten mit dem gleichen Maß gemessen werden müßten.

— Dazu bemerkt der verewigte Fürst Bismarck: „Das ist nicht mehr Politik, sondern Kreisrichterei.“ —

(Heiterkeit.)

Ueber die Wirkung im Laufe der Jahre könnte ein Zweifel kaum bestehen, und es läge eine für jeden Deutschen tief ergreifende Tragik in der Entwickelung des Schicksals des Siebenbürger Sachsenstammes, der seine Eigenart so lange Zeit hindurch zu bewahren gewußt hätte.

Daß von Regierung und Parlament mit strammer Konsequenz an der Durchführung der magyrischen Staatsidee auf dem Gebiete des Schulwesens festgehalten werden würde, darüber dürfe man sich einer Täuschung nicht hingeben. Die verschiedensten und darunter sonst sehr nüchtern urteilende Politiker seien in diesem Punkte einig, und könnte die beinahe drohende Sprache des Berliner Vereins

— da schreibt der Fürst an den Rand: „Der und drohen!“ —

(Heiterkeit)

nur die Wirkung einer beschleunigten, vielleicht sogar verschärften Durchführung haben.

Auf diesen Bericht richtete Fürst Bismarck unterm 2. März 1883 folgenden Erlaß an den Generalkonsul von Thielau nach Budapest:

Ew. Hochwohlgeboren gefälligen Bericht vom 22. v. M. Nr. 6 habe ich erhalten und bin mit der Art einverstanden, wie Sie gegen den Minister von Trefort Ihre persönliche Ansicht über die ungarische Schulfrage ausgesprochen haben.

Die ungarische Regierung darf den Kundgebungen des Schulvereins keine politische Bedeutung beilegen und das Gewicht desselben nicht überschätzen. Ich kenne die betreffenden Veröffentlichungen noch heut nicht im Text, und auch meine Kollegen haben von der Schrift des Professor Heintze, welche vor einem Jahre in dem ungarischen Reichstage böses Blut gemacht hat, amtlich keine Kenntnis genommen; die mancherlei den Behörden zugegangenen Zuschriften sind ohne Bescheid gelassen worden. In einem Vereine kann ein Professor mehr reden, als zehn Minister verantworten können

(Heiterkeit),

und auch die ungarische Regierung hat mit Abgeordeten zu tun, die sich nicht durch das Staatsinteresse disziplinieren lassen. Der Name v. Bunsen würde dem Herrn Minister keinen Eindruck gemacht haben, wenn er aus dem Parlaments-Almanach ersehen hätte, daß der genannte Abgeordnete als Schriftführer des Hülfsvereins für Ostpreußen, Mitglied des Ausschusses der Viktoria-Stiftung, stellvertretender Vorsitzender der Kaiser Wilhelm-Stiftung, Vorstandsmitglied des Berliner Hülfsvereins für die Armen, Ausschuß-Mitglied der Afrikanischen Gesellschaft, Verwaltungsrat des Berliner Asyl-Vereins, 1. Vizepräsident des Deutschen Fischerei-Vereins, Vorsitzender des Zentralvereins für Flußschiffahrt sowie der Rabatt-Spar-Anstalt bezeichnet wird; wobei noch die Ehrenmitgliedschaft des Cobden-Klubs und das Reichstagsmandat vergessen sind.

(Heiterkeit.)

Auch eine begabtere Persönlichkeit würde außer stande sein, nach allen diesen Richtungen Vertretbares zu leisten. Gneist, der zwar im übrigen auf einer ganz anderen Linie der Begabung steht als Bunsen, gehört doch auch zu den Rednern, und sein Gewicht im Reichstage besteht nicht in seinem politischen Urteil sondern in seinen positiven Kenntnissen und in seinen oratorischen Leistungen.

Wir sehen gewiß mit Bedauern die Lage, in welche das deutsche Element in Ungarn gebracht wird, aber wir können uns desselben ebensowenig annehmen wie in den russischen Ostseeprovinzen; in den letzteren nicht, weil wir durch unsere Befürwortung die Sache nur verschlimmern würden, in Ungarn nicht, weil wir auf die Stärke und die Einheitlichkeit des ungarischen Reichs einen so hohen politischen Wert legen, daß unsere Gemütsbedürfnisse dagegen zurücktreten müssen.

Die politische Beurteilung der Dinge hat uns zu der Ueberzeugung geführt, daß im Gebiet der Stephanskrone die magyarischen und die deutschen Interessen untrennbar sind. Dasselbe kann man von den slawischen und ungarischen nicht sagen. Ich muß es deshalb mehr für eine richterliche wie für eine staatsmännische Auffassung halten, wenn man in Ungarn meint zu gleichmäßiger Behandlung aller nichtmagyarischen Nationalitäten verpflichtet zu sein und die Deutschen mit den Slawen und

Walachen in dieselbe Kategorie stellt. Magyaren und Deutsche sind in Ungarn auf einander angewiesen, keine von beiden Nationalitäten aber auf die Slawen. An letzteren wird Ungarn, bei seiner halbinselartig von den Slawenmassen umringten Lage, keinen sicheren Anhalt gegen panslawistische Ueberflutung finden. Vielleicht werden Ew., indem Sie vergessen, daß Herr von Trefort den Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung proklamiert hat, und indem Sie diesen Grundsatz auf Rechnung anderer setzen, an denen es ja nicht fehlen wird, Gelegenheit finden, den Herrn Minister davon zu unterhalten, daß auch wir unsere Not mit den Doktrinären haben, welche den vielgestaltigen lebendigen Organismus des Staates in mechanische Regeln zwängen wollen, und daß wir solche Verkennung des politischen Bedürfnisses und solche Verleugnung politischen Sinnes als „Kreisrichterei“ zu bezeichnen pflegen.

Zum Schluß wollen Ew. dem Herrn Kultusminister die Versicherung wiederholen, daß wir uns nach wie vor jeder Kritik der Maßnahmen der ungarischen Regierung, auch wenn dieselben der öffentlichen Meinung bei uns nicht gefielen, enthalten würden, wie wir uns auch durch mißfällige Urteile, welche dort über uns laut würden, in der objektiven Beurteilung der Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn nicht beirren ließen.

Noch bemerkenswerter ist vielleicht ein anderer Erlaß, den Fürst Bismarck schon im Jahre 1874 an den Botschafter von Schweinitz, den ich soeben genannt habe, nach Wien richtete. Herrn von Schweinitz war aus sicherer Quelle mitgeteilt worden, daß Graf Andrassy, der damalige ungarische Ministerpräsident, sich geäußert habe, man könne nicht wissen, ob nicht einmal die Zeit kommen werde, wo das Deutsche Reich, vielleicht von der nationalen Partei gedrängt oder aus einem anderen Grunde, nicht bloß in der Unifikation der deutschen Staaten weiter vorzugehen gezwungen sein werde, sondern seine Machtsphäre über die heutige Grenze hinaus auch auf die österreich-ungarischen Deutschen werde ausdehnen wollen. Darauf antwortete der Fürst Bismarck:

Aus dem abschriftlich angeschlossenen Berichte (Nr. 64) des Kaiserl. Botschafters in St. Petersburg wollen Ew. Exzellenz näher entnehmen, in welcher Weise Graf Andrassy sich dort ausgesprochen haben soll.

Ew. Exzellenz werden gleich mir nicht ohne Ueberraschung von diesen Aeußerungen Kenntnis nehmen, deren eigentliche Veranlassung ich mir nicht mit Sicherheit klar machen kann.

Im allgemeinen habe ich bis jetzt angenommen und halte auch noch die Ueberzeugung fest, daß die von den Deutschland feindlichen Parteien in Oesterreich gewohnheitsmäßig kolportierten Besorgnisse vor unsern Absichten bei dem Grafen Andrassy entweder nie vorhanden gewesen oder längst und vollständig beseitigt seien. Daß das Deutsche Reich und die Bevölkerung der Länder, welche ihm durch Nationalität und geschichtliche Erinnerungen verwandt sind, auch nach Auflösung des früheren Deutschen Bundes fortfahren, sich in wohlwollender Weise für einander zu interessieren, ist natürlich. Wir glauben aber unsererseits, diese Beziehungen seit 1866 nicht anders als zur Befestigung unserer Freundschaft mit Oesterreich-Ungarn und zur Förderung des inneren Friedens und der guten nachbarlichen Beziehungen des befreundeten Nachbarreichs benutzt zu haben. Auch wird man sich in Wien und Pest schwerlich der Einsicht verschließen, daß die Macht und die Einheit des Deutschen Reichs durch dessen Verschmelzung mit den tatsächlich seit 400 Jahren von uns getrennten österreichischen Erblanden eher verlieren als gewinnen würde. Ungerecht wäre es ferner, wenn solche Aeußerungen gegen uns nur aus einem gewissen Mißbehagen über die in Oesterreich-Ungarn vorhandenen, mit dessen Verfassungs- und Nationalitätsfrage eng zusammenhängenden Schwierigkeiten oder aus der Neigung hervorgegangen wären, für die eigenen Sorgen andere verantwortlich zu machen.

Es ist natürlich, daß Graf Andrassy zunächst als Ungar empfindet und urteilt. So mag denn vielleicht vergessen sein, wie wir fast geflissentlich jede Gelegenheit ergriffen haben, unsere Sympathien für den berechtigten Einfluß der ungarischen Hälfte der Monarchie an den Tag zu legen. Sind aber dennoch und selbst bei dem Staatsmann, welchem Kaiser Franz Josef die oberste Leitung übertragen hat, Zweifel über unsere Politik entstanden, so kann ich dieselben bei einem Ungar höchstens auf die Frage des siebenbürgischen Sachsen zurückführen.

Der Verlust der hergebrachten Selbständigkeit der Sachsen in Siebenbürgen hat in weiteren Kreisen Aufsehen erregt. Wir haben indessen niemals auch nur durch die leiseste

Regung dem Verdacht Nahrung gegeben, als wollten wir irgendwo über fremde Untertanen deutscher Abstammung irgend eine Art von Intervention oder Schutzrecht beanspruchen. Wir sind von solchen Gedanken bezüglich der Siebenbürger Sachsen ebenso weit entfernt als von der Versuchung, uns unserer Stammesgenossen in den russisch-baltischen Provinzen, in Nordamerika oder in der Schweiz auf Grund der Nationalität und Sprache politisch annehmen zu wollen. Haben die Deutschen in Ungarn oder Siebenbürgen Grund, sich zu beklagen, so können wir das bedauern, werden uns aber dadurch in unseren politischen Beziehungen zu der Regierung des Landes so wenig wie in der vollständigen Enthaltung jeder Einmischung in dessen innere Angelegenheiten irre machen lassen. Sollten deutsche Zeitungen sich in anderem Sinne aussprechen oder die nationalen Sympathien gegen die Regierung des Königreichs Ungarn aufzuregen sich bemühen, so bedaure ich das, wie so manchen anderen Dienst, den solche Blätter für Geld oder aus Parteihaß unseren Feinden leisten.

So weit der Fürst Bismarck!

Möge es den Worten des Fürsten Bismarck gelingen, meine Herren, was mir bisher noch nicht gelungen ist: dem Herrn Abgeordneten Hasse den Unterschied klar zu machen zwischen Phantasie und Wirklichkeit, zwischen Gefühlspolitik und jener Realpolitik, die allein dem Lande frommt, und an der ich festhalten werde!

(Lebhafter Beifall.)

Anhang.

Urkundliche Beiträge.

I. Evangelischer Bund.

Schreiben des Staatssekretärs von Bülow an den Vorstand des Evangelischen Bundes zur Wahrung der Deutsch-Protestantischen Interessen, zu Händen des Vorsitzenden Grafen Wintzingerode.

Berlin, 17. Februar 1898.

Euer Hochgeboren gefälliges Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom 14. d. M., in welchem Sie im Namen des Evangelischen Bundes über das Verhalten des Königlichen Gesandten beim Päpstlichen Stuhle anläßlich der Allerhöchsten Geburtstagsfeier Beschwerde führen, ist hier eingegangen. Schon vorher hatte der Gesandte von Bülow [1]) ein auf denselben Gegenstand bezügliches, ihm von Euer Hochgeboren direkt zugegangenes Schreiben vom 6. d. M. eingereicht.

Ich darf Euer Hochgeboren nicht verschweigen, daß Seine Majestät der Kaiser und König, Allerhöchstwelchem diese Schreiben vorgelegt werden mußten, Allerhöchstsein ernstes Mißfallen über dieselben auszusprechen geruht haben. Wenn ich bedauere, daß ich Euer Hochgeboren hiervon Mitteilung zu machen habe, kann ich doch nicht umhin, gleichzeitig ergebenst darauf hinzuweisen, wie Ihre gegen den Gesandten erhobenen Vorwürfe nach jeder Hinsicht der Begründung gänzlich entbehren. Alle Deutschen und Preußischen Vertreter bei fremden Höfen pflegen bei der Feier des Allerhöchsten Geburtstags und bei sonstigen festlichen Veranstaltungen, zu denen sich deutsche Reichsangehörige vereinigen, einem traditionellen Gebote der internationalen Courtoisie folgend, in erster Linie ein Hoch auf den Souverän auszubringen, bei welchem sie beglaubigt sind. In analogen Fällen geschieht dasselbe bei uns von seiten der hier akkreditierten fremden Vertreter. Dem Papste ist, auch durch das italienische Garantiegesetz vom 13. Mai 1871, für seine Person die

---

1) Otto Hans Theodor von Bülow, geb. 28. Dezember 1827 in Frankfurt a. M., 1881 Gesandter in Stuttgart, 1882 in Bern, 1892—98 beim päpstlichen Stuhle; gest. in Rom 23. November 1898.

Souveränität zuerkannt. Es wäre also ein grober Verstoß gegen den diplomatischen Brauch, wenn es der Gesandte Seiner Majestät des Königs unterlassen würde, ihm die einem Souverän zukommenden Ehren zu erzeigen. Im vorliegenden Falle ist aber nicht einmal, wie es sonst gewöhnlich zu geschehen pflegt, der Trinkspruch auf den Papst der Rede auf Seine Majestät vorangegangen, vielmehr gipfelt der Toast des Gesandten in dem Rufe: „Seine Majestät Kaiser Wilhelm II. und Seine Heiligkeit Papst Leo XIII. leben hoch!“ Ein Trinkspruch auf irgend einen anderen Souverän wäre bei diesem Anlaß nicht am Platze gewesen.

Ich darf hier ergebenst an die diplomatische Arbeitsteilung erinnern, welche die Verhältnisse in Rom zur Folge haben. Während Seine Majestät der König von Preußen einen diplomatischen Vertreter beim Papst akkreditiert hat, ist unser erhabener Monarch als Deutscher Kaiser bei Seiner Majestät dem Könige von Italien durch den bei diesem Souverän beglaubigten Botschafter des Reichs vertreten. Dieser, oder in seiner Abwesenheit der Kaiserliche Geschäftsträger, hat nie verfehlt, und wird nie verfehlen, entsprechend den oben erwähnten Grundsätzen, bei Festen der deutschen Kolonie das Hoch auf König Humbert auszubringen.

Diese Verhältnisse sind in Rom allgemein anerkannt, und wenn Euer Hochgeboren die Befürchtung aussprechen, daß die dem diplomatischen Usus entsprechende Haltung des Gesandten Seiner Majestät des Königs bei Päpstlichen Stuhle eine Trübung in unseren Beziehungen zu dem verbündeten Italien herbeiführen würde, so kann ich Euer Hochgeboren in dieser Beziehung vollkommen beruhigen. Bei den maßgebenden italie- Stellen ist der in Rede stehende Vorgang nicht einen Augenblick einer falschen Beurteilung begegnet. Die dank der Loyalität der Politik Seiner Majestät des Kaisers so wohlbegründete Ueberzeugung, daß wir an dem Bündnis mit Italien in deutscher Treue festhalten, ist in allen entscheidenden Kreisen der italienischen Bevölkerung viel zu tief gewurzelt, als daß dieselbe durch irrige Auffassung in Rom wohl bekannter und wohl verstandener Verhältnisse erschüttert werden könnte.

Dem mir von Seiner Majestät dem Kaiser und König, unserm Allergnädigsten Herrn erteilten Befehle entsprechend füge ich die beiden Schreiben Euer Hochgeboren hier ergebenst wieder bei.

(gez.): von Bülow.

II. Deutscher Idealismus.

Schreiben des Staatssekretärs Grafen von Bülow an Herrn Riemann in Halberstadt.

Dieser hatte dem Staatssekretär folgende Mitteilung gesandt:

„Eure Exzellenz erwähnten bei den Tauffestlichkeiten der ‚Deutschland' des Zusammenhanges zwischem dem Burschenfeste auf der Wartburg und der ersten Anregung zur Gründung einer deutschen Flotte.[1]) Vielleicht erregt es Ihr Interesse, von einem weiteren Zusammenhange des Burschenfestes mit der Flottenbewegung zu erfahren. Der Festredner auf der Wartburg am 18. Oktober 1817, später als Pastor in einem mecklenburgischen Landstädtchen tätig, hielt treu und fest am Ideal seiner Jugend, am Deutschen Reiche unter Führung der Hohenzollern, und als die erste Flotte gegründet werden sollte, gab er wie seine Frau gerne das einzige Edelmetall ihres Besitzes, die Trauringe hin . . ."

Berlin, den 22. Mai 1900.

Sehr geehrter Herr!

Für die freundlichen Zeilen vom 15. d. M. bitte ich Sie, meinen aufrichtigen Dank entgegenzunehmen. Wenn ich anläßlich des Stapellaufs des Schnelldampfers „Deutschland" in meiner Stettiner Tischrede nur auf die Gleichaltrigkeit des Flottengedankens und der mit der Wartburgfeier eingeleiteten deutschen Einheitsbewegung hinweisen konnte, so hat es mir lebhafte Genugtuung bereitet, nunmehr auch zu erfahren, daß der Festredner jenes am 18. Oktober 1817 auf der Wartburg veranstalteten Burschenfestes selbst sich als Vorkämpfer für die Gründung einer deutschen Flotte betätigt, diesem Ideale seiner Jugend bis ins späte Alter die Treue gehalten und für das als richtig erkannte Ziel in ungünstigen Zeitläuften unter persönlichen Opfern nach seinen Kräften gestrebt und gewirkt hat.

Möchte dieser nie versagende deutsche Idealismus, von dem die von Ihnen mitgeteilte Episode rührendes Zeugnis ablegt, für alle Zeiten unserem Volke bewahrt bleiben und ihm immerdar die Fähigkeit erhalten, sich zu rechter Zeit für die großen, ihm gewiesenen nationalen Aufgaben, unter Hintansetzung persönlicher Interessen, zu begeistern.

In vorzüglicher Hochachtung Ihr
ergebenster
(gez.): Bülow.

---

1) Vgl. oben S. 102.

III. Allgemeiner Deutscher Sprachverein.

Schreiben des Staatssekretärs Grafen von Bülow an den Vorsitzenden des Gesamtvorstandes des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, Geheimen Oberbaurat und Vortragenden Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Otto Sarrazin.

Berlin, 30. Juni 1900.

Sehr geehrter Herr Geheimer Oberbaurat!

Euer Hochwohlgeboren Schreiben vom 19. d. M., für das ich meinen aufrichtigen Dank entgegenzunehmen bitte, gibt mir willkommenen Anlaß, mein warmes Interesse für die nationalen Aufgaben des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, wie Sie diese in dem mitübersandten Aufsatze der Vereinszeitschrift [1]) maßvoll und doch zielbewußt umgrenzen, auch durch meinen Beitritt zu dem Zweigverein Berlin-Charlottenburg zu bestätigen.

Das Anerkenntnis, daß die mir unterstellte Reichsbehörde bereits seit Jahren ihr Wohlwollen für die Bestrebungen des Vereins durch die Tat bewiesen hat, gereicht mir zu lebhafter Befriedigung. Ich erachte es als wichtige Aufgabe gerade derjenigen Reichsbehörde, der die Wahrnehmung der deutschen Interessen im Auslande und, in notwendigem Zusammenhange damit, die Fürsorge für die Erhaltung des Deutschtums unter den in der Fremde lebenden Deutschen obliegt, der Pflege eines der gewaltigsten Bindemittel, der Muttersprache, erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Als Leiter dieser Behörde berufen, werde ich es mir jeder Zeit persönlich ganz besonders angelegen sein lassen, alle dahin zielenden Bestrebungen nach Kräften zu fördern.

Indem ich Sie daher bitte, mich in die Mitgliederliste des hiesigen Zweigvereins gefl. aufnehmen zu wollen, an dessen Schatzmeister ich den Mitgliedsbeitrag unmittelbar absenden lassen werde, verbleibe ich mit der Versicherung ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren
ergebenster
(gez.): Bülow.

---

1) Dezember-Nummer 1897.

IV. Vorgeschichte der China-Expedition.

Rundschreiben des Staatssekretärs Grafen von Bülow an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten über die chinesischen Wirren.

Vom 11. Juli 1900.

Die jüngsten Vorgänge in China haben, wie überall in der zivilisierten Welt, so auch in Deutschland in hohem Maße die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die Anteilnahme des deutschen Volkes an dem Gang der Ereignisse in Ostasien findet ihre Rechtfertigung nicht allein in den hervorragenden kommerziellen und sonstigen Interessen, die wir in Ostasien besitzen, sondern auch darin, daß durch die Ermordung des Kaiserlichen Gesandten in Peking die deutsche Nation in besondere Mitleidenschaft gezogen worden ist. Ich glaube, den Wünschen der dortigen Regierung entgegenzukommen, wenn ich über die in Frage kommenden Ereignisse und die denselben gegenüber von der kaiserlichen Regierung eingenommene Haltung die nachstehenden Mitteilungen mache.

Die ersten amtlichen Nachrichten von einer aufrührerischen Bewegung in der Provinz Tschili stammen von Mitte Januar dieses Jahres. Zunächst wurde der Bewegung von den Vertretern der Mächte in Peking eine ernstere Bedeutung nicht beigemessen. Die Gesandten wurden in dieser ihrer Auffassung der Sachlage dadurch bestärkt, daß die von den chinesischen Geheimgesellschaften des „Großen Messers" und der „Roten Faust" (Boxer) im vergangenen Jahre in der Provinz Schantung verursachten Unruhen durch das energische Eingreifen des kaiserlichen Gouverneurs von Kiautschou im Verein mit dem neuernannten chinesischen Generalgouverneur der Provinz, Yan-schi-kai, ohne allzugroße Anstrengung hatten bewältigt werden können. Für den deutschen Vertreter kam hinzu, daß in der Provinz Tschili außerhalb von Tientsin und Peking, welche beide Orte damals noch für durchaus ungefährdet galten, weder deutsche Missionare noch sonstige Reichsangehörige lebten, jedenfalls also spezifisch deutsche Interessen von nennenswertem Umfange nicht direkt bedroht waren.

Gleichwohl sahen sich die diplomatischen Vertreter in Peking bereits am 27. Januar d. J. veranlaßt, bei der chinesischen Regierung Vorstellungen zu erheben. Von dem deutschen, französischen, englischen und amerikanischen Vertreter, denen sich später auch noch der Vertreter Italiens anschloß, wurden dem Tsungli-Yamen gleichlautende Noten übergeben, in denen das Verlangen gestellt wurde, die chinesische Regierung solle durch

ein Edikt die Sekten der „Roten Faust“ und des „Großen Messers“ als staatsgefährlich und fremdenfeindlich bezeichnen und deren Mitglieder als dem Gesetze verfallen erklären. Da die chinesische Regierung die Gesandten durch unzureichende Maßnahmen hinzuhalten suchte, kündigten dieselben ihr persönliches Erscheinen auf dem Tsungli-Yamen an. Unter dem Eindruck dieses Schrittes übersandte die chinesische Regierung den fremden Vertretern eine Note, der zufolge bereits ein dem verlangten identisches Edikt vom Generalgouverneur von Tschili veröffentlicht worden sei. Nachdem sich jedoch herausgestellt hatte, daß in diesem Edikt nur die Sekte der „Roten Faust“, nicht aber auch die vom „Großen Messer“ als staatsfeindlich namhaft gemacht worden war, stellten die fremden Vertreter von neuem die Forderung, daß auch letztere für gesetzwidrig erklärt und das betreffende Edikt in der amtlichen „Pekinger Zeitung“ publiziert werde. Das Tsungli-Yamen ließ erst nach langem Verhandeln die Veröffentlichung des Edikts in der gewünschten Weise erfolgen.

Die unheilvolle Wirkung eines so offenbaren Mangels an gutem Willen und einer derartig zur Schau getragnen Lässigkeit der Pekinger Zentralregierung blieb nicht aus. Das endlich ergangne Edikt hatte keinen sichtbaren Erfolg. Vielmehr nahm die aufrührerische Bewegung immer größere Dimensionen an. Ende April d. J. wurden Anhänger der „Roten Faust“-Sekte in der Umgegend von Tientsin beobachtet. Die Christenverfolgung nahm in bedenklicher Weise zu. Kapellen und Häuser französischer Missionare wurden zerstört und niedergebrannt. Der französische Vertreter in Peking machte vergebliche Versuche, die dortige Regierung zum Einschreiten für seine Schutzbefohlenen zu bewegen. Ende Mai zeigten sich in der Nähe von Peking aufrührerische Banden. Die Ausschreitungen derselben beschränkten sich nicht mehr auf die Chinesenchristen, sondern begannen einen allgemein fremdenfeindlichen Charakter anzunehmen. Die Aufrührer besetzten die beiden von Tientsin und Pautingfu nach Peking führenden Bahnen, so daß die Hauptstadt selbst bedroht erschien.

Nunmehr beantragten, da die chinesische Regierung augenscheinlich unwillig oder unfähig zu energischem Einschreiten sei, die Vertreter aller derjenigen Mächte, die Kriegsschiffe in den chinesischen Gewässern stationiert haben, bei ihren Regierungen die Entsendung von Marinedetachements in Stärke von je 50 Mann zum Schutz der Gesandtschaften und deren Schutzbefohlenen. Dem Antrag unsers Gesandten wurde von der kaiserlichen Regierung sofort entsprochen, sodaß das deutsche Detachement am 3. Juni in Peking eintraf. Nachdem dort auch die Detachements der

Vereinigten Staaten, Frankreichs, Rußlands, Oesterreich-Ungarns, Englands, Japans und Italiens eingerückt waren, verfügten die Gesandten, ohne Hinzurechnung der in Peking ansässigen waffenfähigen Europäer, über eine Schutzwache von etwa 450 Mann, die sie als für alle Eventualitäten ausreichend angesehen und bezeichnet hatten. Es darf hierbei hervorgehoben werden, daß, als im Jahre 1898 bei den damaligen Ausschreitungen gegen die Europäer ein deutsches Detachement von 30 Seesoldaten und einem Offizier nach Peking gelegt worden war, dieses in Verbindung mit den übrigen, etwa gleich stark bemessenen fremden Kontingenten dem gestellten Zweck vollkommen genügt hatte. Da die Gesandten angesichts des unterbrochnen Eisenbahnverkehrs nach Peking und der Zerstörung einer der beiden Telegraphenlinien, die die Hauptstadt mit der See und dem Ausland verbanden, die Befürchtung hegten, der Aufstand könne gefährlichere Dimensionen annehmen, so wurde auf ihren Antrag von den Mächten den Geschwaderchefs die Weisung erteilt, mit den Gesandten geeignete Maßregeln zur Sicherung der Verbindung mit Peking zu vereinbaren.

Wenige Tage nach dem Eintreffen der Schutzdetachements in Peking schien sich die dortige Regierung darauf besinnen zu wollen, daß sie endlich Schritte zur Unterdrückung des Aufstandes tun müsse. Die chinesischen Minister erklärten, die Kaiserin-Witwe und der Kaiser seien sich ihrer Verantwortung bewußt und entschlossen, mit Waffengewalt einzuschreiten. Die von den fremden Instrukteuren ausgebildeten Truppen erhielten Befehl, in die Hauptstadt einzurücken. Sie wurden jedoch nach kurzer Zeit wieder in ihre Lager außerhalb der Stadt zurückgeschickt, weil sie zu scharf gegen die Boxer vorgegangen seien. Diese Maßnahme und verschiedene andre Vorgänge zeigten, daß im Rat der Kaiserin-Witwe die fremdenfeindliche Partei mehr und mehr die Oberhand gewonnen hatte. Immerhin scheint Freiherr von Ketteler in offenbarer Uebereinstimmung mit seinen Kollegen noch am 10. Juni Grund gehabt zu haben, die persönliche Sicherheit des Gesandtschaftspersonals durch die schon getroffnen Vorkehrungen für hinreichend gewährleistet zu halten. An diesem Tage telegraphierte der Gesandte hierher, er habe die weiteren 350 Mann, die der Chef des deutschen Geschwaders nach Tientsin gesandt und ihm für Peking zur Verfügung gestellt hatte, angewiesen, in Tientsin zu bleiben, da das Pekinger Detachement keiner Verstärkung bedürfe.

Die letzte Nachricht, die von unserm Gesandten hier eintraf, ist vom 12. Juni datiert und besagt, daß der fremdenfeindliche Prinz Tuan, der Vater des im Wege der Adoption zum Thronfolger erhobnen Prinzen Pu-chün, zum Mitglied des Tsungli-Yamens ernannt worden, und daß

jetzt die Loslassung der regulären chinesischen Truppen gegen die Fremden zu befürchten sei. Seitdem sind keine direkten Nachrichten von unserer Gesandtschaft in Peking eingetroffen, da seit dem 13. Juni jede telegraphische und sonstige Verbindung der chinesischen Hauptstadt mit der Außenwelt völlig unterbrochen ist. Nur vereinzelt sind seither noch chinesische Boten mit spärlichen Mitteilungen durchgedrungen. Eine Nachricht, an deren Richtigkeit leider kein Zweifel mehr bleibt, war die erschütternde Kunde von der Ermordung des kaiserlichen Gesandten Freiherrn von Ketteler in den Straßen von Peking durch chinesische Soldaten. Die Gerüchte von einer Niedermetzlung sämtlicher in der Hauptstadt befindlichen Europäer und der Zerstörung aller Gesandtschaften haben bis jetzt eine authentische Bestätigung nicht gefunden.

Der Versuch der vor Taku versammelten Geschwaderchefs, durch ein unter Admiral Seymour stehendes internationales Expeditionskorps von über 2000 Mann, von dem mehr als 500 Mann der deutschen Marine einen gewichtigen Bestandteil bildeten, nach Peking vorzudringen, scheiterte an der Zerstörung der Bahn Tientsin—Peking und an der gewaltigen numerischen Uebermacht der Chinesen. Nur mit großen Anstrengungen gelang es, die umzingelte und schwerbedrängte Entsatzkolonne zu befreien. Mit den augenblicklich in China gelandeten Streitkräften einen nochmaligen Vorstoß auf Peking zu versuchen, ist nach der einstimmigen Ansicht der Admirale zur Zeit aussichtslos, da zwischen der Hauptstadt und Tientsin die bestausgebildeten und bestbewaffneten chinesischen Truppen stehn. Schweren Herzens haben sich daher die Geschwaderchefs entschlossen, um nicht vergeblich neue Opfer an Menschenleben zu bringen, mit weitern militärischen Operationen zu warten, bis die nötigen Verstärkungen eingetroffen sein werden. Die jetzt an Ort und Stelle vorhandenen internationalen Truppen scheinen höchstens auszureichen, um Taku und Tientsin zu halten.

In dieser letztern Stadt hatten sich gleichfalls seit Anfang Juni die Ereignisse in einer für die Europäer bedenklichen Weise zugespitzt. Am 4. Juni wurde ein Detachement des deutschen Geschwaders von 1 Offizier und 25 Mann zum Schutze der deutschen Niederlassung dorthin gesandt, das später verstärkt wurde. Am 10. Juni waren in Tientsin 650 Mann fremder Truppen zum Schutze der Europäer zusammengezogen. Als die Chinesen begannen, im Peiho-Fluß Torpedos zu legen und in der Umgebung von Tientsin, sowie in den Forts von Taku reguläre Truppen zu konzentrieren, richteten die versammelten fremden Befehlshaber ein Ultimatum an den chinesischen Kommandanten der Takuforts, bis 2 Uhr

nachmittags des 17. Juni seine Truppen zurückzuziehen. Der Kommandant antwortete damit, daß er um 1 Uhr nachts am 17. Juni das Feuer auf die vor Taku liegenden fremden Kriegsschiffe eröffnen ließ. Nach siebenstündigem Geschützkampf waren die chinesischen Batterien zum Schweigen gebracht, sodaß die Forts von den vereinigten europäischen Marinemannschaften erstürmt werden konnten. Den vereinten Anstrengungen der internationalen Truppen gelang es, nach heftigen Kämpfen das von Boxern und chinesischen Soldaten eingeschlossene und hart bedrängte Tientsin am 23. Juni zu entsetzen und am 27. Juni die Befestigungen des dortigen Arsenals zu nehmen. An diesen Kämpfen haben unsre Marinemannschaften hervorragenden und ruhmvollen Anteil genommen.

Die militärische Lage hat sich jetzt anscheinend dahin gestaltet, daß die Chinesen den Kaiserkanal bei Tientsin durchstochen haben, um den Anmarsch auf Peking von Süden durch Ueberschwemmung zu hindern, und daß Tientsin selbst von Norden und Osten her durch große andringende feindliche Heeresmassen ernstlich bedroht ist.

Was die zur Bekämpfung des Boxeraufstandes von seiten der Mächte bisher getroffenen Maßnahmen anbelangt, so waren bis zum 28. Juni in Taku zuerst gelandet 46 Offiziere, 1500 Mann mit 4 Kanonen und 7 Maschinengewehren. Die Russen hatten zu derselben Zeit etwa 6000 Mann ausgeschifft, die Engländer 3000 Mann, die Japaner 4000 Mann, die Franzosen 400 Mann, die Amerikaner 350 Mann. Dazu kamen noch kleinere Kontingente der Oesterreicher und Italiener. Weitere sehr erhebliche Nachschube für die verschiednen Kontingente treffen inzwischen fortgesetzt ein. Was insbesondere Deutschland anbelangt, so ist am 3. Juli von Wilhelmshaven aus auf den Dampfern „Wittekind" und „Frankfurt" des Norddeutschen Lloyd unter Führung des Generalmajors von Höpfner ein Expeditionskorps abgegangen, bestehend aus zwei kriegsstarken Seebataillonen, einer fahrenden Batterie (sechs 8,88 cm-Geschütze), 100 Pionieren und Telegraphisten, einem Sanitätsdetachement, zusammen 69 Offizieren und 2432 Mannschaften. Ferner hat die erste Division des ersten Geschwaders unter Kontreadmiral Geißler Befehl erhalten, nach Ostasien zu gehen. Dieselbe setzt sich aus den Linienschiffen „Kurfürst Friedrich Wilhelm", „Brandenburg", „Weißenburg", „Wörth" und dem Aviso „Hela" zusammen. Die Gesamtstärke der Besatzung beläuft sich auf 91 Offiziere (einschließlich Aerzte, Ingenieure und Zahlmeister), 1522 Mann Matrosen und 789 Mann Heizerpersonal, insgesamt also auf 2402 Köpfe. Die Hinaussendung einer aus Freiwilligen zu bildenden kombinierten Brigade ist im Werke. Dieselbe wird aus 3 Bataillonen Infanterie,

3 Eskadrons Kavallerie, 4 Batterien Feldartillerie und den erforderlichen Spezialwaffen, Munitionskolonne und Trains bestehen.

Die von uns getroffnen militärischen Maßnahmen sollen uns in den Stand setzen, an der von allen Mächten für notwendig erachteten militärischen Aktion in China in einer der politischen Bedeutung Deutschlands entsprechenden Weise teilzunehmen. Durch die Vorgänge in China sind das so erfolgreiche deutsche Missionswerk im fernen Osten, der blühende deutsche Handel in Ostasien und endlich die in der Provinz Schantung im Entstehen begriffnen großen deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen im gleichen Maße bedroht. Diese idealen und materiellen Interessen müssen wir mit allem Nachdruck schützen. Das Ziel, das wir verfolgen, ist die Wiederherstellung der Sicherheit von Person, Eigentum und Tätigkeit der Reichsangehörigen in China, Rettung der in Peking eingeschlossenen Fremden, Wiederherstellung und Sicherstellung geregelter Zustände unter einer geordneten chinesischen Regierung, Sühnung und Genugtuung für die verübten Untaten. Wir wünschen keine Aufteilung Chinas, wir erstreben keine Sondervorteile. Die kaiserliche Regierung ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Aufrechterhaltung des Einverständnisses unter den Mächten die Vorbedingung für die Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in China ist, und wird ihrerseits in ihrer Politik diesem Gesichtspunkte auch ferner in erster Stellung Rechnung tragen. Die im Vorstehenden dargelegten Gesichtspunkte haben die volle Zustimmung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten gefunden.

V. In Bismarckschem Geiste.

Telegramm des Reichskanzlers an Bürger des Siegerlandes, die bei der Enthüllung des Siegener Bismarck-Denkmals dem Grafen Bülow einen Glückwunsch zu seiner Ernennung zum Reichskanzler gesandt hatten.

Güsten, den 19. Oktober 1900.

Ihnen und den mit Ihnen versammelten Bürgern des Siegerlandes aufrichtigen Dank und die Versicherung, daß bei der Führung des mir von unserm Kaiser übertragenen schweren Amtes meine Blicke auf die große und mahnende Gestalt des unvergleichlichen Staatsmannes gerichtet sein werden, dessen Denkmal Sie gestern enthüllt haben.

(gez.): Bülow.

VI. Biedermanns Tod.

Schreiben des Reichskanzlers an den Regierungsrat C. Biedermann in Groß-Lichterfelde.

Berlin, den 12. März 1901.

Geehrter Herr Regierungsrat!

Das Hinscheiden eines Mannes, von so ausgezeichneter öffentlicher Wirksamkeit, wie Ihr verewigter Vater[1]) sie geübt hat, geht jedem Vaterlandsfreunde nahe. So hoffe ich denn von denen, die ihm im Leben die Nächsten waren, verstanden zu werden, wenn ich, der ihn persönlich nicht kannte, mich doch gedrungen fühle, Ihnen ein Wort herzlicher Teilnahme zu sagen und auch von meiner Stelle aus Zeugnis für das Verdienst des trefflichen Mannes abzulegen.

Ausgestattet mit einer politischen Begabung, wie sie auch seit der festeren und freieren Gestaltung unseres öffentlichen Lebens nicht häufig gefunden wird, hat er unter den Trägern des nationalen Gedankens für die Zusammenfassung der deutschen Staaten in einer engeren Bundesgemeinschaft unter Preußens Führung und für gesetzliche Freiheit mit Einsetzung seiner Persönlichkeit gearbeitet, gekämpft und gelitten schon zu einer Zeit, die für die Erreichung dieser hehren Ziele noch nicht reif war. Immer maßvoll, aber immer offen und unerschütterlich in der Vertretung dessen, was ihm heilige Ueberzeugung war, hat er stets nur die Sache im Auge gehabt, seine Person in edler Bescheidenheit zurücktreten lassen. Auch in der Zeit des Mißerfolges nationaler Bestrebungen immer mit erlesenen Männern im Bunde, durfte er nach der Erfüllung der patriotischen Wünsche die Anerkennung des großen Kaisers und des großen Kanzlers ernten.

Daß ihm, wie diesen Unvergeßlichen, ein Patriarchenalter beschieden war, das ihn nach den Kämpfen der Mannesjahre des eigenen Lebenswerkes und der Schätzung seines Namens in weiten Kreisen als eines ehrwürdigen Vorkämpfers für die höchsten Güter unseres Volkes froh werden ließ, das gibt seinem Ende einen feierlichen Frieden, der sich seinen Hinterbliebenen tröstlich fühlbar machen muß.

Das Andenken des tapferen, treuen und echt deutschen Mannes wird im Segen bleiben.

(gez.): Bülow.

1) Professor Dr. Karl Biedermann, geb. 25. Sept. 1812 in Leipzig, gest. ebenda 5. März 1901.

VII. Fichte-Denkmal.

Schreiben des Reichskanzlers an Professor Dr. K. Kehrbach in Charlottenburg.

Karlsruhe, den 21. Mai 1901.

Hochgeehrter Herr Professor!

Die mir freundlich mitgeteilte Absicht der Philosophischen Gesellschaft zu Berlin, die Errichtung eines Denkmals für Johann Gottlieb Fichte an der Hauptstätte seines Wirkens herbeizuführen, hat meinen vollen Beifall. Den mutigen Bekämpfer nationaler Verzagtheit, der auf die Gefahr des Todes zu Deutschen sprach, als andere schwiegen, die Jugend mit dem eigenen festen und gewissen Geist erfüllend, und der so durch die innerliche Erneuerung des Geschlechts, das zu seinen Füßen saß, die zuversichtliche Hoffnung einer neuen glorreichen deutschen Geschichte verwirklichen half, diesen Geisteshelden in der Form und in dem Sinne zu ehren, wie es Ihr Aufruf ausspricht, ist in der Tat eine zu lösende Schuld der nationalen Dankbarkeit.

Das Bild des großen Patrioten, nach Goethes Wort einer der tüchtigsten Persönlichkeiten, die man je gesehen, muß unter uns aufgerichtet werden zugleich als eine Mahnung für die kommenden Geschlechter, seiner Lehre getreu die sittliche Aufgabe der Bekämpfung der Selbstsucht und der Hingebung an den Staat im Bewußtsein und Willen festzuhalten.

Ich erkläre mich gern bereit, dem Komitee für Errichtung eines Fichte-Denkmals in Berlin beizutreten.

Mit aufrichtiger Hochachtung
(gez.): Bülow.

VIII. Papsturkunden.

Schreiben des Reichskanzlers an den Kardinal-Fürstbischof von Breslau Dr. Kopp.

Berlin, den 15. Novemerber 1901.

Euere Eminenz hatten in dem gefälligen Schreiben vom 14. Juli d. Js. in Anregung gebracht, der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen zur Förderung der von ihr in Angriff genommenen Sammlung und kritischen Herausgabe der älteren Papsturkunden bis 1198 aus

Reichsmitteln den gleichen Betrag wie Euere Eminenz selbst, nämlich 15 000 Mark, zu gewähren.

Es gereicht mir zur besonderen Freude, Euerer Eminenz nunmehr mitteilen zu können, daß es sich hat ermöglichen lassen, für das künftige Rechnungsjahr einen Betrag in der angegebenen Höhe zu dem bezeichneten Zwecke aus meinem Dispositionsfonds bereit zu stellen. Die gedachte gelehrte Gesellschaft ist durch mich hiervon zu ihrer kürzlich begangenen 150 jährigen Jubelfeier benachrichtigt worden.

Gern gebe ich mich der Hoffnung hin, daß unsere gemeinsam betätigte Fürsorge für das hochbedeutsame wissenschaftliche Unternehmen dazu beitragen wird, es einem würdigen Abschluß entgegenzuführen.

(gez.): Bülow.

IX. Deutsche Schulen im Auslande.

Schreiben des Reichskanzlers an den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Schulen Rumäniens, Direktor Dr. Franz Schmidt, Bukarest.

Berlin, den 15. Mai 1902.

Geehrter Herr Direktor!

Mit warmem Interesse habe ich die Anträge entgegengenommen, welche die erste allgemeine Konferenz der deutschen Schulen Rumäniens mir aus Bukarest, der mir in lieber Erinnerung stehenden Stätte meines früheren amtlichen Wirkens, unterm 1. d. M. übermittelt hat.

Die Sorge für die deutschen Schulen im Auslande hat mir stets besonders am Herzen gelegen. Gern erkenne ich an, daß auf diesem Gebiete in opferfreudigem Patriotismus, von kleinen Anfängen ausgehend, Großes geleistet worden ist. Aber viel bleibt noch zu tun übrig, wenn das deutsche Auslandsschulwesen einer gedeihlichen Entwickelung entgegengeführt und seiner hohen Aufgabe, fern der Heimat deutsche Sprache und deutsches Wesen zu pflegen und zu erhalten, völlig gerecht werden soll.

Daß die deutschen Schulgemeinden an der unteren Donau sich dieser Arbeit in ihren Kreisen mit Eifer widmen und daß sie ihre Wünsche auf diesem Gebiete vertrauensvoll bei mir zur Sprache gebracht haben, ist mir ein erfreuliches Zeichen ihrer einsichtsvollen Auffassung der Lage.

Wenn diese Wünsche vor allem darauf gerichtet sind, daß den bedürftigen unter den deutschen Auslandsschulen eine erheblichere Unterstützung von seiten des Reiches zu teil werde als bisher, so verschließe ich mich dem durchaus nicht. Zum Beweise dafür, für wie wichtig ich gerade diese finanzielle Fürsorge erachte, glaube ich mich darauf berufen zu können, daß es auf meinen Antrag zurückzuführen ist, wenn der Schulfonds des Auswärtigen Amtes f. Z. für das Rechnungsjahr 1899 von 150000 auf 300000 Mark gebracht, also verdoppelt worden ist.[1])

Eine weitere, von mir für das laufende Rechnungsjahr in Aussicht genommene Erhöhung des Fonds hat allerdings, zu meinem lebhaftesten Bedauern, zurückgestellt werden müssen. Dies findet aber nicht etwa in mangelndem Interesse für das Schulwesen, sondern lediglich in der Rücksichtnahme auf die augenblickliche allgemeine Finanzlage seine Erklärung. Ich hoffe ernstlich, daß es möglich sein wird, demnächst auf verfassungsmäßigem Wege größere Mittel zu dem gedachten Zwecke bereit zu stellen, und es sollte mich aufrichtig freuen, wenn alsdann auch manchen aus Rumänien laut gewordenen Klagen abgeholfen werden könnte.

Auch die übrigen von Ihnen im Namen der Konferenz geäußerten Wünsche verdienen meines Erachtens volle Beachtung.

Was die Frage der Anrechnung der an deutschen Auslandsschulen verbrachten Zeit auf das Dienstalter der Lehrer bei ihrem Rücktritt in den inländischen Schuldienst betrifft, so ist in Preußen bereits, wie Ihnen bekannt sein dürfte, ein beachtenswerter Schritt nach dieser Richtung geschehen. Es bleibt zu hoffen, daß auch in den übrigen Bundesstaaten in derselben Richtung vorgegangen wird, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß manche, zum Teil in der Gesetzgebung der Einzelstaaten beruhende Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Auch die Pensionsverhältnisse der dauernd im Auslande bleibenden Lehrer werden sich, wie ich hoffe, günstiger gestalten lassen. Zunächst wird dies freilich auf dem bereits mehrfach eingeschlagenen Wege der Gründung von Pensionskassen durch die Schulgemeinden selbst zu erstreben sein. Die schon von verschiedenen Seiten angeregte Einrichtung eines den Angelegenheiten der deutschen Schulen im Auslande ausschließlich gewidmeten „Reichsschulamts“ hat zwar manches für sich. Ich glaube aber, daß sie einstweilen zurücktreten muß, solange es in erster Linie darauf ankommt, ausgiebigere Mittel für die unmittelbaren Bedürfnisse der deutschen Auslandsschulen flüssig zu machen. Auch sind über die Ausgestaltung, die Befugnisse und die Obliegenheiten

1) Vgl. oben S. 59 f.

einer solchen Zentralstelle die Ansichten noch zu wenig geklärt, als daß es rätlich wäre, dieselbe schon jetzt ins Leben zu rufen. Bei dem stetig zunehmenden Umfange der an das Auswärtige Amt gelangenden Schulsachen habe ich mich jedoch im Interesse ihrer eingehenden geschäftlichen Behandlung entschlossen, dem Referenten für Kunst und Wissenschaft, zu dessen Aufgaben auch die Schulsachen gehören, einstweilen eine Hülfskraft zuzuordnen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das so verstärkte Referat im Auswärtigen Amte den Kern bildet, aus dem sich im Laufe der Zeit das von vielen Seiten gewünschte „Reichsschulamt" in der einen oder der andern Form entwickelt.

Indem ich mich gern der Hoffnung hingebe, daß die von Ihnen geleitete Konferenz segensreiche Folgen für die Entwickelung des deutschen Schulwesens in Rumänien zeitigen, und daß Ihnen und den übrigen Teilnehmern eine fernere ersprießliche Tätigkeit auf Ihrem bedeutsamen Arbeitsfelde beschieden sein möge, verbleibe ich, geehrter Herr Direktor, mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Ihr ganz ergebenster

(gez.): Bülow.

X. Politischer Pessimismus.

Anfang Juni 1902 gingen Aeußerungen des Reichskanzlers durch die Presse, in denen er vom nationalen Standpunkt aus die Berechtigung pessimistischer Beurteilung unserer Verhältnisse zurückweist. Eine im politischen Leben stehende Persönlichkeit hatte ihn auf den Pessimismus hin angeredet, der sich auch in nationalen Blättern gelegentlich zeige.

Der Reichskanzler äußerte darauf:

Bei der nationalen Presse bestehe ein Hang zu künstlicher Schwarzseherei, den er nicht als berechtigte Eigentümlichkeit unserer Publizistik anerkennen könne. Grade die nüchterne Beurteilung des allgemeinen Zustandes der einzelnen Großmächte müsse doch feststellen, daß keine mit dem Gange ihrer öffentlichen Angelegenheiten, im Innern wie nach außen, so zufrieden sein könne, wie grade Deutschland. Der vorteilhafte Abstand gegen die Verhältnisse in anderen Staaten sei doch so bedeutend, daß ein Vergleich ernstlich kaum in Frage komme.

Rußland mit seinen inneren Zuckungen, England mit den Nachwehen des südafrikanischen Krieges, Frankreich, dessen innere Entwickelung nach

dem Rücktritte Waldeck-Rousseaus wieder vor einem Fragezeichen stehe, Oesterreich-Ungarn in seiner ethnographischen und politischen Zerrissenheit böten keine Bilder, die uns das Gefühl erwecken könnten, als Nation oder als politische Macht hinter den anderen zurückzustehen. „Ich muß", sagte nach der Aufzeichnung des hochstehenden Gewährsmannes der Reichskanzler wörtlich, „es als geradezu grotesk bezeichnen, wenn ein Deutscher die Zustände seines Vaterlandes trostlos nennen will. Es kann nicht Aufgabe der nationalen Presse sein, in unserem jungen, kräftig aufstrebenden Reiche einen greisenhaften Pessimismus künstlich zu züchten."

XI. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Schreiben des Reichskanzlers an die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf die Anzeige von der Konstituierung der Gesellschaft.

Berlin, den 17. November 1902.

Dem Vorstande spreche ich für das gefällige Schreiben vom 27. Oktober d. J. meinen ergebensten Dank aus. Bei der großen Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in allen Schichten der Bevölkerung, bei der Vielseitigkeit ihrer nachteiligen Folgen für die Gesundheit des Einzelnen und dem unheilvollen Einfluß, welchen sie auf das Lebensglück der Familie und die Entwicklung des heranwachsenden Geschlechts ausüben, ist ihre Bekämpfung eine der ernstesten und wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Wie es ungeteilte Anerkennung verdient, daß gegen die Tuberkulose und den Alkoholmißbrauch sich warme Freunde des Volkes aus allen Kreisen zusammengeschlossen haben, so ist auch die Begründung einer besonderen Vereinigung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit vollster Zustimmung zu begrüßen.

Was staatlicherseits zur Förderung dieser guten Sache, sei es im Wege der Gesetzgebung, sei es auf dem Gebiete der Verwaltung, wie insbesondere des medizinischen Unterrichts auf den Universitäten, geschehen kann, daran soll es nicht fehlen. Vor allem aber kommt es darauf an, daß die Bevölkerung selbst unter Führung ihrer sittlichen und ärztlichen Berater sich der drohenden Gefahr voll bewußt wird und derselben aus

eigener Kraft und entschlossen und unbeirrt durch falsche Scheu entgegentritt.

Wenn die neugebildete Gesellschaft in diesem Sinne an ihr Werk geht und dasselbe mit zäher Ausdauer weiter verfolgt, so wird Segen und Erfolg nicht ausbleiben.

Das ist der Wunsch, mit welchem ich das Inslebentreten der Gesellschaft dankbar begrüße.

(gez.): Bülow.

XII. Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen.

Schreiben des Reichskanzlers an die Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen in Berlin.

Berlin, 10. Dezember 1902.

Der Zentralstelle spreche ich für Uebersendung der „Vorberichte und Verhandlungen der XI. Konferenz vom 5. und 6. Mai 1902" meinen verbindlichsten Dank aus.

Ich habe mit Interesse daraus ersehen, daß die Konferenz die Frage der Fürsorge für unbemittelte Kranke und ein besonderes Gebiet der Arbeiterwohnungsfrage zum Gegenstande eingehender Erörterung gemacht hat.

Die Notwendigkeit, in umfassender Weise für die Unterbringung unbemittelter Kranker in Heilstätten zu sorgen, wird in weiten Kreisen mehr und mehr erkannt und anerkannt, und ich betrachte es als besonders wertvoll, daß bei den Verhandlungen am 5. Mai d. Js. eine Ergänzung dieser Fürsorge durch Schaffung von Zufluchtsstätten für unheilbare Kranke und durch Unterstützung der Familienglieder der in Heilstätten aufgenommenen Kranken nachdrücklich gefordert worden ist.

Ebenso großes Interesse beansprucht der zweite Verhandlungsgegenstand: „Erbbaurecht und Arbeiterwohnungen." Wenn die Verhandlungen auch nicht zu einer Einigung über die umstrittene Frage geführt haben, ob und in wieweit von der Verwertung des Erbbaurechts ein wesentlicher Erfolg für die Wohnungsfürsorge zu erwarten sei, so haben sie doch zu einer Klärung der Ansichten beigetragen und damit der Anwendung des Erbbaurechts dort, wo es mit Nutzen der Wohnungsfürsorge dienstbar gemacht werden kann, die Wege ebnen helfen.

(gez.): Bülow.

XIII. Troja und Ilion.

Schreiben des Reichskanzlers an Professor Dr. Dörpfeld in Athen.

Berlin, den 25. Januar 1903.

Mein lieber Herr Professor Dr. Dörpfeld!

Durch die Uebersendung des Werkes „Troja und Ilion" haben Sie mir eine Freude bereitet, für welche ich Ihnen meinen besten Dank ausspreche.

Die stattlichen Bände, die aus der griechischen Hauptstadt ihren Weg zu mir gefunden haben, rufen mir lebhaft die Zeit wieder vor Augen, als es mir selbst, vor nunmehr 25 Jahren, vergönnt war, im Schatten der Akropolis zu weilen [1]) und Zeuge zu sein von der stillen, ernsten Gelehrtenarbeit, die dort im archäologischen Institut geleistet wird, um die noch verborgenen Schätze des klassischen Altertums zu heben und sie der Mit- und Nachwelt zugänglich zu machen. Ich habe dem Wirken des Instituts seitdem stets ein warmes Interesse bewahrt und begrüße nun als ein neues Erzeugnis dieses Wirkens das vor mir liegende Werk, das die Ergebnisse der Ausgrabungen in der Troas so anschaulich schildert, mit besonderer Genugtuung.

Von berufenerer Seite wird es Ihnen und Ihren Herren Mitarbeitern an Anerkennung der rein wissenschaftlichen Vorzüge der Arbeit nicht fehlen. Es drängt mich aber, Ihnen auszusprechen, was ihrem Werte gegenüber mit mir alle diejenigen unserer Landsleute unmittelbar und lebhaft empfinden werden, deren Jugend sich an den Idealen des klassischen Altertums begeistert hat, und denen die homerischen Gestalten als vertraute Gebilde einer heiteren Welt des Schönen und Heroischen leuchtend vor Augen stehen: es ist zunächst das Gefühl pietätvoller Rührung, daß „was verschwand, zu Wirklichkeiten geworden" ist, indem uns nunmehr die Stätten deutlich gewiesen werden, an denen wir die heilige Ilios mit den Burgen des Priamos und Hektor und die Gefilde der homerischen Kämpfe zu denken haben. Es ist aber auch das Gefühl patriotischen Stolzes darüber, daß es deutschen Gelehrten vorbehalten blieb, auf dem von Heinrich Schliemann gewiesenen Wege fortschreitend, die Lösung der vielumstrittenen trojanischen Frage herbeizuführen und die

1) Als deutscher Geschäftsträger während der Jahre 1877 und 1878.

aus dem Schutte der Jahrtausende wiedererstandenen Trümmer des homerischen Troja mit dem frischen Ruhmeskranze deutscher Wissenschaft zu umwinden.

Indem ich Sie, mein lieber Herr Professor, und Ihre Herren Mitarbeiter zu Ihrem schönen Erfolge von Herzen beglückwünsche und meinen Dank wiederhole, habe ich die Ehre zu verbleiben

Ihr ergebener

(gez.): Bülow.

Register.

E

F

J

K

M

N

P

Leipzig,
Walter Wigands Buchdruckerei.